Perestrojka

Der vollständige Zusammenbruch des Revisionismus

von Harpal Brar

2. Auflage,
herausgegeben von
der Zeitschrift offen-siv und
der Kommunistischen Partei Deutschlands

Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek:
offen-siv/KPD: Perestrojka

2. Auflage
Bodenfelde 2020

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Zeitschrift offen-siv
Verleger: offen-siv, Frank Flegel
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42,
Mail: redaktion@offen-siv.com,
Homepage: www. offen-siv.net

Spendenkonto:
Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,
IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Copyright:
1991, Harpal Brar,
für die deutsche Ausgabe 2002, Harpal Brar und Andrea Schön.
Übersetzung ins Deutsche: Karl Heinz Groß.
Die Redaktion offen-siv dankt - auch im Auftrag der KPD - für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks[1]

Alle Rechte vorbehalten
Redaktionelle Betreuung: Anna C. Heinrich und Frank Flegel
Druck: Druckservice orbital, Wolfgang Lange, Rielasingen/Worblingen
Printed in Germany

ISBN 978-3-9818899-5-6

16,00 €

[1] “Hi Frank, good to hear from you. You are welcome to produce my book. Regards and fraternal greetings, Harpal” (10.3.2020)

Redaktionelles…….. 7
Vorwort der KPD……. 8
Einleitung……. 9
Vorwort des Autors…….. 14
Kapitel 1……... 24
Perestrojka - Eine vollständige Abweichung vom Leninismus……. 24
Definition von Perestrojka……..25
Warum Perestrojka?..... 27
Sozialismus und die Welt……... 29
Das Wesen des Imperialismus……32
Veränderung der Widersprüche……..34
Die Frage der Militarisierung……. 38
Imperialismus und die Dritte Welt……. 39
Schluß……. 43
Kapitel 2……... 43
Ökonomie der Perestrojka - Eine vollständige Abweichung vom Marxismus-Leninismus, Teil 1…….. 43
Warum jetzt Perestrojka?..... 44
Gorbatschows Referat vom Juni 1987……52
Herabsetzung des Sozialismus und Gleichsetzung von Effizienz mit Kapitalismus……... 56
Kapitel 3……... 63
Ökonomie der Perestrojka - Eine vollständige Abweichung vom Marxismus-Leninismus. Teil II……. 63
Schmeljows These……. 63
Arbeitslosigkeit als einziges Heilmittel……. 64
Gorbatschows ausweichende Antwort auf die Schmeljow-These…. 68
Ja zur kapitalistischen Restauration……69
Die NEP und wie Lenin sie sah……..70
Kapitel 4……... 80
Ökonomie der Perestrojka - Eine vollständige Abweichung vom Marxismus-Leninismus. Teil III……81
Entkollektivierungsbestrebungen……... 81
Gorbatschow läuft über zu Schmeljow……...86
Gorbatschow und die Frage der Kollektivierung……... 87
Die 19. Allunionsparteikonferenz…….. 92

Die Sitzung des ZK der KPdSU im Juli 1988 und Gorbatschows Rechenschaftsbericht……. 93
Gorbatschows Personal- und Verwaltungsänderungen……. 99
Austausch ökonomischer Mechanismen…… 101
Lenins Ansichten über Kollektivierung……. 104
Kapitel 5……... 108
Glasnost - Eine völlige Abkehr vom Marxismus-Leninismus……... 108
Die Bedeutung der Glasnost……... 109
Warum Glasnost?..... 110
Wiederbelebung des Leninismus oder Einführung des Kapitalismus?..... 115
Versuche, das Sowjetvolk zu demoralisieren……118
Opposition gegen die Perestrojka innerhalb und außerhalb der Partei……...121
Die 19. Parteikonferenz: Ein Fest des Antikommunismus……122
Entfernung der Perestrojka-Gegner im Namen der Demokratisierung!.....124
Das verdeckte Programm der kapitalistischen Restauration…….. 125
Kein dritter Weg……126
Kapitel 6……... 127
Glasnost - Ein völlige Abkehr vom Marxismus-Leninismus. Teil II 127
Umgehung der Partei und Schaffung von rivalisierenden Machtzentren…….. 128
Demokratie und Marxismus-Leninismus……... 132
Die ökonomische Grundlage der Demokratie und das allmähliche Absterben des Staates……137
Kapitel 7……... 142
Historische Fragen - Eine Neubewertung der Vergangenheit. Teil I 142
Die Kollektivierung…… 150
Der erstaunlich schnelle Wiederaufstieg nach dem Krieg……. 152
Kapitel 8……... 165
Historische Fragen - Eine Neubewertung der Vergangenheit. Teil II 165
Stalin und die Rolle der Bauernschaft…… 165
Stalin und die Bauernschaft……166
Zwei Abweichungen von der leninistischen Parteilinie bezüglich der Kollektivierung……171

Das Jahr 1929 und der Marsch der Bauernschaft zur Kollektivierung……...178
Die rechte [Bucharinsche] Abweichung…… 184
Gewaltanwendung und die Kollektivierung…….. 193
Kapitel 9……... 197
Historische Fragen - Eine Neubewertung der Vergangenheit. Teil III……197
Stalin und die „Enthauptung“ der Partei und der Roten Armee…….197
Die „Schwächung“ der Roten Armee und die Liquidierung „loyaler“ Führer……..198
Sabotage und Zerstörung……205
Landesverräterische Abkommen mit faschistischen Mächten……... 205
Wirtschaftsprogramm - Restauration des Kapitalismus……207
Das Grundprinzip dieses Verrats……208
Der militärische Aspekt……..211
Die Moskauer Prozesse stärkten die UdSSR durch Eliminierung der Fünften Kolonne……...213
Fehlereingeständnisse von Bucharin und anderen…… 222
Kapitel 10……228
Historische Fragen - Eine Neubewertung der Vergangenheit. Teil IV…… 228
Stalin und der „Personenkult“…… 228
Kapitel 11……258
Ökonomie des Klassenkampfes im Sozialismus……258
Woher der abgrundtiefe Haß auf Stalin?.....258
Der XX. Parteitag und der triumphierende Chruschtschow-Revisionismus……261
Die Konsolidierung des Chruschtschow-Revisionismus……265
Hintergrund: Imperialistischer Druck auf dem Kampfplatz der ökonomischen Theorie, oder: der Markt und die Wirtschaftseffektivität…… 266
Versagen westlicher „marxistischer“ Theoretiker bei der Widerlegung bürgerlicher Wirtschaftstheorien…….. 269
Stalins Verteidigung des Marxismus auf dem Gebiet der politischen Ökonomie…… 274

Die Annahme des „Markt-Sozialismus“ durch den Chruschtschow-Revisionismus…….284
Die marxistische Sicht: Warenproduktion und der Markt sind unvereinbar mit Sozialismus und Kommunismus…….. 286
Die revisionistische Sicht: Sozialismus und Kommunismus sind unmöglich ohne Warenproduktion und den Markt…… 294
Revisionistische Theoretiker und der „sozialistische Markt“…… 295
Revisionistische Theoretiker und die „sozialistische Ware“……. 298
Die der Warenproduktion innewohnenden Gesetze verschaffen sich Geltung……... 302
Revisionistische Theoretiker und das Konzept eines „sozialistischen Werts“…….. 305
Stalin und das Wertgesetz…….. 307
Revisionistische Propaganda für „Ökonomische Reformen“…….312
Die „Wirtschaftsreform“ von 1965 und die Unterminierung der Zentralplanung……315
Profit als Regulator der Produktion……318
Revisionismus und der „sozialistische Markt“……...320
Produktionsmittel treten unter der revisionistischen „Wirtschaftsreform“ in die Warensphäre ein…… 324
Marxismus und Revisionismus über das Verhältnis der Werktätigen zur Arbeit……327
Produktionspreise unter dem Kapitalismus und dem „Markt-Sozialismus“……... 335
Schluß……343
Anhang……. 344
Trotzki, der Markt-Sozialist……... 344

Redaktionelles

Die jetzt endlich vorliegende zweite Auflage dieses Buches schien uns lange unmöglich und konnte nun doch realisiert werden. Zwei Probleme waren zu bewältigen: erstens gab es keinen EDV-Satz der ersten Auflage und damit keine bearbeitbare Textvorlage, zweitens fehlte es am notwendigen „Startkapital“. Beide Probleme haben sich lösen lassen.

Dafür wollen wir einigen Genossinnen und Genossen an dieser Stelle herzlich danken:

- für die Redigitalisierung des Textes geht unser großer Dank an Patrick,

- für die finanzielle Unterstützung zur Sicherstellung der Startfinanzierung danken wir für ihre großzügige Mithilfe Christian, Felix, Fritz, Hans, Heinz, Jens, Michael, Phil, Renate, Stefan und Torsten.

Man kann es gar nicht oft genug wiederholen: gemeinsam sind wir stark und ohne Euch wäre alles nichts.

Aber nun genug der großen Worte.

Wir hoffen, dass Euch das Buch im besten Falle neue Erkenntnisse bringt, vielleicht auch nur schon vorhandene Erkenntnisse festigt und so vielleicht einen Beitrag für mehr Wissen, Klarheit und Überblick leistet.

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als um Spenden zu bitten.

Spendenkonto Offensiv:
Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,
IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Vorwort der KPD

Das jetzt in zweiter deutscher Auflage vorliegende Buch ist 1990/91 als Artikelserie in der in England erscheinenden Zeitschrift der Indischen Arbeitervereinigung (Großbritannien), „Lalkar“, erschienen. Ende 1991 ist diese Artikelsammlung in Großbritannien als Buch herausgegeben worden. Ins Deutsche übersetzt ist es 2002 das erste Mal erschienen.

Die ersten Kapitel zeichnen den Prozess der Gorbatschowschen Politik der Zersetzung der Sowjetunion nach, der zweite Teil des Buches widmet sich der Geschichte der Sowjetunion. Hier sei besonders das 11. Kapitel „Ökonomie des Klassenkampfes“ erwähnt, denn hier widmet sich der Autor am konkreten Gegenstand der Untersuchung, der Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft, den grundsätzlichen Fragen einer sozialistischen Ökonomie. Wie steht es dort mit der Warenproduktion und der Geltung des Wertgesetzes, und wie mit der Rolle der zentralen Planung und mit der gesamtgesellschaftlichen statt der betrieblichen Rentabilität? Welche Maßnahmen wurden in der chruschtschowschen Periode ergriffen, was geschah in der Breschnew-Zeit mittels der Kossygin-Reformen, was setzten Gorbatschow und seine Mitstreiter durch?

Man mag sagen, dass das alles Schnee von gestern sei, aber die aktuelle Situation macht uns aufs Neue deutlich, dass der Kapitalismus keine Zukunft hat, dass der Sozialismus die einzige Alternative für die Arbeiterklasse und schlussendlich für die gesamte Menschheit ist und dass die bisherige Geschichte des Sozialismus deshalb genauestens studiert werden muss.

Die Arbeit von Harpal Brar ist ein sehr wichtiger Beitrag dazu.

Deshalb freut sich die KPD darüber, gemeinsam mit der Zeitschrift offen-siv dieses Buch in zweiter Auflage herausgeben zu können.

Als Vorsitzender der KPD wünsche ich dem Buch eine weite Verbreitung, aufmerksame Leserinnen und Leser und im Anschluss an die Lektüre gute und wichtige Diskussionen.

Torsten Schöwitz, Vorsitzender der KPD

Einleitung

Sitaram Yechury, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Indiens (marxistisch):

Das vorliegende Buch von Harpal Brar ist ein bedeutender Beitrag zur wissenschaftlichen Untersuchung der folgenschweren Entwicklungen, die in der früheren UdSSR und im übrigen Osteuropa stattfanden.

Diese Entwicklungen hatten eine tiefe und heftige, mehrdimensionale Wirkung auf den aktuellen Geschichtsverlauf. Sie formen ebenfalls die Umrisse einer „neuen Weltordnung“ - es ist eine „Ordnung“, die dem Imperialismus erlaubt, den Würgegriff seiner weltweiten Vorherrschaft noch zu verstärken, eine „Ordnung“ mit einschneidender Bedeutung für die sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse von Millionen von Menschen, insbesondere der in den Entwicklungsländern lebenden, die sich bereits mitten in einem erbarmungslosen Kampf gegen Hunger, Verderben und Elend befinden.

Als eine Folge dieser Entwicklungen ist der Marxismus als Wissenschaft das Ziel einer erneuten Attacke geworden. Sie wird nicht nur von Seiten offen reaktionärer Kräfte, sondern auch von Kräften innerhalb verschiedener Parteien geführt, die den Anspruch erheben, kommunistisch zu sein. Viele solcher Parteien, die vor dieser Offensive des Weltimperialismus kapituliert haben, wenden sich vom Marxismus-Leninismus ab und umarmen die historisch zutiefst unglaubwürdig gewordene Sozialdemokratie.

In Anbetracht dieser Umstände ist eine wissenschaftliche Untersuchung über jene Ereignisse notwendig geworden, die einer derart ungeheuren Konterrevolution wie in der Sowjetunion Erfolg verschaffen konnten. Es ist offensichtlich, daß das, was die weltweiten reaktionären Kräfte trotz aller ihrer früheren unermüdlichen Anstrengungen nicht schafften, nun mit relativer Leichtigkeit geschehen ist. Eine solche Analyse dient nicht nur dem Zweck, historische Neugier zu befriedigen - im Grunde dient sie der Stärkung und Schärfung einer revolutionären Waffe im Kampf für gesellschaftliche Veränderung. Lenin stellte fest: „In der Tat, als Aufgabe der Theorie, als Ziel der Wissenschaft wird hier direkt die Unterstützung der Klasse der Unterdrückten in ihrem ökonomischen Kampf gestellt, wie er sich in

Wirklichkeit vollzieht“ (Lenin, Was sind die „Volksfreunde“, Ges. Werke, Bd. I, Seite 334)

Marx schrieb in einem Brief an Ruge im September 1843, sie (Marx und Engels; d.Red.) sagten den Menschen nicht, sie sollten vom Kampfe ablassen - ihr ganzer Kampf sei sinnlos. Alles was sie täten sei, sie mit einer echten Losung für den Kampf auszustatten. Sie zeigten ihnen nur, wofür es an der Zeit sei zu kämpfen, und Bewußtsein sei eine Sache, welche die Menschen erwerben müßten, ob sie dies wollten oder nicht.

Was kann die philosophische Grundlage einer solchen wissenschaftlichen Untersuchung sein? Mitten in dieser tiefen Krise haben dennoch verschiedene kommunistische Parteien in der Welt den Marxismus-Leninismus geltend gemacht. Selbst die ergebensten Befürworter des Imperialismus und ihre bezahlten Schreiberlinge hatten schließlich nicht den Mut zu behaupten, daß der Kapitalismus die höchste Stufe gesellschaftlicher Menschheitsentwicklung sei. Das rührt von der Tatsache her, daß die raison d’être [philos. Daseinsgrund/ Daseinsberechtigung - d. Hrsg.] des Kapitalismus die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist; und solange Ausbeutung existiert, wird der Drang zur Befreiung davon niemals sterben. Eine solche Befreiung kann verzögert werden, der Kampf kann sich verlängern, aber die Menschheit kann und wird sich ihm nicht entziehen.

Dieser Befreiungsdrang findet Ausdruck in der revolutionären Denkweise des Marxismus. Dessen Begründer hatten klargestellt: „*Dies „… ist kein Dogma, sondern Wegweiser zum Handeln“*. Der Marxismus bleibt das überragende Werkzeug, die heutige Welt zu verstehen, erfaßt ihre ganze Komplexität und greift verändernd in sie ein.

Eine solche Erklärung, die viele bürgerliche Ideologen bestenfalls hochnäsig als unzeitgemäß verunglimpfen würden, basiert auf dem, was Lenin einmal über diese Befreiungslehre sagte: *„Diese unwiderstehliche Anziehungskraft, die diese Theorie auf die Sozialisten aller Länder ausübt, besteht gerade darin, daß sie ... strenge und höchste Wissenschaftlichkeit mit revolutionärem Geist vereint, und zwar nicht zufällig, nicht nur deshalb, weil der Begründer der Doktrin persönlich die Eigenschaften eines Gelehrten und eines Revolutionärs in sich vereinte*, sondern weil sie diese in der Theorie selbst

innerlich und untrennbar vereint.“ (Lenin, Was sind die ‘Volksfreunde’, Ges. Werke, Bd. I, Seite 333-34)

Die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung zeigt, daß ideologische Abweichungen wie der Revisionismus den Marxismus-Leninismus seines revolutionären Inhalts beraubten, während Dogmatismus ihn seiner wissenschaftlichen Grundlage entledigte.

Auf seinem einmal eingeschlagenen, bis dahin unerforschten Weg des menschlichen Fortschritts, war der Sozialismus mit vielen Hindernissen und Härten konfrontiert. Trotz der blindwütigen und bösartigen Versuche seitens des Imperialismus, das System zu zerstören, überlebte der Sozialismus nicht nur, sondern ging erstarkt als die führende Kraft hervor, welche die Menschheit von der Geißel des Faschismus befreite. Derart gigantische Leistungen, deren Anerkennung selbst die schlimmsten bürgerlichen Sozialismuskritiker nur äußerst unwillig verweigern dürften, demonstrieren die Überlegenheit eines Systems, das die Ausbeutung beseitigt und auf der ständig wachsenden Initiative des Volkes basiert.

Während der Aufbauphase des Sozialismus in einem kapitalistisch relativ wenig entwickelten Land, das sich zudem in einer international höchst feindlich gesonnenen Umgebung befand, entstanden viele konkrete Probleme. Lenin war sich darüber völlig im Klaren und steuerte die Partei und die Sowjetunion durch eine solche Periode. Stalin, das Werk fortführend, vollendete den Aufbau des Sozialismus. Zahllose Probleme wurden hervorgerufen. Viele wurden gelöst. Es war nur natürlich, daß Fehler passieren würden und daß die mit den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus eng verbundene Kommunistische Partei die Stärke und die Fähigkeit besitzen würde, all diese Fehler zu überwinden. Es ist eben diese Stärke, die von zeitgenössischem Revisionismus untergraben wurde, beginnend bei Chruschtschow - und mit Gorbatschow seinen Höhepunkt erreichend. Denn die historische Marschroute des Revisionismus war nicht Festigung noch Stärkung des Sozialismus, sondern die Wiedereinführung des Kapitalismus.

Genau diesem Kernpunkt ist die von Harpal Brar in Angriff genommene - äußerst gewissenhafte - Studie gewidmet.

Das kritische Gebiet einer derartigen Studie dürfte dabei die Untersuchung der politischen Ökonomie des Sozialismus sein. Die Analyse von Marx war an die Offenlegung der, wie er es bezeichnete „Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft“ gebunden. Mit „moderner Gesellschaft“ meinte er hier den Kapitalismus. Auf dem Feld der politischen Ökonomie des Sozialismus wird hingegen noch eine Menge geleistet werden müssen. Eine solche Untersuchung wurde, insbesondere nach Stalins Buch „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, im Weiteren durch die Vorherrschaft der Revisionisten verhindert.

Engels definierte im „Anti-Dühring“ politische Ökonomie als: *„Wissenschaft von den Gesetzen, welche die Produktion und den Austausch des materiellen Lebensunterhalts in der menschlichen Gesellschaft beherrschen. [...] Die Bedingungen, unter denen die Menschen produzieren und austauschen, wechseln von Land zu Land, und in jedem Lande wieder von Generation zu Generation. Die politische Ökonomie kann also nicht dieselbe sein für alle Länder und für alle geschichtlichen Epochen. [...] Die politische Ökonomie ist somit wesentlich eine historische Wissenschaft. Sie behandelt einen geschichtlichen, das heißt einen stets wechselnden Stoff; ... [...] Wobei es sich jedoch von selbst versteht, daß die für bestimmte Produktionsweisen und Austauschformen gültigen Gesetze auch Gültigkeit haben für alle Geschichtsperioden, denen jene Produktionsweisen und Austauschformen gemeinsam sind.“* (Herrn Eugen Dührings Umwälzung ..., BML, S. 136-137)

Engels wies somit klar daraufhin, daß zwar die fundamentalen Gesetze der politischen Ökonomie für die gesamte Periode einer bestimmten Produktionsweise Gültigkeit haben, wenngleich die Produktivkräfte innerhalb dieser Produktionsweise selbst sich entwickeln, sich aber die „Bedingungen, unter denen Produktion stattfindet“ ständig ändern; die ökonomischen und folglich gesellschaftlichen Verhältnisse ändern sich gleichfalls. Eine in diesem Sinne wissenschaftliche Studie der politischen Ökonomie des Sozialismus wurde leider verschleppt.

Als erkannt wurde, daß die bereits in den 70er Jahren einsetzende Stagnation der sowjetischen Wirtschaft dem Umstand geschuldet war, daß die Methoden der ökonomischen Leitung nicht mehr der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte entsprachen (ein Punkt, den Stalin in seinem Werk „Ökonomische Probleme ...“ voraussah), befürwortete die Gorbatschow-

Führung kapitalistische Reformen als Heilmittel für sozialistische Wachstumsprobleme, statt die richtigen wissenschaftlichen Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen im Zusammenhang mit der rasch voranschreitenden Aufbauphase der sozialistischen Wirtschaft zu ziehen. Die internationale Bourgeoisie, die sich zu keinem Zeitpunkt mit der Etablierung und der Entwicklung des Sozialismus abfinden konnte, fand ideale Verhältnisse zur Einmischung und zur Stärkung der inneren konterrevolutionären Kräfte vor, um den Sozialismus zu demontieren.

Harpal Brars Studie ist, wie der Autor selbst sagt, ein Beitrag zu dieser höchst notwendigen Analyse und nicht die Lösung. Er spricht viele Probleme an, die einer weiteren gründlichen Analyse bedürfen.

Die heutige Situation ist etwa derjenigen ähnlich, wie sie Lenin einmal hinsichtlich der Bedingungen im Rußland des Jahres 1910 beschrieb. *„Gerade weil der Marxismus kein totes Dogma, nicht irgendeine abgeschlossene, fertige, unveränderliche Lehre, sondern eine lebendige Anleitung zum Handeln ist, gerade deshalb mußte er unbedingt den auffallend schroffen Wechsel der Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens widerspiegeln. Als Widerspiegelung dieses Wechsels traten tiefgehender Zerfall, Zerfahrenheit, alles mögliche Wanken und Schwanken, mit einem Wort - eine sehr ernste innere Krise des Marxismus in Erscheinung. Die entschiedene Abwehr dieses Zerfalls, der entschlossene und hartnäckige Kampf für die Grundlagen des Marxismus trat wieder auf die Tagesordnung.“* (Lenin, Über einige Besonderheiten der historischen Entwicklung des Marxismus, Ges. Werke, Bd. XVII, S. 26-27)

Er stellt ferner fest: *„Über die Fragen, die durch diese Krise aufgeworfen worden sind, kann man nicht mit einer Handbewegung hinweggehen. Es gibt nichts Schädlicheres und Prinzipienloseres als Versuche, diese Fragen mit Phrasen abzutun. Es gibt nichts Wichtigeres als den Zusammenschluß aller Marxisten, die die Tiefe der Krise und die Notwendigkeit, sie zu bekämpfen, erkannt haben, um die theoretischen Grundlagen des Marxismus und seine Fundamentalsätze zu verteidigen, welche von ganz entgegengesetzten Seiten her, infolge der Ausbreitung des bürgerlichen Einflusses auf die verschiedensten ‘Mitläufer’ des Marxismus, verzerrt werden.“*

Und weiter: *„Die bürgerliche Presse erzeugt in dieser Beziehung viel mehr irrige Ansichten als früher und verbreitet sie in weiteren Kreisen. Ein Zerfall innerhalb des Marxismus ist unter solchen Umständen besonders gefährlich. Die Ursachen für die Unvermeidlichkeit dieses Zerfalls in der gegenwärtigen Zeit zu begreifen und sich zu seiner konsequenten Bekämpfung zusammenzuschließen ist deshalb für die Marxisten im unmittelbarsten und genauesten Sinne des Wortes die Aufgabe der Epoche.“* (Lenin, ebd., Seiten 27-28)

Diese Art Kampf ist es, in dem die Marxisten heute stehen. Ein wesentlicher Teil dieses Kampfes besteht darin, zu einem marxistisch-leninistischen Verständnis darüber zu kommen, auf welche Weise eine Konterrevolution in der Sowjetunion Erfolg haben konnte. Harpal Brars Arbeit ist ein Beitrag zu einer solchen Untersuchung.

15.02.1992, New Delhi, Sitaram Yechury, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Indiens (marxistisch)

Vorwort des Autors

Mit der Erlangung des Generalsekretärpostens der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) durch Michail Gorbatschow fand eine qualitative Veränderung statt. Ungeachtet seiner ständigen Berufung auf Lenin und den Leninismus, seiner wiederholten Versicherungen, seine doppelte Politik der Glasnost und Perestrojka ziele darauf ab, den Sozialismus zu erneuern, ihn zu stärken und seine unerschöpflichen Potentiale umzusetzen, wurde sehr bald klar, daß die einst mächtige und stolze Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) unter Gorbatschow immer schneller, fast halsbrecherisch in Richtung Restauration des Kapitalismus marschierte. Jeder rituelle Bezug auf Lenin und den Leninismus diente dem alleinigen Zweck, das sowjetische Proletariat und die kollektive Bauernschaft abzulenken; er war jedes Mal begleitet von einer umfassenden Entstellung des Marxismus-Leninismus und der Aufweichung der marxistisch-leninistischen Philosophie, der politischen Ökonomie und der Lehren vom Klassenkampf.

Angesichts dieser Ereignisse stellte jeder klassenbewußte Arbeiter Fragen, die beantwortet werden mußten und nicht länger umgangen werden konnten. Meine engsten Genossen und Mitarbeiter drängten mich, die Entwicklungen in der UdSSR in *Lalkar*, der Zeitung der Indischen Arbeitervereinigung Großbritanniens, zu kommentieren und zu erklären. In Anbetracht der Tragweite dieser Aufgabe ging ich nur äußerst zögernd daran. Die tröstliche Gewißheit, daß es sich dabei nur um ein paar, wenngleich lange Artikel handeln würde, ließ mich dennoch dazu verleiten. Es wurde jedoch sehr schnell klar, daß der einmal in Angriff genommene Stoff nicht in so kurzer Form abgehandelt werden konnte, sondern eine ziemlich detaillierte Bearbeitung erforderte - ein Umstand, den ich wohl oder übel in Kauf nehmen mußte. Folglich war diese Arbeit, um Engels Ausdruck zu gebrauchen, „keineswegs die Frucht irgendwelches ‘innern Dranges’“. Im Gegenteil. Während zweieinhalb Jahrzehnte als politischer Publizist war es für mich selten so schmerzlich etwas zu schreiben, wie gerade diese Artikelserien, die das vorliegende Buch umfaßt. Für jemanden, der sein ganzes Leben lang mit Stolz und Freude von den großartigen Leistungen des sowjetischen Proletariats unter dem Banner des Marxismus-Leninismus und der Führung der KPdSU berichtet hatte und nun über die Ereignisse schrieb, die zur Konterrevolution im August 1991 führten, war das ein Weg durch die Hölle. Trotzdem mußte die Arbeit durchgeführt werden.

Man war mit einer doppelten Aufgabe konfrontiert. Erstens mußte der endgültige Ausverkauf und die vollständige Verabschiedung vom Marxismus-Leninismus auf den Gebieten der politischen Ökonomie, der Philosophie und der Lehre vom Klassenkampf offengelegt werden - ein Bankrott, der durch die Projekte Gorbatschows und seiner Kohorten vorangetrieben wurde. Zweitens war der Ursprung und die weitere Entwicklung dessen zu erklären, was man „Gorbatschow-Phänomen“ nennt. Wie, so könnte man fragen, war es für einen solchen Scharlatan und Renegaten möglich, Generalsekretär einer einst großen revolutionären Partei zu werden – der Partei Lenins und Stalins? Wie wurde es weiter möglich, mit Hilfe Gorbatschows den Kapitalismus zu restaurieren, die KPdSU aufzulösen und die vormals mächtige UdSSR zu zerschlagen? Wie konnte es sein, daß die zur Zeit des Bürgerkrieges weitaus schwächere UdSSR von den Interventionsarmeen der vierzehn Länder, welche die gebündelte Macht aller imperialistischen Staaten darstellten, von deren Satelliten und den weißgardistischen Konterrevolutionären nicht

besiegt, von den Nazi-Bestien nicht unterworfen werden konnte - wie kam es, daß dieser mächtige sozialistische Staat zu seinem Tiefpunkt, zu seinem Ruin und schließlich seiner Zerstörung gebracht werden konnte? Wie wurden die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus rückgängig gemacht und durch welche Entwicklung konnte der Kapitalismus wiedererrichtet werden?

Aus wohlüberlegten Gründen werden diese Fragen mit Absicht erst im letzten Kapitel behandelt - unter dem Titel *Ökonomie des Klassenkampfes*. Der Leser könnte durch die ersten Artikel den Eindruck bekommen, der Verfasser ordne die Entwicklungsursprünge der kapitalistischen Restauration einzig der Gorbatschow-Zeit zu, welche die Periode von März 1985 bis August 1991 umfaßt. Ein solcher Eindruck wäre völlig falsch. Jeder, der sich die Mühe macht, bis zum letzten Kapitel hindurch zu lesen, wird sicherlich von jeglichem dieser Eindrücke befreit. Es ist allerdings richtig, daß mit dem Aufstieg Gorbatschows eine qualitative Änderung eintrat: die bisherige Praxis revisionistischer Politik und revisionistischer Ökonomie nahm plötzlich - bis zu diesem Zeitpunkt unbekannte - virulente Ausmaße an und bahnte in einem atemberaubenden Tempo den Weg zur Wiederbelebung des Kapitalismus.

Aber, wie ein altes chinesisches Sprichwort besagt, braucht es mehr als einen kalten Tag, damit der Fluß drei Fuß tief gefriert. Entsprechend fand die Wiederherstellung des Kapitalismus in der einst mächtigen und ruhmvollen UdSSR eben nicht über Nacht statt. Es ist verteufelt schwierig, einen Zeitpunkt für eine einsetzende gesellschaftliche Erscheinung dieses Typs und dieser Bedeutung auszumachen. Es ist etwa so, als wolle man die englische industrielle Revolution genau datieren. In völliger Kenntnis der Problematik, die mit der Datierung eines solchen Phänomens verbunden ist, zumal dieses wesentlich selbst das Ergebnis einer langen Entwicklung, kann man jedoch nicht vollständig auf die Erwähnung einiger kritischer Zeitpunkte verzichten. Denn ohne jeglichen Bezug auf diese Daten ist es nicht möglich, das Emporkommen Gorbatschows und seiner übrigen Restaurationsclique zu erklären. Aus diesem Grunde wird im Kapitel *Ökonomie des Klassenkampfes* der Versuch unternommen, die Quellen dieser Entwicklung zurückzuverfolgen, welche über drei Jahrzehnte hinweg nicht nur zur Restauration des Kapitalismus in der früheren UdSSR, sondern auch zu dem führten, was ich bevorzugt den totalen Kollaps des Revisionismus nenne. Nach Lenin ist Revisionismus die *„wichtigste Erscheinungsform des*

bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat und der bürgerlichen Demoralisierung der Proletarier“. (Lenin, Blinder Eifer schadet nur, Ges. Werke, Bd. XX, S. 322)

Der Fäulnisprozeß, die Abwärtsentwicklung auf dem Weg bis hin zur Restauration des Kapitalismus setzte schon mit dem Sieg des Chruschtschow-Revisionismus auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 und in der Folge mit der von ihm direkt stimulierten Verzerrungen des Marxismus-Leninismus auf den Feldern der Philosophie, der politischen Ökonomie und des Klassenkampfes ein. Unter den „Wirtschaftsreformen“, von den späten 60er Jahren an eingeführt, wurde die zentrale Planwirtschaft Stück für Stück zurückgefahren und die Warenproduktion in großem Umfang ausgedehnt. Die Produktion wurde mehr und mehr unter einem einzigen Aspekt ausgerichtet, namentlich der Rentabilität einzelner Betriebe. Im Zuge dessen nahm bei verschiedenen Projekten, die auf individuellem Anreiz beruhten, das Lohngefälle beispiellose Ausmaße an; technische und anderweitige Intelligenz, Regierungs- und Parteifunktionäre bereicherten sich enorm auf Kosten der Produktionsarbeiter, bildeten so eine beträchtlich privilegierte Schicht, die zur gegebenen Zeit die Neobourgeoisie formten und um die Zeit der Machtübernahme Gorbatschows offen und lautstark, der offiziellen Akzeptanz sicher, nach einer Rückkehr zur Marktwirtschaft schrien - d.h. nach einer Restauration des Kapitalismus. Als es schließlich ernst wurde, war kaum jemand da, der Widerstand leistete; denn die KPdSU, drei Dekaden hindurch revisionistischer Praxis und der Verdrehung des Marxismus-Leninismus ausgesetzt, hatte fast ihren gesamten revolutionären Geist, ihr kämpferisches proletarisches Wesen eingebüßt. Ungeachtet ihrer Stärke von 19 Millionen Mitgliedern war sie zu einer trägen Masse verkommen. Selbst wenn es einzelne, oder sogar Tausende Mitglieder gab, die der kapitalistischen Restauration entgegentreten wollten, verabschiedeten sie sich dennoch ohne großes Aufsehen von der Bühne.

Die ganze Zeit über war ein wesentlicher Zug des modus operandi [Vorgehensweise - d. Hrsg.] des Chruschtschow-Revisionismus folgender: Jeder Schritt in Richtung kapitalistischer Restauration wurde im Namen des Marxismus-Leninismus unter dem Vorwand unternommen, auf eine höhere Stufe des Kommunismus zu gelangen (sowie natürlich gegen den „Personenkult“ Stalins und die „bürokratische Kommandowirtschaft“ zu

kämpfen, die durch jenen „Kult“ hervorgerufen gewesen sei). Außerdem wurde jede Maßnahme bürgerlichen Inhalts als letztmalige solche präsentiert, während sie tatsächlich von doppelten Anstrengungen begleitet war, die Grundlage für die nächste bürgerliche Reform vorzubereiten.

Das war auch auf keinem anderen Wege zu bewerkstelligen in einer Gesellschaft, die Erfahrungen mit der in großem Umfang betriebenen sozialistischen Produktionsplanung gemacht hatte, und in der folglich die Produktion in sehr hohem Grad unter die bewußte Kontrolle durch das vereinte Proletariat gebracht wurde. Die Kontrolle der Ökonomie durch das Proletariat und die bewußte Organisation der Produktion unter einem öffentlichen Zentralplan schließt eine spontane Marktentwicklung aus.

Dieses System zentral geplanter Produktion ließ sich nur auf vorsichtige und systematische Weise zerstören und ein Markt nur mit Hilfe eines - um die Worte eines revisionistischen Ökonomen zu verwenden - *„gut ausgeklügelten Systems von Maßnahmen“* wiedereinführen. Das schließt die Täuschung und Neutralisierung der Mitglieder der proletarischen Partei ein, die immerhin noch die Partei der herrschenden Klasse war. Genau das ist es, was die Revisionisten - beginnend bei Chruschtschow - taten.

Die Entwicklung lief in diesem Falle umgekehrt zu derjenigen, die beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus gegeben war, bei der die Praxis der ökonomischen Theorie vorausging. Die verschiedenen ökonomischen Kategorien des Kapitalismus, z.B. Produktionspreise, existierten lange bevor sie Gegenstand einer Analyse werden konnten; sie entwickelten sich automatisch mit der Entstehung des Marktes. In einem „Markt-Sozialismus“ mußte die Theorie notgedrungen der Praxis vorangehen. Schließlich schlug Quantität in Qualität um.

Heute kann jeder sehen, was geschehen ist. Gorbatschow, dessen verblendende Art so charakteristisch für alle Revisionisten und kapitalistische Straßenhändler ist und der seine Perestrojka im Namen Lenins und der Erneuerung des Sozialismus einführte, verneigte sich zum Schluß mit den Worten: *„Mein Lebenswerk ist getan. Ich glaube, daß andere an meiner Stelle längst aufgegeben hätten.“* (Sunday Times vom 15.12.1991)

Schließlich und endlich kann der Revisionismus seine Maske fallen lassen und seine scheußlichen kapitalistischen Züge jedem sichtbar machen. Jetzt, da

der Kapitalismus tatsächlich auch offiziell wiedereingeführt ist, besteht kein Bedarf mehr, Lenin nach dem Munde zu reden. Die Neobourgeoisie kann sich nunmehr ganz offen an die Ausbeutung der arbeitenden Klasse machen und ihren ureigenen Haß gegen den Marxismus-Leninismus zeigen. Diesen Haß hat sie hinreichend unter Beweis gestellt, indem sie die Symbole der Oktoberrevolution unter dem Beifall der imperialistischen Bourgeoisie und ihrer Agenten innerhalb der Arbeiterklasse - den Trotzkisten, Revisionisten und Sozialdemokraten aller Schattierungen - aus dem Wege räumte.

Jene widerliche Meute, insbesondere die der konterrevolutionären Trotzkisten, weidete sich verzückt am vermeintlichen Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa und der UdSSR. Umgekehrt. Was dort kollabierte, war Revisionismus und seine unvermeidliche Degeneration zum ganz gewöhnlichen Kapitalismus. Was diese jämmerlichen Kreaturen „Stalinismus“ nennen, ist Leninismus in der Praxis. Als Leninismus in der UdSSR praktiziert wurde, und ohne Zweifel war dies während dreier Jahrzehnte der KPdSU-Führung durch Stalin der Fall, erreichte die Sowjetunion welthistorische Höchstleistungen an allen Fronten - ökonomisch, sozial, kulturell, diplomatisch und militärisch - exakt aus diesem Grunde wurde gerade der Name Stalins Ziel so vieler Beschimpfungen seitens der Bourgeoisie und Opfer ihrer „bezahlten Klopffechterei“ [Marx]. Was also zusammenbrach, war Revisionismus, auch wenn die verstohlenen, gedankenlosen und plumpen Trotzkisten zur Verwirrung des Proletariats das Wort „Stalinismus“ mehr als ein Fluchwort als eine politische Charakterisierung gebrauchten und es gerade bei den Revisionisten anbrachten, die einen tödlichen Haß gegen Stalin hegten.

Die imperialistische Bourgeoisie feiert überschwänglich das, was sie für den Tod des Kommunismus hält. Weiter grölend, in ständig wachsender Raserei versteigt sie sich zu der Behauptung: „Der Marxismus ist vernichtet“. Es liegt nichts Neues in diesen Erklärungen, die so alt sind, wie der Marxismus selbst. Lassen wir mit den nicht zu vergessenden Worten Stalins auf diese Behauptungen antworten:

„Man behauptet, daß im Westen in gewissen Staaten der Marxismus bereits vernichtet sei. Man behauptet, daß ihn die bürgerlich-nationalistische Richtung, die man Faschismus nennt, vernichtet hätte. Das ist natürlich Unsinn. So können nur Leute reden, die die Geschichte nicht kennen. Der

Marxismus ist der wissenschaftliche Ausdruck der Lebensinteressen der Arbeiterklasse. Um den Marxismus zu vernichten, müßte man die Arbeiterklasse vernichten. Die Arbeiterklasse aber kann man nicht vernichten. Mehr als 80 Jahre sind vergangen, seitdem der Marxismus auf den Plan getreten ist. In dieser Zeit haben Dutzende und Hunderte von bürgerlichen Regierungen versucht, den Marxismus zu vernichten. Und das Ergebnis? Die bürgerlichen Regierungen kamen und gingen, der Marxismus aber ist geblieben. Mehr noch: Der Marxismus hat es erreicht, daß er auf einem Sechstel der Erde den vollen Sieg davontrug, und zwar hat er den Sieg in dem Land errungen, in dem man den Marxismus für endgültig vernichtet hielt. Man kann es nicht für einen Zufall halten, daß das Land, in dem der Marxismus den vollen Sieg davontrug, jetzt das einzige Land in der Welt ist, das keine Krisen und keine Arbeitslosigkeit kennt, während in allen übrigen Ländern, auch in den Ländern des Faschismus, bereits vier Jahre lang Krise und Arbeitslosigkeit herrschen. Nein, Genossen, das ist kein Zufall.

Ja, Genossen, wir verdanken unsere Erfolge der Tatsache, daß wir unter dem Banner von Marx, Engels, Lenin gearbeitet und gekämpft haben.

Daraus ergibt sich die zweite Schlußfolgerung: Bis zum letzten treu bleiben dem großen Banner von Marx, Engels und Lenin.“ (Werke, Bd. XIII, Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag, Seiten 334-335)

Der Kapitalismus, welcher der Arbeiterklasse selbst in den Kernländern des Imperialismus nur äußerst wenig zu bieten hat, überläßt die unterdrückten und extrem ausgebeuteten Völker der riesigen Kontinente Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sich selbst. Sie ächzen unter der Last der Schuldenrückzahlungen und opfern auf dem Raubritteraltar des internationalen Imperialismus nach den neuesten UNICEF-Zahlen wöchentlich 250.000 Kinder [1991 - d. Hrsg.], die an Unterernährung und Hungerkrankheiten sterben. Millionen Arbeiter in den imperialistischen Ländern sind dank der jüngsten Wirtschaftskrise des Kapitalismus arbeitslos. In jeder größeren Stadt wird man Zeuge vom traurigen Anblick Hunderter beschäftigungsloser und obdachloser Arbeiter, Opfer der „freien“ Gesellschaft, die - ziellos und ohne Arbeit - nicht gerade viel zu essen haben. Das Bild dieser Opfer weicht wenig von demjenigen ab, welches Stalin Anfang der 30er Jahre zeichnete. Als er über die Ergebnisse des ersten

Fünfjahresplans referierte, sagte er folgendes über die schlimme Lage der Arbeitslosen in den kapitalistischen Ländern:

„Seht euch doch die kapitalistischen Länder an, was für fürchterliche Dinge dort infolge von Arbeitslosigkeit geschehen. In diesen Ländern gibt es jetzt nicht weniger als 30-40 Millionen Arbeitslose. Was sind das für Menschen? Man spricht von ihnen gewöhnlich als von 'erledigten Menschen'.

Täglich bewerben sie sich um Arbeit, befinden sie sich auf der Suche nach Arbeit und sind bereit, unter fast beliebigen Bedingungen Arbeit anzunehmen, aber sie werden nicht eingestellt, denn sie sind 'überflüssige' Menschen. Und das geschieht zu einer Zeit, wo gewaltige Massen von Waren und Produkten verschwendet werden, um den Launen der vom Schicksal Verwöhnten, der Kapitalisten- und Gutsbesitzersöhnchen, Genüge zu tun.

Man verweigert den Arbeitslosen die Nahrung, weil sie sie nicht bezahlen können, man verweigert ihnen ein Obdach, weil sie die Miete nicht bezahlen können. Wovon und wo leben sie? Sie leben von dürftigen Almosen, die vom herrschaftlichen Tisch fallen, sie wühlen in den Müllkästen, wo sie verfaulte Nahrungsmittelreste finden, sie leben in den Elendsquartieren der Großstädte, zumeist aber in elenden Hütten außerhalb der Stadt, die von den Arbeitslosen flüchtig aus Kistenbrettern und Baumrinde zusammengezimmert werden. Aber das ist noch nicht alles. Unter der Arbeitslosigkeit leiden nicht nur die Arbeitslosen. Auch die beschäftigten Arbeiter leiden unter ihr. Sie leiden deshalb, weil das Vorhandensein einer großen Zahl von Arbeitslosen für sie eine unsichere Lage im Betrieb, eine Ungewißheit über den morgigen Tag schafft. Heute arbeiten sie im Betrieb, doch sind sie nicht sicher, ob sie morgen beim Erwachen nicht erfahren, daß sie bereits entlassen sind.

Eine der Haupterrungenschaften des Fünfjahrplans in vier Jahren besteht darin, daß wir die Arbeitslosigkeit beseitigt und die Arbeiter der Sowjetunion von ihren Schrecken erlöst haben." (Fragen des Leninismus, Verlag für fremdsprachliche Literatur, Moskau, 1947, Seiten 466-467)

Erst jetzt, zum ersten Mal seit 1931, bedroht Arbeitslosigkeit wieder die Arbeiter der ehemaligen UdSSR - dank der Restauration des Kapitalismus. Der Sozialismus brachte der sowjetischen Arbeiterklasse und der Bauernschaft gewaltige Vorteile ein. Trotz der Sabotage der Zentralplanung und der Einführung bürgerlicher Wirtschaftsreformen über eine lange Periode

hinweg, war bis vor kurzem die Lage so, daß die sowjetischen Arbeiter (Frauen mit 50 und Männer mit 60 Jahren) sehr viel früher in Ruhestand gingen, als die entsprechenden westlichen Arbeiter. Sie zahlten nicht mehr als 5-10 Prozent ihres Einkommens für Wohnraum; ihre Kleinkinder waren tagsüber umfassend und unentgeltlich versorgt; die medizinische Versorgung war kostenlos für alle; es gab 3,6 Millionen Krankenhausbetten und 1,2 Millionen Ärzte und Zahnärzte, anteilmäßig mehr, als in jedem anderen Land der Welt.

Auf dem Kultursektor war der Gewinn für die sowjetischen Bevölkerungsmassen in der Tat enorm. Es gab beispielsweise 326.000 Bibliotheken, 141.000 zum Vergleich in den USA. 131.200 Grundschulen, höhere Schulen und Berufsschulen boten 45 Millionen Schülern Bildung.

Sogar noch in den letzten zehn Jahren produzierte die UdSSR 160 Millionen Tonnen Stahl, die USA produzierten vergleichsweise 100 Millionen Tonnen.

All dies sind Errungenschaften, die untrennbar mit der Oktoberrevolution und der Periode des sozialistischen Aufbaus verbunden sind. Aber sehr bald schon werden die sowjetischen Arbeiter in der Lage sein, aus erster Hand einen Geschmack von den „Freiheiten“ und der Marktwirtschaft zu bekommen - Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Hunger, Entbehrung, Entwürdigung und Elend. Es ist nicht vorstellbar, daß sie sich dann nicht nach einer Gesellschaft und einem vom vereinigten Proletariat bewußt organisierten Produktionssystem zurücksehnen, das sie vor diesen Übeln schützte. Es ist nicht vorstellbar, daß sie ihre neuen Zaren nicht erfolgreich stürzen werden.

Lenin sagte einmal: *„Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück... Das kommt sowohl im Leben von Individuen vor als auch in der Geschichte von Nationen und in der Entwicklung von Parteien. Es wäre verbrecherischer Kleinmut, wollte man auch nur einen Augenblick an dem unvermeidlichen und vollständigen Triumph der Prinzipien der revolutionären Sozialdemokratie, ... [i.e. Marxismus - H.B.] zweifeln.“* (Lenin, Ausgew. Werke, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück..., Seite 512)

Die Rückschläge, die der Sozialismus als Ergebnis der Entwicklungen in Osteuropa und der UdSSR erlitten hat, sind nicht zu leugnen, aber es wäre wahrlich verbrecherischer Kleinmut, wollte man auch nur einen Augenblick

an dem unvermeidlichen und vollständigen Triumph der Prinzipien des revolutionären Marxismus-Leninismus - des Kommunismus - zweifeln.

Damit dies jedoch nicht geschieht, muß das Proletariat und müssen die Arbeiterparteien in aller Welt auf ausgesprochen sorgfältige Weise die Entwicklungen in Osteuropa und der UdSSR analysieren; daraus haben sie die richtigen Schlußfolgerungen und die geeigneten Lehren zu ziehen. Sie müssen überdies ihre ideologischen Waffen schärfen und gegen das bereits viel zu lange währende Absinken des theoretischen Niveaus kämpfen, welches erklärt, warum sich weltweit eine so große Anzahl Arbeiterparteien hilflos gegen den Angriff des Revisionismus erweist. Sie müssen voll und ganz die Tatsache begreifen: *„Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben.“* (Lenin, Ausgew. Werke, Was tun?, S. 161)

Und sie müssen ferner klar erkennen, daß die „*Rolle des Vorkämpfers nur eine Partei erfüllen kann, die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird.*“ (ebd.)

„Dieser Gedanke kann,“ Lenins Worte wiederholend *„nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart.“* (ebd.)

Jedes Kapitel dieses Buches erschien in Artikelform in *Lalkar* und liegt nun in derselben Reihenfolge mit dem Datum seiner Originalveröffentlichung vor, das zu Beginn eines jeden Kapitels angegeben ist. Der Anhang ist ausschließlich Trotzkis Beitrag zu ökonomischen Ansichten gewidmet. Im Text wird Trotzki häufig als Verfechter eines „Markt-Sozialismus“ erwähnt. Man darf nicht einfach nur behaupten, man muß auch beweisen. Um aber den Fluß der Darstellung nicht zu unterbrechen, wurde die Beweisführung dieser Aussage in den Anhang verwiesen.

Ich möchte meinen tiefen Dank zum Ausdruck bringen, den ich der Britisch-Irischen Kommunistischen Organisation schulde, die in den späten 60er und frühen 70er Jahren in der britischen antirevisionistischen Bewegung äußerst aktiv war und deren ausgezeichnete zweiteilige Broschüre zu Stalins Buch „Ökonomische Probleme ...“ für mich von unschätzbarem Wert gewesen ist. Es ist die beste Arbeit dieser Art, die mir je begegnete und die ich jedes Mal bei Bedarf heranzog.

Nicht zuletzt möchte ich meinen engen Genossen danken, ohne deren ideologische, politische, moralische und materielle Unterstützung, ohne deren technische Kenntnisse und ohne deren unermüdliche und aufopferungsvolle Hingabe zur Sache des Proletariats diese Artikel - und damit dieses Buch - nahezu unmöglich gewesen wären.

Ich möchte ebenso dem Exekutivkomitee der Indischen Arbeitervereinigung (Großbritannien) danken, das mir die Gefälligkeit erwies, mir die Kolumnen seiner Zeitschrift *Lalkar* für die Materialveröffentlichung in diesem Buch zur Verfügung zu stellen.

Ich schließe dieses Vorwort mit den Marx entlehnten Worten:

„Jedes Urteil wissenschaftlicher Kritik ist mir willkommen. Gegenüber den Vorurteilen der sog. öffentlichen Meinung, der ich nie Konzessionen gemacht habe, gilt mir nach wie vor der Wahlspruch des großen Florentiners: ‘Segui il tuo corso, e lascia dir le genti!’ (Geh deinen Weg, und laß die Leute reden!)“.

Harpal Brar, Dezember 1991

Kapitel 1

Lalkar März/ April 1990

Perestrojka - Eine vollständige Abweichung vom Leninismus

Im März 1985, genau vor fünf Jahren, wurde Michail Gorbatschow nach dem Tode Tschernenkos zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) berufen. Für uns ist dies ein hinreichend langer Zeitraum, seine Führung der KPdSU und, was noch wichtiger ist, die jüngsten Leistungen auf den Gebieten der Innen- und Außenpolitik zu beurteilen. Wir stellen von Anfang an fest, daß diese fünf Jahre durchweg verhängnisvoll für die Sache des Sozialismus nicht nur in Osteuropa, sondern auch für die UdSSR selbst waren, in der wirtschaftliches Chaos, nationale Unruhen, politischer und moralischer Verfall eine ernste, ständig wachsende Bedrohung

für die Integrität und tatsächlich die Existenz der UdSSR darstellen. Obgleich dieser Zerfallsprozeß bis auf den XX. Parteitag der KPdSU 1956 zurückverfolgt werden kann, als unter der Führung Chruschtschows die Partei eine ganze Reihe irriger Standpunkte einnahm, ist die Krise in der UdSSR und in Osteuropa in der heutigen akuten Form eine direkte Folge der Politik, die unter den Namen *Glasnost* und *Perestrojka* auf den Plenarsitzungen des Zentralkomitees der KPdSU jeweils im Januar und Juni 1987 angenommen wurde - eine Politik, die nicht überraschend zu falschen - ja, katastrophalen Konsequenzen führte. Der gesamte Rest dieses Kapitels dient der Untermauerung unserer Behauptung. Es war kaum möglich, im Zusammenhang mit einem einzigen Zeitungsartikel einem solchen Gegenstand gerecht zu werden. Leider würden wir bestimmt auf dieses Thema zurückkommen müssen. Das vorliegende Kapitel sollte daher in der damaligen Artikelform als einleitender Beitrag zu der Debatte dienen, die gegenwärtig noch in den Arbeiterparteien, Organisationen und Arbeiterzirkeln überall in der Welt stattfindet.

Die ersten Dokumente, auf die in dieser Artikelserie Bezug genommen wurde und Gegenstand unserer Kritik bilden, sind:

1.- *Perestrojka*, von Michail Gorbatschow (veröffentlicht von Collins und in diesem Kapitel im folgenden „*Perestrojka*“ genannt),

2,- Gorbatschows Rechenschaftsbericht anläßlich des 70. Jahrestages der Großen Oktoberrevolution (das *1987er Referat*),

3,- Gorbatschows Rechenschaftsbericht zur 19. Allunionskonferenz der KPdSU im Juni 1988 (das *1988er Referat*),

3,- *Die Herausforderung: Ökonomie der Perestrojka*, von Abel Aganbegjan (veröffentlicht von Hutchinson und in diesem Kapitel im folgenden „Die Herausforderung“ genannt). Das Mitglied der Akademie der Wissenschaften Aganbegjan wird, nebenbei bemerkt, in der sowjetischen Literatur als „der Mann im Zentrum der Perestrojka“ bezeichnet.

Definition von Perestrojka

Gorbatschow definiert *Perestrojka* nicht bloß als Restrukturierung, sondern als eine „Revolution von oben“. Er sagt: „Damit sind tiefe und im

wesentlichen revolutionäre Veränderungen gemeint, die auf Initiative der Autoritäten selbst eingeführt werden, aber aufgrund objektiver Veränderungen der Situation und gesellschaftlicher Stimmungen notwendig geworden sind.“ (Perestrojka, S. 55)

Gorbatschow versichert uns immer wieder, er teile die von einigen Leuten vertretene Ansicht nicht, daß „sich der Sozialismus in einer tiefen Krise befinde und unsere Gesellschaft in eine Sackgasse gebracht habe“, daß er nicht mit denen übereinstimme, die sagen: “wir hätten nur einen Ausweg...: kapitalistische Methoden des Wirtschaftsmanagements und soziale Modelle zu übernehmen, um uns in Richtung Kapitalismus zu bewegen.“ Er kritisiert jene, die „soweit gehen, zu behaupten, die Oktoberrevolution 1917 sei ein Fehler gewesen, der unser Land fast vollständig vom weltweiten gesellschaftlichen Fortschritt abgeschnitten habe.“ (ebenda, S. 36) „Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein“, sagt er, als die Auffassung, die Perestrojka sei „durch den katastrophalen Zustand der sowjetischen Wirtschaft notwendig geworden und Ausdruck der Enttäuschung vom Sozialismus und einer Krise seiner Ideale und letztendlichen Ziele.“ (S. 11) Er fährt fort: „Wir werden natürlich nichts an der Sowjetmacht ändern oder ihre fundamentalen Prinzipien aufgeben, aber wir erkennen die Notwendigkeit für Veränderungen an, die den Sozialismus stärken, ihn dynamischer machen und politisch aufwerten.“ (S. 54)

Gorbatschow ist dreist genug, die Politik der *Perestrojka*, weit von einer Herabsetzung des Sozialismus entfernt, mit folgenden Worten zu charakterisieren:

„...in seiner bolschewistischen Kühnheit und seinem humanistischen gesellschaftlichen Vorstoß ist der derzeitige Kurs eine direkte Fortsetzung der großen Ideale, deren Umsetzung von der Leninschen Partei in den Oktobertagen des Jahres 1917 begonnen wurde. Und nicht nur eine Fortsetzung, sondern eine Erweiterung und Entwicklung der Grundideen der Revolution. Wir müssen dem historischen Impuls der Oktoberrevolution neue Dynamik verleihen und alles, was durch ihn in unserer Gesellschaft begonnen wurde, weiter vorantreiben.“ (S. 50)

Und um es so voranzutreiben, müsse die *Perestrojka* von *Glasnost* (wörtlich: „Offenheit“ [H.B: auch: „Öffentlichkeit“ - d. Hrsg.]) flankiert sein, d.h. durch

einen Prozeß, der als „völlige Demokratisierung“ auf allen gesellschaftlichen Ebenen beschrieben wird; denn, so wird behauptet, ohne Demokratisierung ist die Perestrojka, wie auch frühere nicht von Glasnost begleitete Reformen, zum Scheitern verurteilt. Wir werden in Kürze die praktischen Ergebnisse dieser doppelten Politik sehen, Resultate, welche die kühnen Behauptungen Gorbatschows Lügen strafen.

Warum Perestrojka?

Bevor wir den Inhalt der verschiedenen Seiten dieser neuen Politik analysieren, stellen wir die legitime Frage: warum Perestrojka? Gorbatschow sagt uns, daß die Ursprünge der Perestrojka direkt auf die in den späten 70er Jahren beginnende Stagnation der sowjetischen Wirtschaft zurückgeführt werden könnten. Er formuliert es so: „Auf einer bestimmten Stufe - dies wurde vor allem in der zweiten Hälfte der 70er Jahre klar - geschah etwas, das auf den ersten Blick unerklärlich war. Das Land verlor an Schwungkraft. Die Zahl der ökonomischen Mißerfolge nahm zu. Hindernisse bauten sich auf und verschlimmerten sich, ungelöste Probleme vervielfältigten sich. Elemente der von uns so genannten Stagnation und andere dem Sozialismus fremde Erscheinungen tauchten im gesellschaftlichen Leben auf. Eine Art ‘Bremsmechanismus’ bildete sich heraus, der die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung beeinträchtigte. Und all dies geschah zu einer Zeit, als die wissenschaftliche und technologische Revolution neue Aussichten für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt eröffnete.“

„Als wir die Lage analysierten, entdeckten wir zunächst eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums. In den letzten fünfzehn Jahren sanken die Wachstumsraten des Nationaleinkommens auf weniger als die Hälfte und mit Beginn der achtziger Jahre fielen sie auf einen Stand nahe der ökonomischen Stagnation. Ein Land, das sich einmal schnell an die am weitesten fortgeschrittenen Nationen der Welt heranarbeitete, verlor nun eine Position nach der anderen.“ (Seiten 18-19)

Und weiter: „Unsere Raketen können den Halleyschen Kometen aufspüren und mit erstaunlicher Genauigkeit zur Venus fliegen, aber diese wissenschaftlichen und technologischen Triumphe gehen einher mit einem offensichtlichen Mangel an Effizienz, wissenschaftliche Errungenschaften auf ökonomische Erfordernisse anzuwenden...“

Parallel zu dieser ökonomischen Stagnation, sagt Gorbatschow, gäbe es einen „allmählich fortschreitenden Verfall ideologischer und moralischer Werte in unserem Volk...“ und eine Erschlaffung der Parteiführung: „Hohe Werte der Oktoberrevolution und der heroische Kampf für den Sozialismus wurden mit Füßen getreten;“ das sowjetische Volk habe nicht nur das Interesse an gesellschaftlichen Belangen verloren, sondern „Arbeit hatte nicht mehr ihren Achtungsstatus,“ und „vor allem junge Leute waren um jeden Preis hinter dem Profit her.“ Die Ideen der Perestrojka seien daher nicht nur aus ökonomischen Erwägungen heraus veranlaßt gewesen, sondern auch „durch das aufgerüttelte Gewissen, durch die unverbrüchliche Verbundenheit zu Idealen, die wir von der Revolution geerbt haben...“ Soweit Gorbatschow.

Wenn wir alle wichtigen Äußerungen Gorbatschows in Betracht ziehen, die in den drei maßgeblichen Dokumenten enthalten sind, auf die wir uns im Anfang unseres Kapitels bezogen, können wir sagen, daß seine *Perestrojka*-These in die folgenden Kategorien unterteilt werden kann:

1.- Eine Neueinschätzung der sowjetischen Geschichte - ein Euphemismus [beschönigendes Wort - d. Hrsg.] für die ungerechtfertigten und unwissenschaftlichen Angriffe gegen Josef Stalin und ein, wenngleich nicht sehr überzeugender Versuch, jenes großartige Kapitel in der Geschichte des Weltproletariats zu leugnen, in dem die UdSSR unter der Fahne des Marxismus-Leninismus und der Führung der KPdSU mit Stalin an ihrer Spitze, unvergleichliche Leistungen während des sozialistischen Aufbaus vollbrachte.

2,- Glasnost (Offenheit) - „Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft“

3.- Restrukturierung der sowjetischen Ökonomie

4,- Sozialismus und die Welt

Wir ziehen es vor, diese Aspekte der *Perestrojka* in umgekehrter Reihenfolge zu diskutieren. Dieses Kapitel beschränkt sich auf den soeben erwähnten vierten Punkt. Andere folgende Kapitel werden sich mit den anderen Gesichtspunkten befassen.

Sozialismus und die Welt

Die Hälfte des Buches Gorbatschows ist diesem Punkt gewidmet. Sein Referat anläßlich des 70. Jahrestages der Großen Oktoberrevolution enthält einen Abschnitt, der die internationale Lage behandelt - „*Die Oktoberrevolution und die heutige Welt*“, in dem Gorbatschow seine Analyse der modernen Welt abgibt und mit einigen phantastischen (im Sinne von unglaublichen) theoretischen Formulierungen aufwartet, welche - gelinde gesagt - mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen, sogar zu der durch die KPdSU auf ihrem XXVII. Parteitag bestätigten Analyse der Weltsituation im Widerspruch stehen - und schließlich ein eindeutiges Abdriften vom wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus darstellen. Das *1988er Referat* wiederholt genau diese Formulierungen.

Eine ganzheitliche Welt gegenseitiger Abhängigkeiten

Gorbatschows Hauptthese besteht darin, daß wir in einer als Ganzes zu betrachtenden Welt in gegenseitiger Abhängigkeit leben. Alle grundlegenden Widersprüche unserer Epoche ignorierend (die Widersprüche zwischen Sozialismus und Imperialismus, zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten Nationen und Völkern der Welt, zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie — sowie zwischen den verschiedenen imperialistischen Ländern selbst), sagt Gorbatschow:

„Bekanntlich geht dieses Konzept von dem Gedanken aus, daß trotz aller tiefen Widersprüche in der heutigen Welt, trotz aller drastischen Unterschiede zwischen den Ländern aus denen sie zusammengesetzt ist, sie interdependent und integral ist.“ (1987er Referat)

Auf welcher Grundlage kann man diese Welt als interdependent und integral charakterisieren? Hier ist Gorbatschows Antwort:

„Die Gründe dafür schließen die Internationalisierung der weltweiten ökonomischen Bindungen ein, den umfassenden Bereich der wissenschaftlichen und technologischen Revolution, die wesentlich neue Rolle der Massenmedien, den Stand der Weltressourcen, die allgemeine Umweltbedrohung und die schreienden sozialen Probleme der Entwicklungsländer, die uns alle berühren. Der Hauptgrund jedoch ist das Problem des Überlebens der Menschheit. Mit diesem Problem leben wir jetzt,

weil die Entwicklung der Nuklearwaffen und die bedrohlichen Aussichten ihrer Anwendung die Existenz der menschlichen Gattung in Frage stellen.“ (ebenda)

Es liegt nichts Neues in der „Internationalisierung der weltweiten ökonomischen Bindungen“, denn sie ist so alt wie der moderne Kapitalismus selbst. Von seinen ersten Tagen an suchte der Kapitalismus nichts Geringeres als den Weltmarkt. Dieser Umstand basierte auf den im 15. Jahrhundert beginnenden geographischen Entdeckungen - ganz zu schweigen vom Sklavenhandel, der Kolonisierung der Neuen Welt und anschließend Asiens und Afrikas. Wenn man von diesem Phänomen in Ausdrücken wie „gegenseitige Abhängigkeit“ spricht, könnte man ebensogut gerechtfertigt von der gegenseitigen Abhängigkeit des Räubers und des Beraubten sprechen. Es wäre zu verstehen, wenn Imperialisten und ihre Ideologen bei dem Versuch, die Ausbeutung der unterdrückten Völker zu vertuschen, in solchen Termini redeten. Seitens der Kommunisten ist dies jedoch eine unzulässige Abweichung von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus.

Auch an der großartig ausposaunten „wissenschaftlich-technologischen Revolution“ ist nichts Neues. Die unablässige kapitalistische Jagd bei der Gewinnung immer größerer Mehrwertmassen, ein Ausdruck des Gesetzes der Konkurrenz, sorgt selbst dafür, daß die technische Weiterentwicklung fortwährend stattfindet. Aber niemand, der sich selbst Kommunist nennt, dürfte sich derart von einer solchen technologischen Revolution verwirren lassen, um schlicht zu vergessen: „...innerhalb des kapitalistischen Systems vollziehn sich alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit auf Kosten des individuellen Arbeiters; alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen um in Beherrschungs- und Exploitationsmittel des Produzenten, verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vernichten mit der Qual seiner Arbeit ihren Inhalt, ... unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie...“ (MEW, Marx, Das Kapital, Band I, S. 674)

Ferner machen sich die am weitesten entwickelten kapitalistischen Länder diese wissenschaftlich-technologische Revolution dienstbar zur Intensivierung der extremsten Ausbeutung der Völker in den weiten Kontinenten Asiens,

Afrikas und Lateinamerikas, mittlerweile auch zunehmend derjenigen Osteuropas, z. B. Polen, Ungarn, etc.

Auch sind die Imperialisten nicht sonderlich besorgt um „die allgemeine Umweltbedrohung und die schreienden sozialen Probleme der Entwicklungsländer“. Dank der imperialistischen Superexploitation [Ausbeutung auf höchster Stufe - d. Hrsg.] versinken die Menschen dieser „sich entwickelnden Welt“ immer tiefer in Armut und in Schulden; letztere bezahlen sie mit der fortgesetzten Zerstörung der Regenwälder, um für den Export bestimmte Feldfrüchte statt Nahrungsmittel für den Eigenbedarf anzubauen, um schließlich Nahrungsmittel zu hohen Preisen einzuführen und endlich in weitere Verschuldung zu geraten.

Vor allem aber führt Gorbatschow in seinem Referat energisch sein Hauptargument ins Feld: „Der Hauptgrund jedoch ist das Problem des Überlebens der Menschheit.“

Und dieses Problem des menschlichen Überlebens, diese Angst vor dem Untergang der menschlichen Rasse durch einen nuklearen Schlagabtausch, so folgert Gorbatschow, zwingt selbst die Imperialisten, die Tatsache zu akzeptieren, daß wir alle in einer integralen Welt voneinander abhängig sind und Zusammenarbeiten müssen.

Und in diesem leidenschaftlichen, um nicht zu sagen sehnsüchtigen Streben nach einer Welt der Zusammenarbeit - zwischen Imperialismus und Sozialismus, zwischen Ausbeutern und den Ausgebeuteten, zwischen den Unterdrückern und den Unterdrückten - sind alle wirklichen Widersprüche der heutigen Welt unter den Teppich gekehrt.

Tatsächlich existiert die Angst vor gegenseitiger Zerstörung. Das hat jedoch die imperialistischen Kriegspläne nicht aufgehalten. Was einen Nuklearangriff durch den Imperialismus bislang verhindert hat, war die Fähigkeit der Sowjetunion, einen effektiven Vergeltungsschlag zu führen, nicht irgendeine gemeinsame Sorge seitens der Kriegshetzer der NATO-Allianz, die Menschheit vor der Geißel des Atomkrieges zu retten. Während Gorbatschow damit beschäftigt ist, die Außenpolitik der imperialistischen Staaten in den schönsten Farben erstrahlen zu lassen, beschäftigt sich die USA mit dem Starwars-Projekt, das darauf abzielt, die USA aus den Hemmnissen des nuklearen Gleichgewichts herauszukatapultieren und eine

Erstschlagskapazität gegenüber der UdSSR zu erlangen. Während Gorbatschow erklärt, „ein neues umfassendes System internationaler Sicherheit bezüglich der Abrüstung ist notwendig und möglich," während er im dunkeln tappt, eher glaubend als denkend, „die Gesetze zu erkennen, die das Zusammenspiel der Kräfte bestimmen, welche durch Konkurrenz, Widersprüchlichkeit und gegensätzliche Interessen den gewünschten Effekt bringen können" (gewünscht von wem? - könnte man fragen), gehen die Imperialisten ihrem gewöhnlichen Geschäft nach, die moralischen, politischen, sozialen, ökonomischen und militärischen Fundamente des Sozialismus mit echt amerikanischer - oder sollte man sagen japanischer? - Effektivität zu untergraben. Ohne einen einzigen Schuß abzufeuern, haben sie die faktische Auflösung des Warschauer Vertrages als gegenseitig bindende Verteidigungsgemeinschaft des Friedens und gesellschaftlichen Fortschritts erreicht - und das aggressive und kriegslüsterne NATO-Bündnis aufrechterhalten.

Das Wesen des Imperialismus

Im Hinblick auf die grundsätzliche Frage zum Wesen des Imperialismus fragt Gorbatschow:

„Aber die derzeitige Entwicklungsstufe der Welt und den neuen Grad ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und Integration vorausgesetzt - ist es möglich, dieses Wesen zu beeinflussen und seine gefährlicheren Erscheinungen zu blockieren? Mit anderen Worten: Können wir sicher sein, daß in einer integralen Welt, in der universelle menschliche Werte oberste Priorität haben, die in ihr wirkenden Gesetze den Spielraum der zerstörerischen Einflüsse begrenzen, die durch die egozentrischen, die herrschenden Klassen begünstigenden Regeln hervorgerufen und *grundlegend für das kapitalistische System sind*?" (Herv. d. H.B. - 1987er Referat, S.48)

Die obige Formulierung ist nichts weniger als eine Selbstaufhebung, ein sich selbst widersprechender Hokuspokus. Einerseits wird uns erzählt, daß unsere Welt eine integrale Welt mit eigenen Regeln ist; auf der anderen Seite wird die Frage gestellt:

Können die Gesetze dieser integralen Welt die Wirkung der Grundregeln des kapitalistischen Systems blockieren? Von dieser Art Fragen sagt man, daß ein

Narr mehr davon stellen kann, als zehn Weise beantworten können. Beim Lesen einer solchen Formulierung beginnt der Kopf zu schwirren. Man weiß nicht, welche Kräfte wirksamer sein sollen; sind es die Gesetze der integralen Welt, sind es die grundlegenden Gesetze des kapitalistischen Systems - oder sind es vielleicht die universellen menschlichen Werte, von denen wir hörten, daß sie oberste Priorität hätten.

Wie auch immer - Gorbatschow beantwortet seine oben gestellte Frage bejahend. Und diese seine affirmative Antwort wurzelt fest in einem Wunschdenken statt in irgendeiner greifbaren Analyse der wirklichen Verhältnisse in unserer Welt, die von einem wilden Wettrüsten, monströser Unterdrückung und Ausbeutung der Dritten Welt, nackter Aggression gegen kleine souveräne Staaten (wie Nicaragua, Grenada und Panama) sowie der Verschärfung diverser Widersprüche geprägt ist. Es bedarf nur eines flüchtigen Blicks um festzustellen, daß unsere Welt nicht integral, sondern durchweg im Innern gespalten ist.

Danach fährt Gorbatschow mit weiteren Fragen fort: „Kann der Kapitalismus sich vom Militarismus lösen und im ökonomischen Bereich ohne ihn funktionieren und sich weiterentwickeln?...“

Und weiter:

„Wie realistisch ist unsere Hoffnung, daß diese Erkenntnis der schrecklichen Bedrohung, mit der die Welt konfrontiert ist - und wir wissen, daß diese Erkenntnis sich den Weg sogar bis in die höchsten Ebenen der herrschenden Elite des Westens [d.h. Imperialisten - H.B.] bahnt - Teil der praktischen Politik wird? Wie eindringlich letztlich jedoch auch die Argumente des gesunden Menschenverstandes, das gut entwickelte Verantwortungsbewußtsein und der mächtige Selbsterhaltungstrieb auch sind, gibt es noch Dinge, die nicht unterschätzt werden dürfen und die durch ökonomische Interessen bestimmt sind und folglich auf Klasseninteressen beruhen.“

Angesichts der Entschlossenheit Gorbatschows, die „ökonomischen und folglich Klasseninteressen“ zu ignorieren, ist man durch die Einfügung des letzten Satzes im hier zitierten Abschnitt verblüfft, der die uns umgebende Realität widerspiegelt und den gesamten Unsinn unserer „integralen“ und

„interdependenten“ Welt mit ihren eigenen Gesetzen auf eindrucksvolle Weise sprengt.

Schließlich wiederholt Gorbatschow dieselbe Frage in der folgenden allgemeinen Form:

„Mit anderen Worten stellt sich die Frage, ob sich der Kapitalismus den Bedingungen einer atomwaffenfreien Welt anpassen kann, den Bedingungen einer neuen und gerechten Wirtschaftsordnung, den Bedingungen, in denen die geistigen und moralischen Werte der beiden Weltsysteme aufrichtig einander gegenübergestellt werden.“

Weswegen muß Gorbatschow in Anbetracht seines Eingeständnisses, es gäbe „Dinge, die nicht unterschätzt werden dürfen und die durch ökonomische Interessen bestimmt sind und folglich auf Klasseninteressen beruhen“, diese Frage überhaupt stellen - außer zum Zwecke einiger unbegründeter Schlußfolgerungen, genau jene klassenbezogenen ökonomischen Interessen unterschätzend, derer er sich ja bewußt ist?

Veränderung der Widersprüche

Lange vorher schon enthüllt uns Gorbatschow das Geheimnis seiner so herausgearbeiteten Fragen in folgender Weise:

„Die Nachkriegsperiode erlebte eine tiefgreifende Modifikation der Widersprüche, welche die grundlegenden Entwicklungen der Weltwirtschaft und Weltpolitik für gewöhnlich bestimmten. Ich beziehe mich hauptsächlich auf die Entwicklungen, die unausweichlich zu Kriegen zwischen den Kapitalisten selbst führten.“

Erstens, die Nachkriegsperiode als eine Zeit der „tiefgreifenden Modifikation der Widersprüche“ zu charakterisieren, ist eine Verzerrung aller Wirklichkeit. Es ist tatsächlich eine Periode großer Fortschritte in der Menschheitsgeschichte durch höchste Zuspitzung und Auflösung von Widersprüchen - insbesondere Widersprüche zwischen Sozialismus und Imperialismus auf der einen Seite, und zwischen Imperialismus und den unterdrückten Nationen und Völkern der Welt auf der anderen Seite. Es ist eine Periode, die das Entstehen der Volksdemokratien in Osteuropa, den Triumph der chinesischen, koreanischen, kubanischen und vietnamesischen

Revolutionen erlebte, sowie die in verschiedenen Stufen erreichte Unabhängigkeit asiatischer, afrikanischer und karibischer Länder. All diese Fortschritte erfolgten trotz des erbitterten Widerstandes des Imperialismus - nicht durch eine tiefgreifende Veränderung der Widersprüche in unserer vermeintlich integralen Welt.

Dieser Periode kann auch keine Veränderung in den Widersprüchen lediglich aufgrund der Tatsache zugeschrieben werden, daß die imperialistischen Länder es für unangebracht hielten, gegeneinander Krieg zu führen. Wir wissen, warum sie es nicht taten. Gorbatschow seinerseits liefert eine Antwort, die - ganz wie ein faules Ei - ‘in Teilen’ noch gut ist:

„Heute ist die Situation eine andere. Es ist nicht nur die Lehre aus dem vergangenen Krieg, sondern auch die Angst vor versiegender Kraft angesichts des Sozialismus als Weltsystem, die den Kapitalismus davon abgehalten hat, seine ‘inneren’ Widersprüche in Extreme laufen zu lassen. Diese Widersprüche entfalteten sich in einem technologischen Wettlauf mit Konkurrenten und wurden mit Hilfe des Neokolonialismus gelindert. Eine Art neue ‘friedliche’ Aufteilung der Welt begann nach dem von Lenin erkannten Grundsatz - ‘kapitalgemäß’ ging der Löwenanteil gerade an denjenigen, der momentan am stärksten und reichsten war. Einige Länder gingen dazu über, ‘Abbau’ ökonomischer Spannungen durch Ressourcenkanalisierung in den militärisch-industriellen Komplex unter dem Vorwand ‘sowjetischer Bedrohung’ zu betreiben. Die laufenden Veränderungen in der technologischen und organisatorischen Infrastruktur kapitalistischer Ökonomie trugen zur Lösung von Widersprüchen und zum Ausgleich unterschiedlicher Interessen bei.“

Im Eröffnungssatz macht Gorbatschow die korrekte Bemerkung, daß die Imperialisten aus Furcht vor einem Kräfteverlust in Gegenwart des Sozialismus untereinander nicht handgemein wurden. Weit vom Nachweis einer tiefgreifenden Veränderung der Widersprüche in unserer angeblich integralen Welt entfernt, erweist sich dies lediglich als zweitrangig, als nur eine Form von Antagonismus, nämlich der Widerspruch zwischen den imperialistischen Ländern selbst - gegenüber einem anderen - demjenigen zwischen Imperialismus und Sozialismus - und die Versuche der imperialistischen Länder, ihre Krise auf Kosten des Sozialismus zu bewältigen. Und leider scheinen diese Bemühungen anzudauern, eingedenk

der Theorie von der integralen Welt mit ihren eigenen Gesetzen und der Modifikation der Widersprüche.

Das Heraussaugen von Extraprofiten „mit Hilfe des Neokolonialismus“ wird von Gorbatschow als eine „Art neue ‘friedliche’ Aufteilung der Welt“ präsentiert - und als ein neuerlicher Beweis für die tiefgreifende Modifikation der Widersprüche in unserer wundervoll integralen und interdependenten Welt. Es bedarf wohl kaum eines Nachweises, daß auch in diesem Fall das von Gorbatschow gezeichnete Bild sich in krassem Gegensatz zur Realität befindet. Um diese neuen kolonialen Beziehungen in Szene zu setzen und diese ‘friedliche’ Aufteilung zu schaffen, führte und führt der Imperialismus weiterhin Kriege gegen die sich jüngst entwickelnden Länder. Die Interventionskriege und durch den Imperialismus veranlaßte Unruhen in Ländern wie Angola, Mocambique, Nicaragua, El Salvador und einer Unmenge anderer Länder zeugen schwerlich von einer Veränderung der Widersprüche und der friedlichen Aufteilung der Welt. Die Völker der Dritten Welt führen gleichfalls weiterhin ihre revolutionären Kämpfe mit wachsender Verbissenheit gegen den Imperialismus und seine Marionetten. Sie beugen sich nicht friedfertig einer dergestalt ‘friedlichen’ Aufteilung, die auf ihre Kosten die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten aufheben soll. Würde Gorbatschow solche Orte wie Soweto, San Salvador oder die besetzten Gebiete Palästinas etc. aufsuchen und zu den Völkern dort von der ‘friedlichen’ Aufteilung sprechen, könnte man sich unschwer vorstellen, daß die Antwort, die er darauf bekäme, kurz und bündig - und alles andere als zivil ausfiele.

Genauso falsch ist es von Gorbatschow, den militärisch-industriellen Komplex in den imperialistischen Ländern als ein ziemlich harmloses Mittel zum Spannungsabbau hervorzuheben, statt ihn als das darzustellen, was er tatsächlich ist, nämlich das urwüchsige und unvermeidliche Produkt des Monopolkapitalismus, sein wesentlicher, integraler Bestandteil und ein gegen den Sozialismus und die weltweiten nationalen Befreiungsbewegungen gerichtetes Instrument.

Natürlich hätte die ‘friedliche’ imperialistische Aufteilung und die Linderung der Widersprüche mit Hilfe des Neokolonialismus auf Widerstand seitens des sozialistischen Lagers treffen und damit eine solch ‘friedliche’ Aufteilung abgelehnt werden können. Aber Gorbatschow versichert in seinem *1987er*

Report ergreifend, die UdSSR verstehe, daß „der entwickelte Kapitalismus bisher nicht in der Lage war und auch nicht sein wird, ohne die Ressourcen dieser Länder auszukommen. Das ist eine objektive Tatsache. Die Rufe nach dem Kappen der historisch herausgebildeten, weltweiten ökonomischen Bindungen sind gefährlich und bieten keine Lösung.“ (S. 51)

Er ist sogar noch freimütiger in seinem Buch, wo er sagt: „Ich habe schon bei vielen Gelegenheiten erklärt, daß wir keine feindlichen Absichten bezüglich der Interessen des Westens hegen. Wir wissen, wie wichtig der Mittlere Osten, Asien, Lateinamerika, andere Regionen der Dritten Welt und auch Südafrika für die amerikanischen und westeuropäischen Ökonomien sind, insbesondere als Rohstoffquellen. Diese Bindungen zu zerreißen, wäre das Letzte was wir wollten, und wir trachten nicht danach, Risse in den historisch geformten, gegenseitigen Wirtschaftsinteressen entstehen zu lassen.“ (Perestrojka, S. 178)

Auf diese Weise stellt sich also heraus, daß sich nicht das Wesen des Imperialismus veränderte, sondern die Haltung der UdSSR-Führung zu den Bedürfnissen des Imperialismus sich verändert hatte - bis zur Unkenntlichkeit. Statt gegen imperialistische Plünderung und Raub zu opponieren, statt jede nur mögliche Unterstützung jenen in der Dritten Welt zukommen zu lassen, die dagegen kämpfen - wie es bislang Praxis war, zeigt die jetzige Führung der Sowjetunion volles Verständnis für die imperialistischen Bedürfnisse, die Reichtümer dieser Länder zu plündern, um nicht „die historisch geformten, gegenseitigen Wirtschaftsinteressen“ zu trennen. Ab sofort dürfen vermutlich keinerlei „historisch herausgebildete“ ökonomische Beziehungen, einschließlich jene zwischen Proletariat und Bourgeoisie, bei denen die letztere das erstere ausbeutet, angetastet werden. Wahrscheinlich war es ebenfalls ein Fehler, die „historisch geformten Beziehungen“ zwischen dem Zarismus und dem russischen Volk 1917 zu „kappen“! Solch eine rührende Rücksichtnahme auf kapitalistische Ausbeutungsinteressen und imperialistische Superexploitation muß man also tolerieren, ja - im Namen der ganzheitlichen und gegenseitig abhängigen Welt, in der es wegen der durch die Nuklearwaffen heraufbeschworenen Angst vor der Auslöschung der Menschheit tiefgehende Veränderungen in den Widersprüchen gab - sanktionieren. Es ist kein Wunder, daß solch erzreaktionäre und fanatisch antikommunistische Repräsentanten des Imperialismus wie Ronald Reagan

(früherer US-Präsident) und [Ex- - d. Hrsg.] Premier Margaret Thatcher mit einem Grinsen erklärten: „Wir mögen Herrn Gorbatschow. Wir können mit ihm Geschäfte machen.“ Ja, allerdings!

Die Frage der Militarisierung

In seinem Rechenschaftsbericht anläßlich des XXVII. Parteitages der KPdSU drückt sich Gorbatschow bei der Beschreibung des Militarismus im Elektronikzeitalter so aus:

„Die Aspekte und Konsequenzen der wissenschaftlichen und technologischen Revolution differieren in den verschiedenen gesellschaftspolitischen Systemen. Der Kapitalismus der achtziger Jahre, der Kapitalismus im Zeitalter der Elektronik und der Informatik, der Computer und Roboter, wirft weitere Millionen von Menschen, auch junge und ausgebildete Leute aus ihren Jobs. Wohlstand und Macht sind mehr und mehr in wenigen Händen konzentriert. Der Militarismus blüht außerordentlich aufgrund des Wettrüstens und ist darüber hinaus bestrebt, allmählich die Kontrolle über die Hebel der Macht zu erlangen. Er wird das häßlichste und gefährlichste Ungeheuer des XX. Jahrhunderts. Aufgrund seiner Bestrebungen werden die fortschriftlichsten wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen in Massenvernichtungswaffen verwandelt.“

Das ist absolut richtig, stammt jedoch vom Februar-März 1986. Kaum achtzehn Monate später behauptet er aber in seinem *1987er Referat*, daß die Militarisierung weder dem Monopolkapitalismus innewohne noch seine unvermeidliche Konsequenz sei. Er führt die Beispiele Japans, Westdeutschlands und Italiens an, sowie das „Wirtschaftswunder“, welches sie ohne Militarisierung nach dem Zweiten Weltkrieg zustande gebracht hätten. Er ist gezwungen zuzugeben: Wenn dieses Wunder „ein Ende nimmt, werden sie wieder auf den Militarismus zurückgreifen.“ Er besteht aber darauf, daß dies nicht „in den Grundregeln, welche die Vorgehensweise des modernen Monopolkapitalismus bestimmen“ wurzele, sondern durch äußere Faktoren bestimmt sei - „durch das ‘ansteckende Beispiel’ des militärisch-industriellen Komplexes der USA, den Kalten Krieg und seine Ideologie, durch Prestigeerwägungen, die Notwendigkeit, über die eigene ‘eiserne Faust’ zu verfügen, um mit den Konkurrenten in einer gemeinsamen Sprache sprechen zu können und durch den Wunsch, das ökonomische Vordringen in

Länder der Dritten Welt durch Machtpolitik zu untermauern. Was auch immer der jeweils aktuelle Anlaß gewesen sein mochte - es gab eine Zeit, in der die moderne kapitalistische Ökonomie sich in verschiedenen Ländern schnell entwickelte, als die Militärausgaben minimal waren. Diese einschlägige historische Erfahrung gibt es.“

Mit anderen Worten führte die Entwicklung des Monopolkapitalismus demnach nicht zwangsläufig zur Militarisierung. Es ist wirklich merkwürdig, die Idee zu verbreiten, daß so etwas wie der Kalte Krieg (der ein Ausdruck des unversöhnlichen Hasses des Imperialismus gegen den Sozialismus ist), die Rivalität zwischen den Imperialisten („die Notwendigkeit, mit den Konkurrenten in einer gemeinsamen Sprache sprechen zu können“, wenn’s beliebt) und „der Wunsch, das ökonomische Vordringen in Länder der Dritten Welt durch Machtpolitik zu untermauern“ (d.h. imperialistische Einschüchterung mit dem Ziel, den kontinuierlichen Tribut dieser Länder an den Imperialismus sicherzustellen) äußere Ursachen hätten, Zufall seien, beiläufige Ereignisse - und nicht das Entwicklungsprodukt der dem modernen Monopolkapitalismus innewohnenden Gesetze.

Nebenbei bemerkt, während Gorbatschow früher noch von der ‘friedlichen’ Aufteilung der Dritten Welt sprach, wird uns jetzt beigebracht, daß diese ‘friedliche’ Aufteilung durchaus nicht so friedlich ist. Sie ist jetzt von schwer bewaffneten Streitkräften unterstützt (unsere „*Machtpolitik*“, was ist schon ein Wort?).

Die hier von Gorbatschow uns aufgetischte These läuft allen Imperialismuslehren Lenins zuwider und hat mit der Realität unserer Welt nichts zu schaffen.

Imperialismus und die Dritte Welt

Das *1987er Referat* auf der Grundlage der neuen Analyse Gorbatschows sagt einige interessante Dinge hinsichtlich der Beziehungen zwischen dem Imperialismus und den Ländern der Dritten Welt. Es steht dort:

„Die neokolonialistischen Methoden der Ressourcenverwertung anderer, die willkürlichen Praktiken der transnationalen Konzerne, die Schuldknechtschaft, Schulden von annähernd einer Billion Dollar, die

offensichtlich nicht zurückgezahlt werden können, führen ebenfalls in eine ausweglose Situation...“

Und weiter: „Der ungleiche Handel ist ein Umstand, der möglicherweise in einer Explosion gipfeln wird.“

Was also ist die Lösung? Es könnte scheinen, daß die Explosion vermieden werden müßte, sowohl im Interesse der Menschheit als auch des alles durchdringenden Gesetzes unserer integralen Welt mit ihren tiefgreifenden Widerspruchsveränderungen. Und „es scheint, als ob einige westliche Führer zu verstehen beginnen, daß dies (d.h. die Explosion) ein durchaus möglicher Ausgang sein könnte,“ der vermieden werden muß. Er sagt weiter:

„Es wird entweder zu einer Katastrophe kommen, oder zu einem gemeinschaftlichen Streben nach einer neuen Wirtschaftsordnung, die auf einer gleichberechtigten Grundlage den Interessen aller Rechnung trägt. Wir sehen den Weg zur Etablierung einer solchen Ordnung in der Einführung des Konzepts ‘Abrüstung für Entwicklung’.“

Also sind Gorbatschows Bemühungen darauf gerichtet, den Imperialisten die Kurzsichtigkeit ihrer Haltung zu demonstrieren und ihnen zu zeigen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, die existierende Weltordnung dergestalt zu verändern, daß die Förderung der ökonomischen Entwicklung in der Dritten Welt gleichzeitig ihrer eigenen Wirtschaft helfen würde. Kurz, Gorbatschow appelliert an die Vernunft und das Eigeninteresse des Imperialismus. Seine leidenschaftliche Bitte gipfelt in diesem Crescendo: „...wir sind mit einer historischen Entscheidung konfrontiert, die von den Gesetzen einer weitestgehend verbundenen und integralen Welt diktiert wird.“

Die verwelkenden Blumen schmachten nach Liebe, aber der herzlose Bach plätschert weiter - sagt ein altes chinesisches Sprichwort. Gorbatschows leidenschaftliches Flehen im Namen der „Gesetze der weitestgehend verbundenen und integralen Welt“ wird sicherlich vom Imperialismus als auch von den Völkern der Dritten Welt überhört, denn wie können Ausbeuter und Ausgebeutete, die Unterdrücker und die Unterdrückten, die Räuber und deren Opfer sich zusammensetzen und freundlich ihre Differenzen ausklammern? Gorbatschow verlangt das Unmögliche von beiden Seiten. Gorbatschow fordert die Ausbeuter auf, sich nicht wie Ausbeuter zu verhalten; er erwartet von den extrem ausgebeuteten breiten Massen in der

Dritten Welt, daß sie keinen Widerstand mehr leisten und sich nicht wie Ausgebeutete benehmen. Eine solche Bitte stößt auf taube oder betäubte Ohren.

Gorbatschow begründet seine Vision von den künftigen ökonomischen Beziehungen zwischen Imperialismus und der Dritten Welt auf den folgenden Voraussetzungen:

1.- daß der Ressourcenbedarf des Imperialismus aus der Dritten Welt bisher durch eine ‘friedliche’ Aufteilung mit Hilfe des Neokolonialismus gedeckt wurde;

2.- daß die Sowjetunion nichts tun wird, um die historisch gewachsenen ökonomischen Beziehungen zu trennen;

3.- daß der Imperialismus verstehen sollte, daß seine Entwicklung nicht notwendigerweise zu einem Wachstum des Militarismus führt und dieser auch nicht benötigt wird;

4.- daß die gegenwärtige Methode der Ausbeutung der Dritten Welt zu einer tiefen Krise und einer Explosion führen könnte.

Folglich würden die Imperialisten in der Lage sein, sich von der Militarisierung abzuwenden und eine Explosion in den Ländern der Dritten Welt zu vermeiden, wenn sie das „Konzept Abrüstung für Entwicklung“ durchführten, somit vom Wettrüsten abließen und für die Entwicklung der Dritte-Welt-Länder Ressourcen opferten. Und Gorbatschow bietet ihnen in dieser Hinsicht Hilfe an, indem er nichts zu tun verspricht, was die heiligen historisch herausgebildeten Beziehungen zwischen Imperialismus und der Dritten Welt unterbrechen könnte. Wenn dies so geschähe, profitierte jeder - die Imperialisten, die sozialistischen Länder und die Dritte Welt - und obendrein würde die Menschheit vor der Vernichtung durch die nukleare Katastrophe bewahrt. Wir wären alle Mitglieder einer einzigen glücklichen Menschheitsfamilie.

„Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten tragen eine besondere Verantwortung für die Zukunft der Welt“ sagt Gorbatschow in seinem Buch Perestrojka. Sie könnten, fährt er fort, ihre Kräfte und „die wissenschaftlichen und intellektuellen Potentiale“ vereinigen, „um die meisten der unterschiedlichen Probleme zum Wohle der Menschheit zu lösen.“

„Das Diktum Clausewitz', daß Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, klassisch zu seiner Zeit, ist mittlerweile hoffnungslos überholt", erklärt Gorbatschow, ohne den Beweis dafür zu liefern. Nicht nur Clausewitz konnte diesen Satz unterschreiben. Für uns ist wichtiger, daß auch Lenin dies bestätigte - nicht weil Lenin ein Kriegsbefürworter gewesen wäre, sondern weil der Krieg nicht ausgerottet werden kann, solange der Imperialismus existiert. Natürlich haben sich die Formen und Methoden der Kriegführung gewandelt, teilweise aufgrund der Technologieentwicklung im Bereich der Bewaffnung, aber der Krieg als solcher kann nicht beseitigt werden, ohne den Imperialismus zu beseitigen. Gorbatschows Theorie, nach welcher der Imperialismus seine Krisen und seine Widersprüche auf friedlichem Wege lösen und Militarismus und Krieg vermeiden kann, bringt ihn Kautskys Ultraimperialismus näher als Lenins Imperialismus-Lehre.

Die unzähligen Kriege, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs vom Imperialismus geführt oder von ihm veranlaßt wurden - die Kriege in Korea, Vietnam, Laos, Kampuchea; die Kämpfe in Mocambique und Angola; der Kampf der Völker von Namibia und Palästina; die revolutionären nationalen Befreiungskämpfe der Länder Lateinamerikas; der von den USA entfesselte Kontra-Krieg in Nicaragua; der mörderische Militärputsch in Chile, welcher die Allende-Regierung stürzte; die amerikanische Aggression gegen das kleine Grenada und gegen Panama [die USA intervenierten allein in Panama dreißigmal - d. Hrsg.]; der Kampf des Volkes von Südafrika gegen das verhaßte Apartheidregime - all diese und viele andere Kriege und Konflikte mit ihren Milliarden Toten und Verstümmelten, widerlegen die dummen Märchen über unsere integrale Welt mit ihren eigenen Gesetzen und der tiefgreifenden Veränderung der Widersprüche.

Über die Frage des Klassenkampfes in den imperialistischen Ländern schweigt sich Gorbatschows These aus - weist ihnen lediglich eine Rolle in der Friedensbewegung für Entmilitarisierung und eine kernwaffenfreie Welt zu. Der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der imperialistischen Bourgeoisie, die schwerwiegenden Probleme der Arbeitslosigkeit, die Krise des Imperialismus, ganz zu schweigen vom Kampf für den Sozialismus, werden einfach übergangen und mit keinem Wort erwähnt.

Die Rolle der Massen in den Ländern der Dritten Welt bei der Durchführung volksdemokratischer Revolutionen wird ignoriert, dafür die Rolle reaktionärer Regierungen vieler dieser Länder überbetont.

All dies entspringt nicht einer konkreten Analyse der Wirklichkeit, sondern den weltberühmten Gesetzen der integralen Welt, die *a priori* die Modifikation von Widersprüchen benötigt.

Schluß

Gorbatschows These einer integralen und interdependenten Welt - diese Welt der veränderten Widersprüche - in der die Ausbeuter und Ausgebeuteten vollauf damit beschäftigt sind, die historisch gewachsenen ökonomischen Beziehungen aufrechtzuerhalten, ist eine vollständige Abweichung von der bisher durch die weltweite kommunistische Bewegung vertretene These der sich verschärfenden Widersprüche, des sich verstärkenden Widerstands der Völker der Dritten Welt gegen die imperialistische Ausplünderung, Ausbeutung und Unterdrückung, die wachsende Macht der Befreiungsbewegungen, der Verstärkung der allgemeinen Krise des Imperialismus und des unvermeidlichen Sieges des Sozialismus und Kommunismus in der ganzen Welt. Sie stellt einen völligen Bruch mit den Lehren des Leninismus dar und kann lediglich als Instrument zur Schwächung und Liquidierung der revolutionären Arbeiterklasse und ebenso nationaler Befreiungsbewegungen dienen. Aus diesem Grund muß die Gorbatschowsche These von jedem klassenbewußten Arbeiter abgelehnt werden.

Kapitel 2

Lalkar, Juni/ Juli 1990

Ökonomie der Perestrojka - Eine vollständige Abweichung vom Marxismus-Leninismus, Teil 1

In der letzten Ausgabe von *Lalkar* (März-April 1990) [Kapitel 1 - d. Hrsg.] behandelten wir einen der Aspekte der *Perestrojka*, nämlich Sozialismus und

die Welt. Wir schlossen dieses Kapitel mit der Bemerkung, daß Gorbatschows These einer einheitlichen Welt gegenseitiger Abhängigkeiten und veränderter Widersprüche, in der die Ausbeuter und Ausgebeuteten sich der Beibehaltung der historisch geformten ökonomischen Beziehungen verschreiben, eine totale Abweichung von den Lehren Lenins bedeutet und nur als ein Instrument zur Schwächung und Ausschaltung der revolutionären Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegungen fungieren kann.

In diesem zweiten Kapitel behandeln wir die Ökonomie der *Perestrojka*. Wir sind in gleicher Weise davon überzeugt, daß auch die Ökonomie der *Perestrojka* eine gefährliche Abweichung von den Lehren des Marxismus-Leninismus auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus darstellt und erlauben uns gleich den Zusatz, daß sie in einer völligen Demontage der sozialistischen Planwirtschaft münden und die Errungenschaften der Oktoberrevolution (die durch heroische Taten während des sozialistischen Aufbaus, der sozialistischen Planung und Kollektivierung erreicht wurden) zunichte machen wird - mit den daraus resultierenden katastrophalen Konsequenzen nicht nur für die sowjetische Arbeiterklasse, sondern ebenso für das Weltproletariat und die unterdrückten Völker überall. Mit dieser einleitenden Bemerkung wenden wir uns nun der Ökonomie der *Perestrojka* zu und untersuchen ihren Inhalt, ihre Ziele und Konsequenzen. Zuerst aber: Warum überhaupt sowjetische Reformen, warum diese Umgestaltung gerade zu diesem Zeitpunkt?

Warum jetzt Perestrojka?

Die gegenwärtigen sowjetischen Reformen können und müssen im Lichte der enormen industriellen Umstrukturierungen in den imperialistischen Hauptländern USA, Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien gesehen werden, die unter dem Druck der revolutionären Entwicklungen in Wissenschaft und Technologie über ein Jahrzehnt in einem ungestümen Tempo stattfanden. In den 1930er und 40er Jahren - und sogar in den 1950er und 60er Jahren übertraf die *Wachstumsrate* der sowjetischen Wirtschaft bei weitem diejenige der imperialistischen Staaten. Während aber in den späten 70ern die Wachstumsrate der sowjetischen Wirtschaft zu fallen begann (wir betonen dieses Wort, um zu verdeutlichen, daß wir nicht vom absoluten

Wachstum reden, denn es gab seit 1919 kein einziges Jahr, in dem die sowjetische Wirtschaft nicht absolut gewachsen wäre - etwas, das kein einziges kapitalistisches Land aufzuweisen hat), erfuhr die Industrieaktivität in den kapitalistischen Ländern einen neuen Impuls. Gorbatschow beschreibt die Situation so:

„In einem gewissen Stadium - dies wurde vor allem in der zweiten Hälfte der 70er Jahre klar - geschah etwas, das auf den ersten Blick unerklärlich war. Das Land verlor an Schwungkraft. Die Zahl ökonomischer Mißerfolge nahm zu. Hindernisse bauten sich auf und verschlimmerten sich, ungelöste Probleme vervielfältigten sich. Elemente der von uns so genannten Stagnation und andere dem Sozialismus fremde Erscheinungen tauchten im gesellschaftlichen Leben auf. Eine Art 'Bremsmechanismus' bildete sich heraus, der die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung beeinträchtigte. Und all dies geschah zu einer Zeit, als die wissenschaftliche und technologische Revolution neue Aussichten für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt eröffnete."

„Als wir die Lage analysierten, entdeckten wir zunächst eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums. In den letzten fünfzehn Jahren sanken die Wachstumsraten des Nationaleinkommens auf weniger als die Hälfte und mit Beginn der achtziger Jahre fielen sie auf einen Stand nahe der ökonomischen Stagnation. *Ein Land, das sich einmal schnell an die am weitesten fortgeschrittenen Nationen der Welt heranarbeitete, verlor nun eine Position nach der anderen.*" (Perestrojka, Seiten 18-19)

Die Gründe für diese Verlangsamung der Wachstumsrate und die sich daraus ergebende Restrukturierung sind nach Aganbegjan, ein ehemaliger Wirtschaftsberater der sowjetischen Regierung, zur Zeit [1990 - d. Hrsg.] Vorsitzender der Kommission für Arbeits- und Naturressourcen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR - und obendrein ein Bourgeois - a) die Ressourcenknappheit und b) der Mangel an Arbeitskraft. Während die frühere Methode, von Aganbegjan als extensive Methode bezeichnet, unter den Bedingungen scheinbar grenzenlos verfügbarer Menschen- und Naturressourcen funktionierte, gäbe es unter den gegenwärtigen Umständen eine begrenzte Zufuhr derselben, was Technologieinvestitionen notwendig mache, die den Ressourcenverbrauch kosteneffektiver, wirtschaftlicher gestalten würde. Er sagt, die Verknappung natürlicher und menschlicher

Ressourcen erfordere den Übergang zu einer intensiven Methode, die sich in wachsendem Maße auf gesteigerte Produktivität stütze.

Statistiken über die Industrieproduktion in Aganbegjans Buch selbst widerlegen seine Behauptungen, die Periode vor Einführung der *Perestrojka* sei durch die sogenannte extensive Methode gekennzeichnet gewesen. Nach Aganbegjan hatte die sowjetische Ökonomie das Niveau von 1913 bis 1927 erreicht und die damalige sowjetische industrielle Produktion machte 4% der Weltindustrieproduktion aus. 1941 wuchs ihr Industrieausstoß auf 10% der Weltindustrieproduktion und befähigte somit die Sowjetunion, Hitlerdeutschland zurückzuschlagen. Heute [1990 - d. Hrsg.] erreicht die sowjetische Industrieproduktion 20% der weltweiten industriellen Produktion - und dies trotz der Abzweigung ökonomischer Ressourcen zur Herstellung von Nuklearausrüstungen, die der UdSSR durch die USA und andere imperialistische Länder der kriegshetzerischen und aggressiven NATO-Allianz aufgezwungen wird, trotz der fast vollständigen Wirtschaftsblockade gegen die UdSSR, ihres Ausschlusses von der Mitgliedschaft des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), trotz der Vorenthaltung des Meistbegünstigungsstatus durch die USA (d.h. Gleichbehandlung der mit den USA handeltreibenden Länder) und ungeachtet der strikten Durchsetzung des Verbots eines Hochtechnologietransfers in die UdSSR, mit Hilfe der COCOM und auf Geheiß der US-Führung organisiert. Wenn die UdSSR trotz all dieser gewaltigen Hindernisse heute ein Fünftel der gesamten Industrieproduktion der Welt bestreitet, so ist dies in nicht geringem Maße der Tatsache zu verdanken, daß sie fortwährend ihre Industrie erneuerte und umrüstete, daß sie stufenweise mit der systematischen Erhöhung der Arbeitsproduktivität (intensiven Methode, wenn es Herr Aganbegjan wünscht) beschäftigt war. Die von der Arbeiterklasse der UdSSR in den 1930er, 40er, 50er und 60er Jahren erreichten technischen Leistungen waren in der Geschichte der Industrialisierung weltweit bis dahin unbekannt. Das ganze gigantische Unternehmen der Industrialisierung der Sowjetunion seit der Großen Oktoberrevolution war in der Tat eine einzige gewaltige Anstrengung, die neuesten Errungenschaften in Wissenschaft und Technik so schnell und effektiv wie möglich auf Industrie und Landwirtschaft anzuwenden. Sogar die Breshnew-Jahre, die immerhin von zunehmenden bürgerlichen Wirtschaftsreformen gekennzeichnet waren[1], erst recht die Stalin-Ära (die von der jetzigen sowjetischen Regierung böswillig und in der Art einer Vendetta

verleumdet wird, statt zu versuchen, diese Periode der sowjetischen Geschichte objektiv zu beurteilen), waren für ihre großartigen Leistungen auf technologischem Gebiet beachtlich. Man braucht nur das sibirische Gaspipeline-Projekt zu erwähnen, um davon ein überzeugendes Beispiel zu liefern.

Anfang der 80er Jahre verhängte die Reagan-Administration über US-Firmen ein Lieferverbot für Gasturbinen, Turbinenräder und Kompressoren im Zusammenhang mit dem Bau der Pipeline. Die USA übte massiven Druck auf westliche Regierungen aus, sich diesem Embargo anzuschließen und glaubte, das Projekt in Sibirien würde aufgrund des US- und europäischen Embargos einfach zu Fall gebracht. Die Breshnew-Regierung mobilisierte die technischen, wirtschaftlichen und politischen Kräfte der Sowjetunion und überwand erfolgreich das imperialistische Embargo. So beschreibt Ed Hewett, ein amerikanischer Spezialist für sowjetische Energiepolitik, diesen Mobilisierungsprozeß:

„Die sowjetische Reaktion auf diese Haltung war die Mobilisierung der örtlichen Partei- und Regierungsorganisationen, um das Programm des Pipelineausbaus in einer allumfassenden Kraftanstrengung zu vollenden, indem fast ausschließlich - entgegen der ursprünglichen Strategie dieser ehrgeizigen Pläne - auf eigene sowjetische Turbinen und Kompressoren zurückgegriffen wurde. Exakt auf diese Weise spielte es sich ab - und darüber hinaus wurde der komplette Plan des Pipelineausbaus vorfristig erfüllt, ohne weitere Importe von Turbinen und Kompressoren aus dem Westen, abgesehen von den wenigen vor dem Reagan-Embargo gelieferten.

Dies war eine nicht zu unterschätzende Leistung - und es ist immer noch etwas rätselhaft, wie die Sowjets es schafften. Fest steht, daß die sowjetische Führung in Antwort auf die Reagansche Drohgebärde das gesamte System durch die Partei mobilisierte, um auf allen Ebenen die oberste Priorität des Gaspipeline-Programms zu signalisieren... Entlang der gesamten Pipelineroute wurden örtliche Parteifunktionäre eingesetzt, um für die fristgerechte Fertigstellung des Baus zu sorgen; Ministerien wurden mobilisiert, damit sie ihren Teil zur Bereitstellung notwendiger Ausrüstungen leisteten und, wo es möglich war, wurden ausgebliebene westliche Importe durch osteuropäische Technologie ersetzt. Das ist aber nur ein Beispiel für

eine der Stärken des Systems...“ (Ed Hewett, Reformierung der sowjetischen Ökonomie, Washington, The Brookings Institution, 1988, Seiten 169-70)

Selbst Gorbatschow erkennt an, daß das sowjetische System stark genug ist, um technologische Hindernisse und Blockaden zu überwinden und erklärt bei mindestens einer Gelegenheit die Verzögerungen auf technologischem Gebiet mit den Worten „zu großes Vertrauen in die Bindungen nach außen“ sowie mit einer Unterbewertung des wissenschaftlichen Potentials der UdSSR. Er sagt dazu folgendes:

„Wir befanden uns in technologischer Hinsicht deshalb in dieser Lage, weil wir unser Wissenschaftspotential unterschätzten und zu großes Vertrauen in die Bindungen nach außen setzten.

Nach meiner Ansicht nahmen wir die Entspannungspolitik mit übertrieben freudigen Erwartungen auf; zu vertrauensvoll, würde ich sagen. Viele dachten, es sei unumkehrbar und eröffne unbegrenzte Möglichkeiten, insbesondere im Hinblick auf die Handelsausdehnung und die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen. Wir unterbrachen sogar einige unserer Forschungen und technologischen Entwicklungen, weil wir auf die internationale Arbeitsteilung bauten und dachten, es sei vorteilhafter, manche Maschinen zu kaufen, statt sie selbst herzustellen. Aber was passierte in Wirklichkeit? Wir wurden für unsere Naivität schwer bestraft. Es kam eine Zeit der Embargos, Boykotte, Ächtungen, Einschränkungen und Einschüchterung derjenigen, die mit uns Handel trieben etc. Einige westliche Politiker predigten öffentlich den Untergang des Sowjetsystems. Aber sie geiferten vergeblich. (Perestrojka, Seiten 93-94)

Gorbatschow fährt fort:

„Im großen und ganzen trugen die verschiedenen US-‘Sanktionen’, ‘Embargos’ und andere Verbote ziemlich viel zur Klärung der Dinge bei. Wie man so sagt, hat jedes Unglück auch sein Gutes. Wir haben die Lehren aus den von den USA und einigen anderen westlichen Ländern getroffenen Entscheidungen, keine fortschrittliche Technik an die Sowjetunion zu veräußern, gezogen. Das ist möglicherweise der Grund, warum wir jetzt einen wahren Boom auf den Gebieten der Informationswissenschaft, der Computertechnologie und in anderen Bereichen der Wissenschaft und Technik erleben.“ (ebenda)

Dies steht in völligem Gegensatz zu dem von Gorbatschow an anderer Stelle gezeichneten düsteren Bild der ‘Stagnation’, das auch von seinen glitschigen Beratern überall verbreitet wird. Wir möchten hier nur hinzufügen, daß - mehr als jede andere Sowjetregierung vorher - gerade die Gorbatschow-Administration Schuld daran trägt, „die Entspannungspolitik mit übertrieben freudigen Erwartungen“ aufgenommen, das sowjetische wissenschaftliche Potential unterschätzt und „zu großes Vertrauen in die Bindungen nach außen“ gesetzt zu haben - und die UdSSR ist für ihre Naivität bereits gestraft.

Entspannung mit dem Imperialismus war immer eine einseitige Angelegenheit. Der Imperialismus setzt unbekümmert seine kriegshetzerischen und aggressiven Aktivitäten fort, die durch seinen fanatischen Haß auf den Sozialismus motiviert sind, während er jedes Zugeständnis seitens der sozialistischen Länder einstreicht. Beispielsweise rechtfertigen die Imperialisten seit Jahrzehnten die erneute massive Aufrüstung der NATO-Allianz mit der angeblichen Bedrohung, die vom Warschauer Pakt ausgehe. Jetzt, da der Warschauer Pakt nur noch dem Namen nach eine Streitmacht ist, beharren die Imperialisten nicht nur auf der fortdauernden Existenz der NATO, sondern arbeiten außerdem energisch an deren Stärkung. Sie wollen sogar ein vereintes Deutschland als Mitglied dieser aggressiven Kriegsmaschine und damit die unmittelbare Bedrohung der physischen Sicherheit der UdSSR. Die imperialistische Bourgeoisie macht weder Konzessionen im militärischen Bereich, noch auf den Gebieten des Handels oder der Ideologie. Während Gorbatschow unermüdlich von den „universellen menschlichen Werten“ schwafelt (unter anderem bei seiner Rede auf der Plenarsitzung der 43. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 7. Dezember 1988 - genau jener denkwürdigen Sitzung, an der Yasser Arafat teilnehmen sollte, dem PLO-Vorsitzenden aber ein Visum durch die US-Regierung verwehrt wurde), forcieren die Imperialisten ihren schonungslosen Kreuzzug gegen den Kommunismus für „Demokratie“, „Freiheit“ und den .Freien Markt“, allesamt Schlüsselwörter für imperialistische Ausbeutung, Ausplünderung, Unterdrückung und Aggression. Als Gorbatschow in New York weilte, um seine Ansprache auf der 43. UN-Sitzung zu halten, enthüllte die US-Regierung nicht nur ihren Stealth-Bomber [Tarnkappenbomber - d. Hrsg.] , sondern entsandte außerdem eine breitangelegte Marinestreitmacht für einen Aggressionsakt gegen Libyen.

In dem Bestreben eine nukleare Erstschlagskapazität zu erlangen, entwickelt die USA ihr Starwars-Projekt (SDI) weiter und unterzeichnet zur gleichen Zeit diverse Rüstungsbegrenzungsverträge mit der UdSSR, so zum Beispiel den INF-Vertrag. Während die Gorbatschow-Administration im Bereich der Außen- sowie Innenpolitik eine Konzession nach der anderen macht, verweigert ihr die USA weiterhin ein Handelsabkommen, das ihr durch die sogenannte Meistbegünstigungsklausel im Umgang mit den handeltreibenden Nationen garantiert wäre; so wie es im Oktober 1972 von den USA gehandhabt wurde, als der Kongreß gemäß des Jackson-Vanik-Zusatzartikels die Ratifizierung eines solchen Handelsabkommens ablehnte, aufgrund dessen jeder „nicht marktwirtschaftlichen Ökonomie“ (d.h. sozialistischen Ökonomie) der Status der Meistbegünstigung im Falle von Emigrationsbeschränkungen dieser Staaten verwehrt wird.

Es ist offensichtlich, daß die Gorbatschow-Regierung keine „Lehren aus den von den USA getroffenen Entscheidungen gezogen“ hat.

Um ein klares Bild vom ökonomischen Gehalt der *Perestrojka* zu bekommen, genügt es nicht, uns auf offizielle Parteidokumente und die Referate und Äußerungen Gorbatschows zu beschränken, die größtenteils den ökonomischen Inhalt der *Perestrojka* in widersprüchlichen, um nicht zu sagen sich gegenseitig aufhebenden und irreführenden Begriffen darstellen. Es scheint, als ob diese Dokumente und Reden aus zwei verschiedenen Federn stammen und von zwei Gruppen geschrieben wurden, die sich untereinander nicht einig sind. Jeder Satz, der die Vorzüge des Sozialismus lobt, wird durch einen anderen aufgehoben, der die Tragödie des Sozialismus beklagt; jede positive Äußerung im Hinblick auf die Stärke der sozialistischen Planwirtschaft wird mit einer Äußerung widersprochen, die von der Planwirtschaft hervorgerufenes Unheil skizziert; einerseits wird festgehalten, daß die zentralisierte Planwirtschaft nicht über Bord geworfen werden darf, auf der anderen Seite soll eine Marktwirtschaft eingeführt werden. Und man kommt zu der absurden Schlußfolgerung, daß die Sowjetunion eine regulierte oder geplante Marktwirtschaft einführen müsse. Mit Blick auf die sowjetische Arbeiterklasse und die Kollektivbauernschaft, die beide aus dem Aufbau des Sozialismus unter der zentralen Planwirtschaft so enorm großen Nutzen zogen, mußte die Gorbatschow-Führung äußerst behutsam vorgehen und den Sozialismus lobpreisende Phrasen von sich geben, um das sowjetische Volk in

Sicherheit zu wiegen und seine Befürchtungen zu zerstreuen, während sie in großem Umfange die Einführung kapitalistischer Produktionsnormen vorantrieb.

Deshalb sind die Parteidokumente und die Gorbatschowschen Referate und Reden in Verbindung mit den Schriften der sogenannten Reformer-Intelligenz zu betrachten, welch letztere sehr viel freimütiger und deutlicher in ihren Aussagen ist - auch weitaus schärfer, als die revisionistischen Wirtschaftstheoretiker der späten 50er und 60er Jahre. Zweifellos sind ihre Offenheit und Dreistigkeit Gorbatschow zuweilen peinlich und manchmal sieht er sich genötigt, sich von diesen Leuten zu distanzieren - von zwei Dingen sind wir jedoch absolut überzeugt:

Erstens, was die ‘Reformer’-Intelligenz gestern noch sagte, muß Gorbatschow schon morgen befolgen - d.h. falls die sowjetische Arbeiterklasse ihn nicht aufhält. Diese Reformer-Intelligenz ist wie ein Aufklärungsteam Gorbatschows, das die Opposition gegen die geplanten (bitte um Entschuldigung für die unglückliche Wortwahl) Reformen ausloten und sturmreif machen soll.

Zweitens ist diese Intelligenz, die sehr hohe Positionen im höchst angesehenen Ökonomischen Institut und in anderen Einrichtungen der sowjetischen Akademie der Wissenschaften besetzt, nicht bloß eine Ansammlung von Individuen, sondern stellt die Repräsentanten einer bedeutsamen Minderheit der Bevölkerung, die auf Kosten der arbeitenden Klasse und der breiten Mehrheit des Volkes von der Einführung der Marktwirtschaft mit Sicherheit enorm profitieren würde. Die Reformer-Intelligenz hat wenig gemein mit der sowjetischen Arbeiterklasse und sollte daher korrekterweise als Neobourgeoisie charakterisiert werden. Das heißt nicht, daß es keine revolutionäre Intelligenz in der UdSSR gäbe, aber sie ist es nicht, die zur Zeit das Rennen macht.

Aus dem Studium all dieser Materialien geht hervor, daß die Reformen auf die Einführung der Marktwirtschaft abzielen, welche nacheinander die vollständige Demontage der zentralen Planwirtschaft, gänzliche Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums, Auflösung der Kolchosen, Lockerung des staatlichen Außenhandelsmonopols, Gemeinschaftsunternehmen mit kapitalistischen Auslandsfirmen, die Einrichtung einer Aktien- und

Warenbörse, die Gründung von Privatkooperativen, die Abschaffung von Einstellungsvorschriften für Privatunternehmer, Schließung nicht gewinnbringender Betriebe, Disziplinierung der Arbeiter durch Massenarbeitslosigkeit, Preisanhebung lebensnotwendiger Güter und wachsende Lohndifferenzierung zur Folge haben würde. Kurz: Entgegen den offiziellen Behauptungen ist nicht etwa die Reform der Leitungsmechanismen beabsichtigt, sondern die grundlegende Änderung der Produktionsverhältnisse. Die einmal durchgeführten Reformen würden schließlich in der Ersetzung sozialistischer Eigentumsverhältnisse durch kapitalistische enden, in der totalen Zerstörung der drei Säulen des Sozialismus, d.h. das Volkseigentum an den Produktionsmitteln, öffentliche Verteilung und Austausch - die zentrale Planwirtschaft - und das staatliche Handelsmonopol. Es ist ein rückschrittlicher, höchst reaktionärer Angriff, der versucht, das von der sowjetischen Arbeiterklasse in den vergangenen sieben Jahrzehnten Erreichte zunichte zu machen - ein Angriff, dessen Erfolg hoffentlich von der sowjetischen Arbeiterklasse vereitelt werden kann.

Gorbatschows Referat vom Juni 1987

Den Inhalt der sowjetischen Wirtschaftsreformen kann man Gorbatschows Rechenschaftsbericht vom 25. Juni 1987 an das Plenum des Zentralkomitees entnehmen. Er sagt:

„Die Restrukturierung wurde auf Initiative der Partei begonnen und wird unter ihrer Leitung durchgeführt. Die Partei hat das Land aufgerüttelt, ihre Ideen nehmen Millionen Menschen gefangen, sie hat große Hoffnungen geweckt.“ (S. 12)

Im Referat wird behauptet, daß die Reformen der UdSSR helfen werden, alle Bereiche der sowjetischen Gesellschaft zu erneuern und sie faktisch umzuformen. Das vom Plenum erarbeitete Dokument über die Restrukturierung faßt die Aufgaben folgendermaßen zusammen:

„Das Zentralkomitee der KPdSU sieht die politische Hauptaufgabe der Partei auf ökonomischem Gebiet in der Durchführung radikaler Reformen und der Schaffung eines rationellen, effektiven und flexiblen Leitungssystems, um die maximale Ausnutzung der Vorzüge des Sozialismus zu ermöglichen.“

„Die gründliche Reformierung der ökonomischen Leitung des Landes zielt darauf ab...

- den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt als Hauptfaktor in den Dienst wirtschaftlichen Wachstums zu stellen;
- für ein Gleichgewicht zu sorgen, um Materialengpässe, Konsumgüterknappheit und Dienstleistungsmängel zu überwinden, die allesamt eine effiziente Leitung und die Produktionsintensivierung behindern;
- dem Konsumenten Vorrang in der Wirtschaft, ihm das Recht und die Möglichkeit der Produktauswahl einzuräumen;
- einen zuverlässig wirkenden Kostendämpfungsmechanismus für eine funktionierende Volkswirtschaft einzurichten.

Das Wesentliche der radikalen Umgestaltung... ist der Übergang von vorwiegend *bürokratischen zu ökonomischen Leitungsmethoden* auf allen Ebenen... [und - H.B.] eine umfassende Demokratisierung der Leitung..." (Grundlegende Maßnahmen zur radikalen Umgestaltung der ökonomischen Leitung, Prawda, 27 Juni 1987) (Die von uns unterstrichene Passage ist der Schlüsselausdruck für den Abbruch der sozialistischen zentralen Planwirtschaft und ihre Ersetzung durch eine ‚Marktwirtschaft').

In seinem Referat sagt Gorbatschow, daß der ökonomische Wandel eine drastische Erweiterung der Handlungsspielräume hinsichtlich der Unabhängigkeit“ von Staatsbetrieben erfordere, den Übergang zur „regelrechten Gewinn- und Verlustrechnung sowie zur Selbstfinanzierung“, „die gründliche Umstrukturierung der zentralisierten Wirtschaftsleitung“ durch die Entlastung der Zentrale von „störenden Tagesaktivitäten untergeordneter Wirtschaftsorgane“. Weiter müsse „eine grundlegende Reform der Planung, der Preispolitik, des Finanz- und Kreditwesens“ mit dem Ziel durchgeführt werden, den „Übergang zu einem ausgedehnten Handel mit ertragreichen Gütern“ zu ermöglichen. Schließlich und endlich ist es das erklärte Ziel der Reformen, den Übergang „von einem exzessiv zentralisierten Kommandosystem zu einem demokratischen Leitungssystem“ zu schaffen. (Alle obigen Zitate stammen aus Gorbatschows Referat vom Juni 1987, S. 43)

Das Plenumsdokument versichert uns zwar:

„Das Zentralkomitee der KPdSU betont, daß die geplante Leitung der Ökonomie in ihrer unteilbaren volkswirtschaftlichen Gesamtheit der größte Vorzug und die Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems, das Hauptinstrument zur Umsetzung der Wirtschaftspolitik der Partei ist.“ (Grundlegende Maßnahmen etc. S.6) Seitdem hat sich im Laufe der Zeit jedoch herausgestellt, daß diese Maßnahmen auf die allgemeine Dezentralisation der Wirtschaft abzielten, da die zentralisierte Planung über Bord geworfen wurde.

In seinem Rechenschaftsbericht zur 19. Konferenz der KPdSU im Juni 1988 sagte Gorbatschow in einem Angriff auf das Subventionssystem, es sei „keine normale Situation. Es untergräbt die Produktionsanreize und erzeugt Verschwendungsverhalten, insbesondere in bezug auf Brot. Daher ist es absolut notwendig, dieses Problem zu lösen, gleichgültig wie schwierig es auch sein mag, oder welche Zweifel und Ängste es auf den ersten Blick hervorrufen mag.“ (Seite 22)

Im Klartext: Die Preise lebenswichtiger Konsumgüter - insbesondere Brotpreise -müssen angehoben werden. Und es ist gleichgültig, welche Folgen dies hat. Wir kennen bereits die Reaktionen der sowjetischen Werktätigen, die vorsorglich angesichts der bevorstehenden Preiserhöhungen die Zweimonatsvorräte der Läden innerhalb von nur 2 Tagen aufkauften. Ganz zu schweigen vom Bergarbeiterstreik im Sommer 1989, der eine Streikdemonstration [ein schlagender Beweis, engl.: „striking demonstration“ - d. Hrsg.] des Vertrauensverlustes seitens der sowjetischen Arbeiterklasse hinsichtlich der von der derzeitigen Führung durchgedrückten Wirtschaftsreformen war.

Gorbatschow beklagt, daß „die Beschäftigteneinkommen nicht den Endresultaten der Kollektivarbeit entsprechen“ und sagt weiter, daß die „Beschäftigteneinkommen von den Produktionsergebnissen bzw. den Profiten streng abhängig gemacht werden müssen.“ (Perestrojka, Seiten 85-86)

Derselbe Punkt wird in seinem Referat vom Juni 1988 sogar noch energischer ausgeführt. Gorbatschow spricht dort von den „Chosrastschot-Prinzipien des Wirtschaftens [i.e. die vollständige Betriebsautonomie - H.B.], die nicht nur die Koppelung der Einkommen, sondern auch der Befriedigung sozialer

Bedürfnisse mit dem individuell erbrachten Arbeitsbeitrag ermöglicht.“ (S. 43)

Heißt dies - kann es irgend etwas anderes bedeuten? - als daß die Sozialversicherungsbeiträge und sonstige Leistungen, die an die arbeitslosen Opfer dieser Reformen gezahlt werden, vom Arbeitsbeitrag ihrer Empfänger abhängen?

Aganbegjan sieht das Problem unter dem gleichen Aspekt: „Die Grundlöhne von den Ergebnissen abhängig zu machen, ist das Schlüsselproblem.“ (Die Herausforderung, S. 162)

Die Botschaft ist eindeutig. Unprofitable Betriebe müssen geschlossen werden, egal welche Konsequenzen dies hat; Arbeitslosigkeit kann beim allerbesten Willen nicht vermieden werden, wenn man eine solche Politik verfolgt und muß als normal akzeptiert werden; und Lohndifferenzierung muß weiter verschärft werden, denn nur der Druck durch Bezahlung nach Ergebnissen ist ein Druck. Und alles läuft darauf hinaus, daß die fachlich hochqualifizierten Teile der arbeitenden Klasse und erst recht die breite Schicht der Intelligenzia, der Partei- und Regierungsfunktionäre entscheidend besser vor den ungelernten und vorwiegend körperlich arbeitenden Teilen der Arbeiterklasse abschneiden werden. In dieser Hinsicht hat der folgende Satz in Aganbegjans Buch einen bedrohlichen Klang:

„Angesichts der Anforderungen der neuen Technologie ist die Schwächung des beruflichen Ansehens qualifizierter Ingenieure nicht akzeptabel.“ (Die Herausforderung, S. 162)

In einem schwankenden Versuch, die Privatisierung des Wohnungssektors ins Leben zu rufen, äußert sich Gorbatschow in seinem *1988er Referat* mit folgenden zarten Formulierungen:

„Viele Vorschläge, die Menschen die Kosten ihrer Wohnungen an den Staat zahlen zu lassen, um sie in die Lage zu versetzen, sie ihren Erben zu hinterlassen, erscheinen ebenfalls vernünftig.“ (op. cit. S. 14)

Die Vernünftigkeit derartiger Vorschläge hängt von der jeweiligen Klassenposition ab. Vom proletarischen Standpunkt aus wären solche Vorschläge sicherlich, falls sie ausgeführt würden, nach mehr als 60 Jahren Sozialismus höchst rückschrittlich. Es wäre nicht nur ein absoluter Makel für

den Sozialismus, der das Wohnungsproblem nicht lösen könnte, sondern bedeutete die Einführung kapitalistischen Privatbesitzes, der nirgendwo in der Welt die Wohnungsfrage lösen konnte. In kapitalistischen Ländern geht mehrfacher Hausbesitz einher mit der Obdachlosigkeit von Millionen verarmter Menschen, die Paläste der Reichen reflektieren die beengten Quartiere der Werktätigen in den Arbeitervierteln.

Herabsetzung des Sozialismus und Gleichsetzung von Effizienz mit Kapitalismus

Bei jeder Gelegenheit wird versucht, die sozialistische Planung in den Staub zu treten, zu verunglimpfen, herabzusetzen: „zu erwarten, daß das staatliche Plankomitee in der Lage sein wird, alle Kredite zwischen den einzelnen Sektoren zu überblicken und eine optimale Variante zu wählen bedeutet, sich an eine Illusion zu klammern.“ (Perestrojka, S. 42) Von der obersten politischen Führungsspitze, von Gorbatschow, den ihm nahestehenden Verbündeten in der Partei, als auch von jener Abteilung der Intelligenzia, die nach Nina Andrejewas denkwürdigen Worten sehr beeindruckt ist vom „‘demokratische’ Zauberformeln salbadernden und mit seinen tatsächlichen oder eingebildeten Errungenschaften überschwenglich scharwenzelnden heutigen Kapitalismus“, hört man eine unendliche Geschichte des Elends und des Unglücks, das dem sowjetischen Volk durch die zentralisiert geplante Wirtschaft (die sogenannte bürokratische Kommandowirtschaft) widerfahren sei - sowie mit stetig anschwellender Lautstärke vorgetragene Loblieder auf das System der „ökonomischen Leitungsmethode“ (i.e. Marktwirtschaft). Seit einigen Jahren (besonders seit 1987) wird eine unaufhörliche Kampagne gefahren, um Sozialismus und sozialistische Planwirtschaft mit Ineffizienz gleichzusetzen, während Effizienz zu einem Synonym finden 'Freien Markt’, den Kapitalismus wird.

Hier noch ein weiteres Beispiel. Herr W. L. Makarow, Direktor des Zentralinstituts für Ökonomie und Mathematik der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, schrieb eine Rezension über Ed Hewetts 1988 vom Brookings-Institut veröffentlichten Buch „Reformierung der sowjetischen Ökonomie“. Makarows Rezension erschien am 29. Mai 1988 in der Buchbesprechung der New York Times mit dem Titel „Zwei Sichten“. Hewetts These ist in seinem Buch unter dem Titel „Gleichheit versus

Effizienz“ resümiert. Er schlußfolgert, daß das sozialistische System aufgrund der Gleichheitszielsetzung von Natur aus ineffizient sei. Deswegen, so fährt er fort, müsse die kürzliche Verlangsamung der Wachstumsrate in der sowjetischen Wirtschaft durch ihre zentralgeplante sozialistische Ökonomie erklärt werden. Er zieht den Schluß, daß die sowjetischen Reformen zur Einleitung marktwirtschaftlicher Mechanismen nicht weit genug gingen, ohne deren Einführung man die Verzögerung der Wachstumsrate nicht in den Griff bekäme, von der Erlangung höherer Wachstumsraten ganz zu schweigen.

Bevor wir uns mit Hewetts These selbst beschäftigen, wäre es für den Leser interessant zu erfahren, wie unser hochgestellter ‘sowjetischer’ Ökonom auf Hewett antwortet und das verminderte Wachstum der sowjetischen Wirtschaft während der vergangenen 15 Jahre erklärt. Folgendes hat er dazu zu sagen:

„Von 1928 bis 1955 war die Wachstumsrate der sowjetischen Wirtschaft relativ hoch (zwischen 5 und 10 Prozent), und innerhalb dieses Zeitraums wurde die Sowjetunion in ökonomischer Hinsicht zur zweitgrößten Macht in der Welt. Zur selben Zeit gab es deutliche Fortschritte im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben der Menschen; man konnte ihnen ökonomische Stabilität, Vollbeschäftigung und Sicherung des Einkommensniveaus garantieren. Wir bekamen den Eindruck, daß wir alles erreicht hatten, was wir uns wünschen konnten.

Es gab jedoch eine Abschwächung derjenigen Faktoren, die zu langfristigem Wirtschaftswachstum beitrugen. Während der letzten 15 oder 20 Jahre sank die Wachstumsrate beständig, die Qualität und Vielfalt der Konsumgüter nahm ab, die Leute standen dem politischen und wirtschaftlichen Leben immer gleichgültiger gegenüber und es gab weniger Anreize für sie, hart zu arbeiten oder an schwierigen Unternehmungen mitzuwirken. Es war auch eine Zeit, in der durch die zunehmende Verbreitung moderner Kommunikationsmittel Informationen schnell verfügbar wurden. Die Menschen in der Sowjetunion erfuhren weitaus mehr über die Verhältnisse in der übrigen Welt und es war nicht länger möglich, die abgeschottete Position der sowjetischen Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Dies war eine vorkrisenhafte und vorrevolutionäre Situation, wie Herr Gorbatschow bemerkte.“

Nachdem Makarow im weiter oben zitierten ersten Absatz das spektakuläre Wachstum der sowjetischen Wirtschaft zwischen 1928 und 1955 zugeben muß, auch „deutliche Fortschritte“ in der wirtschaftlichen und sozialen Sphäre des sowjetischen Volkes, sowie die garantierte „ökonomische Stabilität, Vollbeschäftigung und Sicherung des Einkommensniveaus“, gibt er im gleich darauf folgenden Abschnitt ein äußerst abstoßendes, unsägliches Geschwafel von sich, das nicht allein die Wahrheit, sondern auch den Anstand verletzt. Weit von einer Erklärung entfernt, warum denn die Wachstumsrate der sowjetischen Ökonomie sich verlangsamte, warum eine Verknappung qualitativ hochwertiger Konsumgüter, weshalb wachsende Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen und wirtschaftlichen Leben und bei welchen Klassen oder Teilen der sowjetischen Bevölkerung, stellt Herr Makarow - gleich einem bürgerlichen Ökonomen - ausschließlich Vulgärbehauptungen mit dem Inhalt auf, daß es weniger Arbeitsanreize in der UdSSR gäbe und die UdSSR eine abgeschottete Gesellschaft sei. Wenn ein solcher Zustand, so schreibt er weiter, zwar bis in die Mitte der 70er Jahre hätte aufrechterhalten werden können, sei er jedoch angesichts einer völligen Revolution in der Informationstechnologie zunehmend unmöglich geworden; die sowjetischen Menschen „erfuhren mehr über die Verhältnisse in der übrigen Welt“. Und dies, so sagt er mit Gorbatschow, war „eine vorkrisenhafte und vorrevolutionäre Situation“.

Die (wenngleich unausgesprochene) Schlußfolgerung ist, daß die sowjetischen Menschen endlich etwas über die naturwüchsige Kraft der Marktwirtschaft mit ihren herrlichen Begleiterscheinungen kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterdrückung erfahren; daß sie zu verstehen beginnen, daß der Sozialismus auf einer früheren Stufe schwach entwickelter sowjetischer Ökonomie seine Dienste geleistet haben mag, aber von Natur aus unfähig ist, sie wirkungsvoll zu gestalten oder voranzubringen; daß nur Marktmechanismen den reibungslosen und effizienten Ablauf einer so komplexen Wirtschaft, wie sie die sowjetische Ökonomie darstellt, garantieren können; daß die Sowjetunion deswegen ihre zentrale Planwirtschaft über Bord werfen und den Weg für eine Marktwirtschaft freimachen muß. Und wenn dies mehr Anreize bringt, größeres Lohngefälle, Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Ungewißheit, unsicheres Einkommensniveau, wachsende Privatisierung in sämtlichen Zweigen der sowjetischen Wirtschaft,

Zusammenbruch der Kolchosen, einen chaotischen Markt - dann soll es ebenso sein.

Es ist Wort für Wort eine Wiederholung dessen, was von imperialistischen Ideologen vor Jahrzehnten einmal abgesondert wurde. Es ist eine traurige, ja beschämende Tatsache, daß so etwas von einem hohen Funktionär der einst angesehenen sowjetischen Akademie der Wissenschaften nachgeplappert wird.

Traurig oder nicht, wir haben uns noch mit Makarows und folglich mit Hewetts Behauptungen zu beschäftigen, die vor der historischen Wahrheit nicht bestehen können. Erstens erklärt weder Makarow noch Hewett, warum einige Sektoren der sowjetischen Ökonomie so beeindruckend funktionieren und andere nicht. Hewett zufolge produziert die Sowjetunion „ein Unterseeboot der Alpha-Klasse mit Titaniumrumpf, das schneller fährt und tiefer taucht, als jedes andere U- Boot auf der Welt“ und fügt hinzu, sie habe „eines der weltgrößten Gasverteilersysteme, das sich auf selbstproduzierte Kompressoren und Turbinen stützt - und all dies, trotz größter Anstrengungen seitens der US-Regierung, die Konstruktion zu verzögern, vorfristig realisiert.“ (Hewett, op. cit. Seiten 32-33)

Er fährt fort: „Mit eigener Technologie entsandte die Sowjetunion ferngesteuerte Geräte auf den Mond, installierte und betreibt eine funktionierende Weltraumstation, trieb die tiefsten Ölschächte der Welt in die Erde und entwickelte eine Technologie zur Herstellung kontinuierlichen Gußaluminiums, welche von Vertragsnehmern der US-Verteidigung erworben wurde.“ (ebd.)

„Noch wichtiger“, fügt Herr Hewett hinzu, „ist, daß sie sich innerhalb eines Vierteljahrhunderts von einer Position deutlicher strategischer Unterlegenheit gegenüber den USA in eine mindestens gleichwertige, wenn nicht gar überlegene Position vorschob.“ (ebd.)

Nicht doch! Wie ist es der UdSSR mit all den vermeintlichen Belastungen und Hemmnissen des sozialistischen Wirtschaftssystems möglich, solch bemerkenswerte Vorsprünge auf den Gebieten der Weltraumforschung, der Erdgas- und Öltechnik, der Nuklear-, Raum- und Verteidigungstechnologie zu erreichen? Hewett, der diesem offenkundig bürgerlichen Sachverstand Glaubwürdigkeit verleihen möchte, gibt wenigstens an einigen Stellen zu, daß

dies auf die „Stärke des Systems“ (S. 170) zurückzuführen sei. Aber unser verkappt bürgerliche Experte, nämlich Makarow, kann zu seiner ewigen Schande nicht einmal ein solch naheliegendes Eingeständnis machen; so sehr steht er im Zauberbanne des heutigen ‘demokratischen’ Kapitalismus und so überschwenglich wedelt er mit dessen Errungenschaften, den wirklichen oder eingebildeten.

Zweitens ist, wie allseits anerkannt, zwar die Wachstumsrate der sowjetischen Ökonomie gesunken, nicht aber das absolute Wachstum. Seit 1929, dem Jahr der Einführung des ersten Fünfjahrplans, erreichte die sowjetische Wirtschaft ein phänomenales Wachstum. Es gab kein einziges Jahr, in dem die sowjetische Ökonomie einen Rückgang oder eine Einschränkung erfuhr.[2] Kein einziges kapitalistisches Land der Welt kann sich dessen rühmen. Diese Tatsache allein ist ein Hinweis auf die innere Stärke einer zentralgeplanten sozialistischen Ökonomie einerseits und auf die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem - der Marktwirtschaft - innewohnende Schwäche andererseits.

Drittens ist die Aufrechterhaltung einer früheren Wachstumsrate bei einer sich weiterentwickelnden Ökonomie erheblich schwieriger, da die Zuwachsrate auf einer weitaus breiteren Grundlage zu errechnen ist. Dies ist insbesondere unter den Bedingungen einer imperialistischen Wirtschaftsblockade sowie eines vom Imperialismus inspirierten und angekurbelten Rüstungswettlaufs der Fall - allesamt Faktoren, die von Makarow in seiner Rezension komplett ignoriert werden.

Viertens schiebt Makarow das Argument vor, daß „die Leute gleichgültiger gegenüber dem politischen und wirtschaftlichen Leben wurden“, um auf diesem Wege die sinkende Wachstumsrate zu erklären. Er erklärt jedoch nicht, wer diese „Leute“ sind und welche Teile der Bevölkerung sie repräsentieren. Ist es die arbeitende Klasse oder die gehobene Schicht der Intelligenz mit ihren bourgeoisen Bestrebungen, die dem politischen und wirtschaftlichen Leben gegenüber indifferent wurde? Ist es die erstere oder die letztere, die an einem Schwund sozialistischer Tugenden, Solidarität und Zusammenarbeit, an einem Schwund sozialistischer Initiative leidet? Ist es die arbeitende Klasse oder die gehobene Schicht der Intelligenzia, die nach der Ersetzung sozialistischer Solidarität durch individuelle bürgerliche Besitzgier und Gewinnsucht, nach höheren materiellen Anreizen und

Einkommensunterschieden schreit? Makarow liefert keinen einzigen Beleg dafür, daß es die Arbeiterklasse ist, der das politische und wirtschaftliche Leben gleichgültig geworden wäre. Denn verhielte es sich so, wäre es kaum vorstellbar, wohl kaum möglich gewesen, daß die Sowjetunion diese beachtlichen Glanzleistungen erzielt hätte, deren Ausführung auf den verschiedenen Gebieten der sowjetischen Wirtschaft (Gastechnik, Nukleartechnologie, Weltraumtechnik usw.) selbst bürgerliche Kritiker der Sowjetunion beeindruckt hat.

Fünftens ist es Makarow unmöglich nachzuweisen, größere Anreize und Unterschiede könnten das Sinken der Wachstumsrate kurieren. Anreize sind in der sowjetischen Ökonomie nicht neu. Sie wurden in den 1930er, 40er und 50er Jahren äußerst erfolgreich eingesetzt. Im Laufe der Entwicklung der sozialistischen Ökonomie ergibt sich jedoch die Notwendigkeit, diese Anreize und Einkommensunterschiede zu reduzieren. Denn ohne Begrenzung des Einkommensgefälles ist es nicht möglich, von der niederen, ersten Stufe des Kommunismus (allgemein als Sozialismus bezeichnet) zur höheren, zweiten Stufe des Kommunismus zu gelangen, wobei der Grundsatz „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen“ (der charakteristisch für die niedere Stufe ist) durch den Grundsatz „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ abgelöst wird. Aber eine solch enorme Änderung des Verteilungskriteriums kann nicht über Nacht erfolgen; es muß bewußt und konsequent in diese Richtung gearbeitet werden. Makarow möchte die sowjetische Gesellschaft in die entgegengesetzte Richtung bewegen, d.h. er will nicht nur den Lauf der sowjetischen Gesellschaft in Richtung höherer Stufe des Kommunismus aufhalten; er wünscht in der Tat, daß dieses Ziel aufgegeben und der Rückweg eingeschlagen wird - wenn er auch über Windungen, Kurven und durch Gassen schließlich doch auf die breite Schnellstraße des Kapitalismus führt. Dieses Thema ist zu wichtig und zu komplex, um es in einem kleinen Kapitel abzuhandeln. Wir werden daher demnächst darauf zurückkommen und aufzuzeigen versuchen, wie Makarows Diagnose bereits im Kern fehlerhaft ist und seine von ihm und anderen Fürsprechern der sowjetischen Wirtschaftsreformen angebotenen Lösungen den breiten Massen des sowjetischen Volkes letztlich nur Elend in Aussicht stellen, während einem kleinen privilegierten Ausschnitt der sowjetischen Gesellschaft riesige Vorteile zufallen würden, insbesondere jenem Haufen der Intelligenz, der die derzeit vorgeschlagenen und in der UdSSR eingeführten

Wirtschaftsreformen am glühendsten verteidigt und am lautstärksten unterstützt. Gewiß verspürt die überwältigende Mehrheit der sowjetischen Bevölkerung - nach allem, was man hört - so gar keine Lust darauf. Aus diesem Grunde wagt es die sowjetische Obrigkeit auch nicht, ihr Reformpaket einer Volksbefragung zu unterziehen, deren Einleitung sie anfangs zugesichert hatte.

Schließlich meint Makarow, daß das sowjetische Volk mit der Revolution in der Informationstechnologie „weitaus mehr über die Verhältnisse in der übrigen Welt“ erfuhr. Es ist bedauerlich, daß diese Informationstechnologie Herrn Makarow nichts „über die Verhältnisse in der übrigen Welt“ erfahren ließ. Über welche Welt redet er? Denkt er vielleicht dabei an die Mehrzahl der Länder in den weiten Kontinenten Asiens, Afrikas und Südamerikas, deren Völker von einer kleinen Handvoll imperialistischer Länder unterdrückt und extrem ausgebeutet werden und letztere diese Superexploitation durch die Nutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution noch weiter intensivieren - oder hat er gerade diese letzte Gruppe von Ländern im Kopf, die sich als kleine Minderheit an jenen mästet und dabei jedes Jahr buchstäblich zig-Millionen Menschen in den vorzeitigen Tod durch Krankheit, Unterernährung, Hunger und Armut treibt? Man braucht eigentlich nur diese Frage aufzuwerfen, um zu der Überzeugung zu gelangen, daß Makarow diese letztere, kleine Gruppe im Kopfe hat. Er will den Weg zur Marktwirtschaft auch dann beschreiten, wenn sich die UdSSR dieser kleinen Gruppe anschließen würde, um zusammen mit ihr die riesigen Menschenmassen in der sogenannten Dritten Welt auszuplündern - Aussichten, die Marx, Engels, Lenin und Stalin in ihren Gräbern erschauern lassen müssen - und natürlich alle im Namen des Marxismus-Leninismus.

Wie auch bei anderen neubürgerlichen Ökonomen in der UdSSR, die wir noch kurz streifen werden, ist Makarows These alles in allem lediglich eine Einleitung zu der weiteren Behauptung, daß die sowjetische Arbeiterklasse träge und gleichgültig gegenüber ökonomischen Dingen geworden sei; deshalb sollte sie aus ihrer Trägheit und Gleichgültigkeit durch die Anwendung solcher wirtschaftlichen Mechanismen wie Arbeitslosigkeit gerissen werden. Kurz, die sowjetische Arbeiterklasse sollte dahin gebracht werden, immer mehr zu produzieren, und zwar durch Einschüchterung und

Unterwerfung angesichts der Bedrohung durch Hunger und Tod - wie es charakteristisch für kapitalistische Ökonomien ist.

[1] Siehe Kapitel 11 ‘Ökonomie des Klassenkampfes’

[2] Dies traf bis zur Zeit der Niederschrift dieses Artikels zu, nämlich Juni-Juli 1990

Kapitel 3

Lalkar, Juli/ August 1990

Ökonomie der Perestrojka - Eine vollständige Abweichung vom Marxismus-Leninismus. Teil II

In der vorangegangenen Ausgabe (Juni-Juli) [Kapitel 2 - d. Hrsg.] eröffneten wir die Diskussion über die beabsichtigten sowjetischen Wirtschaftsreformen und unterstrichen, daß diese Reformen, falls sie zur Ausführung kämen, zu einer Verdrängung der zentralgeplanten sozialistischen Ökonomie durch eine Markt- bzw. kapitalistische Wirtschaft führen würde - mit ihren unvermeidlichen Folgen in Form von Arbeitslosigkeit, Armut, großem Wohlstandsgefälle und zyklisch wiederkehrenden Produktionskrisen. In diesem Zusammenhang stellten wir die von Gorbatschow und einigen Akademikern zugunsten dieser Reformen dargebrachten Argumente vor. Sie stimmen alle darin überein, Gorbatschow mit vorsichtigeren Worten als die Akademiker, daß Arbeitslosigkeit eine nützliche Sache sei. Wir schlossen unser voriges Kapitel mit der Bezugnahme auf die von Makarow - eines ‘sowjetischen’ bürgerlichen Ökonomen - aufgestellte Behauptung.

Schmeljows These

Unter Heranziehung der von Nikolaj Schmeljow vorgebrachten These fahren wir nun fort. Schmeljow ist ein bürgerlicher Akademiker vom Schlage Makarows und Ökonom am Institut für Nordamerikanische Studien in Moskau. In einem Artikel der Juni-Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift

Nowyj Mir von 1987 präsentiert Schmeljow, Vertreter ökonomischen und politischen Denkens eines signifikanten Teils der sowjetischen Intelligenzia und alles andere als ein isolierter Einzelgänger, seine Anschauungen in einer weitaus freimütigeren Weise und im Vergleich zu Makarow in einer weit weniger verhüllten Sprache. Als Kur für sowjetische Wirtschaftsprobleme verschreibt er eine hohe Dosis Arbeitslosigkeit, verleumdet die sowjetische Arbeiterklasse als einen Haufen träger, fauler Säufer, stuft die durch den vom Imperialismus angetriebenen Rüstungswettlauf aufgezwungenen Verteidigungslasten als quasi bedeutungslos ein, charakterisiert die die Gesellschaft beherrschenden Gesetze als ewige „objektive Gesetze der ökonomischen Entwicklung“, identifiziert Lenins Neue Ökonomische Politik (NEP) mit einer Erhöhung des Sozialismus, befürwortet eine Rückkehr zum Kapitalismus und die Dekollektivierung der Landwirtschaft.

Arbeitslosigkeit als einziges Heilmittel

Schmeljow ist ein unversöhnlicher Gegner der bislang zu Recht als ein Juwel sozialistischer Errungenschaften geltenden Vollbeschäftigung. Er wählt folgende Worte, um seine Haltung zum Ausdruck zu bringen:

„Wir dürfen auch nicht die Augen vor dem ökonomischen Schaden verschließen, der aus unserer parasitären Sicherheit einer Vollbeschäftigungsgarantie resultiert.“

Bisher wurde Vollbeschäftigung unter den Bedingungen der Herrschaft der Arbeiterklasse, ihres Eigentums an den Produktionsmitteln, ihrer Kontrolle über Verteilung und Austausch, ganz richtig als Quelle der Sicherheit, Initiative und Schöpferkraft seitens der Werktätigen angesehen. Doch vom heutigen Tage an ist sie, aufgrund dieses Orakels bürgerlicher Wirtschaftstheorie, als parasitär und großen Schaden verursachend zu betrachten.

Ferner:

„Ich glaube, es ist jedermann klar, daß ein Großteil der heutigen Zerrüttung, Trunksucht und Schlamperei einer Überbeschäftigung geschuldet ist.“

Unser bourgeoiser Guru berührt auch nicht ansatzweise die in der kapitalistischen Welt allgemein anerkannte Tatsache, daß gerade die

Arbeitslosigkeit Quelle der Trunksucht und sozialer Zerrüttung ist, nicht etwa Überbeschäftigung.

Schmeljow fährt fort:

„Wir sollten eine sachliche und entschlossene Diskussion darüber führen, welche Vorteile eine relativ kleine Arbeitskräftereserve hätte (natürlich eine, die der Staat nicht gänzlich den Launen des Schicksals überlassen würde).“

Und weiter:

„Die reale Gefahr, den Job zu verlieren und vorläufig von Arbeitslosengeld zu leben, oder aber dort arbeiten zu müssen, wohin man geschickt wird, ist eine ziemlich gute Medizin gegen Faulheit, Trunksucht und Verantwortungslosigkeit. Viele Experten glauben, daß es billiger sei, solchen zeitweilig Erwerbslosen für ein paar Monate angemessene Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, als eine Menge Faulenzer in der Belegschaft zu halten, die sich vor jeder ökonomischen Verantwortung drücken könnten (und dies auch tun) und allen Anstrengungen aus dem Wege gehen, die Qualität und Effizienz gesellschaftlicher Arbeit zu verbessern.“

Schmeljow verunglimpft den Sozialismus weiter und beruft sich dabei auf einen Renegatenkollegen aus der Wirtschaftswissenschaft:

„Der wohlbekannte sowjetische Ökonom Schatalin hebt hervor, daß ‘der Sozialismus jedoch nicht nur einen Mechanismus zur Sicherung der Vollbeschäftigung zu schaffen hat, sondern eine Vollbeschäftigung, die gesellschaftlich und ökonomisch effektiv und zweckmäßig ist. Sozialistische Prinzipien sind keine Wohlfahrtsprinzipien, die automatisch jedem einen Job garantieren, ungeachtet seiner Eignung.’ “

Interessanterweise gehört derselbe Schatalin dem Beraterstab Gorbatschows an. Ausschließlich wegen ihrer wohlbegründeten „Skepsis bezüglich der Möglichkeit, das ökonomische und gesellschaftliche Leben in einer vernünftigeren Weise zu gestalten“, i.e. nach bürgerlichen Prinzipien, verleumdet er die sowjetische Arbeiterklasse; sie offenbare Anzeichen einer „beinahe physischen Degeneration“. Folgendes hat er in dieser Richtung zu sagen:

„Apathie, Gleichgültigkeit, Diebstahl und Mangel an Respekt hinsichtlich ehrlicher Arbeit nehmen überhand, ist aggressiver Neid gegenüber jenen, die sich höherer Einkünfte erfreuen - selbst in Fällen, in denen diese Einkünfte auf ehrliche Art und Weise zustande kamen. Aufgrund von Trunksucht und Trägheit gibt es Anzeichen einer beinahe physischen Degeneration der sowjetischen Bevölkerung. Schließlich gibt es Mißtrauen gegen die angekündigten Ziele und Absichten sowie die Skepsis bezüglich der Möglichkeit, das ökonomische und gesellschaftliche Leben in einer vernünftigeren Weise zu gestalten."

Er umgeht schlicht die Belastungen durch die Militärausgaben als eine Hauptursache für den sinkenden Lebensstandard in der UdSSR und andernorts gänzlich und verkündet: „Der Grund für unsere Schwierigkeiten ist nicht allein die schwere Bürde der Militärausgaben und der sehr kostspielige Bereich weltweiter Verpflichtungen des Landes."

Schließlich läßt er mit der folgenden 'tiefschürfenden' Erklärung doch die Katze aus dem Sack: „Es sind die hartnäckigen und anhaltenden Versuche, die objektiven Gesetze des ökonomischen Lebens zu umgehen und die seit uralten Zeiten bestehenden Anreize zur Arbeit zu unterdrücken, welche letzten Endes zum Gegenteil der ursprünglich beabsichtigten Resultate führten." (alle obigen Zitate stammen aus Schmeljows Artikel in der *Nowyj Mir*, Seiten 3-5)

Wir wissen nicht, auf welche Umgehung welcher objektiven Gesetze er sich beruft - und Schmeljow klärt uns in diesem Punkte auch nicht auf. Es gibt keine auf jede Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung anwendbaren objektiven Gesetze des ökonomischen Lebens, es sei denn, man meinte jenes ökonomische Gesetz, nach dem die Produktionsverhältnisse notwendigerweise dem Charakter der Produktivkräfte entsprechen - ein Gesetz, das sich seit langem in den Vordergrund der kapitalistischen Länder gedrängt hat und auf den hartnäckigen Widerstand historisch veralteter gesellschaftlicher Kräfte stößt. Vielmehr hat nach diesem Gesetz jedes Produktionssystem seine eigenen objektiven Gesetze. Beispielsweise existiert unter dem Kapitalismus das Gesetz der Konkurrenz und Produktionsanarchie, welches durch den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte einerseits, und ihres kapitalistischen Privatbesitzes andererseits in Erscheinung tritt. Unter dem Sozialismus entstand, im Gegensatz zum Konkurrenzgesetz und der Anarchie der Produktion, das

Gesetz der gleichmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft. Wie Stalin es formulierte:

„Gestützt auf das ökonomische Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte, vergesellschaftete die Sowjetmacht die Produktionsmittel, machte sie zum Eigentum des gesamten Volkes, beseitigte damit das Ausbeutungssystem und schuf die sozialistischen Wirtschaftsformen. Gäbe es dieses Gesetz nicht und hätte sich die Sowjetmacht nicht darauf gestützt, dann wäre sie nicht imstande gewesen, ihre Aufgabe zu erfüllen.“ (Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Werke Bd. XV, S. 259-260)

Aber indem sie dies tat, ‘beseitigte’ die sowjetische Regierung nicht die alten Gesetze, oder schuf ‘neue’ im Austausch für die alten. Es ergab sich einfach der Umstand, daß die alten Gesetze angesichts der neuen ökonomischen Bedingungen ihre Gültigkeit verloren und diese den Weg für die neuen ebneten, denn: „Eine der Besonderheiten der politischen Ökonomie besteht darin, daß ihre Gesetze, zum Unterschied von den Gesetzen der Naturwissenschaft, nicht von langer Dauer sind, daß sie, wenigstens die meisten von ihnen, im Verlauf einer bestimmten historischen Periode wirksam sind, worauf sie neuen Gesetzen Platz machen. Aber diese Gesetze werden nicht umgestoßen, sondern verlieren ihre Kraft infolge neuer ökonomischer Bedingungen und treten vom Schauplatz ab, um neuen Gesetzen Platz zu machen, die nicht durch den Willen der Menschen geschaffen werden, sondern auf der Grundlage neuer ökonomischer Bedingungen entstehen.“ (ebd., Seiten 257-258)

Mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel als eine Konsequenz der Oktoberrevolution verlor das für den Kapitalismus charakteristische Gesetz der Konkurrenz und der Produktionsanarchie (mit seiner Mehrwertextraktion und kapitalistischen Akkumulation) seine Gültigkeit, gab den Weg für das Gesetz der gleichmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft frei, ein Gesetz, das die Verfechter der bürgerlichen Reformen in der Sowjetunion so rasend macht.

Gorbatschows ausweichende Antwort auf die Schmeljow-These

Schmeljows Artikel verursachte einen solchen Wirbel, daß Gorbatschow persönlich zu einer Antwort gezwungen war. Auf einer Veranstaltung in einem Moskauer Wahlbezirk am 22. Juni 1987, wurde Gorbatschow von einem Prawda-Korrespondenten zu den „kontroversen Beiträgen“ in der sowjetischen Presse bezüglich der Restrukturierung befragt. Der Korrespondent stellte die Frage, ob die kürzlichen Veröffentlichungen hinsichtlich der Umgestaltung „fragwürdige Rezepte zur Überwindung unserer Schwierigkeiten“ lieferten, „zum Beispiel Ökonom Schmeljows Artikel in der Nowyj Mir“.

Gorbatschows Antwort ist bezeichnenderweise jesuitisch und ausweichend, er sagt: „Ich würde den Artikel in zwei Teile zerlegen. Der erste ist eine Analyse des Zustands in der Wirtschaft und zeichnet ein Bild, das dem zur Zeit existierenden nahekommt, und wir werden in der Plenarsitzung darüber sprechen.

Der zweite Teil ist das, was der Autor vorschlägt. Anscheinend schlägt er zum Beispiel vor, daß es Arbeitslosigkeit geben soll. Das ist nichts für uns. Wir sind uns unserer Schwächen und der ungelösten Probleme sehr wohl bewußt, aber können nicht einfach vergessen, daß der Sozialismus jedem von uns das Recht auf Arbeit und Ausbildung gegeben hat, kostenlose medizinische Versorgung und erschwingliches Wohnen. Das sind wirkliche Werte in unserer Gesellschaft, die heute und in Zukunft dem Einzelnen soziale Sicherheit geben.“ (Prawda, 22. Juni 1987)

Bemerkenswert an Gorbatschows Antwort ist nicht, daß er sich von Schmeljows Schlußfolgerungen (seinen Rezepten) distanziert hat, sondern dessen Vorwürfe bestätigt, die unlösbar mit seinen Schlußfolgerungen verknüpft sind. Freilich ist dies nicht das einzige Mal, daß Gorbatschow sich von seinen freimütigen und unverblümten - um nicht zu sagen unverschämten - Trittbrettfahrern distanziert hat, nur um den von ihnen vorgezeichneten Weg weiterzugehen. Folgendes sagt er Ende 1987 in seinem Buch *Perestrojka*:

„Es ist richtig, daß die Presse manche Vorschläge herausbrachte, die sich außerhalb unseres Systems bewegen. Es gab beispielsweise die Auffassung,

daß wir die Planwirtschaft aufgeben und Arbeitslosigkeit dulden sollten. Wir können dies jedoch nicht zulassen, zumal wir beabsichtigen, den Sozialismus zu stärken und nicht, ihn durch ein anderes System zu ersetzen. Was uns vom Westen angeboten wird, von einer anderen Ökonomie, ist für uns unannehmbar. Wir sind sicher; wenn wir das Potential des Sozialismus wirklich umsetzen, wenn wir an seinen grundlegenden Prinzipien festhalten, wenn wir die menschlichen Interessen voll berücksichtigen und die Vorteile einer Planwirtschaft nutzen, kann der Sozialismus sehr viel mehr als der Kapitalismus erreichen.“ (S. 86)

Seitdem diese Versicherungen abgegeben wurden - vor kaum zwei Jahren - wurde die zentrale Planwirtschaft faktisch abgebaut und die vielgerühmte ‘regulierte’ Ökonomie, nach der Gorbatschow und seine schleimigen Gefährten, die Aganbegjans, die Makarows und die Schmeljows so außerordentlich lechzten, wurde aufgrund der starken Opposition aus Reihen innerhalb der KPdSU und der breiten Masse der Arbeiterklasse in der UdSSR nicht eingeführt. Die Wirtschaft der UdSSR befand sich seit den frühen 1920er Jahren allerdings niemals in einer derartigen Klemme. Gorbatschows Versuche, sich von den Schmeljows zu distanzieren, seine Zusicherungen, Arbeitslosigkeit zurückweisen und „*das Potential des Sozialismus umsetzen*“ zu wollen, offenbaren sich lediglich als Mittel, die schlichten Gemüter dieser Welt in scheinbarer Sicherheit zu wiegen. Die dem sowjetischen Parlament im Mai 1990 unterbreiteten - und abgelehnten - Vorschläge sind ein überzeugender Beweis davon.

Kehren wir zu Schmeljow zurück.

Ja zur kapitalistischen Restauration

Aus seiner Verunglimpfung der ‘administrativen’ Wirtschaft und seinem Eintreten für eine Wiedereinführung der Neuen Ökonomischen Politik Lenins (NEP) geht klar hervor, daß Schmeljow nichts anderes im Sinn hat, als die Restauration des Kapitalismus. Mit folgenden Worten denunziert er den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR und bekundet ein geradezu leidenschaftliches Verlangen nach der Rückkehr zu kapitalistischen Normen des Wirtschaftslebens:

„Wenn wir nicht eingestehen, daß die Rücknahme der Neuen Ökonomischen Politik Lenins schwere Probleme beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR aufwarf, werden wir wieder einmal - wie 1953 und 1965 - zu halben Maßnahmen verurteilt sein, und wie wir wissen, sind halbe Maßnahmen meist schlimmer als gar keine. Die ‘administrative’ Ökonomie, welche an die Stelle der NEP trat, war ihrem Wesen nach unfähig, sich Fragen der Qualität und Effektivität zuzuwenden, erreichte ihre quantitativen Erfolge ungeachtet der Gesetze der Ökonomie und deswegen auf Kosten großer materieller und menschlicher Ressourcen.“ (ebd., S. 1)

Die obigen Bemerkungen sind nicht nur voll von boshaften Andeutungen gegen die sozialistische zentrale Planwirtschaft in der UdSSR mitsamt der Unterstellung einer angeborenen Unfähigkeit, „sich Fragen der Qualität und Effektivität“ zuzuwenden, sondern stellen die Wahrheit und Lenins Anschauungen bezüglich der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) direkt auf den Kopf. Der Autor behauptet, die NEP hätte niemals abgebrochen werden dürfen; die Sowjetunion hätte nur durch die dauerhaft fortgeführte Anwendung der NEP den Sozialismus erfolgreich aufbauen können; die Aufgabe der NEP und ihre Ersetzung durch die zentralisiert geplante Wirtschaft (‘administrative’ Ökonomie, wenn es unserem bürgerlichen Reformer genehm ist), wäre geradezu eine Vergewaltigung „der Gesetze der Ökonomie“ - eine Vergewaltigung, die mit „materiellen und menschlichen Ressourcen“ so teuer erkauft, aber - mysteriöserweise und durch nichts zu erklären - irgendwie dennoch großen quantitativen Erfolgen nicht im Wege stand. Dieser bürgerliche Kretin ist nicht in der Lage, die Effektivität zu erklären, mit der die Sowjetunion beispiellose Qualitätsergebnisse auf den Gebieten der Verteidigungs-, Weltraum- und Nukleartechnologie erzielte, bei der Erdgasverteilung, der Erdölförderung vor den Küsten usw. Wenden wir uns aber nun der Frage zu, wie Lenin die NEP auffaßte.

Die NEP und wie Lenin sie sah

Der Übergang vom Kriegskommunismus zur NEP wurde im März 1921 vom X. Parteitag beschlossen, der auf Initiative Lenins eine Resolution zur Ablösung der Ablieferungspflicht durch eine Naturalsteuer annahm. Die Naturalsteuer sollte eine erhebliche Erleichterung gegenüber der Festsetzung unter dem System der Ablieferungspflicht sein. Die Gesamtsteuersumme

sollte in jedem Jahr noch vor der Frühjahrsaussaat erhoben und der Abgabetermin genau festgelegt werden. Das über die Steuer hinausgehende Mehrprodukt sollte dem Bauern gehören, der diesen Überschuß frei auf dem Markt hätte verkaufen können. Lenin erkannte, daß Handelsfreiheit zunächst zu einer gewissen Wiederbelebung des Kapitalismus führen würde; daß es notwendig sein würde, privaten Handel zu erlauben und Privatproduzenten kleine Unternehmen gründen zu lassen. Aber dies war notwendig, argumentierte Lenin, um dem Bauern einen ökonomischen Anreiz zu geben, mehr zu produzieren und auf diese Weise eine schnelle Verbesserung in der Landwirtschaft herbeizuführen. Dies wiederum, entwickelte er, würde die Grundlage für die Wiedererrichtung der staatseigenen Industrie und die Verdrängung des Privatkapitals werden. Nach dem Erstarken und der Anhäufung entsprechender Ressourcen könnte als ökonomisches Fundament für den Sozialismus eine mächtige Industrie geschaffen werden, die ihrerseits die Ausgangsbasis für eine entschlossene Offensive gegen die Überbleibsel des Kapitalismus bilden würde. Das war Lenins Plan für den Aufbau des Sozialismus - ein Plan, der einen zeitweiligen Rückzug beinhaltete, um mit der hinzugewonnenen Kraft schon bald energischer in Richtung Aufbau des Sozialismus vorstoßen zu können.

Aus der ganzen von Lenin vorgebrachten Argumentation zur Frage der NEP (und ihrer späteren Entwicklung) gehen drei Fakten eindeutig hervor:

Erstens betrachtete Lenin die Einführung der NEP als strategischen Rückzug und eine Rückkehr zum Kapitalismus bis zu einem gewissen Grade.

Zweitens sah er diesen Rückzug ausschließlich als provisorisch an. Er hatte die Stärkung der proletarischen Diktatur durch Gewährleistung einer dauerhaften Allianz zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zum Ziel, deren Bündnis unter den vorherrschenden katastrophalen Bedingungen damals nur über den Warenaustausch am Markt garantiert werden konnte.

Drittens waren beide Aspekte - sowohl der Rückzug selbst, als auch sein vorübergehender, temporärer Charakter - wesentliche Bestandteile des von Lenin glänzend ausgearbeiteten Programms für den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. Nur dem Marxismus-Leninismus fremd oder feindlich gegenüberstehende Elemente betonen entweder den einen oder den anderen der obigen Aspekte, statt sie als einheitliches Ganzes zu betrachten.

Da die NEP ein begrenzter Rückzug war und eine gewisse Wiederbelebung des Kapitalismus implizierte, brachte sie auch Gefahren mit sich. Lenin, weit von einer Bagatellisierung dieser Gefahren entfernt, legte sie selbst offen dar. Keineswegs belobhudelte Lenin kapitalistisches Eigentum, kapitalistischen Handel oder Geschäfte, vielmehr erklärte er, daß die Sowjetregierung aufgrund der ökonomischen Zerrüttung und des annähernden Verschwindens des sowjetischen Proletariats durch den imperialistischen Krieg, den Bürgerkrieg und die Konterrevolution zur NEP gezwungen war - trotz des Sieges der Sowjetrepublik. So war die NEP als ökonomische Maßnahme durch die entstandene Schwäche diktiert und hatte nicht nur die Wiederherstellung der sowjetischen Wirtschaft zum Ziel, sondern die Wiederherstellung des sowjetischen Proletariats.

So begründete Lenin im August 1921 die NEP in seinem Referat vor dem Zweiten Kongreß der Abteilungen für Politische Bildung:

„Anfang 1918 rechneten wir auf eine gewisse Periode, in der ein friedlicher Aufbau möglich sein werde. Nach dem Abschluß des Brester Friedens schien es, als sei die Gefahr entrückt und man könne mit dem friedlichen Aufbau beginnen. Aber wir täuschten uns, denn im Jahre 1918 zog eine wirkliche Kriegsgefahr über uns herauf - ... der Beginn des Bürgerkriegs, der sich bis 1920 hinzog. Zum Teil unter dem Einfluß der auf uns einstürmenden militärischen Aufgaben und der, wie es schien, verzweifelten Lage, in der sich die Republik damals, im Augenblick der Beendigung des imperialistischen Krieges, befand, unter dem Einfluß dieser und einer Reihe anderer Umstände begingen wir den Fehler, daß wir beschlossen, den unmittelbaren Übergang zur kommunistischen Produktion und Verteilung zu vollziehen. Wir waren der Meinung, daß uns die Bauern auf Grund der Ablieferungspflicht die notwendige Menge Getreide liefern und wir es auf die Fabriken und Werke verteilen werden und daß wir damit eine kommunistische Produktion und Verteilung haben werden. …

Das ist leider eine Tatsache. Ich sage: leider, weil uns eine nicht sehr lange Erfahrung von der Fehlerhaftigkeit dieser Konstruktion überzeugte, die in Widerspruch stand zu dem, was wir früher über den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus geschrieben hatten, als wir die Auffassung vertraten, daß es ohne eine Periode der sozialistischen Rechnungsführung und Kontrolle unmöglich ist, auch nur die untere Stufe des Kommunismus zu

erreichen. In unserer theoretischen Literatur wurde seit 1917, als die Aufgabe der Machtausübung auf der Tagesordnung stand und dem ganzen Volk von den Bolschewiki erläutert wurde, mit Bestimmtheit hervorgehoben, daß ein langwieriger und komplizierter Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft (und zwar desto langwieriger, je weniger sie entwickelt ist), ein Übergang auf dem Weg der sozialistischen Rechnungsführung und Kontrolle notwendig ist, um auch nur zu einer der Vorstufen der kommunistischen Gesellschaft zu gelangen.“ (Lenin, Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, Ges. Werke, Bd. XXXIII, Seiten 42-43)

„Das haben wir damals, als wir im Feuer des Bürgerkriegs die notwendigen Schritte zum Aufbau unternehmen mußten, gewissermaßen vergessen. Und unsere Neue Ökonomische Politik besteht ihrem Wesen nach eben darin, daß wir in diesem Punkt eine ernste Niederlage erlitten und einen strategischen Rückzug eingeleitet haben: ‘Bevor man uns endgültig schlägt, wollen wir den Rückzug antreten und alles aufs neue umbauen, aber stabiler.’ ...

Die Neue Ökonomische Politik bedeutet die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Steuer, bedeutet den Übergang zur Wiederherstellung des Kapitalismus in beträchtlichem Ausmaß. In wie großem Ausmaß, das wissen wir nicht. Konzessionen an ausländische Kapitalisten (vorläufig sind allerdings noch recht wenige abgeschlossen, insbesondere im Vergleich mit den Angeboten, die wir gemacht haben), Verpachtung an Privatkapitalisten - das ist eben eine direkte Wiederherstellung des Kapitalismus, und das ist mit den Wurzeln der Neuen Ökonomischen Politik verbunden. ...

Darauf läuft der ganze gegenwärtige Krieg hinaus: Wer wird siegen, wer wird die Lage schneller ausnutzen - der Kapitalist, den wir selbst zur Tür hereinlassen, oder sogar durch mehrere Türen (und durch viele Türen, die wir selber nicht kennen und die ohne und gegen unsere Absicht aufgetan werden), oder die proletarische Staatsmacht? ...

Andererseits wird, wenn der Kapitalismus gewinnt, auch die industrielle Produktion wachsen, mit ihr aber wird das Proletariat wachsen. Die Kapitalisten werden aus unserer Politik Vorteile ziehen und werden ein Industrieproletariat schaffen, das bei uns durch den Krieg und die furchtbare

Verwüstung und Zerrüttung deklassiert, d.h. aus seinem Klassengeleise geworfen ist und aufgehört hat, als Proletariat zu existieren. Proletariat heißt die Klasse, die mir der Produktion materieller Güter in Betrieben der kapitalistischen Großindustrie beschäftigt ist. Soweit die kapitalistische Großindustrie zerstört ist, soweit die Fabriken und Werke stillgelegt sind, ist das Proletariat verschwunden. Es wurde wohl manchmal der Form nach als Proletariat gerechnet, aber es hatte keine ökonomischen Wurzeln.

Wenn der Kapitalismus wiedererstehet, so heißt das, daß auch die Klasse des Proletariats wiedererstehen wird, das mit der Produktion materieller, für die Gesellschaft nützlicher Güter beschäftigt ist, das in maschinellen Großbetrieben tätig ist ...“ (ebd., Seiten 43-46)

Statt den Kapitalismus zu verherrlichen, nimmt Lenin kein Blatt vor den Mund, charakterisiert ganz richtig den „anarchische[n] Kapitalismus und de[n] anarchische[n] Warenaustausch“ als „Feind mitten unter uns“ (ebd., S. 48) und stellt die nüchterne Frage: „Wer wird siegen?“ (ebd., S. 45) Er formuliert das Problem so:

„Die ganze Frage ist die: Wer wird wen überflügeln? Gelingt es den Kapitalisten, sich früher zu organisieren, dann werden sie die Kommunisten zum Teufel jagen, darüber braucht man überhaupt kein Wort zu verlieren. Man muß diese Dinge nüchtern betrachten: Wer - wen? Oder wird die proletarische Staatsmacht imstande sein, gestützt auf die Bauernschaft, die Herren Kapitalisten gehörig im Zaum zu halten, um den Kapitalismus in das Fahrwasser des Staates zu leiten und einen Kapitalismus zu schaffen, der dem Staat untergeordnet ist und ihm dient?“ (ebd., S. 46)

Dem obigen Zitat kann man entnehmen, daß Lenin nicht daran denkt, den kapitalistischen Markt zu glorifizieren oder Handel und Geschäft des Kapitalismus zu beschönigen. Im Gegenteil, er bezeichnet den „anarchische[n] Kapitalismus und de[n] anarchische[n] Warenaustausch“ als „Feind mitten unter uns“. Lenin betrachtete die NEP lediglich als einen strategischen Rückzug, um der Sowjetmacht eine Atempause zu verschaffen, in der für die nächste Offensive des Sozialismus Kraft gesammelt werden könnte.

Die Mehrheit der Partei schloß sich um Lenin zusammen und unterstützte die Einführung der NEP. Sie erkannte, daß dies zur damaligen Zeit der einzige

Weg war, ein dauerhaftes ökonomisches Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft für den Aufbau des Sozialismus zu sichern. Die NEP war eine Konsequenz aus der Erkenntnis der Partei, daß der Kriegskommunismus den Versuch darstellte, die kapitalistische Festung in Stadt und Land durch einen Frontalangriff zu erstürmen; sie machte dabei einen zu großen Schritt nach vorne und lief Gefahr, von ihrer Basis abgeschnitten zu werden. „... wir [waren] bei unserem ökonomischen Vordringen zu weit gegangen ..., wir [hatten] unsere Basis nicht genügend gesichert ... “, sagte Lenin in seinem Referat vor dem Vierten Kongreß der Komintern. (Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution, Ges. Werke, Bd. XXXIII, S. 407-408). Die Partei entschloß sich also zu einem zeitweiligen Rückzug, um sich den Rücken freizuhalten.

Zur gleichen Zeit sahen einige Oppositionelle, die ‘linken’ Schreihälse, in der NEP nichts anderes, als einen Rückzug und einen Verzicht auf die Errungenschaften des Oktober. Andere, die ausgesprochenen Kapitulanten, die Schmeljows jener Zeit, welche nicht an die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR glaubten, forderten weitreichende Zugeständnisse sowohl für das einheimische als auch das fremdländische Privatkapital. Es waren diese beiden dem Marxismus und Leninismus fremden, in Gegnerschaft zur NEP stehenden Gruppierungen, die Lenin zu dem Rat an die Partei veranlaßte: „Man muß die Partei säubern von Gaunern, von Verbürokratisierten, von Unehrlichen, von unbeständigen Kommunisten und von Menschewiki, die ihre ‘Fassade’ übertüncht haben, aber im Herzen Menschewiki geblieben sind“ (Über die Parteireinigung, Ges. Werke, Bd. XXXIII, S. 21).

Die Richtigkeit der NEP erwies sich bereits im ersten Jahr ihrer Einführung und Lenin konnte auf dem XI. Parteitag (März 1922) erklären:

„Ein Jahr lang befanden wir uns auf dem Rückzug. Wir müssen jetzt im Namen der Partei sagen: Genug! Das Ziel, das mit dem Rückzug verfolgt wurde, ist erreicht. Diese Periode geht zu Ende oder ist zu Ende. Nun setzen wir uns ein anderes Ziel: die Kräfte umzugruppieren.“ (Ges. Werke, Bd. XXXIII, S. 266)

Mögen Schmeljow und seine Genossen Kapitalismusbewunderer zur Kenntnis nehmen, daß es Lenin selbst war, der noch während des ersten Jahres der

Einführung der NEP (die er richtig als Rückzug sah) ihr Ende verlangte, oder - wenn Herr Schmeljow so will - „die Ablehnung der Neuen Ökonomischen Politik Lenins“. Und wenn die Ablehnung der NEP nach der unbewiesenen Behauptung des Herrn Schmeljow „schwere Probleme beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR aufwarf“, so muß Lenin selbst für solch ein Unglück verantwortlich gemacht werden. Jedoch hat Herr Schmeljow nicht den Mut - bis jetzt jedenfalls nicht - zu einer derartigen Behauptung. Er würde eher, in der Art aller ‚Gauner, Verbürokratisierten, Unehrlichen’ oder ‚unbeständigen Kommunisten’ im Namen Lenins gegen den Leninismus kämpfen.

Sobald die NEP ihren Zweck erfüllt hatte, die Produktion auf den Vorkriegsstand gebracht, die Bindung zwischen Stadt und Land hergestellt und das Wiedererstarken des Proletariats bewirkt hatte, beendete die Sowjetregierung den NEP-Abschnitt und leitete die Periode der planmäßigen Industrialisierung und Kollektivierung ein.

Um auf das Schmeljowsche Verständnis der NEP zurückzukommen, hier nun seine Deutung:

„Es war natürlich eine Art Rückzug, aber seine langfristige Bedeutung liegt woanders... Er markierte den Übergang zu einem System, das die ganzen schöpferischen Energien des arbeitenden Volkes mobilisieren würde, statt sie zu unterdrük-ken - den Übergang vom ‘administrativen Sozialismus’ zu einem ‘ökonomisch verantwortlichen Sozialismus’. Drei praktische Gedanken waren für Lenins Plan von zentraler Bedeutung, um die Ökonomie auf eine normale, gesunde Basis zu stellen. Erstens mußten die Ware-Geld-Beziehungen und die Marktverhältnisse entwickelt werden... Zweitens mußten ökonomisch verantwortlich arbeitende Trusts, unabhängig in Gesellschaften (Syndikaten) organisiert, als Betriebseinheiten die wirtschaftliche Grundlage bilden. Drittens mußten genossenschaftliches Eigentum und kooperative Beziehungen nicht nur auf dem Lande, sondern genauso in den städtischen Regionen entwickelt werden - in der Industrie, im Baugewerbe, im Einzelhandel und in dem, was wir heute Verbraucherservice nennen.“

Somit läge also gemäß Schmeljow — und im Gegensatz zu Lenin - die „langfristige Bedeutung“ der NEP mit ihrer partiellen Wiederherstellung des Kapitalismus darin, daß sie „die ganzen schöpferischen Energien des

arbeitenden Volkes mobilisieren würde, statt sie zu unterdrücken -' und im 'Übergang vom 'administrativen Sozialismus' zu einem 'ökonomisch verantwortlichen Sozialismus' ". Der logische und absurde, wenngleich unausgesprochene Schluß davon ist, daß nur unter den Bedingungen der Wiedereinsetzung und Restauration des Kapitalismus der Aufbau des Sozialismus möglich ist! Einzig unter den Bedingungen einer Marktwirtschaft, ganz im Gegensatz zur zentralgeplanten Ökonomie des Sozialismus (bitte um Entschuldigung: Einer 'administrativen' Wirtschaft oder 'Kommandowirtschaft') ist es demnach möglich, „die ganzen schöpferischen Energien des arbeitenden Volkes" zu „mobilisieren".

Aus der Verachtung, mit der Schmeljow die sowjetischen Arbeiter betrachtet, indem er sie der „Faulheit", „Trägheit", „Trunksucht", „Verantwortungslosigkeit", „Teilnahmslosigkeit", „Mangel an Respekt hinsichtlich ehrlicher Arbeit" - sogar der „physischen Degeneration" aus dem einzigen Grunde bezichtigt, weil sie die Vorteile der Vollbeschäftigung nicht aufgeben wollen, die ihnen seit über sechs Jahrzehnten im Sozialismus zukommen, ist unschwer zu ersehen, an welche „Leute" er denkt und wessen „schöpferische Energien" mobilisiert statt unterdrückt werden, wenn die Schmeljows in der UdSSR Erfolg beim Vollzug des Übergangs vom „administrativen Sozialismus" zum „ökonomisch verantwortlichen Sozialismus" haben - soll heißen - vom Sozialismus zum Kapitalismus. Es handelt sich dabei um keine geringeren Leute, als die verbürgerlichten Intelligenzler in der UdSSR - die Schmeljows, Makarows, Aganbegjans und ihre Pendants in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die Jelzins, Abalkins usw. usf. - die glühendsten Verfechter einer Marktwirtschaft und gleichzeitig diejenigen, die am meisten von ihr profitieren würden. Die Arbeiterklasse der UdSSR weiß, daß sie in einer Marktwirtschaft enorm verlieren würde und ist naturgemäß nicht sonderlich auf ihre Einführung erpicht.

Das von Schmeljow zusammengeschusterte reaktionäre Ammenmärchen vergewaltigt die Realität, denn die NEP brachte in ihrem Kielwasser nicht nur die Kulaken (reiche Bauern) hervor, sondern ebenso die unersättlichen, profitgierigen Händler, bekannt als Nepmen. Die Entwicklung der NEP erreichte schließlich einen Punkt, an dem die Sowjetregierung entweder die NEP hätte beenden, oder vor den aus der NEP hervorgegangenen

kapitalistischen Elementen kapitulieren müssen. Die sowjetische Regierung wählte ganz richtig den ersteren Weg und führte ihr Programm des sozialistischen Aufbaus mit dem ersten Fünfjahresplan und der Kollektivierungsaktion durch.

Bei der Verwirklichung des ersten und des zweiten Fünfjahresplans waren die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die sowjetische Regierung in der Lage, die schöpferischen Energien des Sowjetvolkes in einem solchen Grade zu mobilisieren, daß diese Pläne nicht nur erfüllt, sondern in jeweils weniger als fünf Jahren übererfüllt wurden. Wenn man dieser bourgeoisen, scheinheiligen Heulsuse Schmeljow Gehör schenkt, könnte es scheinen, als ob die Einführung der Fünfjahrespläne den schöpferischen Energien des sowjetischen Volkes für alle Zeiten ein Ende gesetzt hätte.

Dieser ekelerregende Verleumder und verbürgerlichte Greiner hat nicht den geringsten Bezug zur historischen Realität der späten 1920er, der 30er und 40er Jahre, in denen das sowjetische Volk durch heroische Leistungen sozialistischer Arbeit - mitten in der Planung und im Aufbau des Sozialismus - seine mittelalterliche Hülle sprengte und in weniger als einer Dekade die am höchsten entwickelten kapitalistischen Länder fast überflügelte. Hätte es diese - dank der Zentralplanung und Kollektivierung - wahrlich bewundernswerte Aufbaugeschwindigkeit nicht gegeben, wäre die UdSSR nicht in der Lage gewesen, den Kampf gegen Hitlerdeutschland erfolgreich zu führen. Während des Krieges produzierte die Sowjetunion die besten Kampfflugzeuge, die besten Panzer und die modernste Kriegsausrüstung - deren materielle Grundlage während des Fünfjahresplans durch den Aufbau der Schwerindustrie, insbesondere auch der metallurgischen und Maschinenbauindustrie vorbereitet wurde. Eben diese Entwicklungen in der sowjetischen Industrie, welche die materielle Basis schufen, und das selbstaufopfernde Heldentum des sowjetischen Volkes waren es, welche die Kriegsmaschinerie der Nazis zerschmetterten. Diese Tatsache ist in aller Welt so gesichert anerkannt, daß kein Mensch es bisher überhaupt wagte, sie in Frage zu stellen. Jetzt treten dennoch, vom Wunsche der Wiedereinführung des Kapitalismus beseelt, ‘sowjetische’ Bourgeois-Ökonomen auf, welche die größten Erfolge des Sozialismus verunglimpfen müssen und die Zeit des sozialistischen Aufbaus in den schwärzesten Farben malen.

Als Anfang 1921 die NEP eingeführt wurde, befand sich die sowjetische Wirtschaft am Boden. Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft betrug lediglich die Hälfte der Vorkriegsproduktion, das heißt nur die Hälfte des Ausstoßes der von Armut geprägten russischen Landbevölkerung in den Tagen des Zarismus. Schlimmer noch: In vielen Provinzen gab es Mißernten.

An der Industriefront sah die Sache noch weitaus schlechter aus. Der Produktionsausstoß der Großindustrie betrug kaum ein Siebentel der Vorkriegsproduktion. Die meisten Hüttenwerke und Fabriken standen still, Minen und Kohlengruben waren zerstört und überflutet. Am schlimmsten war der Zustand der Eisen- und Stahlindustrie. Der gesamte Roheisenausstoß betrug lediglich 116.300 Tonnen - kaum 3% der Vorkriegsproduktion. Es herrschte Treibstoffknappheit und das Transportwesen war zerrüttet. Metallwaren und Textilien waren aufgebraucht. Es gab einen akuten Mangel an solch grundlegend notwendigen Dingen wie Brot, Fleisch, Fetten, Schuhwerk, Kleidung, Salz, Streichhölzern, Kerosin und Seife.

Die Menschen nahmen die Lebensmittelknappheit während des Krieges hin. Jetzt, nachdem der Krieg vorüber war, waren sie dazu nicht mehr bereit. Unter der Bauernschaft kam Unzufriedenheit auf. Die Hitze des Bürgerkrieges hatte das militärische und politische Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft fest zusammengeschweißt und sie miteinander versöhnt. Die Grundlage dieser Allianz bestand darin, daß die Bauernschaft von der Sowjetregierung gegenüber den Grundbesitzern und Kulaken in Schutz genommen wurde, die Arbeiter wiederum erhielten von den Bauern unter dem Surplusabgabesystem Lebensmittel.

Mit dem Ende des Krieges wurde diese Grundlage untauglich. Da nunmehr die Gefahr einer Rückkehr der Grundbesitzer nicht mehr bestand, drückten die Bauern im weiteren ihre Unzufriedenheit mit dem System der Ablieferungspflicht aus und forderten eine angemessene Güterversorgung. Wie Lenin es ausdrückte, geriet das gesamte System des Kriegskommunismus in Konflikt mit den Interessen der Bauernschaft. Die mißmutige Stimmung beeinflußte auch die Arbeiterklasse. Unter den Bedingungen äußerster wirtschaftlicher Zerrüttung und abgesehen von einigen wenigen Fabriken und Minen, die nur mit Unterbrechungen funktionierten, beschränkte sich die Tätigkeit der Arbeiter auf Gelegenheitsjobs für den Lebensunterhalt, sie fertigten Feuerzeuge und betrieben in den Dörfern geringfügigen

Tauschhandel gegen Essen (‘Taschenhandel’). Hunger und Ermattung riefen Unmut bei den Arbeitern hervor. Die Klassenvoraussetzung für die Diktatur des Proletariats war ausgehöhlt. Es waren diese entsetzlichen Umstände, die Lenin und die bolschewistische Partei die NEP in Gang setzen ließen, auch wenn sie sogar einen zeitweiligen Rückzug zum Kapitalismus beinhaltete.

Ist es angesichts der vorangegangenen Ausführungen zulässig, die UdSSR von heute, die zweitmächtigste Wirtschaftskraft der Welt, in der die Arbeiterklasse die Mehrheit der Bevölkerung stellt, mit derjenigen von 1921 zu vergleichen? Jene, die jetzt unter dem Vorwand einer gesunkenen Wachstumsrate in der sowjetischen Ökonomie eine Rückkehr zu den Methoden von 1921 und die Wiedereinführung der NEP fordern, fordern schlicht und einfach die Wiederherstellung des Kapitalismus. Dies eine „regulierte Marktwirtschaft“ zu nennen, ändert die Sache um kein Jota.

Kapitel 4

Lalkar, Dezember/Januar 1990/91

Ökonomie der Perestrojka - Eine vollständige Abweichung vom Marxismus-Leninismus. Teil III

Entkollektivierungsbestrebungen

Während Schmeljow den Abbruch der sozialistischen Planwirtschaft und ihre Ersetzung durch eine marktwirtschaftliche Ökonomie in der Industrie befürwortet, ist sein Rezept für den Agrarsektor nichts weniger als die Dekollektivierung der sowjetischen Agrikultur und ihre Ersetzung durch die kleine individuelle Landwirtschaft.

„Kolchosen und Sowchosen“, sagt er, „müssen das Recht haben, ihren Ertrag an Staat, Kooperativen und an die Verbraucher frei zu verkaufen... Private Hilfswirtschaften müssen hinsichtlich ökonomischer und sozialer Rechte mit Kollektivwirtschaften völlig auf gleiche Stufe gestellt werden.“ (Schmeljow, S. 4)

Schmeljow ruft hier nicht nur nach einer Gleichstellung privater und kollektiver Landwirtschaft, was bereits ein hinreichend reaktionärer Rückschritt wäre, sondern auch nach der Einführung des „uneingeschränkten Rechts“ der Kolchosen und Sowchosen, „ihren Ertrag an Staat, Kooperativen und an die Verbraucher frei zu verkaufen“. Das führt, wenn auch über einige Zwischenstufen, unweigerlich zu einer unbeschränkten, uferlosen und allumfassenden Warenproduktion und zum Kapitalismus in der Landwirtschaft. All diese Maßnahmen, vertreten von den Schmeljows, die leider am Ruder sind und denen es zu verdanken ist, daß sich die sowjetische Wirtschaft am Rande eines Zusammenbruchs befindet, sind auf die Unterminierung der Kollektivwirtschaften ausgelegt. Die Idee ist, daß die individuelle Warenwirtschaft ganz sicher - wenn auch anfangs nur allmählich - landwirtschaftliche Kleinbetriebe mit ihrem angeblichen Unternehmungsgeist und ihrer Privatinitiative hervorbringen und die sowjetische Wirtschaft reichlich versorgen würde. Allein der Gedanke, daß kleinbäuerliche Landwirtschaft Nahrungsmittelprobleme der UdSSR mit ihrer 280-Millionen-Bevölkerung lösen könnte, bedeutet Hingabe an reaktionäre Tagträume. NIRGENDWO in der Welt hat kleinbäuerliche Landwirtschaft das Nahrungsmittelproblem gelöst, weder in kapitalistischen noch in sozialistischen Ländern. Schmeljow und seinesgleichen brauchen nur einen

kurzen Ausflug zu ihrem direkten Nachbarn Polen zu unternehmen, um die wundersamen Folgen der kleinbäuerlichen Landwirtschaft mit eigenen Augen zu betrachten: Nach der Rebellion 1956 in Polen wurde die Kollektivierung abgeschafft und die kleinbäuerliche Landwirtschaft wiedererrichtet. Im Ergebnis erhielt man ganzjährige Nahrungsmittelengpässe, die so offenkundig sind, daß sie sich sogar der Scheuklappensicht unserer Schmeljows nicht verschließen dürften. Diese Bourgeois-Ökonomen scheren sich jedoch einen Dreck um Nahrungsmittelengpässe und das durch diese Engpässe verursachte Elend, das die ganz gewöhnlich arbeitenden Menschen heimsucht. Sie sind so leidenschaftlich und zielstrebig mit ihren Versuchen beschäftigt, kapitalistische Produktionsverhältnisse in der Industrie und der Landwirtschaft wiederherzustellen, daß sie derart 'geringfügige' Unannehmlichkeiten wie das Leid etlicher Millionen Menschen durch eine solche Restauration zu übersehen bereit sind - mitsamt ihren Folgen: Ausbeutung vieler Menschen durch wenige, Arbeitslosigkeit, Hunger, Verwahrlosung und Not. Sie denken ganz im Gegenteil, daß dies ja eigentlich eine gesunde Sache für die sowjetische Arbeiterklasse sei, die - so ihre Behauptung - aufgrund der Sicherung der Vollbeschäftigung degeneriert wäre. Herr Schmeljow fährt fort:

„Wir müssen endlich ein für allemal eine Entscheidung treffen, die für uns von höchster Wichtigkeit ist: Einen Nahrungsüberschuß zu haben, oder auf ewig der Ansammlung unverantwortlicher Großmäuler und Befürworter der Armutsgleichheit nachzugeben. Wir müssen Dummheit, Inkompetenz und aktiven Stalinismus beim Namen nennen. Wir müssen alles tun, um eine umfassende Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen, denn sonst führt die Idee der Aktivierung des menschlichen Faktors zu nichts." (ebd.)

In normaler Sprache werden die oben erwähnten Bemerkungen auf folgendes reduziert:

Erstens, nur eine privatisierte, marktorientierte Agrarwirtschaft kann eine reichliche Nahrungsmittel Versorgung sicherstellen. Zweitens, der Kampf des Proletariats, die Ausbeutung hinwegzufegen, sein Kampf für Gleichheit durch die Abschaffung der Klassen, sein Kampf, über die Verringerung der Ungleichheit in Richtung höhere Phase des Kommunismus zu gelangen, ist gleichbedeutend mit einem Kampf für „Armutsgleichheit". Und schließlich macht sich jeder, der mit diesen beiden Lehrsätzen nicht übereinstimmt, der

„Dummheit“, „Inkompetenz“ und „des Stalinismus“ schuldig! Wir wissen, was die Bourgeois in aller Welt motiviert - nicht nur die bürgerliche Intelligenzia in der UdSSR - wenn sie Dummheit, Inkompetenz und Stalinismus in einen Topf werfen; wir wissen, warum die Bourgeoisie und ihre angeheuerten Ideologen überall in der Welt mit hämischer Freude Josef Stalin mit derartigen Attributen überhäufen und ihn aller nur erdenklichen mutmaßlichen Verbrechen beschuldigen.

Wir werden jedoch der Versuchung widerstehen, uns hier darauf einzulassen und, wie im ersten Kapitel dieses Buches versprochen, uns mit dieser Frage zuletzt befassen. Eines ist also klar. Wenn Herr Schmeljow von „Aktivierung des menschlichen Faktors“ redet, „eine umfassende Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen“, befürwortet er gewissermaßen eine Rückkehr zu NEP-Tagen durch die Zerstückelung und Vernichtung von Kolchosen und Sowchosen. Er sagt außerdem, daß „früher einmal die Eliminierung der Kulaken als Losung ausgegeben wurde“ - aber, so bedauert er, was dort abgeschafft wurde, war die Bauernschaft. Wie kann irgendjemand, welcher Art auch immer seine Anschauungen sein mögen, Kapitalist oder Kommunist, zu einer derart idiotischen Behauptung kommen? Es ist natürlich richtig, daß die Kulaken, die reichen Bauern - diese „Blutsauger“, um Lenins Bezeichnung zu gebrauchen - als Klasse eliminiert wurden. Es ist ebenfalls richtig, daß die individuelle Landwirtschaft im großen und ganzen auf ein unbedeutendes Maß reduziert wurde und gegen Ende der Kollektivierung 1938 nicht mehr als ein Prozent der Saatfläche einnahm. Wie kann jedoch jemand behaupten, wie es Schmeljow tut, daß die Bauernschaft abgeschafft wurde?

Die Bauernschaft war kollektiviert und besteht weiterhin sehr wohl auch heute als Klasse. Aus diesem Klagelied Schmeljows und seiner Kollegen Kapitalismusrestauratoren über die vermeintliche Eliminierung der Bauernschaft müssen wir also den Schluß ziehen, daß sie lediglich das Verschwinden ihrer heißgeliebten Kulaken beweinen. Zweifelsohne würden sie die Eliminierung der Kulaken als ein weiteres Beispiel für Versuche anführen „die objektiven Gesetze des ökonomischen Lebens zu umgehen und die seit uralten Zeiten bestehenden Anreize zur Arbeit zu unterdrücken, welche letzten Endes zum Gegenteil der ursprünglich beabsichtigten Resultate führten“, außerdem als weiteres Beispiel für „Inkompetenz“, „Dummheit“ und

„Stalinismus“. Natürlich werden diejenigen, welche die Beseitigung der Klasse der Kulaken als einen Akt der Inkompetenz und Dummheit ansehen, selbstverständlich auch weiterhin dieses Bündel an Beleidigungen Stalin ins Gesicht schleudern, denn sein Name ist - mehr als der jeder anderen Einzelperson - mit diesem beispiellos revolutionären, welthistorischen Prozeß verbunden. Jene, die sich nicht mit dieser Entwicklung abgefunden haben und zu den guten alten Tagen der Ausbeutung zurückkehren wollen, zu den Tagen der wohlhabenden Kulaken und den Millionen und aber Millionen mittelloser und unterdrückter Bauern, zu dem erbärmlichen Leben auf dem russischen Lande, das in den Werken Tolstojs so ausgezeichnet porträtiert wurde, haben allen Grund, Josef Stalin extrem feindselig zu begegnen, einem der ersten Architekten des Sieges des Sozialismus in der UdSSR überhaupt und auf dem sowjetischen Lande insbesondere. Schmeljow ist einer jener Leute, die sich nicht damit abfinden können.

Aus diesem Grund ist sein Rezept zur Beseitigung der Unzulänglichkeiten in der sowjetischen Agrikultur - und es gibt einige ernstzunehmende - sowie seine Sicherstellung einer reichlichen Nahrungsmittelversorgung ein Rückfall in die kleine individuelle Landwirtschaft, die schließlich zu einer starken Differenzierung innerhalb der Bauernschaft führen würde. Man kann annehmen, daß es damit auch zur Wiederauferstehung der Kulakenklasse und ihrer Begleiterscheinung käme - der Masse der unterdrückten und verarmten Bauernschaft; denn wenn kapitalistische Warenbeziehungen überwögen und ihnen freier Lauf gelassen würde, so wie es die Schmeljows in der UdSSR fordern, könnte keine Macht der Welt das Auftauchen einer Kulakenklasse aufhalten, welche die breite Masse der Bauernschaft verschlingen und auf diese Weise die ‘Kollektivierung’ der Landwirtschaft auf kapitalistischer Basis errichten würde. Dies geschah in den vordersten kapitalistischen Ländern. Da die USA ein Vorbild für die Schmeljows der UdSSR sind, der Magnet, der sie so unerbittlich anzieht, werden wir die USA als Beispiel heranziehen.

Was geschah mit der stolzen, unabhängigen Bauernschaft der USA des mittleren 19. Jahrhunderts? Nun, faktisch verschwand sie, trotz privater Initiative, Unternehmungsgeist und harter Arbeit, die ohne Zweifel ihr charakteristisches Merkmal war. Sie wurde vom Geldkapital geschluckt; von ungeheuren Syndikaten und Kartellen des Agrargeschäfts, von der

gigantischen chemischen und High-Tech-Industrie, welche die Herstellung von Kunstdüngern und pharmazeutischen Produkten betreibt. Folgendes hat Herr Robert K. Landers, eine Autorität auf dem Fachgebiet der US-Landwirtschaft, zu diesem Punkt zu sagen:

„Große und sehr große Farmen machen weniger als 5 Prozent aller US-Farmen aus, gleichzeitig entfällt auf sie die Hälfte des gesamten landwirtschaftlichen Bruttoeinkommens und mehr als vier Fünftel des Nettoeinkommens. Tatsächlich entfällt auf die ganz großen Farmen (jene mit einem jährlichen Bruttoumsatz von 500.000 $ oder mehr) ein Drittel des landwirtschaftlichen Bruttoeinkommens und mehr als drei Fünftel des Nettoeinkommens, obwohl sie nur etwas mehr als 1 Prozent aller Farmen stellen.“ (Should Family Farms be Saved? [Sollten Kleinfarmen gerettet werden?] Congressional Quarterly’s Reports, Washington 1988, Bd. I, Nr. 17, Seite 237)

Das glauben wir gern. Falls dies das gewünschte Endresultat sein soll, wäre es nur anständig, wenn Herr Schmeljow und seine Mitläufer es frei heraus sagten, statt sich mit ihrem laut ausposaunten Unternehmungsgeist und ihrer Privatinitiative hinter den Kleinbauern zu verstecken. Sie sollten ihr Programm der kapitalistischen Restauration offen auf den Tisch legen, statt den Schein zu wahren, nur das „bürokratische Kommando“-System kritisieren zu wollen. Jedenfalls sind die Angriffe auf die sogenannte „administrative Kommando“-Wirtschaft, wie wir nur allzu gut wissen, lediglich der getarnte, um nicht zu sagen zutiefst unredliche Versuch, die sozialistische Planwirtschaft samt ihrer Erfolge mit dem Ziel zu diskreditieren, den Prozeß umzudrehen und zum Kapitalismus zurückzukehren.

Wenn Schmeljow hier in einem relativ vorsichtigen Stil schrieb, obgleich weitaus weniger zurückhaltend als Gorbatschow, lag es daran, daß es noch im Juni 1987 zu Papier gebracht wurde. In den dazwischenliegenden dreieinhalb Jahren übertraf der Beschleunigungsgrad des Abbauprozesses der sozialistischen Planwirtschaft und der Einführung bürgerlicher Normen bei weitem unsere damalige Vorstellungskraft. Ermutigt durch den reaktionären Rückmarsch unter der *Perestrojka* und die von der einseitigen *Glasnost*-Politik vom Stapel gelassene antikommunistische Propaganda, die der Revolution Hände und Füße fesselte, sie knebelte, die Neobourgeoisie und die Restauratoren des Kapitalismus hingegen in wilde Raserei geraten ließ,

wurden nicht nur die Schmeljows in der Intelligenzia, sondern auch ihr Anhang in der KPdSU tagtäglich enorm dreister. Wäre Schmeljow der einsame Rufer, hätte er keinerlei Unterstützung durch einen beträchtlichen Teil der Intelligenzia, die äußerst wichtige und hohe Posten in der sowjetischen Verwaltung besetzt, und fände er vor allem bei einer beachtlichen Zahl hoher KPdSU-Funktionäre keine Rückendeckung, wäre es sinnlos, auch nur Notiz von ihm zu nehmen - man könnte ihn einfach ignorieren. Bedauerlicherweise ist das nicht der Fall.

Gorbatschow läuft über zu Schmeljow

Gorbatschow, der es noch im Juni 1987 für angebracht hielt, sich von Schmeljows Lösungen zu distanzieren, wenngleich er in dessen Analyse übereinstimmte - derselbe Gorbatschow stellte sich in seiner ein Jahr später (im Juni 1988) vor der 19. Parteikonferenz gehaltenen Rede, des weiteren in seinem Bericht an das Zentralkomitee am 29. Juli 1988 vollständig an die Seite Schmeljows und seiner Rezepte. Sehr erhellend sind die Äußerungen Gorbatschows zu den Fragen der Nahrungsmittelversorgung und der sowjetischen Landwirtschaft. Um die Situation auf dem Lebensmittelsektor zu verbessern, sagt Gorbatschow, daß „...unsere größte Reserve darin liegt, die Verluste zu stoppen, Ernten und Viehprodukte gänzlich vor dem Verderb zu schützen und ihre hochqualitative Haltbarmachung sicherzustellen.“ Er fügt hinzu: „Das ist der schnellste Weg, die Nahrungsmittelversorgung kurzfristig zu verbessern. Die Lösung dieses Problems wird uns in die Lage versetzen, die Nahrungsmittelvorräte um mindestens 15-20 Prozent zu erhöhen. All dies wird weniger Zeit und Aufwand erfordern, als die Produktion auszubauen. Investitionen in Verlusteliminierung und Erhaltung sind die profitabelsten und effektivsten. Unsere ganze Gesellschaft muß an dieser Aufgabe arbeiten.“ (29. Juli 1990, Rede an das Zentralkomitee der KPdSU)

So weit, so gut. Man sollte meinen, daß Gorbatschows Regierung in den zweieinhalb Jahren, die seit seinem Bericht im Juli 1988 verstrichen sind, bereit gewesen wäre, sich zur Arbeit aufzuschwingen und die Millionen Kolchosen für diese außerordentlich wichtige Aufgabe zu mobilisieren, insbesondere angesichts der Tatsache, daß die UdSSR fast ein Drittel ihrer spärlichen Auslandsdevisen jährlich für den Import von annähernd 40 Millionen Tonnen Nahrungsmittel aufwendet. Und was noch wichtiger ist:

Um diese Aufgabe zu meistern, bedarf es keiner „*Änderung der ökonomischen Beziehungen auf dem Lande*“ und keiner Entkollektivierung der Landwirtschaft. Es könnte vielmehr scheinen, als ob diejenigen, die am Steuerruder des Sowjetstaates stehen, sich bei der Eliminierung dieser Verluste und der kolossalen Verschwendung keine sonderlich große Mühe geben, daß sie nicht daran interessiert sind, die Ernte vor dem Verderb zu bewahren. Wie zu hören ist, hatte die UdSSR in diesem Jahr eine Rekordernte (dabei erzählt man uns doch, die Befreiung von der Kollektivwirtschaft sei fehlgeschlagen!), die Ernte ist jedoch noch nicht eingebracht. Kann es sein, daß die Fürsprecher einer kapitalistischen Restauration auf dem Lande in ihrem Drang, die sowjetische Kollektivwirtschaft in Mißkredit zu bringen, und um dies mehr als je zuvor zu können, die Ernteeinbringung vorsätzlich sabotieren?

Gorbatschow und die Frage der Kollektivierung

Verlassen wir einstweilen die neubürgerlichen ‘sowjetischen’ Ökonomen und beschäftigen wir uns mit dem Programm der Gorbatschow-Führung. Gorbatschows Programm war zunächst einmal typisch opportunistisch und eklektisch [aus verschiedenen Quellen (wahllos) zitierend - d. Hrsg.], entbehrte gänzlich wissenschaftlichen Gehalts, theoretischer Klarheit, ideologischer Festigkeit und ideologischer Treue. In seiner 1987 in der UdSSR veröffentlichten *Perestrojka* finden wir widersprüchliche Äußerungen - die berüchtigterweise so typisch für ihn sind - zur Frage der Landwirtschaft. Auf der einen Seite, unter der Überschrift ‘Lehren der Geschichte’, findet sich die folgende, von Begeisterung erfüllte Hochachtung vor der sowjetischen Kollektivwirtschaft:

„Nehmen wir die Kollektivierung. Ich weiß, wieviel Fiktion, Spekulation und gehässige Kritik gegen uns mit diesem Begriff verbunden ist, von dem Prozeß selbst ganz abgesehen. Ja, sogar viele objektive Wissenschaftler, die sich mit dieser Periode unserer Geschichte befassen, scheinen die Wichtigkeit, Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der Kollektivierung in unserem Land nicht zu begreifen.

Wenn wir wirklich wahrheitsgetreu und wissenschaftlich die Zeitumstände und die Besonderheiten der Entwicklung unserer Gesellschaft, der sowjetischen Gesellschaft betrachten sollen; wenn wir nicht die Augen vor der

außerordentlichen Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Produktion verschließen, die keine Hoffnung auf Überwindung dieser Rückständigkeit hatte, solange sie in kleinem Maßstab betrieben wurde und zersplittert blieb; wenn wir uns schließlich um eine korrekte Beurteilung der tatsächlichen Resultate der Kollektivierung bemühen, ist eine einfache Schlußfolgerung unausweichlich: Die Kollektivierung war eine große historische Tat, die wichtigste gesellschaftliche Veränderung seit 1917.“ (S. 40)

Nach der kleinbürgerlichen Zusatzerklärung, daß die Kollektivierung „schmerzlich und nicht ohne schwerwiegende Exzesse und grobe Fehler bei den Methoden und in bezug auf das Tempo“ verlief, und ohne auch nur den Versuch zu machen, diese Behauptung wenigstens im Ansatz zu untermauern, fährt Gorbatschow fort:

„Aber ohne sie wäre weiterer Fortschritt für unser Land unmöglich gewesen. Die Kollektivierung schuf eine gesellschaftliche Grundlage, den Agrarsektor der Ökonomie auf den neuesten Stand zu bringen und ermöglichte die Einführung moderner landwirtschaftlicher Methoden. Sie sicherte Produktivitätswachstum und eine grundlegende Ertragssteigerung, die wir nicht erreicht hätten, wären die vormaligen, im Grunde genommen mittelalterlichen Zustände auf dem Lande unberührt geblieben. Mehr noch, die Kollektivierung setzte beträchtliche Ressourcen und Arbeitskräfte frei, die in anderen Entwicklungsbereichen unserer Gesellschaft, allen voran in der Industrie benötigt wurden.

Die Kollektivierung veränderte, vielleicht nicht reibungslos und nicht sofort, die gesamte Lebensweise der Bauernschaft und machte es ihr möglich, eine moderne, gebildete Klasse unserer Gesellschaft zu werden. Hätte es die Kollektivierung nicht gegeben, könnten wir uns heute nicht einmal vorstellen, eine Kornmenge von 200 Millionen Tonnen zu produzieren, geschweige denn 250 Millionen Tonnen, wie für die nächste Zukunft geplant. Bereits jetzt haben wir die Gesamtgetreideproduktion aller Länder der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammengenommen übertroffen, ungeachtet der Tatsache, daß wir eine geringere Bevölkerung haben.“ (ebd.)

In Anbetracht der obenerwähnten Äußerungen möge man uns folgende Schlußfolgerungen nachsehen:

- daß die Kollektivierung in der UdSSR höchst notwendig und unausweichlich war;

- daß die UdSSR die extrem rückständige Produktion in der Landwirtschaft ohne die Kollektivierung nicht überwunden hätte;

- daß ein weiteres Voranschreiten der UdSSR bei Ausbleiben der Kollektivierung nicht möglich gewesen wäre;

- daß Ertragssteigerung ohne die Kollektivierung ausgeschlossen gewesen wäre;

- daß die Kollektivierung beträchtliche menschliche und materielle Ressourcen freigab und ohne dieselbe die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft im allgemeinen und der sowjetischen Industrie im besonderen unmöglich gewesen wäre;

- daß es der sowjetischen Bauernschaft nur durch die Kollektivierung möglich wurde, sich in eine moderne, gebildete Klasse zu verwandeln;

- daß die Sowjetunion einzig aufgrund der Kollektivierung in die Lage versetzt wurde, heutzutage 200 Millionen Tonnen Getreide zu produzieren, welches mehr ist, als der gesamte Getreideausstoß der EG, ganz abgesehen von den in naher Zukunft geplanten 250 Millionen Tonnen; und schließlich

- daß die Kollektivierung eine historische Großtat war, die wichtigste gesellschaftliche Veränderung seit 1917.

Diese historische Beurteilung der Kollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR können wir voll unterschreiben. Wenn er hier abschließen würde, gäbe es zwischen Gorbatschow und uns keinerlei Kontroverse. Er tut es jedoch nicht. Hier also die andere Seite. Auf der Seite 45 seines Buches prangert er die „Mißachtung der reichen Vielfalt menschlicher Interessen“ und die „ausgesprochen egalitären [gleichmacherischen - d. Hrsg.] Tendenzen“ an. Auf Seite 66 sagt er, daß viele Dinge „in unserem Lande jetzt ungewöhnlich sind“, und zu diesen ungewöhnlichen Dingen zählt er nicht nur die Stilllegung von unrentablen Anlagen und Betrieben sowie die Anbahnung von Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Firmen, sondern auch „erweiterte genossenschaftliche Aktivitäten“ und „Förderung von individuellen Unternehmen in Kleingewerbe und Kleinhandel“ - um so

klarzustellen, daß die Lösung der Probleme, mit denen die sowjetische Industrie und die Landwirtschaft konfrontiert sind, in Kooperativen und der individuellen Kleinproduktion liegt - ein absurder Schluß, der durch die Entwicklung des ökonomischen Lebens unter kapitalistischen und sozialistischen Bedingungen widerlegt ist. Nur die Produktion in großem Maßstab in Industrie und Landwirtschaft ist fähig, die von der Gesellschaft benötigten Güter zu niedrigen Preisen und in ausreichender Menge bereitzustellen.

Aber Gorbatschow und seine auf ökonomischem Gebiet gleichermaßen ignoranten Berater wollen uns das Gegenteil glauben lassen. Es ist nicht überraschend, daß sich die sowjetische Wirtschaft angesichts dieser wirren — um nicht zu sagen reaktionären - Denkweise heute in dieser schlimmen Notlage befindet. Es ist ebenfalls nicht überraschend, wenn der sowjetische Regierungssprecher Gennadi Gerassimow angesichts der kürzlichen Verleihung des Nobelpreises an Gorbatschow - eine Auszeichnung, die er von der internationalen Bourgeoisie in Anerkennung seiner Kapitulation vor dem Imperialismus auf außen- und innenpolitischem Gebiet bekam - die Journalisten daran erinnerte, daß dieser Preis Gorbatschow nicht für seinen Beitrag zur Ökonomie verliehen wurde. „Wir dürfen nicht vergessen, daß dies keineswegs der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften war“, sagte er. Aber fahren wir fort.

Nachdem er auf Seite 96 konstatiert hat, daß „wir glauben, daß das Hauptproblem immer noch darin besteht, das persönliche Interesse mit dem Sozialismus zu verbinden“, macht er die folgende (für ihre Abkehr vom Sozialismus) bedeutsame Aussage:

„Heute haben wir große Kollektivwirtschaften und Sowchosen [staatliche Landwirtschaftsbetriebe - H.B.] in vielen Agrarregionen. Große Arbeitskollektive, Landparzellen und landwirtschaftliche Komplexe wurden geschaffen. Sie sind vom Land ziemlich losgelöst und dies beeinträchtigt die Endresultate. Heute müssen wir eine festere und direkte Verbindung mit den Interessen des Einzelnen durch Kollektiv-, Familien- und Pachtverträge im Gefüge dieser Kollektive und Sowchosen sichern. Damit werden wir die Vorteile einer großen Kollektivökonomie mit den Einzelinteressen vereinen. Das ist genau das, was wir brauchen. Wenn wir auf diese Weise vorgehen,

werden wir bei der Lösung des Nahrungsmittelproblems in zwei oder drei Jahren eindrucksvolle Fortschritte machen können.“ (S. 97)

Offensichtlich gibt es hier eine entschiedene Verlagerung von großen Kollektiv- und Staatswirtschaften hin zu Familien- und Pachtverträgen und damit einen weiteren Schritt weg von der sozialistischen Solidarität, um auf individuelle Gewinnsucht und persönliche Gier zu bauen, denn - so Gorbatschow: „Wenn persönliche Interessen außer acht gelassen werden, wird es nichts mit der Leistung und die Gesellschaft kann nur verlieren.“ (ebd.) Und schließlich: „Am Beispiel von Kollektiven landwirtschaftlicher Vertrags- und Familienbetriebe ist deutlich zu sehen, wie unser Volk die Eigentümerrolle vermißte.“ (ebd., Seite 98)

Man braucht nur diese Bemerkungen Gorbatschows neben seine früheren Achtungsbezeigungen für die Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft zu stellen, um sich von dem schreienden Widerspruch zwischen ihnen zu überzeugen. Während die Hochachtung vor der Kollektivierung mit der Zeit in Vergessenheit gedrängt wurde, jagte in hektischer Abfolge eine Erklärung die andere, welche die industrielle Kleinproduktion und die kleinbäuerliche Landwirtschaft zunehmend verherrlichte. Früher wurde uns berichtet, wie die UdSSR ausschließlich durch großangelegte staatliche und kollektive Landwirtschaftsbetriebe Leistungen von welthistorischer Bedeutung erringen konnte, die sie tatsächlich auch errang, den Agrarsektor eingeschlossen. Jetzt - und dies sechs Jahrzehnte nach der Kollektivierung - wird uns gesagt, daß die UdSSR ihre Nahrungsmittelprobleme nur und ausschließlich durch private Genossenschaften nebst der kleinen Landwirtschaft lösen könne, und daß während all dieser Jahre „unser Volk die Eigentümerrolle vermißte“! Machen Sie sich - wenn Sie können - einen Reim darauf, lieber Leser. Inzwischen ist dank Gorbatschows neuerer, bürgerlicher Experimente auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Kleinproduktion das Nahrungsmittelproblem heutzutage größer als 1985 bei seinem Machtantritt - übrigens ungeachtet seiner 1987 gemachten Zusage einer Lösung des „Nahrungsmittelproblems in zwei oder drei Jahren“.

Die 19. Allunionsparteikonferenz

Die im Juni 1988 abgehaltene 19. Parteikonferenz markiert einen wichtigen Scheideweg im Fortsetzungsroman des Gorbatschowschen Regierungsprogramms, nämlich die sozialistische Planwirtschaft zu diskreditieren und sie durch eine Marktwirtschaft zu ersetzen. Es sind nun nicht mehr die Attacken auf Bürokratie und überzentralisierte Leitung, obschon sie manchmal noch als Deckmäntelchen für die Einschleusung bürgerlicher 'Reformen' Erwähnung finden. Wir entdecken zum ersten Mal in einer Rede Gorbatschows das offene Eingeständnis, daß seine Reformen nicht nur auf die Verbesserung der Leitung und der Verwaltungsstrukturen der landwirtschaftlichen Staats- und Kollektivbetriebe abzielen sollen, sondern auf die Veränderung der „*Produktionsverhältnisse unter den landwirtschaftlichen Betrieben*" - das ist etwas Grundsätzliches und berührt die Klassenstruktur der sowjetischen Landbevölkerung. Lassen wir Gorbatschow sprechen:

„Kurz, Genossen, die aktuelle Agrarpolitik besteht *im wesentlichen darin, die Produktionsverhältnisse unter den landwirtschaftlichen Betrieben zu ändern*. Wir müssen das ökonomische Gleichgewicht zwischen Stadt und Land wiederherstellen und das Potential der landwirtschaftlichen Kollektiv- und Staatsbetriebe durch Förderung diverser Vertrags- und Pachtsysteme außerordentlich entfalten. Wir müssen die Entfremdung zwischen dem Bauern und dem Land überwinden."

Noch 1987 wurde uns mitgeteilt, daß die Sowjetunion aufgrund der Kollektivierung in der Lage war, mehr Korn (nämlich 200 Millionen Tonnen) zu produzieren als alle Länder der EG zusammengenommen, und dies obwohl letztere insgesamt eine höhere Bevölkerungszahl aufweisen. Dies wäre mit Sicherheit nicht möglich gewesen, wenn es nach der Erklärung Gorbatschows „Entfremdung zwischen dem Bauern und dem Land" gegeben hätte. Wir gingen im Einklang mit allen fortschrittlich denkenden Menschen in der ganzen Welt davon aus, daß die Oktoberrevolution der Entfremdung zwischen dem Bauern und dem Land ein Ende setzte, nämlich mit der Abschaffung des Großgrundbesitzes und der jährlichen gigantischen Tributzahlungen der Bauernschaft an die Großgrundbesitzer in Form der Grundrente - ein Tribut, der wahrlich den Bauern vom Land entfremdete und ihn extrem verarmen

ließ. Mehr noch, die Oktoberrevolution machte es der sowjetischen Bauernschaft durch die Kollektivierung erst möglich, mit Gorbatschows eigenen Worten „eine moderne, gebildete Klasse unserer Gesellschaft zu werden“.

Im Juni 1988 hören wir jedoch von der gleichen Person, Generalsekretär Gorbatschow, daß die Oktoberrevolution und die Kollektivierung eine Entfremdung zwischen Land und Bauern hervorgerufen hätte, eine Entfremdung, die nur durch verschiedene Privatunternehmungen in kleiner Landwirtschaft behoben werden könne. Nur ein Eklektiker, ein Heuchler oder ein Befürworter der kapitalistischen Restauration kann die Behauptung aufstellen, daß „das Potential der landwirtschaftlichen Kollektiv- und Staatsbetriebe“ ausschließlich durch „Förderung diverser Vertragssysteme“ entfaltet werden könne; in Wahrheit untergräbt die eine Form die andere. Nur ein verleumderischer Bourgeois kann mit böser Absicht verkünden, die Kollektivierung habe eine Entfremdung zwischen dem Bauern und dem Land aufkommen lassen.

Die Sitzung des ZK der KPdSU im Juli 1988 und Gorbatschows Rechenschaftsbericht

Gorbatschow griff tatsächlich dieses Thema in seinem Bericht an das Zentralkomitee der KPdSU am 29. Juli 1988 wieder auf, in welchem er Maßnahmen umriß, die Beschlüsse der 19. Parteikonferenz umzusetzen. Nachdem er die bereits weiter oben zitierten Äußerungen über die Notwendigkeit, die Verschwendung auszumerzen und die Ernten zu schützen wiederholte, stellte er nun die Frage „warum zahlten sich die in die Landwirtschaft ausgelegten Kapitalien auf dem Agrarsektor nicht aus, so wie sie es sollten, wurden nur ineffizient genutzt und vielfach einfach vergeudet?“ Hier seine Antwort:

Er sagt, der Hauptgrund läge darin, „daß die praktischen Maßnahmen zur Hebung der materiellen Grundlage der Landbevölkerung nicht von entsprechenden Maßnahmen flankiert wurden, die ökonomischen Verhältnisse auf dem Dorf zu ändern.“ (Seite 4 der Zeitungsbeilage zur Moskowskije Nowosti, Nr. 33 (333), 1988) Er fährt fort:

„Man sehe sich einmal an, was von Leuten geschaffen wurde, die unter Pachtverhältnissen und Familienverträgen arbeiten. Während sie die gleichen oder manchmal sogar schlechtere Einrichtungen verwenden, weisen sie ungleich bessere Ergebnisse auf.

Erst heute las ich in der 'Selskaja Shisn' einen Artikel über Pachtbauern im Gebiet Stawropol. Sie arbeiten in der Balkowski Sowchose im Georgijewski Bezirk. Ich kenne den Betrieb. Er kommt schlecht voran und hat ständigen Arbeitskräftemangel. Pachtwirtschaft konnte Abhilfe schaffen. Es stellte sich heraus, daß es sogar möglich ist, mit weniger Maschinen auszukommen, die Resultate sind jetzt sogar besser. Sie fahren Getreide ein, wie bei keiner Ernte zuvor. Die Einstellung der Leute zur Arbeit ändert sich - und das ist das wichtigste." (ebd.)

Um auch niemanden im Zweifel zu lassen, verkündet Gorbatschow dann schlicht folgendes: „Zeigt diese Erfahrung nicht, daß der Schlüssel zum Erfolg darin liegt, die Arbeitseinstellung der Leute zu verändern? Dies kann nur durch eine drastische Änderung der ökonomischen Beziehungen auf dem Lande erreicht werden. Unsere Aufgabe ist es, sie in bestimmter Weise umzustrukturieren; den Bauern zu einem wahren Meister auf dem Lande zu machen, ihm zu ermöglichen, all seine Energie, seine Kenntnisse und Fähigkeiten darauf zu verwenden." (ebd.)

Nach unserer Auffassung hatte die Oktoberrevolution und die anschließende Kollektivierung der Landwirtschaft den sowjetischen Bauern zu „einem wahren Meister auf dem Lande" gemacht und befähigte ihn „all seine Energie, seine Kenntnisse und Fähigkeiten darauf zu verwenden". Gemäß eines Gorbatschow vom Juli 1988 jedoch - im Unterschied zum Gorbatschow von 1987 - ist das nun nicht der Fall! Bis zum heutigen Tage konnten wir als gesichert annehmen, und Gorbatschow selbst sagte es uns noch 1987, daß die im großen Maßstab betriebenen mechanisierten Staats- und Kollektivwirtschaften wahre Wunder bewirkten; den effizienten Einsatz von Maschinen und Arbeitskräften, die Anwendung der neuesten Ergebnisse der Wissenschaft in der Agrikultur und die Freigabe menschlicher Ressourcen für die Entwicklung der Industrie. Generalsekretär Gorbatschow, der um keine Berufung auf Lenins Namen und Autorität verlegen ist (darüber gleich mehr), verrät uns aber jetzt, daß die kleine Familienwirtschaft unter dem Vertrags- und Pachtsystem nicht nur die Methode ist, das Nahrungsmittelproblem zu

lösen, sondern auch mit weniger Maschinen und einer kleineren Belegschaft die Arbeit zu erledigen! „Das bedeutet," sagt er, „daß auch das Personalproblem gelöst wird." Ökonomisch betrachtet ergibt das für uns keinerlei Sinn. Wir haben jedoch schließlich eingesehen, daß von Gorbatschow auch nichts anderes zu erwarten ist.

Gorbatschow verlangt in seinem Bericht die Annahme eines „Sondergesetzes" über Pachtbesitz und fügt hinzu, daß diese Pachtungen „langfristiger Natur sein sollten und für einen Zeitraum von etwa 25-30 und sogar 50 Jahren überlassen werden sollten. Allgemein müßte das Problem so gestellt werden: Niemand hat das Recht, Menschen die Möglichkeit vorzuenthalten, auf Pachtvertragsbasis zu arbeiten." (ebd.) Sollte das Pachtvertragssystem mit bis zu 50 Jahren zu verpachtendem Land Anklang finden, würde der Staat ganz offensichtlich zum formalen oder fiktiven Eigner des Landes werden, der Pächter zum tatsächlichen Besitzer. Zum ersten Mal seit Ende der NEP gäbe es die Erlaubnis zur Anwendung von Lohnarbeit; damit wäre die Tür zur Zerstörung von Staats- und Kollektivwirtschaften weit geöffnet, ihre Ablösung durch die private Landwirtschaft und die Festschreibung der Ausbeutung auf dem sowjetischen Land.

Aufgrund zweier gleichzeitig existierender Eigentumsformen blieben, wie Stalin erklärte[1], Warenproduktion und Warenzirkulation in der UdSSR bestehen. „Wenn man zum Beispiel den Unterschied zwischen der Landwirtschaft und der Industrie nimmt, so besteht er ... darin, daß wir in der Industrie allgemeines Volkseigentum an den Produktionsmitteln und den Erzeugnissen der Produktion haben, während wir in der Landwirtschaft nicht allgemeines Volkseigentum, sondern Gruppeneigentum, kollektivwirtschaftliches Eigentum haben. Es wurde bereits gesagt, daß dieser Umstand zur Erhaltung der Warenzirkulation führt, daß nur mit dem Verschwinden dieses Unterschieds zwischen der Industrie und der Landwirtschaft der Warenproduktion mit allen sich aus ihr ergebenden Folgen verschwinden kann." (Stalin, Ökonomische Probleme ..., Werke, Bd. XV, S. 279)

Indem er die Notwendigkeit betont, zur Beseitigung aller Warenproduktion (und somit zur Beseitigung der Warenzirkulation) überzugehen, fügt Stalin hinzu: „Folglich kann nicht geleugnet werden, daß das Verschwinden dieses

wesentlichen Unterschieds zwischen der Landwirtschaft und der Industrie für uns erstrangige Bedeutung haben muß.“ (ebd.)

Allerdings ist nicht jede Warenproduktion gleich kapitalistischer Produktion. Stalin sagt dazu: „Das sind zwei verschiedene Dinge. Die kapitalistische Produktion ist die höchste Form der Warenproduktion. Die Warenproduktion führt nur in dem Fall zum Kapitalismus, *wenn* das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, *wenn* die Arbeitskraft als Ware auf den Markt tritt, die der Kapitalist kaufen und im Produktionsprozeß ausbeuten kann, *wenn* folglich im Lande das System der Ausbeutung der Lohnarbeiter durch die Kapitalisten besteht. Die kapitalistische Produktion beginnt dort, wo die Produktionsmittel in Privathand konzentriert und die der Produktionsmittel beraubten Arbeiter gezwungen sind, ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen. Ohne dies gibt es keine kapitalistische Produktion.“ (Herv. d. Stalin, ebd., Seiten 266-267)

Warenproduktion könne daher „*...für eine bestimmte Periode* unserer sozialistischen Gesellschaft dienen, ohne zum Kapitalismus zu führen, in Anbetracht der Tatsache, daß die Warenproduktion bei uns nicht eine solche unbegrenzte und allumfassende Verbreitung hat wie unter kapitalistischen Bedingungen, daß ihr bei uns dank solchen entscheidenden ökonomischen Bedingungen, wie dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln, der Beseitigung des Systems der Lohnarbeit, der Beseitigung des Systems der Ausbeutung, feste Grenzen gezogen sind(?)“ (Hervh. d. HB, ebd., S. 267-268)

Unter den ökonomischen Bedingungen seiner Zeit mußte folglich nach Stalin die Warenproduktion „für eine bestimmte Periode“ toleriert werden, und das Bestreben der KPdSU und der sowjetischen Regierung war es, ökonomische Voraussetzungen für das Verschwinden der Warenproduktion zu schaffen.

Bei Gorbatschow ist es genau umgekehrt (wir werden später über seine Vorgänger im Kapitel „Ökonomie des Klassenkampfes“ sprechen). Hier soll nicht nur die Warenproduktion in beispiellosem Umfang ausgedehnt werden, es sollen vielmehr jene ökonomischen Bedingungen (wie die Eliminierung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln und die Errichtung einer Lohnarbeits- und Ausbeuterordnung) geschaffen werden, welche die Warenproduktion zum Kapitalismus führt. Forcierte Diskreditierung der Kollektivwirtschaft und der zentralen Planwirtschaft Dieses Thema, das der

Pachtverträge, wurde von Gorbatschow während seiner vom sowjetischen Fernsehen am 12. Oktober 1988 übertragenen Rede auf einem Gesprächstreffen zwischen Mitgliedern des Zentralkomitees und Leitern von Sowchosen, Kolchosen und der Landwirtschaftsindustrie weiter ausgebaut. Die Konferenz wurde einberufen, um die Gesetze zum Pachtvertragssystem auf dem Lande zu diskutieren, die im Februar 1989 zur Genehmigung vorgelegt werden sollten. Gorbatschows Vortrag wurde von der Presse in den imperialistischen Ländern so aufgefaßt, als ob dies der Anfang vom Ende der Kollektivwirtschaft und der staatlichen Landwirtschaft in der UdSSR sei.

Ob diese Interpretation, die Hoffnung und Erwartung der Bourgeoisie sich verwirklicht, wird die Zeit erweisen. Eines ist immerhin sicher: Die Diskreditierungsversuche in bezug auf das System der Kollektivwirtschaft, der staatlichen Landwirtschaft und der zentralgeplanten sozialistischen Industrie haben an Häufigkeit und Bösartigkeit zugenommen. Mittlerweile haben die Dinge einen Punkt erreicht, an dem höchste sowjetische Regierungsfunktionäre sich nicht einmal mehr die Mühe geben, ihre Plattform und ihr Programm für die allseitige Restauration des Kapitalismus in der UdSSR zu verstecken, abgesehen von rituellen Lippenbekenntnissen zu dem vorgeblichen Ziel, den Sozialismus durch die Einführung einer Marktwirtschaft zu stärken - eine Absurdität und ein Begriffswiderspruch, der kaum zu überbieten ist. In einem bemerkenswert freimütigen Interview, das vorher bereits in diesem Jahr Dr. Leonid Abalkin gab, Leiter der sowjetischen Kommission für Wirtschaftsreformen und ein stellvertretender Ministerpräsident der UdSSR (berüchtigt für seine Pläne, die sowjetische Wirtschaft zu abalkanisieren), finden wir *unter anderem* folgendes:

„Nun ein paar Worte über einige grundsätzliche Maßnahmen der Reform und ihr Konzept.

Erstens, es ist eine radikale Reform. Es ist keine Verschönerung eines heruntergekommenen Hauses, sondern der Abriß eines administrativen Kommandosystems und seine Ersetzung durch ein qualitativ neues Modell für die sozialistische Wirtschaft.

Zweitens kann die Wirtschaftsreform nur in Verbindung mit Veränderungen in der politischen Sphäre des Lebens effektiv sein.

Drittens, die Reform betrifft die eigentlichen Grundlagen des ökonomischen Systems.

Sie ist darauf ausgelegt, die Eigentumsverhältnisse in ihrer Gesamtheit zu erneuern.“

(Dieses Interview erschien im *Morning Star* vom 11. Mai 1990 und wurde aus „Sozialismus - Theorie und Praxis“ nachgedruckt).

Und als ob er seine inbrünstige Begeisterung für die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR andeuten möchte, bedient er sich eines unentbehrlichen Instruments der bürgerlichen Öffentlichkeitsarbeit, d.h. der Doppelzüngigkeit und Unaufrichtigkeit; er fügt hinzu:

„Viertens zielt die Reform angesichts ihrer Tiefe und ihres dramatischen Umschwungs dennoch nicht auf die Ablösung des Sozialismus durch irgendein anderes System ab, sondern auf seine Erneuerung. Die sozialistische Alternative ist die Wahl, die das Volk getroffen hat und dient als Maßstab, die anzuwendenden Formen und Methoden zu finden, das ökonomische Leben als Ganzes zu erneuern.“ (ebd.)

Diese Bemerkungen erinnern an die folgende Charakterisierung des bürgerlichen Sozialismus, die Marx und Engels vor 140 Jahren gaben: „Seinen entsprechenden Ausdruck erreicht der Bourgeois-Sozialismus erst da, wo er zur bloßen rednerischen Figur wird. Freier Handel! im Interesse der arbeitenden Klasse; Schutzzölle! im Interesse der arbeitenden Klasse; Zellengefängnisse! im Interesse der arbeitenden Klasse, das ist das letzte, das einzig ernst gemeinte Wort des Bourgeois-Sozialismus.

Ihr Sozialismus besteht eben in der Behauptung, daß die Bourgeois Bourgeois sind - im Interesse der arbeitenden Klasse.“ (Manifest der Kommunistischen Partei)

Und Herr Abalkin, unser bürgerliche „Sowjet“-Ökonom, könnte hinzufügen: Die beabsichtigte Restauration des Kapitalismus in der UdSSR ist nur im Interesse des Sozialismus.

Der ganze Disput, der jetzt zwischen der Gorbatschow-Gefolgschaft und den Jelzin-Anhängern tobt, bezieht sich lediglich auf das Tempo, in welchem die Marktwirtschaft eingeführt werden soll (in 500 Tagen, oder in einer längeren

oder kürzeren Frist); alle diese Restauratoren sind sich darin einig, „das bürokratische Kommandosystem abzureißen“, beziehungsweise die zentrale Planwirtschaft niederzureißen und sie durch eine Marktwirtschaft zu ersetzen - durch den Kapitalismus.

Da er die Probleme auf dem Weg zur Einführung der Marktwirtschaft erkennt, teilweise wegen der Auseinandersetzungen unter den verschiedenen Marktschreiern des Kapitalismus und, was wesentlich bedeutender ist, aufgrund der Skepsis und des offenen Widerstandes der sowjetischen Arbeiterklasse, macht Abalkin dieses Eingeständnis:

„Was die nostalgische Sehnsucht nach einer Rückkehr zur Vergangenheit betrifft, so gewinnt sie unter dem Druck der wachsenden Probleme eine ständig steigende Zahl von Anhängern.“ (ebd.)

Und die Probleme haben derartige Dimensionen erreicht, daß sich kürzlich sogar die größten Halunken, die obersten Bourgeois-Ökonomen in einem offenen Brief von ihm distanzierten, darunter der berüchtigte Professor Schatalin, der Gorbatschow bei dessen Ausarbeitung seiner Pläne für bürgerliche Wirtschaftsreformen und zur Einführung einer Marktwirtschaft half.

Gorbatschows Personal- und Verwaltungsänderungen

Obwohl Gorbatschow Parteisekretär für Landwirtschaftsfragen war, hatte er so gut wie keine Erfolge auf dem Agrarsektor. Als er dann 1985 Generalsekretär der Partei wurde, nahm er einige administrative und personelle Änderungen vor. In einer an Chruschtschow erinnernden Manier, welcher das Landwirtschaftsministerium auf die ländlichen Bezirke umsiedelte, um auf diese Weise Opponenten loszuwerden, löste Gorbatschow aus ähnlich zwieträchtigen Gründen die fünf Schlüsselministerien für Nahrung und Landwirtschaft auf, d.h. das Landwirtschaftsministerium, das Ministerium für die Nahrungsmittelindustrie, das Ministerium für die Obst- und Gemüseindustrie, das Ministerium für die Fleisch- und Milchindustrie und das Ministerium für Landwirtschaftsanlagen - und brachte sie unter eine allumfassende Behörde, das Staatskomitee für den Agro-Industriellen Komplex. Er beseitigte ebenfalls das Staatliche Komitee für Landwirtschaftliche Produktion und Versorgung. All dies wurde im Namen

des Kampfes gegen Bürokratie und für die Straffung des Verwaltungsapparates unternommen, mit dem angeblichen Zweck der Förderung und Mehrung der Nahrungsmittelproduktion, der Ackerbau- und Molkereiprodukte. Wären personelle Veränderungen und das Aufrütteln des Verwaltungsapparats eine Lösung gewesen, hätten all diese Änderungen ihren Zweck erfüllt. Aber heute wissen wir, daß die Auswechslung von Personen durch Cliquenbildung und den Wunsch motiviert war, sich der zuverlässigsten Stützen der Kollektivwirtschaft zu entledigen, zumal personelles Auswechseln bei anderen Gelegenheiten aus ähnlichen Gründen veranlaßt wurde. Jeder, der sich zu einem Kampf für die Aufrechterhaltung der sozialistischen zentralen Planwirtschaft erhob, wurde unsanft und kurzerhand aus dem Weg geräumt. 1985 wurde Nikolaj Bajbakow, der Chef der Planungsbehörde GOSPLAN abgesetzt; N. Gluskow, früherer Leiter der GOSKOMPSEN, wurde 1986 seiner Funktion enthoben, weil er sich gegen Gorbatschows ‘Reformen’ wandte; N. Patolitschew, ehemaliger Leiter der Außenhandelsabteilung, wurde wegen seiner Kritik an jeder Abweichung vom Außenhandelsmonopol der Regierung entlassen. (Siehe Ed Hewetts „Reformierung der sowjetischen Ökonomie“, Washington, 1988, Seite 283)

Tatsache ist, daß die von Gorbatschow geschmiedeten Veränderungen das Nahrungsmittelproblem nicht etwa lösten, sondern es verschärften. Sie waren ein Mißerfolg - ebenso wie es die zeitlich viel weiter zurückliegenden Chruschtschow-Reformen waren. Gorbatschow war praktisch gezwungen, das Scheitern in seiner Rede vor der 19. Parteikonferenz einzugestehen, und zwar zweieinhalb Jahre nach seinen sogenannten Reformen. Er sagte:

„Lassen Sie mich mit dem Nahrungsmittelproblem beginnen, das wahrscheinlich das schmerzlichste und brennendste Problem im Leben unserer Gesellschaft ist.“

Es ist ein Eingeständnis, das er seitdem bei verschiedenen Gelegenheiten machen mußte. Das heutige Nahrungsmittelproblem ist schlimmer als es jemals in den vergangenen 60 Jahren war. Es gibt die von uns nicht genau einzuschätzenden Gerüchte einer Hungersnot und einer für den Winter bevorstehenden Katastrophe. Gleichzeitig werden wir heute Zeugen des beschämenden Schauspiels einer mächtigen Sowjetunion, deren stolzes Volk Nahrungsmittelpakete aus Deutschland und aus skandinavischen Ländern erhält.

Austausch ökonomischer Mechanismen

Früher bereits, zeitgleich mit den verwaltungstechnischen und politischen Maßnahmen, begann die Gorbatschow-Führung Mitte der 80er Jahre, frühere ökonomische Mechanismen durch neue zu ersetzen. Von der 19. Parteikonferenz wurden folgende neue Wirtschaftsmechanismen als Instrumente zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion und zur Wiederbelebung der Landwirtschaft besonders hervorgehoben:

Zunächst die Einführung und Entwicklung von Privatkooperativen; das sind Zusammenschlüsse von Einzelpersonen (nicht mit einem Kollektiv zu verwechseln), die *mit Aussicht auf Profit* Land kultivieren oder Kleinunternehmen gründen. Der Boden wird vom Staat an die landwirtschaftlichen Kooperativen verpachtet; dabei wird großer Wert auf die Freisetzung persönlicher Initiative, Unternehmungsgeist und Gewinnstreben gelegt, in der Hoffnung, die Nahrungsmittelproduktion dadurch zu erhöhen. Diese Privatkooperativen helfen der Gesellschaft keineswegs bei der Lösung vieler Probleme, so wie Gorbatschow es naiv von ihnen erwartete. Sie wurden zu einer Zuflucht für Gauner und Diebe, welche die Kooperativen lediglich dazu mißbrauchen, „ihr illegal erworbenes Gut und Einkommen auf betrügerische Weise zu legalisieren“. Gorbatschow beschrieb die Situation in seiner am 12. Oktober 1988 gehaltenen Rede auf der bereits weiter oben erwähnten Sitzung des Zentralkomitees mit deutlichen Worten. Nachdem er feststellte, daß die Kooperationsbewegung auf dem Lande Fuß faßte, fährt er fort:

„Nicht alles läuft reibungslos. Es zeigte sich, daß einige unserer Kooperativmitglieder nicht zu den ehrlichen Leuten unter uns zählen, welche tatsächlich bereit wären, Initiative, Aufgeweckheit, unabhängiges Wirtschaften und Unternehmungsgeist an den Tag zu legen, der Gesellschaft zu helfen, viele Probleme zu lösen, denen die Großbetriebe nicht gewachsen sind... Wissen Sie, es stellte sich heraus, daß es Ganoven unter den Kooperativmitgliedern gab!

Es tauchten gewisse Leute auf, die in der Tat in der Kooperativform eine Gelegenheit erhielten, ihr illegal erworbenes Gut und Einkommen auf betrügerische Weise zu legalisieren. Und jetzt scheint es fast so, als würden

sie gedeihen... glauben Sie nicht, wir würden es nicht sehen und nichts davon wissen. Wir tun es.

Dann folgt die von Ahnungslosigkeit zeugende Versicherung: Aber wir geraten deswegen nicht in Panik... wir müssen ökonomische Hebel finden, diese Erscheinungsform zu beeinflussen.“

Vor der Größe des ökonomischen und politischen Unsinns, von dem die obigen Bemerkungen Gorbatschows völlig durchdrungen sind, muß man einfach in Ehrfurcht erstarren. Erstens erwartet er das höchste staatsbürgerliche Verantwortungsgefühl und den am höchsten ausgebildeten Gemeinsinn gerade von denjenigen, die sich zu einem einzigen Zweck, nämlich dem der Profitmacherei zusammenraufen. Er läßt die Mächte der Gewinnsucht und des Privatinteresses auf die sowjetische Gesellschaft los und erwartet dann, daß diese Kräfte ihm bei der Lösung der Probleme des Sozialismus helfen.

Zweitens: Der landwirtschaftliche Familienbetrieb (*Zweno*). Nun können Familien und andere kleinere Gruppen vom Staat mit einer Pachtfrist von bis zu 50 Jahren Land pachten. Dieser Rückschritt wurde in der Hoffnung gemacht, die Produktivität der Landwirtschaft durch die Arbeitsintensivierung gerade jenes Bevölkerungsteils zu steigern, der bereits von Überarbeitung betroffen ist. Darüber hinaus läuft diese Methode der Produktivitätssteigerung den Lehren des Marxismus-Leninismus zuwider, die sich im Zusammenhang mit Arbeitseinsparung und Produktivitätserhöhung auf moderne Maschinerie und auf die neuesten Errungenschaften in Wissenschaft und Technik stützen.

Drittens: Vertragsbrigaden. Diese sind gewöhnlich größer als Familienbetriebe oder setzen sich u. U. aus mehreren Familien zusammen. Auch diese werden Ackerland vom Staat pachten.

Vertrauen auf Gewinnsucht und Kleinproduktion

Allen dort oben erwähnten neuen Mechanismen ist erstens gemeinsam: Die Hervorhebung der Privatinitiative sowie des persönlichen Profits und der Gewinnsucht vor sozialistischer Solidarität als Instrument der Produktionsstimulation; zweitens verläßt man sich eher auf kleine Industrie- und Landwirtschaftseinheiten als Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, als auf die Anwendung von Wissenschaft und Technik

sowie arbeitseinsparende Anlagen in der Großproduktion. Diese neue Betonung des privaten Profits und der Kleinproduktion stellt eine höchst reaktionäre und rückschrittliche Entwicklung dar, die mit fürchterlichen Konsequenzen für die sowjetische Ökonomie und für die Zukunft des Sozialismus überhaupt belastet ist.

Die ideologische Quelle der Gorbatschowschen Perestrojka ist nicht der Leninismus In seinem Buch *Perestrojka* behauptet Gorbatschow, daß die ideologische Quelle seiner *Perestrojka* keine andere als Lenin selbst sei. Er sagt:

„Lenins Werk und seine sozialistischen Ideale bleiben für uns immer eine unerschöpfliche Quelle kreativen dialektischen Gedankenguts, theoretischen Reichtums und politischer Klugheit. Er verkörpert ein unsterbliches Vorbild überlegener moralischer Stärke, allseitiger geistiger Kultur und selbstloser Ergebenheit zur Sache des Volkes und des Sozialismus. Lenin lebt in den Köpfen und den Herzen von Millionen Menschen weiter... das Interesse an Lenins Vermächtnis und der Wissensdurst, mehr von ihm im Original zu erfahren, sind ebenso in der Gesellschaft gewachsen wie negative Erscheinungen.

Die Rückkehr zu Lenin hat Partei und Gesellschaft bei ihrer Suche nach Erklärungen und Antworten auf die entstandenen Fragen großartig beflügelt...

Und außerdem: „Wir haben immer von Lenins schöpferischer Herangehensweise an die Theorie und Praxis des sozialistischen Aufbaus gelernt und lernen weiterhin von ihr. Wir wenden seine wissenschaftlichen Methoden an und meistern seine Kunst, konkrete Situationen zu analysieren.“

„Im Zuge der Perestrojka studieren wir wieder und wieder Lenins Werke, insbesondere seine letzten.“ (S. 45)

Warum diese letzten drei Worte - „insbesondere seine letzten“? Leninismus ist ganz sicher nicht teilbar in verschiedene Abschnitte, Werke und Schubladen. Er ist eine unteilbare, wahrhaft revolutionäre Lehre, ohne deren Richtschnur die Praxis im dunkeln tappen muß. Wir wissen natürlich, warum die letzten Äußerungen Lenins bei Gorbatschow so hoch im Kurs stehen; sie beziehen sich auf die Einführung der NEP und auf die Kooperativen. Diese Äußerungen, die eine Fülle brillanter revolutionärer Ideen zum Aufbau des

Sozialismus in der UdSSR und Erklärungen über ein notwendiges Zurückweichen für ein weiteres Voranschreiten enthalten, wurden von Gorbatschow und seiner dienstbaren neobourgeoisen Gefolgschaft für ihre eigenen schäbigen Zwecke bis zur Unkenntlichkeit verdreht. Weil sich Lenin für die Entwicklung von Kooperativen unter den Bedingungen jener Zeit als ein Mittel zur Stärkung des Sozialismus aussprach, müßten heute Privatkooperativen hervorgebracht werden! Das ist die schlußfolgernde Denkweise Gorbatschows und seinesgleichen in dem dringenden Bestreben, eine Marktwirtschaft einzuführen und die zentralgeplante sozialistische Industrie und die kollektive Landwirtschaft abzuschaffen. Dabei haben diese Leute noch die Unverfrorenheit, von „Lenin und seinen sozialistischen Idealen“ zu reden, die eine „unerschöpfliche Quelle kreativen Gedankenguts“ für sie seien.

Lenins Ansichten über Kollektivierung

Wir werden nun unsererseits bei der Kritik an Gorbatschows Perestrojka auf Lenin zurückkommen, der für uns immer eine „unerschöpfliche Quelle kreativen dialektischen Gedankenguts“ und „theoretischen Reichtums“ war und ist. Bevor wir dieses schon recht umfangreiche Kapitel abschließen, möchten wir in aller Kürze Lenins Anschauungen über die Bedeutung der Kollektivierung der Landwirtschaft in Verbindung mit der Frage über die Schaffung der materiellen Grundlage für den Sozialismus auf dem Lande darlegen. Aus diesen Erklärungen wird eindeutig hervorgehen, daß das wilde Geheul der Bourgeoisie aller Länder und jenes ihrer Agenten in der Arbeiterbewegung - dasjenige der Trotzkisten, der Revisionisten, Sozialdemokraten, der Reformisten und der Reaktionäre jeder Färbung und aller Schattierungen - gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR nichts anderes ist, als der teils versteckte, teils offene Kampf für den Kapitalismus bzw. dessen Wiederherstellung. Hier also Lenins Anschauungen in dieser Frage.

Die grundsätzliche Bedeutung der Kollektivierung

Erstens. Vom Standpunkt der Bauernschaft ist die Kollektivierung von außerordentlicher Bedeutung, denn die kleinbäuerliche Landwirtschaft führt unweigerlich für die überwältigende Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung

zum Ruin, zu Elend und Verarmung. Hier einige Bemerkungen Lenins zu diesem Punkt:

„Lenin sagte: ‘Mit der Kleinwirtschaft kann man aus der Not nicht herauskommen.’

Lenin sagte: ‘Das System der kleinbäuerlichen Landwirtschaft unter der Warenproduktion kann die Menschheit nicht vor Armut und Unterdrückung der Massen bewahren.’

Lenin sagte: ‘Wenn wir in althergebrachter Weise in kleinen Wirtschaften hocken bleiben, und sei es auch als freie Bürger auf freier Scholle, so droht uns dennoch der unvermeidliche Untergang.’

Lenin sagte: ‘Nur durch gemeinsame, genossenschaftliche Arbeit kann man aus der Sackgasse, in die uns der imperialistische Krieg getrieben hat, einen Ausweg finden.’

Lenin sagte: ‘Es ist notwendig, zur gemeinsamen Bodenbestellung in großen Musterwirtschaften überzugehen’, denn ‘sonst kann man aus der Zerrüttung, aus der geradezu verzweifelten Lage nicht herauskommen, in der sich Rußland befindet.’“ (Stalin, Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans, Werke, Bd. XIII, Seiten 169-170)

Zweitens. Nur auf dem Wege der Kollektivierung konnte die die Staatsmacht in ihren Händen haltende Arbeiterklasse die dauerhafte Gefolgschaft der breiten Massen der Bauernschaft sicherstellen; nur durch die Kollektivierung konnte die Arbeiterklasse ihre Führungsrolle in bezug auf die Hauptmasse der Bauern im System der Diktatur des Proletariats erfolgreich behaupten.

„‘Nur in dem Falle, daß es gelingt, den Bauern die Vorzüge der gesellschaftlichen, kollektiven, gemeinschaftlichen, artelmäßigen Bodenbestellung in der Praxis vor Augen zu führen, nur wenn es gelingt, dem Bauern mittels der gemeinschaftlichen, der Artelwirtschaft zu helfen, nur dann wird die Arbeiterklasse, die die Staatsmacht in der Hand hat, den Bauern wirklich den Beweis erbringen, daß sie im Rechte ist, und die Millionenmassen der Bauern fest und wirklich auf ihre Seite ziehen.’“ (Lenin, zit. n. Stalin, ebd.)

Drittens. Solange kleinbäuerliche Landwirtschaft existiert, stellt die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus die größte aller Gefahren dar, denn „die Sowjetmacht (kann) nicht lange auf zwei entgegengesetzten Grundlagen basieren (...), auf der sozialistischen Großindustrie, die die kapitalistischen Elemente *vernichtet*, und auf der kleinen bäuerlichen Einzelwirtschaft, die die kapitalistischen Elemente *erzeugt*“ (Stalin, ebd., S. 156)

Folgendes hat Lenin dazu zu sagen:

„Solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, besteht für den Kapitalismus in Rußland eine festere ökonomische Basis als für den Kommunismus. Das darf man nicht vergessen. Jeder, der das Leben auf dem Land aufmerksam beobachtet und es mit dem Leben in der Stadt verglichen hat, weiß, daß wir den Kapitalismus nicht mit den Wurzeln ausgerottet und dem inneren Feind das Fundament, den Boden nicht entzogen haben. Dieser Feind behauptet sich dank dem Kleinbetrieb, und um ihm den Boden zu entziehen, gibt es nur ein Mittel: die Wirtschaft des Landes, auch die Landwirtschaft, auf eine neue technische Grundlage, auf die technische Grundlage der modernen Großproduktion, zu stellen ... Erst dann, wenn das Land elektrifiziert ist, wenn die Industrie, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen eine moderne großindustrielle technische Grundlage erhalten, erst dann werden wir endgültig gesiegt haben.“ (zit. n. Stalin, ebd., Seiten 156-157)

Ferner: „Kleinproduktion *erzeugt beständig* Kapitalismus und die Bourgeoisie, täglich, stündlich, spontan und massenhaft.“

Schließlich viertens: Die Kollektivwirtschaften sind das beste Mittel, die individualistische Bauernschaft im Geiste des Kollektivismus umzuerziehen, im Geiste des Sozialismus, und sie dadurch der Arbeiterklasse anzunähern; sie sind das einzige Mittel, die Bande zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in dem Sinne zu festigen, daß die Bauernschaft sich der Arbeiterklasse nähert und auf diese Weise den Weg zur Eliminierung und Aufhebung der Klassen ebnet. Wie Stalin bemerkte: „Wer das nicht begreift oder nicht anerkennen will, der ist kein Marxist, kein Leninist, sondern ein ‘Bauernphilosoph’, dessen Blick nicht vorwärts, sondern rückwärts gerichtet ist.“ (Über die Ergebnisse des Juliplenums des ZK der KPdSU(B), Werke, Bd. XI, S. 189)

Und warum sind die kollektiven Landwirtschaftsbetriebe das am besten geeignete Mittel, die Bauernschaft im kollektiven Geist zu erziehen; warum sind sie das Medium, das den Weg zur Aufhebung der Klassen ebnet? Die Antwort liegt in dem Umstand, daß sie zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft ein metallenes Band schaffen, ein Band, das sich auf neue technische Ausrüstungen stützt und auf die Kollektivarbeit; genau dieses Band ist notwendig, den kleinen Ackerbauern zu verändern. Folgendes hat Lenin in diesem Zusammenhang zu sagen:

„Die Ummodelung des kleinen Landwirts, die Umgestaltung seiner ganzen Mentalität und seiner Gepflogenheiten ist eine Sache, die Generationen erfordert. Diese Frage in bezug auf den kleinen Landwirt lösen, sozusagen seine ganze Mentalität gesund machen, kann nur die materielle Basis, die Technik, die massenhafte Anwendung von Traktoren und Maschinen in der Landwirtschaft, die weitgehende Elektrifizierung. Das würde den kleinen Landwirt von Grund aus und mit riesiger Geschwindigkeit ummodeln.“ (zit. n. Stalin, ebd.)

Das ist der Leninsche Plan zur Umformung der Bauernschaft, für ihr Heranrücken an die Arbeiterklasse und zur Schaffung der notwendigen Bedingungen für die Eliminierung aller Klassen. Dieser Leninsche Plan steht in völligem Gegensatz zu den dummen kleinen reaktionären Utopien, die man so oft von ‘Sozialisten’ hört, die den ‘Sozialismus’ lieber in den Köpfen der Menschen bauen würden, ohne eine materielle Grundlage für ihn zu schaffen. Lenins Plan weist andererseits den einzigen Weg zur Umformung der Bauernschaft, nämlich die Erzeugung der für eine solche Umformung notwendigen materiellen Grundlagen. Nach Lenin kann der Sozialismus nicht einfach in den Köpfen der Menschen gebildet werden, es muß eine materielle Basis für ihn geben. Nur durch das Ignorieren eben dieser Leninschen Lehre, wird es einigen ‘Sozialisten’ ermöglicht, Kollektivierung und Industrialisierung in der UdSSR überhaupt zu kritisieren.

Die obige, wenn auch kurze Darlegung enthält den eigentlichen Sinn der Kollektivierung. Es ist nun ganz offensichtlich, daß die Gegner der Kollektivierung der Landwirtschaft die tatsächlichen Feinde der Bauernschaft sind, Feinde der Arbeiterklasse und Feinde des Sozialismus und Kommunismus.

Daraus ist jetzt gleichfalls klar zu ersehen, daß Lenins Plan und das von Gorbatschow und seinen Helfern vorangetriebene reaktionäre Programm ein tiefer Abgrund trennt.

Nikolaj Bucharin, erbitterter Gegner der Kollektivierung, versicherte der Partei, daß die *Kulaken* ohne Kollektivierung automatisch in den Sozialismus hinüberwachsen würden - sein Slogan für die Kulaken war: ‘werdet reich’. Bucharins Politik wurde von der Partei entschieden abgelehnt. Jetzt, da die Gorbatschow-Administration gewillt ist, die kollektiven und staatlichen Landwirtschaftsbetriebe aufzulösen, überrascht es kaum, daß Bucharin rehabilitiert werden soll, so wie in Gorbatschows Rede zur Feier des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution im November 1987 geschehen - ein Thema, auf das wir bei anderer Gelegenheit zurückkommen werden.

[1] Eine ausführliche Behandlung dieses Themas siehe Kapitel 11, „Ökonomie des Klassenkampfes“

Kapitel 5

Lalkar, Februar/März 1991

Glasnost - Eine völlige Abkehr vom Marxismus-Leninismus

Die vorangegangenen drei Kapitel über *Perestrojka* behandelten die ökonomische Frage der *Perestrojka*. In diesen Kapiteln wurde nachgewiesen, daß die Wirtschaftspolitik der *Perestrojka* die zentralgeplante sozialistische Ökonomie durch eine bürgerliche Marktwirtschaft zu ersetzen sucht. Obgleich sehr viel mehr darüber hätte geschrieben werden können, wurde genug gesagt, um die Wesensmerkmale dieses neuesten reaktionären Plans zu entlarven, den Kapitalismus in der UdSSR wiederherzustellen - im ersten wirklichen Staat der Arbeiterklasse, der eine große Anziehungskraft auf die revolutionären und schwer arbeitenden Massen in aller Welt ausübte und ihnen Hoffnung gab, sie inspirierte.

Das vorliegende und das folgende Kapitel [...] sind *Glasnost* gewidmet. Glasnost spielt auf dem Felde der Politik die gleiche reaktionäre Rolle wie *Perestrojka* auf dem Gebiet der Ökonomie.

Die Bedeutung der Glasnost

Der harmlos klingende Ausdruck Glasnost, was wörtlich ‘Offenheit’ in Diskussion und öffentlichen Angelegenheiten bedeutet, umfaßt den gesamten Prozeß der Verbürgerlichung und der Restauration des Kapitalismus (‘Demokratisierung’ wenn’s beliebt), welcher von der Gorbatschow-Clique mit dem Aufstieg Gorbatschows zur bis dahin höchst angesehenen Position des Generalsekretärs der KPdSU in Gang gesetzt wurde. In der Sphäre der Ideologie und Politik erfüllt Glasnost die gleiche Funktion wie die Politik der Perestrojka im ökonomischen Bereich. Während die Ökonomie der Perestrojka, wie in den vorangegangenen Kapiteln von uns gezeigt, auf die Wiederherstellung kapitalistischer Produktionsverhältnisse durch die Zerstörung der zentralgeplanten sozialistischen Ökonomie der UdSSR gerichtet ist, zielt Glasnost in gleicher Weise auf die Zerstörung des wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus im politischen Leben und in den Institutionen der UdSSR sowie auf seine Ersetzung durch die der bürgerlichen Demokratie eigenen Normen ab; daß dies die eigentliche Bedeutung, der wirkliche Inhalt von Glasnost ist, ganz entgegen ihrer angeblichen Offenheit, werden wir im weiteren Verlauf begründen. Wir werden feststellen, daß Glasnost sich nicht nur mit derart dümmlichen Possen beschäftigt wie „es ist alles erlaubt, was das Gesetz nicht verbietet“ (Gorbatschow, Perestrojka, S. 108), „es ist besonders wichtig, die Unabhängigkeit der Richter zu garantieren“ (ebd., S. 109) oder „es würde sich lohnen, Termine zu bestimmen, an denen die Regierung die Fragen von Deputierten beantworten würde, und die Anfragepraxis der Deputierten auszubauen“ (Bericht zur 19. Parteikonferenz, S. 56), sondern auch mit durchaus grundlegenden Fragen: die Rolle der Partei, das Verhältnis der Partei zu den Sowjets, ein Mehrparteiensystem, die Gewerkschaften, die Jugend und die Massenmedien, das Bildungssystem und die Kunst und, nicht zu vergessen, die nationale Frage.

Im Namen von Glasnost - dieser sogenannten Offenheit und Demokratisierung -wurde eine wahre Flut extrem schmutziger und

reaktionärer Propaganda mit dem Ziel vom Stapel gelassen, all das zu besudeln und zu beschimpfen, was wirklich edel, heroisch und erhaben im Leben und in der Geschichte der Sowjetunion war, sowie die sowjetischen Errungenschaften auf dem Gebiet der sozialistischen Industrialisierung und Kollektivierung zu schmälern, die legendären Siege des Landes über die anstürmenden Hitlerfaschisten herabzuwürdigen, vor allem aber die aufopfernde und großzügige internationalistische Hilfe der UdSSR für die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und die Arbeiterbewegung in aller Welt zu schmähen. Mehr noch, Glasnost stellt sogar die welthistorische Bedeutung der Oktoberrevolution selbst in Frage, ungeachtet der gegenteiligen Versicherungen Gorbatschows. Bevor wir uns jedoch mit all den Aspekten dieser reaktionären Politik befassen, die unter dem trügerischen Titel Glasnost („Offenheit“ oder „Demokratisierung“) firmiert, wenden wir uns ihrem Urheber Gorbatschow zu, um sowohl die eigentlichen Beweggründe dieser Politik aufzudecken als auch die Bedeutung, die Gorbatschow ihr verliehen hat. Aufgrund der aalglatten und eklektischen Natur Gorbatschows müssen wir die Kunst vervollkommnen, zwischen den Zeilen zu lesen, um auf die Wahrheit zu stoßen. Wir müssen uns ebenfalls immer wieder ins Gedächtnis rufen, daß jeder Satz, der Lenin oder die Errungenschaften des Sozialismus in den Himmel hebt, für Gorbatschow lediglich eine Einleitung zu dem festen - wenn auch verborgenen - Entschluß ist, die Grundsätze des Leninismus und die Errungenschaften des Sozialismus anzugreifen. Kommen wir nun aber auf Gorbatschow selbst zurück, dem widerlichen Urheber von Glasnost.

Warum Glasnost?

Gorbatschow charakterisiert „Demokratisierung [Glasnost] als die treibende Hauptkraft der Perestrojka“ {*Perestrojka*, S. 63). Er fährt fort:

„Der Grundgedanke auf der Plenarsitzung [des Zentralkomitees der KPdSU] im Januar [1987] in bezug auf die Durchführungswege der Aufgaben der Perestrojka - und darauf, die Gesellschaft vor einer Wiederholung der Fehler der Vergangenheit zu bewahren - war die Entfaltung der Demokratie. *Sie ist der Hauptgarant für die Unumkehrbarkeit der Perestrojka*. Je mehr sozialistische Demokratie es gibt, desto mehr Sozialismus werden wir haben. Das ist unsere feste Überzeugung und wir werden nicht davon abweichen. *Wir*

werden Demokratie in Ökonomie, in Politik und innerhalb der Partei selbst entfalten. Die Kreativität der Massen ist die entscheidende Kraft bei der Perestrojka. Es gibt keine andere, mächtigere Kraft.“ (Hervh. d. H.B., ebd.)

Ja, wir kennen diese Art von Demokratie nur zu gut, die in der Ökonomie entfaltet wurde und wissen sehr genau, welche fürchterlichen Verheerungen diese Demokratieentfaltung bei den Zentralplanungsmechanismen anrichtete und wie sie die sowjetische sozialistische Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs brachte. Wenn die Demokratieförderung in der Ökonomie durch die *Perestrojka* irgendwie richtungweisend sein soll, können wir uns die katastrophalen Konsequenzen der *Glasnost* im Bereich der Politik, der Ideologie sowie in der Partei selbst recht gut vorstellen.

Gorbatschow erklärt: „Wenn wir die Wurzeln der heutigen Schwierigkeiten und Probleme suchen, tun wir dies, um ihren Ursprung zu verstehen und für das heutige Leben Lehren aus den Ereignissen zu ziehen, die weit in die 30er Jahre zurückreichen.“ (ebd., S. 43)

Und außerdem: „Jetzt ist für uns von größter Bedeutung an der zurückliegenden Geschichte, daß wir durch ihr Verständnis zu den Entstehungsursachen der Perestrojka kommen.“ (ebd.)

Man darf die Frage stellen: Was ist an den „Ereignissen, die weit in die 30er Jahre zurückreichen“, für die UdSSR von größter Bedeutung? Die Antwort wird mit Bestimmtheit lauten: Der Aufbau einer mächtigen sozialistischen Industrie, die Kollektivierung der über das Land zerstreuten Bauernschaft und somit die Schaffung der materiellen und ideellen Basis für den Aufbau des Sozialismus auf dem sowjetischen Lande, die Abwehr innerer und äußerer Intrigen gegen die UdSSR. Gleichfalls könnten wir fragen: Welche Bedeutung hat die von der Gorbatschow-Führung 1985 initiierte *Perestrojka*? Unzweifelhaft lautet die Antwort darauf: Sie bedeutet nichts weniger als den Versuch, die zentralgeplante sozialistische Ökonomie in der UdSSR zu zertrümmern und sie durch eine kapitalistische Ökonomie zu ersetzen - durch eine Marktwirtschaft, wenn dieser Ausdruck gefällig ist. In Anbetracht dessen - wenn die Wurzeln und Schwierigkeiten der heutigen Probleme in der UdSSR in Ereignissen begründet liegen „die weit in die 30er Jahre zurückreichen“, wie Gorbatschow erklärt, wenn die Ursprünge der *Perestrojka* in jenen Ereignissen zu suchen sind, ist Gorbatschows

Schlußfolgerung, sein Rezept für die Lösung der heutigen Probleme der Sowjetunion (auch wenn aus faulen diplomatischen Gründen nicht offen ausgesprochen) notwendig die Rückgängigmachung all der heroischen Errungenschaften des Sozialismus in den 30er Jahren!!

Die Praxis der letzten 6 Jahre hat den klaren Beweis erbracht, daß genau dies der Inhalt der *Perestrojka* wie auch der *Glasnost* ist, darauf ausgerichtet, den Prozeß der Aufhebung der sozialistischen Errungenschaften und die Restauration des Kapitalismus durch die Herstellung einer öffentlichen Meinung zugunsten einer bürgerlichen Demokratie und durch das Leugnen der Grundsätze der marxistisch-leninistischen Ideologie zu unterstützen. Denn Gorbatschow begreift sehr wohl, daß sein Projekt einer Marktwirtschaft nicht durchgedrückt werden kann, ohne eine entsprechende öffentliche Meinung herzustellen, ohne die Allgemeinheit gegen die sozialistische Planwirtschaft aufzuwiegeln, ohne Verleumdung der Planwirtschaft, ohne letztere für alle möglichen realen oder imaginären Krankheiten verantwortlich zu machen; denn das Sowjetvolk, welches über sechs lange Jahrzehnte unter den Bedingungen sozialistischer Sicherheit und sozialistischer Solidarität groß geworden ist, würde ein solches Vorhaben nicht akzeptieren.

Gorbatschow erwähnt ausdrücklich die früheren ‘Reform’versuche - insbesondere diejenigen der Chruschtschow- und der Breshnew-Zeit. „Ein wichtiger Markstein in unserer Geschichte“, sagt er, „war der XX. Parteitag. Er trug viel zur Theorie und Praxis des sozialistischen Aufbaus bei.“ (ebd., S. 43)

Und weiter: „Die auf dem [XX.] Parteitag getroffenen Entscheidungen waren durch bedeutende politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und ideologische Maßnahmen hilfreich. Aber die entstandenen Möglichkeiten wurden nicht voll ausgeschöpft. Die Erklärung dafür liegt in den subjektivistischen Methoden, die von der Führung unter Chruschtschow angewandt wurden.“ (ebd.)

Gorbatschow erwähnt auch, daß die Wirtschaftsreformen von 1964/65, nachdem sie „einen substantiellen, wenn auch zeitlich begrenzten Effekt hatten,“ einfach „versandeten“, und dies wegen der „Atmosphäre der Selbstzufriedenheit und die Unterbrechung des natürlichen Prozesses eines

Führungswechsels [welche] Stagnation und eine Entwicklungsbremsung im Land hervorriefen...“ (ebd., Seiten 43-44)

Gorbatschow folgert, daß die früheren Versuche zu ‘reformieren’, d.h. kapitalistische Verhältnisse wiederherzustellen (von Chruschtschow am XX. Parteitag begonnen und mit einigen Modifikationen unter Breshnew und Kossygin fortgeführt) im Sande verliefen und erfolglos waren, weil sie nicht von Glasnost (Demokratisierung) begleitet worden seien - ein Codewort für die heimliche Einführung bürgerlicher Ideologie im Austausch für Marxismus-Leninismus und bürgerlich-liberaler Demokratie als Ersatz für die proletarische sozialistische Demokratie. Daher besteht er „auf der aktiven Teilnahme breitester Bevölkerungsschichten an der Durchführung der Reformpläne; das heißt, bei der Demokratisierung und nochmals Demokratisierung.“ (ebd.)

Gorbatschow betont denselben Punkt in seinem *1987er Referat* (Juni) vor der Vollversammlung des Zentralkomitees:

„Unsere Erfahrung lehrt uns,“ sagt er, daß „wir die Aufgaben der Restrukturierung nicht meistern werden, wenn es uns nicht gelingt, die Politik der Demokratisierung entschlossen und konsequent zu verfolgen.“ (S. 30)

In demselben Bericht bemerkt er: „Eine Offensive gegen Bürokratismus ist im Gange. Diktatorisches Zwangsmanagement wird allmählich überwunden.“

Er spricht von diesen Methoden als „administrative Kommandoformen“, die durch „wirtschaftliche Methoden“ ersetzt werden müßten. Im Lichte unserer vorigen Kapitel wissen wir nur allzu gut, daß der erste Ausdruck eine sprachliche Verhüllung für die zentralgeplante sozialistische Ökonomie und der zweite eine für die Marktwirtschaft ist. Auf diese Weise drückt sich Gorbatschow in der modern verschlüsselten Sprache so deutlich wie möglich unter den gegebenen Umständen aus, daß *Perestrojka* und *Glasnost* auf die Zerstörung der Mechanismen der sozialistischen Ökonomie gerichtet sind und darauf abzielen, an ihre Stelle die Mechanismen einer kapitalistischen Ökonomie zu setzen. Mit anderen Worten ist der Kern der *Perestrojka* nichts anderes als der Versuch der Restauration des Kapitalismus in der UdSSR.

Unter Hinweis auf das Plenartreffen des Zentralkomitees der KPdSU im Juni 1987, das die „Grundlagen einer radikalen Umstrukturierung der Wirtschaftsleitung“ annahm, sagt Gorbatschow:

„Das ist das vielleicht wichtigste und radikalste Programm für eine Wirtschaftsreform, das unser Land hatte, seit Lenin im Jahre 1921 die Neue Ökonomische Politik einführte. Die gegenwärtige ökonomische Reform richtet ihr Augenmerk darauf, den Schwerpunkt auf jeder Ebene von in erster Linie administrativen auf vorwiegend wirtschaftliche Leitungsmethoden zu verlagern und fordert eine umfassende Demokratisierung der Leitung sowie die allumfassende Aktivierung des menschlichen Faktors.“ (Perestrojka, S. 33)

Der Bezug auf die Neue Ökonomische Politik (NEP) ist sehr bezeichnend, denn für Gorbatschow und seine neobourgeoisen Reformkameraden hat kein anderes Entwicklungsmodell sowjetischer Ökonomie irgendeine Bedeutung. Sie ignorieren vollständig - oder schlimmer - sie bedauern die heldenhaften Meisterleistungen des sozialistischen Aufbaus in den 30er Jahren, während sie ständig bestrebt sind, zu den Tagen der NEP zurückzukehren. Um es zu wiederholen: Die NEP war ein zeitweiliger Rückzug und eine teilweise Wiederherstellung kapitalistischer Normen, zu dem der Sowjetstaat aufgrund der durch den Krieg hervorgerufenen Schwäche und imperialistischer Einkreisung gezwungen war. Als ob er auch wirklich bei niemandem Zweifel aufkommen lassen möchte, erklärt Gorbatschow ferner:

„Die Reform basiert auf der dramatisch gesteigerten Unabhängigkeit von Betrieben und Gesellschaften, ihrem Übergang zu voller Eigenverantwortung und Selbstfinanzierung... Ein gemeinsamer Gewinn wird direkt proportional ihrer Effektivität entsprechen.“ (ebd.)

„Das Ziel dieser Reform ist es, innerhalb der nächsten zwei oder drei Jahre für den Übergang von einer exzessiv zentralisierten, auf Befehlen beruhenden Leitung zu einer demokratischen zu sorgen...“

Uns sind bereits die Ergebnisse dieser Politik bekannt. Die zentralen Planungsmechanismen sind in einem solchen Ausmaß zerstört worden, daß die Sowjetunion nicht einmal mehr den Transport der Lebensmittelpakete bewältigt, die dank der Politik der *Perestrojka* und der *Glasnost* zur ewigen Schande des stolzen Sowjetvolkes unter den Publicity-Fanfaren des

westlichen Imperialismus und sogar von armen Ländern wie Indien auf den Weg gebracht wurden.

Wiederbelebung des Leninismus oder Einführung des Kapitalismus?

Auf Seite 66 seines Buches sagt Gorbatschow:

„In Politik und Ideologie versuchen wir, den glühenden Geist des Leninismus wiederzubeleben. Viele Jahrzehnte der Dogmatisierung... hatten ihre Auswirkung. Heute wollen wir einen wahrhaft schöpferischen Geist in unsere theoretische Arbeit einbringen. Das ist schwierig, aber es muß getan werden. Kreatives Denken scheint sich zu konsolidieren.

Ich bin erfreut, daß es ein wachsendes Verständnis sowohl in der Partei als auch in der Gesellschaft als Ganzes dafür gibt, daß wir *beispiellose* politische, ökonomische, gesellschaftliche und ideologische Anstrengungen begonnen haben. Wenn wir alles durchführen wollen, was wir geplant haben, müssen wir ebenso *beispiellose* politische, ökonomische, gesellschaftliche und ideologische Arbeit sowohl im Innern als auch außerhalb leisten“ (Perestrojka)

Was soll das ganze Gerede, „den glühenden Geist des Leninismus“ wiederzubeleben, die Gewohnheit „der Dogmatisierung“ abzuschütteln, „einen wahrhaft schöpferischen Geist in unsere theoretische Arbeit“ einzubringen? Inwiefern ist „kreatives Denken“ konsolidiert? Wie leistet die Gorbatschow-Regierung diese „*beispiellose* politische, ökonomische, gesellschaftliche und ideologische Arbeit“?

Wir berühren hier nicht den Bereich der Außenpolitik, den wir im ersten Kapitel bereits behandelt hatten (März-April-Artikel 1990 in *Lalkar*).

Wir kennen die Resultate dieser beispiellosen politischen und ideologischen Arbeit, welche die Gorbatschow-Administration in der außenpolitischen Sphäre leistete, in der die einseitig von der UdSSR durchgeführte Entideologisierung ihrer internationalen Beziehungen mit der These von einer integralen und interdependenten Welt veränderter Widersprüche, in der die Ausbeuter und die Ausgebeuteten emsig mit der Aufgabe beschäftigt sind, die Unterbrechung der historisch geformten ökonomischen Beziehungen zu

verhüten, zur nahezu vollständigen Kapitulation vor dem Imperialismus führte. Die aktuelle Golfkrise [1991 - d. Hrsg.] ist allerdings ein äußerst vielsagendes Beispiel und ein ebensolcher Beleg für die angebliche Wiederbelebung des „glühenden Geistes des Leninismus“! Die deutsche Wiedervereinigung unter der NATO ist ein anderes Beispiel. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der volksfeindlichen süd-koreanischen Faschistenclique von Ro Tae Woe ein drittes.

Was die Bedeutung des sich im Innern „konsolidierenden kreativen Denkens“, das Wesen und den Inhalt dieser „*beispiellosen* politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und ideologischen Anstrengungen“ anbelangt, davon gibt uns Gorbatschow gleich im nächsten Absatz eine Vorstellung:

„Viele Dinge sind jetzt ungewöhnlich in unserem Land: ...Unterschiedliche Kandidaten für die Wahlen zu den Sowjets in einigen Bezirken; Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Firmen; eigenfinanzierte Betriebe und Einrichtungen, selbstfinanzierte Sowchosen und Kolchosen; erweiterte genossenschaftliche Aktivitäten; Förderung von individuellen Unternehmen in Kleingewerbe und Kleinhandel; Schließung unrentabler Betriebe und mit Verlust arbeitender Fabriken; Schließung von ineffizient arbeitenden Forschungsinstituten und höheren Bildungseinrichtungen; eine bissigere Presse, die mit ‘Tabus’ bricht, eine reiche Vielfalt an Standpunkten öffentlicher Meinung druckt sowie eine offene Debatte über alle wichtigen Fragen führt, die unseren Fortschritt und die Perestrojka betreffen. All das ist natürlich und notwendig,“ und er fügt fast entschuldigend durch die stillschweigende Zurkenntnisnahme des Widerstandes von Teilen der Partei und der Öffentlichkeit gegen dieses unerläßliche und allumfassende Programm der Bourgeoisifizierung der UdSSR hinzu, „obwohl all diese Dinge nicht einfach von selbst kommen und auch nicht leicht von der gesamten Öffentlichkeit und nicht von allen Parteimitgliedern verstanden werden.“ (Seiten 66-67)

Wir sind uns über den in vorangegangenen Ausgaben behandelten ökonomischen Inhalt der obigen beispiellosen Anstrengungen bereits im klaren. In diesem Kapitel möchten wir die ideologische - die Glasnost- oder ‘Demokratisierungs’seite dieser Anstrengungen herausstellen. Die sowjetische Presse hat allerdings mit ‘Tabus’ gebrochen, und zwar bei dem Versuch, die Grundsätze des Marxismus-Leninismus aufzuheben; sie veröffentlichte

massenweise obszönes und regelrecht pornographisches Material; mit einem Eifer, der woanders besser angebracht gewesen wäre, übernahm sie die Aufgabe, die welthistorischen Leistungen des Sozialismus in der UdSSR und die welthistorische Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution selbst herabzuwürdigen; sie publizierte in großem Umfang Material, das die realen oder scheinbaren Erfolge des modernen Kapitalismus - d.h. des Imperialismus - verherrlichte. Wenn es Gorbatschow und seinen Bewunderern im eigenen Land und im Ausland gefällt, diesen antileninistischen und antikommunistischen Dreck als „bissige“ Darstellung „einer reichen Vielfalt an Standpunkten öffentlicher Meinung“ zu bezeichnen, so mag das sein.

Was uns betrifft, so betrachten wir es als einen abscheulichen Versuch, die grundlegenden Lehren des Leninismus [lebendig - d. Hrsg.] zu begraben und sie durch bourgeoise Gemeinplätze zu ersetzen - all das obendrein im Namen einer Wiederbelebung des „glühenden Geistes des Leninismus“!!

Die sowjetischen Medien und Glasnost

Gorbatschow weiß die Dienste zu schätzen, die ihm die Massenmedien bei seiner *Perestrojka* erweisen - dem Wirtschaftsprogramm für die Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der UdSSR.

„Zu Beginn des Restrukturierungsprozesses stützte sich das Zentralkomitee der KPdSU auf zwei machtvolle reale Kräfte - die Parteigremien und die Massenmedien. Ich kann sagen, daß *die Partei den heutigen Stand der Diskussion über das Gesamtpaket der* Perestrojka nicht erreicht hätte - und der Prozeß der Perestrojka ist äußerst umfangreich, mannigfaltig und widersprüchlich - *wenn die Massenmedien nicht gleich nach der Plenarsitzung des ZK der KPdSU im April 1985 lebhaft und in angemessener Form daran teilgenommen hätten*.“ (Hervh. d. H.B., ebd., S. 76)

Anders formuliert: Sobald Gorbatschow Generalsekretär der Partei geworden war, entzog er die sowjetische Presse und die anderen Medien der Kontrolle durch die Partei und ließ ganze Legionen neobourgeoiser Reformisten und Kommunismushasser auf das sowjetische Volk los - die Schmeljows, die Makarows, die Schatalins, die Abalkins, die Aganbegjans, die Petrakows, etc. - welche die sowjetische Presse mit Artikeln überfluteten, die den Sozialismus diffamierten, seine Errungenschaften herabsetzten, die sowjetische Geschichte

verfälschten, die Vorzüge des Kapitalismus propagierten und diesen in jeder nur möglichen Weise beschönigten, Loblieder auf die Vorteile der Freien Marktwirtschaft sangen und ihre notwendigen Begleiterscheinungen - Arbeitslosigkeit, Schließung unrentabler Einrichtungen, inklusive der für die sowjetische Volkswirtschaft lebenswichtigen, zum Überleben notwendigen - um schließlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit die zentrale Planwirtschaft der UdSSR in den Dreck zu ziehen - bis dahin allesamt 'Tabus'. Und sie bombardierten die sowjetische Bevölkerung mit ihren (pardon) „reichen" bürgerlichen Standpunkten. Dieses jämmerliche Pack lief mit Gorbatschows stillschweigender Duldung und Rückendeckung zur Hochform auf, während die an die Parteidisziplin gebundenen Revolutionäre, die sogenannten Konservativen, mit auf dem Rücken gefesselten Händen gegen solchen Schmutz kämpfen mußten. Die Partei wurde so zwangsläufig an einem Nasenring durch die Hintertür der Glasnost in die Perestrojka hineingezogen; hier bestimmte die neubürgerliche Intelligenzia die Tagesordnung und legte die Spielregeln fest. Dabei wurde jeder, der sich ihr entgegenstellte, schlicht mit der Anschuldigung zum Schweigen gebracht, „dumm", „konservativ" oder - was in ihrer Terminologie am schlimmsten ist - „Stalinist" zu sein.

Versuche, das Sowjetvolk zu demoralisieren

Auf diese Weise wurde versucht, die Macht der Massenmedien dazu zu benutzen, die Opposition innerhalb der Partei gegen die *Perestrojka* mundtot zu machen, sie zu isolieren und zu neutralisieren sowie die Öffentlichkeit dazu zu bringen, die unter der *Perestrojka* anvisierte bürgerliche Umstrukturierung zu befürworten. Dennoch führten diese Versuche nicht vollständig zum Erfolg; es endete tatsächlich mit der Verwirrung und Demoralisierung großer Bevölkerungsteile - etwas, was dem Sowjetvolk seit der Oktoberrevolution unbekannt war. Eines der Ziele der sogenannten Demokratisierung unter *Glasnost* war, der Arbeiterklasse in der UdSSR — und schließlich auch an anderen Orten - das Vertrauen in ihre Fähigkeit zu nehmen, eine starke sozialistische Gesellschaft zu errichten und weiter in Richtung Verwirklichung der höheren Stufe des Kommunismus voranzukommen, auf der die Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" wirksam wird. Eine demoralisierte Arbeiterklasse

kann eine solche Gesellschaft nicht aufbauen; eine demoralisierte Arbeiterklasse kann sich lediglich, wenn auch nur widerwillig, den Lebensbedingungen unter dem Kapitalismus anpassen. Die neobourgeoise Intelligenzia in der UdSSR arbeitet an dem schändlichen und jämmerlichen Versuch, die Arbeiterklasse in der UdSSR und anderwärts von der Undurchführbarkeit des Sozialismus zu überzeugen sowie davon, daß der Kapitalismus etwas Ewiges sei.

In den Schlußpassagen seines Berichts an den XIV. Parteitag (18.-31. Dez. 1925) hatte Josef Stalin folgendes im Zusammenhang mit der in der UdSSR geleisteten sozialistischen Aufbauarbeit zu sagen:

„... Wie dem auch sein mag, eins haben wir erreicht, wir haben etwas erreicht, was uns niemand nehmen kann. Nämlich, daß wir durch unsere umfassende Aufbauarbeit, durch unseren bolschewistischen Ansturm an der Wirtschaftsfront, durch die Erfolge, die wir hier erzielten, der ganzen Welt gezeigt haben, daß Arbeiter, die die Macht erobert haben, es verstehen, nicht nur den Kapitalismus zu schlagen, nicht nur zu zerstören, sondern auch eine neue Gesellschaft, den Sozialismus, aufzubauen. Diese Errungenschaft, die darin besteht, daß wir diese Wahrheit greifbar vor Augen geführt haben, kann uns niemand nehmen. Das ist unter allen unseren bisherigen Errungenschaften die größte, und sie hat uns am meisten Mühe gekostet. Denn wir haben der Arbeiterklasse des Westens und den unterdrückten Völkern des Ostens gezeigt, daß die Arbeiter, die bisher in der Geschichte nur für die Herren zu arbeiten verstanden, während die Herren regierten, daß diese Arbeiter, nachdem sie die Macht erobert haben, sich als fähig erwiesen, ein großes Land zu regieren und unter den schwierigsten Bedingungen am Sozialismus zu bauen.“ (Werke, Bd. VII, S. 304)

In einer eindeutigen Anspielung auf die trotzkistischen Defätisten und Feiglinge, die glaubten, daß es ohne eine siegreiche proletarische Revolution in den „europäischen Hauptländern“ unmöglich sein würde, den Sozialismus in der UdSSR aufzubauen, fährt Stalin fort:

„Was ist erforderlich, damit die Proletarier des Westens siegen können? Vor allem Glauben an die eigene Kraft, das Bewußtsein, daß die Arbeiterklasse ohne die Bourgeoisie auskommen kann, daß die Arbeiterklasse fähig ist, nicht nur das Alte niederzureißen, sondern auch Neues zu erbauen, den Sozialismus

zu errichten. Die ganze Arbeit der Sozialdemokratie besteht darin, den Arbeitern Skeptizismus, Unglauben an die eigene Kraft, Unglauben an die Möglichkeit einzuflößen, mittels Gewalt den Sieg über die Bourgeoisie zu erringen. Der Sinn unserer ganzen Arbeit, unseres ganzen Aufbaus besteht darin, daß diese Arbeit und dieser Aufbau die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder von der Fähigkeit der Arbeiterklasse überzeugen, ohne die Bourgeoisie auszukommen und aus eigener Kraft die neue Gesellschaft aufzubauen.“ (ebd. S. 360)

Und das war Ende 1925, als das Werk des sozialistischen Aufbaus gerade erst begonnen hatte, d.h. noch vor den wahrhaft gigantischen und großartigen Leistungen des sozialistischen Aufbaus, die in den folgenden fünfzehn Jahren nach 1925 die Welt erbeben ließen. Es ist genau dieses, aus dem erfolgreichen Kampf für den sozialistischen Aufbau in der UdSSR und der späteren Zertrümmerung der Nazimaschinerie durch die sowjetische Rote Armee hervorgegangene Selbstvertrauen der Arbeiterklasse, welches von der Intelligenz der Neobourgeoisie und den Reformisten eifrig zerfressen wird, indem sie die Arbeiterklasse mit sozialdemokratischem Skeptizismus infiziert, „mit Unglauben an die eigene Kraft, Unglauben an die Möglichkeit, ... den Sieg über die Bourgeoisie“ im Weltmaßstab „(mittels Gewalt) zu erringen“. Denn ohne die Zerstörung des Vertrauens der sowjetischen Arbeiterklasse in die lichte Zukunft des Sozialismus und des Kommunismus kann die bürgerliche Intelligenz niemals darauf hoffen, ihr von der Perestrojka ins Auge gefaßte Programm der kapitalistischen Restauration zu verwirklichen. Hierin liegt die Bedeutung der Glasnost, ihre Grundfunktion, den ideologischen und politischen Boden für die Beerdigung des Marxismus-Leninismus vorzubereiten - und für seinen Austausch durch die Ideologie des Freien Marktes, soll heißen: Des Kapitalismus. In diesem Zusammenhang liegt Gorbatschow mit seiner Bemerkung ganz richtig, daß „die Partei den heutigen Stand der Diskussion über das Gesamtpaket der Perestrojka nicht erreicht hätte, ...wenn die Massenmedien nicht gleich nach der Plenarsitzung des ZK der KPdSU im April 1985 lebhaft und in angemessener Form daran teilgenommen hätten.“ Wir möchten die Hoffnung und die Überzeugung ausdrücken, daß Gorbatschow und seine Trittbrettfahrer ebensowenig erfolgreich bei der Zerstörung des Vertrauens der Arbeiterklasse in die eigene Stärke sein werden, wie die scheinheiligen Trotzkisten von einst.

Opposition gegen die Perestrojka innerhalb und außerhalb der Partei

Obgleich Gorbatschow wiederholt vom sowjetischen Volk „rückhaltlose und leidenschaftliche Unterstützung für die Perestrojka“ (Perestrojka, S. 72) einforderte, wird mehr und mehr klar, daß das Sowjetvolk seine Pläne nicht unterstützt. Das einzige Volk, das fest hinter seinen Plänen für die Restauration des Kapitalismus steht, ist die neubürgerliche Intelligenz. Hier liegt Gorbatschow ausnahmsweise richtig, wenn er für sich beansprucht: „Die [bourgeoise] Intelligenzia hat die Umstrukturierung enthusiastisch unterstützt“ (ebd., S. 80). Ansonsten mußte Gorbatschow von Zeit zu Zeit die Existenz einer starken Gegnerschaft zu seinem Wirtschaftsprogramm zugeben. Kurz nach der großartig angekündigten 19. Parteikonferenz mußte Gorbatschow in seinem am 29. Juli 1988 gehaltenen Referat vor dem Zentralkomitee der KPdSU folgendes sagen:

„Die [19.] Konferenz hat auch etwas anderes bestätigt: Es gibt durchaus Widerstand von schwerfälligen, konservativen Kräften, welche die Reform unter den dünnsten Vorwänden abmildern möchten, kleinste Hindernisse und Unwägbarkeiten auf dem Weg zum Anlaß nehmen. Ich denke, wir können den Vorschlägen der Delegierten zustimmen, daß all diejenigen, die der Reform im Wege stehen, von ihren hohen Posten entfernt werden.“ (Seite 6 zur Beilage der Moscow News, Nummer 33 (3333) 1988)

Das ist das wahre Wesen von *Glasnost*, der Demokratisierung. Wirkliche Kommunisten, welche die zentrale Planwirtschaft des Sozialismus unterstützen und der Einführung einer kapitalistischen Marktwirtschaft Widerstand leisten, müssen entfernt werden! Sie dürfen sich nicht äußern und müssen unschädlich gemacht werden! Und das von einem Mann, der uns erklärt „wir brauchen Glasnost, wie die Luft zum Atmen“ (Perestrojka, S. 78) - und: „Meiner Ansicht nach sollte jede ehrliche, offene Aussprache willkommen sein, selbst wenn sie Zweifel aufkommen läßt.“ (ebd., S. 79) Ganz offensichtlich ist die einzige, von den Gorbatschow-Anhängern willkommene offene Aussprache diejenige, welche die Kraft und Fähigkeit des Sozialismus anzweifelt, die Probleme der sowjetischen Gesellschaft zu lösen.

Die 19. Parteikonferenz: Ein Fest des Antikommunismus

Die 19. Parteikonferenz war in mehr als einer Hinsicht ein manipuliertes Ereignis. Lenin gründete die bolschewistische Partei als Avantgarde des Proletariats in dessen Kampf, die Bourgeoisie zu stürzen und sich durch die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sozial zu befreien. Demnach mußte die soziale Zusammensetzung der Partei, so wie sie es immer tat, diese ideologische Haltung widerspiegeln. Sowohl vor als auch nach der Revolution stellte die Parteiführung sicher, daß sich die Parteimitglieder in erster Linie aus den Reihen der Arbeiterklasse, des Landproletariats, der Bauernschaft und verschiedenen benachteiligten Bevölkerungsgruppen rekrutierten, allesamt zuverlässige Verteidiger der Diktatur des Proletariats. Jeder frühere Parteikongreß, einschließlich der 1985 abgehaltene XXVII. Parteitag, reflektierte die Vorherrschaft der Werktätigen. Dieser Umstand paßte Gorbatschow und seinen Gehilfen offenbar nicht, denn er war der von der *Perestrojka* beabsichtigten bürgerlichen Umstrukturierung wohl kaum förderlich. Also hielt Gorbatschow kurz vor der 19. Parteikonferenz eine Rede vor Parteiführern und Redakteuren. In seiner Rede erklärte er drohend:

„Es darf keine Quoten mehr geben, wie wir sie in der Vergangenheit hatten - soundsoviele Arbeiter und Bauern, soundsoviele Frauen und so weiter.“ (New York Times, 11. Mai 1988, TASS-Mitteilung vom 10. Mai) Er fügte hinzu: „Der prinzipielle politische Imperativ ist die Wahl von Befürwortern der Perestrojka.“

Das ist der Geist der *Glasnost*, dieser sogenannten Demokratisierung, über welche die Bourgeoisie in der ganzen Welt mit wachsender Begeisterung spricht. Es läuft darauf hinaus, die Parteikonferenz mit bürgerlichen Reformisten vollzustopfen - auf Kosten der Kommunisten, welche die Interessen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Nationalitäten etc. vertreten - und geht sogar soweit, all jene von der höchsten Parteiversammlung auszuschließen, die in Opposition zur *Perestrojka* stehen. Demnach ist *Glasnost* und Demokratisierung also nur etwas für die Anhänger der bürgerlichen Umstrukturierung.

Erschrocken über die spürbar starke Opposition gegen die *Perestrojka* innerhalb und außerhalb der Partei, schrieben zehn bürgerliche Intellektuelle

unter Führung des unbeweint verstorbenen Physikers und Monarchisten Andrej Sacharow einen offenen Brief an das Zentralkomitee der KPdSU und forderten darin die Verschiebung der Parteikonferenz. Nach feierlichen Demokratiebeschwörungen kamen sie zur Sache und drängten darauf, Parteidelegierte zu dieser Konferenz strikt nach dem Kriterium ihrer Haltung zur *Perestrojka* auszuwählen! Mit anderen Worten stellte der Mangel an Unterstützung für die *Perestrojka* eine Disqualifikation für Delegierte dar, die auf eben dieser Konferenz im Zusammenhang mit der *Perestrojka* diskutieren und entscheiden sollten!

Wenngleich es auch so verabredet wurde, war die 19. Parteikonferenz für Gorbatschow und seine bürgerlichen Reformkämpfer durchaus keine klare Sache. Eine bedeutende Minderheit der Delegierten, sowohl Arbeiter als auch revolutionäre Intellektuelle, hatten einige deutliche Worte über die reaktionäre Doppelpolitik von *Perestrojka* und *Glasnost* zu sagen. Ein Fabrikarbeiter vom Ural sagte:

„Arbeiter fragen ganz offen: Wo ist die Perestrojka? In den Läden ist die Nahrungsmittelsituation genauso wie vorher, und jetzt wurden sogar Bezugsscheine für Zucker eingeführt. Gewöhnlich gab es kein Fleisch und jetzt gibt es überhaupt nichts. Industrieerzeugnisse sind allesamt verschwunden.“

Der bekannte Schriftsteller Juri Bondarjow protestierte gegen den Schund, der im Namen von Glasnost in sowjetischen Literaturzeitschriften auftauchte. Er sagte, derartiges Material „hat negative Auswirkungen auf junge Menschen und als Hauptbotschaft für sie: laßt all das Unkraut sprießen und die Kräfte des Bösen miteinander wetteifern... Unsere jungen Leute werden mit leerem Geschwätz, billigen Sensationen und so weiter abgespeist. Die Presse bringt ihnen nicht die Wahrheit, so bitter sie auch sein mag, sondern eine mit Zynismus garnierte endlose Reihe von Enttäuschungen...

Der fanatische, herrische Kritizismus mit seinem Verlust an Kultur, mit der Neigung zur Gewalt, zum Zynismus in der Beurteilung der Phänomene scheint dem sozialistischen Fortschrittsinteresse überhoben und voraus zu sein. Er ist bestrebt, sich den neuen Titel eines offiziellen Baumeisters der Perestrojka zu verleihen.“

Leider sind wir gezwungen, Auszüge aus der Bourgeois-Presse wiederzugeben, da wir keine korrekten Berichte darüber bekommen, was die Gegner der *Perestrojka* und der *Glasnost* zu sagen haben. Weder die sowjetischen noch die westlichen Medien praktizieren eine angemessene, oder gar vollständige Berichterstattung. Die Gegner von Gorbatschows Restrukturierung sind die Opfer eines Stillschweigeabkommens, einer verabredeten Vertuschungspraxis, der *Glasnost* [der 'Offenheit' -d. Hrsg.]. Die imperialistischen Massenmedien im Westen haben ein erhebliches Interesse, sich diesem Komplott anzuschließen. Doch die Wahrheit kommt zuletzt.

Entfernung der Perestrojka-Gegner im Namen der Demokratisierung!

Nach dem 19. Parteikongreß forcierte Gorbatschow das Verfahren, nun schon im Vorbeigehen, Opponenten der *Perestrojka* von Machtpositionen zu entfernen und sie durch Nullen zu ersetzen, deren Hauptqualifikation darin bestand, die bürgerliche Umstrukturierung unter der *Perestrojka* von ganzem Herzen zu unterstützen. Gorbatschow selbst übernahm die Präsidentschaft im September 1988, als er den Platz des verstorbenen Andrej Gromyko als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets einnahm. Gromyko und drei andere wurden bereits vorher aus dem Politbüro verdrängt und durch Gorbatschows Kandidaten ersetzt. Wadim Medwedjew wurde Parteisekretär und löste Igor Ligatschow als Leiter der Ideologiekommission ab - letzterer wurde auf den Leitungsposten der Landwirtschaftskommission abgeschoben, um die Einführung der unerfreulichen Maßnahmen zur Entkollektivierung zu überwachen, die er bekämpft hatte. Anatoli Dobrynin, ehemaliger sowjetischer Botschafter in den USA und einer der außenpolitischen Berater Gorbatschows, wurde durch Aleksandr Jakowlew ersetzt. Ein anderer Schützling Gorbatschows, Anatoli Lukjanow, wurde ebenso in das Politbüro gebracht wie Aleksandra Birjakowa.

Das verdeckte Programm der kapitalistischen Restauration

Sogar die großangelegte Säuberungsaktion in der Parteiführung durch Gorbatschow und seine Anhänger sicherte dennoch nicht den Erfolg seines Restrukturierungsprogramms, das die Wiederherstellung des Kapitalismus in vollem Umfang beinhaltete. Getreu den Prinzipien der *Glasnost* versuchte die Gorbatschow-Clique geraume Zeit hindurch, den wahren Zweck der Reformen unter der *Perestrojka* zu verbergen. Anfangs wurde dem Sowjetvolk erzählt, daß das Reformziel die Stärkung und Erneuerung des Sozialismus sei, die Befreiung von der angeblichen bürokratischen Überzentralisierung, um so die Arbeitsproduktivität zu steigern, durch die Anwendung fortschrittlicher wissenschaftlicher und technischer Methoden sowie eines modernen Maschinenparks eine bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern sicherzustellen - durch Erneuerung und Umrüstung der sowjetischen Industrie und Landwirtschaft. Wenig später wurde dem sowjetischen Volk erklärt, daß die Einführung von Privatunternehmen und Privatkooperativen erforderlich sei, jedoch nur in begrenztem Umfang; dabei wurde wieder und wieder versichert, daß der Sozialismus und die sozialistische Planung nicht über Bord geworfen werde. Erst Mitte Juni 1990 enthüllte Gorbatschow die ganze Wahrheit und das Wesen der Perestrojka. In einer Rede vor Führern kommunistischer Parteien erklärte er, daß es keine Alternative zur Annahme einer Marktwirtschaft gäbe. „Es gibt keine Rückkehr zum administrativen Kommandosystem“, sagte er. „Laßt uns dem Volk endlich die ganze Wahrheit über dieses System sagen.“ (Newsweek, 25. Juni 1990) Endlich wurde das längst überfällige Geständnis abgelegt.

Seine Berater sprechen nun nicht länger von der Stärkung und Erneuerung des Sozialismus. Nikolaj Petrakow und Stanislaw Schatalin, zwei maßgebende Wirtschaftsberater Gorbatschows, verlangten ganz offen die Schaffung von Wettbewerbsbedingungen - die Seele des Marktes. Um dies zu erreichen, forderten sie „Privatisierung von staatlichen Industrien, Auflösung von Industrieministerien, dringend notwendige Kürzungen der Staatsausgaben, Senkung staatlicher Investitionen, Unabhängigkeit der Zentralbank von der Regierung und die Einrichtung aller anderen Banken auf kommerzieller Grundlage.“ (ebd.) Darüber hinaus forderten sie die drastische Senkung von

Subventionen im Lebensmittelbereich und auf anderen grundlegenden Gebieten, die Schließung unprofitabler Betriebe und Anlagen mit der daraus resultierenden Arbeitslosigkeit, die Dekollektivierung der Landwirtschaft, die volle Konvertibilität des Rubels usw., usf.

Kein dritter Weg

Es ist fraglich, ob überhaupt jemand herausfinden kann, was Gorbatschow eigentlich will. Es scheint wenigstens, daß er seinerseits einen dritten Weg zwischen zentralisiert geplanter sozialistischer Ökonomie und Kapitalismus möchte, welchen er als „sozialistische Marktwirtschaft“ bezeichnet. Es gibt jedoch keinen dritten Weg. Er kann keine Marktwirtschaft ohne die wesentlichen Voraussetzungen einer solchen Ökonomie haben, nämlich: Privateigentum und das Recht, Arbeitskraft zu kaufen und auszubeuten. Ohne diese Grundlagen ist Gorbatschows dritter Weg, um die treffende Beschreibung Richard Ericsons zu gebrauchen (ein Experte für sowjetische Ökonomie an der Columbia Universität) „wie ein Einhorn, schön anzuschauen - aber wir wissen, so etwas gibt es nicht.“ (ebd.) Die Newsweek-Autoren dieser Kommentare fügen anläßlich der Ablehnung der geplanten Brotpreiserhöhungen durch das sowjetische Parlament im Juni 1990 hinzu: „In diesem Zusammenhang kann das Brotpreis-Debakel der letzten Woche kaum überraschen. Wenn das Ziel nur in der Vorstellung existiert, wer vermag zu sagen, daß die falsche Richtung eingeschlagen wurde?“ Das ist nicht der Punkt. Gorbatschows Ziel ist nicht eingebildet. Er will eine Marktwirtschaft (wenn er weiterhin darauf besteht, es eine „sozialistische Marktwirtschaft“ zu nennen, ändert das nichts an der Sache), aber er scheut sich, *alle* von seinen bourgeoisen Wirtschaftsberatern geforderten Maßnahmen *auf einmal* anzuwenden. Er befürchtet zu Recht die Reaktionen des sowjetischen Volkes, das sieben Jahrzehnte lang unter sozialistischen Bedingungen aufgewachsen ist. Es mangelt ihm nicht an Beratern, im Osten wie im Westen, die ihn täglich über die nötigen Schritte zur Einführung einer Marktwirtschaft in Kenntnis setzen. Newsweek vom 25. Juni 1990 gibt ihm auf Seite 16 diesen Rat:

„Wenn sie die Mechanismen des Freien Marktes einführen wollen, müssen Gorbatschow und seine Reformanhänger im Kreml die Fünfjahrpläne der orthodoxen Stalinisten durch die Regeln des klassischen Kapitalismus

ersetzen. Die sowjetische Führung muß das Land davon überzeugen, den Egalitarismus von Karl Marx und seine utopischen Träume des 19. Jahrhunderts beiseite zu schieben und den ruhigen Pragmatismus des Schotten Adam Smith aus dem 18. Jahrhundert annehmen, des Meisters des aufgeklärten Eigeninteresses."

Kapitel 6

Lalkar, März/April 1991

Glasnost - Ein völlige Abkehr vom Marxismus-Leninismus. Teil II

Im ersten Teil von „Glasnost" stellten wir fest, daß *Glasnost* auf politischem Gebiet dieselbe reaktionäre Rolle spielt wie *Perestrojka* im ökonomischen Bereich - daß es ihr Ziel ist, die sowjetische Bevölkerung von der erstrebenswerten Ablösung der bis heute existierenden zentralen Planwirtschaft des Sozialismus durch eine Marktwirtschaft zu überzeugen. Wir fahren nun fort:

Wie ist das Sowjetvolk zu überzeugen?

Das ist leichter gesagt als getan. Gorbatschow hat da ein größeres Problem; er muß das sowjetische Volk in seiner Gesamtheit davon überzeugen, daß der Übergang zu einer Marktwirtschaft mit all ihren furchtbaren Folgen vernünftig ist.

Die Schreiber der Newsweek sehen diese Schwierigkeit und ziehen deswegen den folgenden Schluß:

„Schließlich und endlich ist entscheidend: Wenn die sowjetische Wirtschaft ihren Platz in der modernen [lies: 'kapitalistischen', da für den Kapitalisten nichts modern ist, wenn es nicht kapitalistisch ist] Welt einnehmen will, muß sich zusammen mit den Wirtschaftsmechanismen auch die Einstellung der Leute ändern. Die Bevölkerung 'muß begreifen, daß die Gesellschaft

profitiert, wenn jemand mit einer guten Idee aufwartet, die der gesamten Gesellschaft zugute kommt - und daß er durch sie reich wird' sagt Todd Buchholz vom Wirtschaftskreis des Weißen Hauses. Freies Unternehmertum wird in völlig egalitärem Boden keine Wurzeln schlagen und das sowjetische Volk muß lernen, seinen Argwohn gegenüber den Erfolgreichen zu zügeln." (ebd.)

Mit der unredlichen und hinterhältigen Politik, die unter dem Namen *Glasnost* bzw. Demokratisierung läuft, hat die Gorbatschow-Führung alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft, um das Sowjetvolk mit den Marktwirtschaftswundern umzustimmen - allerdings ohne sonderlich großen Erfolg. Sie hat die zentralen Planungsmechanismen demontiert - die Marktwirtschaft existiert jedoch nicht. Nach sechs Jahren *Perestrojka* und *Glasnost* befindet sich die sowjetische Wirtschaft in einem Zustand, der während der gesamten Zeit seit den frühen 20er Jahren niemals derart miserabel war (darüber später mehr). Mitte November 1990 lehnte das sowjetische Parlament weitere Maßnahmen zur „Wirtschaftsreform" (zur bürgerlichen Restauration) mit der Begründung ab, daß sie nicht sinnvoll seien. Andererseits annullierte der rebellische russische Gesetzgeber einfach einen Erlaß der Zentralregierung über die Preisanhebung von Luxusgütern mit der Begründung, daß die größte Republik der UdSSR nicht konsultiert wurde. Somit sind die bürgerlichen Reformer nicht nur außerstande, sich die Zustimmung des sowjetischen Volkes für eine Wiederherstellung bürgerlicher Verhältnisse zu sichern, sondern können sich nicht einmal untereinander einigen. Ende 1990 schob das sowjetische Parlament die Verantwortung auf Gorbatschow, indem es ihm die Möglichkeit verschaffte, nicht nur per Dekret zu entscheiden, sondern auch seine bürgerlich-reformistischen Wirtschaftsmaßnahmen per Erlaß einzuführen; auf diese Weise enthüllte es den von Grund auf undemokratischen Charakter der *Glasnost*, die immer darauf ausgerichtet war, die KPdSU und ihren demokratischen Zentralismus zu umgehen.

Umgehung der Partei und Schaffung von rivalisierenden Machtzentren

Als Gorbatschow einsehen mußte, daß es nicht leicht sein würde, den Widerstand gegen seine reaktionäre Politik zu brechen, die unter der

Perestrojka entfacht wurde, verlangte er von der bereits im Kern manipulierten 19. Parteikonferenz, nicht nur die Voraussetzungen für eine beschleunigte Gangart hinsichtlich der bürgerlichen Restauration zu schaffen, sondern darüber hinaus Möglichkeiten, über die Gründung konkurrierender Machtzentren an der Partei vorbei zu handeln. Zur damaligen Zeit wurde diese durch Schiebung zusammengeschusterte Konferenz nicht nur von den eindeutigen Feinden des Kommunismus, sondern auch von einigen selbsternannten Leninisten enthusiastisch begrüßt. Im ökonomischen Bereich billigte diese Parteikonferenz Verfügungen zum Abbau der staatlichen Planung, die Einführung der vollständigen Betriebsautonomie (Chosrastschot) sowie der Selbstfinanzierung von Betrieben und Einrichtungen, einen schnelleren Übergang zum umfangreichen Handel mit Produktionsmitteln, Einleitung von Maßnahmen zur Dekollektivierung der Landwirtschaft (wie z. B. Landverpachtung), größere materielle Anreize und stärkere Lohndifferenzierung, die Privatisierung des Wohnungssektors, eine Preis‘reform’, welche die massive Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot, Milch und Fleisch zum Inhalt hatte, erlaubte den Betrieben den direkten und weitreichenden Zugriff auf Auslandsmärkte sowie den Aufbau eigener Wirtschaftsverbindungen und die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen. Auf politischem Gebiet waren die Konferenzentscheidungen genauso reaktionär wie in der Ökonomie.

Die Konferenz wurde nicht, wie etliche wohlmeinende Einfaltspinsel zu dieser Zeit noch glaubten, für den Ausbau der Demokratie einberufen, sondern um Debatten und Gegner der bürgerlichen Umstrukturierung innerhalb der Partei zu unterdrücken. Nach drei Jahren war die *Perestrojka* kaum noch glaubwürdig - aufgrund der Opposition in der KPdSU. In seiner Abschlußrede sagte Gorbatschow, daß „der Bürokratismus [seine Beschreibung für die Opposition gegen seine reaktionäre Politik] immer noch existiert, seine Zähne zeigt... und Knüppel zwischen die Beine wirft.“ (S. 19) Er behauptete, daß frühere, insbesondere die von Chruschtschow Mitte der 50er Jahre unternommenen Wirtschaftsreformen fehlgeschlagen wären, weil sie nicht von entsprechenden Veränderungen in der politischen Sphäre begleitet worden seien, von dem, was er grundlegende Demokratisierung des politischen Systems nenne. Um also die *Perestrojka* unumkehrbar zu machen, müsse das politische System selbst gründlich überholt werden, es solle - mit seiner irreführenden Ausdrucksweise - ‘demokratisiert’ werden. Es müßten

fundamentale Änderungen im Staats-, Regierungs- und Parteiapparat vorgenommen werden, einschließlich Änderungen in den Beziehungen zwischen der KPdSU und dem sowjetischen Staat. Die dringendste Aufgabe, bekräftigte er, sei die Wiederherstellung der vollständigen Autorität der Sowjets der Volksdeputierten und fügte hinzu, daß „halbe Maßnahmen nicht ausreichen.“ (S. 8)

So wurde der umstrukturierte Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR das oberste Regierungsorgan, das seinerseits einen kleineren Obersten Sowjet - der als ständige gesetzgebende und administrative Körperschaft fungiert - und einen Präsidenten des Obersten Sowjets wählte. Die Wahlen zu diesem Parlament, die unter den Bedingungen des wirtschaftlichen Chaos, der Demoralisierung und unaufhörlicher und ungerechtfertigter Angriffe auf die KPdSU und die sogenannten Konservativen stattfanden, brachten - infolge der konterrevolutionären Doppelpolitik von *Perestrojka* und *Glasnost* - eine Fülle bürgerlicher Anschauungen hervor; dieses Parlament konnte in keiner Weise mehr proletarisch genannt werden. Mit seiner Wahl zum amtierenden Staatspräsidenten war für Gorbatschow der Zeitpunkt gekommen, sich von der KPdSU vollständig zu verabschieden. In einem früheren Artikel in *Lalkar*[1] hatten wir uns bereits mit den Gründen beschäftigt, warum Gorbatschow es für angebracht hielt, sich an die Spitze der Partei zu stellen - um aus dieser Position heraus reichlich zu ihrer Untergrabung und politischen Zersetzung beizutragen. Nicht ohne Grund äußerte sich der bürgerliche *Guardian* folgendermaßen:

„Gorbatschows tragisches Paradoxon besteht darin, daß er in seinem tapferen Bestreben, die Kommunistische Partei für die Sowjetunion zu erhalten, erfolgreicher bei der Erhaltung der Sowjetunion für andere Parteien war.“ (13. Juli 1990)

Im Namen und unter dem Deckmantel der ‘Demokratisierung’ war Gorbatschow beständig bestrebt, die einzige Kraft zu untergraben, die in der Lage war, sozialistische Positionen zu vertreten und die Interessen der Arbeiterklasse und der breiten Massen zu verteidigen, nämlich die KPdSU. Wenn die Schaffung von rivalisierenden Machtzentren und die Trennung der KPdSU vom sowjetischen Staat und der Regierung Teil seiner Strategie war, so ist die freigestellte Möglichkeit antikommunistischer Fraktionsbildung innerhalb der KPdSU und die Gründung von antikommunistisch-bürgerlichen,

sogar nationalistischen und monarchistischen Parteien, welche dieser Tage regelmäßig mit ihren vorrevolutionären Fahnen Paraden in sowjetischen Städten abhalten, ein anderer Teil dieser Strategie. Bei einem Führungstreffen der KPdSU im Februar 1990, auf dem die Rücknahme des Artikels VI aus dem Jahre 1936 besprochen werden sollte - jener Artikel, der die Wahrung der führenden Rolle der KPdSU in der Verfassung verankert - rechtfertigte Gorbatschow seinen Renegatenakt, nämlich im Namen der Demokratisierung ein Mehrparteiensystem einzuführen, mit folgenden Worten:

„Die in unserer Gesellschaft derzeit stattfindende breite Demokratisierung ist von wachsendem politischen Pluralismus begleitet.

Verschiedene gesellschaftliche und politische Organisationen und Bewegungen entstehen. Diese Entwicklung könnte auf einer bestimmten Stufe zu Parteigründungen führen.

Die KPdSU ist bereit, diesen neuen Umständen in angemessener Form Rechnung zu tragen, mit all jenen Organisationen zusammenzuarbeiten und einen Dialog zu führen, die der Verfassung und dem in der Verfassung verankerten Gesellschaftssystem verpflichtet sind.“

Erzürnt über die konterrevolutionäre Subversion, welche die Politik von *Glasnost* und *Perestrojka* auf diesem Meeting heraufbeschwor und diejenigen Kräfte ermunterte, die ganz offen die Wiederherstellung des Kapitalismus und den Sturz des Sozialismus forderten, verärgert auch über die selbstgefällige und schönfärberische Situationsbeschreibung Gorbatschows, gingen viele Delegierte - nicht überraschend - zum Gegenangriff über. Hier sind einige Beispiele. Wladimir Browikow, Botschafter der UdSSR in Polen, sagte:

„Es gibt viele Lobreden auf Perestrojka, Tadel in bezug auf die Vergangenheit und großzügige Versprechungen für die Zukunft. Aber es gibt tatsächlich keinerlei Beurteilung der Fehler, die in der Zeit der Perestrojka gemacht wurden.“

Boris Gidespow, Leiter des Leningrader Gebietskomitees der Partei, beanstandete die wachsende Destabilisierung der ökonomischen und politischen Lage. Er sagte:

„Die örtlichen Sowjets haben weder rechtlich abgesicherte noch faktische Macht. Die Partei wird systematisch von der Leitung ausgeschlossen und es

gibt keine einzige politische Bewertung der vom Obersten Sowjet beschlossenen Gesetze.“

Witali Shabanow, ein Arbeiter aus der Wolga-Stadt Saratow und Mitglied der Zentralen Revisionskommission der KPdSU, warnte die Anwesenden eindringlich vor dem Schicksal der KPdSU unter der *Perestrojka* und richtete die Aufmerksamkeit auf die ständig wachsenden Attacken gegen die ideologischen und organisatorischen Grundlagen der Partei. Mit diesen Worten traf er den Nagel auf den Kopf:

„Ein paar Akademiker, Nationalisten aller Art und Schwarzmarkthändler treiben zusammen mit den Denunzianten das Land auf den Weg des bürgerlichen Reformismus, zur Wiedererrichtung des Privateigentums, zur politischen Anarchie, und sie untergraben die Einheit der Partei als fortschrittlich organisierte Arbeitervertretung.“

Demokratie und Marxismus-Leninismus

Gorbatschows Pläne hinsichtlich der Demokratisierung (*Glasnost*) haben mit marxistisch-leninistischen Vorstellungen zu dieser äußerst wichtigen Frage nichts gemein. Nach Marx und Lenin hat die Losung der Demokratie ausschließlich insofern Bedeutung, als sie untrennbar mit dem Kampf des Proletariats für die Abschaffung der Klassen verbunden ist. Lenin schrieb in seinem bedeutenden Werk *Staat und Revolution* folgendes dazu:

„Demokratie bedeutet Gleichheit. Es ist begreiflich, welch große Bedeutung der Kampf des Proletariats um die Gleichheit und die Losung der Gleichheit haben, wenn man sie richtig, im Sinne der Aufhebung der *Klassen* auffaßt.“ (Lenin, Staat und Revolution, Ausgew. Werke, Bd. II, S. 401)

Im Gegensatz zu Gorbatschow lehnte Lenin es ab, sich auf die politische Form der Demokratie zu beschränken: Er ging über die bloße politische Form hinaus zu ihrer klassenmäßigen Bedeutung. Lenins Herangehensweise an diese Frage ist in unserer Polemik gegen Gorbatschows *Perestrojka* und *Glasnost* von großer Wichtigkeit. Lenin führt aus:

„Aber Demokratie bedeutet nur *formale* Gleichheit. Und sofort nach der Verwirklichung der Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft *in bezug* auf den Besitz der Produktionsmittel, d. h. der Gleichheit der Arbeit, der

Gleichheit des Arbeitslohnes, wird sich vor der Menschheit unvermeidlich die Frage erheben, wie sie von der formalen zur tatsächlichen Gleichheit, d. h. zur Verwirklichung des Satzes ‘Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen’ weiterschreiten soll. (ebd.)

Marx entsprechend war für Lenin der Satz ‘Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen’ eine bürgerliche Forderung und charakteristisch für die niedere Stufe des Kommunismus (allgemein ‘Sozialismus’ genannt), bei der die Güter entsprechend der geleisteten Arbeitsmenge verteilt werden. Diese bürgerliche Norm, diese formale Gleichheit beseitigt jedoch die Unvollkommenheit der Verteilung nicht; es ist so, daß: „der bloße Übergang der Produktionsmittel in das Gemeineigentum der gesamten Gesellschaft (‘Sozialismus’ im landläufigen Gebrauch des Wortes) die Mängel der Verteilung und die Ungleichheit des ‘bürgerlichen Rechts’ *nicht beseitigt*, das *weiter herrscht*, solange die Produkte ‘nach der Arbeitsleistung’ verteilt werden.“ (ebd., S. 396)

In der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft ist das ‘bürgerliche Recht’ nicht gänzlich beseitigt, sondern nur zum Teil. Auf dieser Stufe sind die Produktionsmittel nicht länger Privateigentum einzelner Individuen. „*Insofern* - und nur insofern - fällt das ‘bürgerliche Recht’ fort.“ (ebd.) Aber es besteht weiterhin „als Regulator (Ordner) bei der Verteilung der Produkte und der Arbeit unter die Mitglieder der Gesellschaft. [...] Das ist jedoch noch nicht Kommunismus, und das beseitigt noch nicht das ‘bürgerliche Recht’, das ungleichen Individuen für ungleiche (faktisch ungleiche) Arbeitsmengen die gleiche Menge Produkte zuweist.“ (ebd.)

Auf dieser Entwicklungsstufe ist ohne dieses bürgerliche Recht nicht auszukommen, denn, wie Marx sagt:

„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.“ (Kritik des Gothaer Programms, BML, 1974, Seiten 22-23, Karl Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei)

Lenin bemerkt dazu: „Die große Bedeutung der Erörterungen von Marx besteht darin, daß er auch hier konsequent die materialistische Dialektik, die Entwicklungslehre, anwendet, indem er den Kommunismus als etwas betrachtet, das sich aus dem Kapitalismus entwickelt. An Stelle scholastisch ausgeklügelter, ‘erdachter’ Definitionen und fruchtloser Wortklaubereien (was Sozialismus, was Kommunismus sei) gibt Marx eine Analyse dessen, was man als Stufen der ökonomischen Reife des Kommunismus bezeichnen könnte.

In seiner ersten Phase, auf seiner ersten Stufe kann der Kommunismus ökonomisch noch nicht völlig reif, völlig frei von den Traditionen, von den Spuren des Kapitalismus sein. Daraus erklärt sich eine so interessante Erscheinung wie das Fortbestehen des ‘engen *bürgerlichen* Rechtshorizonts’ während der ersten Phase des Kommunismus. Das bürgerliche Recht setzt natürlich in bezug auf die Verteilung der Konsumtionsmittel unvermeidlich auch den *bürgerlichen Staat* voraus, denn Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande wäre, die Einhaltung der Rechtsnormen zu *erzwingen*.

So ergibt sich, daß im Kommunismus nicht nur das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit fortbesteht, sondern sogar auch der bürgerliche Staat - ohne Bourgeoisie!“ (Lenin, Staat und Revolution, Ausgew. Werke, Bd. II, Seite 400)

Lenin fügt hinzu: „Das mag paradox oder einfach als dialektisches Gedankenspiel erscheinen, wie das vielfach dem Marxismus von Leuten zum Vorwurf gemacht wird, die sich nicht im geringsten die Mühe genommen haben, seinen überaus tiefen Gehalt zu ergründen.

In Wirklichkeit zeigt uns doch das Leben auf Schritt und Tritt, sowohl in der Natur als auch in der Gesellschaft, Überreste des Alten im Neuen. Und Marx hat nicht willkürlich ein Stückchen ‘bürgerlichen’ Rechts in den Kommunismus hineingebracht, sondern hat das genommen, was wirtschaftlich und politisch in einer *aus dem Schoß* des Kapitalismus hervorgehenden Gesellschaft unvermeidlich ist.“ (ebd.)

Man sieht, nach Lenin und Marx ist dieser bürgerliche Grundsatz, diese formale Gleichheit, welche die Distributionsmängel keineswegs beseitigt, nur eine notwendige und unvermeidliche Übergangsstufe auf dem Weg des menschlichen Fortschritts zu einer höheren Stufe des Kommunismus, die

durch den Grundsatz ‘Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen’ gekennzeichnet sein wird. Eine solche Stufe aber entsteht nicht spontan und nicht aus sich selbst heraus. Es muß auf sie hingearbeitet werden und sie kann nur erlangt werden, wenn die Produktivkräfte einen Entwicklungsstand erreichen, der imstande ist, jedem einen Überfluß an materiellen Gütern zu verschaffen. Daher wurde vom Proletariat und seiner Avantgarde, der Kommunistischen Partei, in der UdSSR und in anderen sozialistischen Ländern großer Wert auf die schnelle Industrialisierung, auf die Anwendung der neuesten Technik und neuester wissenschaftlicher Methoden der Produktion gelegt. Im Gegensatz zum vormarxistischen Kommunismus basiert der Kommunismus laut Marx auf dem Überfluß, nicht auf der gleichmäßigen Verteilung der Armut, wie es ihm häufig von seinen ignoranten Gegnern unterstellt wird. Indem die sozialistische Gesellschaft ihre Produktivkräfte immer mehr entwickelt, schafft sie - wenn auch schrittweise - die materiellen Bedingungen für die Ablösung des ersten Grundsatzes, der für die niedere Stufe des Kommunismus typisch ist, und ersetzt ihn durch einen für die höhere Stufe charakteristischen, wie Lenin bemerkt: „Wird sich vor der Menschheit unvermeidlich die Frage erheben, wie sie ... weiterschreiten soll.“

Und wann wird eine solche Stufe erreicht sein? Wann wird der beschränkte Horizont des „bürgerlichen Rechts“ endgültig überschritten sein? Marx gibt die folgende Antwort auf diese Frage:

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktivkräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (Kritik des Gothaer Programms, BML, S. 25, Karl Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei)

Bei Gorbatschow liegen die Dinge jedoch ganz anders:

„Die Politik der Umgestaltung“, sagt er, „rückt die Dinge zurecht. Wir stellen das Prinzip des Sozialismus: ‘Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen’ wieder her und wir trachten nach sozialer Gerechtigkeit für alle, nach gleichen Rechten für alle und nach einem für alle geltenden Gesetz...“ (Perestrojka, S. 31)

Er wertet die obige Formel als „Grundprinzip des Sozialismus“, erweckt in Verbindung mit seinen häufigen Ausfällen gegen „Lohngleichmacherei“ den falschen Eindruck, als habe die sowjetische Gesellschaft den für die höhere Stufe des Kommunismus geltenden Grundsatz irgendwie bereits verwirklicht und, entsetzlich!, dem „Grundprinzip des Sozialismus“ Gewalt angetan. Das ist sehr weit von der Wahrheit entfernt. Lohnunterschiede müssen in der UdSSR verringert, nicht noch weiter vergrößert werden. Die gegen die angebliche Lohnnivellierung und die angebliche Gleichmacherei gerichteten Angriffe Gorbatschows und seiner ignoranten ökonomischen Genies, welche die sowjetische Wirtschaft in den Straßengraben gelenkt haben, sind nichts anderes als eine unbegründete Rechtfertigung für Privilegien sogenannter Experten und der oberen Führungs- und Regierungskreise. Da es keine Lohngleichmacherei und keinen Egalitarismus in der UdSSR gibt und auf der gegenwärtigen Stufe auch nicht geben kann, können die Attacken Gorbatschows und seiner Perestrojka-Glasnost feilbietenden Intelligenzia gegen die nicht existierende Gleichmacherei lediglich dazu bestimmt sein, die Arbeiterklasse von den in Angriff genommenen Maßnahmen abzulenken, Maßnahmen, die darauf abzielen, die bereits untragbar gewordenen Einkommensunterschiede noch zu vergrößern. Was Marx und Lenin also als ein Gebrechen ansahen, als etwas Unvermeidliches auf der niederen Stufe des Kommunismus, soll nun zum heiligen Gesetz erhoben werden - zum verknöcherten „Grundprinzip“ - und dies mehr als 70 Jahre nach der Oktoberrevolution und mehr als 60 Jahre des sozialistischen Aufbaus!

Statt darauf hinzuarbeiten dieses Gebrechen zu beseitigen, beabsichtigt die Gorbatschow-Führung mit *Perestrojka* und *Glasnost*, die sowjetische Gesellschaft in die dunkle Zeit des Privateigentums an den Produktionsmitteln zurückzuführen. Mit anderen Worten: Sie plant die Wiederherstellung des alten bürgerlichen Rechts, welches durch die Oktoberrevolution beseitigt wurde.

Die ökonomische Grundlage der Demokratie und das allmähliche Absterben des Staates

Die Demokratiefrage ist sehr eng mit der Frage des Staates verbunden. Da dieser Punkt theoretisch wie praktisch von großer Bedeutung ist, gehen wir bei dieser Gelegenheit etwas näher darauf ein. Wer daran interessiert ist, sich weitaus tiefer mit dieser Frage zu beschäftigen, sei auf Marx' *Kritik des Gothaer Programms* und Lenins *Staat und Revolution* verwiesen. Marx schrieb seine Arbeit nach dem Ende Mai 1875 in Gotha abgehaltenen Einigungskongreß zwischen den Lasalleanern und den Eisenachern, den zwei Richtungen der deutschen Sozialdemokratie - letztere folgten Marx und Engels. In dem auf diesem Kongreß vereinbarten Programm machten die Eisenacher in ihrem überschwenglichen Einigungsbestreben viele Zugeständnisse an Lassalles opportunistische Vorstellungen in etlichen wichtigen Fragen, darunter auch in der Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Als Marx eine Kopie des Gothaer Programms erhielt, das danach auf dem besagten Einigungskongreß angenommen wurde, war er über die opportunistischen Formulierungen derart verärgert, daß er sofort entschied, eine Kritik dazu zu schreiben. Aber die Bedeutung dieser bemerkenswerten Arbeit geht weit über seinen polemischen Aspekt hinaus. In dieser genialen Schmähschrift gibt Marx eine erschöpfende Erklärung und die Analyse des Zusammenhangs zwischen dem Kommunismus und dem allmählichen Absterben des Staates.

„Die ganze Theorie von Marx ist eine Anwendung der Entwicklungstheorie - in ihrer konsequentesten, vollkommensten, durchdachtesten und inhaltsreichsten Form. Es ist nur natürlich, daß sich für Marx die Frage nach der Anwendung dieser Theorie auch auf den *bevorstehenden* Zusammenbruch des Kapitalismus und die *künftige* Entwicklung des *künftigen* Kommunismus erhob." (Lenin, Staat und Revolution, Ausgew. Werke, Bd. II, Seiten 387-388)

Nachdem er das ganze Gerede von einem „Volksstaat", wie er im Gothaer Programm aufgenommen wurde, der Lächerlichkeit preisgab, beantwortete er die Frage der zukünftigen Entwicklung des künftigen Kommunismus „auf Grund der Tatsache, daß er aus dem Kapitalismus *hervorgeht*, sich historisch aus dem Kapitalismus entwickelt, das Resultat der Wirkungen einer

gesellschaftlichen Kraft ist, die der Kapitalismus erzeugt hat.“ (ebd., Seite 388)

Marx fuhr fort: Das erste, was durch die ganze Entwicklungstheorie, die ganze Wissenschaft überhaupt „ganz genau“ festgestellt wurde, ist, daß „es geschichtlich zweifellos ein besonderes Stadium oder eine besondere Etappe des *Übergangs* vom Kapitalismus zum Kommunismus geben muß.“ (ebd., S. 389)

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft“, sagt Marx, „liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*.“ (ebd.)

Marx’ Schlußfolgerung basiert auf einer wissenschaftlichen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, auf der Rolle, die das Proletariat in einer solchen Gesellschaft spielt - und „auf... der Unversöhnlichkeit der einander entgegengesetzten Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie.“ (ebd.)

Marx erklärt, daß es der Gesellschaft ohne eine „politische Übergangsperiode“, in welcher der Staat nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein kann, unmöglich ist, den Übergang zu einer kommunistischen Gesellschaft zu vollziehen.

Damit erhebt sich die Frage: In welchem Verhältnis steht diese Diktatur zur Demokratie?

Unter dem Kapitalismus [seine günstigste Entwicklung vorausgesetzt - d. Hrsg.] gibt es Demokratie in einer demokratischen Republik. Aber, sagt Lenin, das ist die Demokratie der kapitalistischen Gesellschaft. „Sieht man sich den Mechanismus der kapitalistischen Demokratie genauer an ... in der Technik der Vertretungskörperschaften, in den tatsächlichen Behinderungen des Versammlungsrechts (die öffentlichen Gebäude sind nicht für ‘Habenichtse’ da!), oder in der rein kapitalistischen Organisation der Tagespresse und so weiter und so fort - überall, wo man hinblickt, Beschränkungen auf Beschränkungen des Demokratismus. Diese Beschränkungen, Ausnahmen, Ausschließungen und Behinderungen ... bewirken ..., daß die arme Bevölkerung von der Politik, von der aktiven

Teilnahme an der Demokratie ausgeschlossen, verdrängt wird.“ (ebd. Seiten 390-391)

Doch von dieser kapitalistischen Demokratie führt keine weitere Entwicklung „einfach, geradeswegs und glatt, ‘zu immer größerer Demokratie’, wie die liberalen Professoren und kleinbürgerlichen Opportunisten die Sache darzustellen pflegen.“ (ebd., S. 391)

Lenin fährt fort: „Nein. Die weitere Entwicklung, d. h. die Entwicklung zum Kommunismus, geht über die Diktatur des Proletariats und kann auch gar nicht anders gehen, denn außer dem Proletariat ist niemand imstande, den *Widerstand* der kapitalistischen Ausbeuter zu brechen, und auf anderem Wege ist er nicht zu *brechen*.“

„Die Diktatur des Proletariats aber, d. h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum ersten mal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.“ (ebd.)

Engels formulierte dies in einem Brief an Bebel glänzend mit folgenden Worten: „ ... solange das Proletariat den Staat noch *gebraucht*, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“ (Kritik des Gothaer Programms, BML, S. 46, Brief von Engels an August Bebel in Zwickau, London, 18./ 28. März 1875)

Nur in einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft wird es überhaupt möglich sein, von Freiheit zu sprechen. Erst in einer solchen Gesellschaft wird „eine tatsächlich vollkommene Demokratie, tatsächlich ohne jede Ausnahme,...“ verwirklicht werden. (Lenin, Staat und Revolution, Ausgew. Werke, Bd. II, Seite 392)

Im Kapitalismus besteht Demokratie für eine Minderheit, für die besitzenden Klassen; sie ist gestutzt, dürftig und falsch. Die Diktatur des Proletariats, die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus, bringt zum erstenmal nicht nur der Mehrheit des Volkes Demokratie, sondern zugleich notwendigerweise die Unterdrückung der Minderheit - der Ausbeuterklasse. Einzig und allein der Kommunismus ist imstande, eine vollständige Demokratie ohne jede Ausnahme zu bieten.

Solange unter dem Kapitalismus der Staat als Instrument in den Händen der ausbeutenden Minderheit zur gewaltsamen Unterdrückung der ausgebeuteten Mehrheit besteht, haben wir einen Staat im eigentlichen Sinne des Wortes, denn um darin erfolgreich zu sein „bedarf es natürlich der größten Grausamkeit und bestialischer Unterdrückung, sind Meere von Blut nötig, durch die denn auch die Menschheit... ihren Weg geht.“ (ebd., Seiten 392-393)

Während des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus ist eine besondere Maschine zur Unterdrückung - der Staat - noch notwendig, aber dieser Übergangsstaat, die Diktatur des Proletariats „ist... kein Staat im eigentlichen Sinne mehr, denn die Niederhaltung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Lohnsklaven von *gestern* ist eine so verhältnismäßig leichte ... Sache.“ (ebd., S. 393)

„Schließlich macht allein der Kommunismus den Staat völlig überflüssig, denn es ist *niemand* niederzuhalten, ‘niemand’ im Sinne einer *Klasse*, im Sinne des systematischen Kampfes gegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung.“ (ebd.)

Von den obigen glänzenden Ausführungen über Demokratismus und das Verhältnis von der Diktatur des Proletariats zur Demokratie, von Marx, Engels und Lenin so brillant formuliert, findet sich kein Wort - kein Jota - in Gorbatschows Äußerungen die Demokratisierung betreffend, Äußerungen, die ganz in der Tradition des professoralen Liberalismus und des kleinbürgerlichen Opportunismus stehen. Gorbatschows Behandlung dieser Problematik ist leblos, starr und in keiner Weise dialektisch, sie ist voll von Gemeinplätzen und bourgeoisem Gequassel gewöhnlichster Art.

Mehr noch, Gorbatschows Streben nach einer Rückkehr zur Landwirtschaft im kleinen Stil [Parzellenwirtschaft - d. Hrsg.] durch die Abschaffung der

Staats- und Kollektivwirtschaften, taugt wohl kaum dazu, größere Demokratie herbeizuführen, ganz zu schweigen von einer Lösung des Nahrungsmittelproblems; dies könnte lediglich der vollständigen Unterordnung der Bauernschaft unter die Regierungsgewalt dienen und eine „geeignete Grundlage für eine allmächtige und zahllose Bürokratie“ bieten.

In seiner bemerkenswert geistreichen Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, die er vor fast 150 Jahren verfaßte, machte Karl Marx einige wirklich erhellende Beobachtungen im Hinblick auf die Parzellenbauernschaft. Trotz all der Veränderungen in der Technik und der Kommunikation und ungeachtet der langen Zeitspanne seit damals, sind diese Beobachtungen über das Verhältnis von Demokratie und Kleinbauernschaft bis heute gültig.

„Die Parzellenbauern bilden eine ungeheure Masse, deren Glieder in gleicher Situation leben, aber ohne in mannigfache Beziehung zueinander zu treten. Ihre Produktionsweise isoliert sie voneinander, statt sie in wechselseitigen Verkehr zu bringen.

[...] Ihr Produktionsfeld, die Parzelle, läßt in seiner Kultur keine Teilung der Arbeit zu, keine Anwendung der Wissenschaft, also keine Mannigfaltigkeit der Entwickelung, keine Verschiedenheit der Talente, keinen Reichtum der gesellschaftlichen Verhältnisse. [...] Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen der andern Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstellen, bilden sie eine Klasse. Insofern ein nur lokaler Zusammenhang unter den Parzellenbauern besteht, die Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse. Sie sind daher unfähig, ihr Klasseninteresse im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden. Ihr Vertreter muß zugleich als ihr Herr, als eine Autorität über ihnen erscheinen, als eine unumschränkte Regierungsgewalt, die sie vor den andern Klassen beschützt und ihnen von oben Regen und Sonnenschein schickt. Der politische Einfluß der Parzellenbauern findet also darin seinen letzten Ausdruck, daß die Exekutivgewalt sich die Gesellschaft unterordnet.“ (K. Marx, Der achtzehnte Brumaire ..., Seiten 117- 118)

„Das Parzelleneigentum eignet sich seiner Natur nach zur Grundlage einer allgewaltigen und zahllosen Bürokratie.“ (S. 122, ebd.)

Im nächsten Kapitel behandeln wir historische Fragen, mit anderen Worten: Die Stalin-Frage.

[1] Siehe: Der XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Lalkar, Aug.-Sept.1990

Kapitel 7

Lalkar, Mai/Juni 1991

Historische Fragen - Eine Neubewertung der Vergangenheit. Teil I

In der letzten *Lalkar*-Ausgabe (März-April) [Kapitel 6 - d. Hrsg.] schlossen wir unsere kurze Kritik der Gorbatschowschen *Glasnost* mit der Feststellung, daß die Gorbatschow-Reformen mit ihrem Rückfall in die kleinbäuerliche Agrikultur als Ersatz für die Staats- und Kollektivwirtschaft und der umfassenden Zerstörung der Zentralplanung der sozialistischen Industrie - weit von der Einführung von mehr Demokratie und erst recht von der Lösung wirtschaftlicher Probleme in der UdSSR entfernt - lediglich eine völlige Unterordnung des sowjetischen Volkes unter die Exekutivgewalt zeitigen und die „Grundlage einer allgewaltigen und zahllosen Bürokratie“ bilden würden. Wie in unserem ersten Kapitel angekündigt, wenden wir uns nun historischen Fragen zu, einer Neubeurteilung der Vergangenheit. Obgleich eine historische Einschätzung der Geschichte der UdSSR natürlich mehr als die Beurteilung der Rolle einer einzigen Person beinhaltet, ist aufgrund von sowohl offen als auch getarnt kapitalistischen Schandmäulern, welche die Errungenschaften des Sozialismus in der UdSSR herabwürdigen - die prominentesten Vertreter der letzteren sind Revisionisten und Trotzkisten - dennoch der Ausdruck ‘historische Fragen’ zu einem Ersatzbegriff für eine historische (sehr oft auch hysterische) Analyse der Rolle Josef Stalins geworden, des vordersten Repräsentanten des Bolschewismus nach dem Tode W. I. Lenins und der

Architekt weltverändernder Siege der UdSSR auf ökonomischem, politischem, kulturellem, diplomatischem und militärischem Gebiet. Angesichts dessen sind wir gezwungen, uns dieser Debatte anzuschließen und unsere Aufmerksamkeit auf diesen einzelnen, wenn auch bedeutenden Menschen zu richten; denn umstritten ist hier wahrlich nicht die Ehrenhaftigkeit oder die Integrität, Standfestigkeit oder Treue zur marxistisch-leninistischen Wissenschaft einer einzelnen Person, sondern die eigentliche Überlegenheit und die historische Unvermeidlichkeit des Sozialismus und Kommunismus stehen zur Diskussion.

Vor 1956 kamen Vorwürfe gegen J. W. Stalin und Attacken gegen ihn entweder von eindeutig imperialistischen Agenten und Ideologen (wie Robert Conquest) oder von den Abweichlern innerhalb der Arbeiterbewegung, Trotzkisten und Sozialdemokraten verschiedener Schattierungen. Keiner konnte sie ernst nehmen. Aber in jenem Jahr des XX. Parteitags der KPdSU(B), als Chruschtschow schließlich seine bolschewistische Maske fallen ließ und sein wahres revisionistisches Wesen offenbarte, eröffnete er seine bösartige Attacke auf das, was er 'Stalins Personenkult' nannte. Es müssen zwei kurze Bemerkungen zu Chruschtschows Angriff auf Stalin gemacht werden. Zunächst hatten die Chruschtschowianer mit ihrer doppelzüngigen und hinterhältigen Vorgehensweise, welche für Revisionisten wie für die Marktschreier des Kapitalismus überall auf der Welt typisch ist, nicht den Mut, diesen Leumund in der UdSSR zu verbreiten; so sehr fürchteten sie die Feindschaft des sowjetischen Volkes gegen jeden, der die Rolle Stalins herabzusetzen versuchte. Sie veröffentlichten dieses Machwerk jedoch über Kontakte zu den in Moskau ansässigen imperialistischen Presseagenturen im Ausland. Im Gegenzug wurden die sowjetischen Bürger zu ihrer Bestürzung mit antisozialistischer und gegen Stalin gerichteter Hetze überhäuft, die bis zum heutigen Tag unaufhörlich von den imperialistischen Medien fortgeführt wird. Diese Arbeitsteilung zwischen den Revisionisten in der UdSSR und dem Imperialismus hielt unvermindert an und erreichte eine neue qualitative Stufe mit der Machterlangung Gorbatschows. Zweitens fühlte sich Chruschtschow 1956 noch nicht stark genug, um die Errungenschaften des Sozialismus zu denunzieren und zu verwerfen. Statt dessen mußten er und seine Gefolgsleute weiterhin ihre Loblieder singen, während sie - allmählich aber sicher - vom Sozialismus abweichende Wirtschaftsreformen in Gang setzten, die immer mehr Gewicht auf kapitalismusverwandte Maßnahmen der

Wirtschaftsführung legten; Dezentralisierung und Abbau ökonomischer Planungsmechanismen; Preisgestaltungsreform und Übergang zur eigenständigen Rechnungsführung der Betriebe; größere Anreize und Einführung von Einzelleitungsprinzipien. All diese Maßnahmen, die in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten [der Zeitraum vor 1991 - d. Hrsg.] eingeleitet wurden, haben schließlich zu der jetzigen, qualitativ neuen Situation geführt, in der die UdSSR nach den Worten ihres Finanzministers höchstpersönlich „am Rande einer ökonomischen Katastrophe steht“.

Als Gorbatschow im März 1985 Generalsekretär wurde, stand er vor der sachlichen Entscheidung: Entweder die durch eine ganze Serie von ihrem Wesen nach kapitalistischen Maßnahmen hervorgerufene Zerrüttung rückgängig zu machen und gewissenhaft und umfassend die Prinzipien des Marxismus-Leninismus in allen Bereichen des sowjetischen Lebens - der Ökonomie, der Ideologie und der Kultur - zu befolgen, oder einen Weg noch schneller zu gehen, der letzten Endes nur zur Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR führen kann. Man muß traurigerweise feststellen - und diese Wahrheit zu verbergen wäre unverzeihlich - daß Gorbatschow entschieden den zweiten Weg wählte (falls das Wort ‘entschieden’ jemals in Verbindung mit Gorbatschow gebraucht werden kann), den Weg zur Einführung einer Marktwirtschaft - ein anderer Ausdruck für die Wiedereinführung des kapitalistischen Produktions-, Distributions- und Austauschsystems.

Wie Chruschtschow stieß jedoch auch Gorbatschow auf ein beträchtliches Hindernis für seine Restaurationspläne: Auf den Widerstand der sowjetischen Menschen gegen eine Marktwirtschaft und ihr Vertrauen auf die sozialistische zentrale Planwirtschaft, ihr Engagement für ein ökonomisches System, das frei von Hunger, Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist. In einer solchen Situation mußte jeder ökonomische Umbau (*Perestrojka*) in kapitalistischer Richtung von einem Sturm auf die Werte, die Ideologie, die enormen sozialistischen Errungenschaften und den wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus begleitet sein. Eine offene und direkte Attacke auf den Marxismus-Leninismus brachte allerdings große Gefahren mit sich; massenhafte Entrüstung und Zorn hätten jeden leicht fortwehen können, der sich darin versuchte. Angesichts dieser Tatsache war es ratsam, die Grundlagen und

Prinzipien des Sozialismus, des Marxismus-Leninismus, unter dem Vorwand eines Vorgehens gegen den ‘Personenkult’, das ‘bürokratische’ und ‘Kommandosystem’, den ‘exzessiven Zentralismus’ usw. anzugreifen. Es gibt ein von Lenin sehr gern zitiertes deutsches Sprichwort: Die Hiebe galten dem Esel, aber ich traf nur den Sack. Die Revisionisten - von Chruschtschow bis Gorbatschow - trugen ihrerseits sehr viel zur Diffamierung Josef Stalins bei, ihre Beschimpfungen galten aber tatsächlich dem Marxismus-Leninismus und den weltweit aufsehenerregenden Erfolgen des Sozialismus. Nur in diesem Zusammenhang kann man die Wut und die Giftigkeit, die Schmähungen und Beschimpfungen wirklich begreifen, mit denen die imperialistische Bourgeoisie und ihre ideologischen Vertreter innerhalb der Arbeiterklasse - Revisionisten, Trotzkisten und andere sozialdemokratische Richtungen - über Stalin herziehen. Wenn der Imperialismus und seine Agenten es für nötig halten, diesen Mann vierzig Jahre nach seinem Tode zum tausendsten Mal zu vernichten, stellen die mit seinem Namen verbundenen Errungenschaften offenbar eine unüberwindliche Barriere für ihre Restaurationspläne dar. Sein Name verfolgt sie daher immer noch und stört ihren Schlaf.

Kommen wir damit auf unseren jüngsten geharnischten Ritter - Gorbatschow - zurück, der sich aufmachte, den Stalin zu bezwingen. Wie Don Quijote sehen wir ihn gegen Windmühlen anstürmen. Er ist ganz aufgewühlt; in der Fremde vernichtet er Stalin und zu Hause die sowjetische Wirtschaft. Er nimmt sich vor, Stalin und das in der Sowjetunion während der drei Jahrzehnte der KPdSU(B)-Führung unter Stalin Erreichte niederzumachen, endet schließlich mit der Bestätigung jener Erfolge und zollt, wenn auch ungewollt, Stalin mit glühenden Worten Tribut.

Betrachtet man die besten sowjetischen Errungenschaften, die mit Stalins Führung untrennbar verbunden sind, muß man darunter die folgenden einschließen:

Den erfolgreichen Kampf der KPdSU(B) für -

- die Kollektivierung der Landwirtschaft;

- die Industrialisierung der UdSSR unter dem Fünfjahresplan auf der festen Grundlage der zentralisierten sozialistischen Planung;

- den konsequenten Schutz der UdSSR angesichts heimtückischer Anschläge des westlichen Imperialismus und den Sieg über Nazideutschland;

- die Entwicklung des kulturellen Lebens des sowjetischen Volkes;

- die Abwehr rechter (Bucharinscher) und ‘linker’ (trotzkistischer) Abweichungen in der Partei.

Was hat Gorbatschow zu all diesen Erfolgen zu sagen?

In seinem Buch *Perestrojka* gibt es nur zwei namentliche Erwähnungen Stalins - und diese auch nur zum Zwecke der Denunziation im Zusammenhang mit dem angeblichen Personenkult und der vermeintlichen Beugung sozialistischen Rechts (darüber später mehr). Ansonsten scheut Gorbatschow den Namen Stalins wie der Teufel das Weihwasser und singt Arien auf die Errungenschaften des Sozialismus während dieser Periode in einer Art und Weise, als hätten diese Errungenschaften absolut nichts mit der Führungsrolle der Partei und insbesondere ihres Generalsekretärs zu tun, eben Josef Stalin. Unter dem Titel *Lehren der Geschichte* hat Gorbatschow dies zu sagen:

„Man kann mit Recht sagen, daß die nachrevolutionäre Entwicklung schwierige Etappen durchmachte, größtenteils durch die grobe Einmischung imperialistischer Kräfte in unsere inneren Angelegenheiten; auch kamen politische Fehler und Fehleinschätzungen vor. Dennoch schritt die Sowjetunion weiter voran und eine Gesellschaft entstand, in der das Volk Vertrauen in die Zukunft bekam. Und um bei der Wahrheit zu bleiben, muß jeder objektive Beobachter zugeben, daß die sowjetische Geschichte überhaupt eine Geschichte unbestreitbaren Fortschritts ist, trotz aller Verluste, Rückschläge und Versäumnisse. Trotz fehlender Wege, wörtlich und bildlich, machten wir Fortschritte ... wir gingen unbeugsam voran und dachten niemals an einen Rückzug oder daran, unseren einmal gewonnenen Boden aufzugeben und unsere Entscheidung für den Sozialismus in Frage zu stellen.“ (S. 38)

„Anspruchsvolle Aufgaben innerhalb einer kurzen Zeitspanne zu erfüllen“, sagt Gorbatschow, kann nicht „so glatt verlaufen wie ein Spaziergang auf dem Newski-Prospekt.“ Und er fährt fort:

„Nehmen wir zum Beispiel die Industrialisierung. Unter welchen Bedingungen vollbrachten wir sie? Der Bürgerkrieg und die Intervention von vierzehn fremden Mächten hinterließen ein komplett verwüstetes Land. Es gab eine Wirtschaftsblockade und einen ‘Cordon Sanitaire’ [politische bzw. militärische Abriegelung - ‘Sperrkette’ - d. Hrsg.]. Es gab keine angehäuften Reichtümer und keine Kolonien; im Gegenteil, es war lebenswichtig, das noch verfügbare Geld zur Verbesserung der Verhältnisse im Hinterland der Nation zu verwenden, das vom Zarismus unterdrückt worden war. Um unsere revolutionären Errungenschaften zu sichern, mußten wir - und zwar schnell - mit unseren internen Ressourcen eine Basis für die nationale Industrie schaffen, die Konsumtion niedrig halten und sie auf ein Minimum reduzieren...“ (ebd., Seiten 38-39)

Und in einem unbeabsichtigten, gleichsam scharfen Kontrast zu der Verwirrung und Verzagtheit, zur Mutlosigkeit und Hoffnungslosigkeit, die mit seinen reaktionären Plänen verwoben sind und unter den Namen *Glasnost* und *Perestrojka* zur kapitalistischen Restauration in der UdSSR Einzug halten, zeichnet er mit den folgenden Worten ein Bild der massenhaften Begeisterung und heroischer Arbeitsleistungen, welche den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR begleiteten und charakterisierten:

„Wir mußten tatsächlich die Industrie aus dem Stand errichten, besonders die Schwerindustrie, die Kraftwerke und die Maschinenbauindustrie. Und wir machten uns tapfer an die Verwirklichung dieser Aufgabe. Die Lebendigkeit der Pläne der Partei, die von den Massen verstanden und akzeptiert wurden, sowie der Losungen und Projekte, die vom ideologischen Elan unserer Revolution durchdrungen waren, manifestierte sich in dem Enthusiasmus, mit dem Millionen von sowjetischen Menschen die Anstrengungen auf sich nahmen, um die nationale Industrie aufzubauen. Eben dieser Enthusiasmus setzte die Welt in Erstaunen. Unter unglaublich schwierigen Bedingungen, oft weit von ihrem Zuhause entfernt, gewöhnlich ohne maschinelle Ausrüstung und unterernährt leisteten sie wahre Wunder, gleichsam aus dem Nichts, ohne Vorgabe. Sie nährten ihre Inspiration aus der Tatsache, daß es ihre eigene große und historische Sache war. Obwohl sie nicht sehr gebildet waren, verstanden sie vollkommen, welch großartiges und einzigartiges Werk sie verrichteten. Das war tatsächlich eine Heldentat im Namen der Zukunft ihres

Vaterlandes und eine Bestätigung der Treue der Menschen zu ihrer freien Entscheidung, die sie 1917 trafen.“

Und indem er ‘vergißt’ zu erwähnen, daß Josef Stalin der Erste unter diesen Vätern und Großvätern war, fügt Gorbatschow hinzu:

„Unsere Väter und Großväter bewältigten alles, was ihnen widerfuhr. Sie leisteten einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung und Konsolidierung unserer Gesellschaft zu einer Zeit, in der deren gesamte Zukunft auf dem Spiel stand.“ (ebd.)

Viele Nörgler, insbesondere einige ‘sozialistische’ Plärrer, haben die sowjetische Führung, speziell Stalin wegen der hohen Geschwindigkeit der Industrialisierung oft gerügt. Stalin wies diese Kritik bei unzähligen Gelegenheiten zurück und betonte, daß die schnelle Industrialisierung nicht nur durch die Notwendigkeit des Sieges des Sozialismus in der UdSSR bestimmt, sondern auch von der äußeren Bedrohung der UdSSR als einziges sozialistisches Land durch den Imperialismus diktiert sei. Eine nicht industrialisierte oder halb industrialisierte - und damit schwache - Sowjetunion wäre einem entschlossenen imperialistischen Angriff nicht gewachsen gewesen. Genau dieser Art Angriff sah sich die Sowjetunion im Juni 1941 gegenüber, als die Nazibestien ihren Aggressionskrieg gegen die UdSSR mit dem Ziel entfesselten, den Sozialismus zu vernichten und das riesige Land zu unterjochen. Als er die technische und industrielle Rückständigkeit der UdSSR der fortgeschrittenen Technologie und Industrie der führenden kapitalistischen Länder gegenübergestellt hatte, formulierte Stalin die Frage so:

„Und so ergibt sich eine Situation, daß wir in unserem Lande einerseits die fortschrittlichste Gesellschaftsordnung, die Sowjetordnung, und die fortschrittlichste Staatsmacht der Welt, die Sowjetmacht, haben, andererseits aber eine äußerst rückständige Technik der Industrie, die die Basis für den Sozialismus und die Sowjetmacht abgeben muß. Glauben Sie, daß man den endgültigen Sieg des Sozialismus in unserem Lande erringen kann, solange dieser Widerspruch besteht?“ (Stalin, Werke, Bd. XI, S. 220)

Und: „Um den endgültigen Sieg des Sozialismus in unserem Lande zu erringen, müssen wir (zusätzlich zur Einrichtung des fortschrittlichsten politischen Systems - H.B.) diese (am meisten fortgeschrittenen

kapitalistischen - H.B.) Länder auch in technisch-ökonomischer Hinsicht einholen und überholen. Entweder erreichen wir das, oder wir werden zermalmt.“ (ebd.)

Er fügt hinzu:

„Die Frage des schnellen Entwicklungstempos der Industrie stünde bei uns nicht in der Schärfe, wenn wir nicht das *einzige* Land der Diktatur des Proletariats, sondern *eines der Länder* der proletarischen Diktatur wären, wenn wir die proletarische Diktatur nicht nur in unserem Lande, sondern auch in anderen, fortgeschritteneren Ländern, sagen wir in Deutschland und Frankreich, hätten.“ (Hervh. d. Stalin, ebd., S. 223)

Stalin stellt die Frage: „Kann man denn nicht in einem langsameren Tempo, unter ‘ruhigeren’ Verhältnissen arbeiten? Erklärt sich das von uns eingeschlagene schnelle Entwicklungstempo der Industrie nicht vielleicht aus dem unruhigen Charakter der Mitglieder des Politbüros und des Rates der Volkskommissare?“ (ebd., S. 219)

Er beantwortet diese Frage so:

„Natürlich nicht! Im Politbüro und im Rat der Volkskommissare sitzen nüchterne und ruhige Leute. Abstrakt gesprochen, wenn wir von der äußeren und der inneren Situation absähen, könnten wir natürlich auch ein langsameres Tempo einschlagen. Aber das ist es ja gerade, daß man erstens von der äußeren und inneren Situation nicht absehen darf und daß man zweitens, wenn man von den Verhältnissen, in denen wir leben, ausgeht, anerkennen muß, daß gerade sie, diese Verhältnisse, uns ein schnelles Entwicklungstempo unserer Industrie diktieren.“ (ebd.)

Wenngleich Gorbatschow in seiner typischen Art auch bei der Diskussion um die Industrialisierung und Kollektivierung solch wichtige Fragen wie den Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus - sowohl intern (innerhalb der UdSSR) als auch extern (im Verhältnis zu den sie umringenden imperialistischen Ländern) - außer acht läßt, sich lediglich auf Produktions- und Produktivitätswachstum und auf den Schutz des Landes gegen äußere Bedrohung konzentriert, stimmt er anscheinend dennoch rückblickend mit Stalin in der Frage der damaligen schnellen Industrialisierung der UdSSR überein:

„Die Industrialisierung in den zwanziger und dreißiger Jahren war tatsächlich eine sehr harte Prüfung. Aber versuchen wir nun, nachträglich eine Antwort auf die Frage zu finden: ‘War es notwendig?’ Konnte ein so großes Land wie das unsere im zwanzigsten Jahrhundert lebensfähig sein, ohne ein industriell entwickelter Staat zu sein? Es gab einen weiteren Grund, der sehr bald klarmachte, daß uns keine andere Wahl blieb, als die Industrialisierung anzukurbeln. Bereits im Jahre 1933 wuchs die faschistische Bedrohung sehr rasch. Und wo wäre die Welt heute, wenn die Sowjetunion der Hitlerischen Kriegsmaschine nicht den Weg versperrt hätte? Unser Volk verjagte den Faschismus mit einer Macht, die in den zwanziger und dreißiger Jahren geschaffen wurde. Hätte es keine Industrialisierung gegeben, hätten wir vor dem Faschismus unbewaffnet dagestanden.“

„Aber wir ließen uns von den Panzerketten des Faschismus nicht erdrücken. Ganz Europa war unfähig Hitler aufzuhalten, wir jedoch zerschmetterten ihn. Wir zerschlugen den Faschismus nicht nur und ausschließlich dank des Heldenmutes und der Selbstaufopferung unserer Soldaten, sondern auch aufgrund unseres besseren Stahls, besserer Panzer und besserer Flugzeuge. All das wurde während der Sowjetzeit geschmiedet.“

Die Kollektivierung

Die Bedeutung der Kollektivierung liegt nicht allein in der Tatsache, daß sie die geringe Produktivität und die Armut auf dem Lande überwand, sondern daß sie die zahlenmäßig größte Ausbeuterklasse in der UdSSR eliminierte - die Kulakenklasse, die Hauptstütze einer kapitalistischen Restauration - und die größte arbeitende Klasse in der UdSSR, die Bauernklasse, vom Wege der den Kapitalismus erzeugenden individuellen Landwirtschaft auf den Weg der kollektiven, sozialistischen Landwirtschaft brachte. Gorbatschow ignoriert natürlich diesen Aspekt, eben diese welthistorische Bedeutung der Kollektivierung. Wir wissen schon warum, denn er möchte diese Art Landwirtschaft rückgängig machen, um das derzeitige Nahrungsmittelproblem der UdSSR zu lösen. Deshalb sind er und sein ökonomischer Beraterstab so erpicht auf die Neue Ökonomische Politik und die früher bereits überwundenen und zweifelhaften Figuren wie Nikolaj Bucharin in den allbekannten Moskauer Prozessen (darüber später mehr). Nichtsdestoweniger und trotz all seiner Nörgelei und seines Lamentierens

über „schwerwiegende Exzesse und grobe Fehler bei den Methoden und in bezug auf das Tempo“ sowie „die Art und Weise und die Formen“, die nicht immer mit „sozialistischen Prinzipien übereinstimmten“, bekundet Gorbatschow seine Begeisterung und zollt dem Erfolg und der Bedeutung der Kollektivierung folgende Anerkennung:

„Nehmen wir die Kollektivierung. Ich weiß, wieviel Fiktion, Spekulation und gehässige Kritik gegen uns mit diesem Begriff verbunden ist, von dem Prozeß selbst ganz abgesehen. Ja, sogar viele objektive Wissenschaftler, die sich mit dieser Periode unserer Geschichte befassen, scheinen die Wichtigkeit, Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der Kollektivierung in unserem Land nicht zu begreifen.

Wenn wir wirklich wahrheitsgetreu und wissenschaftlich die Zeitumstände und die Besonderheiten der Entwicklung unserer Gesellschaft, der sowjetischen Gesellschaft betrachten sollen; wenn wir nicht die Augen vor der außerordentlichen Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Produktion verschließen, die keine Hoffnung auf Überwindung dieser Rückständigkeit hatte, solange sie in kleinem Maßstab betrieben wurde und zersplittert blieb; wenn wir uns schließlich um eine korrekte Beurteilung der tatsächlichen Resultate der Kollektivierung bemühen, ist eine einfache Schlußfolgerung unausweichlich: Die Kollektivierung war eine große historische Tat, die wichtigste gesellschaftliche Veränderung seit 1917. Aber ohne sie wäre weiterer Fortschritt für unser Land unmöglich gewesen. Die Kollektivierung schuf eine gesellschaftliche Grundlage, den Agrarsektor der Ökonomie auf den neuesten Stand zu bringen und ermöglichte die Einführung moderner landwirtschaftlicher Methoden. Sie sicherte Produktivitätswachstum und eine grundlegende Ertragssteigerung, die wir nicht erreicht hätten, wären die vormaligen, im Grunde genommen mittelalterlichen Zustände auf dem Lande unberührt geblieben. Mehr noch, die Kollektivierung setzte beträchtliche Ressourcen und Arbeitskräfte frei, die in anderen Entwicklungsbereichen unserer Gesellschaft, allen voran in der Industrie benötigt wurden. Die Kollektivierung veränderte, vielleicht nicht reibungslos und nicht sofort, die gesamte Lebensweise der Bauernschaft und machte es ihr möglich, eine moderne, gebildete Klasse unserer Gesellschaft zu werden. Hätte es die Kollektivierung nicht gegeben, könnten wir uns heute nicht einmal vorstellen, eine Kornmenge von 200 Millionen Tonnen zu produzieren, geschweige denn

250 Millionen Tonnen, wie für die nächste Zukunft geplant. Bereits jetzt haben wir die Gesamtgetreideproduktion aller Länder der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammengenommen übertroffen, ungeachtet der Tatsache, daß wir eine geringere Bevölkerung haben.

Es ist jedoch richtig, daß wir immer noch mit vielen Engpässen bei den Nahrungsmitteln konfrontiert sind, besonders bei Viehprodukten. Aber ohne die Kollektivierung würden wir heute pro Kopf nicht soviel produzieren und nicht den größten Teil unserer Lebensbedürfnisse befriedigen können. Von ganz besonderer Bedeutung aber ist, daß die Gefahr des Hungers und der Unterernährung für immer in unserem Land gebannt ist. Und für Jahrhunderte war das die Geißel Rußlands. Hinsichtlich der Kalorienaufnahme zählt die Sowjetunion eindeutig zu den entwickelten Nationen. Der wichtigste Punkt dabei ist: Die Kollektivierung und ihre mehr als fünfzigjährige Geschichte versetzte uns im Laufe der Umstrukturierung in die Lage, den gesamten Agrarsektor auf eine qualitativ neue Stufe zu heben.“ (ebd., Seiten 40-41)

Es ist kaum zu glauben, daß - abgesehen von einigen anderen - ausgerechnet der Verfasser der obenerwähnten Äußerungen die sowjetische Landwirtschaft dekollektivieren möchte, und dies als eine Wachstumsmaßnahme - zur Produktivitätssteigerung auf dem Agrarsektor und zur Lösung des Nahrungsmittelproblems in der Sowjetunion. Es ist allerdings kein Wunder, daß seine Pläne ins Stocken geraten sind, da sie der gesamten historischen Entwicklung zuwiderlaufen.

Der erstaunlich schnelle Wiederaufstieg nach dem Krieg

Gorbatschow spricht die entsetzlichen Verwüstungen an, die der Sowjetunion von der grausam wütenden Kriegsmaschinerie der Nazis während des Zweiten Weltkriegs zugefügt wurden, die solche Kultur- und Industriezentren wie Leningrad, Stalingrad, Kiew, Minsk, Odessa, Sewastopol, Smolensk, Brjansk, Nowgorod, Rostow, Charkow, Orjol, Kursk, Woronesh und viele andere Städte in Ruinen verwandelte und ihre Kulturdenkmäler, Kunstgalerien und Kunstpaläste, Bibliotheken und Kathedralen plünderte oder zerstörte. Mit Hochachtung redet er von dem Elan und dem Tempo, mit dem die UdSSR in der Lage war, sich zu erholen und die Entwicklung des wirtschaftlichen Aufbaus wiederaufzunehmen, die durch den Krieg brutal unterbrochen wurde:

„Damals sagte man im Westen, daß Rußland nicht einmal in hundert Jahren wieder auf die Beine kommen könne und von der internationalen politischen Bühne für lange Zeit verschwunden sein werde, weil es mehr schlecht als recht mit der Heilung seiner Wunden beschäftigt wäre. Heute sagen sie - die einen mit Bewunderung, die anderen mit unverhohlener Feindseligkeit - wir seien eine Supermacht! Wir allein richteten unser Land aus eigener Kraft wieder auf und erfüllten es neu mit Leben, indem wir die immensen Potentiale des sozialistischen Systems richtig nutzten.“ (ebd., S.41)

Die unbefangene Freude, die beispiellose Energie und das unvergleichliche Ehrgefühl, mit dem die Erbauer des neuen Lebens - die sowjetischen Menschen - unter dem Banner des Marxismus-Leninismus und der Führung der bolschewistischen Partei ihre großartigen Arbeitsleistungen vollbrachten und ihre sozialistische Heimat aus dem Stand in eine mächtige Kraft verwandelten, die im weiteren wenig später in der Lage war, die Nazi-Kriegsmaschine in tausend Stücke zu schlagen, gießt Gorbatschow in die folgenden Zeilen:

„Und wir kommen nicht um die Erwähnung eines weiteren Aspekts herum, der im Westen so oft ignoriert oder totgeschwiegen wird, ohne den es aber einfach nicht möglich ist, uns - das sowjetische Volk - zu verstehen; zusammen mit den ökonomischen und sozialen Errungenschaften entstand auch eine neue Lebensweise, es gab den Eifer der Erbauer einer neuen Welt, die Inspiration durch neue und außergewöhnliche Umstände, ein feines Gefühl des Stolzes, daß wir allein, ohne Hilfe und nicht zum erstenmal, das Land auf unsere Schultern hoben. Die Menschen dürsteten nach Wissen und Kultur und machten sich beides zu eigen. Sie genossen ihr Leben, erzogen ihre Kinder und verrichteten ihr Tagewerk. All dies taten wir in einer vollkommen neuen Atmosphäre, die sich gewaltig von derjenigen vor der Revolution unterschied, in einer Atmosphäre der Freiheit, der Gleichberechtigung und unermeßlicher Möglichkeiten für die arbeitenden Menschen. Wir wußten sehr genau, was wir vom Sozialismus bekamen. Kurz, die Menschen lebten und arbeiteten schöpferisch auf allen Ebenen einer friedlichen Entwicklung unseres Landes. In den Briefen, die ich von meinen Landsleuten bekomme, steht stolz: Sicher, wir waren ärmer als andere, dennoch war unser Leben erfüllter und interessanter.“ (ebd., Seiten 41-42)

Welch ein Kontrast zwischen dem oben gezeichneten Bild und der heutigen Situation, in der sich die sowjetischen Menschen dank der reaktionären Restaurationspolitik befinden, die Gorbatschow mit seiner *Perestrojka* und seiner *Glasnost* auf das Sowjetvolk hetzt. Anstatt Hoffnung machen sich jetzt Pessimismus, Resignation und Hoffnungslosigkeit breit; an die Stelle ideologischer Klarheit tritt Konfusion; der Stolz auf die eigenen Errungenschaften weicht einem wachsenden Nihilismus, der alles in den Schmutz zieht, was wirklich großartig in der sowjetischen Geschichte war; statt Wißbegier im vornehmsten Sinne und Kulturinteresse entwickelt sich nun eine Gier nach allem, was in der kapitalistischen Welt höchst dekadent oder pornographisch ist; anstelle einer Atmosphäre der Freiheit, der Gleichheit, sozialistischer Solidarität und enormer Möglichkeiten für die arbeitenden Menschen existiert nun eine alles durchdringende Atmosphäre der Angst, wachsender Ungleichheit, des bürgerlichen Individualismus und der Aussichtslosigkeit für die Werktätigen - all das sind Resultate der Zerrüttung und Zerstörung der sozialistischen zentralen Planwirtschaft durch die Reformen der Gorbatschowschen Umstrukturierung.

Zum erstenmal seit Mitte der zwanziger Jahre des XX. Jahrhunderts sieht sich das arbeitende Volk der Sowjetunion womöglich schon in naher Zukunft mit Massenarbeitslosigkeit konfrontiert. Das kapitalistische Wesen jener Reformen, die von der Gorbatschow-Führung und der neobourgeoisen Intelligenz eingeführt werden, bedroht die Situation der Arbeiterklasse in einem solchen Ausmaß, daß letztere immer häufiger auf die Waffe des Streiks zurückgreift, um ihre Forderungen durchzusetzen. Der Bergarbeiterstreik vom Juli 1989 und die aktuellen Streiks der Bergleute [1991 - d. Hrsg.] sind eine äußerst bezeichnende Entwicklung und Ausdruck der Unzufriedenheit der arbeitenden Klasse mit dem ökonomischen Umbau Gorbatschows.

In der Vergangenheit machten Arbeiter von Streiks keinen Gebrauch, weil sie die Nutzlosigkeit eines Streiks begriffen, der gegen sie selbst gerichtet gewesen wäre. Die Arbeiterklasse nahm nicht etwa aus Furcht vor Stalin kolossale Mühsal und Härten in Kauf, wie uns die Imperialisten und trotzkistische Nörgler weismachen wollen, sondern weil sie den Anspruch hatte, ein neues Leben aufzubauen, für sich selbst voll Stolz eine neue Welt zu errichten. Die bürgerlichen Reformen bedrohen allerdings die Sicherheit und Stabilität der Arbeiterklasse und zwingen sie, gegen schlechte

Arbeitsbedingungen und die Senkung des Lebensstandards zu streiken, gegen den steilen Preisanstieg bei grundlegenden Bedarfsgütern und Leistungen (Nahrungsmittel, Personentransport der öffentlichen Verkehrsmittel, Elektrizität, Wohnraum), gegen die Verknappung lebensnotwendiger Produkte, die aufkommende Gefahr der Arbeitslosigkeit und gegen die klaffenden Einkommensunterschiede zwischen den Arbeitern und der neubürgerlichen Intelligenzia sowie den Schwarzmarkthändlern, die aufgrund der Gorbatschow-Reformen durch die Privatkooperativen aus ihren Löchern kommen.

1989 gab es einen Verlust von über 7 Millionen Arbeitstagen durch Streiks in der UdSSR. 1990 stieg diese Zahl insgesamt auf 10 Millionen Arbeitstage, von denen ungeheure 9 Millionen allein in den Monaten Januar und Februar verlorengingen. Die Streiks im März 1991 kosteten bereits mehr als 1 Million (1.169.000) Werktage und die noch nicht bekannte Statistik für April verheißt noch Schlimmeres. Wir werden die genauen Verlustziffern kennen, wenn der gegenwärtige Streik der Kohlenbergwerker beendet ist.

Sowohl die industrielle als auch die landwirtschaftliche Produktion liegen am Boden. Im ersten Quartal 1991 sank das Gesamtnationalprodukt [auch: gesellschaftliches Gesamtprodukt; (umfaßt die Gesamtheit aller produzierten materiellen Güter einer sozialistischen Gesellschaft - im Unterschied zum Bruttosozialprodukt kapitalistischer Länder, das auch Dienstleistungen umfaßt) - d. Hrsg.] um 8%, die Produktivität sank um 9% und der Außenhandel um 30%. Das ist der Beitrag der Gorbatschow-Führung zur ‘Entwicklung’ der sowjetischen Gesellschaft. Die von der Regierung eingeführten Reformen haben die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft wenigstens um ein Jahrzehnt zurückgeworfen.

Jene Streiks werden zunehmend von Demagogen mißbraucht, welche die Verärgerung der Arbeiterklasse nutzen, um die Einführung des Kapitalismus - einer ‘Marktwirtschaft’ — voranzutreiben und zu beschleunigen. Und dies geschieht nach sechs Jahren bürgerlicher Dreckpublizistik in der Sowjetpresse gerade zu einer Zeit, da der halb-bourgeoise Deputiertenkongreß als Institution die Partei auf ein Nebengleis verdrängte und die KPdSU degradiert und bis zur Verstümmelung in Mißkredit gebracht wurde. Niemals war das Ansehen der KPdSU und ihres Generalsekretärs - wie es jetzt der Fall ist - derart tief gesunken. Sogar ein ganz gewöhnliches Mitglied der

bolschewistischen Partei in den zehner, zwanziger, dreißiger, vierziger und fünfziger Jahren genoß größeres Ansehen und Autorität bei der sowjetischen Bevölkerung als Gorbatschow heutzutage, da die Rufe nach seinem Rücktritt immer lauter werden. Die KPdSU ist nicht mehr die führende Kraft, sondern hängt im Schlepptau lautstarker Reformisten, die eine Unmenge Schwachsinn absondern und - auch dies sei zu ihrer Schande gesagt - die sowjetische Wirtschaft in den Sand setzten.

Gegen Ende seines Rückblicks in die sowjetische Geschichte versichert uns Gorbatschow:

„Vierzehn von fünfzehn Bürgern, die heute in der UdSSR leben, sind nach der Revolution geboren. Und wir werden immer noch hartnäckig gedrängt, vom Sozialismus abzulassen. Warum sollte das Sowjetvolk, das im Sozialismus gewachsen und stark geworden ist, dieses System aufgeben? Wir werden keine Mühe scheuen, den Sozialismus zu entwickeln und ihn zu stärken. Ich denke, daß bisher nur ein Minimum des Potentials des neuen Systems erschlossen wurde.

Deshalb erscheinen uns jene Vorschläge - und einige sind tatsächlich ehrlich gemeint - befremdlich, unser Gesellschaftssystem zu ändern und zu Methoden und Formen zurückzukehren, die für eine völlig andere Gesellschaftsstruktur typisch sind. Solche Anregungen geben Leute, die nicht begreifen, daß das einfach unmöglich ist, selbst wenn es jemanden gäbe, der gewillt ist, die Sowjetunion zum Kapitalismus zurückzudrehen. Denken Sie nur: Wie könnten wir wohl sagen, daß 1917 ein Fehler war - die ganzen siebzig Jahre unseres Lebens, unserer Arbeit, unserer Anstrengungen und Schlachten gleichfalls Fehler waren und daß wir in die ‘falsche Richtung’ gingen? Nein, eine genaue und unvoreingenommene Sicht der geschichtlichen Fakten lassen nur eine Schlußfolgerung zu: Es ist die Entscheidung für den Sozialismus, welche das früher rückständige Rußland an seine ‘angemessene Position’ brachte - auf den Platz, den die Sowjetunion heute für den Fortschritt der Menschheit einnimmt.

Wir haben keinen Grund, von der Oktoberrevolution und vom Sozialismus in leisen Tönen zu reden, als ob wir uns etwa dessen schämten. Unsere Erfolge sind enorm und unbestreitbar.“ (ebd., S. 42)

In Anbetracht der oben gemachten Aussagen sollte man meinen, daß der Sozialismus in den Händen eines Menschen sicher sei, der diese Zeilen schrieb. Doch bedauerlicherweise ist das nicht so! Derselbe Mann, der dort äußert, daß das sowjetische Volk „im Sozialismus gewachsen und stark geworden ist“, daß „bisher nur ein Minimum des Potentials des neuen Systems erschlossen wurde“, daß es „unmöglich ist, ...die Sowjetunion zum Kapitalismus zurückzudrehen“, läßt uns nun wissen, es gäbe keine andere Wahl, als zu einer Marktwirtschaft überzugehen, d.h. zum Kapitalismus, um den ‘Sozialismus’ zu stärken!! Obwohl er uns oben versichert: „Wir haben keinen Grund, von der Oktoberrevolution und vom Sozialismus in leisen Tönen zu reden, als ob wir uns etwa dessen schämten“, geschieht es dennoch eben unter seiner Führung, daß die sowjetische Presse und andere Medien den übelsten und giftigsten antikommunistischen Auswurf in der Absicht hervorwürgen, die Oktoberrevolution und die sozialistischen Errungenschaften zu beschmutzen. Nur unter seiner Führung konnten antikommunistische Reaktionäre sich dazu versteigen, Lenin-Statuen umzukippen oder konnten Lenin - seine Statuen vor sich tragend - einen Faschisten nennen, am Tag der Arbeit gegen die Partei gerichtete und monarchistische Aufmärsche organisieren sowie die Abschaffung der Feierlichkeiten im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution fordern.

Im Anschluß an sein leidenschaftliches Bekenntnis zur Oktoberrevolution und zur Erfolgsgeschichte des Sozialismus, erklärt Gorbatschow: „Aber (Lenin würde sagen: Das ist Schtschedrins ‘Aber’) wir sehen die Vergangenheit in ihrer Gesamtheit und Vielgestaltigkeit. Unsere Errungenschaften halten uns nicht davon ab, ... unsere Fehler und Versäumnisse zu sehen.“

Er bemerkt dann weiter, daß die „Wurzeln der heutigen Schwierigkeiten“ ihren Ursprung in Ereignissen hätten, „die weit in die 30er Jahre zurückreichen.“

Nachdem man uns berichtete, wie das Sowjetvolk gigantische ökonomische, soziale und kulturelle Fortschritte während dieser Zeit machte, daß es nach Wissen und Kultur dürstete und beides meisterte, daß es kreativ und produktiv auf allen Ebenen der friedlichen Entwicklung der UdSSR arbeitete, erzählt uns derselbe Autor kaum zwei Absätze später, daß das sowjetische Volk während dieser Periode nur Probleme für die Zukunft aufgehäuft habe,

Augiasställe, die von unserem heutigen Herkules ausgemistet werden müßten - von Gorbatschow.

Der XX. Parteitag, sagt Gorbatschow, „trug viel zur Theorie und Praxis des sozialistischen Aufbaus bei. Während des Parteitages und danach wurden große Anstrengungen unternommen, um das Land nach vorne zu steuern, einen Impuls zur Loslösung von den negativen Erscheinungen im gesellschaftspolitischen Leben zu geben, die durch den Stalinschen Personenkult hervorgerufen wurden“, um - so Gorbatschow - „mit der Dogmatisierung des gesellschaftlichen Bewußtseins und der Theorie“ Schluß zu machen - mit diesem „Erbe der Vergangenheit“, (ebd., S. 43)

Abgesehen davon gibt es nur noch einen weiteren Bezug auf Stalin, lediglich zum Zwecke der Verunglimpfung, auf den wir in Kürze eingehen werden.

Zwar waren die Beschlüsse des XX. Parteitags - sagt Gorbatschow - „durch bedeutende politische, gesellschaftliche und ideologische Maßnahmen hilfreich“, die auf dem Parteitag entstandenen Möglichkeiten seien jedoch nicht voll ausgeschöpft worden. „Die Erklärung dafür liegt in den subjektivistischen Methoden, die von der Führung unter Chruschtschow angewandt wurden.“ (ebd.) Und als ob Gorbatschow seinen eigenen Nachruf verfaßt, fügt er beiläufig an: „Improvisation beherrschte die Wirtschaftsleitung. Jene eigenwilligen und sich ständig ändernden Ideen und Aktionen der Führung hielten Gesellschaft und Partei in Atem. Ehrgeizige und haltlose Versprechungen und Prognosen ließen wieder eine Kluft zwischen Worten und Taten entstehen.“ (ebd.)

Seitens Gorbatschow bekommen wir leider keinerlei Anhaltspunkte bezüglich der Art dieser ökonomischen, gesellschaftlichen und ideologischen Maßnahmen, die auf dem XX. Parteitag durchgesetzt wurden, erst recht nicht darüber, wie sie „viel zur Theorie und Praxis des sozialistischen Aufbaus“ beigetragen haben sollten. Vielleicht verzeiht man uns die Frage, inwiefern es eigentlich möglich war, daß eine subjektivistische Führung wirklich „viel zur Theorie und Praxis des sozialistischen Aufbaus“ beitragen konnte? Ist es nicht äußerst seltsam, daß einer Führung, deren Wirtschaftsleitung wesentlich von „Improvisation“ gekennzeichnet und beherrscht ist, dennoch dieser große Beitrag zugeschrieben wird - und daß ihr nach dieser von ihr vollbrachten Leistung aufgrund ihres Subjektivismus auf der Plenarsitzung des

Zentralkomitees der KPdSU im Oktober 1964 mit Amtsantritt von Breshnew und Kossygin der Laufpaß gegeben wurde, deren Maßnahmen wiederum „einen substantiellen, wenn auch zeitlich begrenzten Effekt hatten“ und „... versandeten“? (ebd., S. 44)

„Die Atmosphäre der Selbstzufriedenheit und die Unterbrechung des natürlichen Prozesses eines Führungswechsels waren es, welche Stagnation und Entwicklungsbremsung im Land hervorriefen.“ (ebd.)

Das also ist für Gorbatschow eine Analyse der Probleme der Sowjetunion! Mit ein paar kurzen Absätzen wird über sechs Jahrzehnte sowjetischer Geschichte und Entwicklung schlicht hinweggegangen. Wenn das Sowjetvolk große Fortschritte beim Aufbau des Sozialismus machte, so hat dies rein nichts mit der Qualität der Führung zu tun; alle möglichen tatsächlichen oder scheinbaren Unzulänglichkeiten jedoch, egal welchen Datums oder Ursprungs, können getrost jederzeit Stalin aufgebürdet werden, der Ikone revisionistischer und trotzkistischer Verteufelung. Wo das beim besten Willen nicht geht, da gibt es immer noch den großen Subjektivisten Chruschtschow mit seinem ‘großen Beitrag’ zur Theorie und Praxis des Sozialismus, um dann noch heute Breshnew zu beschuldigen, welcher - schenkte man Gorbatschow Glauben - den Stillstand erfand. Ungeachtet seiner lobpreisenden Lippenbekenntnisse zu den sozialistischen Aufbauerfolgen hat man beim Lesen von Gorbatschows Texten das Gefühl, daß die Sowjetunion überhaupt keine Geschichte hat, daß - abgesehen von Lenin - nur Gorbatschow es Wert ist, darin erwähnt zu werden, der Rest ruhig weggelassen und unter den Begriffen Personenkult, Subjektivismus und Stagnation zusammengefaßt werden kann. Das ist keine Wissenschaftlichkeit, sondern Scharlatanerie. Ein wenig mehr Bescheidenheit, Gen. Gorbatschow!

Der zweite und letzte Bezug auf Stalin in seinem gesamten 310-seitigen Buch ist dieser:

„Allerdings sollte auch die Periode Erwähnung finden, die wir die Zeit des Personenkults nennen. Sie berührte unsere Gesetze und ihre Ausrichtung, insbesondere ihre Befolgung. Die Betonung auf die strikte Zentralisierung, die Befehlsadministration und das Vorhandensein einer großen Anzahl von Verwaltungsbehörden und Beschränkungen schmälerte die Rolle des Gesetzes. Auf einer bestimmten Stufe führte dies zu willkürlichen Regelungen

und zu einer Herrschaft der Gesetzlosigkeit, die nichts mit den Prinzipien des Sozialismus oder den Bestimmungen der Verfassung von 1936 zu tun hatte. Stalin und seine engen Verbündeten sind für jene Regierungsmethoden verantwortlich. Alle Versuche, diese Gesetzlosigkeit mit politischen Notwendigkeiten, internationalen Spannungen oder der angeblichen Verschärfung der Klassenkämpfe im Lande zu rechtfertigen, sind falsch. Gesetzesbeugungen hatten tragische Konsequenzen, die wir weder vergessen noch vergeben können. Der XX. Parteitag kam zu einer sehr scharfen Beurteilung dieser Periode.“ (Perestrojka, Seiten 106-107)

Obiger Absatz erscheint unter der Überschrift *Die Achtung der Gesetze - ein unbestreitbarer Faktor bei der Demokratisierung*. Aus den beiden vorangegangenen Kapiteln über Glasnost ist uns bereits der bürgerliche Gehalt der Gorbatschowschen Demokratisierung bekannt, die zur Verleumdung des Sozialismus, seiner Errungenschaften und sogar zur Herabsetzung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution benutzt wird. Durch diese Demokratisierung wurde der neobourgeoisen Intelligenzia ein Freibrief ausgehändigt, die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus-Leninismus in Frage zu stellen. Jetzt, da die Zentralplanung ruiniert ist, konnten kapitalistische Elemente unter der *Perestrojka* immense Vermögen zusammenraffen und sind dabei, weiterhin emsig Reichtümer aufzutürmen - nicht nur durch ‘ehrlichen’ Handel, sondern ebenso über den Schwarzmarkt. Sie erpressen Schutzgelder, profitieren vom Drogenhandel und machen Geschäfte mit der Prostitution - und der Arm des Gesetzes scheint sie jetzt schon nicht mehr zu erreichen.

Wir geben allerdings sehr gerne zu, daß während jener Periode, „die wir die Zeit des Personenkults nennen“, derartige Zustände niemals toleriert werden konnten. Der lange Arm der Diktatur des Proletariats - deren eigentlicher Begriff von Chruschtschow dem Subjektivisten zur letzten Ruhe gebettet wurde, wobei dies vermutlich gemäß Gorbatschow einer seiner großen Beiträge zur Theorie und Praxis des sozialistischen Aufbaus war - hätte gewiß diese unsozialen und antikommunistischen Elemente erreicht. Tatsächlich hätte man keinem sowjetischen Redakteur gestattet, seine Zeitung in ein antikommunistisches und pornographisches Käseblatt zu verwandeln; auch hätte es niemand gewagt [und es wäre wohl auch niemandem in den Sinn gekommen - d. Hrsg.], mit einer vorgehaltenen Statue Lenins

herumzumarschieren, um ihn einen Faschisten zu rufen - oder hätte gar die Tolldreistigkeit besessen, eines seiner Denkmäler zu stürzen; keiner hätte die Erlaubnis bekommen, Privatkooperativen zu betreiben, dabei enorme Vermögen anzuhäufen und sowjetischen Bürgern Mangel und Not zuzumuten; niemand hätte die Landwirtschaft dekollektivieren oder Arbeitslosigkeit als eine Lösung für Probleme der UdSSR propagieren dürfen. Hätte sich jemand das zu tun erdreistet, woran Gorbatschow und seine Gehilfen mit ihrer *Perestrojka* arbeiten, wäre er zu Recht wegen Schädigung und Zerstörung der sowjetischen Wirtschaft angeklagt und zweifelsfrei für schuldig befunden worden. Kann es daher überraschen, daß Gorbatschow eine enge geistige Nähe zu Nikolaj Bucharin empfindet? Während der Periode, „die wir die Zeit des Personenkults nennen“, hätte es eine strikte Beachtung und strikte Ausübung des proletarischen Rechts gegeben. Genau dies macht Gorbatschow und seine Hilfsdemokraten im Zusammenhang mit der proletarischen Gesetzlichkeit, welche in der Zeit des sogenannten Personenkults vorherrschte, so entschieden unglücklich (zumal seine *Glasnost*, seine Demokratisierung, dem diametral entgegengesetzt ist und in Wirklichkeit den Interessen der Neobourgeoisie dient).

Das proletarische Recht wurde zur damaligen Zeit von etlichen zig-Millionen sowjetischen Arbeitern, Kollektiv- und Staatsbauern verstanden und unterstützt. Sie begriffen, daß die sowjetische Partei- und Staatsführung grundsätzlich die Interessen der Arbeiter und Bauern vertrat, daß sie eng und unlöslich mit den Volksmassen verbunden und der wirkliche Repräsentant ihrer Bestrebungen und Interessen war. Deswegen waren die großen Massen des sowjetischen Volkes so empfänglich für Aufrufe und Losungen der Partei - erfüllt von Enthusiasmus, Stolz und Freude, von denen Gorbatschow selbst so wortreich sprach. Es ist dagegen undenkbar, daß eine unterdrückte und daher widerspenstige und störrische Bevölkerung während der Zeitspanne, von der hier die Rede ist, so glanzvolle Aufbauleistungen wie das Sowjetvolk vollbracht hätte; es wäre nicht vorstellbar, daß eine unterdrückte und deshalb verdrossene, mürrische Bevölkerung auf die Parteiaufrufe mit „Enthusiasmus“ und „Stolz“ reagiert hätte - „in einer Atmosphäre der Freiheit, der Gleichberechtigung und unermeßlicher Möglichkeiten für die arbeitenden Menschen, von alledem Gorbatschow recht gut und ganz richtig spricht.

Gorbatschow tritt keinen Beweis für seine Darstellung an und ist offenbar der Ansicht, daß seine bloße Behauptung selbst schon der Beweis sei. So bietet sein Buch *Perestrojka* auch keinerlei historische Analyse der sowjetischen Geschichte, ganz zu schweigen von einer unparteiischen und vorurteilslosen Analyse, insbesondere was die Zeit betrifft, in der Stalin an der Spitze der KPdSU stand und während der die UdSSR die spektakulärsten Erfolge auf wirtschaftlichem, politischem, kulturellem, diplomatischem sowie militärischem Gebiet erzielte, sich als mächtiger sozialistischer Staat etablierte und alle inneren wie äußeren kapitalistischen Gegner abschmetterte. Um eine etwas bessere Behandlung dieses Gegenstands und eine etwas weniger unvoreingenommene Betrachtung dieser Periode von ihm zu erhalten, müssen wir auf „Oktoberrevolution und Perestrojka: Die Revolution geht weiter“ zurückgreifen (ein am 2. Nov. 1987 in Moskau von Michail Gorbatschow gehaltenes Referat anläßlich der Festtagung zum 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution - im weiteren *1987er Referat* genannt). Hier hören wir von ihm:

„Heute wird viel über die Rolle Stalins in unserer Geschichte diskutiert. Seine Persönlichkeit war äußerst widersprüchlich. Um der historischen Wahrheit gerecht zu bleiben, müssen wir sowohl seinen unbestreitbaren Beitrag zum Kampf für den Sozialismus, zur Verteidigung seiner Errungenschaften, als auch die groben politischen Fehler und die Mißbräuche durch ihn und sein Umfeld sehen, für die unser Volk einen hohen Preis bezahlte und die schwerwiegende Konsequenzen für unser gesellschaftliches Leben hatten.“ (S. 20)

Das *1987er Referat* bestätigt auf der positiven Seite den von Stalin geführten ideologischen Kampf gegen die ‘linken’ (trotzkistischen) und rechten (Bucharinschen) Abweichungen in der KPdSU:

„Der führende Parteikader, an dessen Spitze Stalin stand, verteidigte in der ideologischen Auseinandersetzung den Leninismus.“ (ebd., S. 15)

Das Referat erwähnt Trotzki, der „die ganze Zeit über schwankend und unaufrichtig war“ und „die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus unter den Bedingungen der kapitalistischen Einkreisung verneinte.“ (ebd.)

Bucharin und seine Anhänger, kann man in diesem Referat lesen, nahmen ebenfalls einen falschen Standpunkt ein und „gaben sehr bald ihre Fehler zu“.

Darüber hinaus: „Seine [Bucharins] theoretische Ansichten können nur mit großem Vorbehalt als rein marxistisch klassifiziert werden.“ (ebd., S. 16)

Auf der negativen Seite Stalins hebt Gorbatschow in seinem *1987er Referat* drei Bereiche hervor. Erstens, daß Stalin die Rolle der mittleren Bauernschaft falsch beurteilte und auch das große Leid, das sich im Zuge der Kollektivierung aufgrund dieser falschen Einschätzung ergeben hätte. Nichtsdestoweniger lautet Gorbatschows Urteil über die Kollektivierung: „ ... wenn wir die Bedeutung der Kollektivierung als Ganzes für die Festigung des Sozialismus auf dem Lande beurteilen, war sie in letzter Analyse ein fundamental wichtiger Übergangsprozeß.“ (ebd., S. 19)

Die zweite gegen Stalin gerichtete Aussage im *1987er Referat* Gorbatschows ist, daß Stalin die sowjetische Armee geschwächt hätte, indem er eine Reihe hoher Kommandeure verhaften, vor Gericht stellen und exekutieren ließ. Trotzdem beurteilt er dann Stalins Beitrag zum sowjetischen Sieg im Zweiten Weltkrieg mit folgenden lobenden Worten: „Ein Umstand, der zum errungenen Sieg beitrug, war der enorme politische Wille, waren Entschlossenheit, Beharrlichkeit und die von Josef Stalin während der Kriegsjahre an den Tag gelegte Fähigkeit, Menschen zu organisieren und zu disziplinieren.“ (ebd., S. 25)

Der dritte Aspekt der negativen Rolle Stalins, so behauptet das *1987er Referat*, sei die Unterdrückung abweichender Meinungen und die Liquidierung scheinbar loyaler Parteiführer gewesen. Weiter im Referat:

„Es wird manchmal behauptet, daß Stalin von vielen Fällen begangener Gesetzwidrigkeiten nicht wußte. Uns zur Verfügung stehende Dokumente zeigen, daß das nicht so ist. Die Schuld Stalins und seines engsten Umfelds an den massenhaften Repressionsmaßnahmen und Willkürakten ist vor der Partei und dem Volk enorm groß und unverzeihlich. Das ist eine Lektion für alle Generationen...“ (ebd., Seiten 21-23)

In der für Gorbatschow so charakteristischen Art der Selbstaufhebung und im Widerspruch zu der korrekten Feststellung auf Seite 15 „Der führende Parteikader, an dessen Spitze Stalin stand, verteidigte in der ideologischen Auseinandersetzung den Leninismus“, folgt im Referat fast beiläufig: „Entgegen der Behauptung unserer ideologischen Opponenten, war der Stalinsche Personenkult gewiß nicht unvermeidlich. Er ist dem Wesen des

Sozialismus fremd, stellt eine Abweichung von seinen grundlegenden Prinzipien dar und findet deswegen keine Rechtfertigung.“ (ebd., S. 21)

Wenn wir Gorbatschows *Perestrojka* und das *1987er Referat* sowie die in diesen beiden Dokumenten gemachten Äußerungen und Ansichten zur Vergangenheit nebeneinander betrachten, kommen wir nun zu dem folgenden verblüffenden und unbegreiflichen - um nicht zu sagen verrückten - Schluß: Hier haben wir den angeblichen Dämon, Josef Stalin, vom Teufel besessen und mit einem verschrobenen Charakter, der wegen seines Personenkults, völlig „dem Wesen des Sozialismus fremd“ und eine „Abweichung von seinen grundlegenden Prinzipien“ darstellend, trotzdem an der Spitze des „führende[n] Parteikader[s]“ stand und „in der ideologischen Auseinandersetzung den Leninismus“ verteidigte! Wir stellen fest, daß dieser selbe Josef Stalin die Rote Armee enthauptete und dennoch: „Ein Umstand, der zum errungenen Sieg beitrug, war der enorme politische Wille, waren Entschlossenheit, Beharrlichkeit und die von Josef Stalin während der Kriegsjahre an den Tag gelegte Fähigkeit, Menschen zu organisieren und zu disziplinieren“!! Dennoch wiederum verstand Josef Stalin die Rolle der mittleren Bauernschaft nicht richtig (ein wirklich fabelhafter Leninist! Er versteht anscheinend die Rolle der mittleren Bauernschaft nicht und bringt es dennoch fertig, den Führungskader der Partei zu leiten und den Leninismus zu retten!!), er schaffte es jedoch, den erfolgreichen Kampf für die Kollektivierung anzuführen, die „die Festigung des Sozialismus auf dem Lande“ bewirkte und die „in letzter Analyse ein fundamental wichtiger Übergangsprozeß“ war. Außerdem war Stalin zwar schuld an den „massenhaften Repressionsmaßnahmen und Willkürakten“, andererseits waren die breiten Massen des sowjetischen Volkes als inspirierte Erbauer einer neuen Welt von „Enthusiasmus“ beseelt, es durchdrang sie ein „feines Gefühl des Stolzes“, sie empfanden Freude bei jedem Erfolg und errichteten den Sozialismus „in einer Atmosphäre *der Freiheit, der Gleichberechtigung und unermeßlicher Möglichkeiten für die arbeitenden Menschen*“!! (Hervh. d. H.B.). Und schließlich beging Stalin die „groben politischen Fehler“ und „Mißbräuche“, zugleich jedoch war da: „Die Lebendigkeit der Pläne der Partei, die von den Massen verstanden und akzeptiert wurden, sowie der Losungen und Projekte, die vom ideologischen Elan unserer Revolution durchdrungen waren ...“. Diese Lebendigkeit „manifestierte sich in dem Enthusiasmus, mit dem Millionen von sowjetischen Menschen die

Anstrengungen auf sich nahmen, um die nationale Industrie aufzubauen“ - in einem Enthusiasmus, der „die Welt in Erstaunen“ setzte.

Die oben aufgeführten drei wesentlichen Vorwürfe, die Gorbatschow gegen Stalin richtet, haben keine reale Grundlage. Wir werden im nächsten Kapitel zu einer genauen Betrachtung dieser Vorwürfe kommen. Insbesondere werden wir die Frage nach Stalins Verständnis der mittleren Bauernschaft und nach seiner Haltung zu ihr näher untersuchen. Im Zusammenhang mit der Bauernfrage werden wir unter anderem versuchen, das Geheimnis um Gorbatschows Schwäche für Bucharin zu lüften sowie die Klassengrundlage und ideologische Basis für diese geistige Nähe.

Kapitel 8

Lalkar, Juli/August l991

Historische Fragen - Eine Neubewertung der Vergangenheit. Teil II

Stalin und die Rolle der Bauernschaft

In der letzten Ausgabe von *Lalkar* (Mai-Juni) [Kapitel 7 - d. Hrsg.] kündigten wir an, uns mit den drei wesentlichen von Gorbatschow gegen Stalin vorgebrachten Behauptungen zu befassen, als da sind: Erstens, daß Stalin die Rolle der Bauernschaft, insbesondere der Mittelbauernschaft falsch beurteilt hätte und - so wird unterstellt - dadurch großes Leid zur Zeit der Kollektivierung verursacht worden wäre. Zweitens, daß Stalin durch Verhaftungen, Gerichtsverfahren und die Hinrichtung von leitenden Kommandeuren die Rote Armee geschwächt und daß er schließlich alle abweichenden Meinungen unterdrückt und an der Liquidierung scheinbar loyaler Parteiführer mitgewirkt hätte. Wir schlossen unser vorangegangenes Kapitel mit der Bemerkung: Diese „drei wesentlichen Vorwürfe, die Gorbatschow gegen Stalin richtet, haben keine reale Grundlage. [...] Wir werden in der nächsten Ausgabe zu einer genauen Betrachtung dieser

Vorwürfe kommen. Insbesondere werden wir die Frage nach Stalins Verständnis und nach seiner Haltung zur mittleren Bauernschaft näher untersuchen. Im Zusammenhang mit der Bauernfrage werden wir unter anderem versuchen, das Geheimnis um Gorbatschows Schwäche für Bucharin zu lüften sowie die Klassengrundlage und ideologische Basis für diese geistige Nähe.“ Wir wenden uns in Anknüpfung daran - wie versprochen - diesem Thema zu.

Wir beschränken uns hier zunächst auf die Bauernfrage und beschäftigen uns mit den beiden anderen Punkten im nächsten Kapitel.

Stalin und die Bauernschaft

Für Stalin ergab sich der doppelt günstige Umstand, daß er nicht nur einen solchen Giganten wie Lenin zum Lehrer hatte, sondern - im Gegensatz zu den aufgeblasenen trotzkistischen ‘linken’ und Bucharinschen rechten Abweichlern - bescheiden und vernünftig genug war, in Anerkennung dieser Tatsache dem von Lenin vorgezeichneten Kurs getreu weiterzugehen. Damit wird keineswegs die Eigenständigkeit Stalins bestritten, noch sein bedeutender Beitrag zur marxistisch-leninistischen Theorie oder, was von noch größerer Bedeutung ist, sein Beitrag zur Praxis des Marxismus-Leninismus geleugnet, sondern lediglich klar herausgestellt, daß Stalin niemals den Wunsch verspürte, das Rad neu zu erfinden oder ein neues Amerika zu entdecken.

Wenn sich die Frage zur Bauernschaft stellt, wird selbst ein Laie in der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus allgemein - und speziell in der Geschichte der russischen Revolution - um die drei von der bolschewistischen Partei ausgegebenen prinzipiellen Losungen in bezug auf die Bauernfrage nicht herumkommen. Diese Losungen sind vom unumstrittenen Führer der Partei der Bolschewiki und Inspirator der Oktoberrevolution, namentlich von W. I. Lenin, sehr umsichtig und mit großer wissenschaftlicher Sorgfalt ausgearbeitet worden. Bei der Formulierung der Losungen zur Bauernfrage, wie auch zu jeder anderen Frage, verlor er zu keinem Zeitpunkt die Tatsache aus den Augen, daß die Hauptfrage jeder Revolution die Frage der Staatsmacht ist.

„In den Händen welcher Klasse oder Klassen die Macht konzentriert ist, welche Klasse oder Klassen gestürzt werden sollen, welche Klasse oder welche Klassen die Macht ergreifen sollen - darin besteht die ‘Hauptfrage jeder Revolution’.“ (Stalin, ‘Über die drei Grundlosungen der Partei in der Bauernfrage - Antwort an Jan-ski’, Werke, Band IX, S. 177)

Stalin fährt fort:

„Die strategischen Grundlosungen der Partei, die für die gesamte Dauer dieser oder jener Etappe der Revolution Geltung haben, können nicht als Grundlosungen bezeichnet werden, wenn sie sich nicht restlos auf diese Kardinalthese Lenins stützen.

Die Grundlosungen können nur dann richtig sein, wenn sie auf der marxistischen Analyse der Klassenkräfte beruhen, wenn sie ein richtiges Schema für die Aufstellung der revolutionären Kräfte an der Front des Klassenkampfes angeben, wenn sie es erleichtern, die Massen an die Front des Kampfes für die Machtergreifung durch die neue Klasse heranzuführen, wenn sie es der Partei erleichtern, aus den breiten Volksmassen eine große und mächtige politische Armee zu formieren, die zur Erfüllung dieser Aufgabe erforderlich ist.“ (ebd.)

Was waren die den verschiedenen Revolutionsphasen entsprechenden strategischen Grundlosungen hinsichtlich der Bauernfrage?

Die erste Losung: „- ‘zusammen mit der gesamten Bauernschaft, gegen den Zaren und die Gutsbesitzer bei Neutralisierung der Bourgeoisie, für den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution’ - ...“ (ebd., S. 178). - Das war die Hauptlosung während der ersten Phase der russischen Revolution. So formulierte Lenin die Parteilosung in der Zeit der Vorbereitung der bürgerlich-demokratischen Revolution:

„Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft an sich heranzieht, um den Widerstand der Selbstherrschaft mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralysieren.“ (Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, Ges. Werke, Band IX, S. 90)

Die zweite Losung: „- ‘zusammen mit der armen Bauernschaft, gegen den Kapitalismus in Stadt und Land bei Neutralisierung der Mittelbauernschaft,

für die Macht des Proletariats' -...“ (Stalin, ebd., S. 178) Das war die Hauptlosung während der zweiten Phase der russischen Revolution. So formulierte Lenin die Parteilosung in der Zeit der Vorbereitung der proletarischen sozialistischen Revolution:

„Das Proletariat muß die sozialistische Umwälzung vollbringen, indem es die Masse der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung an sich heranzieht, um den Widerstand der Bourgeoisie mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie zu paralysieren.“ (ebd.)

Und indem er den „grundlegenden Unterschied“ (ebd., S. 179) zwischen diesen beiden obengenannten strategischen Losungen hervorhob, äußerte Stalin erklärend gegenüber Jan-ski: „Wie Sie sehen, hat Lenin die ganze Tiefe des Unterschieds zwischen der ersten strategischen Losung in der Periode der Vorbereitung der bürgerlich-demokratischen Losung in der Periode der Vorbereitung der bürgerlich-demokratischen Revolution und der zweiten strategischen Losung in der Periode der Vorbereitung des Oktober wiederholt unterstrichen. Dort die Losung: Mit der *gesamten Bauernschaft* gegen die Selbstherrschaft, hier die Losung: Mit der *armen Bauernschaft* gegen die Bourgeoisie.“ (ebd., S. 186, Hervh. d. Stalin)

Die dritte Losung: „*Gestützt* auf die Dorfarmut und im *festen Bündnis* mit dem Mittelbauern - vorwärts für den sozialistischen Aufbau.“ (Lenin, zit. n. ebd., S. 188, Hervh. d. Lenin)

Das war die Hauptlosung der bolschewistischen Partei zu Anfang des Jahres 1919, d. h. ab dem Zeitraum, der mit dem Beginn des sozialistischen Aufbaus verbunden ist. So äußerte sich Lenin bei der Eröffnung des VIII. Parteitages im März 1919 zu dieser Frage:

„Die besten Vertreter des Sozialismus der alten Zeit, als sie noch an die Revolution glaubten und ihr theoretisch und ideologisch dienten, sprachen von der *Neutralisierung der Bauernschaft*, das heißt davon, aus der Mittelbauernschaft eine gesellschaftliche Schicht zu machen, die wenn sie auch die Revolution des Proletariats nicht aktiv unterstützt, so doch wenigstens nicht hindert, neutral bleibt, sich nicht auf die Seite unserer Feinde stellt. Diese abstrakte, theoretische Aufgabenstellung ist für uns vollständig klar. Doch *genügt sie nicht** Wir sind in *das Stadium des sozialistischen*

*Aufbaus** eingetreten, wo es gilt, konkret, detailliert, auf Grund der Erfahrung der Arbeit im Dorfe überprüfte, grundlegende Regeln und Anweisungen auszuarbeiten, nach denen wir uns richten müssen, um uns in bezug auf den Mittelbauern *auf den Boden eines festen Bündnisses zu stellen*.“ (Lenin, zit. n. ebd., S. 187, Hervh. d. Lenin; * Hervh. d. Stalin)

Stalin korrigierte Jan-ski, der fälschlicherweise annahm, die bolschewistische Partei wählte die Politik der Neutralisierung der mittleren Bauernschaft nicht in Vorbereitung auf den Oktober und während des Oktobers, sondern danach, insbesondere nach 1918, als die Komitees der besitzlosen Bauern aufgelöst wurden. Stalin erklärte weiter:

„Das ist *völlig falsch*. Im Gegenteil, die Politik der Neutralisierung des Mittelbauern begann nicht, sondern *endete* nach den Komitees der Dorfarmut, nach 1918. Die Politik der Neutralisierung des Mittelbauern wurde in unserer Praxis gerade nach 1918 *aufgegeben* (und nicht eingeführt).“ (ebd., S. 187, Hervh. d. Stalin)

Und weiter:

„Der Mittelbauer lamentierte und schwankte zwischen Revolution und Konterrevolution, solange es um den Sturz der Bourgeoisie ging, solange die Macht der Sowjets noch nicht gefestigt war, weswegen er denn auch neutralisiert werden mußte. Der Mittelbauer begann sich uns zuzuwenden, als er sich zu überzeugen begann, daß die Bourgeoisie ‘im Ernst’ gestürzt ist, daß die Macht der Sowjets sich festigt, daß der Kulak bezwungen wird, daß die Rote Armee an den Fronten des Bürgerkriegs zu siegen beginnt. Gerade nach diesem Umschwung wurde die dritte strategische Losung der Partei möglich, die von Lenin auf dem VIII. Parteitag gegeben wurde: *Gestützt* auf die Dorfarmut und im *festen Bündnis* mit dem Mittelbauern - vorwärts für den sozialistischen Aufbau.“ (ebd., S. 188)

Das also waren die drei Hauptlosungen der Partei der Bolschewiki zur Bauernfrage. Im Zuge der Umsetzung dieser Losungen ging die bolschewistische Partei mit Erfolg an die bürgerlich-demokratische Februarrevolution 1917 heran, marschierte erfolgreich in Richtung Oktoberrevolution und errang schließlich den Sieg beim Aufbau des Sozialismus in Stadt und Land - in Industrie und Landwirtschaft. Die Richtigkeit dieser (obengenannten) Losungen hat sich durch den Lauf der

Ereignisse glänzend bestätigt. Nur mit Hilfe dieser korrekten Losungen und ihrer Anwendung, die auf der fehlerfreien marxistischen Analyse der Klassenkräfte beruhten, war es der Partei der Bolschewiki möglich, die Massen „an die Front des Kampfes für den Sieg der Revolution ... heranzuführen“ und „aus den breiten Volksmassen eine große und mächtige politische Armee“ (ebd., S. 177) zu schaffen - zur Erfüllung der historischen Aufgaben: Die zaristische Selbstherrschaft zu stürzen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und siegreich in Richtung Aufbau des Sozialismus voranzuschreiten. Gorbatschow brauchte sich lediglich Band IX Stalins Gesammelter Werke zu schnappen und die siebzehn Seiten zu lesen, welche den Aufsatz ‘Über die drei Grundlosungen der Partei in der Bauernfrage - Antwort an Jan-ski’ bilden, um sich davon zu überzeugen, daß diese drei Losungen Josef Stalin nicht nur bekannt waren, sondern vor allem auch voll und ganz von ihm verstanden wurden. Hinweise auf die Haltung der bolschewistischen Partei zur Bauernfrage finden sich in Stalins Schriften überall verstreut.

Wir wählten diesen speziellen Aufsatz, weil Stalin hier in seinem unnachahmlichen Stil ein sehr schwieriges und kompliziertes Thema prägnant und dennoch umfassend behandelt. Obwohl Stalins Schriften lange Zeit von den revisionistischen Führern der Sowjetunion unterdrückt wurden (und Gorbatschows Glasnost hat in dieser Hinsicht keine Änderung herbeigeführt), darf man annehmen, daß diese Schriften sich immer noch in den sowjetischen Archiven befinden und der Zugang zu ihnen Gorbatschow keinerlei Schwierigkeiten bereiten sollte. Wichtiger ist, daß die ersten beiden Losungen zur Bauernfrage zwar zu Lebzeiten Lenins umgesetzt wurden, die dritte Losung aber, jene des dauerhaften Bündnisses mit der mittleren Bauernschaft, wenngleich von Lenin 1919 verkündet, wurde allerdings im großen und ganzen unter Stalins Leitung eingeführt und verwirklicht. Hätte Stalin sie nicht verstanden, hätte er überhaupt den Kampf für den Aufbau des Sozialismus auf dem Lande nicht erfolgreich geleitet, würde er die Sowjetmacht tatsächlich zum Scheitern gebracht haben. Selbst wenn man den unter der Leitung Stalins geführten Kampf der Bolschewiki gegen die ‘linken’ trotzkistisch-sinowjewschen sowie die rechten Bucharinschen Abweichler (nach dem Tode Lenins im Januar 1924) nur flüchtig studiert, muß man von der Richtigkeit der leninistischen Linie der bolschewistischen Partei überzeugt sein. Im Interesse derjenigen Leser, die keine Kenntnis von dieser

Auseinandersetzung haben, werden wir kurz in diese Kontroverse eintauchen - auch um Gorbatschows erste Unterstellung zu widerlegen.

Zwei Abweichungen von der leninistischen Parteilinie bezüglich der Kollektivierung

Die erste Diversion - die ‘linke’ (trotzkistische) Abweichung.

Die ‘linke’ (trotzkistische) Abweichung kann in aller Kürze folgendermaßen zusammengefaßt werden: Sie sah in der *gesamten* Bauernschaft nichts anderes, als ein Instrument zur Restauration des Kapitalismus; sie betrachtete die Hauptmasse der Bauernschaft als reaktionäre Masse, auf die kein Verlaß war; deswegen befürwortete sie auch kein Bündnis mit dieser Hauptmasse der Bauernschaft, sondern eine ‘Auseinandersetzung’ mit ihr; und vor allem schloß sie die Möglichkeit aus, den Sozialismus in einem einzeln genommenen Lande aufzubauen. All dies erklärt das Abenteurertum, welches für die von den Trotzkisten vertretene Politik charakteristisch ist. Und allein dieses Abenteurertum erklärt bereits, warum Trotzki und Sinowjew auf der 14. Parteiversammlung (Dezember 1925) die Partei zur vollständigen Kollektivierung drängten. Die Partei hatte hier ein gewisses Problem, dieses trotzkistische Hasardspiel zurückzuweisen - aus Gründen, die kurz erläutert werden müssen.

Seit der Ablehnung dieser abenteuerlichen Politik verbreiteten die Trotzkisten die Legende, daß die Kollektivierung zu spät unternommen worden wäre, daß die Partei und Stalin das bestialische Wesen der Kulaken bis zu dem Zeitpunkt nicht erkannt hätten, als letztere 1928 die Existenz der Sowjetmacht durch die Weigerung zu untergraben suchten, kein Korn mehr an den Staat zu verkaufen und dadurch die Städte und die Rote Armee mit Hunger und Not bedrohten. Diese Anschuldigung entbehrt jeder Grundlage und entspringt dem für den Trotzkismus typischen Ersatz des konkreten Realitätsbezugs durch ein Wunschdenken. Wir verschwenden keine Zeit mit der Widerlegung der Aussage, daß die Partei das bestialische Wesen der Kulaken nicht verstanden habe. Wir verweisen den Leser nur auf die Schriften Lenins, in denen er die Kulaken als „bestialischste, brutalste und grausamste Ausbeuter“ bezeichnete sowie als „Blutsauger“, „Spinnen“, „Schmarotzer“ und „Vampire“. All dies

war Stalin bekannt, denn er kannte *und* verstand - im Gegensatz zu den mächtig gespreizten Trotzki- und Bucharin-Anhängern - jedes einzelne Werk Lenins. Noch wichtiger ist: Er widmete sein ganzes Leben der Bewahrung des Leninismus und gestaltete ihn praktisch.

Somit erhebt sich die Frage, warum - angesichts der enormen Bedeutung der Kollektivierung und der notwendigen Eliminierung der Kulaken als Klasse - die Kollektivierung nicht zu einem früheren Zeitpunkt in Angriff genommen wurde und die Kulaken nicht eher ausgeschaltet wurden, als dies dann tatsächlich geschah? Warum proklamierte die bolschewistische Partei noch auf dem XIII. Parteitag die Politik der *Einschränkung* (Hervh. d. H.B.) der ausbeuterischen Tendenzen der Kulaken, statt vielmehr die Politik ihrer Eliminierung als Klasse zu verkünden? Warum lehnte die Partei die trotzkistische Forderung nach einer Eliminierung der Kulakenklasse 1926 ab? Die Antwort darauf ergibt sich aus folgendem Sachverhalt: Hätte die Partei eine Offensive gegen die Kulaken unternommen, ohne die notwendigen Bedingungen für einen erfolgreichen Ausgang dieser Offensive zu schaffen, hätte sich eine solche Offensive als höchst leichtsinniges, abenteuerliches Unternehmen herausgestellt, welches mit Sicherheit fehlgeschlagen wäre. Und ein Fehlschlag hätte die Stärkung der Kulaken bedeutet. Eine frühere Offensive gegen die Kulaken - etwa 1926-27 - wäre deshalb sicherlich gescheitert, weil es zu dieser Zeit kein weitverzweigtes Netz von Staats- und Kollektivwirtschaften auf dem sowjetischen Land gab, welches die Grundlage für einen entschlossenen Kampf gegen die Kulaken hätte bilden können. Damals war der Sowjetstaat nicht in der Lage, die kapitalistische Produktionsweise der Kulaken durch die sozialistische Produktion der staatlichen und kollektiven Landwirtschaft zu ersetzen. Folgendes hat Genosse Stalin zu diesem Punkt zu sagen:

„In den Jahren 1926 und 1927 suchte die sinowjewistisch-trotzkistische Opposition mit aller Kraft, der Partei die Politik der sofortigen Offensive gegen das Kulakentum aufzudrängen. Die Partei ließ sich auf dieses gefährliche Abenteuer nicht ein, denn sie wußte, daß sich ernste Leute ein Spiel mit der Offensive nicht erlauben dürfen. Die Offensive gegen das Kulakentum ist eine ernste Sache. Man darf sie nicht mit Deklamationen gegen das Kulakentum verwechseln. Man darf sie auch nicht mit der Politik der Katzbalgerei mit dem Kulakentum verwechseln, die die sinowjewistisch-

trotzkistische Opposition der Partei mit aller Kraft aufzudrängen suchte. Eine Offensive gegen das Kulakentum unternehmen, das heißt das Kulakentum zerschlagen und als Klasse liquidieren. Eine Offensive, die nicht dieses Ziel verfolgt, ist Deklamation, Katzbalgerei, leerer Schall, alles, was man will, nur keine wirkliche bolschewistische Offensive. Eine Offensive gegen das Kulakentum unternehmen heißt sich sachgemäß vorbereiten und gegen das Kulakentum einen Schlag führen, und zwar einen solchen Schlag, daß es sich nicht mehr aufrichten kann. Das nennen wir Bolschewiki eine wirkliche Offensive. Konnten wir vor fünf oder vor drei Jahren eine solche Offensive mit Aussicht auf Erfolg unternehmen? Nein, das konnten wir nicht.

In der Tat, der Kulak produzierte 1927 über 600 Millionen Pud Getreide und verkaufte davon ungefähr 130 Millionen Pud außerhalb des Dorfes. Das war eine ziemlich bedeutende Macht, mit der man rechnen mußte. Und wieviel produzierten damals unsere Kollektiv- und Sowjetwirtschaften? Ungefähr 80 Millionen Pud, wovon sie etwa 35 Millionen Pud auf den Markt brachten (Warengetreide). Urteilen Sie selber, ob wir damals die Produktion des Kulaken und das Warengetreide des Kulaken durch die Produktion und das Warengetreide unserer Kollektiv- und Sowjetwirtschaften *ersetzen* konnten? Es ist klar, daß wir das nicht konnten.

Was hätte unter solchen Bedingungen eine entschiedene Offensive gegen das Kulakentum bedeutet? Sie hätte bedeutet, daß wir unweigerlich gescheitert wären, daß wir die Positionen des Kulaken gestärkt hätten und ohne Getreide geblieben wären. Darum konnten und durften wir damals keine entschiedene Offensive gegen das Kulakentum unternehmen, trotz der abenteuerlichen Deklamationen der sinwojewistisch-trotzkistischen Opposition.“ (‘Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR’, Werke, Band XII, Seiten 147-48, Hervh. d. Stalin)

Dies erklärt denn auch, warum die Kulaken, warum diese „Blutsauger“, diese „Spinnen“, diese „Schmarotzer“ und „Vampire“ toleriert wurden und die Partei die Politik der *Einschränkung* der ausbeuterischen Tendenzen jener verfolgte und nicht die ihrer völligen Eliminierung. Dies erklärt auch, warum die Partei auf ihrem VIII. Parteitag die Politik der *Einschränkung* der Ausbeutertendenzen der Kulaken annahm, warum diese Politik auf dem XI. Parteitag zur Zeit der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) wiederum verkündet wurde, warum diese Politik vom XV. Parteitag bestätigt

wurde und warum die Partei diese Linie bis zum Sommer 1929 weiterhin verfolgte.

Wie Genosse Stalin richtig bemerkte: „die Proklamation einer Losung genügt jedoch nicht, um die Bauernschaft en masse in Richtung Sozialismus zu bewegen.“ [Zit. übersetzt - d. Hrsg.]

Das trotzkistische unheilvolle Rezept der ‘Auseinandersetzung’ mit der Bauernschaft gegen die Leninsche Formel des sozialistischen Aufbaus durch ein „stabiles Bündnis“ mit der Hauptmasse der Bauernschaft.

Wenn die ‘linke’ (trotzkistische) Abweichung bestimmenden Einfluß auf die Partei erlangt hätte, wäre das Ergebnis die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR gewesen. Denn das, wofür die Trotzkisten eintraten, wäre auf nichts anderes hinausgelaufen, als auf die Ausrufung des Bürgerkrieges gegen die Hauptmasse der Bauernschaft - und damit gerade gegen die Mittelbauernschaft (60% der Bauern gehörten zu dieser Zeit zu den Mittelbauern). Die Erklärung eines solchen Bürgerkrieges gegen die mittlere Bauernschaft hätte die Sowjetmacht in eine „Auseinandersetzung“ mit der Hauptmasse der Bauernschaft gebracht. Und eine solche „Auseinandersetzung“ hätte grundsätzlich höchste Gefahr für den eigentlichen Bestand der Sowjetmacht bedeutet. Es verwundert hier nicht, daß die Partei eine solche vom Trotzkismus empfohlene abenteuerliche ‘Politik’ abschmetterte.

Jeder, der auch nur annähernd mit dem Trotzkismus vertraut ist, dürfte von der vom Trotzkismus befürworteten abenteuerlichen Politik gegen die Hauptmasse der Bauernschaft nicht überrascht sein. Eine derartige Abenteurerpolitik ist die direkte Ausgeburt der berüchtigten Theorie der ‘permanenten Revolution’ Trotzkis, welche die revolutionäre Rolle der Bauernschaft leugnet und die Unmöglichkeit des sozialistischen Aufbaus in einem einzelnen Lande verkündet; gemäß dieser Theorie der ‘permanenten Revolution’ ist es der Arbeiterklasse desgleichen nicht möglich, die Hauptmasse der Bauernschaft in die Bahn des sozialistischen Aufbaus zu lenken. Hier einige Aussagen Trotzkis zur behandelten Frage:

„Die Widersprüche in der Position einer Arbeiterregierung in einem rückständigen Land mit einer überwiegend bäuerlichen Bevölkerung können nur in internationalem Maßstab auf dem Schauplatz einer proletarischen

Weltrevolution gelöst werden“ (Vorwort zu Trotzkis Buch Das Jahr 1905) – und

„Ohne direkte politische Unterstützung durch das europäische Proletariat wird die Arbeiterklasse Rußlands nicht in der Lage sein, sich an der Macht zu halten und ihre zeitweilige Herrschaft in eine dauerhafte sozialistische Diktatur umzuwandeln. Daran können wir keinen Augenblick zweifeln.“ (Unsere Revolution) - sowie

„Es wäre aussichtslos zu glauben,... daß zum Beispiel ein revolutionäres Rußland angesichts eines konservativen Europa durchhalten könnte.“ (Werke, Band III, Teil 1, S. 90, engl. Ausg. [Zitate übersetzt - d. Hrsg.])

Erstaunt es da, daß der jeder Realität trotzende und so starrsinnig an den obigen reaktionären Ansichten festhaltende Trotzki sich für eine Politik eingesetzt hätte, die - wäre sie in die Praxis umgesetzt worden - seine reaktionären Phantasien hätte Wirklichkeit werden lassen? Wäre man Trotzkis Linie gefolgt, würde die Arbeiterklasse Rußlands zweifellos nicht in der Lage gewesen sein, sich an der Macht zu halten.

Sinowjew, Trotzkis Verbündeter gegen die Leninsche Parteilinie in der Bauernfrage, glaubte ebenfalls nicht an ein Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Mittelbauernschaft; statt dessen vertrat er in Abweichung vom Leninismus eine Neutralisierung der mittleren Bauernschaft unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats. Sinowjew, der zu dieser Zeit Vorsitzender der Komintern war, schrieb in der *Prawda* vom 18. Januar 1925 folgendes zu diesem Punkt:

„Es gibt eine Reihe von Aufgaben, die *alle Parteien der Komintern völlig gemeinsam* haben. Zu ihnen gehört zum Beispiel ... das richtige Herangehen an die Bauernschaft. Es gibt drei Schichten in der ländlichen Bevölkerung der ganzen Welt, die von uns gewonnen und zu Verbündeten des Proletariats gemacht werden können und müssen (das Landproletariat, die Halbproletarier - die Parzellenbauern - und die Kleinbauernschaft, die keine fremden Arbeitskräfte dingt). Es gibt eine andere Schicht der Bauernschaft (die Mittelbauern), die zum mindesten von uns neutralisiert werden muß.“ (zit. n. Stalin, Der XIV. Parteitag der KPdSU(B), 18.-31. Dezember 1925, Abschn. III./8. ‘Sinowjew und die Bauernschaft’, Werke, Bd. VII, S. 323, Herv. d. Stalin)

Der Chefökonom der trotzkistischen Opposition Preobrashenski ging sogar noch weiter und erklärte die Bauernschaft zu einer „*Kolonie*“ für die sozialistische Industrie, zu einem Objekt, das aufs Äußerste auszubeuten wäre.

Smirnow, ein anderer Führer der Opposition, sprach sich offen für das „*Zerwürfnis*“ mit den Mittelbauern aus:

„Wir sagen, daß unser Staatsbudget so revidiert werden muß, daß der größere Teil unseres Fünfmilliardenbudgets für die Industrie ausgegeben wird, weil es *für uns besser ist, ein Zerwürfnis mit dem Mittelbauern hinzunehmen, als dem unvermeidlichen Untergang entgegenzugehen.*“ (Smirnow, Rede auf der Roshsko-Simonowskijer Bezirksparteikonferenz, 1927, zit. n. Stalin, ‘Die Partei und die Opposition’, Werke, Bd. X, S. 222, Herv. d. Stalin)

Man braucht nur die hier zitierten Äußerungen der trotzkistischen Opposition mit den anschließenden Passagen aus den Schriften des Genossen Lenin zu vergleichen, um klar zu erkennen, welch tiefe Kluft den Trotzkismus vom Leninismus trennt.

Während der Trotzkismus behauptet: „Ohne direkte politische Unterstützung durch das europäische Proletariat wird die Arbeiterklasse Rußlands nicht in der Lage sein, sich an der Macht zu halten...“, geschweige den Sozialismus aufzubauen, sagt der Leninismus:

„10-20 Jahre richtige Beziehungen mit der Bauernschaft, und der Sieg ist im Weltmaßstab (sogar bei einer Verzögerung der proletarischen Revolutionen, die anwachsen) gesichert...“ (Lenin, Plan der Broschüre ‘Über die Naturalsteuer’, Ges. Werke, Bd. XXXII, Seite 335)

Während der Trotzkismus sich für das „Zerwürfnis mit dem Mittelbauern“ als beste Methode gegen eine Heraufbeschwörung „des Untergangs“ ausspricht, verteidigt der Leninismus - ganz im Gegenteil - als einziges Mittel das Bündnis mit der Hauptmasse der Bauernschaft, um die führende Rolle des Proletariats und die Festigung der Diktatur des Proletariats zu sicherzustellen.

„Lenin sagte, daß ‘das höchste Prinzip der Diktatur die Aufrechterhaltung des Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft ist, damit das Proletariat die führende Rolle und die Staatsmacht behaupten kann.’“ (Referat zur Taktik der

KPR(B), gehalten auf dem Dritten Kongreß der Komintern, 5. Juli 1921, Ges. Werke, Bd. XXXII, zit. n. Stalin, ebd.)

In Übereinstimmung mit dem Leninismus wird somit klar, daß es ohne „festes Bündnis mit dem Mittelbauern“ unmöglich ist, den Sozialismus erfolgreich aufzubauen. (Lenin, Eröffnungsansprache auf dem 8. Kongreß der KPR(B), 18. März 1919, Ges. Werke, Band XXIX, zit. n. Stalin, ebd.)

Dem Trotzkismus entsprechend ist allerdings „das Zerwürfnis mit dem Mittelbauern“ das einzige Mittel, um den sicheren „Untergang“ zu vermeiden (Smirnow, siehe oben).

Es darf dabei nicht vergessen werden, daß 1927 die Mittelbauernschaft 60% der gesamten Bauernschaft ausmachte. Eine Auseinandersetzung mit der mittleren Bauernschaft hätte deshalb bedeutet, sie in die Arme der Kulaken zu treiben, die letzteren zu stärken und die besitzlose Bauernschaft zu isolieren; mit anderen Worten hätte diese Art Auseinandersetzung, die vom Trotzkismus befürwortet wurde, der Beginn eines Bürgerkrieges auf dem Lande und eine höchst gefährliche Schwächung der Sowjetmacht auf dem Land bedeutet. Das ist die Logik des Trotzkismus - ungeachtet seiner Absichten. So beschreibt Genosse Stalin die Diskrepanz zwischen den Wünschen der Opposition (ihren guten Absichten) und den unvermeidlichen, unheilvollen Konsequenzen ihrer Politik der Auseinandersetzung mit der Mittelbauernschaft:

„Es liegt mir fern, die Opposition zu beschuldigen, daß sie bewußt danach strebe, dieses ganze Unheil anzurichten. Aber es geht hier nicht um die Wünsche und Bestrebungen der Opposition. Es geht um die Ergebnisse, die die oppositionelle Politik des Zerwürfnisses mit der Mittelbauernschaft unvermeidlich nach sich ziehen muß.

Der Opposition passiert hier das gleiche, was dem Bären aus Krylows Fabel ‘Der Eremit und der Bär’ passierte. (Heiterkeit.) Natürlich wollte der Bär, als er seinem Freunde, dem Eremiten, mit einem schweren Stein den Schädel einschlug, diesen nur vor einer zudringlichen Fliege retten. Seine Wünsche waren die allerfreundschaftlichsten. Nichtsdestoweniger ergab sich aus den freundschaftlichen Wünschen des Bären eine keineswegs freundschaftliche Handlung, die zur Folge hatte, daß der Eremit vom Leben Abschied nehmen mußte. Die Opposition wünscht der Revolution natürlich alles Gute. Aber sie schlägt dafür Mittel vor, die zur Zerschlagung der Revolution, zur

Zerschlagung der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, zur Vereitelung unserer ganzen Aufbauarbeit führen müssen.

Die ‘Plattform’ der Opposition ist eine Plattform der Sprengung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, eine Plattform der Vereitelung unserer ganzen Aufbauarbeit, eine Plattform der Vereitelung der Industrialisierung.“ (Ges. Werke, ‘Die Partei und die Opposition’, Band X, Seiten 224-225)

Das Jahr 1929 und der Marsch der Bauernschaft zur Kollektivierung

1929 änderte sich das Bild während der zweiten Jahreshälfte drastisch und es existierten letztlich alle Vorbedingungen für eine entschlossene Offensive gegen die Kulaken und für ihre Eliminierung als eine Klasse. Welche Vorbedingungen waren das? Es handelte sich um folgende:

Erstens: Die Staats- und Kollektivwirtschaften hatten sich dermaßen entwickelt, daß sie nunmehr imstande waren, die für den Markt bestimmte Produktion der Kulakenwirtschaften zu ersetzen. 1929 produzierten allein die kollektiven Landwirtschaften 29.100.000 Zentner Korn, von denen 12.700.000 Zentner marktfähiges Getreide war. Genosse Stalin erklärte, warum es 1927 nicht möglich gewesen war, einen Schlag gegen die Kulaken zu führen, warum hingegen 1929 eine Offensive gegen die Kulaken in die Tat umgesetzt werden konnte; im Gegensatz zu dem leeren Geschwätz der Trotzkisten und ihrer Phrasendrescherei gegen die Kulaken beschrieb er die seit 1927 stattfindenden Veränderungen, die es der Partei ermöglichten, eine wirklich leninistische Offensive gegen die Kulaken zu führen, folgendermaßen:

„Und wie ist es heute? Wie liegen die Dinge heute? Heute verfügen wir über eine ausreichende materielle Basis, um den Schlag gegen das Kulakentum zu führen, seinen Widerstand zu brechen, es als Klasse zu liquidieren und seine Produktion durch die Produktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu ersetzen. Es ist bekannt, daß die Getreideproduktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften im Jahre 1929 nicht weniger als 400 Millionen Pud betrug (um 200 Millionen Pud weniger als die Gesamtproduktion der

Kulakenwirtschaften im Jahre 1927). Es ist ferner bekannt, daß die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften im Jahre 1929 mehr als 130 Millionen Pud Warengetreide geliefert haben (d.h. mehr als der Kulak im Jahre 1927). Es ist schließlich bekannt, daß die Gesamtproduktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften im Jahre 1930 nicht weniger als 900 Millionen Pud Getreide betragen wird (d.h. mehr, als die Gesamtproduktion des Kulaken im Jahre 1927 betrug), an Warengetreide aber werden sie nicht weniger als 400 Millionen Pud liefern (d.h. unvergleichlich mehr, als der Kulak im Jahre 1927 lieferte).

So liegen die Dinge heute bei uns, Genossen.

Das sind die Wandlungen, die in der Ökonomik unseres Landes vor sich gegangen sind.

Wie Sie sehen, haben wir heute die materielle Basis, um die Produktion der Kulaken durch die Produktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften *zu ersetzen*. Gerade darum ist unsere entschiedene Offensive gegen das Kulakentum jetzt von unzweifelhaftem Erfolg begleitet.

So muß die Offensive gegen das Kulakentum geführt werden, wenn man von einer wirklichen und entschiedenen Offensive sprechen und sich nicht auf leere Deklamationen gegen das Kulakentum beschränken will.

Deshalb sind wir in letzter Zeit von der Politik der *Einschränkung* der Ausbeutertendenzen des Kulakentums zur Politik der *Liquidierung des Kulakentums als Klasse* übergegangen.“ (Werke, ‘Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR’, Bd. XII, Seite 149)

Zweitens: Der sowjetische Staat und die Industrie waren jetzt in der Lage, die Kolchosbewegung durch Krediterleichterungen und durch die Lieferung von Maschinen und Traktoren zu unterstützen. 1927/ 28 stellte die sowjetische Regierung 76.000.000 Rubel zur Finanzierung von Kollektivwirtschaften zur Verfügung; 1928/ 29 waren es 170.000.000 [Original: 170.000 - d. Hrsg.] und 1929/ 30-473.000.000 Rubel. In Ergänzung wurden dem Kollektivierungsfonds während des gleichen Zeitraums 65.000.000 Rubel zugeteilt. Bevorzugt wurden die Kollektivwirtschaften, die ihre Ressourcen auf 200.000.000 Rubel erhöhten. Zur Bewirtschaftung der Kolchos-felder lieferte der Staat nicht weniger als 30.000 Traktoren mit einer Gesamtstärke

von 400.000 PS - die 7000 Maschinen der Traktorenstationen und die von den Sowchosen übergebenen Traktoren zur Unterstützung der Kollektivwirtschaften nicht eingerechnet. 1929/ 30 wurden den Kolchosen Anleihen auf Saatgut und diesbezügliche Hilfsmittel für insgesamt 10.000.000 Zentner Korn bewilligt (61 Millionen Pud). Schließlich wurde den Kolchosen großzügige Hilfe in Form von direkter organisatorischer Unterstützung durch die Einrichtung von über 7000 Maschinen-Traktoren-Stationen gewährt.

Das Resultat all dieser Maßnahmen war ein vierzigfacher Ertragsanstieg bei Feldfrüchten innerhalb von drei Jahren sowie ein fünfzigfacher Anstieg des Getreideausstoßes der Kolchosen (bei mehr als fünfzigfachem Anstieg des marktfähigen Teils) in denselben drei Jahren, also 1927-29.

Drittens: Die Hinwendung der Bauernschaft zum Sozialismus, zur Kollektivierung. Diese Marschrichtung stellte sich nicht urplötzlich ein, sie war nicht zufällig oder spontan. Sie mußte wissenschaftlich und in harten Kämpfen jahrelang vorbereitet werden, während die Partei dem Volke voranschritt und ein Hindernis nach dem anderen aus dem Weg zur Kollektivierung räumte. So beschreibt Genosse Stalin den Entwicklungsprozeß, auf dessen Grundlage in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 die mächtige Kolchosbewegung der Millionenmassen armer und mittlerer Bauern erwuchs:

„Die Wendung der Bauernschaft zur Kollektivierung trat nicht plötzlich ein. Sie, diese Wendung, konnte auch nicht plötzlich eintreten. Wohl wurde die Losung der Kollektivierung von der Partei schon auf dem XV. Parteitag proklamiert. Aber damit sich die Bauernmassen zum Sozialismus hinwenden, ist die Verkündung einer Losung noch nicht genügend. Für diese Wendung ist mindestens noch ein Umstand erforderlich, und zwar, daß die Bauernmassen selbst sich von der Richtigkeit der verkündeten Losung überzeugen und sie zu ihrer eigenen Losung machen. Deshalb ist diese Wendung von langer Hand vorbereitet worden.

Sie wurde vorbereitet durch den ganzen Gang unserer Entwicklung, durch den ganzen Entwicklungsgang unserer Industrie, vor allem aber durch die Entwicklung derjenigen Industrien, die Maschinen und Traktoren für die Landwirtschaft liefern. Sie wurde vorbereitet durch die Politik des entschlossenen Kampfes gegen das Kulakentum und durch die Abwicklung

unserer Getreidebeschaffung in ihren neuen Formen während der Jahre 1928 und 1929, durch die die Kulakenwirtschaft unter die Kontrolle der Massen der armen und Mittelbauern gestellt wird. Sie wurde vorbereitet durch die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die den einzeln wirtschaftenden Bauern an den kollektiven Wirtschaftsbetrieb gewöhnen. Sie wurde vorbereitet durch das Netz der Kollektivwirtschaften, wo der Bauer die Überlegenheit der kollektiven Formen der Wirtschaft gegenüber der individuellen Wirtschaft erprobte. Sie wurde schließlich vorbereitet durch das Netz der Sowjetwirtschaften, die über die ganze UdSSR verstreut und mit modernen technischen Mitteln ausgerüstet sind und die dem Bauern die Möglichkeit boten, sich von der Kraft und den Vorzügen der neuen Technik zu überzeugen.

Es wäre falsch, in unseren Sowjetwirtschaften bloß eine Quelle von Getreidevorräten zu sehen. In Wirklichkeit waren die Sowjetwirtschaften mit ihrer neuen Technik, mit der Hilfe, die sie den umwohnenden Bauern leisten, mit ihrem beispiellosen wirtschaftlichen Schwung jene führende Macht, die den Bauernmassen die Wendung erleichtert und sie auf den Weg der Kollektivierung gebracht hat.

Das ist die Grundlage, der die kollektivwirtschaftliche Massenbewegung von Millionen armen und Mittelbauern entsprungen ist, die im zweiten Halbjahr 1929 begonnen und die Periode des großen Umschwungs im Leben unseres Landes eröffnet hat.“ (Politischer Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag, Werke, Bd. XII, Seiten 246-247)

Aus dem Vorherigen ist klar ersichtlich, daß die Kollektivierungspolitik der Partei der Bolschewiki eine leninistische Politik und die einzig richtige Politik war. Es ist gleichfalls klar, daß die vom Trotzkismus vertretene Politik äußerst gefahrvoll und höchst abenteuerlich war - und wäre diese Politik in die Praxis umgesetzt worden, wäre das Resultat gewiß der sichere Untergang gewesen. Heute können wir sagen, daß die bolschewistische Partei absolut recht hatte, die trotzkistischen Forderungen nach einem Schlag gegen die Kulaken 1926-27 zurückzuweisen; auch handelte sie 1929 hundertprozentig richtig, als sie nach der Schaffung der notwendigen Grundlagen eine Offensive gegen die Kulaken einleitete; 1929 ging die Partei völlig richtig von der bis zu diesem Zeitpunkt verfolgten Politik der *Einschränkung* der Ausbeutertendenzen der Kulaken zur Politik der *Eliminierung der Kulaken als Klasse* über.

Die Eliminierung der Kulaken als Klasse war nicht einfach ein verwaltungstechnischer Akt, wie die Trotzkisten meinten; sie war von höchster ökonomischer Bedeutung. Die Kulakenklasse konnte nicht einfach mit einem trotzkistischen Dekret weggewischt, sondern nur durch konkrete ökonomische Maßnahmen (wie oben ausgeführt) und durch die Einleitung der notwendigen ökonomischen und politischen Bedingungen eliminiert werden. Genosse Stalin führt dazu aus:

„Unrecht haben die Genossen, die da glauben, man könnte und müßte mit dem Kulaken durch administrative Maßnahmen, durch die GPU Schluß machen: befohlen, gestempelt und basta. Das ist ein leichtes, aber bei weitem nicht wirksames Mittel. Der Kulak muß durch wirtschaftliche Maßnahmen und auf dem Boden der sowjetischen Gesetzlichkeit angepackt werden. Die sowjetische Gesetzlichkeit aber ist keine leere Phrase. Das schließt natürlich die Anwendung gewisser notwendiger administrativer Maßnahmen gegen den Kulaken nicht aus. Aber die administrativen Maßnahmen dürfen nicht an die Stelle der wirtschaftlichen Maßnahmen treten.“ (Der XV. Parteitag der KPdSU(B), Werke, Bd. X, S. 270)

Zudem muß der Zeitpunkt einer umfassenden Offensive gegen die Kulaken stimmen; jeder Fehler in dieser Hinsicht würde eine leichtfertige Offensive gegen die Kulaken bedeuten, würde bedeuten, die Existenz der Diktatur des Proletariats aufs Spiel zu setzen. Einer der Grundzüge leninistischer Führung, der bolschewistischen Taktik ist, den richtigen Zeitpunkt und die geeignete Grundlage für die Einleitung einer Offensive gegen Feinde des Sozialismus zu wählen. Um dies in Genosse Stalins Sprache wiederzugeben:

„Die Kunst bolschewistischer Politik besteht keineswegs darin, wahllos aus allen Geschützen an allen Fronten zu schießen, ohne die Bedingungen der Zeit und des Ortes zu berücksichtigen, ohne die Bereitschaft der Massen zur Unterstützung dieses oder jenes Schrittes der Führung zu berücksichtigen. Die Kunst der bolschewistischen Politik besteht darin, Zeit und Ort geschickt auszuwählen und alle Umstände in betracht zu ziehen, um das Feuer an der Front zu konzentrieren, an der am raschesten die größten Ergebnisse erzielt werden können.“ (Über die Arbeiten des vereinigten Aprilplenums des ZK und der ZKK, Werke, Bd. XI, S. 46)

Als die Partei aber von der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen der Kulaken schon zur Politik der Eliminierung der Kulaken als Klasse übergegangen war, forderte Trotzki, der - wie wir gesehen haben - die Entkulakisierung bereits in der Zeit unmittelbar nach dem XIV. Parteitag (1926-27) befürwortete, nun die Aufgabe der Politik der Partei hinsichtlich der Eliminierung der Kulakenklasse. In seinem *Offenen Brief an die Mitglieder der KPdSU* vom 23. März 1930 forderte er folgendes von der Partei:

„Die Kolchosen mit ihren realen Einkommensquellen in Einklang bringen“;

„... die Politik der ‘Entkulakisierung’ aufgeben“;

„... die ausbeuterischen Tendenzen der Kulaken für eine lange Reihe von Jahren im Zaum halten.“

Und dies noch:

„Die richtungweisende Grundlage im Verhältnis zu den Kulaken muß ein eisernes ‘Vertragssystem’ sein“ [unter dem die Kulaken dem Staat ein bestimmtes Quantum ihrer Produkte zu festen Preisen liefern sollten]. Das ist waschechter Trotzkismus; sein wahrhaft absurder, undialektischer und reaktionärer Inhalt - die Entkulakisierung 1926 und Aufgabe der Politik der Entkulakisierung 1930!

Und als ob dieser Unsinn noch nicht perfekt gewesen wäre, setzte Trotzki im Jahre 1933 in zweiter Auflage noch eins drauf. Als 1933 die Kollektivierung im großen und ganzen schon abgeschlossen war, forderte Trotzki in den Ausgaben seines Bulletins die Auflösung der Sowchosen mit der Begründung, daß sie sich nicht auszahlten; die Auflösung der Mehrzahl der Kolchosen mit der Begründung, daß es Scheinkolchosen seien; das Ablassen von der Politik der Eliminierung der Kulaken. In bezug auf die Industrie verlangte Trotzki eine Rückkehr zur Konzessionierungspolitik und die Verpachtung einer Reihe sowjetischer Industrieunternehmen an Konzessionsinhaber mit der Begründung, diese Unternehmen seien unrentabel.

Genosse Stalin charakterisierte dieses trotzkistische Programm vollkommen richtig als konterrevolutionär und als Programm zur Restauration des Kapitalismus:

„Da haben Sie ein Programm verächtlicher Feiglinge und Kapitulanten, ein konterrevolutionäres Programm zur Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR!“ (Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag, Abschn. III. 1., Fragen der ideologisch-politischen Leitung, Werke, Bd. XIII, S. 322)

Auf diese Weise demaskierte der „Linke“ Trotzki sich selbst und enthüllte - für jeden sichtbar - seine rechte Politik.

Nachdem wir die ‘linke’ opportunistische Variante erledigt haben, kommen wir nun zu der rechten opportunistischen Abweichung von der Leninschen Linie der Partei.

Die rechte [Bucharinsche] Abweichung

Während die ‘linken’ (trotzkistischen) Opportunisten die Stärke des Kapitalismus überschätzten, nicht an den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der UdSSR aus eigener Kraft glaubten - ohne die Hilfe einer siegreichen Revolution in Westeuropa - und folglich auch schon die Idee eines Bündnisses mit der Hauptmasse der Bauernschaft ablehnten, gingen die rechten (Bucharinschen) Opportunisten ins andere Extrem, indem sie die Stärke des Kapitalismus unterschätzten, sich für jede Art Bündnis mit der gesamten Bauernschaft einschließlich der Kulaken aussprachen und, die Mechanismen des Klassenkampfes unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats mißachtend, das automatische „Hineinwachsen“ der Kulaken „in den Sozialismus“ verkündeten (Bucharin: Der Weg zum Sozialismus). Bucharins Gruppe vertrat die Ansicht, daß mit dem fortschreitenden Sozialismus und der Entwicklung sozialistischer Formen der Ökonomie der Klassenkampf abklingen würde. Diese von der Bucharinschen Gruppe verfochtene opportunistische Theorie der Rechten stellte eine äußerst große Gefahr für die Diktatur des Proletariats dar. Ihre Gefährlichkeit lag „(d)arin, daß sie die Arbeiterklasse einschläfert, die Kampfbereitschaft der revolutionären Kräfte unseres Landes untergräbt, die Arbeiterklasse demobilisiert und die Offensive der kapitalistischen Elemente gegen die Sowjetmacht erleichtert.“ (Stalin, Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B), Werke, Bd. XII, S. 35)

Und genau das war der Fall. Anfang 1928 begriffen die. Kulaken, daß die NEP eben nicht - wie sie hofften und erwarteten - zur Wiederherstellung des

Kapitalismus in der UdSSR führte, sondern ganz im Gegenteil zur Schwächung und zur Niederlage der kapitalistischen Elemente auf dem Lande sowie zur Festigung des Sozialismus. Sie gingen schließlich dazu über, den Widerstand gegen die Sowjetregierung zu organisieren. Seit 1928 nahm dieser Widerstand höchst bedenkliche Formen an. Der Widerstand der Kulaken war ein äußerst aufschlußreicher Beleg für a) die Tatsache, daß die sozialistische Offensive gegen kapitalistische Elemente in vollem Gange war und nach Plan verlief; daß die Kulaken sich deshalb in die Enge getrieben fühlten und zu entscheiden hatten, ob sie verzweifelten Widerstand leisten oder sich freiwillig von der Bühne verabschieden sollten - b) die Tatsache, daß die kapitalistischen Elemente keineswegs den Wunsch verspürten, die Bühne aus freien Stücken zu räumen. Genosse Stalin lag absolut richtig, als er den Märchen der Bucharinschen rechten Opportunisten vom Abklingen des Klassenkampfes mit den folgenden unvergeßlichen Worten begegnete:

„Man darf sich die Sache nicht so vorstellen, daß die sozialistischen Formen sich entwickeln und die Feinde der Arbeiterklasse verdrängen werden, die Feinde aber stillschweigend zurückweichen und unserem Vormarsch den Weg freigeben werden, daß wir dann weiter vorwärtsschreiten, sie aber weiter zurückweichen werden, und daß dann ‘unerwartet’ ausnahmslos alle sozialen Gruppen, sowohl die Kulaken als auch die Dorfarmut, sowohl die Arbeiter als auch die Kapitalisten, ‘plötzlich’, ‘unmerklich’, ohne Kampf und Erschütterungen, im Schoße der sozialistischen Gesellschaft angelangt sein werden. Solche Märchen gibt es nicht und kann es überhaupt nicht geben, besonders nicht unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats.

Es war niemals so und wir niemals so sein, daß die überlebten Klassen ihre Positionen freiwillig aufgeben, ohne zu versuchen, Widerstand zu organisieren. Es war niemals so und wird niemals so sein, daß der Vormarsch der Arbeiterklasse zum Sozialismus in der Klassengesellschaft ohne Kampf und Erschütterungen vor sich gehen kann. Im Gegenteil, der Vormarsch zum Sozialismus führt zwangsläufig dazu, daß die Ausbeuterelemente diesem Vormarsch Widerstand entgegensetzen, der Widerstand der Ausbeuter aber führt zwangsläufig zur Verschärfung des Klassenkampfes.

Darum darf man die Arbeiterklasse nicht durch das Geschwätz von einer zweitrangigen Rolle des Klassenkampfes einschläfern.“ (Plenum des ZK der KPdSU(B) 4.-12. Juli 1928, Werke, Bd. XI, S. 152)

Den dümmlichen kleinen Geschichten Bucharins vom Abklingen der Klassenkämpfe und vom Wunder des „Hineinwachsens“ der Kulaken „in den Sozialismus“ zum Trotz (vgl. Stalin, Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B), Werke, Bd. XXII, Seiten 26 ff), machten sich die letzteren durchaus ernsthaft an den organisierten Widerstand gegen die Sowjetregierung. Und wer, außer Bucharin und seine Gruppe, sollte sich wohl in der Partei nun mit der Verteidigung der Kulakeninteressen hervortun? Die Bucharin-Anhänger setzten den Fall der Kulakenwirtschaften mit dem Niedergang der Landwirtschaft in der UdSSR gleich. Sie forderten die Verlangsamung der industriellen Entwicklungsrate, die Lockerung des Außenhandelsmonopols, das Zurückdrängen der Kollektivierung in den Hintergrund und umfassende Konzessionen an die kapitalistischen Elemente.

Die erste ernste Attacke kam von Seiten der Kulaken zur Zeit der Kornbeschaffungskrise im Januar 1928. Die Kulaken weigerten sich, Korn an den sowjetischen Staat zu verkaufen; die sowjetische Regierung sah sich einem Korndefizit von 130 Millionen Pud gegenüber. Mangels jeglicher Reserven mußte die Sowjetregierung auf Notmaßnahmen zurückgreifen; so auf die Anwendung des Artikels 107 des Strafgesetzes, der für den Fall einer Weigerung der Kulaken, Getreide an den Staat zu veräußern, die Beschlagnahme von Korn der Kulaken vorsah. Die Anwendung von Dringlichkeitsmaßnahmen, welche - trotz einzelner, mancherorts überzogener Handlungen - ein großer Erfolg war und den gewünschten Effekt hatte, die staatlich notwendige Kornversorgung durch die Beschaffung bei den Kulaken sicherzustellen, brachte die Bucharin-Anhänger in Rage. Unter dem Vorwand „Exzesse“ bekämpfen zu wollen, waren die Bucharinisten in Wirklichkeit dabei, die korrekte Politik der Partei zu bekämpfen und die Kulaken zu verteidigen. So entlarvte Genosse Stalin diesen arglistigen opportunistischen Trick der Bucharinisten:

„Das geläufigste Modewort in den Reihen der Bucharingruppe ist jetzt das Wort ‘Überspitzungen’ bei der Getreidebeschaffung. Dieses Wort ist bei ihnen gang und gäbe, da es ihnen hilft, ihre opportunistische Linie zu maskieren. Wollen sie ihre Linie maskieren, so sagen sie gewöhnlich: Wir sind natürlich nicht gegen den Druck auf die Kulaken, aber wir sind gegen Überspitzungen, die auf diesem Gebiet begangen werden und die den Mittelbauern treffen. Weiter folgen Erzählungen über die ‘schrecklichen’

Folgen dieser Überspitzungen, werden Briefe von ‘Bauern’ verlesen, werden panische Briefe von Genossen verlesen, wie zum Beispiel von Markow, und dann wird die Schlußfolgerung gezogen: Die Politik des Drucks auf das Kulakentum muß aufgegeben werden.

Man höre sich das an: *Weil* Überspitzungen in der Durchführung einer richtigen Politik vorkommen, so muß man, wie sich herausstellt, diese *richtige Politik aufgeben*. Das ist die gewöhnliche Manier der Opportunisten: da Überspitzungen bei der Durchführung einer richtigen Linie vorgekommen sind, ist diese Linie aufzugeben und durch eine opportunistische Linie zu ersetzen. Dabei verschweigen die Anhänger der Bucharingruppe sorgfältig, daß noch eine andere Art von Überspitzungen existiert, eine gefährlichere und schädlichere, nämlich die Überspitzungen nach der Seite der Verfilzung mit dem Kulakentum, nach der Seite der Anpassung an die wohlhabenden Schichten des Dorfes, nach der Seite der Ersetzung der revolutionären Politik der Partei durch die opportunistische Politik der rechten Abweichler.

Natürlich sind wir alle gegen diese Überspitzungen. Wir alle sind dagegen, daß die Schläge, die gegen die Kulaken geführt werden, die Mittelbauern treffen. Das ist klar, und darüber kann keinerlei Zweifel bestehen. Aber wir sind entschieden dagegen, daß durch das Geschwätz von Überspitzungen, das von der Bucharingruppe eifrig kolportiert wird, die revolutionäre Politik unserer Partei aufgegeben und durch die opportunistische Politik der Bucharingruppe ersetzt wird. Nein, dieser Trick wird ihnen nicht gelingen.

Nennen Sie auch nur eine politische Maßnahme der Partei, die nicht diese oder jene Überspitzung im Gefolge gehabt hätte. Daraus folgt, daß man gegen die Überspitzungen kämpfen muß. Darf man aber aus *diesem Grunde* die Linie selbst schmähen, die die einzig richtige Linie ist?

Nehmen wir eine Maßnahme wie die Durchführung des Siebenstundentags. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Maßnahme eine der revolutionärsten Maßnahmen ist, die von unserer Partei in letzter Zeit durchgeführt werden. Wem ist nicht bekannt, daß diese ihrem Wesen nach zutiefst revolutionäre Maßnahme bei uns immer wieder eine ganze Reihe von Überspitzungen, zuweilen der widerlichsten Art, im Gefolge hat? Bedeutet dies, daß wir die Politik der Durchführung des Siebenstundentags aufgeben sollen?

Begreifen die Anhänger der Bucharinschen Opposition, in welche Pfütze sie geraten, wenn sie mit den Überspitzungen in der Getreidebeschaffung auftrumpfen?“ (ebd., Bd. XII, Seiten 80 ff; Herv. d. Stalin)

In ihrem Einsatz für die Interessen der Kulaken trieb es Bucharins Gruppe soweit, daß sie die Partei beschuldigte, sie verfolge eine Politik der militärisch-feudalen Ausbeutung der Bauernschaft. Es bedarf wohl kaum des Nachweises, daß Bucharins Gruppe diese gegen die Partei gerichtete Waffe dem Arsenal der konterrevolutionären Bourgeoisie entlehnte.

„Ich kenne in der Geschichte unserer Partei kein zweites Beispiel dafür, daß die Partei einer Politik der militärisch-feudalen Ausbeutung beschuldigt worden wäre. Diese Waffe gegen die Partei stammt nicht aus dem Arsenal von Marxisten. Woher stammt sie aber? Aus dem Arsenal des Kadettenführers Miljukow. Wenn die Kadetten die Arbeiterklasse mit der Bauernschaft entzweien wollen, sagen sie gewöhnlich: Ihr Herren Bolschewiki baut den Sozialismus auf den Knochen der Bauernschaft. Mit seinem Geschrei über den ‘Tribut’ stimmt Bucharin in die Leier der Herren Miljukow ein, gesellt er sich zu den Feinden des Volkes.“ (ebd., S. 49)

Bucharins Gruppe lehnte den Kampf gegen die Kulaken ab; sie befürwortete ein Bündnis der Arbeiterklasse mit der *ganzen* Bauernschaft, einschließlich der Kulaken. Die Partei lehnte allerdings nachdrücklich eine solche Allianz ab.

„Nein, Genossen, ein solches Bündnis [der Art, wie Bucharin und seine Leute es vertraten - H.B.] propagieren wir nicht und können wir nicht propagieren. Unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats, unter den Bedingungen der Festigung der Macht der Arbeiterklasse bedeutet das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft: sich auf die Dorfarmut stützen, Bündnis mit dem Mittelbauern, Kampf gegen das Kulakentum. Wer glaubt, das Bündnis mit der Bauernschaft bedeute unter unseren Verhältnissen ein Bündnis mit dem Kulaken, der hat mit dem Leninismus nichts gemein. Wer glaubt, im Dorf müsse eine Politik betrieben werden, die allen gefällt, den Reichen sowohl wie den Armen, der ist kein Marxist, sondern ein Narr, denn eine solche Politik gibt es überhaupt nicht, Genossen. (Heiterkeit, Beifall.) Unsere Politik ist eine Klassenpolitik.“ (Über die Arbeiten des vereinigten Aprilplenums des ZK und der ZKK, Werke, Bd. XI, S. 43)

Der Leninismus tritt gewiß für ein festes Bündnis mit der Hauptmasse der Bauernschaft ein, er sagt aber auch, daß der ganze Zweck dieses Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Bauernmassen die Sicherung der Führungsrolle der Arbeiterklasse ist, um die Diktatur des Proletariats zu festigen und die notwendigen materiellen und geistigen (kulturellen) Bedingungen zu schaffen, welche die Aufhebung der Klassen begünstigen. Kurz, der Leninismus steht für ein stabiles Bündnis mit der Hauptmasse der Bauernschaft (Kulaken *ausgeschlossen*) mit dem letztendlichen Ziel der Abschaffung der Klassen; der Leninismus befürwortet nicht jede Art von Bündnis. So formuliert Genosse Lenin diesen Punkt:

„‘Unter Verständigung zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft’, sagt Lenin, ‘kann man alles mögliche verstehen. Wenn man außer acht läßt, daß die Verständigung vom Standpunkt der Arbeiterklasse nur dann zulässig, richtig und prinzipiell möglich ist, wenn sie die Diktatur der Arbeiterklasse unterstützt und eine der Maßnahmen ist, die auf die Aufhebung der Klassen abzielen, so bleibt die Formel von der Verständigung der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft natürlich eine Formel, die von allen Feinden der Sowjetmacht und allen Feinden der Diktatur in ihren Auffassungen auch vertreten wird.’ (4. Ausgabe, Bd. XXXII, S. 382, russ.)

Und weiter:

‘Jetzt’, sagt Lenin, ‘hält das Proletariat die Staatsmacht in seinen Händen und leitet sie. Es leitet die Bauernschaft. Was bedeutet es, die Bauernschaft leiten? Das bedeutet erstens, eine Linie verfolgen, die auf die Aufhebung der Klassen gerichtet ist, und nicht eine Linie, bei der man sich auf den Kleinproduzenten orientiert. Wollten wir von dieser Linie, der fundamentalen und grundlegenden Linie, abgehen, dann würden wir aufhören, Sozialisten zu sein, und würden ins Lager der Kleinbürger, ins Lager der Sozialrevolutionäre und Menschewiki geraten, die jetzt die ärgsten Feinde des Proletariats sind.’ (Ebenda, S. 396, russ.)“ (zit. n. Stalin, Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B), Werke, Bd. XII, S. 37)

Die von Bucharin befürwortete Allianz mit der Bauernschaft jedoch meinte nicht nur ein Bündnis mit der Mittelbauernschaft, sondern ebenso mit den Kulaken. Es muß wohl nicht weiter bewiesen werden, daß eine solche Allianz - weit von der Sicherung der führenden Rolle des Proletariats, der Stärkung

der Diktatur des Proletariats und der Begünstigung der Aufhebung der Klassen entfernt - vielmehr zur Aufhebung der Führungsrolle des Proletariats, zur Schwächung seiner Diktatur und zum Fortbestehen der Klassen geführt hätte; denn nur ein Bündnis mit der Mittelbauernschaft, welches gleichzeitig ein Bündnis gegen die Kulaken ist - nur ein solches Bündnis kann den Weg zur Abschaffung der Klassen bahnen. Klassen können nur durch Klassenkampf gegen die Ausbeuter beseitigt werden - gegen die Kulaken und andere kapitalistische Elemente - und nicht durch ein Bündnis mit diesen.

Es liegt auf der Hand, daß Bucharins rechte Opportunistengruppe und ihre opportunistische Politik zurückgeschlagen werden mußte. Ohne ihre Niederschlagung hätte die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR mit Sicherheit bereits in den frühen 30er Jahren stattgefunden. Zur Ehre der bolschewistischen Partei und ihres damaligen Führers, Genosse Stalin, muß gesagt werden, daß es ihr ruhmvolles Verdienst war, die rechten Opportunisten der Bucharin-Leute als auch jene der „linken“ Trotzki-Sinowjew-Gruppe vernichtend geschlagen zu haben. Die politisch geschlagenen Gruppen vereinten sich in Opposition zur Partei (wie sie es vorher bereits getan hatten) und demonstrierten so ihr antileninistisches und rechtsreaktionäres Wesen. Mit Ausnahme der Form ihrer Programme gab es zwischen diesen beiden Gruppen keinen Unterschied. Es bleibt die Tatsache zu konstatieren, daß das Programm der „Linken“ ebenso wie das der Rechten auf die Wiederherstellung des Kapitalismus gerichtet war. In diesem Sinne und gerade deswegen beharrten Marxisten-Leninisten immer wieder darauf, daß auch diese „Linke“ tatsächlich politisch rechts steht. Genosse Stalin brachte das ans Licht, was beiden gemeinsam war, namentlich ihre jeweiligen Parteiprogramme zur Restauration des Kapitalismus - wenngleich auf unterschiedlichen Wegen - und charakterisierte die rechten (Bucharinschen) und „linken“ (trotzkistischen) Opportunisten so:

„Worin besteht die Gefahr der *rechten*, offen opportunistischen Abweichung in unserer Partei? Darin, daß sie die Kraft unserer Feinde, die Kraft des Kapitalismus *unterschätzt*, die Gefahr der Wiederherstellung des Kapitalismus nicht sieht, die Mechanik des Klassenkampfes unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats nicht versteht und daher so leicht auf Zugeständnisse an den Kapitalismus eingeht, indem sie fordert, das Entwicklungstempo unserer Industrie zu verlangsamen, den kapitalistischen Elementen in Stadt

und Land Erleichterungen zu gewähren, die Frage der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften in den Hintergrund zu rücken, das Außenhandelsmonopol zu lockern usw. usf.

Es steht außer Zweifel, daß ein Sieg der rechten Abweichung in unserer Partei die Kräfte des Kapitalismus entfesseln, die revolutionären Positionen des Proletariats untergraben und die Chancen für die Wiederherstellung des Kapitalismus in unserem Lande erhöhen würde.

Worin besteht die Gefahr der '*linken*' (trotzkistischen) Abweichung in unserer Partei? Darin, daß sie die Kraft unserer Feinde, die Kraft des Kapitalismus *überschätzt*, nur die Möglichkeit der Wiederherstellung des Kapitalismus sieht, aber die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus mit den Kräften unseres Landes nicht sieht, der Verzweiflung verfällt und gezwungen ist, sich mit dem Geschwätz von Thermidorianertum in unserer Partei zu trösten. [Thermidor = Monat des Kalenders der Französischen Revolution (Mitte Juli - Mitte August). Im Thermidor 1794 wurde Robespierre mit den sozialrevolutionären Elementen von den Girondisten, den Vertretern der Bourgeoisie, gestürzt; man nannte sie Thermidorianer - ein Begriff, den Trotzki in entsprechend diskreditierender Weise auf die Parteiführung unter Gen. Stalin anwendet - d. Hrsg.]

Aus den Worten Lenins, 'solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, besteht für den Kapitalismus in Rußland eine festere ökonomische Basis als für den Kommunismus' - aus diesen Worten Lenins ziehen die Vertreter der 'linken' Abweichung den falschen Schluß, daß es in der UdSSR überhaupt unmöglich sei, den Sozialismus zu errichten, daß mit der Bauernschaft nichts zu machen sei, daß die Idee des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft eine überholte Idee sei, daß, wenn uns von der siegreichen Revolution im Westen keine Hilfe zuteil wird, die Diktatur des Proletariats in der UdSSR zu Fall kommen oder entarten müsse und daß, wenn der phantastische Plan der Überindustrialisierung, der selbst um den Preis des Bruchs mit der Bauernschaft durchgeführt werden soll, nicht angenommen wird, die Sache des Sozialismus in der UdSSR als verloren zu betrachten sei.

Daher das Abenteurertum in der Politik der 'linken' Abweichung. Daher die 'übermenschlichen' Sprünge in der Politik.

Es steht außer Zweifel, daß ein Sieg der ‘linken’ Abweichung in unserer Partei zur Loslösung der Arbeiterklasse von ihrer bäuerlichen Basis, zur Loslösung der Avantgarde der Arbeiterklasse von den übrigen Arbeitermassen und folglich zu einer Niederlage des Proletariats sowie zur Förderung der Vorbedingungen für eine Wiederherstellung des Kapitalismus führen würde.

Wie Sie sehen, führen beide Gefahren, die ‘linke’ wie die rechte, beide Abweichungen von der Leninschen Linie, die rechte wie die ‘linke’, zu ein und demselben Ergebnis, wen auch von verschiedenen Seiten her.“ (Über die rechte Gefahr in der KPdSU(B), Werke, Bd. XI, Seiten 205-206; Herv. d. Stalin)

Der einzige Unterschied ist, daß die „Linken“ (Trotzkisten) ultra„linke“ Phrasen verwenden, was übrigens erklärt, „ ... daß es den ‘Linken’ zuweilen gelingt, einen Teil der Arbeiter mit Hilfe tönender ‘linker’ Phrasen auf ihre Seite zu locken und sich als die entschiedensten Gegner der Rechten aufzuspielen, obwohl alle Welt weiß, daß sie, die ‘Linken’, die gleichen sozialen Wurzeln haben wie die Rechten und daß sie nicht selten mit den Rechten ein Abkommen, einen Block schließen zum Kampf gegen die leninistische Linie.“ (Stalin, Über die Industrialisierung des Landes, Werke, Bd. XI, S. 248)

Bevor wir fortfahren, wäre nebenbei vielleicht noch anzumerken, daß der größte Teil der vom gewöhnlichen Bourgeois gegen die leninistische Linie der bolschewistischen Partei vorgebrachten Kritik hinsichtlich der Kollektivierung auf den Parteiprogrammen und Argumentationslinien bürgerlicher Sozialisten innerhalb der Partei selbst basiert, namentlich auf derjenigen der ‘linken’ (trotzkistischen) Opportunisten und der rechten (bucharinistischen) Abweichler. Anders kann es auch nicht sein, denn die Plattformen der ‘linken’ und rechten Opportunisten waren, wenn auch maskiert und sogar in marxistischer Terminologie verpackt, Programme zur Restauration des Kapitalismus. Daher die Übereinstimmung in den Anschauungen des gewöhnlichen Bourgeois einerseits mit denen der ‘sozialistischen’ Opportunisten wie Trotzkisten und Bucharinisten andererseits; daher die Sympathie des gewöhnlichen Bourgeois für die Interessenvertreter seiner Klasse (der Klasse der Bourgeoisie) in der kommunistischen Bewegung, nämlich die Sympathie für sozialistische Opportunisten; daher der Anti-Stalinismus und der Pro-Trotzkismus (und Pro-

Bucharinismus) des gewöhnlichen Bourgeois. Der Bourgeois kümmert sich nicht darum, welche Ausdrucksweisen dabei Verwendung finden; er hat nicht einmal Einwände gegen den Gebrauch marxistischer Terminologie, solange diese zur Verteidigung und Bewahrung des Kapitalismus benutzt wird, statt zur revolutionären Überwindung des Kapitalismus. Tatsächlich führt unter bestimmten Umständen der einzige Weg, dem Kapitalismus dienstbar zu sein, über die Verwendung marxistischer Formulierungen, weil nur solche Formulierungen die Arbeiter noch irreführen können. Wie hätten die Trotzkisten und Bucharinisten zum Beispiel ganz offen die Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR fordern können, als die Arbeiterklasse an der Macht war? Hätten sie auch nur einen einzigen diesbezüglichen Satz geäußert, wären sie aus jeder Arbeiterorganisation hinausgeflogen, erst recht aus der Avantgarde-Partei des Proletariats, sie wären von jedem klassenbewußten Arbeiter zutiefst verachtet worden. Sie waren also gezwungen, ihre Programme für die kapitalistische Restauration im Namen der Arbeiterklasse und des Marxismus zu präsentieren. Darin besteht ihre Hilfestellung für die Bourgeoisie; und darin besteht auch ihr Verrat an der Arbeiterklasse und der kommunistischen Bewegung. Es war gerade dieser Verrat an der Arbeiterklasse, der Rückgriff auf Zerstörung, Sabotage, Terror und Mord, ganz zu schweigen von ihren Abkommen mit faschistischen und imperialistischen Mächten, die sie vor die proletarische Justiz der Moskauer Prozesse gegen Ende der 30er Jahre brachte.

Gewaltanwendung und die Kollektivierung.

Trotzkisten, Revisionisten und Bourgeois vom gewöhnlichen Schlage erhoben gegen Stalin den Vorwurf, er habe die Bauernschaft gegen den Willen der Bauernmehrheit und darüber hinaus mit Gewalt kollektiviert. Diese auf Ignoranz beruhende Behauptung hat allein durch ihre ständige Wiederholung die Qualität eines allgemeinen Vorurteils angenommen. Da diese Anschuldigung seit dem XX. Parteitag lange Zeit von der revisionistischen Sowjetführung im Munde geführt wurde, waren schließlich selbst Menschen von ihrer Richtigkeit überzeugt, die sich als Marxisten-Leninisten bezeichnen. Wie bereits eindeutig aus den obigen Ausführungen hervorgeht, können nur unverbesserliche Bürokraten glauben, die Kollektivierung in der UdSSR wäre durch Gewalt erreicht worden oder hätte lediglich durch Gewalt erreicht

werden können; jene, welche die Kollektivierung vornehmlich als eine bürokratische Verwaltungsangelegenheit betrachten und nicht als eine außerordentlich wichtige ökonomische Maßnahme, können die Kollektivierung in der UdSSR in diesem Licht sehen. Hätte die Kollektivierung durch den mit einem trotzkistischen Ministerialerlaß ausgerüsteten „Unteroffizier Prischibejew“ erreicht werden können, dann hätte es allerdings allen Grund gegeben, die von Trotzki und Sinowjew geforderte Kollektivierung schon 1926 durchzuführen, oder besser noch früher - zu Lenins Lebzeiten.

In diesem Fall müßten wir anerkennen, daß die Trotzkisten mit ihrer Forderung nach Kollektivierung 1926 Recht gehabt hätten, während die Leninisten mit der Ablehnung dieser Forderung falsch gehandelt hätten. Als die Trotzkisten 1926 die Kollektivierung verlangten, glaubten sie offenbar, eine solche Maßnahme wäre mit einem Stück Papier und dem preußischen Polizeiknüppel zu erreichen gewesen. Wäre die Partei so töricht gewesen, die Kollektivierung unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten und sie mit diesen Methoden durchzuführen, wäre - wie früher ausgeführt - das Resultat eine „Auseinandersetzung“ zwischen der an der Macht befindlichen Arbeiterklasse und der Hauptmasse der Bauernschaft gewesen, ohne deren Bündnis die Arbeiterklasse keinesfalls auf eine dauerhafte Machtbehauptung hätte hoffen können - es wäre zu einem Bürgerkrieg gekommen und zum sicheren Untergang der Diktatur des Proletariats.

Die Partei betrachtete die Kollektivierung aber als eine ökonomische Maßnahme, die ohne die Schaffung der notwendigen ökonomischen Vorbedingungen nicht hätte erreicht werden können. Zur Erinnerung: In der zweiten Hälfte des Jahres 1929 wurden all diese Vorbedingungen realisiert; die Partei unternahm ernsthafte Schritte zur Kollektivierung, die von der überwältigenden Mehrheit der Bauernschaft enthusiastisch begrüßt wurde. Die Erfolge bei der Kollektivierung wurden gerade aufgrund ihres freiwilligen Charakters erzielt; im Moment einer Druckausübung kam es zur Auflösung von Kolchosen und ein Teil der Bauern, der, um Stalin zu zitieren: „gestern noch den Kollektivwirtschaften größtes Vertrauen entgegenbrachte, begann sich von ihnen abzuwenden.“ (Antwort an die Genossen Kollektivbauern, Bd. XII, S. 180)

Das alles bedeutet nicht, daß es in Einzelfällen keine Verzerrungen der Parteipolitik durch übereifrige Parteifunktionäre und alle möglichen ‘linken’ Verdreher gegeben hätte. Insbesondere gab es: a) Verletzungen des Freiwilligkeitsprinzips in der Kolchosbewegung - eine Zuwiderhandlung, welche die Auflösung von Kolchosen bewirkte; b) Vernachlässigung jenes Prinzips, das die Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedingungen in der UdSSR verlangte; und c) Der Bruch des Grundsatzes, der die *Artelform* [die genossenschaftliche Form - d. Hrsg.] der Kollektivbewegung als das *hauptsächliche Bindeglied im Kolchosensystem* definierte - es wurden Versuche unternommen, diese Stufe zu überspringen und direkt zum System der Kommune überzugehen.

Wären diese Verletzungen nicht zurückgenommen und die Verzerrungen nicht korrigiert worden, würde es keine Erfolge auf dem Gebiet der Kollektivierung gegeben haben. Das von Stalin geleitete Zentralkomitee der Partei ergriff rechtzeitig entschiedene Maßnahmen zur Ausmerzung dieser Prinzipienbrüche und Verzerrungen. Am 2. März 1930 wurde Stalins Artikel *Vor Erfolgen von Schwindel befallen* in der Prawda veröffentlicht, in welchem er die eigentlichen Ursachen der Verzerrungen in der Kolchosbewegung analysierte und Versuche der Kollektivierung durch Zwang und Gewaltanwendung brandmarkte.

„Die Erfolge unserer kollektivwirtschaftlichen Politik erklären sich unter anderem daraus, daß diese Politik auf der *Freiwilligkeit* in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung und auf der *Berücksichtigung der Mannigfaltigkeit der Bedingungen* in den verschiedenen Gebieten der UdSSR beruht. Man kann nicht mit Gewalt Kollektivwirtschaften schaffen. Das wäre dumm und reaktionär. Die kollektivwirtschaftliche Bewegung muß sich auf die aktive Unterstützung der Hauptmassen der Bauernschaft stützen.“ (Werke, Bd. XII, S. 170; Herv. d. Stalin)

Und:

„Was kann es Gemeinsames geben zwischen dieser ‘Politik’ nach der Art des Unteroffiziers Prischibejew und der Politik der Partei, die sich auf die Freiwilligkeit und die Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten bei dem kollektivwirtschaftlichen Aufbau stützt? Es ist klar, daß es zwischen ihnen nichts Gemeinsames gibt noch geben kann.“ (ebd., Seiten 171-172)

Und weiter:

„Wem nützen diese Verzerrungen, diese bürokratische Dekretierung der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, diese ungebührlichen Drohungen gegen Bauern? Niemand außer unseren Feinden!“ (ebd., S. 172)

Stalin verurteilte die Versuche, die Vorbereitungsarbeit zur Organisation von Kolchosen durch „bürokratische Dekretierung der kollektiv wirtschaftlichen Bewegung“ zu ersetzen, „durch papierne Resolutionen über das Wachstum der Kollektivwirtschaften, durch Organisierung von Kollektivwirtschaften auf dem Papier, die in Wirklichkeit noch nicht vorhanden sind, über deren ‘Existenz’ es aber einen ganzen Haufen ruhmrediger Resolutionen gibt.“ (ebd., S. 171)

Einen Monat später, am 3. April 1930, veröffentlichte Stalin in der Prawda einen weiteren Artikel zum selben Thema mit dem Titel „Antwort an die Genossen Kollektivbauern“. In Beantwortung der Frage: „Worin liegt die Wurzel der Fehler in der Bauernfrage?“, gibt Stalin die folgende Antwort:

„In der falschen Behandlung des Mittelbauern. Darin, daß Gewaltmaßnahmen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen zum Mittelbauern angewandt wurden;...

Man vergaß, daß die im Kampf gegen unsere Klassenfeinde notwendige und nützliche Gewaltanwendung unzulässig und verderblich ist gegenüber dem Mittelbauern, der unser Verbündeter ist.

Man vergaß, daß die zur Lösung von Aufgaben militärischen Charakters notwendigen und nützlichen Reiterattacken bei der Lösung von Aufgaben des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus, der überdies im Bündnis mit dem Mittelbauern organisiert wird, untauglich und verderblich sind.“ (Werke, Bd. XII, Seiten 178-179)

Daraus ist ersichtlich, daß trotz einiger Entstellungen mancherorts - die recht schnell von der Partei beseitigt wurden - die Parteilinie in bezug auf die Kollektivierung richtig war; durch die Anwendung dieser vollkommen korrekten leninistischen Politik wurde die Hauptmasse der Bauernschaft auf den Weg des sozialistischen Aufbaus gebracht. Die Parteipolitik war erfolgreich, weil die Partei einen konsequenten und prinzipiellen Kampf sowohl gegen die ‘linken’ (trotzkistischen) als auch gegen die rechten

(Bucharinschen) Abweichungen führte, weil die Partei einen schonungslosen Kampf gegen jene führte, die vorzustürmen versuchten (die Trotzkisten) sowie gegen jene, die ihnen hinterherschlurften (die Bucharin-Anhänger). Darin liegt das Geheimnis der erfolgreichen Politik der Partei - sowohl bei der Kollektivierung als auch auf anderen Gebieten.

Bestimmt hatte Gorbatschow den hier beschriebenen grundsätzlichen und kompromißlosen Kampf der Partei der Bolschewiki vor Augen, als er in seinem *1987er Referat* konstatierte:

„Der führende Parteikader, an dessen Spitze Stalin stand, verteidigte in der ideologischen Auseinandersetzung den Leninismus."

Angesichts der obigen Ausführungen muß Gorbatschows Behauptung, daß Stalin die Rolle der Mittelbauernschaft falsch beurteilt hätte, als völlig unbegründet zurückgewiesen werden und ist offenbar dadurch motiviert, daß er zur Zeit eifrig mit der Entkollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft beschäftigt ist - sowie mit der Einführung einer Markt- bzw. Kapitalistenwirtschaft.

Kapitel 9

Lalkar, September/Oktober 1991

Historische Fragen - Eine Neubewertung der Vergangenheit. Teil III

Stalin und die „Enthauptung" der Partei und der Roten Armee

In der letzten Ausgabe (Juli-August) [Kapitel 8 - d. Hrsg.] widerlegten wir ausgiebig die Behauptung, Stalin hätte die Rolle der Bauernschaft nicht verstanden. In dieser Ausgabe kommen wir nun auf die anderen beiden Behauptungen zurück, nämlich daß Stalin mit den Moskauer Prozessen die Partei und die Rote Armee enthauptet hätte.

Die „Schwächung“ der Roten Armee und die Liquidierung „loyaler“ Führer

Was den zweiten und dritten Vorwurf betrifft - die Schwächung der Sowjetarmee und die Liquidierung scheinbar loyaler Parteiführer - so werden diese vorzugsweise zusammen behandelt, da sie untrennbar miteinander verknüpft sind. Es ist weder möglich noch wünschenswert, eine detaillierte Beschreibung und Erklärung der Moskauer Prozesse in einem einzigen Kapitel zu geben. Es ist deshalb unmöglich, weil eine solche Darstellung mindestens 100 Seiten Text erforderte und aus dem Grunde nicht wünschenswert, weil der Autor dieses Buches bereits vor langer Zeit eine solche Schrift verfaßte, die auch demnächst in Form eines Buches veröffentlicht wird. Verglichen damit ist der folgende Beitrag nicht mehr als ein sehr kurzer Abriß.

Am 1. Dezember 1934 wurde der Vorsitzende des Leningrader Sowjets, Sergej Kirow, einer der beliebtesten Führer der Partei der Bolschewiki und ein mit Stalin eng befreundeter Genosse, der die gegen die Partei gerichtete Kamenew-Sinowjew-Opposition in Leningrad politisch erfolgreich geschlagen hatte, im Smolny-Institut ermordet. Der Attentäter, Leonid Nikolajew, wurde dem Militärausschuß des Obersten Gerichtshofs der UdSSR übergeben. Er sagte aus:

„Als ich Kirow erschoß, kam ich zu folgendem Schluß: Unser Schuß muß ein Signal für eine Explosion sein, für einen Aufstand in unserem Land gegen die Kommunistische Partei der Sowjetunion und gegen die Sowjetregierung.“ [alle Zitate aus den Prozessen übersetzt - d. Hrsg.]

Nikolajew wurde zum Tode durch Erschießung verurteilt. Er deckte nie auf, daß Kamenew, Sinowjew und andere Spitzen des trotzkistisch-sinowjewschen Terrorzentrums unmittelbar in die Verschwörung zur Ermordung Kirows verstrickt waren. Die sowjetische Regierung hatte jedoch ihre Verdachtsmomente und bestellte einen Sonderbeauftragten zur Untersuchung des Mordes in Leningrad: N. I. Jeschkow, Mitglied des Zentralkomitees der Partei und Leiter der Kontrollkommission. Nur zwei Wochen nach Nikolajews Verhandlung fanden sich Sinowjew, Kamenew und etliche ihrer Kumpanen vor einem Leningrader Gericht wieder; ihnen wurde Mittäterschaft im Zusammenhang mit dem Mord an Kirow zur Last gelegt. Während der

Verhandlung gaben sie nichts zu, was den Behörden nicht schon bekannt gewesen wäre und heuchelten Gewissensbisse, daß ihre oppositionellen politischen Betätigungen ein Klima geschaffen hätten, das zu antisowjetischen Aktivitäten führte. Während sie „moralische Verantwortung“ für Kirows Ermordung auf sich nahmen, bestritten sie gleichwohl jegliche Vorkenntnis von der Verschwörung.

„Ich verstehe mich gewöhnlich als Führer“, sagte Sinowjew, „und selbstverständlich hätte ich alles wissen müssen... Dieser abscheuliche Mord hat ein derart unheilvolles Licht auf den ganzen vorangegangenen Kampf gegen die Partei geworfen, daß ich einsehe, daß die Partei absolut recht damit hat, wenn sie von der politischen Verantwortlichkeit der ehemaligen Sinowjew-Gruppe für den begangenen Mord spricht.“

Kamenew schlug einen ähnlichen Ton an und ihre Schliche hatte Erfolg. Es konnte nicht nachgewiesen werden, daß sie direkt in das Mordkomplott gegen Kirow involviert waren; indes wurden sie antisowjetischer Aktivitäten für schuldig befunden. Sinowjew wurde zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, Kamenew erhielt fünf Jahre.

Weitergehende Nachforschungen ergaben die unmittelbare Beteiligung Kamenews, Sinowjews und ihrer Anhänger an der Verschwörung zur Ermordung Kirows; sie wurden im ersten der Moskauer Prozesse erneut vor Gericht gestellt und schuldig gesprochen. Jene Nachforschungen förderten weitere Fakten zutage, die zu den zweiten und dritten Moskauer Prozessen und zum Verfahren gegen die acht Generale der Roten Armee führten, einschließlich zu demjenigen gegen Marschall Tuchatschewski. Im ersten dieser Prozesse, im August 1936, wurden sechzehn Personen angeklagt, Kamenew und Sinowjew eingeschlossen. Im zweiten Prozeß, der im Januar 1937 stattfand, wurden siebzehn Personen vor Gericht gebracht, unter ihnen Pjatakow (stellvertretender Kommissar für die Schwerindustrie), Sokolnikow (zweiter Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten) und Radek. Das Verfahren gegen die Generale fand am 11. Juni zur Geheimhaltung militärischer Angelegenheiten unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt; alle anderen Prozesse wurden in offenen Verhandlungen und in Anwesenheit der nationalen und internationalen Presse und Medien abgehalten. Der letzte dieser Prozesse wurde im März 1938 durchgeführt und war die bedeutendste von allen. In diesem Prozeß kamen 21 Personen vor Gericht; unter ihnen

Nikolaj Bucharin, Rykow (früherer Premierminister), Henry Jagoda (ehemaliger Leiter der OGPU), Krestinski (ehemaliger sowjetischer Botschafter in Berlin, Volkskommissar für Finanzen und Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU), Rakowski (ehemaliger sowjetischer Botschafter in London und Paris), Rosengolz (Volkskommissar für Außenhandel) und Tschernow (Volkskommissar für Landwirtschaft).

Die Untersuchungen legten über einen Zeitraum von drei Jahren eine ausgedehnte, komplexe Untergrundorganisation frei, die mit dem im Exil lebenden Trotzki (und durch ihn mit faschistischen Mächten) in Verbindung stand. Die Untergrundorganisation widmete sich der ausführlichen und sorgfältigen Erarbeitung eines Programms des Terrors und der Attentate gegen sowjetische Führer sowie Sabotagehandlungen, die auf die Zerschlagung der Industrie und des Transportwesens abzielten.

In den Moskauer Prozessen gestanden eine Reihe namhafter Trotzkisten und rechtsgerichteter Politiker Hochverratsdelikte gegen den sowjetischen Staat sowie geplante, versuchte und durchgeführte individuelle Terrorakte gegen höchste Führungspersönlichkeiten der Sowjetunion; sie bekannten sich im Sinne der Anklage schuldig, Industriesabotage organisiert und durchgeführt, Anschläge verübt und Diversionsaktivitäten betrieben zu haben. Sie bekannten sich vor allem schuldig, in Zusammenarbeit mit bestimmten imperialistischen Mächten und reaktionären Elementen Rußlands, die Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR vorbereitet zu haben. Das ist etwas, was allgemein vielen Menschen und insbesondere der Intelligenz schwer verständlich erscheint. Sie argumentieren: Wie war es möglich, daß Menschen, die ja prominente Mitglieder der KPdSU(B) waren, die Restauration des Kapitalismus wollten und auch noch ganz konkrete Schritte diesbezüglich unternahmen? Wir wollen hier nicht den Eindruck vermitteln, daß Trotzki, Sinowjew, Radek, Bucharin und die anderen, die bei diesen Prozessen angeklagt wurden, eines Abends als Marxisten-Leninisten ins Bett gingen und beim Erwachen am nächsten Morgen von dem unwiderstehlichen Wunsch ergriffen waren, den Kapitalismus in der UdSSR wiederherzustellen. Nichts von alledem wird hier behauptet. Auf diese Weise spielen die Dinge sich nicht ab. Behauptet wird, daß es sich hier um die ureigene Logik der trotzkistischen und rechten Positionen zur Frage der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in einem einzelnen Lande handelt und - als eine

rückwärts gerichtete - um die pure Logik der Entwicklung eines Kampfes, welche die Angeklagten dieser Prozesse (die Rechten wie die Trotzkisten) sogar in eine Lage manövrierten, in der sie in der Tat zu Werkzeugen und Marionetten des Faschismus wurden und werden mußten.

Welche Züge die trotzkistische Opposition und die der Rechten in der Sowjetunion auch immer annahm, welche Meinungsnuancen es in dieser Opposition auch immer gab, ein Punkt einte alle ihre Mitglieder - sie alle glaubten, daß es unmöglich sei, den Sozialismus in der UdSSR aufzubauen. Weitaus früher als andere Mitglieder der Opposition stellte Trotzki diese Ansicht in seiner berüchtigten „Theorie der permanenten Revolution“ heraus. Die Theorie Trotzkis beruhte auf der falschen Einschätzung der Rolle der Bauernschaft und einer ebenso falschen Auffassung von der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus. Von der sie prägenden Aussichtslosigkeit und vom Pessimismus, ihren Hauptmerkmalen, vom reaktionären Gedankengut dieser Theorie wich Trotzki niemals ab. Ständig wiederholte er diese „absurde linke“ Theorie.

Nachdem sich der XV. Parteitag nachdrücklich für den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR ausgesprochen hatte, gingen Skeptiker wie Kamenew und Sinowjew auf die trotzkistische Position über, daß der Aufbau des Sozialismus in der UdSSR nicht möglich sei. Unfähig, sich den Problemen der Revolution zu stellen und erschrocken über den Widerstand der Kulaken gegen die Kollektivierung, verließen später auch die Bucharin-Anhänger den bolschewistischen Parteistandpunkt; angesichts der Schwierigkeiten, die durch den Widerstand der Kulaken gegen die Kollektivierung auftraten, nahmen sie die defätistische Position und die Kapitulationshaltung des Trotzkismus ein. In völligem Unverständnis der Klassenkampfmechanismen unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats stellten sie außerdem die nicht-marxistische Theorie auf, daß die Kulaken in den Sozialismus hinüberwachsen würden.

In ihren Anfängen war die Opposition nichts anderes als eine Opposition; sie war eine Opposition, weil sie sich im Widerspruch zur Politik der Partei befand, weil sie mit der Politik der Partei nicht einverstanden war, die für den Aufbau des Sozialismus eintrat. Zu dieser Zeit war die Opposition mit ihrer abwegigen Politik lediglich eine Tendenz innerhalb der Arbeiterbewegung - eine antileninistische Tendenz, aber dennoch eine Tendenz. Die Opposition

versuchte, ohne ihre eigene falsche Politik zu korrigieren, die korrekte Politik der Partei zu ändern. Da sie nicht in der Lage war, die Zustimmung der Arbeiterklasse für ihre Politik zu erringen, eine Politik, die - ungeachtet des subjektiven Wünschens oder Wollens ihrer Anhänger - die Restauration des Kapitalismus bedeutet hätte, blieben der Opposition nur zwei Handlungswege offen. Sie hätte erstens ihre irrige Theorie aufgeben, deren Bankrott erklären können, um sich voll und ganz, wie auch alle anderen Mitglieder der Partei, dem Aufbau des Sozialismus zu widmen. Oder sie hätte zweitens all jene um Hilfe ersuchen können, welche die Wiedereinführung des Kapitalismus in der Sowjetunion wollten, d. h. die Menschewiki, die Sozial-Revolutionäre, die Kulaken, die ukrainischen und andere Nationalisten, vor allem aber die Bourgeoisie diverser imperialistischer Länder. Die Opposition wählte die zweite Alternative.

Nachdem sie feststellen mußte, daß es unmöglich sein würde, sich der Unterstützung des sowjetischen Proletariats hinsichtlich ihrer Politik zu versichern, ohne dessen Hilfe eine Änderung der Politik sowie der Leitung der Partei und der sowjetischen Regierung ausgeschlossen gewesen wäre, ging die Opposition zum individuellen Terror gegen die Führer von Partei und Regierung, zur Zerstörung und Sabotage in der Absicht über, die sowjetische Regierung zu Fall zu bringen. Als sie spürten, daß ihre eigenen Kräfte allein nicht ausreichen würden, arbeiteten die Oppositionellen mit der inneren Reaktion zusammen - den Menschewiki, Kulaken, Nationalisten und bürgerlichen Experten. Und als sich schließlich die internen Kräfte insgesamt als unzulänglich erwiesen, blieb der Opposition nur noch eine Möglichkeit, nämlich der Schulterschluß mit imperialistischen Mächten - zu dem sie sich denn auch anschickte. Sie ging Verbindungen mit deutschen und japanischen Faschisten ein, um die Sowjetregierung zu beseitigen und den Kapitalismus in der Sowjetunion wiederherzustellen. Mit diesem Übergang zu Methoden individuellen Terrors, Zerstörung, Sabotage und der Bündnisbildung mit dem Faschismus, hörte der Trotzkismus auf, bloße Opposition zu sein, war nicht länger nur eine irrige und antileninistische Tendenz in der Arbeiterbewegung. Die Opposition verwandelte sich in eine Bande von Saboteuren und Diversanten. Sie wurde zu einer Vorausabteilung der Bourgeoisie. Das in den Moskauer Prozessen vorgelegte Beweismaterial und die Aussagen der Angeklagten selbst lassen diesbezüglich auch nicht den Schatten eines Zweifels zu; sie bestätigen die Richtigkeit dieser Darstellung.

Die theoretische Entwicklung des Trotzkismus nahm ihren Anfang mit Trotzkis Opposition zur Gründung der Partei der Bolschewiki. Seine Gegnerschaft zu Lenin in der Frage des Aufbaus einer proletarischen Partei war nur ein Vorspiel zu seiner Opposition gegen Lenin auf theoretischem Gebiet. Trotzki widersprach Lenins Analyse in bezug auf das Wesen der russischen Revolution. Er stellte seine These der „permanenten Revolution“ auf, welche Lenins Lehre der proletarischen Revolution und diejenige von der Diktatur des Proletariats ausschließt. Trotzki schreibt der Bauernschaft in seiner Theorie lediglich eine konterrevolutionäre Rolle zu. Natürlich, so behauptet Trotzki, könne eine spontane Bauernerhebung der Arbeiterregierung zur Macht verhelfen, aber die Arbeiterregierung könne sich angesichts der Gegnerschaft der Bauern, mit der sie sich konfrontiert sähe, nicht an der Macht halten, es sei denn, der russischen Revolution folge eine Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern Europas. Trotzki kam daher zu dem Schluß, daß der Sozialismus in Rußland nicht aufgebaut werden könne, wenn nicht die europäische Revolution der russischen Revolution zu Hilfe käme. Der praktische Trotzkismus (das haben die Moskauer Prozesse offenbart) liefert den Beweis, daß individueller Terror, Sabotage, Diversions- und Zerstörungsaktivitäten sowie hochverräterische Allianzen mit dem Faschismus keineswegs unvereinbar mit dem trotzkistischen Standpunkt sind. Im Gegenteil, sie sind ein logischer Endpunkt der Entwicklung des Trotzkismus - ein logischer Höhepunkt seines konterrevolutionären Kampfes gegen den revolutionären Leninismus und die leninistische Politik der Partei der Bolschewiki, die für den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR steht. Mit seiner Politik des Widerstands gegen den Aufbau des Sozialismus landete der Trotzkismus im Lager des Faschismus - und konnte nur dort enden.

Da sie sich außerstande sahen, ihr Programm der Arbeiterklasse auch nur bekannt zu machen und schon gar keine Unterstützung seitens der Arbeiterklasse für solch ein Programm erwarten konnten,, blieben den Trotzkisten und den Rechten nur folgende Möglichkeiten, um einen Wechsel in der Führung der KPdSU(B) und der sowjetischen Regierung zu erreichen:

- die Anwendung individuellen Terrors gegen die prominentesten Repräsentanten der Partei und der Regierung - die Entfernung ihrer Führer durch deren Ermordung;

- die Ablösung der Partei- und Regierungsleitung durch einen Staatsstreich, dessen Ausführung im Zusammenspiel mit einem äußeren Angriff auf die Sowjetunion geplant werden könnte oder - für den Fall einer Verzögerung des Angriffs von außen - auch schon in Friedenszeiten stattfinden könnte;

- die Anwendung von Zerstörung und Sabotage, um die sowjetische Industrie, vor allem die Verteidigungsindustrie zu schwächen;

- gestützt auf ausländische imperialistische Mächte und auf eine äußere Aggression gegen die Sowjetunion die sowjetische Regierung zu Fall zu bringen.

Das waren die bezaubernden Methoden, die den konterrevolutionären Rechten und Trotzkisten - losgelöst von der Arbeiterklasse und den Millionenmassen werktätiger Menschen - verblieben.

Zur Unvereinbarkeit des Marxismus mit dem Terrorismus äußerte sich der Angeklagte Reingold bei seiner Verhandlung:

„1932 sprach sich Sinowjew in Kamenews Wohnung und in Anwesenheit einer Reihe von Mitgliedern des Vereinigten Trotzkistisch-Sinowjewschen Zentrums für den Übergang zum Terror folgendermaßen aus: Obwohl Terror mit dem Marxismus unvereinbar ist, muß auf diese Betrachtungen zum jetzigen Zeitpunkt verzichtet werden. Es sind derzeit keine anderen Methoden möglich, die Führer der Partei und der Regierung zu bekämpfen. Stalin vereint auf sich die ganze Stärke und Festigkeit der Parteiführung. Deshalb muß Stalin zuerst aus dem Weg geräumt werden.“ (Prozeß gegen das Trotzkistisch-Sinowjewsche Terrorzentrum)

Wyschinski (der öffentliche Ankläger) äußerte dazu: „Hier haben Sie eine Antwort, offen zynisch, anmaßend, aber absolut logisch.“ (ebd.)

Die terroristischen Aktivitäten der Rechten und Trotzkisten waren keineswegs auf die Ermordung Kirows beschränkt. In diesem Zusammenhang sagte Jagoda, Leiter der OGPU bis 1936, folgendes aus:

„Im Sommer 1934 informierte mich Jenukidse, daß die Zentrale des ‘Blocks der Rechten und Trotzkisten’ einen Beschluß gefaßt hätte, die Ermordung Kirows zu organisieren ... Also erklärte ich kategorisch, daß der Mord an Kirow aufgrund der Weisungen der Zentrale des ‘Blocks der Rechten und

Trotzkisten' durchgeführt wurde. Es war ebenfalls die Entscheidung dieser Zentrale, daß terroristische Anschläge auf Kujbyschew, Menshinski und Gorki verübt werden sollten. Wie war die Situation hier? Noch bevor Kirow ermordet wurde, starb Gorkis Sohn Maxim. Ich habe bereits vor dem Gericht ausgesagt, daß ich meinen Teil zur Verursachung von Max' Krankheit zugebe." (Prozeß gegen den Antisowjetischen Block der Rechten und Trotzkisten, März 1938, Seiten 572-573)

Sabotage und Zerstörung

Sabotage und zerstörerische Aktivitäten wurden auf verschiedenen Gebieten der Wirtschaft, sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie mit dem Ziel betrieben, die Wirtschaftskraft und die Verteidigungsfähigkeit der UdSSR zu untergraben. Boguslawski, im gleichen Prozeß wie Pjatakow angeklagt, lieferte die folgenden widerlichen und krankhaften Details der Anschläge, die vom Sibirischen Zentrum auf Weisung Trotzkis und unter direkter Leitung von Pjatakow im Eisenbahnbereich ausgeführt wurden:

„1934 schlug die Arbeit des Sibirischen Zentrums und insbesondere meine Arbeit einen neuen Weg ein. 1934 hatte ich mein zweites Treffen mit Pjatakow ... Diesmal sagte Pjatakow, daß unsere Arbeit völlig unbefriedigend wäre und stellte uns Aufgaben, die - obwohl nicht neu - eine neue Färbung hatten ... Meinem Pessimismus begegnete Pjatakow mit der Antwort: 'Wir müssen uns an die Arbeit machen, besonders da Trotzki Briefe und Direktiven sandte. Er beschuldigt uns der Untätigkeit, die, wie er dann sagte, an Sabotage seiner, Trotzkis, Direktiven grenze' ... Was die Tätigkeit hinsichtlich der Eisenbahn betrifft, die ich selbst leitete, so erhöhte sich 1934 die Anzahl der Unfälle auf der Strecke beträchtlich... 1934 gab es zahlenmäßig und prozentual einen bedeutenden Anstieg der außer Betrieb gesetzten Lokomotiven." (Prozeß gegen das Antisowjetische Trotzkistische Zentrum)

Landesverräterische Abkommen mit faschistischen Mächten

Es gibt ausreichendes Material in den Zeugenaussagen Krestinskis, Sokolnikows und Radeks für die Bestätigung, daß die Trotzkisten und Rechten hochverräterische Abkommen mit Nazideutschland und dem

faschistischen Japan über einen bewaffneten Angriff dieser Länder auf die UdSSR getroffen hatten; dies in Koordination und im engen Zusammenwirken mit den Fünfte-Kolonne-Aktivitäten des Blocks der Rechten und Trotzkisten. Offenbar glaubten diese widerwärtigen Verräter, sie könnten den deutschen und japanischen Faschismus für ihre eigenen Ziele nutzen und mit seiner Hilfe durch den Sturz der sowjetischen Regierung selbst an die Macht kommen.

„Wir hatten ein politisches Problem zu lösen, das nur aus einer Frage bestand“, sagte Sokolnikow in seinem Prozeß, „... könnten wir mit der Annahme dieses äußerst schmerzlichen Kurses, der in bezug auf die Parteiführung, in bezug auf die Sowjetmacht, in bezug auf die Sowjetunion, wie wir sehr wohl verstanden, eine Reihe höchst abscheulicher Verbrechen, höchst schändlicher Verbrechen darstellte, Verrat bedeutete und so weiter - wir mußten erörtern, ob wir, nachdem wir diesen Preis gezahlt hätten, in der Lage sein würden, diese feindliche Kraft zu benutzen.“

Wyschinski: „Oder ob sie Sie benutzen würde?“ (ebd.)

Es war die Absicht der Angeklagten - dieser jämmerlichen Verräter, dieser Lakaien des Kapitalismus - die UdSSR in eine Kolonie des deutschen Faschismus zu verwandeln. Indem er den Kern des Abkommens mit der Reichswehr hervorhob, deren Fäden zum ‘Block der Rechten und Trotzkisten’ mit Verrat und Hochverrat führten, sagte Krestinski:

„Wir [die Trotzkisten] erhielten eine kleine Summe Geldes und sie [die Reichswehr] erhielten Spionageinformationen, die sie während eines bewaffneten Angriffs hätten gebrauchen können. Aber die deutsche Regierung, besonders Hitler, wollte Kolonien, Territorium, und nicht nur Spionageinformationen. Und er [Hitler] war bereit, sich mit sowjetischem Territorium anstelle von Kolonien zu begnügen, für die er gegen England, Amerika und Frankreich hätte kämpfen müssen.“ (Prozeß gegen den Antisowjetischen Block der Rechten und Trotzkisten, März 1938)

Und Krestinski führte noch weiter aus:

„Wir waren gewillt, kapitalistische Verhältnisse in der UdSSR wiederherzu-stel-len und territoriale Zugeständnisse an die bürgerlichen Staaten zu machen, mit denen wir bereits zu einer Einigung gekommen waren.“ (ebd.)

Wirtschaftsprogramm - Restauration des Kapitalismus

Radek erklärte die Bedeutung des ökonomischen Programms dieser Gruppen, die dort vor Gericht standen. Auf industriellem Gebiet, erklärte Radek, waren mit diesem Programm gemeint:

„Nicht nur Konzessionszusagen an kapitalistische Staaten hinsichtlich bedeutender Industrieunternehmen, sondern auch die Übertragung, die Veräußerung wichtiger Wirtschaftsunternehmen an Privatkapitalisten, welche von diesen im einzelnen zu benennen wären. Trotzki dachte über die Ausgabe von Schuldanleihen nach, d. h. über den Zugang für ausländisches Kapital zur Ausbeutung jener Fabriken, die formal in der Hand des sowjetischen Staates verblieben wären.

Auf dem Gebiet der Agrarpolitik machte er (d. h. Trotzki) deutlich, daß die Kollektivwirtschaften aufgelöst werden müßten und stellte die Idee in den Vordergrund, Traktoren und andere komplexe Landwirtschaftsmaschinen Einzelbauern zu übergeben, um eine neue Kulakenschicht wiederzubeleben. Schließlich wurde ganz offen festgestellt, daß das Privatkapital in den Städten wiederzubeleben sei. Es war klar, daß das die Restauration des Kapitalismus bedeutete.“ (Prozeß gegen das Antisowjetische Trotzkistische Zentrum, 1937, Seiten 113-114)

Bucharin berichtete etwas Ähnliches in seinem Prozeß. Er erklärte, daß die praktische Formulierung ihres Programms auf dem Gebiet der Ökonomie die Restauration des Kapitalismus und auf dem Gebiet der Politik die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie bedeutete. Mit anderen Worten: Das Programm der Rechten und Trotzkisten hieß nicht mehr und nicht weniger, als Sturz der Diktatur des Proletariats und ein Ende des sozialistischen Aufbaus.

Bucharin sagte:

„Wenn mein Programmstandpunkt praktisch formuliert werden soll, würde das auf ökonomischem Gebiet Staatskapitalismus sein, der prosperierende einzelne Mushik [russ.: der einzelne Bauer - d. Hrsg.], die Einschränkung der Kollektivwirtschaften, ausländische Konzessionen, Aufgabe des Außenhandelsmonopols und im Ergebnis - die Wiederherstellung des Kapitalismus im Land ...

Innerhalb des Landes war unser eigentliches Programm - ich denke, das muß mit allem Nachdruck gesagt werden - ein Abgleiten in die bürgerlich-demokratische Freiheit, Koalition, weil aus dem Block mit den Menschewiki, Sozial-Revolutionären und dergleichen folgt, daß es Parteienfreiheit geben würde, Koalitionsfreiheit, und aus der Kräftebündelung für den Kampf ganz logisch folgt, sofern Verbündete zum Sturz der Regierung ausgewählt sind, daß sie am Tag nach einem möglichen Sieg Teilhaber an der Macht sein würden. Ein Abgleiten nicht nur in die Bahnen der bürgerlich-demokratischen Freiheit, sondern im politischen Sinne in Bahnen, wo es sicherlich Elemente des Cäsarentums gibt. (Prozeß gegen den Antisowjetischen Block der Rechten und Trotzkisten, Seiten 381-382)

Jeder Beobachter der aktuellen Entwicklungen in der UdSSR dürfte kaum Schwierigkeiten haben, auffallende Ähnlichkeiten zwischen dem von den Angeklagten in den Moskauer Prozessen skizzierten ökonomisch-politischen Programm der Rechten und Trotzkisten und demjenigen zu entdecken, welches heute zur Ausführung kommt. Kann es verwundern, daß die Attacken auf Josef Stalin, jenen unermüdlichen Verteidiger des Marxismus-Leninismus und der proletarischen Diktatur, tausendfach verstärkt wurden, während Bucharin rehabilitiert wurde? Es ist klar, daß in Vorbereitung zum Angriff auf das gesamte Gefüge des Leninismus Stalin durch und durch verleumdet werden muß, um die ideologischen und politischen Bedingungen für die umfassende Restauration des Kapitalismus zu schaffen. Die vor kurzem getroffene Entscheidung, Leningrad wieder in Petrograd umzubenennen, ist nur ein Vorgeschmack auf die Dinge, die da kommen werden.

Das Grundprinzip dieses Verrats

Es wird oft gefragt: Wie können derart hochgestellte Persönlichkeiten in der Partei der Bolschewiki zu solchen hochverräterischen Aktivitäten übergehen? Wir haben bereits das Grundprinzip erklärt, das hinter ihren scheußlichen Verbrechen steht. Lassen wir nun einige der Angeklagten für sich selbst sprechen. Die totale Ohnmacht des Trotzkismus, seine vollständige Isolation von der sowjetischen Arbeiterklasse und den Massen, sein weitestgehendes Vertrauen auf den Faschismus, seine Bemühungen, einen Krieg gegen die Sowjetunion anzustacheln, im Falle eines solchen Krieges für eine Niederlage der Sowjetunion zu sorgen - und sein wahres konterrevolutionäres Wesen

werden durch die folgenden Bemerkungen des Angeklagten Radek erhellt, welche er in seiner letzten Einrede machte:

„ ... ich merkte, daß Trotzki selbst den Glauben verloren hatte. Die erste Variante war eine versteckte Art zu sagen: ‘Gut Jungs, versucht, die Sowjetmacht selbst zu stürzen, ohne Hitler. Wie, ihr könnt nicht? Versucht, selbst die Macht zu ergreifen? Wie, ihr könnt nicht?’ Trotzki selbst spürte seine völlige innere Ohnmacht und baute auf Hitler. Nun setzte man auf Hitler. Die alten Trotzkisten hatten die Ansicht vertreten, daß es unmöglich sei, den Sozialismus in einem Lande zu errichten, daß es deshalb notwendig wäre, die Revolution im Westen voranzutreiben. *Jetzt wurde ihnen gesagt, daß die Revolution im Westen unmöglich und. somit der Sozialismus in einem Land zu vernichten, der Sozialismus in der UdSSR zu zerstören sei. Jetzt kann niemand übersehen, daß der Sozialismus in unserem Land errichtet wurde.* (Prozeß gegen das Antisowjetische Trotzkistische Zentrum - Herv. d. H.B.)

Bucharins Zeugenaussagen - so auch die gerade eben zitierte Aussage Radeks - lösen das Rätsel, warum sich eine ganze Reihe bekannter Ex-Bolschewisten auf der Anklagebank wiedersahen und beschuldigt wurden, für die Wiedereinführung des Kapitalismus tätig gewesen zu sein sowie mit dem Faschismus zusammengearbeitet zu haben, um ihr Ziel der kapitalistischen Restauration zu erreichen. Lassen wir Nikolaj Bucharin auf der Anklagebank zu Wort kommen:

„Gerade weil mir scheint, daß dieser Prozeß von öffentlichem Interesse ist und weil diese Frage nur äußerst kurz behandelt wurde, dachte ich, es würde nützlich sein, auf das Programm, das nirgendwo jemals niedergeschrieben wurde, näher einzugehen, auf das praktische Programm des ‘Blocks der Rechten und Trotzkisten’, und es auf eine Formel zu bringen, nämlich was mit der Restauration des Kapitalismus gemeint war, so wie sie in den Kreisen des ‘Blocks der Rechten und Trotzkisten’ gesehen und aufgefaßt wurde ...

Die rechten Konterrevolutionäre schienen zuerst eine ‘Abweichung’ zu sein; sie schienen auf den ersten Blick Leute zu sein, bei denen Unzufriedenheit im Zusammenhang mit der Kollektivierung aufkam, im Zusammenhang mit der Industrialisierung, mit der Tatsache, daß, wie sie behaupteten, die Industrialisierung dabei war, die Produktion zu zerstören. Das war auf den ersten Blick anscheinend das Hauptsächliche. Dann tauchte die Rjutin-

Plattform auf. Als die ganzen staatlichen Maschinen, als alle Mittel, als die besten Kräfte allesamt in die Industrialisierung des Landes geworfen wurden, in die Kollektivierung, fanden wir uns buchstäblich über Nacht auf der anderen Seite wieder, wir fanden uns bei den Kulaken wieder, bei den Konterrevolutionären, wir fanden uns bei den kapitalistischen Überbleibseln wieder, die zu der Zeit in der Handelssphäre noch existierten. Daraus ergibt sich, daß die grundlegende Bedeutung, die Beurteilung vom subjektiven Standpunkt aus klar ist. Hier durchliefen wir einen sehr interessanten Prozeß - eine Überbewertung des Privatunternehmens, seine allmähliche Idealisierung, die Idealisierung des Privateigentümers. Solcherart war die Entwicklung. Unser Programm war das der prosperierenden bäuerlichen Wirtschaft des Einzelnen, aber in Wirklichkeit hatte sich der Kulak überlebt. Wir machten uns über die Kolchosen lustig. Wir, die konterrevolutionären Pläneschmieder, kamen zu dieser Zeit immer mehr zu der Einstellung, daß Kolchosen Zukunftsmusik seien. Notwendig war die Entwicklung wohlhabender Privateigentümer. Das war die schreckliche Veränderung, die in unserem Standpunkt und unserer Psychologie eintrat. 1917 wäre es keinem Parteimitglied jemals eingefallen - mich eingeschlossen - gefallene Weißgardisten zu bedauern; schon in der Zeit der Liquidierung der Kulaken, 1929-1930, hatten wir Mitleid mit den enteigneten Kulaken aus sogenannten humanitären Gründen. Wem wäre es 1919 eingefallen, die Bolschewiki für die Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens verantwortlich zu machen und nicht die Sabotage? Niemandem. Es hätte wie ganz offener Verrat geklungen. Hatte ich selbst doch schon 1928 die Formel von der militärisch-feudalen Ausbeutung der Bauernschaft ersonnen, das heißt, ich lastete den Preis für den Klassenkampf nicht derjenigen Klasse an, die dem Proletariat feindlich gegenüberstand, sondern den Führern des Proletariats selbst. Das war schon eine Wende um 180 Grad. Das bedeutete, daß ideologische und politische Plattformen in konterrevolutionäre Plattformen hinüberwuchsen. Kulakenwirtschaft und Kulakeninteressen wurden tatsächlich zu einem Programmpunkt. *Die Logik des Kampfes führte zur Logik der Ideen und zu einer Veränderung unserer Psychologie, zur Konterrevolutionierung unserer Ziele*.“ (Prozeß gegen den Antisowjetischen Block der Rechten und Trotzkisten)

Erkennen Sie die Ähnlichkeit, verehrter Leser, zwischen diesem von Bucharin umrissenen Programm mit seiner Idealisierung und Überbewertung des

„Privatunternehmens, seine allmähliche Idealisierung, die Idealisierung des Privateigentümers“, der „prosperierenden bäuerlichen Wirtschaft des Einzelnen“ und dem Programm, das von der gegenwärtigen Führung der UdSSR durchgesetzt wird? Wenn ja, wundert es Sie noch, daß Bucharin von der Gorbatschow-Führung mit so zärtlicher Zuneigung bedacht wird, während Stalin der dreckigsten und abstoßendsten Verunglimpfung ausgesetzt ist?

Der militärische Aspekt

Am schwierigsten war es, die militärische Seite der Verschwörung zum Sturz der sowjetischen Regierung aufzudecken. Erst nach Mai 1937 machten die sowjetischen Behörden eine höchst gefährliche Bande von Anstiftern und Verschwörern ausfindig, die nicht nur mit dem Block der Rechten und Trotzkisten, sondern auch mit dem faschistischen Deutschland in Verbindung stand. Diese Verschwörer wurden von Marschall Tuchatschewski angeführt, dem erst kurz zuvor der begehrte Titel eines Marschalls der Sowjetunion verliehen wurde. Die sowjetische Regierung hatte - wie gewohnt - schnell und entschlossen gehandelt, die Verräter (acht Generale) verhaftet und sie unter folgender Anklage vor Gericht gestellt:

„In Tätigkeit für den militärischen Nachrichtendienst eines fremden Staates, der eine unfreundliche Politik gegenüber der UdSSR betreibt, Militärkreisen jenes Staates systematisch Spionageinformationen beschafft zu haben, zerstörerische Anschläge mit dem Ziel verübt zu haben, die Macht der Roten Arbeiter- und Bauernarmee zu untergraben, im Falle eines militärischen Angriffs auf die UdSSR die Niederlage der UdSSR, die Niederlage der Roten Armee in der Absicht vorbereitet zu haben, unter Beihilfe zur Zerschlagung der Sowjetunion die Macht der Großgrundbesitzer und Kapitalisten in der UdSSR wiederherzustellen.“

Daß die Generale wirklich in die Verschwörung zum Sturz der Sowjetregierung verwickelt waren, daß sie in der Tat einen Staatsstreich planten, daß sie tatsächlich zerstörerische Aktivitäten entfalteten, wurde durch

die Aussagen der einzelnen Angeklagten im dritten Moskauer Prozeß hinreichend deutlich.

Rykow gab die folgende Darstellung des Plans der Generale für einen Staatsstreich:

„Ich erinnere mich, daß Bucharin in meiner Anwesenheit einmal den Gedanken äußerte, die Front zu öffnen ... das Vorhandensein einer militärischen Kampfgruppe, geführt von Tuchatschewski, die in Verbindung mit unserem Zentrum stand und die günstige Gelegenheit eines Krieges nutzen sollte, um die Regierung zu stürzen, das hieß schlicht und einfach Interventionsvorbereitung. Unsere Verhandlungen mit den Deutschen, die in jeder Weise intensiviert wurden, waren in jeder Hinsicht darauf gerichtet, einen bewaffneten Angriff anzustacheln, insofern trat die Verschwörungsorganisation in diesem Bereich in Hochverratsbeziehungen zu ihnen.“ (Prozeß gegen den Block der Rechten und Trotzkisten)

Der ursprüngliche Plan der Verschwörer bestand anscheinend in der Inszenierung eines Staatsstreichs während eines militärischen Angriffs auf die Sowjetunion, um die günstigen Bedingungen eines solchen Angriffs für den Sturz der Sowjetregierung zu nutzen. Dieser Plan mußte jedoch angesichts der Tatsache, daß die Rechten und Trotzkisten Ende 1936 nach und nach aufgespürt wurden und ihre ganze Organisation am Rande des Zusammenbruchs und Zerfalls stand, einer Revision unterzogen werden. Es lag in diesen Umständen wachsender Unsicherheit für die noch auf freiem Fuß befindlichen Renegaten begründet, daß ein Entwurf für einen Staatsstreich in Zeiten des Friedens - ein vom Krieg unabhängiger Umsturz - an die Stelle des ursprünglichen Plans trat. Einzelheiten eines solchen Plans für einen Staatsstreich wurden von Rosengolz bei seinem Prozeß ausgeführt:

„Ich machte Halt bei der Konferenz, die wir mit Tuchatschewski hatten. Sie fand Ende März (1937) statt ... Auf dieser Konferenz erklärte Tuchatschewski, daß er definitiv auf die Möglichkeit eines Umsturzes setze und erwähnte das Datum. Er glaubte, daß er bis zum 15. Mai, in der ersten Maihälfte, bei der Durchführung seines Militärputsches erfolgreich sein würde. Tuchatschewski hatte eine Anzahl von Varianten. Eine davon, auf die er am meisten zählte, war die Möglichkeit für eine Militärgruppe, seine Anhänger, sich unter einem Vorwand oder anderweitig in seiner Wohnung zu versammeln, sich auf den

Weg zum Kreml zu machen, die Telefonzentrale des Kreml zu besetzen und die Partei- und Regierungsführer zu töten.“ (Prozeß gegen den Antisowjetischen Block der Rechten und Trotzkisten, Seiten 252-253)

Die angeklagten Generale wurden am 11. Juni 1937 für schuldig befunden und am folgenden Tage hingerichtet. Durch die Zerschlagung der Verschwörung der Generale vernichteten die sowjetischen Behörden die äußerst gefährliche Fünfte Kolonne der Roten Armee, welche im Kriegsfälle den faschistischen Eindringlingen die Front geöffnet, das sowjetische Regierungssystem gestürzt und den Kapitalismus wiedererrichtet hätte. Mit trotzkistischer, revisionistischer und offen imperialistischer Propaganda infizierte Leute, diese Propaganda die Authentizität [Glaubwürdigkeit/ Rechtsgültigkeit - d. Hrsg.] der Moskauer Prozesse anzweifeln (obgleich sie nie erklären konnten, warum diese angeblich so standhaften Bolschewisten in Anwesenheit der Weltpresse bekannten, diese Art ihnen zur Last gelegter abscheulicher Verbrechen begangen zu haben), sollten wenigstens dem Beweismaterial Beachtung schenken, welches den unfehlbaren bürgerlichen Quellen entströmt.

Die Moskauer Prozesse stärkten die UdSSR durch Eliminierung der Fünften Kolonne

Als der Führer der spanischen Faschisten General Franco im Sommer 1936 auf Madrid marschierte, prahlte der besoffene Faschistengeneral Qiepo de Llano: „Vier Kolonnen marschieren auf Madrid. Eine fünfte Kolonne wartet in der Stadt, um uns zu begrüßen.“ Er bezog sich dabei natürlich auf die pro-trotzkistische ultra-„linke“ Partei POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista [Vereinigte Marxistische Arbeiterpartei - d. Hrsg.]), welche hier die scheußliche Rolle übernommen hatte, den Kampf der Spanischen Republik gegen Francos Faschisten zu desorganisieren und so den letzteren enorm behilflich gewesen war. Zum erstenmal vernahm die Welt den Ausdruck „Fünfte Kolonne“; sie bedeutete eine Ansammlung interner Kollaborateure, die mit den einfallenden Nazis und faschistischen Kräften zusammenarbeitete und das Erreichen der Angriffs- und Eroberungsziele der Nazis erheblich erleichterte. Eine solche Fünfte Kolonne stellten die in der UdSSR operierenden Trotzkisten und Rechten mit ihren Verbündeten in der Roten Armee dar. Hätten die sowjetischen Behörden nicht rasch und rechtzeitig

gehandelt, hätten sie diese Verräter nicht auf die Anklagebank der proletarischen Justiz gebracht und sie ausgeschaltet, wären eine Niederlage der UdSSR im Zweiten Weltkrieg, im folgenden die Niederlage der alliierten Mächte und der Sieg Nazideutschlands sicher gewesen; und falls irgendjemand die eben beschriebene Alternative einer Gerichtsverhandlung sowie der Liquidierung der Angeklagten in den Moskauer Prozessen vorgezogen haben würde, so ist das seine Sache. Was uns betrifft, sind wir mit dem Ergebnis dieser Prozesse und dem Erfolg der Alliierten in diesem Krieg durchaus zufrieden, bei dessen Sieg die Rote Armee und das sowjetische Volk die entscheidende Rolle spielten.

Anfang 1936 besuchte Tuchatschewski als Vertreter der Sowjetarmee anläßlich der Trauerfeier für König George V. London. Auf dem Weg nach London machte er in Warschau und Berlin Station und führte Gespräche mit polnischen „colonels“ [Obersten] und deutschen Generalen. Tuchatschewski war so voller Zuversicht, daß er kaum Versuche unternahm, seine Bewunderung für die Nazimilitaristen zu verbergen. Auf der Rückreise von London erstaunte Tuchatschewski bei einem offiziellen Essen der sowjetischen Botschaft in Paris die anwesenden europäischen Diplomaten durch seine offenen Attacken auf die Bemühungen der UdSSR, eine kollektive Sicherheit mit den Westmächten anzustreben. Dem neben ihm sitzenden rumänischen Außenminister Nikolae Titulescu sagte er:

„Herr Minister, sie liegen falsch damit, Ihre Karriere und das Schicksal Ihres Landes an alte und ‘heruntergekommene’ Staaten wie Großbritannien und Frankreich zu hängen. Es ist das neue Deutschland, dem wir uns zuwenden sollten. Für eine bestimmte Zeit wenigstens wird Deutschland das Land sein, welches die Führung des europäischen Kontinents übernehmen wird. Ich bin sicher, daß Hitler uns allen helfen wird.“

Diese Äußerungen Tuchatschewskis wurden vom Chef des Pressedienstes der rumänischen Botschaft in Paris E. Schachanan Esseze, der ebenfalls an dem Bankett der sowjetischen Botschaft teilnahm, aufgenommen. Noch ein weiterer Gast, Genevieve Tabouis, die berühmte französische Politikjournalistin, schrieb anschließend in ihrem Buch „Sie nennen mich Cassandra“:

„Ich sollte Tuchatschewski am Tag nach der Trauerfeier für König George V. ein letztes Mal treffen. Bei einem Essen in der sowjetischen Botschaft war der russische General sehr in Gesprächen mit Politis, Titulescu, Herriot, Boncour ... vertieft. Er war gerade von einer Reise nach Deutschland zurückgekehrt und überhäufte die Nazis mit glühenden Lobreden. Zu meiner Rechten sitzend sagte er wieder und wieder während der Diskussion eines Luftabkommens zwischen den Großmächten und Hitlers Staat: ‘Sie sind bereits unbesiegbar, Madame Tabouis!’

Warum sprach er so voller Zuversicht? War es deshalb, weil die herzliche Aufnahme, die er bei den deutschen Diplomaten fand, denen das Gespräch mit diesem Mann der alten Russischen Schule gefiel, ihm den Kopf verdreht hatte? Auf jeden Fall war ich nicht die einzige, die an diesem Abend durch die Zurschaustellung dieses Enthusiasmus alarmiert war. Als wir von der Botschaft weggingen, brummte mir einer der Gäste - ein wichtiger Diplomat - ins Ohr: ‘Also, ich hoffe, nicht alle Russen empfinden so.’“

Alexander Worth hatte in seinem Buch „Moskau ‘41“ folgendes in diesem Kontext zu sagen:

„Ich bin auch ziemlich sicher, daß die Säuberung in der Roten Armee sehr viel mit der Überzeugung Stalins von einem bevorstehenden Krieg mit Deutschland zu tun hatte. Wofür stand Tuchatschewski? Leute des französischen Deuxieme Bureau sagten mir vor längerer Zeit, daß Tuchatschewski pro-deutsch gewesen sei. Und die Tschechen erzählten mir die außergewöhnliche Geschichte über Tuchatschewskis Besuch in Prag, als er gegen Ende des Banketts - er war reichlich betrunken - herausplatzte, die einzige Hoffnung für die Tschechoslowakei und Rußland sei ein Abkommen mit Hitler. Und dann fuhr er fort, Stalin zu beschimpfen. Die Tschechen versäumten es nicht, dies dem Kreml zu melden, und das war das Ende von Tuchatschewski - und so vieler seiner Gefolgsleute. (Prozeß gegen Tuchatschewski)

Joseph E. Davies, der amerikanische Botschafter in Moskau, welcher von einem Übersetzer begleitet den Verhandlungen der Moskauer Prozesse beiwohnte und sie sorgfältig verfolgte, war tief beeindruckt. Im Anschluß an den zweiten Prozeß berichtete er, daß der sowjetische Anklagevertreter Wyschinski, der damals von der antisowjetischen Presse als „brutaler

Inquisitor“ beschimpft wurde, ihn eher als „Homer Cummings“ beeindruckte, „ruhig, sachlich, intellektuell sowie kompetent und klug. Er leitete den Hochverratsprozeß in einer Weise, die meinen Respekt und meine Bewunderung als Jurist gewann.“

Am 17. Februar 1937, einen Monat nach dem zweiten Prozeß, berichtete Botschafter Davies in einer vertraulichen Meldung dem US-Außenminister Cordell Hull, daß fast alle ausländischen Diplomaten in Moskau seine Auffassung von der Rechtmäßigkeit des Urteils teilten:

„Ich sprach mit vielen, wenn nicht sogar mit allen Mitgliedern des Diplomatischen Korps hier, und mit möglicherweise einer Ausnahme waren alle der Auffassung, daß das Verfahren eindeutig die Existenz eines Komplotts und einer Verschwörung zum Sturz der Regierung nachwies. (Mission to Moscow) [Mission in Moskau]

Mächtige antisowjetische Kräfte sorgten dafür, daß die Wahrheit über die Fünfte Kolonne in Moskau nicht in den USA oder anderswo in der westlichen Welt publik wurde.

Noch einmal hielt Botschafter Davies am 11. März 1937 in seinem Tagebuch fest:

„Ein anderer Diplomat, Minister ..., machte mir gegenüber gestern eine sehr aufschlußreiche Bemerkung. Während einer Unterhaltung über den Prozeß sagte er, daß die Angeklagten zweifelsfrei schuldig seien; daß jeder von uns, der dem Prozeß beiwohnte, praktisch darin übereinstimme; daß jedoch die Außenwelt durch die Presseberichte zu glauben scheine, der Prozeß sei ein abgekartetes Spiel (eine Fassade, wie er es nannte); während er wisse, daß es nicht so war, sei es genauso wahrscheinlich, daß die Außenwelt so denken sollte.“ (ebd.)

Die Exekution Tuchatschewskis und weiterer sieben Generale wurde in der westlichen antisowjetischen Presse unter wilden Schlagzeilen prophetisch mit Erklärungen bejubelt, daß in der ganzen Roten Armee eine Revolte gegen die Sowjetregierung brodele; daß Woroschilow an der Spitze einer Anti-Stalin-Armee „auf Moskau“ marschiere; daß die Rote Armee mit dem Verlust ihrer „besten Generale“ kein „ernstzunehmender Faktor in der internationalen Lage mehr“ sei - und so weiter und so fort. In diesen Zeiten der antisowjetischen

Hysterie hatte Botschafter Davies am 4. Juli 1937 eine Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister Maxim Litwinow, der dem amerikanischen Botschafter gegenüber äußerte, daß „die Welt eines Tages verstehen würde, daß ... sie der ganzen Welt einen Dienst erwiesen, wenn sie sich vor der Bedrohung durch Hitler und die Vorherrschaft der Nazis in der Welt schützten und dadurch die Sowjetunion als Bollwerk gegen die Nazi-Gefahr stärkten.“ (ebd., S. 167)

Eine Woche nach Beginn des dritten Moskauer Prozesses (gegen Bucharin und andere) schrieb Botschafter Davies am 8. März 1937 an seine Tochter Emlen:

„All die elementaren Schwächen und Mängel der menschlichen Natur - persönliche Bestrebungen der schlimmsten Art - werden in diesen Gerichtsverhandlungen aufgezeigt. Sie deckten die Umrisse eines Komplotts auf, das beinahe mit dem Sturz dieser Regierung erfolgreich zustande gekommen wäre.“ (ebd., S. 177)

Und weiter:

„Diese Zeugenaussage klärt jetzt das, was wir nicht verstehen konnten und was im letzten Frühling und Sommer geschah. Du wirst Dich entsinnen, daß die Leute von der Kanzlei uns von außergewöhnlichen Aktivitäten rund um den Kreml erzählten, als die Tore für die Öffentlichkeit geschlossen wurden; daß es Anzeichen großer Aufregung und eine Änderung bei den Wachsoldaten gegeben habe. Die neuen Wachen - Du wirst Dich an das erinnern, was man uns sagte - bestanden fast ausschließlich aus Soldaten, die in Georgien rekrutiert wurden, Stalins Heimatland.

Die ungewöhnlichen Aussagen von Krestinski, Bucharin und dem Rest deuteten somit daraufhin, daß die Befürchtungen des Kreml wohlbegründet gewesen wären. Denn jetzt sieht es so aus, als ob es Anfang November 1936 ein Komplott gab, um mit Tuchatschewski an der Spitze für den Mai des nächsten Jahres einen Staatsstreich zu planen. Anscheinend stand es zu dieser Zeit auf des Messers Schneide, ob er tatsächlich inszeniert werden würde.“

Aber die Regierung handelte sehr energisch und schnell. Die Rote-Armee-Generale wurden erschossen und die gesamte Parteiorganisation wurde durchforstet und gründlich gesäubert. Dann stellte sich heraus, daß ein paar

Leute an der Spitze ernstlich mit dem Verschwörungsvirus zum Sturz der Regierung infiziert waren und tatsächlich mit den Geheimdienstorganisationen Deutschlands und Japans zusammenarbeiteten.“ (ebd.)

Schließlich schrieb Botschafter Davies kurz nach der Invasion der Nazis in die UdSSR im Sommer 1941 die folgende Einschätzung der historischen Bedeutung jener Moskauer Prozesse:

„Es gab keine sogenannte ‘interne Aggression’ in Rußland, die mit dem deutschen Oberkommando kooperiert hätte. Hitlers Einmarsch in Prag 1939 ging mit der aktiven militärischen Unterstützung durch Henleins Organisationen in der Tschechoslowakei einher. Dasselbe galt für seine Invasion in Norwegen. Auf Rußlands Landkarte waren keine Sudeten-Henleins, keine Slowaken-Tisos, keine Belgier-De-Grelles, keine Norweger-Quislings zu sehen ... (ebd., S. 179)

Diese Geschichte wurde bereits in den sogenannten Verrats- oder Säuberungsprozessen von 1937 und 1938 abgehakt, bei denen ich als Zuhörer anwesend war. Bei nochmaliger Durchsicht der Aufzeichnungen über diese Fälle und dessen, was ich selbst zu der Zeit geschrieben hatte ... stellte ich fest, daß praktisch jeder Plan der deutschen Fünfte-Kolonne-Aktivitäten, wie wir jetzt wissen, aufgedeckt und durch die Bekenntnisse und Zeugenaussagen enthüllt wurden - durch die geständigen ‘Quislings’ in Rußland ... (ebd., S.180)

„All diese Prozesse, Säuberungen und Liquidierungen, die zu jener Zeit so brutal erschienen und die Welt schockierten, sind jetzt ganz klar Teil einer energischen und entschlossenen Anstrengung der Stalin-Regierung, sich nicht nur vor einer Revolution von innen, sondern sich vor einem Angriff von außen zu schützen. Sie gingen sorgfältig an die Arbeit, um das Land im Innern von allen verräterischen Elementen zu reinigen und aufzuräumen. Alle Zweifel wurden im Interesse der Regierung beseitigt.

Es gab keine Fünfte-Kolonne-Anhänger 1941 in Rußland - sie hatten sie erschossen. Die politische Säuberung hatte im Lande gründlich aufgeräumt und es von Verrat befreit.“ (ebd., Seiten 179-184)

Glücklicherweise wurde die Achse der Fünften Kolonne in der Sowjetunion zerschlagen.

George Sava soll unser letzter bürgerliche Zeuge sein. In seinem *Krieg ohne Gewehre* stellte er fest, daß „Rußlands hervorragender Widerstand viele Diplomaten der demokratischen Länder überraschte, welche überzeugt davon gewesen waren, daß Rußland nicht länger als zehn Wochen Widerstand leisten könne.“ Anschließend machte er folgende scharfsichtige, um nicht zu sagen durchdringende Beobachtung:

„Wir mögen kein Verständnis für die Feinheiten des Marxismus haben, aber wir hätten wissen müssen, daß das für die Konservativen und Demokraten von Hitler geschaufelte Grab absichtlich groß genug angelegt wurde, um auch die Russen zu beerdigen. Im Gegensatz zu unseren Diplomaten erkannten die Russen zum Glück durchaus die Gefahren, und das ist der Grund für ihre gnadenlose Unterdrückung der Fünften Kolonne. Die Hinrichtungen, die uns so schockierten und die als düster und barbarisch bezeichnet wurden, hätten von einer intelligenten Diplomatie in einem anderen Licht gesehen werden müssen, insbesondere wenn man das Schicksal Norwegens und Frankreichs sowie die Rolle berücksichtigt, welche die Fünfte Kolonne in jenen beiden Ländern spielte. Ein kluger Diplomat hätte getrost zugeben können, daß eine kleine wohlgezielte Erschießung in Frankreich und Belgien nach russischem Vorbild Brüssel, Oslo, Amsterdam und Paris gerettet hätte.“

Sobald also die westlichen Länder in einen tödlichen Konflikt mit Nazideutschland geraten waren und Verbündete der UdSSR wurden, mußten sie ihre tief verwurzelten Vorurteile in bezug auf die Komintern und die Bolschewiki überwinden und vor der Öffentlichkeit die Wahrheit über die Moskauer Prozesse und viele andere Punkte sagen; sie mußten öffentlich bekennen, daß diese Prozesse - weit von einer Schwächung der KPdSU(B), der Sowjetregierung oder der Roten Armee entfernt - durch die Beseitigung der Fünften Kolonne in der UdSSR gerade Partei, Regierung und die Rote Armee stärkten. Durch dieses verspätete Eingeständnis unterstrichen sie lediglich die historische Bedeutung dieser Prozesse als unteilbaren Bestandteil des Kampfes der UdSSR - sowie in der Tat der ganzen Welt - gegen die Bedrohung einer weltweiten Vorherrschaft der Nazis. Mit diesen Eingeständnissen bestätigten die bürgerlichen Wortführer die vom sowjetischen Außenminister Litwinow und von Stalin geäußerten

Einschätzungen dieser Prozesse. In einer Rede am 27. November 1937 in Leningrad (also nach den ersten beiden Moskauer Prozessen und dem Verfahren gegen die Rote-Armee-Generale, aber noch vor dem dritten Moskauer Prozeß) sagte Litwinow folgendes:

„Genossen, die Vorbereitung auf den Krieg beginnt in Friedenszeiten. Sie besteht unter anderem in der Einrichtung eines Spionagenetzes auf fremdem Territorium und zahlreicher Agentenbüros zur Ausführung aller möglichen Instruktionen - kurz, in dem, was wir jetzt allgemein die 'Fünfte Kolonne' nennen. Vor einigen Tagen konnten Sie lesen, daß unlängst etwa 1000 Agenten in der Tschechoslowakei verhaftet wurden und daß eine ernste Verschwörung gegen die Republik Frankreich ausgeheckt wurde. Unsere wahrscheinlichen Feinde sollten mittlerweile wissen, daß sie in dieser Hinsicht auch keinen Weg des geringsten Widerstandes auf sowjetischem Boden finden werden. Sie wissen, daß die Schaffung von Munitionsdepots, Festungsbauten, Bunkern und die Organisierung eigener Mannschaften zur Besetzung solcher Einrichtungen sowie die Verfügung darüber an manchen Orten möglich sein könnten, aber gewiß nicht in der Sowjetunion. Sie wissen, daß unser Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten durchaus nicht gewillt ist, solche Pläne Wirklichkeit werden zu lassen, und daß es wachsam und stark genug ist, die trotzkistisch-faschistischen Spionage- und Sabotageorganisationen schon im Keim zu zerstören." (zit. n. A. Pope, op. cit., Seiten 420-421)

Und das hatte Stalin in dieser Sache zu sagen:

„Einige Vertreter der ausländischen Presse schwatzen davon, die Säuberung der Sowjetorganisationen von Spionen, Mördern und Schädlingen vom Schlage eines Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Jakir, Tuchatschewski, Rosengolz, Bucharin und anderen Ungeheuern hätte das Sowjetsystem 'erschüttert', hätte 'Zersetzung' in dieses hineingetragen. Dieses alberne Geschwätz ist nur wert, daß man sich darüber lustig macht. Wie kann die Säuberung der Sowjetorganisationen von schädlichen und feindlichen Elementen das Sowjetsystem erschüttern und zersetzen? Das trotzkistisch-bucharinsche Häuflein von Spionen, Mördern und Schädlingen, das vor dem Ausland auf dem Bauche kroch, von dem sklavischen Gefühl devoter Ergebenheit gegenüber jeder ausländischen Beamtenkreatur durchdrungen und bereit war, für sie Spionagedienste zu leisten, dieses Häuflein von Leuten,

das nicht begriff, daß der letzte Sowjetbürger, frei von den Ketten des Kapitals, turmhoch über jeder ausländischen hochgestellten Beamtenkreatur steht, die das Joch der kapitalistischen Sklaverei auf ihren Schultern trägt - wer braucht diese jämmerliche Bande käuflicher Sklaven, welchen Wert kann sie für das Volk darstellen und wen vermag sie zu 'zersetzen'? Im Jahre 1937 wurden Tuchatschewski, Jakir, Uberowitsch und andere Ungeheuer zur Erschießung verurteilt. Danach fanden die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR statt. Die Wahlen brachten der Sowjetmacht 98,6 Prozent der Stimmen aller Wahlteilnehmer. Anfang 1938 wurden Rosengolz, Rykow, Bucharin und andere Ungeheuer zur Erschießung verurteilt. Danach fanden die Wahlen zu den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken statt. Die Wahlen brachten der Sowjetmacht 99,4 Prozent aller Stimmen der Wahlteilnehmer. Es fragt sich, wo sind denn hier die Anzeichen einer 'Zersetzung', und warum kam diese 'Zersetzung' nicht in den Wahlergebnissen zum Ausdruck?

Hört man diese ausländischen Schwätzer, dann könnte man zu dem Schluß gelangen, daß die Sowjetorganisationen bei weitem fester und stabiler wären, wenn man die Spione, Mörder und Schädlinge auf freiem Fuß gelassen und nicht gehindert hätte, zu schädigen, zu morden und zu spionieren. (Heiterkeit.) Verraten sich diese Herrschaften, die die Spione, Mörder, Schädlinge so unverfroren verteidigen, nicht allzu früh?

Wäre es nicht richtiger zu sagen, daß die Säuberung der Sowjetorganisationen von Spionen, Mördern, Schädlingen zu einer weiteren Festigung dieser Organisationen führen mußte und tatsächlich geführt hat?

Was besagen zum Beispiel die Ereignisse am Chassan-See anderes, als daß die Säuberung der Sowjetorganisationen von Spionen und Schädlingen das sicherste Mittel zur Festigung dieser Organisationen ist." (Bericht an den XVIII. Parteitag, in: Fragen des Leninismus, Moskau 1947, Seiten 709-710)

Das übereinstimmende Urteil redlicher bürgerlicher und proletarischer Betrachtungen zwingt uns so zu dem einzig möglichen Schluß, daß die Angeklagten in den Moskauer Prozessen rechtmäßig verurteilt und verdientermaßen bestraft wurden; daß mit der Liquidierung der Angeklagten die Fünfte Kolonne in der UdSSR vernichtet wurde. So faßte ein maßgeblicher bürgerlicher Berichterstatter das Ergebnis allgemein zusammen:

„Jene Säuberung eliminierte Rußlands Fünfte Kolonne. Ich fand keinen einzigen britischen oder amerikanischen Korrespondenten, der glaubte, daß die von Radek, Tuchatschewski, Bucharin, Rykow, Krestinski, Pletnjow, Rosengolz und die von den anderen gemachten berühmten Aussagen durch Folter erzwungen gewesen wären.“ (Quentin Reynolds, Only the Stars are Neutral [Nur die Sterne sind neutral], New York, 1943, S. 93)

Im Gegensatz zu bloßen Behauptungen ist uns jeder Beweis seitens Gorbatschow oder anderer Stalin-Kritiker aufrichtig willkommen, der das Obengesagte widerlegte. In Ermangelung auch nur eines einzigen überzeugenden Belegs der professionellen Stalin-Verleumder, seien sie ganz gewöhnlicher bürgerlicher oder trotzkistischer/ revisionistischer Spielart, haben wir das Recht - sogar die Pflicht - unsere Überzeugung von der Rechtmäßigkeit dieser Prozesse zu bekräftigen.

Fehlereingeständnisse von Bucharin und anderen

Bevor wir dieses Kapitel schließen, müssen wir uns mit einem weiteren Thema beschäftigen. In seinem *1987er Report* sagt Gorbatschow, daß Trotzki „die ganze Zeit über schwankend und unaufrichtig war“ sowie „die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus unter den Bedingungen der kapitalistischen Einkreisung verneinte.“ Bucharin und seine Anhänger, sagt Gorbatschow in demselben Referat, hätten ebenfalls einen falschen Standpunkt eingenommen und „gaben sehr bald ihre Fehler zu“. Außerdem könnten Bucharins „theoretische Ansichten ... nur mit großem Vorbehalt als rein marxistisch klassifiziert werden.“

Diese flüchtigen Bemerkungen Gorbatschows, die er in Verbindung mit seiner Behauptung machte, Stalin hätte alle abweichenden Ansichten unterdrückt, treue Parteimitglieder und loyale Armeegenerale liquidiert (ganz abgesehen von der anschließenden Rehabilitierung Bucharins), hinterlassen den Eindruck, als ob die Angeklagten der Moskauer Prozesse nicht die ihnen zur Last gelegten Verbrechen begangen hätten, sondern einfach wegen ihrer Unstimmigkeiten mit Stalin, wegen einer kleinen Mogelei hier und da, oder aufgrund von ein paar Fehlern, die in allen Fällen sehr bald zugegeben wurden, vor Gericht landeten. Daß dies durchaus nicht der Fall ist, wurde auf den vorangegangenen Seiten ausführlich dargelegt. Was das Eingestehen von Fehlern angeht, so offenbarten die Moskauer Prozesse eine

gewohnheitsmäßige Doppelzüngigkeit der verschiedenen Angeklagten, die es bis zu einer gewissen Perfektion brachten, öffentliche Fehlerbekenntnisse und Treuegelöbnisse zur Partei mit ihren konspirativen und mörderischen, zerstörerischen und spionierenden Untergrundaktivitäten zu verbinden. Um die moralische Verkommenheit der Angeklagten der Moskauer Prozesse und das Ausmaß ihrer Verbrechen vollständig zu erfassen, ist es notwendig, ein paar Worte zu der von ihnen praktizierten politischen Doppelzüngigkeit, ihrer Falschheit, Heuchelei und ihrem Verrat zu sagen. Hier einige Beispiele:

Erstes Beispiel:

Gerade zu der Zeit, als sein Terrorzentrum dem Plan zur Ermordung Sergej Kirows den letzten Schliff gab, sandte Sinowjew am 8. Mai 1933 einen Brief an das Zentralkomitee, in dem er sich von seinen Irrtümern lossagte und feierlich seine Treue zum Sozialismus und zur Partei erklärte. Mit diesen Worten schloß er seinen Brief:

„Ich bitte Sie zu glauben, daß ich die Wahrheit spreche, und nichts als die Wahrheit. Ich bitte Sie, mich wieder in die Reihen der Partei aufzunehmen und mir die Gelegenheit zu geben, für die gemeinsame Sache zu arbeiten. Ich gebe Ihnen mein Wort als Revolutionär, daß ich das ergebenste Mitglied der Partei sein und alles in meiner Macht stehende tun werde, wenigstens in gewissem Umfang meine Schuld gegenüber der Partei und seinem Zentralkomitee wiedergutzumachen.“

Nach den Moskauer Prozessen wissen wir jetzt, was diese Worte wert waren.

Sinowjew trieb seine Perfidie so weit, daß er nach der von ihm selbst organisierten Ermordung Kirows einen Nachruf mit dem Titel „Der Leuchtfeuermann“ an die *Prawda* schickte. Sinowjew schrieb folgendes:

„Der Schmerz der Partei ist der Schmerz des ganzen Volkes, aller Völker der UdSSR. Die Trauer der Partei ist die Trauer unseres ganzen großen Landes... Das gesamte Volk empfand die Verbitterung der Hinterbliebenen.“

Der ruchlose Mord an Sergej Mironowitsch Kirow rüttelte wahrhaftig die ganze Partei auf, die gesamte Sowjetunion.

Der Verlust dieses geliebten und geachteten Mannes wurde von allen als Verlust eines sehr nahestehenden und höchst verehrungswürdigen Menschen empfunden.

Geliebter Sohn der Partei.

Ein Sohn der Arbeiterklasse - das war dieser Leuchtfeuermann, unser teurer, fester, starker… …man konnte ihn nur lieben, man konnte nur stolz auf ihn sein.“

Im Mai 1933 schrieb Kamenew ähnlich trügerische und scheinheilige Artikel, die nur für ihre Falschheit und Heuchelei bemerkenswert sind.

Die Partei reagierte auf die Fehlereingeständnisse Kamenews und Sinowjews sowie auf ihre Treuegelöbnisse zur Partei mit der Aufhebung ihres Exils. Schließlich war dieser angeblich rachsüchtige und nichts verzeihende Stalin durchaus bereit, Kamenew und Sinowjew aus ihrer Verbannung zurückkehren zu lassen, damit sie nützliche Arbeit verrichten könnten. Im Sommer 1933 allerdings, nach der Rückkehr dieser zwei Herren aus dem Exil, wurde in Sinowjews Wohnung eine Versammlung des Trotzkistisch-Sinowjewschen Zentrums abgehalten, um Terrorakte gegen die Führer der Partei und gegen die sowjetische Regierung vorzubereiten.

Zweites Beispiel:

Radek schrieb in Nummer 3 des „Bolschewik“ 1935 folgende Zeilen, in denen er die Doppelzüngigkeit Sinowjews und der Anführer der Sinowjewschen Fraktion hervorhob:

„Nachdem sie in die Konterrevolution abgerutscht waren, griffen die Ex-Führer des Trotzkistisch-Sinowjewschen Blocks zu den Methoden von Interventionsagenten, Bombenlegern und Saboteuren. Die sich als Tarnung herausstellende Doppelzüngigkeit ermöglichte es ihnen, den proletarischen Generalstab unter Beschuß zu nehmen.“

Dann, zur Zeit des Prozesses gegen Sinowjew, Kamenew und andere rief Radek aus:

„Zermalmt die Nattern! Es geht nicht um die Ausrottung ehrgeiziger Leute, die so weit gehen, daß sie große Verbrechen verüben, es geht um die Ausrottung der Agenten des Faschismus, die bereit waren, einen Kriegsbrand

entfachen zu helfen, den Sieg des Faschismus zu erleichtern, um aus seinen Händen wenigstens einen Hauch von Macht zu empfangen.“

Radek sprach in diesem Artikel von der „trotzkistisch-sinowjewschen Faschistenbande und ihrem Totschläger Trotzki“, etc.

Radek beendete seinen Artikel mit dem folgenden Absatz:

„Das proletarische Gericht wird sein Urteil über diese blutrünstigen Mörder fällen, das sie hundertfach verdient haben. Leute, die das Schwert gegen die geliebten Führer des Proletariats erhoben haben, müssen mit ihrem Kopf für ihr beispielloses Verbrechen bezahlen. Der Cheforganisator dieser Bande und ihrer Taten, Trotzki, wurde bereits von der Geschichte an den Pranger gestellt. Er wird dem Urteilsspruch des Proletariats nicht entgehen.“

Pjatakow stand seinem Sabotagekollegen Radek nicht nach. Am 21. August 1936 schrieb er:

„Es fehlen einem die Worte, um Empörung und Abscheu auszudrücken. Jene Leute haben auch die letzte Menschenähnlichkeit verloren. Sie müssen vernichtet werden, zerstört wie Müll, der die reine, frische Luft des Landes der Sowjets verpestet, wie gefährlicher Unrat, der den Tod unserer Führer verursachen könnte, und der bereits den Tod eines unserer besten Menschen im Lande verursachte - dieses wunderbaren Genossen und Führers S. M. Kirow.“

Das schrieben Radek und Pjatakow über Sinowjew und Kamenew. Es erwies sich allerdings, daß sie hier letztlich über sich selbst schrieben, denn wie wir wissen, wußten Radek und Pjatakow nicht nur im voraus von dem Mordanschlag auf Kirow, sondern waren auch mit einem solchen Anschlag in der Tat einverstanden.

Drittes Beispiel:

Ziehen wir noch Bucharin heran. Lassen wir seine früheren scheinheiligen Selbstbezichtigungen beiseite - beginnen wir mit dem Jahr 1928. In diesem Jahr erklärte Bucharin vor dem Plenum des Zentralkomitees der Partei, daß er keinerlei Differenzen mit der Partei habe. Es stellte sich jedoch heraus, daß Bucharin genau zu dieser Zeit in geheimen Verhandlungen mit Kamenew

stand und eine Übereinkunft mit ihm erreichte. 1929 schrieb Bucharin in der *Prawda* über seine irrigen Ansichten so:

„Indem wir diese unsere Irrtümer zugeben, werden wir unsererseits alle Anstrengungen unternehmen, zusammen mit der ganzen Partei einen entschiedenen Kampf gegen alle Abweichungen zu führen.“

Gerade in diesem Zeitraum nahm die Untergrundorganisation Gestalt an und begann, der Sowjetmacht bewaffnet entgegenzutreten. Bucharin gab im Laufe seiner Verhandlung zu, daß die obige Erklärung eine Lüge war - ein taktisches Manöver, um die Partei in die Irre zu führen. Als Bucharin die obigen Zeilen schrieb - nach seiner eigenen Zeugenaussage und derjenigen Rykows und Iwanows - war er (Bucharin) unterdessen dabei, den Kampf im Nordkaukasus zu schüren und eine Kulakenrevolte gegen die Sowjetmacht zu organisieren.

Das Jahr 1930 - Bucharin reicht beim Zentralkomitee eine Erklärung ein und gibt seine Fehler zu. Bucharin schreibt in dieser Erklärung über seine „uneingeschränkte Verurteilung aller Bestrebungen, die gegen die Einheit der Partei gerichtet sind, aller Spaltungsaktivitäten, aller Versuche, einen verdeckten Kampf gegen die Parteileitung zu führen und latent eine von der Partei abweichende politische Linie zu unterstützen.“

Es stellte sich aber heraus - nach Bucharins eigener Zeugenaussage - daß dies just in dem Moment geschah, als er mit Semjonow die Organisierung von Terrorakten gegen die Führung der Sowjetregierung und der Partei besprach.

Das Jahr 1933 - Bucharin hält eine Rede vor dem Gesamtplenum des Zentralkomitees und der zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B), in der er die „strenge Bestrafung für die A. P. Smirnow-Gruppierung“ fordert; er spricht über seine eigene „rechtsopportunistische, absolut falsche politische Generallinie“ und von seiner „Schuld vor der Partei, ihrer Führung, vor dem Zentralkomitee der Partei, vor der Arbeiterklasse und dem Land“ und so weiter und so fort.

Es stellte sich allerdings heraus, daß dies das Gründungsjahr des „Blocks der Rechten und Trotzkisten“ mit Bucharin und Rykow an der Spitze war. Der „Block der Rechten und Trotzkisten“ beschäftigte sich weiterhin mit Terrorismus, Diversion, Sabotage, Spionage und Hochverrat sowie der Abtrennung der Nationalrepubliken von der UdSSR.

Das Jahr 1934 - auf dem XVII. Parteitag befürwortet Bucharin in seiner Rede die „unbarmherzige Zerschlagung jeder Opposition und der rechten Opposition als eine Hauptgefahr, d.h. gerade jener Gruppe, der ich selbst einmal angehörte.“

Aber es kam heraus, daß exakt zu jener Zeit Bucharin mit der Mobilisierung aller Kräfte zur Intensivierung der Aktivitäten seiner Gruppe befaßt war - dieser kriminellen Bande - welche schon längst ein Haufen von Mördern, berufsmäßigen Saboteuren, eingefleischten Spionen und Agenten der Geheimdienste verschiedener ausländischer Staaten geworden war.

Die anderen Angeklagten waren in Heuchelei und doppeltem Spiel, in Doppelzüngigkeit und Verrat nicht weniger erfahren. Jeder von ihnen war fähig, sich selbst und seine Aktivitäten zu bemänteln. Es lag gerade an den von ihnen getragenen Masken und den von ihnen gleichzeitig eingenommenen hohen offiziellen Posten, welche sie so lange vor Entdeckung bewahrten.

Wir bitten den Leser tausendfach um Entschuldigung, wenn wir dieses ziemlich lange Kapitel hier abschließen müssen; wir beenden es mit der folgenden Bemerkung Wyschinskis, die er in seiner Abschlußrede des ersten Moskauer Prozesses machte - eine Bemerkung, die mit gleicher Aussagekraft auch auf die darauf folgenden Prozesse anwendbar ist:

„Dies ist vielleicht eines der schlagendsten Beispiele in der Geschichte, da das Wort ‘Maske’ seine wirkliche Bedeutung erlangte; diese Leute setzten ihre Masken auf ihre Gesichter, nahmen die Pose reumütiger Sünder ein, die mit ihrer Vergangenheit gebrochen hatten, die ihre alten Irrwege und Irrtümer aufgaben, welche zum Verbrechen führten.“ (Prozeß gegen das Trotzkistisch-Sinowjewsche Zentrum)

Im nächsten Kapitel werden wir uns mit dem sogenannten Personenkult beschäftigen.

Kapitel 10

Lalkar, November/Dezember 1991

Historische Fragen - Eine Neubewertung der Vergangenheit. Teil IV

Stalin und der „Personenkult“

Seit Chruschtschow prangerten auch die auf ihn folgenden revisionistischen Führer der UdSSR Josef Stalin an, den Personenkult gefördert zu haben, der wiederum - so ihre Behauptung - das innerparteiliche Leben verzerrt, der gesellschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion großen Schaden zugefügt und die ökonomische Entwicklung schwer beeinträchtigt habe. Als Chruschtschow in seiner Eigenschaft als Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU am 14. Februar 1956 seinen Bericht vor dem XX. Parteitag abgab, fühlte er sich noch nicht stark genug, um Stalin offen und direkt zu attackieren. Er war im Gegenteil gezwungen, ehrerbietige und höchst anerkennende Äußerungen über Stalin und über den Kampf der Partei während dessen Führerschaft zu machen.

„Kurz nach dem neunzehnten Parteitag“, sagte Chruschtschow, „riß der Tod Josef Wissarionowitsch Stalin aus unseren Reihen. Die Feinde des Sozialismus hofften, es würde Verwirrung in den Rängen der Partei geben, Zwietracht in ihrer Führung, Zögern in ihrer Innen- und Außenpolitik. Aber ihre Hoffnungen wurden zerschlagen.“ (N.S. Chruschtschow, Bericht des Zentralkomitees, XX. Parteitag der KPdSU, London, Februar 1956, S. 78)

Wir wissen nur zu gut, daß die imperialistischen Hoffnungen weitaus fester in der Wirklichkeit verankert waren, als die prahlerischen Behauptungen Chruschtschows.

Weiter:

„Die Einheit der Partei wurde im Laufe vieler Jahre und Jahrzehnte entwickelt; sie erstarkte in der Schlacht mit unzähligen Feinden. Die Trotzkisten, Bucharinisten, bürgerlichen Nationalisten und andere gehässige

Feinde des Volkes, die Leute, die den Kapitalismus wiederherstellen wollten, versuchten verzweifelt, die leninistische Einheit der Partei von innen zu untergraben, und jeder von ihnen brach sich das Genick.“ (ebd., S. 79)

Chruschtschows Attacke auf Stalin wurde in seinem Bericht in einer beinahe sinnbildlichen Sprache verschleiert und verdeckt geführt.

„Es war von herausragender Bedeutung, das Leninsche Prinzip der kollektiven Leitung in jeder Weise *wiederherzustellen* und zu stärken ...

Das Zentralkomitee ... verurteilte energisch den Personenkult als dem Geiste des Marxismus-Leninismus fremd und einen bestimmten Führer zum Helden und zum Wundertäter zu machen ... die Verbreitung des Personenkults tendierte dazu, die Rolle der kollektiven Führung in der Partei zu minimieren und endete zuweilen in ernsten Rückschlägen bei unserer Arbeit.“ (ebd., Seiten 80-81)

Erst nachdem er bereits Berija und einige andere Marxisten-Leninisten durch Justizmord eliminiert hatte, konnte sich Chruschtschow erdreisten, Berija als imperialistischen Agenten zu verdammen - eine höchst absurde Anschuldigung:

„Die Imperialisten setzten spezielle Hoffnungen auf ihren alten Agenten Berija, der heimtückisch leitende Posten in Partei und Regierung erschlich. Das Zentralkomitee setzte der kriminellen Verschwörung jenes gefährlichen Gegners und seiner Komplizen ein Ende. Das war ein Sieg für die Partei, ein Sieg für ihre kollektive Führung.“ (ebd., Seiten 78-79)

Würde man in den soeben zitierten Aussagen den Namen Berijas durch denjenigen Chruschtschows ersetzen, wäre man der Wahrheit sehr viel näher gekommen. Denn in Wirklichkeit war Berija Marxist-Leninist - und die Imperialisten, weit entfernt von speziellen Hoffnungen auf ihn, entzückte die Nachricht von seiner physischen Vernichtung in geradezu unheimlicher Weise. Mit Chruschtschow standen die Dinge anders. Die Imperialisten hatten „spezielle Hoffnungen“ auf diesen Erzreaktionär gesetzt, „der heimtückisch leitende Posten in Partei und Regierung erschlich“ - und ihre Hoffnungen wurden nicht enttäuscht. Dieser scheinheilige Hohepriester der kapitalistischen Restauration, dieser katzbuckelnde Schmeichler, dieser Betrüger und Intrigant, der seine Lektionen von den “Trotzkisten,

Bucharinisten, bürgerlichen Nationalisten und anderen gehässigen Feinden des Volkes,... die den Kapitalismus wiederherstellen wollten“ - und die sich allesamt das Genick brachen - lernte, wartete auf seine Zeit und seine Gelegenheit, die mit dem Tode Stalins im März 1953 kam.

„In der Politik ist Ehrlichkeit Resultat der Stärke,“ bemerkte Lenin, „Heuchelei Resultat der Schwäche.“ (Polemische Notizen, Ges. Werke, Band XVII, S. 151)

Es ist ein Zeichen von Heuchelei - und Schwäche - Chruschtschows und seiner revisionistischen Kohorten, daß sein direkter Angriff auf Stalin in einer „Geheimrede“ an den XX. Parteitag am 25. Februar 1956 erfolgte. Die Revisionistenclique fürchtete die Reaktionen des sowjetischen Volkes auf die unbegründeten und ungerechtfertigten Ausfälle Chruschtschows gegen Stalin so sehr, daß sie es niemals wagte, sie in der UdSSR zu veröffentlichen. Stattdessen ließen sie diese Tirade ins US-Außenministerium durchsickern und überließen sie den imperialistischen Massenmedien zur Verbreitung unter der sowjetischen Bevölkerung. Für die Revisionisten erwies sich dieses Vorgehen als recht kluge Vorsichtsmaßnahme, da sogar schon bloße Gerüchte über den Inhalt der „Geheimrede“ Chruschtschows auf dem Kongreß zu Unruhen in den Betrieben, zu Demonstrationen und Tumulten in der UdSSR führten. In seiner „Geheimrede“ beklagte Chruschtschow, daß:

„ ... der Personenkult ein derart monströses Ausmaß annahm, hauptsächlich weil Stalin der Glorifizierung seiner eigenen Person Vorschub leistete und dabei selbst alle erdenklichen Möglichkeiten nutzte.“ (Russisches Institut, Colombia Universität (ed.): 'The Anti-Stalin Campaign and International Communism’ [Die Anti-Stalin-Kampagne und der internationale Kommunismus], New York, 1956, S. 69)

Als sich Chruschtschow mit der Zeit sicherer fühlte und verwegener vorkam, machte er seiner gegen Stalin gerichteten Wut Luft und verfiel in eine höchst alberne, brutale und giftige Sprache. In seiner Unterredung mit einer Delegation der Chinesischen Kommunistischen Partei am 22. Oktober 1961 beschimpfte er Stalin mit den Worten „Mörder“, „Krimineller“, „Bandit“ und „Idiot“. In seiner Ansprache auf einem Empfang der Sowjetregierung zum Ersten Mai (1962) beschrieb Chruschtschow Stalin als „Spieler“, als einen

„Despoten vom Typ Iwans des Schrecklichen“, als „den größten Diktator in der Geschichte Rußlands“ und als „Dummkopf“.

Chruschtschows Schmähungen könnten also tatsächlich nur bedeuten, daß der erste sozialistische Staat fast drei Jahrzehnte lang von einem „Banditen“ geführt wurde; daß diese ganze Zeit über der heldenhafte Kampf der ruhmreichen KPdSU unter der Leitung eines „Dummkopfes“ stattfand; daß die große Rote Armee, die durch die Zerschlagung der Nazi-Kriegsmaschinerie im antifaschistischen Großen Vaterländischen Krieg den Sieg davontrug, einen „Idioten“ als Oberkommandierenden und die internationale kommunistische Bewegung über 30 lange Jahre hinweg einen „Mörder“ zum Lehrer hatte; daß schließlich das internationale Proletariat und die unterdrückten Völker auf der ganzen Welt im Kampf gegen den internationalen Imperialismus und die gesamte Reaktion einen „Spieler“ als ihren Fahnenträger vorweisen konnten. Wie die chinesischen Genossen damals richtig kommentierten, war eine solche Beschimpfung Stalins durch Chruschtschow „eine schwere Beleidigung des sowjetischen Volkes, eine schwere Beleidigung der KPdSU, der sowjetischen Armee, der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Systems, der internationalen kommunistischen Bewegung, der revolutionären Völker der ganzen Welt und des Marxismus-Leninismus.“ (Zur Stalin-Frage; zweite Stellungnahme zum offenen Brief des Zentralkomitees der KPdSU durch die Redaktionsbüros der chinesischen Volkszeitung (People’s Daily) und der Roten Fahne (Red Flag); 13. September 1963)

Die chinesischen Genossen stellten weiter die Frage:

„An welcher Stelle ordnet sich Chruschtschow ein, der zu Stalins Zeiten an der Leitung der Partei und des Staates teilnahm, wenn er sich auf die Brust schlägt, auf den Tisch trommelt und aus vollem Halse Beschimpfungen brüllt? An Stelle des Komplizen eines ‘Mörders’ oder eines ‘Banditen’? Oder an gleicher Stelle des ‘Dummkopfes’ oder des ‘Idioten’? (ebd.)

Die chinesischen Genossen fragten: „Welcher Unterschied besteht zwischen einer solchen Beschimpfung Stalins durch Chruschtschow und der Beschimpfung durch die Imperialisten, die Reaktionäre verschiedener Länder und Renegaten des Kommunismus? Warum ein derart verbissener Haß gegen Stalin? Warum attackiert man ihn grimmiger als den Feind?“

„Durch die Beschimpfung Stalins“, so äußerten sich die chinesischen Genossen in einer Antwort auf die obige Frage, „beschimpft Chruschtschow in Wirklichkeit wüst das sowjetische System und den sowjetischen Staat. In diesem Zusammenhang ist seine Ausdrucksweise keineswegs schwächer, sondern tatsächlich schärfer als diejenige solcher Renegaten wie Kautsky, Trotzki, Tito und Djilas.“ (ebd.)

Während sie solcherlei Schmähungen über Stalin ausschütteten, hoben die Chruschtschowianer Loblieder auf die politischen Repräsentanten des US-Imperialismus an. Die chinesischen Genossen bemerkten:

„Einerseits werden sie verwerflich ausfallend in bezug auf einen großen Marxisten-Leninisten, einen großen proletarischen Revolutionär und Führer der internationalen kommunistischen Bewegung, andererseits preisen sie himmelhoch die Bandenchefs des Imperialismus.“ Sie stellten die berechtigte Frage und trafen damit den Nagel auf den Kopf:

„Besteht irgendeine Möglichkeit, daß der Zusammenhang zwischen diesen Erscheinungen rein zufällig ist und daß er nicht mit unerbittlicher Logik aus dem Verrat am Marxismus-Leninismus folgt?“ (ebd.)

In der Tat war das die politische Bedeutung dieser boshaften Chruschtschow-schen Attacke auf Stalin - dieser beleidigenden Beschimpfung. Indem er Stalin angriff, verunglimpfte Chruschtschow nur die Partei des großen Lenin, das Mutterland des Sozialismus und das Sowjetvolk, welches als erstes Volk eine sozialistische Revolution vollbrachte, in heftigen Schlachten gegen den internationalen Imperialismus und die innere Konterrevolution seine großartigen Errungenschaften hochhielt, ausgezeichnetes Heldentum an den Tag legte, sich dem Aufbau des Sozialismus hingab und treu seine internationalistische Pflicht gegenüber dem Arbeitervolk in der ganzen Welt erfüllte.

In seinem Artikel *Die politische Bedeutung der Diffamierung* machte Lenin die Beobachtung:

„Diffamierung in der Politik verdeckt häufig den äußeren Mangel ideologischen Gehalts, die Hilflosigkeit und das Unvermögen, das ärgerliche Unvermögen des Schimpfenden.“ [Zit. übersetzt - d. Hrsg.]

Diese exakte Beobachtung trifft so glänzend auf die Chruschtschow-Revisionisten zu, welche sich ständig vom Schatten Stalins verfolgt fühlten und die versuchten, ihren offensichtlichen Prinzipienmangel, ihre Hilflosigkeit und das sie ärgernde Unvermögen zu vertuschen, indem sie Stalin beschimpften. Gerade auch Chruschtschow selbst machte bei seinem Tadel an Stalin niemals auch nur den Versuch, seine Anschuldigungen und Vorwürfe durch Beweise zu untermauern. Chruschtschows Haß war derart ausgeprägt, daß er in seiner Rede am 19. Juli 1963 auf einem sowjetisch-ungarischen Freundschaftstreffen ausrief: „Oh! Wenn Stalin doch nur zehn Jahre früher gestorben wäre!“. Stalin starb - wie bekannt - 1953. Zehn Jahre früher hätte bedeutet: 1943 - das Jahr, in dem die ruhmvolle Rote Armee im Großen Vaterländischen Krieg ihre Gegenoffensive gegen die Naziungeheuer startete. Man sollte meinen, daß kein anderer als Hitler just zu diesem Zeitpunkt Stalin am liebsten tot gesehen hätte! Nein, es zeigt sich, daß die Chruschtschow-Revisionisten mit Hitler darin einig waren, Stalins Erbe in jenem alles entscheidenden Jahr anzutreten, als der Kriegsverlauf - und mit ihm das Geschick der gesamten Menschheit - so gefährlich auf der Kippe stand.

Die marxistische Philosophie verteidigend, machte Lenin im Vorwort seiner bemerkenswerten Arbeit „Materialismus und Empiriokritizismus“ im Hinblick auf den Revisionismus folgende scharfe Beobachtung:

„… denn nur die Revisionisten haben eine traurige Berühmtheit dadurch erlangt, daß sie den Grundanschauungen des Marxismus abtrünnig geworden sind und Angst haben oder unfähig sind, offen, direkt, entschieden und klar mit aufgegebenen Anschauungen ‘Abrechnung zu halten’. Sooft hingegen die Orthodoxen gegen veraltete Anschauungen von Marx auftraten ..., geschah das stets so bestimmt und ausführlich, daß niemand in derartigen literarischen Äußerungen je etwas Zweideutiges finden konnte.“ (Ges. Werke, Bd. XIV, S. 10)

Der Chruschtschow-Revisionismus ist - wir sollten besser sagen war - genau von einer solchen Zwiespältigkeit gekennzeichnet; von seinem Abweichen von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus, begleitet von der Angst oder Unfähigkeit, offen und ehrlich mit den aufgegebenen Anschauungen ‘abzurechnen’. Sogar zur Zeit der Machterlangung Gorbatschows bemühten die Revisionisten in der UdSSR noch weiter die Namen von Marx und Lenin,

während sie alles unternahmen, selbst die Reste des Sozialismus zum endgültigen Zusammenbruch zu führen. Sie fanden einen einfachen Weg: Statt den großen Knüppel gegen den Marxismus-Leninismus zu schwingen, beschränken sie sich sogar heute (1991 - d. Hrsg.) lediglich darauf, Stalin zu beschimpfen und Stalins 'Personenkult' für alles und jedes tatsächliche oder vermeintliche Unglück verantwortlich zu machen.

Wir beabsichtigen im folgenden die revisionistischen Behauptungen zu widerlegen, daß Stalin ein extrem eitler Mensch gewesen sei, der nicht nur den „Stalinschen Personenkult" gefördert, sondern auch noch großen Gefallen daran gefunden habe; ebenso die Behauptungen, er selbst habe sich als einen allwissenden Übermenschen betrachtet, unbewiesene Aussagen gemacht und jeden aus purer Eitelkeit genötigt, mit ihm konform zu gehen. Was im Unterschied zum Mythos Stalin aus unserer Studie des wirklichen Stalin hervorgeht, ist ein außerordentlich kompetenter Marxist-Leninist, der Schmeichelei wie die Schmeichler verabscheute, der Personenkult haßte und alles tat, um ihn aufzuhalten. Aus unserer Untersuchung geht klar hervor, daß er tatsächlich ein großartiger proletarischer Revolutionär war, der weder an Einbildung litt noch Bescheidenheit bloß vorgaukelte, sondern ausschließlich eine Lebensaufgabe, einen brennenden Wunsch hatte, namentlich seinen Beitrag zum revolutionären Kampf der sozialen Befreiung des Proletariats zu leisten - ein Revolutionär, der im übrigen niemals den Mund aufmachte, ohne zuvor eine gründliche Untersuchung des betreffenden Gegenstands vorgenommen zu haben.

Es geht ebenfalls ganz eindeutig aus unserer Studie hervor, daß gerade seine Verleumder (die Chruschtschow-Revisionisten) für den Aufbau eines „Personenkults" um Stalin verantwortlich waren. Er ließ sich allerdings nicht von ihren Schmeicheleien narren und ebensowenig von seinem eingeschlagenen proletarischen Kurs ablenken. Genau dies ist der Grund, weshalb die bürgerliche Intelligenz - insbesondere die Revisionisten - einen so tiefen Groll gegen ihn hegen. Über drei lange Jahrzehnte hindurch vereitelte er ihre Versuche, die internationale kommunistische Bewegung in opportunistische Bahnen zu lenken und beschnitt ihre Möglichkeiten, die Arbeiterbewegung mit bürgerlicher Ideologie zu korrumpieren. Es ist ganz natürlich, daß seine konsequente Weigerung, das Führerbild der von der opportunistischen Intelligenz zelebrierten Heldenverehrung anzunehmen,

einen so unbändigen Haß bei dieser Revisionistenclique geweckt hatte, die nach seinem Tod die Führung der KPdSU an sich riß.

Freund und Feind bestätigten gleichermaßen die Bescheidenheit und Einfachheit Stalins. Enver Hoxha, der albanische Führer, beschreibt Stalin so:

„Stalin war kein Tyrann, kein Despot. Er war ein Mann mit Prinzipien; er war gerecht, bescheiden und sehr freundlich und aufmerksam gegenüber den Menschen, den Kadern und seinen Kollegen.“ (E. Hoxha: With Stalin: Memoirs [Bei Stalin: Memoiren], Tirana, 1979, Seiten 14-15)

Der französische Schriftsteller Henri Barbusse zeichnet das folgende lebendige Bild vom Lebensstil Stalins:

„Man geht in das erste Stockwerk hinauf, wo weiße Gardinen vor dreien der Fenster hängen. Diese drei Fenster sind Stalins Zuhause. In der winzigen Diele hängt unter einer Kappe ein langer Militärmantel am Haken. Außer dieser Diele gibt es drei Schlafräume und ein Eßzimmer. Die Schlafzimmer sind einfach möbliert wie ein solides Zweite-Klasse-Hotel. ... Der älteste Sohn schläft nachts im Eßzimmer auf einem Diwan, der zu einem Bett umfunktioniert ist; der jüngere schläft in einer kleinen Nische, einer Art daraus erweitertem Alkoven ...

Er verdient jeden Monat die fünfhundert Rubel, die das magere Höchstgehalt eines Funktionärs der kommunistischen Partei darstellen (insgesamt zwischen 20 und 25 Pfund in englischem Geld). ...

Dieser aufrechte und brillante Mann ist ... ein einfacher Mann. Er beschäftigt keine zweiunddreißig Sekretäre wie Mr. Lloyd George; er hat nur einen. ...

Stalin führt systematisch alle erreichten Fortschritte auf Lenin zurück, dabei ist ein sehr großer Teil davon ihm selbst zuzuschreiben.“ (H. Barbusse: Stalin: A New World Seen Through One Man, London, 1935, Seiten 291 und 294)

Stalin verfügte zwar über ein Sommerhaus (Datscha), führte dort aber ein einfaches und bescheidenes Leben. Lassen wir seine Tochter Swetlana sprechen:

„Mit der Datscha in Kunzewo war es genauso. ... Mein Vater wohnte im Erdgeschoß. Er lebte in einem Zimmer, das ihm für alles genügte. Er schlief auf dem Sofa, das zur Nacht zum Bett hergerichtet wurde.“

Der in Rußland geborene amerikanische Schriftsteller Eugene Lyons zeichnet in seiner Stalin-Biographie folgendes Bild der einfachen Lebensführung Stalins und seiner angenehmen, umgänglichen und freundlichen Art:

„Stalin wohnt in einer bescheidenen Dreizimmerwohnung... In seinem Alltagsleben bewahrt er einen schlichten Geschmack fast bis hin zur Geschmacklosigkeit. ... Selbst diejenigen, welche ihn abgrundtief hassen und ihn gar sadistischer Grausamkeiten bezichtigen, beschuldigten ihn niemals irgendwelcher Ausschweifungen im Privatleben ...

Macht mit dem Beigeschmack der Genügsamkeit ist jenen kaum begreiflich, die den 'Erfolg' in Dollarmillionen, Yachten und Mätressen messen ...

Da war nicht die entfernteste Ähnlichkeit mit einem menschenfressenden Ungeheuer in seinem Aussehen oder Verhalten, nichts Theatralisches in seiner Erscheinung. Ein angenehmer, ernster, alternder Mann - der offenbar gerne bereit war, den seit Jahren ersten Ausländer freundlich zu empfangen. Ich erinnere mich an den Gedanken: 'Er ist ein durch und durch liebenswerter Mensch', dies dachte ich, als wir dort saßen und war erstaunt." (E. Lyons, Stalin: Czar of All the Russias [Stalin: Zar aller Russen], Philadelphia, 1940, Seiten 196 und 200)

Sidney und Beatrice Webb, die berühmten britischen Fabier, wiesen in ihrem bleibenden Werk „Sowjetischer Kommunismus: Eine neue Zivilisation" nachdrücklich das Märchen von der diktatorischen Machtausübung Stalins zurück:

„Es wird manchmal behauptet, daß ... der gesamte Staat nach dem Willen einer einzigen Person regiert wird, Josef Stalin.

Zunächst sei vermerkt, daß Stalin, im Gegensatz zu Mussolini, Hitler und anderen zeitgenössischen Diktatoren, per Gesetz mit keinerlei Machtbefugnissen über seine Mitbürger ausgestattet ist. Er verfügt nicht einmal über die weitgehende Macht, mit der die amerikanische Verfassung jeden nachfolgenden Präsidenten für vier Jahre betraut... Stalin ist nicht und war nie ... Präsident der UdSSR ... Er ist nicht einmal Volkskommissar oder Mitglied des Kabinetts ... Er ist ... der Generalsekretär der Partei. ...

Wir meinen nicht, daß die Partei vom Willen einer einzelnen Person geleitet ist, oder daß Stalin die Sorte Mensch ist, die eine solche Position für sich in

Anspruch nimmt oder wünscht. Er selbst hat eine solche persönliche Diktatur ausdrücklich in Formulierungen zurückgewiesen, die ... zweifellos mit unseren Eindrücken von den Fakten übereinstimmen.

Die kommunistische Partei in der UdSSR hat die von uns beschriebenen Normen für ihre Organisation angenommen ... In diesen Normen ist kein Raum für die Diktatur des Einzelnen. Man ist äußerst wachsam und mißtrauisch gegenüber persönlichen Entscheidungen. Um Fehler durch Voreingenommenheit, Zorn, Mißgunst, Eitelkeit und andere Launen zu vermeiden, ... soll das individuelle Streben stets durch die notwendige Zustimmung gleichrangiger Kollegen beschränkt werden, welche die Angelegenheit offen diskutiert und die Verantwortung für die Entscheidung gemeinsam übernommen haben ...

Stalin ... hat ... wiederholt betont, daß er letztlich nicht mehr tue, als die Entscheidungen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei auszuführen.

Die schlichte Wahrheit ist, daß bei genauer Betrachtung der UdSSR-Regierung während des letzten Jahrzehnts unter der angeblichen Diktatur Stalins die grundlegenden Beschlüsse weder die Schnelligkeit, Pünktlichkeit noch die vor nichts zurückschreckende Hartnäckigkeit aufwiesen, die häufig als Hauptmerkmale einer Diktatur erkannt werden. Im Gegenteil, die Partei handelte oft erst nach langwierigen Erörterungen im Ergebnis manchmal hitziger und erbitterter Diskussionen, was sich in ihren Formulierungen als Anzeichen von Zögerlichkeit und mangelnder Selbstsicherheit niederschlug. ... Diese Politik war von der Kontrolle durch das Komitee geprägt.“ (S. und B. Webb, Soviet Communism: A New Civilisation [Sowjetischer Kommunismus: Eine neue Zivilisation], London, 1947, Seiten 333-336)

Für alle, die Hoxha, Barbusse und die Webbs als voreingenommene Zeugen betrachten und daher nicht geneigt sind, ihren Aussagen Glauben zu schenken, werden wir Auszüge aus den Aufzeichnungen scharfer Kritiker Stalins wiedergeben, die hier nichtsdestoweniger die bereits zitierten Aussagen bestätigen.

Joseph Davies, der US-Botschafter in Moskau von 1936-1938 - die Zeit der Moskauer Prozesse - hatte über Stalin folgendes zu sagen:

„Ich war überrascht, als ich die Tür ... sich öffnen sah und Herr Stalin plötzlich alleine in den Raum trat ... Er hatte ein liebenswürdiges Verhalten und eine fast verworfen einfache Art ...

Er begrüßte mich herzlich mit einem Lächeln und ohne Umschweife, aber dennoch mit echter Würde ... Seine braunen Augen waren ausgesprochen freundlich und sanft. Ein Kind könnte sich auf seinen Schoß setzen und ein Hund sich an ihn schmiegen.“ (J.E. Davies, Mission in Moskau, London, 1940, Seiten 222 und 230)

Walter Bedell Smith, ein anderer US-Botschafter in Moskau von 1946-1949, schreibt über Stalin:

„Er ist zum Beispiel kein absoluter Diktator auf der einen Seite und kein Gefangener des Politbüros auf der anderen; ich würde sagen, er ist mehr ein Ausschußvorsitzender mit entscheidender Stimme ...“ (Walter Bedell Smith: Moscow Mission [Moskau-Mission], William Heinemann Limited, London, 1950, S. 44)

Isaac Don Levine, ein weiterer amerikanischer Korrespondent und gebürtiger Russe, schreibt in seiner ansonsten wenig schmeichelhaften Stalin-Biographie:

„Stalin strebt nicht nach Ehrungen. Er haßt den Pomp. Öffentliche Zurschaustellung ist ihm zuwider. Er könnte all die Amtsinsignien aus der Staatstruhe eines großen Landes besitzen. Aber er bevorzugt die hintere Reihe.“ (I.D. Levine, Stalin: A Biography [Stalin: Eine Biographie], London, 1931, S. 248-249)

Der amerikanische Schriftsteller Louis Fischer, der Stalin gegenüber ebenfalls eine feindliche Haltung einnimmt, beschreibt Stalins Fähigkeit des Zuhörens:

„Stalin ... inspiriert die Partei mit seiner Willenskraft und seiner Ruhe. Menschen, die mit ihm in Kontakt kommen, bewundern seine Fähigkeit zuzuhören und seine Sachkenntnis bei der Verbesserung von Vorschlägen und Entwürfen hochgescheiter Mitarbeiter.“ (L. Fischer, aus einem Artikel in The Nation, Ausg. 137, 9. Aug. 1933, S. 154)

Auf Eugene Lyons Frage „Sind Sie ein Diktator?“ antwortete Stalin:

„Nein, ich bin kein Diktator. Diejenigen, die das Wort benutzen, verstehen nichts vom sowjetischen Regierungssystem und der Arbeitsweise der kommunistischen Partei. Niemand, auch keine Gruppe von Leuten kann diktieren. Entscheidungen werden von der Partei getroffen, und ihre Organe, das Zentralkomitee und das Politbüro, richten sich danach.“ (ebd., S. 203)

Arvo Tuominen, der finnische revisionistische Politiker und Gegner Stalins, konnte ihm Zurückhaltung bescheinigen und hob - wenn auch verwundert - den scharfen Gegensatz zwischen dem vermeintlichen und dem wirklichen Stalin hervor:

„In seinen Reden und Schriften stellt sich Stalin stets in den Hintergrund, spricht nur vom Kommunismus, der Sowjetmacht und der Partei; er betont unterdessen, daß er tatsächlich nur ein Repräsentant der Idee und der Organisation sei, mehr nicht ...

Ich bemerkte niemals irgendwelche Anzeichen von Großtuerei bei Stalin.“ (A. Tuominen: The Bells of the Kremlin [Die Glocken des Kreml], Hanover (New Hampshire, USA), 1983, Seiten 155 und 163)

Weiter:

„Während meiner vielen Jahre in Moskau erstaunte mich immer wieder der Kontrast zwischen dem Mann und dem kolossalen Bild, das man von ihm machte. Dieser mittelgroße, leicht pockennarbige Kaukasier mit Schnurrbart war denkbar weit von jenem Klischee eines Diktators entfernt. Aber gleichzeitig verkündete die Propaganda seine übermenschlichen Fähigkeiten.“ (ebd., S. 155)

Marschall Georgij Shukow schreibt über Stalin dies:

„Frei von Affektiertheit und Gehabe gewann er das Herz eines jeden, der mit ihm sprach.“ (G.K. Shukow, The Memoirs of Marshal Zhukov [Die Memoiren von Marschall Shukow], London, 1971, S. 283)

Stalins Tochter Swetlana, die bekanntermaßen dazu neigte, auf jede Form übler Nachrede in bezug auf Stalin hereinzufallen, wies nichtsdestoweniger den Vorwurf zurück, ihr Vater sei für die Leitung des „Kults“ um seine Person selbst verantwortlich gewesen. In der Beschreibung einer Zugreise, die

sie mit ihm im Jahre 1948 von der Krim nach Moskau unternommen hatte, erzählt sie:

„Nach Einfahrt in die verschiedenen Bahnhöfe machten wir entlang des Bahnsteigs einen kleinen Spaziergang. Mein Vater ging bis zur Lokomotive vor und grüßte die Bahnarbeiter. Kein einziger Passagier war zu sehen. Es war ein Sonderzug und niemandem war der Zutritt zum Bahnsteig erlaubt ... Wer dachte sich nur so etwas aus? Wer ersann diese ganzen Tücken? Nicht er. Es war ein System, in dem er selbst ein Gefangener war und in dem er unter Einsamkeit, Leere und Mangel an menschlicher Gesellschaft litt.

Wenn ich heutzutage irgendwo etwas darüber höre oder lese, daß mein Vater sich praktisch als einen Gott betrachtete, verblüfft es mich, daß Leute, die ihn besser kannten, derartige Dinge über die Lippen bringen können ...

Er hielt sich niemals für einen Gott.“ (S. Allilujewa, Letters to a Friend [Briefe an einen Freund], London, 1968, Seiten 202-203 und S. 213)

Sie beschreibt die ergreifende Szene der sofort nach Stalins Tod vom Trauerschmerz erfaßten Dienstleute auf Stalins Datscha:

„Diese Männer und Frauen, die Bedienstete meines Vaters waren, liebten ihn. Es war nicht schwer, ihn in kleinen Dingen zufriedenzustellen. Im Gegenteil, mit seinen Bediensteten war er höflich, bescheiden und direkt...

Männer, Frauen, alle brachen immer wieder in Tränen aus ...

Keiner täuschte Loyalität oder Kummer nur vor. Alle kannten sich seit Jahren.

Niemand in diesem Raum sah ihn als einen Gott oder Supermann an, als ein Genie oder einen Dämon. Sie liebten und respektierten ihn aufgrund ganz gewöhnlicher menschlicher Qualitäten, jener Qualitäten, die Bedienstete am besten beurteilen können.“ (ebd., Seiten 20 und 22)

Der Behauptung, daß Stalin aus Gründen der Eitelkeit, des Dünkels und zum eigenen Vergnügen den „Kult“ um seine Person förderte, begegnen wir mit der Antwort, daß Stalin häufig den „Kult um den Einzelnen“ als dem Marxismus-Leninismus widersprechend verurteilte und verspottete. Wir geben weiter unten seine Äußerungen zu dieser Frage wieder, die er innerhalb eines Zeitraums von mehr als zwei Jahrzehnten machte. Im Juni 1926 drückte

er sich in seiner „Antwort auf die Begrüßungsansprachen der Arbeiter der Eisenbahnhauptwerkstätten in Tiflis“ wie folgt aus:

„Ich muß Ihnen, Genossen, ganz ehrlich sagen, daß ich nicht einmal die Hälfte des Lobes verdient habe, das mir hier gespendet wurde. Wie es sich herausstellt, bin ich der Held des Oktober und der Führer der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Führer der Komintern und ein sagenhafter Recke und wer weiß, was noch alles. All das ist Unsinn, Genossen, und eine absolut überflüssige Übertreibung. In einem solchen Tone spricht man gewöhnlich am Grabe eines verstorbenen Revolutionärs. Ich aber habe noch nicht die Absicht zu sterben. (...)

Ich bin und bleibe in der Tat ein Schüler der fortgeschrittenen Arbeiter der Tifliser Eisenbahnwerkstätten.“ (Werke, Bd. VIII, S. 154)

Am 21. Dezember 1929 schickte er „An alle Organisationen und Genossen, die Genossen Stalin zu seinem 50. Geburtstag Glückwünsche sandten“ eine Antwort, die seine Bescheidenheit und seine tiefe Ergebenheit zur Sache des Weltproletariats erkennen ließ:

„Ihre Glückwünsche und Grüße beziehe ich auf die große Partei der Arbeiterklasse, die mich nach ihrem Ebenbild erschaffen und erzogen hat. Und nur weil ich sie auf unsere ruhmreiche Leninsche Partei beziehe, erlaube ich mir, Ihnen mit bolschewistischem Dank zu antworten.

Sie können gewiß sein, Genossen, daß ich bereit bin, auch in Zukunft für die Sache der Arbeiterklasse, für die Sache der proletarischen Revolution und des Weltkommunismus alle meine Kräfte, alle meine Fähigkeiten und, wenn es notwendig ist, all mein Blut, Tropfen für Tropfen, hinzugeben.“ (Werke, Band XII, S. 124)

Anfang März 1930 schrieb Stalin seinen Artikel „Vor Erfolgen von Schwindel befallen“, in welchem er unter anderem die Abweichungen von der Parteilinie bei der Durchführung der Kollektivierungspolitik kritisierte, wobei er den willkürlichen Charakter der Kolchosbewegung hervorhob. Dieser Artikel zeitigte eine einzigartig vorteilhafte Wirkung bei der Gewinnung der Bauernmassen für die Kollektivierung durch Zurücknahme der von einigen amtseifrigen Funktionären begangenen Fehler im Kollektivierungsbereich. Mit Recht führte man diese Initiative auf ihn zurück. In seiner typisch

zurückhaltenden Art rechnete er alles dem Zentralkomitee der Partei an. Dies schrieb er in seiner „Antwort an die Genossen Kollektivbauern“ im April 1930:

„Manche sind der Meinung, daß der Artikel ‘Vor Erfolgen von Schwindel befallen’ das Ergebnis einer persönlichen Initiative Stalins sei. Das ist natürlich Unsinn. Unser ZK ist nicht dazu da, um in einer solchen Angelegenheit jemanden, wer es auch immer sei, auf Grund persönlicher Initiative handeln zu lassen.“ (Bd. XII, S. 186)

Im August 1930 verurteilte er in seinem Brief an Genossen Schatunowski die personenbezogene Ergebenheit als „hohle[s] und unnütze[s] intelligenzlerische[s] Phrasengeklingel“.

„Sie sprechen von Ihrer ‘Ergebenheit’ mir gegenüber. so würde ich Ihnen raten, das ‘Prinzip’ der Ergebenheit gegenüber Personen über Bord zu werfen. Das ist nicht bolschewistische Art. Seien Sie der Arbeiterklasse, ihrer Partei, ihrem Staat ergeben. Das ist notwendig und gut. Aber verwechseln Sie diese Ergebenheit nicht mit der Ergebenheit gegenüber Personen, mit diesem hohlen und unnützen intelligenzlerischen Phrasengeklingel.“ (Werke, Bd. XIII, S. 17)

Im Dezember 1931, in seiner *Unterredung mit dem deutschen Schriftsteller Emil Ludwig*, gab er die folgende Einschätzung über herausragende Persönlichkeiten der Geschichte:

„Was mich betrifft, so bin ich nur ein Schüler Lenins, und das Ziel meines Lebens ist es, ein würdiger Schüler Lenins zu sein ...

Der Marxismus verneint keineswegs die Rolle hervorragender Persönlichkeiten oder die Tatsache, daß die Menschen die Geschichte machen. ... Allerdings machen die Menschen die Geschichte nicht so, wie es ihnen die Phantasie eingibt ... Jede neue Generation findet bestimmte Verhältnisse vor, die bereits in fertiger Gestalt vorhanden waren ... Und große Männer sind nur insoweit von Bedeutung, als sie es vermögen, diese Verhältnisse richtig zu verstehen und zu erkennen, wie sie zu ändern sind. Wenn sie diese Verhältnisse nicht verstehen und sie so verändern wollen, wie es ihre Phantasie eingibt, so geraten sie, diese Leute, in die Lage Don Quichottes ...

Nein, eine einzelne Person darf nicht entscheiden. Entscheidungen einer einzelnen Person sind immer oder fast immer einseitige Entscheidungen. In jedem Kollegium, in jedem Kollektiv gibt es Menschen, mit deren Meinung man rechnen muß ..., die auch falsche Meinungen zum Ausdruck bringen können. Auf Grund der Erfahrungen von drei Revolutionen wissen wir, daß unter hundert Entscheidungen, die von einzelnen Personen getroffen und nicht kollektiv überprüft und berichtigt wurden, annähernd neunzig Entscheidungen einseitig sind ...

Niemals, unter keinen Umständen würden unsere Arbeiter heutzutage die Macht eines einzelnen dulden. Selbst die größten Autoritäten verlieren jegliche Bedeutung, verwandeln sich in ein Nichts, sobald die Arbeitermassen aufhören, ihnen zu vertrauen, sobald sie den Kontakt mit den Arbeitermassen verlieren. Plechanow genoß außerordentlich große Autorität ... Sobald er in politischer Hinsicht zu hinken begann, vergaßen ihn die Arbeiter, sie wandten sich von ihm ab und vergaßen ihn einfach. Ein anderes Beispiel: Trotzki. Trotzki genoß ebenfalls große Autorität, wenn auch bei weitem nicht die gleiche wie Plechanow ... Sobald er sich von den Arbeitern abwandte, vergaßen sie ihn.“ (Werke, Bd. XIII, Seiten 94-95 und 98-99)

In seinem „Brief an Genossen I.N. Bashanow“ schrieb er im Februar 1933:

„Ihren Brief, daß Sie mir Ihren zweiten Orden als Auszeichnung für meine Arbeit übergeben, habe ich erhalten.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre herzlichen Worte und das freundschaftliche Geschenk. Ich weiß, worauf Sie mir zuliebe verzichten, und schätze Ihre Gesinnung.

Trotzdem kann ich Ihren zweiten Orden nicht annehmen. Ich kann und darf ihn nicht annehmen, nicht allein, weil er nur Ihnen gehören kann, da nur Sie ihn verdient haben, sondern auch, weil ich ohnehin durch die mir von den Genossen erwiesene Aufmerksamkeit und Achtung reichlich belohnt bin und folglich kein Recht habe, Sie zu berauben.

Orden sind nicht für diejenigen bestimmt, die ohnehin bekannt sind, sondern hauptsächlich für solche Helden, die wenig bekannt sind und die allen bekannt gemacht werden müssen.

Außerdem muß ich Ihnen sagen, daß ich bereits zwei Orden besitze. Das ist mehr als genug - seien Sie dessen gewiß.

Verzeihen Sie, daß ich mit Verspätung antworte.

Mit kommunistischem Gruß J. Stalin

P.S. Ich sende Ihnen den Orden, der Ihnen zusteht, zurück.“

(Werke, Bd. XIII, S. 211)

In seiner „Unterredung mit Oberst Robins“ im Mai 1933 finden wir diesen Dialog:

„Robins: Ich betrachte es als eine große Ehre für mich, daß ich die Gelegenheit habe, Sie zu besuchen.

Stalin: Daran ist nichts Besonderes. Sie übertreiben.

Robins (lächelt): Das Interessanteste für mich ist, daß ich in ganz Rußland die Namen Lenin-Stalin, Lenin-Stalin, Lenin-Stalin überall zusammen angetroffen habe.

Stalin: Das ist ebenfalls eine Übertreibung. Wie könnte ich mich mit Lenin vergleichen?“ (ebd., S. 234)

Als 1938 von einigen wohlmeinenden Schmeichlern vorgeschlagen wurde, ein Buch mit dem Titel Geschichten aus der Jugendzeit Stalins herauszubringen, kam Stalin auf seine Art wie ein Unwetter über sie und legte ihnen nahe, das Buch zu verbannen:

„Ich bin ganz entschieden gegen die Veröffentlichung der ‘Geschichten aus der Jugendzeit Stalins’.

Das Buch wimmelt von Ungenauigkeiten, Abänderungen, Übertreibungen und unverdientem Lob ...

Aber... die wesentliche Bedeutung liegt in der Tatsache, daß das Buch dazu neigt, sowjetischen Kindern (und Menschen allgemein) den Kult um Führungspersonen, um unfehlbare Helden in den Kopf zu setzen. Dies ist gefährlich und schädlich. Die Idee von den ‘Helden’ und dem ‘gemeinen Volk’ ist keine bolschewistische, sondern eine sozial-revolutionäre Idee ...

Ich schlage vor, wir verbrennen dieses Buch.“ (Bd. XIV/engl. Ausg., Zit. übersetzt)

Hier unser letztes Beweisstück zu dieser Frage. Im zweiten Halbjahr 1950 kam es zu einem Treffen zwischen einer vierköpfigen Delegation der damals noch vereinten Kommunistischen Partei Indiens mit M. Basavapunnaiah, C. Rajeswara Rao, Ajoy Ghosh sowie S.A. Dange und einer vierköpfigen Abordnung der KPdSU(B), geleitet von Stalin - die anderen Delegationsmitglieder waren Molotow, Suslow und Malenkow. In einem am 8. Juli 1990 erschienenen Artikel der Wochenzeitung „Volksdemokratie“ der Kommunistischen Partei Indiens (marxistisch) äußerte sich Genosse Basavapunnaiah im Zusammenhang mit der Rolle Stalins. Dieser Artikel bezeugt die Bescheidenheit Stalins, sein erstaunliches Gedächtnis, seine enorme Bereitschaft, Bruderparteien zu unterstützen sowie ihren Führern mit Respekt und auf gleicher Grundlage zu begegnen:

„Stalin sagte: ‘Genossen, Sie haben uns gebeten, Ihnen bei der Erörterung einiger Probleme im Zusammenhang mit der kommunistischen Bewegung in Indien behilflich zu sein. Unsere Kenntnisse vom heutigen Indien sind nicht auf dem neuesten Stand und wir äußern unsere Ansichten auf der Grundlage unserer alten Indienstudie und unseres Verständnisses des historischen und dialektischen Materialismus.’

Nach einem einleitenden Meinungsaustausch bat Stalin unsere Delegation, zwei Entwürfe bereitzustellen, den ersten zu unserem Parteiprogramm und den zweiten zur gegenwärtigen Taktik. ...

Stalin fragte unsere Delegation, ob die CPI ihr Parteiprogramm habe. Wir fühlten uns peinlich berührt, da unsere Partei in Indien ein solches Programm nicht vorweisen konnte und es darin bestand, von Zeit zu Zeit politische Resolutionen zu verabschieden. Dann erinnerte Stalin unsere Delegation an unseren Programmentwurf, der im Jahre 1928 an die Zentrale der Kommunistischen Internationale gesandt wurde. Neben diesem Hinweis auf unseren ‘vergessenen Programmentwurf’ sagte uns Stalin, daß es in den Archiven der Kommunistischen Internationale, die nach der Auflösung der Dritten Internationale 1943 geschlossen und gesichert wurden, noch verfügbar sein müsse. Stalin wies seine nächsten Mitarbeiter an, die Türen der geschlossenen und gesicherten Komintern-Archive zu öffnen und unseren

Programmentwurf von 1928 ausfindig zu machen. Er wurde gefunden, unserer Delegation zur Durchsicht überreicht und anschließend in die Komintern-Archive zurückgebracht. Wir waren alle tief davon beeindruckt, wie Stalin sich nach mehr als zwei Jahrzehnten an den indischen Entwurf, der aus dem Jahre 1922 stammte, erinnern konnte und wie alle Mitglieder unserer Delegation solch ein Dokument fast vergessen hatten.“

Genosse Basavapunnaiah schließt mit dem folgenden Zitat aus der vor dem XIX. Parteitag am 14. Oktober 1952 gehaltenen Rede Stalins, die von dem proletarischen Internationalismus zeugt, wie Stalin ihn propagierte und praktizierte:

„Genossen! Gestatten Sie mir, im Namen unseres Parteitages allen Bruderparteien und Gruppen, deren Vertreter unseren Parteitag mit ihrer Anwesenheit beehrt oder die dem Parteitag Grußbotschaften gesandt haben, den Dank auszusprechen für die freundschaftlichen Grüße, für die Wünsche weiterer Erfolge, für das Vertrauen.

Für uns ist dieses Vertrauen, das die Bereitschaft bedeutet, unsere Partei in ihrem Kampf für eine lichte Zukunft der Völker, in ihrem Kampf gegen den Krieg, in ihrem Kampf für die Erhaltung des Friedens zu unterstützen, besonders wertvoll.

Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß unsere Partei, die zu einer mächtigen Kraft geworden ist, keine Unterstützung mehr brauche. Das wäre falsch. Unsere Partei und unser Land brauchten stets das Vertrauen, die Sympathie und die Unterstützung der Brudervölker jenseits der Grenzen unseres Landes und werden sie stets brauchen.

Die Besonderheit dieser Unterstützung besteht darin, daß jede Unterstützung der Friedensbestrebungen unserer Partei seitens einer jeden Bruderpartei gleichzeitig die Unterstützung ihres eigenen Volkes in seinem Kampf für die Erhaltung des Friedens bedeutet. Als die englischen Arbeiter in den Jahren 1918-1919, zur Zeit des bewaffneten Überfalles der englischen Bourgeoisie auf die Sowjetunion, unter der Losung ‘Hände weg von Rußland’ den Kampf gegen den Krieg organisierten, war das eine Unterstützung, eine Unterstützung vor allem des Kampfes ihres eigenen Volkes für den Frieden und dann auch eine Unterstützung der Sowjetunion. ... Diese Besonderheit der gegenseitigen Unterstützung erklärt sich daraus, daß die Interessen unserer

Partei nicht nur den Interessen der friedliebenden Völker nicht widersprechen, sondern im Gegenteil mit ihnen verschmelzen. Was die Sowjetunion betrifft, so sind ihre Interessen von der Sache des Friedens in der ganzen Welt überhaupt nicht zu trennen..

Es versteht sich, daß unsere Partei den Bruderparteien gegenüber ihre Schuldigkeit tun und ihrerseits sie und ihre Völker in ihrem Kampf um die Befreiung, in ihrem Kampf für die Erhaltung des Friedens unterstützen muß. Gerade das tut sie bekanntlich auch. Nach der Ergreifung der Macht durch unsere Partei im Jahre 1917 und nachdem unsere Partei reale Maßnahmen zur Beseitigung des Jochs der Kapitalisten und Gutsbesitzer getroffen hatte, gaben ihr die Vertreter der Bruderparteien, begeistert von der Kühnheit und den Erfolgen unserer Partei, den Namen 'Stoßbrigade' der revolutionären Bewegung und der Arbeiterbewegung der Welt. Damit gaben sie der Hoffnung Ausdruck, daß die Erfolge der 'Stoßbrigade' die Lage der unter dem Joch des Kapitalismus schmachtenden Völker erleichtern werden." (Werke, Bd. XV, S. 186 ff)

Die Frage erhebt sich also: Wenn nicht Stalin hinter der „Personenkult"-Kampagne stand, wer entfachte den „Personenkult", wer übte ihn aus und erhielt ihn dauerhaft aufrecht? Die Antwort lautet: Niemand anders als die Revisionisten - Revisionisten wie Chruschtschow, Karl Radek, Mikojan und viele andere, die auf ihrem Weg nach oben angesehene und einflußreiche Positionen in der KPdSU und der Regierung erschlichen hatten. Sie betrieben ihn einerseits zum Kaschieren ihrer eigenen revisionistischen Haltung, denn aus der Abwehr und der vernichtenden Niederlage der trotzkistischen und Bucharinschen Opposition zogen die Revisionisten und angehende Restauratoren des Kapitalismus ihre Lehren, hielten es für klug, lauthals ihre Loyalität zur Partei und insbesondere zum Parteiführer zu bekunden, welcher zu Recht ein hohes Ansehen genoß; andererseits übten sie sich in Speichelleckerei und Schmeichlertum, um Stalin durch versteckte Schuldzuweisungen für alle wirklichen oder scheinbaren Mißgeschicke in Verruf zu bringen, indem sie suggerierten, er allein „schmeiße den Laden", sein diktatorisches Verhalten unterdrücke jede abweichende Meinung und demokratische Normen, etc. Niemand kroch tiefer am Boden, keiner war so unterwürfig wie Nikita Chruschtschow, der wahrscheinlich die größte Rolle beim Aufbau des „Personenkults" um Stalin spielte - ein Kult, den weder

Stalin noch irgendein marxistisch-leninistischer Mitstreiter Stalins im Politbüro jemals unterstützte.

Wie der „Personenkult“ in Gang kam, darüber gibt der sowjetische revisionistische Historiker Roy Medwedjew recht zuverlässig Auskunft:

„Die erste Prawda-Ausgabe des Jahres 1934 enthielt einen großen zweiseitigen Artikel von Radek, der Stalin mit orgiastischem Lob überhäufte. Der ehemalige Trotzkist, welcher viele Jahre lang die Opposition gegen Stalin anführte, nannte ihn nun ‘Lenins besten Schüler, das Bild der leninistischen Partei, Fleisch von ihrem Fleische, Blut von ihrem Blute’. ... In ‘seiner Weitsicht gleicht er Lenin’ und so weiter und so weiter. Dies schien der erste umfangreiche Presseartikel zu sein, der speziell der Belobhudelung Stalins diente und der rasch in einer Neuauflage von 225.000 Exemplaren erschien, eine enorme Menge zu jener Zeit.“ (R.A. Medwedjew, Let History Judge: the Origins and Consequences of Stalinism [Laßt die Geschichte richten: Ursprünge und Folgen des Stalinismus], London, 1972, S. 148)

Jeder weiß, wer Karl Radek war und wo er endete. Auf dem zweiten Moskauer Prozeß war er geständig und wurde terroristischer Handlungen sowie Aktivitäten zur Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR überführt. (Siehe Verhandlungsbericht im Fall gegen das Antisowjetische Trotzkistische Zentrum, Moskau, 1937, Seiten 88-115)

Chruschtschow, der mit seinem gegen Stalin gerichteten Wutausbruch und seiner gleichzeitigen totalen Revision marxistisch-leninistischer Prinzipien auf dem XX. Parteitag der KPdSU den Ball in Richtung kapitalistischer Restauration ins Rollen brachte, war der eifrigste Antreiber des „Personenkults“ um Stalin. Hier einige Beispiele. Er führte zum erstenmal den Ausdruck „Woshd“ (Führer) in Verbindung mit Stalin ein und schloß seine Rede auf der Moskauer Parteikonferenz im Januar 1932 mit diesen Worten:

„Die Moskauer Bolschewiki, die sich so eng wie noch nie um das leninistische Zentralkomitee und den Woshd’ unserer Partei, den Genossen Stalin, zusammenschließen, marschieren mit Freude und Zuversicht neuen Siegen in den Schlachten für den Sozialismus, für die proletarische Weltrevolution entgegen.“ (Rabotschaja Moskwa, 26. Januar 1932, zit. n. L. Pistrak, The Grand Tactician: Khrushchev’s Rise to Power [Der große Taktiker: Chruschtschows Aufstieg zur Macht], London, 1961, S. 159)

Denselben Mann, den er in seiner „Geheimrede“ auf dem XX. Parteitag einen „Idioten“ und „Dummkopf“ schimpfte, bezeichnete er auf der 17. Parteitagung im Januar 1934 als „genialen Führer“. (Siehe L. Pistrak, ebd., S. 160)

Während der Verhandlungen gegen Sinowjew und Kamenew (im ersten Moskauer Prozeß) 1936 sagte der damalige Moskauer Parteisekretär Chruschtschow:

„Elende Wichte! Sie erhoben ihre Hände gegen den größten aller Menschen, ... unseren weisen Führer, den Genossen Stalin! Du, Genosse Stalin, hißtest das große Banner des Marxismus-Leninismus hoch über der ganzen Welt und trugst es voran. Wir versichern Dir, Genosse Stalin, daß die bolschewistische Organisation in Moskau - die ergebene Stütze des Stalinschen Zentralkomitees - die stalinistische Wachsamkeit noch erhöhen wird, die trotzkistisch-sinowjewschen Überreste ausrotten und die Reihen der Partei - wie der parteilosen Bolschewiki sogar noch enger um das Stalinsche Zentralkomitee und um den großen Stalin schließen wird.“ (Prawda, 23. August 1936, zit. n. L. Pistrak, ebd., S. 162)

Auf dem 8. Allunionskongreß der Sowjets im November 1936 schlug Chruschtschow vor, daß die neue Verfassung „Stalinsche Verfassung“ heißen solle; er behauptete, „sie wurde vom Anfang bis zum Ende von Genossen Stalin selbst geschrieben.“ (Prawda, 30. Nov. 1936, zit. n. L. Pistrak, ebd., S. 161)

Nebenbei sei vermerkt, daß weder Molotow, seinerzeit Premierminister, noch Shdanow, damaliger Parteisekretär in Leningrad, auch nur den geringsten Hinweis darauf gaben, Stalin hätte irgendeinen gesonderten Beitrag zur Verfassung geleistet. Es war Chruschtschow, der in derselben Rede den Ausdruck „Stalinismus“ prägte:

„Unsere Verfassung ist der Marxismus-Leninismus-Stalinismus, welcher ein Sechstel der Erde erobert hat.“ (ebd.)

Zur Zeit des zweiten Moskauer Prozesses (gegen Pjatakow und Radek) erklärte Chruschtschow auf einer Massenkundgebung vor 200.000 Menschen in Moskau im Januar 1937:

„Indem sie ihre Hände gegen Genossen Stalin erhoben, erhoben sie diese gegen das Beste, was die Menschheit besitzt. Denn Stalin ist die Hoffnung; er ist die Erwartung; er ist das Fanal, das die gesamte progressive Menschheit leitet. Stalin ist unser Banner! Stalin ist unser Wille! Stalin ist unser Sieg!“ (Prawda, 31. Januar 1937, zit. n. L. Pistrak, ebd., S. 162)

Chruschtschow rühmte Stalin wiederholt über alle Maßen als „intimen Freund und engsten Genossen des großen Lenin“ (Dezember 1939); als „das größte Genie, Lehrer und Führer der Menschheit“ (18. Parteikongreß, März 1939), als „den großen, immer siegreichen Marschall“ (Mai 1945), als „den wahren Freund des Volkes“ (Dezember 1939) und als seinen „wirklichen Vater“ (Dezember 1949). (Alle Zitate in diesem Absatz sind den Redaktionsartikeln der *People's Daily* und der *Red Flag* entnommen.)

Anläßlich des fünfzigsten Geburtstags von Stalin im Dezember 1929 stellte Mikojan die Forderung auf:

„... daß wir dem berechtigten Anliegen der Massen entgegenkommen, endlich an seiner Biographie zu arbeiten und sie der Partei und dem ganzen werktätigen Volk in unserem Land zugänglich zu machen.“ (Iswestija, 21. Dezember, zit. n. L. Pistrak, ebd., S. 164) Mikojan wiederholte seine Forderung 10 Jahre später anläßlich 60. Geburtstags Stalins im Dezember 1939.

Schließlich veröffentlichte man 1947 „Josef Stalin: Eine Kurzbiographie“, die von sechs Leuten verfaßt wurde: Aleksandrow, Glatjonow, Krjushkow, Mitin, Mochalow und Pospelow. Chruschtschow behauptete dennoch in seiner „Geheimrede“, daß Stalin zur eigenen Glorifizierung sie persönlich geschrieben habe:

„Eines der höchst charakteristischen Beispiele der Selbstbeweihräucherung Stalins und sein Mangel selbst elementarer Bescheidenheit ist die Herausgabe seiner ‘Kurzbiographie’ ...

Dieses Buch ist ein Beispiel zügellosester Schmeichelei.“ (Russisches Institut, Columbia Universität (Hrsg.), op. cit. S. 69)

Die Wahrheit ist, daß Stalin Schmeichelei verabscheute und sich ganz und gar über die schlechten Absichten der „Personenkult“-Vertreter im Klaren war. Der finnische Revisionist Tuominen berichtet: Als Stalin 1935 davon in

Kenntnis gesetzt wurde, daß ihn darstellende Büsten in der Tretjakow-Galerie (Moskaus bedeutendster Galerie) öffentlich zur Schau gestellt wurden, rief er aus:

„Das ist geradezu Sabotage!“ (A. Tuominen, op. cit. S. 164)

Lion Feuchtwanger bemerkte, daß Stalin glaubte, die „Saboteure“ förderten den „Personenkult“ mit dem Ziel, ihn zu diskreditieren.

„Stalin ist es offenbar unangenehm, derart angebetet zu werden, und ab und zu macht er sich darüber lustig ...

Von all den mir bekannten machthabenden Menschen ist Stalin der bescheidenste. Ich sprach zu ihm ganz offen über den protzigen und exzessiven Kult um ihn, und er antwortete mit gleicher Offenheit...

Er zieht sogar die Möglichkeit in Betracht, daß ‘Saboteure’ mit der Absicht dahinterstecken könnten, ihn zu diskreditieren.“ (L. Feuchtwanger, Moscow 1937 [Moskau 1937], London, 1937, Seiten 93-95)

Damals überzog Stalin die „Personenkult“-Aktion mit beißendem Spott und gab diesen sarkastischen Trinkspruch aus, der von Tuominen auf einem Neujahrsfest 1935 festgehalten wurde:

„Genossen! Ich möchte einen Toast auf unseren Patriarchen ausbringen, unser Leben und unsere Sonne, den Befreier der Nationen, den Architekten des Sozialismus (er ratterte all die Beinamen herunter, die man ihm seinerzeit verlieh), Josef Wissarionowitsch Stalin, und ich hoffe, das ist die erste und letzte Rede, die auf dieses Genie heute abend gehalten wird.“ (A. Tuominen, op. cit. S. 162)

Von den schmeichlerischen Ergüssen, die von Intellektuellen und Bürokraten auf einflußreichen Posten in der UdSSR oder in kommunistischen Parteien anderer Länder auf ihn herabregneten, ließ sich Stalin nicht beirren. Wir wissen nur allzu gut, wie gerade jene Leute, die ihn nach seinem Ableben der Ausübung des „Personenkults“ bezichtigten, ihn zu seinen Lebzeiten zum eigentlichen Schöpfer des Universums verklärten. Stalin lehnte es ab, sich von derlei Sykophantentum [Kriecherei, Belobhudelung, „Speichelleckerei“ - d. Hrsg.] beeinflussen und vereinnahmen zu lassen; in seinem Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ bezog er sich auf

das damals in Vorbereitung befindliche Lehrbuch über die Grundlagen der marxistischen politischen Ökonomie und erklärte:

„Übrigens könnte ein solches Lehrbuch im Hinblick auf das ungenügende Niveau der marxistischen Entwicklung der meisten kommunistischen Parteien des Auslands auch den älteren Kadern der Kommunisten dieser Länder von großem Nutzen sein.“ (Werke, Bd. XV, S. 297)

Als Jaroschenko, der zuvor bereits eine ganze Reihe irriger Ansichten zu Fragen der politischen Ökonomie geäußert hatte - und der von Stalin deswegen kritisiert wurde - darum bat, ihn mit der Zusammenstellung des Buches über die politische Ökonomie des Sozialismus zu betrauen, und hinzufügte, er sei befähigt, „die marxistische Lenin-Stalinsche Theorie der politischen Ökonomie des Sozialismus darzulegen, eine Theorie, die diese Wissenschaft in eine wirksame Waffe des Volkes im Kampf für den Kommunismus verwandeln wird“, entgegnete Stalin scharf: „Das Ersuchen des Genossen Jaroschenko ... kann nicht ernst genommen werden, schon deshalb nicht, weil es auffallend an das Gehabe eines Chlestakow [Überheblichkeit] erinnert.“ (ebd., Seiten 331-332)

Stalin wandte sich auch der Frage „eines besonderen Kapitels im Lehrbuch über Lenin und Stalin als Begründer der politischen Ökonomie des Sozialismus“ zu. Seine Antwort darauf war:

„Ich denke, das Kapitel ‘Die marxistische Lehre vom Sozialismus. Die Schaffung der politischen Ökonomie des Sozialismus durch W.I. Lenin und J.W. Stalin’ soll aus dem Lehrbuch herausgenommen werden. Es ist im Lehrbuch keineswegs nötig, da es nichts Neues bietet und nur das farblos wiederholt, was in den vorhergehenden Kapiteln des Lehrbuchs ausführlicher gesagt wurde.“ (ebd., S. 295-296)

Es wird in der Tat der revolutionären Führung Stalins Tribut gezollt, seiner standhaften Verteidigung des Marxismus-Leninismus und der Interessen des internationalen Proletariats, wenn selbst Chruschtschow in seiner „Geheimrede“ sich genötigt sah, die folgende Anmerkung zu machen:

„Diese Frage wird durch die Tatsache kompliziert, daß all das, was wir soeben diskutierten, zu Stalins Lebzeiten unter seiner Führung und mit seinem Einverständnis getan wurde; Stalin war davon überzeugt, daß dies zur

Verteidigung der Interessen der arbeitenden Klassen gegen die ränkeschmiedenden Feinde und die Angriffe aus dem imperialistischen Lager notwendig gewesen sei. Er sah dies vom Standpunkt des Interesses der Arbeiterklasse, im Interesse des arbeitenden Volkes, im Interesse des Sieges des Sozialismus und Kommunismus. Wir können nicht sagen, daß es die Taten eines wankelmütigen Gewaltherrschers waren. Er meinte, daß dies im Interesse der Partei geschehen sollte, der werktätigen Massen, zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften. Darin liegt die ganze Tragödie!“ (op. cit. S. 85)

Wenn es um Stalin geht, herrscht seitdem bei den Revisionisten größte Verwirrung. Jedesmal versuchen sie, seine Rolle neu einzuschätzen und sind dabei jedesmal ungewollt und gegen ihre Intentionen gezwungen, ihm höchste Anerkennung zuteil werden zu lassen. Die revisionistischen Attacken auf Stalin erinnern uns an eine Bemerkung Marx’ in dessen Vorwort zum „Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“. Marx kritisierte hier Victor Hugo, als dieser Louis Bonaparte persönlich scharf attackiert hatte, er habe sein literarisches Opfer „groß statt klein“ erscheinen lassen, „indem er ihm eine persönliche Gewalt der Initiative zuschreibt, wie sie beispiellos in der Weltgeschichte dastehen würde.“ [K. Marx, Der achtzehnte Brumaire ..., BML, S. 8]

Nur ein paar Monate nach Chruschtschows „Geheimrede“ faßte das Zentralkomitee der KPdSU am 30. Juni 1956 einen Sonderbeschluß mit dem Titel „Zur Überwindung des Personenkults und seiner Folgen“. Die Resolution lautete:

„J.W. Stalin, der über einen langen Zeitraum den Posten des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Partei innehatte, arbeitete gemeinsam mit anderen führenden Parteifunktionären tatkräftig daran, das Vermächtnis Lenins ins Leben umzusetzen. Er war dem Marxismus-Leninismus treu ergeben und leitete als Theoretiker und Organisator großen Stils den Kampf der Partei gegen die Trotzkisten, die rechten Opportunisten, die bürgerlichen Nationalisten, gegen die äußeren Intrigen der Kapitalisten. In diesem politischen und ideologischen Kampf gewann Stalin großes Ansehen und Popularität. Aber es kam die unangebrachte Praxis auf, all unsere großen Siege mit seinem Namen zu verbinden.“

Im Januar 1959 kam die KPdSU-Führung zum dritten Mal auf die Stalin-Frage zurück und veröffentlichte eine weitere Version unter dem Titel „Stalin und sein Werk“, die in die Sowjetische Enzyklopädie aufgenommen werden sollte. Die darin enthaltene Anmerkung des Herausgebers war folgende:

„Es wäre vielleicht noch hinzuzufügen, daß dies die erste maßgebliche Neubeurteilung Stalins seit dem XX. Parteitag der KPdSU ist.“ Diese „erste maßgebliche Neubeurteilung“ schließt mit zwei Absätzen unter der Überschrift „Der Name Stalins - untrennbar verbunden mit dem Marxismus-Leninismus“. Das Ganze liest sich so:

„Stalin nahm lange Zeit eine Führungsposition im Zentralkomitee der kommunistischen Partei ein. Seine ganze Tätigkeit ist mit der Verwirklichung großer sozialistischer Veränderungen im Sowjetland verknüpft. Die kommunistische Partei und das sowjetische Volk gedenkt seiner und ehrt Stalin. Sein Name ist untrennbar mit dem Marxismus-Leninismus verbunden, und es wäre eine schwerwiegende Entstellung der Geschichte, die von Stalin in seinem letzten Lebensabschnitt begangenen Fehler auf all die langen Jahre seines Wirkens als Partei- und Staatsführer auszudehnen.

Die von den imperialistischen Reaktionären begonnene Kampagne gegen den ‘Stalinismus’, den sie selbst erfanden, ist in Wirklichkeit eine Kampagne gegen die revolutionäre Bewegung.

Die Ausfälle der Revisionisten gegen den ‘Stalinismus’ sind gleichermaßen ihrem Wesen nach eine Form des Kampfes gegen die Grundsätze des Marxismus-Leninismus.“

Wir wissen bereits, daß es ausschließlich Chruschtschow und andere verkappte Revisionisten waren, die zu Stalins Lebzeiten die „unangebrachte Praxis, all unsere großen Siege mit seinem Namen zu verbinden“, ins Leben riefen und auf Dauer fortsetzten. Darüber hinaus geschah dies oftmals gegen den ausdrücklich erklärten Willen Stalins. Wir wissen auch, daß die „Ausfälle der Revisionisten gegen den ‘Stalinismus’“, die „ihrem Wesen nach eine Form des Kampfes gegen die Grundsätze des Marxismus-Leninismus“ darstellten, das ureigene Werk der Chruschtschow-Revisionisten war. Der trotzkistische und imperialistische Feldzug gegen den „Stalinismus“ verlief im Sande, bis der triumphierende Chruschtschow-Revisionismus nach dem XX. Parteitag entschied, sich zugunsten dieser imperialistischen Kampagne in die

Waagschale zu werfen. In einem Punkte können wir allerdings die „erste maßgebliche Neubeurteilung“ unterstützen; das Wesen dieser Kampagne gegen den „Stalinismus“ besteht darin, daß sie „eine Form des Kampfes gegen die Grundsätze des Marxismus-Leninismus“ ist, ohne Rücksicht darauf, ob sich Trotzkismus, Imperialismus oder moderner Chruschtschow-Revisionismus darin übt. Während die Revisionisten übrigens ständig von den „von Stalin in seinem letzten Lebensabschnitt begangenen“ Fehlern schwatzen, so wurden diese Fehler niemals im einzelnen von ihnen benannt, noch machten sie sich gar die Mühe, ihre Anschuldigungen zu untermauern.

Es zeugt ebenfalls von seinem Ansehen und der hohen Anerkennung für seine revolutionäre Führung, seine standhafte Verteidigung des Marxismus-Leninismus und sein unbeirrbares Eintreten für die Interessen des internationalen Proletariats, wenn es noch - nach über dreißig Jahren gemeinschaftlicher Verleumdung und Verbannung Stalins durch Revisionisten und Imperialisten - in der UdSSR eine große Anzahl von Menschen gibt, die das Andenken Stalins liebevoll bewahren und es stolz hochhalten, die den Wert der außerordentlichen Verdienste Stalins um sein sozialistisches Mutterland und um das internationale Proletariat schätzen. Ende 1987 mußte die sowjetische Zeitschrift „Oktjabr“, die an der Spitze der Propaganda für die reaktionäre Doppelpolitik von *Perestrojka* und *Glasnost* stand, 16 Seiten Leserbriefe veröffentlichen, die leidenschaftlich Stalin als Bollwerk des Sozialismus verteidigten und den Chruschtschow-Revisionismus energisch als konterrevolutionär verurteilten:

„Stalin und Lenin sind zwei Bollwerke, die zwei Säulen unserer sozialistischen Ideologie. Eine von ihnen zu entfernen bedeutet, der Sache des Kommunismus nicht wiedergutzumachenden Schaden zuzufügen.

Das ist etwas, was die Ideologen des Zionismus-Imperialismus klar sahen, als sie ihre Strategie des antisozialistischen Kampfes ausarbeiteten. Nachdem sie feststellten, daß ihr Spiel mit Hitler fehlschlug, entschieden sie sich, alles auf eine Fünfte Kolonne zu setzen - und sie machten dabei keine Fehler.

Sie mögen behaupten, daß der XX. Parteitag (als Chruschtschow 1956 die Entstalinisierungskampagne einführte) das Fundament für die Demokratisierung in der sowjetischen Gesellschaft legte. Aber ich denke, es war das Gegenteil. Die Aktivitäten Chruschtschows und der ihm beistehenden

Schriftsteller wie Solschenizyn und Twardowski bedeuteten Konterrevolution. Und wenn dies 1956 nicht klar wurde, so ist es heute klar.“ (zit. n. d. Guardian, 16. Dez. 1987)

Als dann im August 1987 eine Ausgabe des „Oktjabr“ mit einem Kommentar von Herausgeber Jurij Burtin zur nachträglichen Veröffentlichung des Anti-Stalin-Poems von Twardowski erschien, rief dies eine Flut von Briefen hervor, die Stalin leidenschaftlich in Schutz nahmen - darunter folgender:

„Ihr Gedicht war nur ein Vorspiel für einen mörderischen Angriff auf unsere sowjetische Geschichte der 30er und 50er Jahre ... unser Volk lehnt es ab, den Namen Stalins unentwegt zu bespucken, um einigen Ästhetiksnobs zu gefallen“, schrieb I. Perow, 23, aus Kischinjow.

„Fragt die Arbeiter und die Bauern, was sie über Stalin denken ... wenn ihr sie davon überzeugen wollt, daß das System der Privilegien für die obersten Parteiebenen unter Stalin seinen Anfang nahm, werden sie sagen, daß dies Blödsinn ist, denn jeder gesunde Mensch weiß, daß diese Privilegien unter eurem geliebten Chruschtschow erblühten.“

Ein weiterer Brief fügt hinzu:

„Wären Sie ein aufrechter Mann und ein wirklicher Patriot, würden Sie davon Notiz nehmen, daß trotz der verleumderischen Kampagnen gegen Stalin das in ihn gesetzte Vertrauen, in seine Sache und Rechtschaffenheit nicht nur lebt, sondern in der neuen Generation wiedergeboren wird.“

„Chruschtschows Helfer erlangten die Kontrolle über den Zentralapparat und lösten als Unterstützer des Personenkults die wirklichen Anhänger des Sozialismus, die wahren Revolutionäre ab“, sagt ein anderer Brief.

Wir beenden dieses Kapitel mit dem folgenden Zitat aus Stalins Rede vom 23. Oktober 1927, die er auf einer Tagung der Vollversammlung des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B) hielt:

„Die Tatsache, daß die Angriffe hauptsächlich gegen Stalin gerichtet sind, erklärt sich daraus, daß Stalin besser vielleicht als mancher unserer Genossen das ganze gaunerische Treiben der Opposition kennt und daß es nicht so leicht sein dürfte, ihn hinters Licht zu führen. ...

Lassen wir Stalin, Stalin ist ein kleiner Mann. Nehmen wir Lenin. Wer wüßte nicht, daß die Opposition mit Trotzki zur Zeit des Augustblocks eine noch unverschämtere Hetze gegen Lenin betrieb? Hören Sie zum Beispiel Trotzki:

‘Wie ein unsinniger Teufelsspuk mutet einen das gemeine Gezänk an, das Lenin, Meister in diesen Dingen, dieser berufsmäßige Ausbeuter jeglicher Rückständigkeit in der russischen Arbeiterbewegung, systematisch schürt.’ (Siehe Trotzkis Brief an Tschcheïdse, April 1913.)

Ausdrücke sind das, Genossen, Ausdrücke, achten Sie darauf! das schreibt Trotzki, und das schreibt er über Lenin.

Kann man sich da wundern, wenn Trotzki, der den großen Lenin so skrupellos verleumdet, dessen Stiefel er nicht einmal wert ist, nunmehr auf einen der vielen Schüler Lenins, auf Genossen Stalin, schimpft, was das Zeug hält.

Mehr noch, ich betrachte es als eine Ehre für mich, wenn die Opposition ihren ganzen Haß gegen Stalin richtet. So muß es auch sein. Ich meine, es wäre sonderbar und eine Beleidigung für mich, wenn die Opposition, die die Partei zu zerstören sucht, Stalin lobte, der die Grundlagen des Leninschen Parteiprinzips verteidigt.“ (Die trotzkistische Opposition früher und jetzt, Werke, Band X, S. 150-151)

Angesichts der vorangegangenen Ausführungen wird deutlich, daß Stalin gewiß keine Schuld trifft und mit der Betreibung des „Personenkults“ nichts zu schaffen hat. Eine solche „Verehrung“ war von ihm keineswegs gewollt und wurde gerade von den sich bedeckt haltenden Revisionisten praktiziert - genau von jenen Leuten, die ihn auf dem XX. Parteitag der KPdSU und danach diesbezüglich verleumdeten. Daher kann ihr Haß auf Stalin nicht dem „Personenkult“ zugeschrieben werden, der ja schließlich ihr eigenes Produkt war. Wodurch also war dieser Haß motiviert?

Die Antwort auf diese Frage muß in der Ökonomie des Klassenkampfes gesucht werden - womit wir uns im nächsten Kapitel beschäftigen werden.

Kapitel 11

Lalkar, Januar/Februar 1992

Ökonomie des Klassenkampfes im Sozialismus

Woher der abgrundtiefe Haß auf Stalin?

Jetzt, da wir die historischen Fragen erörtert haben, müssen wir in diesem letzten Abschnitt eine Antwort auf die Frage geben: Warum wird nicht nur von der imperialistischen sowie nicht-imperialistischen Bourgeoisie und ihren üblichen Ideologen weltweit ein solcher Haß gegen Josef Stalin gehegt, sondern ebenso von 'sozialistischen' Ideologen der Bourgeoisie, namentlich von Sozialdemokraten, Trotzkisten und Revisionisten? Weshalb ruft schon die Erwähnung seines Namens bei diesen Leuten giftigsten Haß und unbändige Wut gegen Stalin hervor?

Eine richtige Antwort darauf liefert uns den Schlüssel für ein korrektes und klares Verständnis der langjährigen Entwicklung, die zum Zusammenbruch der überaus starken UdSSR und der Vernichtung der KPdSU(B) führte, die einst höchstes Ansehen genoß - zur Zerstörung der Partei Lenins und Stalins, welche durch deren ausgezeichnete Führung während und nach der Großen Oktoberrevolution die Welt erbeben ließ und das Zeitalter des Niedergangs des Imperialismus, des Sieges der proletarischen Revolution und der nationalen Befreiung einleitete. Mit den Ereignissen im August des Jahres 1991, die in bürgerlichen Kreisen derart viel Freude und Häme über den angeblich „endgültigen und unwiderruflichen Fall des Kommunismus, des Marxismus-Leninismus" aufkommen ließen, in der kommunistischen Bewegung überall Bestürzung und Pessimismus, ist dies umso dringlicher geworden. Ziel dieses Kapitels ist es, eine richtige Antwort auf die eingangs gestellte Frage und eine korrekte und einleuchtende Erklärung jenes Prozesses zu geben, der zur Konterrevolution im August 1991 führte. Dies geschieht in der Hoffnung, daß es sich dabei um einen, wenn auch noch so geringen, hilfreichen Beitrag für die weltweite kommunistische Bewegung handelt (wenn man dies, ohne anmaßend, wichtigtuerisch oder überheblich erscheinen zu wollen, so sagen kann), um bestimmte notwendige Lehren aus der

Geschichte des Sozialismus in der UdSSR zu ziehen und die eigene Zukunft auf der einzig gesunden und einzig sicheren Grundlage zu entwerfen, d.h. auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, der weiterhin - und sogar mehr denn je - Bedeutung erlangt.

Ein wichtiger Anhaltspunkt für die Antwort auf die obige Frage findet sich in dem folgenden Zitat von Marx:

„Auf dem Gebiete der politischen Ökonomie begegnet die freie wissenschaftliche Forschung nicht nur demselben Feinde wie auf allen anderen Gebieten. Die eigentümliche Natur des Stoffes, den sie behandelt, ruft wider sie die heftigsten, kleinlichsten und gehässigsten Leidenschaften der menschlichen Brust, die Furien des Privatinteresses, auf den Kampfplatz. Die englische Hochkirche z.B. verzeiht eher den Angriff auf 38 von ihren 39 Glaubensartikeln als auf 1/39 ihres Geldeinkommens. Heutzutage ist der Atheismus selbst eine culpa levis [kleine Sünde], verglichen mit der Kritik überlieferter Eigentumsverhältnisse.“ (Vorwort zur ersten Auflage des „Kapital“) [MEW, Bd. XXIII, S. 16]

Als Marx den Band damals herausgab, aus dessen Vorwort die obigen Bemerkungen stammen, waren die Bourgeoisie und ihre gelehrten Lakaien bestrebt, das Buch durch allgemeines Totschweigen in der Versenkung verschwinden zu lassen; als dies nicht gelang, versuchten sie sich in übelster Entstellung seines Inhalts und ergingen sich in gemeinsten persönlichen Beleidigungen und Beschimpfungen gegen Marx, all das zu dem einzigen Zweck, seine Gedanken in ein schlechtes Licht zu rücken, seine Ideen zu besudeln. Ausgerechnet Marx wurde beschuldigt, ein Diktator, ein Größenwahnsinniger und ein Plagiator [ein Dieb geistigen „Eigentums“ - d. Hrsg.] zu sein. Wenn bereits Marx solch niederträchtigen Attacken aufgrund keines größeren Verbrechens ausgesetzt war, als der wissenschaftlichen Analyse und Entlarvung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse sowie der Aufklärung über die Maßnahmen zur Überwindung dieser Eigentumsverhältnisse, sollte es schwerlich überraschen, daß jene, die diese kapitalistischen Eigentumsverhältnisse tatsächlich beseitigt hatten und sie durch sozialistische Eigentumsverhältnisse ersetzten, Ziele der „heftigsten, kleinlichsten und gehässigsten Leidenschaften der menschlichen Brust, [der] Furien des Privatinteresses“ wurden.

Im Sommer 1918, d.h. nur wenige Monate nach der Oktoberrevolution - und dies obwohl die Vereinigten Staaten noch mit Deutschland, nicht aber etwa mit Rußland im Krieg waren - bezeichnete die New York Times die Bolschewiki schon als „unsere schlimmsten Feinde“ und als „wilde Raubtiere“. Die sowjetischen Führer wurden in der amerikanischen Presse ausnahmslos als „bezahlte Agenten“ Deutschlands beschimpft. „Schlächter“, „Meuchelmörder und Verrückte“, „kranke Kriminelle“ und „menschlicher Abschaum“ - dies sind nur einige der üblichen Ausdrücke, mit denen die amerikanische Presse Lenin und seine Mitstreiter bedachte. Im US-Kongreß wurden sie als „abscheuliche Bestien“ bezeichnet. Diese Art Charakterisierung der Bolschewiki durch die Presse der USA war durchaus typisch für die Beschreibungen in der Presse anderer imperialistischer Länder.

Wenn das die Haßtiraden waren, mit denen die Ausbeuterklasse und die imperialistische Bourgeoisie bereits auf die politische Revolution reagierte, so können die bei ihnen hervorgerufenen tollwütigen Reaktionen auf die Errichtung und den weiteren Aufbau des Sozialismus erst recht nicht erstaunen. Nachdem die Neue Ökonomische Politik die unentbehrlichen Grundlagen für den zweiten Vorstoß zum Sozialismus geschaffen hatte, die NEP 1929 aufgehoben und mit dem ersten Fünfjahrplan sowie der landwirtschaftlichen Kollektivierung der Aufbau des Sozialismus ernsthaft in Angriff genommen worden war, sah die Bourgeoisie in und außerhalb der UdSSR ihre törichten Hoffnungen auf Wiederherstellung des Kapitalismus schwinden, verstärkte ihre konterrevolutionäre Sabotage hundertfach und veranlaßte eine wahre Flut vulgärster Massenpropaganda gegen den sozialistischen Aufbau und die Führungspersönlichkeiten, welche diese Aufbauarbeit leiteten. Da Stalin Parteiführer der Bolschewiki während dieser zweiten Vorstoßphase war und von den späten 20er Jahren bis zu seinem Tode 1953 wie kein anderer das Bestreben und die Entschlossenheit der bolschewistischen Partei verkörperte, den Aufbau des Sozialismus durch Überwindung aller inneren und äußeren Hindernisse (von der trotzkistisch-bucharinschen Opposition innerhalb der Partei bis zu den Kulaken, den Weißgardisten und der Bourgeoisie der mächtigsten imperialistischen Länder) voranzutreiben, sollte es ebenfalls kaum verwundern, daß er, Josef Stalin, mehr als jeder andere zur Zielscheibe der „heftigsten, kleinlichsten und gehässigsten Leidenschaften der menschlichen Brust, ... Furien des Privatinteresses“ wurde.

Eben diese kleinlichen und gehässigen Leidenschaften kamen hier zum Ausdruck, und zwar umso heftiger, je erfolgreicher dieser zweite Vorstoß des Sozialismus in allen Bereichen wurde - auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet. Genau während dieser Zeit vollbrachte die UdSSR hervorragende Meisterleistungen beim sozialistischen Aufbau, indem sie sich von einem technologisch rückständigen Land in eine moderne Gesellschaft mit fortgeschrittener Technologie und Kultur verwandelte, ihr Volk von den Plagen des Hungers, der Entbehrungen, der Unterdrückung, der Arbeitslosigkeit und des Analphabetentums befreite; auf der Grundlage ihrer mächtigen sozialistischen Industrie, verbunden mit einem unvergleichlichen Heldenmut ihres Volkes und der wahrhaftig Begeisterung erweckenden Führung der KPdSU, einschließlich ihres Generalsekretärs Josef Stalin, leistete die UdSSR den größten Beitrag zur Niederschlagung des Hitlerfaschismus und ermöglichte die Entstehung von Volksdemokratien in Osteuropa. Selbst ein Renegat wie Gorbatschow war gezwungen, diesen Errungenschaften in seinem Buch *Perestrojka* Rechnung zu tragen, wie wir in einem früheren Artikel ausführten. Angesichts dieser Erfolge war nur zu erwarten, daß die Feinde des Sozialismus - von den Imperialisten bis hin zu den von ihnen angeheuerten Elementen innerhalb der Arbeiterbewegung (Revisionisten, Sozialdemokraten und Trotzkisten) - gegen die sowjetischen Erbauer des Sozialismus und besonders gegen Josef Stalin in jeder nur erdenklichen Weise losgeifern würden.

Wir hielten bereits fest und tun dies auch weiterhin, daß all die gegen Stalin gerichteten Schmähungen und Beschimpfungen weniger der Person Stalins galten, diesem großen und unermüdlichen Verfechter des Marxismus-Leninismus, als vielmehr den Grundfesten des Marxismus-Leninismus selbst.

Der XX. Parteitag und der triumphierende Chruschtschow-Revisionismus

Wir befassen uns in diesem Artikel nicht mit der imperialistischen Bourgeoisie. Das Ziel dieses Artikels besteht in der Erläuterung, wie der Revisionismus seit den Zeiten seines Triumphes (mit dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956) den Kapitalismus in der UdSSR letztlich wiederherstellen konnte, auf welche politischen und ökonomischen Methoden und Mittel der Revisionismus bis zu diesem Ausgang zurückgriff und warum

er es unter dem Vorwand der Verteidigung des Leninismus für angebracht hielt, Stalin zu attackieren und zu diffamieren, ausgerechnet ihn wegen seiner angeblichen Abweichungen vom Leninismus zu kritisieren.

Zu unserem größten Bedauern wurde unsere Aufgabe durch die Konterrevolution im August 1991 vereinfacht. Diese Konterrevolution war das Endprodukt der gesamten ökonomischen und politischen Veränderungen, die von den Chruschtschow-Revisionisten in Gang gesetzt und seitdem in einem immer höheren Tempo durchgeführt wurden. Anfangs waren die Revisionisten noch nicht stark genug, um Leninismus oder Sozialismus offen angreifen zu können - das sozialistische System war für einen solchen Angriff zu sehr gefestigt. Sie konnten ihr schmutziges Werk nur dadurch verrichten, indem sie die Lehren des Marxismus-Leninismus verzerrten, entstellten und Wirtschaftsmaßnahmen bürgerlichen Inhalts einführten, wobei sie ständig darauf achteten zu betonen, dies geschehe im Namen Lenins sowie in der Absicht, Stalins „Personenkult“, seine „Fehler“ und seine „Abweichungen vom Leninismus“ bekämpfen zu wollen. Erst mit der Machtübernahme Gorbatschows fühlten sich die konterrevolutionären Kapitalismusrestauratoren tatsächlich stark genug, die fundamentalen Lehren des Marxismus-Leninismus ganz offen in Frage zu stellen. Seit der Augustkonterrevolution wurde dem stürmischen Haß der neuen Bourgeoisie auf den Sozialismus schließlich freier Lauf gelassen - sogar bis hin zur Zerschlagung der Symbole und Monumente der Oktoberrevolution. Nicht nur die Statuen großartiger Revolutionäre wie Jakow Swerdlow und Felix Dsershinski (Stalin wurde selbst vor langer Zeit durch jene beiden Verteidiger des Leninismus mit einem Denkmal geehrt), sondern sogar die Denkmäler des großen Lenin wurden umgeworfen wie Kegel. Der Name der Stadt Leningrad, Stolz und Freude des internationalen Proletariats, wurde in denjenigen aus vorrevolutionären Zeiten umgewandelt - wie einst auch der Name der Stadt Stalingrad, stolzes Symbol antifaschistischer Gegenwehr [und eines entscheidenden Sieges über den Faschismus in Europa - d. Hrsg.], von den Chruschtschowianern in „Wolgograd“ abgeändert wurde. Offensichtlich lasteten die Namen und Symbole der sozialistischen Zeit und der Revolution so sehr auf der neuen Bourgeoisie und störten ihren Schlaf (wie Banquos Geist den Schlaf der Lady Macbeth), daß sie sogar jede Erinnerung an diese glanzvolle Periode in der Geschichte des internationalen Proletariats auslöschen mußte.

Wir beschränken uns hier keineswegs darauf, Chruschtschow und Gorbatschow mit Beschimpfungen zu überhäufen und sie als Halunken und Renegaten zu bezeichnen; weitaus wichtiger ist die Widerlegung ihrer Theorien. „Echte Widerlegung“, sagt Hegel, „muß die Festung des Gegners ergründen und seine Machtsphäre durchdringen.“ [Zit. übersetzt - d. Hrsg.] Genau das ist es, was wir zu tun beabsichtigen - gleichgültig, wie aufwendig und mühsam sich der Ablauf im einzelnen gestalten mag.

In einem im April 1956 veröffentlichten Artikel konstatierte die Kommunistische Partei Chinas die großen Verdienste Stalins in bezug auf die Entwicklung der Sowjetunion und die Entfaltung der internationalen kommunistischen Bewegung:

„Nach Lenins Tod wurde der Marxismus-Leninismus von Stalin als Leiter der Partei und des Staates verteidigt und schöpferisch angewandt. Stalin drückte den Willen und die Bestrebungen des Volkes aus und erwies sich als hervorragender marxistisch-leninistischer Kämpfer in der Verteidigung des leninistischen Erbes gegen seine Feinde - die Trotzkisten, Sinowjew-Anhänger und andere bürgerliche Agenten. Stalin gewann die Unterstützung des sowjetischen Volkes und der Partei und spielte vor allem deswegen eine wichtige Rolle in der Geschichte, weil er zusammen mit anderen Führern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion die Leninsche Linie der Industrialisierung der Sowjetunion und der Kollektivierung der Landwirtschaft vertrat. Indem sie diese Linie verfolgte, errang die Kommunistische Partei der Sowjetunion den Triumph des Sozialismus in der Sowjetunion und schuf die Bedingungen für den Sieg der Sowjetunion im Krieg gegen Hitler; diese Siege des sowjetischen Volkes entsprachen den Interessen der Arbeiterklasse der Welt und der gesamten progressiven Menschheit. Es war daher nur natürlich, daß der Name Stalins in der ganzen Welt gerühmt wurde.“ (On the Historical Experience of the Dictatorship of the Proletariat [Zur historischen Erfahrung der Diktatur des Proletariats], S. 7)

Wer den Kapitalismus in der UdSSR wiederherstellen wollte, kam daher nicht umhin, den Mann anzugreifen und zu verleumden, dessen Name unauslöschlich mit den Siegen und Höhen des Sozialismus verbunden ist - eben Josef Stalin. Gerade dieses Ziel verfolgte Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU (1956), als er in seinem Geheimbericht böswillig Stalin attackierte und ihn beschimpfte, ihm „Verfolgungswahn“ unterstellte, ihn

bezichtigte, „brutale Willkür“ ausgeübt und zu „Massenverfolgung und Terror“ gegriffen zu haben. Er beschuldigte ihn außerdem einer solchen Ignoranz, daß er „das Land und die Landwirtschaft nur von Filmen“ und von „Planspielen auf dem Globus“ her gekannt habe; schließlich behauptete er, daß Stalins Führung zu „einem ernsten Hindernis auf dem Weg der sowjetischen Gesellschaftsentwicklung wurde“. Nun, wir kennen jetzt den „Weg der sowjetischen Gesellschaftsentwicklung“, bei dem Stalins Führung zu einem wirklich gewaltigen Hindernis wurde, d.h. den Weg zur Restauration des Kapitalismus. Natürlich trat Chruschtschow auch nicht einen Beweis für seine Behauptungen an; er bündelte lediglich seinen Strauß an Verleumdungen in für Erzreaktionäre und kapitalistische Marktschreier typischer Sensationsmanier. Aber jener „geheime“ Bericht, der den imperialistischen Nachrichtendiensten auf vorsichtige Weise zugespielt wurde, erfüllte dennoch seinen trickreichen Zweck. Noch einmal Formulierungen der KP Chinas:

„Durch die vollständige Negierung Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU negierte Chruschtschow in Wirklichkeit die Diktatur des Proletariats und die fundamentalen Lehren des Marxismus-Leninismus, die Stalin verteidigte und entwickelte. Es war auf jenem Kongreß, als Chruschtschow in seinem Bericht damit begann, eine Reihe grundlegender Punkte des Marxismus-Leninismus zu verwerfen.“ (The Origin and Development of the Differences between the Leadership of the CPSU and Ourselves [Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns], 6. September 1963)

Chruschtschows Angriff auf Stalin diente dem doppelten Zweck, die sozialistischen Errungenschaften für nichtig zu erklären und zugleich die Aufmerksamkeit von der revisionistischen Entstellung einer ganzen Reihe von Hauptpunkten der marxistisch-leninistischen Lehre abzulenken. Denn es war auf jenem Kongreß, als Chruschtschow dazu überging, den Leninismus in außerordentlich wichtigen Fragen zu revidieren, z. B. in bezug auf den Weg zum Sozialismus oder die Haltung gegenüber dem Imperialismus. Weitab von der Realität stellte er seinen „friedlichen Übergang“ und den „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“ dem Weg der Oktoberrevolution entgegen und behauptete, daß angesichts der „grundlegenden Veränderungen“, die in der Welt stattgefunden hätten, die Oktoberrevolution nicht mehr von allgemeiner Bedeutung sei. Mittels einer vollständigen

Revision der Leninschen Lehren vom Imperialismus und über den Krieg stellte Chruschtschow die US-Regierung und deren Führer geradezu als Widerstandskämpfer gegen den Krieg dar - und nicht als Repräsentanten imperialistischer Kriegstreiber.

Chruschtschows Ausbruch gegen Stalin und damit gegen den Sozialismus erfreute Imperialismus und Konterrevolutionäre ungemein. T. C. Streibert, Direktor des US-Informationsbüros, erklärte in einem Rundfunkgespräch am 11. Juni 1956, daß Chruschtschows Vorgehen gegen Stalin „sich wie nie zuvor mit unseren Zielen deckt“. In ihrer Ausgabe vom 23. Juni 1956 sprach die New York Times offen davon, Chruschtschows Geheimbericht als „eine Waffe“ zu benutzen, „mit der das Ansehen und der Einfluß der kommunistischen Bewegung zu zerstören ist.“ (‚Die kommunistische Krise’). Und der damalige US-Außenminister John Foster Dulles nahm die Gelegenheit wahr, sich für einen „friedlichen Wandel“ in der Sowjetunion auszusprechen. Tito, der den Weg der kapitalistischen Restauration schon 1948 einschlug, weswegen das titoistische Jugoslawien aus dem Kominform - dem Nachfolger der Komintern - ausgeschlossen wurde, jubelte über die Entwicklungen in der UdSSR; unter der flatternden reaktionären Fahne des „Anti-Stalinismus“ erklärte Tito, daß der XX. Parteitag „ausreichend Faktoren für den neuen Kurs geschaffen“ hätte, den Jugoslawien begonnen habe und daß „nun die Frage steht, ob dieser Kurs oder der Kurs des Stalinismus obsiegen wird.“ (J.B. Tito, Rede in Pula, 17. November 1956)

Freudig und aufgeregt begrüßte der trotzkistische und revisionistische Abschaum der ganzen Welt diesen „neuen Kurs“.

Die Konsolidierung des Chruschtschow-Revisionismus

Die Periode zwischen dem XX. und dem XXII. Parteitag der KPdSU kennzeichnete das Entstehen, die Formierung, das Wachstum und die Systematisierung des Chruschtschow-Revisionismus in einer Reihe sehr wichtiger Fragen. Die Lehren des Marxismus-Leninismus wurden geradezu auf den Kopf gestellt und einer vollständigen Revision unterzogen. Auf dem XXII. Parteitag wurde ein neues KPdSU-Programm angenommen, welches verkündete: Die Diktatur des Proletariats sei „in der UdSSR entbehrlich geworden“ - und weiter: „Der Staat, der als Staat der Diktatur des Proletariats entstand, ist auf der neuen, modernen Stufe ein Staat des ganzen Volkes

geworden.“ Dementsprechend wurde die Partei des Proletariats durch eine „Partei des ganzen Volkes“ ersetzt.

Das auf diesem Kongreß verabschiedete Programm der KPdSU erklärte: „Im Ergebnis des Sieges des Sozialismus in der UdSSR und der Festigung der Einheit der sowjetischen Gesellschaft ist die kommunistische Partei der Arbeiterklasse die Avantgarde des sowjetischen Volkes geworden, eine Partei des ganzen Volkes“ und so weiter und so fort. Da diese Entstellungen und die Revidierungen des Leninismus einer sogar sehr ausgiebigen Kritik durch die internationale antirevisionistische Bewegung unterzogen wurde, bei der die KP Chinas die prominenteste Rolle übernahm, wird hier nicht näher darauf eingegangen. Statt dessen werden wir uns auf die ökonomische Seite des Revisionismus konzentrieren, auf die vorgebrachten Wirtschaftstheorien, die praktisch unternommenen Schritte und die eingeleiteten „Reformen“, die auf dem Weg und zum Zwecke der Wiedereinführung des Kapitalismus in der UdSSR und in Osteuropa gemacht wurden.

Hintergrund: Imperialistischer Druck auf dem Kampfplatz der ökonomischen Theorie oder der Markt und die Wirtschaftseffektivität

Der Revisionismus entstand nicht plötzlich im Jahre 1953 und nicht auf einmal, so wie Minerva dem Haupte Jupiters entstieg. Um die Entstehung des Revisionismus und seinen Erfolg bei der Umleitung der UdSSR auf den kapitalistischen Weg zu begreifen, ist eine Kenntnis der vor Stalins Tod existierenden Situation notwendig. Es ist faktisch unmöglich, die nach Stalins Tod entstandenen Entwicklungen in der internationalen kommunistischen Bewegung überhaupt und auf dem Gebiet der politischen Ökonomie im besonderen zu verstehen, ohne die Entwicklungen in der bürgerlichen Wirtschaftstheorie seit Mitte des XIX. Jahrhunderts - insbesondere diejenigen seit Ende des Ersten Weltkrieges zu begreifen. Darüber hinaus müssen! die Problemanalysen bürgerlicher Theoretiker hinsichtlich des Sozialismus gründlich erfaßt werden, welche sich im weiteren unter pausenlosem Druck seitens des Weltimperialismus an allen Fronten entfalten sollten. Die Formen imperialistischen Drucks reichten von bewaffneten Invasionen über Handels- und Wirtschaftsblockaden, politischen Attentaten, Zerstörung und Sabotage

bis zur abstoßendsten, vulgärsten und Hysterie hervorrufenden Massenbeeinflussung in Verbindung mit intellektueller Propaganda und theoretisierenden Analysen subtilster Art. Vorläufig möchten wir uns in unseren Ausführungen auf den Druck des Imperialismus in der Arens der ökonomischen Theorie beschränken.

Im imperialistischen Kampf gegen den Sozialismus auf dem Feld der ökonomischen Theorie spielte vor allem ein Argument eine wachsende Hauptrolle, nämlich daß eine leistungsfähige Ökonomie ohne Markt nicht möglich sei. Und weiter – so die Argumentation - müsse der Sozialismus mit seinem Ziel der Abschaffung des Marktes in immer größerer Ineffizienz und Bürokratie enden, die wiederum Bedingungen für eine unheilbare Krise schafften, in welcher der Markt sich erneut durchsetzen würde. Dies ist nur ein anderer Weg zu behaupten, daß das kapitalistische Produktionssystem keine historisch bedingte, vorübergehende Phase der Entwicklung menschlicher Gesellschaft ist, sondern die Endstufe der Gesellschaftsentwicklung. Die Entstehung des Revisionismus und seine weitere Entwicklung wird durch diese Behauptung erklärt - und der Revisionismus selbst maß diesem Argument größte Bedeutung bei.

Ausgelöst durch die Oktoberrevolution und in direkter Reaktion auf sie erschienen 1920 zwei Bücher mit einer umfassenden ökonomischen Stellungnahme gegen den Sozialismus - eines in Deutschland, das andere in Rußland. In seiner Schrift „Ökonomische Rechnungsführung im sozialistischen Gemeinwesen“ behauptete Ludwig von Mises aufgrund der Nichtexistenz des Marktes: „Der menschliche Geist findet sich in der verwirrenden Masse der Zwischenerzeugnisse und Produktionspotentiale nicht zurecht ... Er würde perplex vor dem Management und der Einordnung stehen ... Sobald man die Konzeption des frei gebildeten Geldpreises von Gütern höherer Ordnung [Investitionsgütern] aufgibt, wird rationale Produktion unmöglich. Jeder Schritt, der uns vom privaten Besitz der Produktionsmittel und vom Gebrauch des Geldes entfernt, entfernt uns von vernünftiger Volkswirtschaft ...

Wo es keinen freien Markt gibt, gibt es keinen Preismechanismus; ohne einen Preismechanismus gibt es keine Wirtschaftskalkulation.“

Boris Brutzkus' „Marxismus und die Probleme der sozialistischen Volkswirtschaft“ wurde in Rußland geschrieben. In seinem Werk behandelt er die Frage der Anreize für Organisatoren der Produktion, ebenso die Preisbestimmung im Markt. Er kam zu der Schlußfolgerung, daß die ökonomische Position des Sozialismus an zwei Hauptschwächen leide; erstens sei der Sozialismus mangels marktgeregelter Preise unfähig, effiziente ökonomische Berechnungen anzustellen, und zweitens sei er nicht in der Lage, den Organisatoren der Produktion einen dem Profitmotiv gleich wirkungsvollen Anreiz zu verschaffen.

In ihren leider erfolgreichen Anstrengungen, die sozialistische Produktion zu unterminieren und zu zerstören, machten die modernen Revisionisten in der Folge des XX. Parteitags regen Gebrauch von diesen Argumenten des bürgerlichen Ökonomen Brutzkus aus dem Jahre 1920. Es folgen ein paar Auszüge aus seinem Werk:

„ ... belohnt der Kapitalismus niemanden so großzügig ... wie den geschickten Unternehmer, der es versteht, die Produktionselemente erfolgreich miteinander zu verbinden; und dies obwohl das von ihm befriedigte Bedürfnis von höchst prosaischer Art sein mag. Auf diese Weise ist die Bestimmung des Unternehmers in der kapitalistischen Gesellschaft diejenige beständiger Anstrengungen, die er allen an der Produktion Beteiligten zu vermitteln sucht. Bei einigen wird er bestrebt sein, sie direkt für die von ihm produzierten Güter zu interessieren, andere wird er durch höhere Löhne anspornen; wieder andere wird er durch die Drohung mit Entlassung im Zaume halten. So wird das ökonomische Prinzip in der kapitalistischen Gesellschaft, die sich nun einmal in Klassen und verschiedene Gruppen von Eigentümern teilt, verwirklicht.“ (S. 10-11)

Im sozialistischen Gesellschaftssystem „gibt es im Gegensatz zum kapitalistischen keine große Gruppe von Unternehmern, deren ökonomische Stellung sie dafür interessierte, eine erfolgreiche Produktion zustande zu bringen. Im Gegenteil, die Leiter der sozialistischen Betriebe erhalten keinen materiellen Profit, falls die Anstrengungen der Leitung erfolgreich waren, ebensowenig wie sie darunter zu leiden hätten, wenn die Ergebnisse solcher Anstrengungen unvorteilhaft gewesen wären.“ (S. 11)

Versagen westlicher „marxistischer“ Theoretiker bei der Widerlegung bürgerlicher Wirtschaftstheorien

Die Ideen und die Arbeiten der Herren von Mises und Brutzkus wurden in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts von verschiedenen bürgerlichen Ökonomen weiterentwickelt - so von E A. von Hayek, G. Holm, A. P. Lerner, H. D. Dickinson und anderen. „Marxistische“ Intellektuelle und Wirtschaftstheoretiker im Westen taten herzlich wenig, um diese bürgerlichen Attacken auf den Sozialismus zu widerlegen. Oskar Lange, einer der beiden bekanntesten „marxistischen“ Politökonomen (der andere war Maurice Dobb aus Großbritannien), machte es sich stattdessen zur Aufgabe, „Sozialismus“ auf der Grundlage bürgerlicher Nationalökonomie zu konstruieren. Oskar Lange wurde später stellvertretender Vorsitzender des polnischen Staatsrats und Mitglied des Zentralkomitees der Polnischen Arbeiterpartei. In seinem Werk „Marxistische Ökonomie und moderne Wirtschaftstheorie“, erschienen 1935, wandte er sich vehement gegen die Tatsachenfeststellung eines japanischen Ökonomen, daß sich die marxistische Ökonomie den bürgerlichen Wirtschaftstheorien als eindeutig überlegen herausgestellt habe. Das Ganze liest sich bei Lange so:

„Diese Überlegenheit der marxistischen Ökonomie erscheint wirklich sonderbar in Anbetracht der Tatsache, daß sie mit längst veralteten Konzepten arbeitet und die gesamte Entwicklung ökonomischer Theorie seit der Zeit Ricardos ignoriert ... .“ [Zitate übersetzt - d. Hrsg.]

Professor Lange ‘vergißt’ hinzuzufügen, daß die Bourgeoisie in ihrer Blütezeit - als der Gegner noch der Feudalismus war - brillante Theoretiker und politische Ökonomen hervorbrachte, welche die wissenschaftlichen Grundlagen für die politische Ökonomie schufen. Bürgerliche Ökonomen wie William Petty, Adam Smith und David Ricardo entwickelten die Arbeitswerttheorie, nach welcher der Wert der Ware durch das Quantum der in ihr enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeit bestimmt wird - eine Theorie, die eine Entwicklungsstufe zur Mehrwerttheorie von Marx bildete. Letztere revolutionierte die ökonomische Wissenschaft und erklärte zuerst das Geheimnis der kapitalistischen Ausbeutung. Ricardo, der 1827 starb, war der letzte bürgerlich-politische Wissenschaftler, der irgendeinen wissenschaftlichen Beitrag zur Entwicklung der politischen Ökonomie leisten

sollte. Bis zu jener Zeit, als das bürgerliche System noch fortschrittlich im Vergleich zum Feudalismus war, konnten bürgerliche Ökonomen zur Entwicklung eines wissenschaftlichen Verständnisses der die menschliche Gesellschaft beherrschenden Gesetze beitragen.

Doch der Sieg über den Feudalismus und die Entwicklung des Kapitalismus brachte eine Verschärfung des Klassenkampfes zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat mit sich - und das kapitalistische Produktionssystem selbst wurde zu einem Hindernis bei der Entfaltung gesellschaftlicher Produktivkräfte. Die Wissenschaft der politischen Ökonomie konnte sich seit dieser Zeit nicht mehr auf Basis der Klasseninteressen der Bourgeoisie entwickeln. Jede wissenschaftliche Erläuterung des Produktionsprozesses unter dem Kapitalismus, in welchem die Kapitalistenklasse die Arbeiterklasse ausbeutet, konnte nur die Weiterentwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse vorantreiben, und dies zu einer Zeit, als die Arbeiterklasse sich zu organisieren begann, um sich den täglichen Übergriffen des Kapitals entgegenzustellen. Seitdem gab es statt wissenschaftlicher Forschung, Erklärung und Erläuterung seitens bürgerlicher Theoretiker nur noch zunehmende Verwirrung auf dem Gebiet der politischen Ökonomie, die schon keine Wissenschaft mehr war, sondern sich schlicht in eine der Abteilungen bürgerlicher Moral verwandelte. Bürgerliche politische Ökonomen waren nicht länger Forscher der Wissenschaft, ihr Geschäft wurde die von der Bourgeoisie „bezahlte Klopffechterei“.

So beschrieb Marx diese Entwicklung in der bürgerlichen politischen Ökonomie: „Es handelte sich jetzt nicht mehr darum, ob dies oder jenes Theorem wahr sei, sondern ob es dem Kapital nützlich oder schädlich, bequem oder unbequem, ob polizeiwidrig oder nicht. An die Stelle uneigennütziger Forschung trat bezahlte Klopffechterei, an die Stelle unbefangner wissenschaftlicher Untersuchung das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik.“ (Nachwort zur zweiten Auflage des „Kapital“, MEW, Bd. XXIII, S. 21)

Diese bezahlten Preisboxer [die bürgerlichen Ökonomen „seit der Zeit Ricardos“ - d. Hrsg.] attackierten nicht nur die Arbeitswerttheorie, sie beschworen unzählige metaphysische Theorien über den Wert herauf. Soweit sie sich mit der Realität befaßten, konzentrierten sie sich ausschließlich auf Preisschwankungen im Markt. Im Verlauf der Zeit teilten sich bürgerliche

Wirtschaftswissenschaftler in das Lager der Fachökonomen, die seichte Untersuchungen über Marktfluktuationen anstellten, andererseits in das der politischen Ökonomen, die sich ganz und gar den bürgerlichen Moralpredigten verschrieben.

Aber kommen wir auf Lange zurück:

„Diese Überlegenheit der Marxschen Ökonomie besteht nur teilweise. Es gibt einige Probleme, vor denen die Marxsche Ökonomie völlig machtlos steht, während 'bürgerliche' Ökonomie sie leicht löst. Was kann die Marxsche Ökonomie über Monopolpreise sagen? Was hat sie zu den fundamentalen Fragen der Geld- und Kredittheorie zu sagen ...

Daß Marxsche Ökonomie scheitert, ist der Arbeitswerttheorie geschuldet.

... 'bürgerliche' Ökonomie ist fähig, die Phänomene des alltäglichen Lebens kapitalistischer Wirtschaft auf eine Weise zu erfassen, die allem überlegen ist, was Marxisten hervorbringen können.

Marxsche Ökonomie würde eine erbärmliche Grundlage für den Betrieb einer Zentralbank sein, oder zur Vorhersage der Auswirkungen einer Veränderung in der Zinsrate."

Wie man den obigen Bemerkungen Langes klar entnehmen kann, dachte er unter anderem, die Aufgabe marxistischer Ökonomen bestehe darin, zum Funktionieren der Bourgeois-Wirtschaft beizutragen; er war offenkundig auch der Meinung, daß die bürgerliche Ökonomie die Grundlagen für die konkrete Entwicklung einer sozialistischen Ökonomie bieten könne, zumal sie ja der marxistischen Ökonomie überlegen sei. Der bürgerlichen Ökonomie verleiht Lange eine „universelle Bedeutung", während er der marxistischen Ökonomie nur eine gewisse prophetische Rolle innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zugesteht. Folgendes sagt er:

„... um die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsadministration mit einer wissenschaftlichen Grundlage auszurüsten, entwickelte die 'bürgerliche' Ökonomie eine Theorie des Gleichgewichts, die ebenso als Grundlage für die korrekte Verwaltung einer sozialistischen Wirtschaft dienen kann. Es ist offensichtlich, daß die Marshallsche Ökonomie der gegenwärtigen Administration des sowjetrussischen Wirtschaftssystems mehr bieten kann, als es die Marxsche Ökonomie tut, obgleich die letztere gewiß die effektivere

Basis für die Zukunftsvorhersage in bezug auf den Kapitalismus ist. Insofern hat die moderne Wirtschaftstheorie trotz ihres zweifellos ‘bürgerlichen’ Ursprungs universelle Bedeutung.“

Während er noch Vorlesungen an der Universität von Chicago hielt, veröffentlichte Lange Die Wirkungsprinzipien der sowjetischen Ökonomie. In dieser Arbeit charakterisierte er die sowjetische Wirtschaft als „eine autoritäre Ökonomie“, denn für die Erreichung ihrer Ziele habe das sowjetische Volk nicht seine Zustimmung gegeben. Die Opfer des sowjetischen Volkes, so behauptete er, seien „durch bürokratische Ineffizienz verschwendet“ worden und durch das „Anwachsen derart starker Eigeninteressen unter den diktatorischen und autoritären Methoden der Regierung, daß die Verwirklichung der öffentlich bekundeten demokratisch-sozialistischen Ideale ein Ding der Unmöglichkeit geworden ist.“ (S. 26)

Lange behauptete weiter, daß sowjetischer Kommunismus und US-Imperialismus ein gemeinsames Ziel hätten:

„Das gemeinsame Ziel ist das Ideal einer freien, demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft. Ob und in welchem Maße dieses Ideal durch private oder öffentliche Unternehmen und Eigentumsverhältnisse verwirklicht wird, oder durch eine Kombination beider, ist eine Frage der Durchführung, eine Frage der effektivsten Maßnahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es ist keine Frage ultimativer Werte. Lange Zeit waren wir von den Problemen der Maßnahmen und der technischen Durchführung so eingenommen, daß wir nicht bedachten, daß die ultimativen Werte des liberalen Kapitalismus und des demokratischen Sozialismus dieselben sind. Die Erkenntnis dieser Wertegemeinschaft wurde uns auf schmerzlichem Wege zurückgebracht, durch die Erfolge des Faschismus.“ (S. 30)

In seiner Schlußfolgerung konstatierte Lange, daß in den USA keine Notwendigkeit für den Sozialismus bestanden habe, weil Kapitalismus dort das habe leisten können, was anderswo nur durch Sozialismus hätte erreicht werden können:

„In diesem Land finden wir unseren eigenen Weg zur Vervollkommnung unserer demokratischen Ideale, einen Weg, der eher durch das Vermächtnis von Jefferson, Jackson, Lincoln, von Grenzindividualismus und Populismus inspiriert sein wird, als vom Sozialismus europäischer Prägungen ...“

Während nach ihm der US-Imperialismus einige unwesentliche Differenzen zum sowjetischen Kommunismus aufweise: „ ... können und müssen wir über diese Differenzen eine elementare Gemeinschaft der Grundwerte erhalten.“

Das ganze Gorbatschowsche Gewäsch über universelle menschliche Werte und die Veränderung der Widersprüche ist hier in den Schriften Langes bereits vollständig enthalten.

In der Folge der Chruschtschowschen Angriffe gegen Stalin auf dem XX. Parteitag veröffentlichte Lange 1958 seine Politische Ökonomie des Sozialismus, in welcher er die “Grundgesetze“ des Sozialismus beschrieb, die sich als auf „jedes gesellschaftlich-ökonomische System“ anwendbar erweisen würden. Lange schafft es nicht nur, eine ganze Menge „Gesetze der politischen Ökonomie“ zu entdecken, die der Marxschen Aufmerksamkeit entgangen sei; darüber hinaus bringt er es fertig, die politische Ökonomie auf einen einzigen Nonsens zu reduzieren, indem er einer banalen Tautologie [Doppelaussage - d. Hrsg.] den Titel eines fundamentalen und universellen Gesetzes der politischen Ökonomie verleiht, nach welchem „man nicht akkumulieren kann, wenn man das ganze Produkt konsumiert“.

„Wer die politische Ökonomie Feuerlands“, sagt Engels, „unter dieselben Gesetze bringen wollte mit der des heutigen Englands, würde damit augenscheinlich nichts zutage fördern als den allerbanalsten Gemeinplatz.“ (BML, „Anti-Dühring“, S. 136)

Die Schriften Langes, wie tatsächlich auch diejenigen vieler anderer revisionistischer Theoretiker, bestätigen nur die Richtigkeit der obigen Aussage von Engels. Langes „universelle Gesetze“, die in gleicher Weise auf primitive, industriekapitalistische und sozialistische Ökonomien anwendbar sein sollen, verkörpern wirklich nur den „allerbanalsten Gemeinplatz“.

Es gab eine Fülle von Intellektuellen wie Lange, die herausragende Funktionen in den Volksdemokratien Osteuropas nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs innehatten. Bei diesen Intellektuellen handelte es sich im Grunde um bürgerlich-liberale Elemente, die im Kampf gegen den Faschismus eine progressive Rolle gespielt hatten. Nur der Verlauf des Klassenkampfes konnte erweisen, ob diese Intellektuellen den Interessen des Proletariats oder der Bourgeoisie dienen würden. Der Mangel an erfahrenen und erprobten proletarisch-revolutionären marxistischen Theoretikern und der gleichzeitige

Sieg des Chruschtschow-Revisionismus in der UdSSR selbst, der die Schleusen für die Invasion zahlloser Mikroben bürgerlicher Ideologie öffnete und die bald alle sozialistischen Länder überschwemmten, stärkten die Position der bürgerlich-liberalen Intellektuellen vom Schlage Langes auf Kosten der wenigen marxistischen Theoretiker der Arbeiterklasse in Osteuropa.

In der UdSSR selbst waren revisionistische Ideen durchaus vorhanden, wenngleich es eine Menge marxistischer Theoretiker der Arbeiterklasse gab, die sich durch schwere Prüfungen und über Widrigkeiten hinweg als durchaus würdig erwiesen. Allerdings waren - wie von Shdanow und Stalin 1947-1949 aufgezeigt wurde - viele wichtige Leute in Machtpositionen ausgesprochene Bourgeois. Sie warteten auf den rechten Augenblick und verbreiteten ihre bürgerlichen Vorstellungen ständig, wo sie nur irgend konnten und ungestraft davonkamen.

Stalins Verteidigung des Marxismus auf dem Gebiet der politischen Ökonomie

Wie auf jedem anderen Gebiet verteidigte Stalin auch auf dem Gebiet der politischen Ökonomie entschieden die orthodoxe Position des Marxismus. Es ist allgemein bekannt, daß er den Kampf gegen die falschen Vorstellungen der trotzkistischen, Sinowjewschen und Bucharinschen Oppositionsgruppen führte, welche diese hinsichtlich des Aufbaus der sozialistischen Industrie und der Kollektivierung der Landwirtschaft verbreiteten. Den opportunistischen Abweichungen vom Marxismus-Leninismus wurde eine derart gründliche Abfuhr erteilt, daß die kläglichen Überbleibsel der „linken“ und rechten Abweichler es niemals wagten, die Positionen der Partei der Bolschewiki offen anzufechten. Stattdessen gingen sie zu weit subtileren Methoden über, insbesondere auf dem Feld der politischen Ökonomie. Aufgrund des angerichteten Schadens und der Verwirrung, die getarnt bürgerliche Elemente in der UdSSR durch die Verbreitung irreführender und höchst verderblicher Ideen stifteten, angesichts der Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien durch die Titoisten (unter der Fahne des Anti-Stalinismus und im Namen eines „schöpferischen“ Marxismus-Leninismus) sowie in Anbetracht der Vorherrschaft bourgeoiser Ideen auf dem Gebiet der politischen Ökonomie in

Westeuropa und Nordamerika, schrieb Stalin sein letztes Hauptwerk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“.

Diese Arbeit stellt eine echte Verteidigung der Marxschen politischen Ökonomie dar und muß von jedem klassenbewußten Arbeiter gelesen und verstanden werden; es ist praktisch unmöglich, den Zusammenbruch der UdSSR zu begreifen, ohne dieses Werk gelesen und verstanden zu haben. Stalin widerlegt dort ausführlich die irrigen Ansichten russischer politischer Ökonomen und selbstredend die Anschauungen ‘liberaler’ Marxisten wie Lange oder titoistische Marktschreier des Kapitalismus. Die von Stalin in „Ökonomische Probleme ...“ kritisierten Autoren, namentlich Jaroschenko, Notkin, Sanina und Wensher, waren keineswegs die einzigen, die diese irrigen Auffassungen vertraten. Abgesehen von den Ansichten nicht-sowjetischer politischer Ökonomen wie Lange, finden sich solche auch in damaligen sowjetischen Schriften, z.B. „Abriß der politischen Ökonomie“ von I. Lapidus und K. Ostrowitynow (englische Ausgabe, 1929) sowie „Kriegswirtschaft der UdSSR“ (1948) von Wosnessenski, der bis zu seinem Ausschluß das wichtige Amt des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission bekleidete. Es existiert auch nach Stalins Tod keine einzige von revisionistischer Seite aufgebrachte Idee auf dem Gebiet der politischen Ökonomie, die von Stalin zu seinen Lebzeiten nicht bereits einer erbarmungslosen marxistischen Kritik unterzogen und als falsch nachgewiesen worden wäre. Allein damit schon hätte er sich den ganzen Haß und die Feindschaft der Bourgeoisie, der Revisionisten und der trotzkistischen Bruderschaft einhandeln müssen.

In diesem kurzen, allerdings genialen Werk, äußert sich Stalin in seinem typisch klaren und deutlichen Stil zu einer Reihe wichtiger Fragen der politischen Ökonomie, die für uns schon deswegen von großem Interesse sind, weil sie zum Verständnis der Entwicklungen im Bereich der politischen Ökonomie nach Stalin in der UdSSR und Osteuropa beitragen - Entwicklungen, die aufgrund der vom Chruschtschow-Revisionismus institutionalisierten erzbürgerlichen ökonomischen Theorien (die Gegenstand der Kritik Stalins in diesem Werk bilden) schließlich auf die bürgerliche Konterrevolution hinausliefen.

Die Revisionisten mußten die Marxsche Lehre gerade auf dem Gebiet der politischen Ökonomie verfälschen, um den Kapitalismus in der UdSSR wiederherstellen zu können - und dies taten sie nach Stalins Tod unter dem

Vorwand, den „Personenkult“ bekämpfen und Stalins angebliche „Irrtümer“ und „Entstellungen“ des Marxismus korrigieren zu wollen. Deshalb konzentrierten die Revisionisten nach Stalins Tod ihre Hauptattacken auf das Werk „Ökonomische Probleme ...“, in welchem er eine ganze Kette revisionistischer Behauptungen widerlegt und die marxistische politische Ökonomie verteidigt hatte. In Anbetracht der enormen Tragweite dieses Werkes und seiner Bedeutung, die es für den in diesem Kapitel behandelten Gegenstand hat, werden wir einige der dort hervorgehobenen Kernpunkte berühren.

Die Hauptaufgabe der politischen Ökonomie des Sozialismus: Die Rolle der Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse

Auf die Frage: Welches ist die Hauptaufgabe der *politischen Ökonomie des Sozialismus*? - antwortet uns Jaroschenko so:

„Das Hauptproblem der politischen Ökonomie des Sozialismus besteht deshalb *nicht darin*, die Produktionsverhältnisse der Menschen der sozialistischen Gesellschaft zu erforschen, *sondern darin*, eine wissenschaftliche Theorie der Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion, eine Theorie der Planung der Entwicklung der Volkswirtschaft auszuarbeiten und zu entwickeln.

Er erklärt, daß „*im Sozialismus der Hauptkampf um die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft auf einen Kampf um die richtige Organisation der Produktivkräfte und ihre rationelle Ausnutzung in der gesellschaftlichen Produktion hinausläuft... Kommunismus - das ist höchste wissenschaftliche Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion*.“ (zit. n. Stalin, Über die Fehler des Genossen L.D. Jaroschenko, Werke, Bd. 15, S. 310, Herv. d. Stalin).

In seinem Werk *Politische Ökonomie des Sozialismus* erklärt er, daß „die Streitereien über die Rolle dieser oder jener Kategorie der politischen Ökonomie des Sozialismus, wie Wert, Ware, Geld, Kredit usw., die bei uns häufig scholastischen Charakter annehmen, durch vernünftige Überlegungen über eine rationelle Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion, durch die wissenschaftliche Begründung einer solchen Organisation ersetzt werden.“ (ebd.)

„Also“, bemerkt Stalin, „eine politische Ökonomie ohne ökonomische Probleme.“ (ebd.)

Stalin kritisiert hier Jaroschenkos Antwort, in welcher dieser Probleme der politischen Ökonomie mit den Problemen wirtschaftspolitischer Leitung verwechselt und die politische Ökonomie von den technischen Fragen der Ökonomik nicht unterscheidet. Stalin schreibt dazu:

„Genosse Jaroschenko reduziert die Probleme der politischen Ökonomie des Sozialismus auf die Probleme der rationellen Organisation der Produktivkräfte, auf die Probleme der Planung der Volkswirtschaft und dergleichen. Aber er irrt sich gründlich. Die Probleme der rationellen Organisation der Produktivkräfte, der Planung der Volkswirtschaft und dergleichen sind nicht Gegenstand der politischen Ökonomie, sondern Gegenstand der Wirtschaftspolitik der leitenden Organe. Das sind zwei verschiedene Gebiete, die man nicht miteinander verwechseln darf. Genosse Jaroschenko hat diese zwei verschiedenen Dinge durcheinandergeworfen und hat sich dabei blamiert. Die politische Ökonomie erforscht die Entwicklungsgesetze der Produktionsverhältnisse der Menschen. Die Wirtschaftspolitik zieht hieraus praktische Schlußfolgerungen, konkretisiert sie und baut darauf ihre tägliche Arbeit auf. Die politische Ökonomie mit Fragen der Wirtschaftspolitik belasten heißt sie als Wissenschaft zugrunde richten.“ (ebd., S. 322)

„Es muß gesagt werden, daß bei uns noch kein einziger übergeschnappter ‘Marxist’ derartig ungereimtes Zeug verzapft hat“ (ebd., S. 321), sagt Stalin und hält Jaroschenko vor, durch maßlose Überschätzung der Rolle der Produktivkräfte bei gleichzeitiger maßloser Unterbewertung der Rolle der Produktionsverhältnisse quasi „die politische Ökonomie des Sozialismus abschaffen“ (ebd.) zu wollen. Stalin widerlegt im weiteren Jaroschenkos Behauptung, das Dasein des Kommunismus begönne und ende mit der „rationellen Organisation der Produktivkräfte“ und die daraus gezogene Schlußfolgerung Jaroschenkos, daß es nicht eine einzige politische Ökonomie für alle gesellschaftlichen Formationen geben könne - statt dessen müsse es zwei geben: Eine politische Ökonomie für vorsozialistische Gesellschaftsformen, welche die Produktionsverhältnisse der Menschen untersuche - und die andere für das sozialistische System, die nicht die Produktionsverhältnisse, das heißt die ökonomischen Beziehungen, sondern

die „rationelle Organisation der Produktivkräfte“ zum Gegenstand habe. Stalin verurteilte diesen heimlichen Versuch einer Revision der marxistischen politischen Ökonomie, die „ ... die gesellschaftliche Produktion als ein Ganzes (betrachtet), das zwei voneinander untrennbare Seiten besitzt: die Produktivkräfte der Gesellschaft (die Beziehungen der Gesellschaft zu den Naturkräften, denen sie die notwendigen materiellen Güter im Kampfe abringt) und die Produktionsverhältnisse (die gegenseitigen Beziehungen der Menschen im Produktionsprozeß). ... Und gerade, weil sie zwei verschiedene Seiten der gesellschaftlichen Produktion bilden, können sie aufeinander einwirken. Wer behauptet, eine dieser Seiten könne von der anderen absorbiert und in einen ihrer Bestandteile verwandelt werden, vergeht sich aufs schwerste gegen den Marxismus.“ (ebd., Seiten 312-13)

Und weiter: „Folglich besteht die gesellschaftliche Produktion aus zwei Seiten [d.h. aus Produktivkräften und Produktionsverhältnissen]. Nur das Vorhandensein beider Seiten der Produktion ergibt die gesellschaftliche Produktion, ganz gleich, ob es sich um die sozialistische Ordnung oder um andere Gesellschaftsformationen handelt.“ (ebd.)

Anstelle einer „lebenskräftigen gesellschaftlichen Produktion“ - mit Produktionsverhältnissen, Klassen und Widersprüchen, bekommen wir mit Jaroschenko „eine einseitige und dürre Produktionstechnologie ... - so etwas wie die Bucharinsche ‘gesellschaftliche Organisationstechnik’.“ (ebd., S. 314)

Doch Jaroschenkos Wahnsinn hat Methode. Als Stalin sich die Mühe machte, sich mit Jaroschenko auf eine Kontroverse einzulassen und ihn zu kritisieren, tat er dies kaum, um seine Gelehrsamkeit unter Beweis zu stellen oder etwa aus rein esoterischen [geheim fachsimplerischen - d. Hrsg.] Gründen. In der Tradition aller Revisionisten und kapitalistischer Marktschreier möchte Jaroschenko die Produktionsverhältnisse (die den eigentlichen Gegenstand der politischen Ökonomie bilden) ignorieren, sie einfach übersehen; indes will er sich ausschließlich an „die Organisation der Produktivkräfte“ halten, denn wenn er nur über die Existenz der Klassen und Klassenwidersprüche hinwegsieht, die Existenz unterschiedlicher Eigentumsformen in der Ökonomie der UdSSR, die Warenzirkulation, das Wertgesetz usw., kann er jenen Weg bereiten, der unerbittlich zum Kapitalismus führt und geführt hat. Nur durch die „Befreiung“ der marxistischen politischen Ökonomie von einer kritischen Untersuchung der Produktionsverhältnisse, der Eigentumsformen,

und durch das Hinlenken auf eine (für die Bourgeoisie) „harmlose“ Studie angeblich klassenloser „rationeller“ ökonomischer Vorgänge würden die Agenten des Privateigentums in der UdSSR in der Lage sein, den Weg zur Restauration des Kapitalismus zu ebnen.

Indem Stalin Jaroschenko kritisiert, verteidigt er den Leninismus und folgt dem Pfad, der auf die breite Straße des Kommunismus führt. Folgendes sagt Lenin zur Frage des Gegenstands der politischen Ökonomie:

„ ... Gegenstand der politischen Ökonomie ... ist keineswegs ‘die Produktion materieller Werte’, wie oft behauptet wird (das ist der Gegenstand der Technologie), sondern die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen in der Produktion.“ (Lenin, Eine Charakterisierung des ökonomischen Romantizismus, [Zit. übersetzt - d. Hrsg.])

Stalin hält strikt an dieser marxistisch-leninistischen Formulierung fest und ist keineswegs gewillt, die Produktionsverhältnisse zu ignorieren. Im Gegenteil, indem er die Produktionsverhältnisse hervorhebt, die negative Rolle der alten Produktionsverhältnisse unter dem Kapitalismus, die mit dem Wachstum der Produktivkräfte nicht Schritt halten konnten und deren Entwicklung verzögerten, ebenso wie die positive Rolle der Produktionsverhältnisse unter dem Sozialismus, welche auf der Höhe des Wachstums der Produktivkräfte waren und als Ansporn für deren machtvolle Entwicklung wirkten, betont Stalin die Notwendigkeit einer ständigen Anpassung und Erneuerung der Produktionsverhältnisse, die mit dem weiteren Wachstum der Produktivkräfte in Einklang gebracht werden müssen, um die ersteren davor zu bewahren, zu einer Bremse für die letzteren zu werden. „Kann man sagen“, fragt Stalin, „die Rolle der neuen Produktionsverhältnisse laufe auf die Rolle eines Hemmschuhs der Produktivkräfte hinaus?“ Und er beantwortet die Frage so:

„Nein, das kann man nicht. Im Gegenteil, die neuen Produktionsverhältnisse sind die hauptsächliche und entscheidende Kraft, die eigentlich die weitere, dazu noch mächtige Entwicklung der Produktivkräfte bestimmt und ohne die die Produktivkräfte zum Dahinvegetieren verurteilt sind, wie dies gegenwärtig in den kapitalistischen Ländern der Fall ist.

Niemand kann die kolossale Entwicklung der Produktivkräfte unserer sowjetischen Industrie während der Fünfjahrpläne leugnen. Diese Entwicklung hätte jedoch nicht stattgefunden, wenn wir nicht die alten,

kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Oktober 1917 durch neue, sozialistische Produktionsverhältnisse ersetzt hätten. Ohne diese Umwälzung in den Produktionsverhältnissen, in den ökonomischen Verhältnissen unseres Landes würden die Produktivkräfte bei uns ebenso dahinvegetieren, wie sie heute in den kapitalistischen Ländern dahinvegetieren.

Niemand kann die kolossale Entwicklung der Produktivkräfte unserer Landwirtschaft in den letzten 20-25 Jahren leugnen. Diese Entwicklung hätte jedoch nicht stattgefunden, wenn wir nicht in den dreißiger Jahren die alten, kapitalistischen Produktionsverhältnisse ersetzt hätten. Ohne diese Umwälzung in der Produktion würden die Produktivkräfte unserer Landwirtschaft ebenso dahinvegetieren, wie sie heute in den kapitalistischen Ländern dahinvegetieren.“ (ebd., Seiten 311-12, Herv. d. Stalin)

Als Warnung fügt Stalin jedoch hinzu:

„Die neuen Produktionsverhältnisse können natürlich nicht ewig neu bleiben und bleiben es auch nicht, sie beginnen zu veralten und zur weiteren Entwicklung der Produktivkräfte in Widerspruch zu geraten, sie beginnen, ihre Rolle als Haupttriebkraft der Produktivkräfte einzubüßen, und verwandeln sich in einen Hemmschuh für dieselben. Dann treten an die Stelle dieser bereits alt gewordenen Produktionsverhältnisse neue Produktionsverhältnisse, deren Rolle darin besteht, Haupttriebkraft für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte zu sein.

Diese Eigenart der Entwicklung der Produktionsverhältnisse von der Rolle eines Hemmschuhs für die Produktivkräfte zur Rolle der wichtigsten sie vorwärts treibenden Kraft und von der Rolle der Haupttriebkraft der Produktivkräfte zur Rolle eines Hemmschuhs für sie - bildet eins der Hauptelemente der marxistischen materialistischen Dialektik. Das wissen heute alle Abc-Schützen des Marxismus, das weiß, wie sich herausstellt, Genosse Jaroschenko nicht.“ (ebd.)

Der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus

Stalin widerlegt die von Jaroschenko aufgestellte revisionistische These, daß Kommunismus nur die rationelle Organisation der Produktivkräfte bedeute, daß es ausreiche, die Produktivkräfte vernünftig zu organisieren, um einen Überfluß an Produkten zu erzielen - und daß der Übergang zum

Kommunismus (vom Grundsatz „Jedem nach seiner Leistung“ zum Grundsatz „Jedem nach seinen Bedürfnissen“) ohne besondere Schwierigkeiten vonstatten gehen werde. Stalin enthüllt diese These Jaroschenkos als „große[n] Irrtum“, deckt bei ihm ein „völliges Unverständnis für die Gesetze der ökonomischen Entwicklung des Sozialismus“ auf und fährt fort:

„Genosse Jaroschenko stellt die Bedingungen für den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus viel zu einfach, kindisch einfach dar. Genosse Jaroschenko begreift nicht, daß man weder einen Überfluß an Produkten, der den gesamten Bedarf der Gesellschaft zu decken vermag, noch den Übergang zur Formel ‘Jedem nach seinen Bedürfnissen’ erzielen kann, wenn solche ökonomischen Tatsachen wie das kollektivwirtschaftliche Gruppeneigentum, die Warenzirkulation usw. in Kraft bleiben. Genosse Jaroschenko begreift nicht, daß man, bevor man zur Formel ‘Jedem nach seinen Bedürfnissen’ übergehen kann, eine Reihe von Etappen der ökonomischen und kulturellen Umerziehung der Gesellschaft durchlaufen muß, während deren die Arbeit aus einem lediglich dem Lebensunterhalt dienenden Mittel in den Augen der Gesellschaft zum ersten Lebensbedürfnis und das gesellschaftliche Eigentum zur unerschütterlichen und unantastbaren Grundlage der Existenz der Gesellschaft werden muß.“ (ebd., S. 316)

„Um den wirklichen Übergang zum Kommunismus vorzubereiten, nicht aber den Übergang zu deklarieren“, sagt Stalin, „müssen mindestens drei grundlegende Vorbedingungen erfüllt werden.“ Und er listet sie peinlich genau und mit bemerkenswerter Klarheit in dieser Reihenfolge auf:

Zunächst sei es notwendig, „das ununterbrochene Wachstum der gesamten gesellschaftlichen Produktion bei vorwiegender Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln“ sicherzustellen, weil ohne die letztere „eine erweiterte Reproduktion überhaupt unmöglich ist.“ (ebd.)

Zweitens sei es notwendig, „das kollektivwirtschaftliche Eigentum vermittels allmählicher, den Kollektivwirtschaften und folglich der gesamten Gesellschaft zum Vorteil gereichender Übergänge auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben und die Warenzirkulation ebenfalls vermittels allmählicher Übergänge durch ein System des Produktenaustauschs zu ersetzen, damit die Zentralgewalt oder irgendein anderes gesellschaftlich-ökonomisches Zentrum die Gesamterzeugung der gesellschaftlichen

Produktion im Interesse der Gesellschaft zu erfassen vermag.“ (ebd., Seiten 316-17)

Während er gelten läßt, daß sich die Produktionsverhältnisse in der UdSSR zu dieser Zeit (1952) in einer Etappe befanden, in der sie dem Wachstum der Produktivkräfte völlig entsprachen und ihnen zu gigantischen Fortschritten verhalfen, übt Stalin Kritik an Jaroschenkos Behauptung, es existierten keinerlei Widersprüche zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften der sozialistischen Gesellschaft und fügt hinzu: „Es wäre aber falsch, wollte man sich damit zufriedengeben und annehmen, daß es keinerlei Widersprüche zwischen unseren Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gebe. Widersprüche gibt es zweifellos und wird es zweifellos geben, da die Entwicklung der Produktivkräfte zurückbleibt und zurückbleiben wird.“ Anschließend äußert er die folgende prophetische Warnung:

„Bei einer richtigen Politik der leitenden Organe können sich diese Widersprüche nicht in einen Gegensatz [i.S. eines Antagonismus, d.h. unüberwindbaren Gegensatzes - d. Hrsg.] verwandeln, und es kann hier nicht zu einem Konflikt zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften der Gesellschaft kommen. *Anders liegen die Dinge, wenn wir eine falsche Politik durchführen, etwa wie sie Genosse Jaroschenko empfiehlt. In dem Falle wird ein Konflikt unvermeidlich, und unsere Produktionsverhältnisse können zu einem schwerwiegenden Hemmschuh für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte werden*.

Daher ist die Aufgabe der leitenden Organe, die heranwachsenden Widersprüche rechtzeitig zu erkennen und durch Anpassung der Produktionsverhältnisse an das Wachstum der Produktivkräfte rechtzeitig Maßnahmen zu ihrer Überwindung zu treffen. *Dies gilt vor allem für solche ökonomischen Erscheinungen wie das kollektivwirtschaftliche Gruppeneigentum und die Warenzirkulation*.“ (ebd., S. 317, Herv. d. H.B.)

Obwohl er anerkennt, daß diese Faktoren (Gruppeneigentum und Warenzirkulation) „*gegenwärtig*“ [1952] und „auch in nächster Zukunft Nutzen bringen“ würden und von „unbestreitbare[m] Nutzen“ seien, sagt er dennoch: „Es wäre aber *unverzeihliche Blindheit, wollte man nicht sehen, daß diese Erscheinungen gleichzeitig auch schon beginnen, die gewaltige*

Entwicklung unserer Produktivkräfte zu hemmen, da sie Hindernisse für die vollständige Erfassung der gesamten Volkswirtschaft, besonders der Landwirtschaft, durch die staatliche Planung schaffen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Erscheinungen je länger, je mehr das weitere Wachstum der Produktivkräfte unseres Landes hemmen werden. *Folglich besteht die Aufgabe darin, diese Widersprüche zu beseitigen durch allmähliche Umwandlung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums in allgemeines Volkseigentum und durch - gleichfalls allmähliche — Einführung des Produktenaustauschs an Stelle der Warenzirkulation*." (ebd., Seiten 317-18, Herv. d. H.B.)

Wie wir im weiteren sehen werden, verfolgten die Chruschtschow-Revisionisten seit den Zeiten des XX. Parteitags eine falsche Politik, eben die von Jaroschenko und seinesgleichen empfohlene, aber nicht die von Stalin vorgeschlagene marxistisch-leninistische Politik. Statt die Warenzirkulation allmählich zu eliminieren, dehnten sie deren Wirkungskreis in immer höherem Tempo aus; anstatt das Kollektiveigentum auf die Ebene des Gemeineigentums zu heben, bereiteten - wie wir bereits sahen - ihre 'Reformen' in der Landwirtschaft den Boden für die Entkollektivierung und die Rückkehr zur bäuerlichen Einzelwirtschaft. Während sie schwungvolle Reden über den bevorstehenden Übergang zur höheren Stufe des Kommunismus hielten, um die Arbeiterklasse in der UdSSR und anderwärts zu täuschen und zu hintergehen, unternahmen die Chruschtschow-Revisionisten systematische und konkrete Schritte für den Übergang zurück zum Kapitalismus. Wie nun alle - außer jene mit gänzlich verdummten Gehirnen - sehen können, waren die Chruschtschowianer mit ihren Plänen zur Wiederherstellung des Kapitalismus letztendlich erfolgreich.

Drittens, sagt Stalin, sei es notwendig, für „ein kulturelles Wachstum der Gesellschaft" zu sorgen, was wiederum die Verkürzung des Arbeitstages zunächst auf sechs und später auf fünf Stunden erfordere, so daß „die Mitglieder der Gesellschaft genügend freie Zeit erhalten, um eine allseitige Bildung zu erwerben." Weiter müsse man einen „allgemeinen polytechnischen Unterricht" einführen, damit „die Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit erhalten, ihren Beruf frei zu wählen, und nicht ..." aufgrund der existierenden Arbeitsteilung „... Zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind." Stalin fügt hinzu, daß die Wohnbedingungen „grundlegend zu

verbessern“ und die Löhne der Arbeiter und Angestellten „mindestens um das Doppelte, wenn nicht mehr, zu erhöhen [sind], sowohl durch direkte Erhöhung des Geldlohnes als auch *besonders durch eine weitere systematische Senkung der Preise für Massenbedarfsgüter*.“ (ebd., S. 318, Herv. d. H.B.)

Die Chruschtschow-Revisionisten wurden durch ihre Marktreformen in die entgegengesetzte Richtung getrieben. Statt für die systematische Senkung der Konsumgüterpreise plädierten die revisionistischen Weisen für deren Anhebung und setzten diese auch durch. Anstatt sich in Richtung auf die Beseitigung der vorhandenen Arbeitsteilung zu bewegen - und damit auf die Aufhebung des Unterschieds zwischen geistiger und körperlicher Arbeit - verfestigten sie aufgrund ihrer Reformen diese Teilung der Arbeit. Statt die Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen der sowjetischen Gesellschaft zu verringern, vergrößerten sie diese Kluft soweit, daß eine beträchtliche parasitäre Schicht geschaffen wurde, die wenig Anteil an der Produktion des Reichtums hat, jedoch immer mehr für immer weniger Arbeit beansprucht - und, wie ihr Gegenstück in den alten kapitalistischen Ländern, in wachsendem Maße auf Kosten der Arbeiterklasse lebt. Im Lichte all dessen braucht man kein Genie zu sein, um die Gründe zu verstehen, warum diese bürgerliche Parasitenschicht einen derart giftigen Haß gegen Stalin an den Tag legt, und warum dieser so lange Zeit Ziel ihrer „heftigsten, kleinlichsten und gehässigsten Leidenschaften“ war.

Die Annahme des „Markt-Sozialismus“ durch den Chruschtschow-Revisionismus

In früheren Zeiten wurde nur von Überläufern und imperialistischen Agenten wie Kautsky und Trotzki das gegen den Sozialismus gerichtete bürgerliche Argument von Mises’ und Brutzkus’ übernommen, es könne ohne Markt keine effiziente ökonomische Rechnungsführung geben, der auf die Abschaffung des Marktes zielende Sozialismus führe zu wachsender Ineffizienz und Bürokratie und müsse in einer unauflöslichen Krise enden, deren einziger Ausweg der sich erneut durchsetzende Markt sei; mit der Entstehung und Entwicklung des Chruschtschow-Revisionismus wurde dieses Argument allerdings mit allem Drum und Dran akzeptiert und mit den schließlichen Folgen umgesetzt, die nun allgemein bekannt sind.

Zunächst jedoch konnte die revisionistische (bourgeoise) Theorie eines „Markt-Sozialismus“ nur dadurch umgesetzt werden, indem man die Lehren des Marxismus-Leninismus auf dem Gebiet der politischen Ökonomie gänzlich entstellte. Um den Markt auszudehnen und in großem Stil zum Profitmotiv und materiellen Anreizen zurückzukehren, machten sich revisionistische Wirtschaftstheoretiker in Lenins Schriften auf die Suche nach aus dem Kontext und dem historischen Zusammenhang gerissenen Zitaten, die den Anschein erwecken könnten, sie würden ihre Behauptungen stützen. Diese Äußerungen Lenins wurden zur Zeit der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) gemacht und handelten eben von der Notwendigkeit eines freien Handels, Warenbeziehungen und größeren materiellen Anreizen. Lenin unternahm allerdings nicht den geringsten Versuch, sich selbst oder dem russischen Proletariat vorzumachen, die NEP kündige einen „Markt-Sozialismus“ an oder leite diesen ein. Im Gegenteil. Wie wir in einem früheren Kapitel aufzeigten, erklärte er mit der für ihn typischen rücksichtslosen Offenheit, die NEP sei ein dem politisch siegreichen russischen Proletariat durch ökonomische Umstände aufgezwungener Kompromiß mit dem Kapitalismus. Seinerzeit sagte er folgendes dazu:

„Warenaustausch und freier Handel bedeuten, daß unvermeidlich Kapitalisten und kapitalistische Verhältnisse aufkommen.“ (Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen, Ges. Werke, Bd. XXXII, S. 402)

Gerade weil die NEP dem Kapitalismus und kapitalistischen Verhältnissen Vorschub leistete, konnte nur die Stärkung der politischen Diktatur des Proletariats sicherstellen, daß dieser Kompromiß mit dem Kapitalismus, das Zurückweichen mit der NEP, lediglich ein zeitweiliger Rückzug sein würde - und die Vorbereitung auf einen zweiten Vorstoß zum Sozialismus. Genau dies geschah auch. Dieser zweite Vorstoß begann mit dem Ende der NEP 1929 und der Einführung des ersten Fünfjahrplans sowie der Kollektivierung der Landwirtschaft in strikter Übereinstimmung mit Lenins Plan. Nach dem XX. Parteitag gingen revisionistische Theoretiker mehr und mehr dazu über, Lenins Äußerungen über freien Handel und Warenbeziehungen zur Zeit der Einführung der NEP als echten und „gereiften“ Leninismus zu bezeichnen, wohingegen der erfolgreiche und die NEP beendende zweite Vorstoß unter

der Leitung Stalins als stalinistische Abweichung vom „reifen“ Leninismus und vom „wahren“ Sozialismus dargestellt wurde! Es überrascht daher nicht, daß Stalin, der den marxistisch-leninistischen Standpunkt des Sozialismus drei lange Jahrzehnte hindurch (Jahrzehnte unvorstellbarer Schwierigkeiten und gleichzeitig außergewöhnlicher Errungenschaften des sowjetischen Proletariats) repräsentierte und verfocht, von den chruschtschow-revisionistischen Renegaten rundweg als „Dogmatiker“ verdammt wurde - sowie als „Abweichler“ von dem, was diese widerwärtige Meute als Leninismus bezeichnete.

Um die revisionistischen Entstellungen der Marxschen politischen Ökonomie aufzudecken, die darauf abzielten, der letzteren die bürgerliche Theorie eines „Markt-Sozialismus“ anzuhängen (und diese Theorie ist nichts anderes, als die moderne Revisionistenversion der dreißig Jahre alten Argumente von Mises’ und Brutzkus’), ist es weder notwendig noch wünschenswert, jeden revisionistischen Theoretiker zu zitieren. Wer an einer ausgiebigen Studie dieses Gegenstands interessiert ist, sei auf die wichtigste russische Fachzeitschrift für revisionistische Ökonomie *Woprosy Ekonomiki* (Fragen der Ökonomie/ Problems of Economics) verwiesen, die seit 1958 vollständig in englischer Sprache publiziert wurde. Seit 1960 besteht diese englische Version aus übersetzten Hauptartikeln der wichtigsten ökonomischen Fachveröffentlichungen in russischer Sprache. Diese englische Version erschien erstmals im Ergebnis verschiedener Abkommen zwischen der sowjetischen Regierung und der ‘Internationalen Presse für Kunst und Wissenschaft’, New York. Die englische Ausgabe sollte dazu dienen, den US-Monopolkapitalismus über die ökonomische Debatte und die ökonomischen Entwicklungen in der UdSSR auf dem laufenden zu halten; eine Massenverbreitung war niemals vorgesehen. In ihr äußerten sich revisionistische Theoretiker weitaus freizügiger und beherzter, als sie es jemals in Massenpublikationen wagten.

Die marxistische Sicht: Warenproduktion und der Markt sind unvereinbar mit Sozialismus und Kommunismus

Der Marxismus vertritt die Auffassung, daß Warenproduktion mit dem Sozialismus und dem Kommunismus unvereinbar ist. Stalin stützte diesen Lehrsatz und erklärte das Fortbestehen des Marktes und der Warenproduktion

in der UdSSR nicht bloß als ein Überbleibsel des Kapitalismus, sondern auch mit dessen unvollkommener Entwicklung im vorrevolutionären Rußland. Das siegreiche Proletariat erbte ein Rußland, in welchem es eine recht kleine Minderheit darstellte, die Bauernschaft hingegen die breite Mehrheit bildete. Stalin erklärte das Vorhandensein der Warenproduktion bei gleichzeitiger Produktion unter dem Gemeineigentum als Folge der Existenz der Kollektivproduktion in der Landwirtschaft, deren Produkt das Eigentum der verschiedenen Kolchosen war. Dazu sagte er folgendes:

„Gegenwärtig existieren bei uns zwei grundlegende Formen der sozialistischen Produktion: die staatliche, volkseigene, und die kollektivwirtschaftliche, die man nicht als volkseigene bezeichnen kann. In den staatlichen Betrieben sind die Produktionsmittel und die Erzeugnisse der Produktion allgemeines Volkseigentum. In den kollektivwirtschaftlichen Betrieben hingegen sind, obwohl die Produktionsmittel (Boden, Maschinen) auch dem Staat gehören, die Erzeugnisse der Produktion jedoch Eigentum der einzelnen Kollektivwirtschaften, da es sich in den Kollektivwirtschaften sowohl um eigene Arbeit als auch um eigenes Saatgut handelt, während die Kollektivwirtschaften über den Boden ... faktisch wie über ihr Eigentum verfügen, obwohl sie ihn weder verkaufen noch kaufen, weder verpachten noch verpfänden dürfen.

Dieser Umstand führt dazu, daß der Staat nur über die Erzeugnisse der staatlichen Betriebe verfügen kann, während über die kollektivwirtschaftlichen Erzeugnisse nur die Kollektivwirtschaften als über ihr Eigentum verfügen. Aber die Kollektivwirtschaften wollen ihre Produkte nicht anders als in Form von Waren veräußern, für die sie im Austausch die von ihnen benötigten Waren erhalten wollen. Andere ökonomische Verbindungen mit der Stadt als Warenbeziehungen, als Austausch durch Kauf und Verkauf sind für die Kollektivwirtschaften gegenwärtig nicht annehmbar. (...)

Wenn an die Stelle der zwei grundlegenden Produktionssektoren, des staatlichen und des kollektivwirtschaftlichen, ein allumfassender Produktionssektor mit dem Verfügungsrecht über alle Konsumgüter des Landes getreten sein wird, dann wird natürlich die Warenzirkulation mit ihrer ‘Geldwirtschaft’ als unnötiges Element der Volkswirtschaft verschwinden.“

(Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Werke, Bd. XV, Seiten 268-69)

Und noch einmal:

„Wenn man zum Beispiel den Unterschied zwischen der Landwirtschaft und der Industrie nimmt, so besteht er bei uns nicht nur darin, daß die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft von den Arbeitsbedingungen in der Industrie verschieden sind, sondern vor allem und hauptsächlich darin, daß wir in der Industrie allgemeines Volkseigentum an den Produktionsmitteln und den Erzeugnissen der Produktion haben, während wir in der Landwirtschaft nicht allgemeines Volkseigentum, sondern Gruppeneigentum, kollektivwirtschaftliches Eigentum haben. Es wurde bereits gesagt, daß dieser Umstand zur Erhaltung der Warenzirkulation führt, daß nur mit dem Verschwinden dieses Unterschieds zwischen der Industrie und der Landwirtschaft der Warenproduktion mit allen sich aus ihr ergebenden Folgen verschwinden kann. Folglich kann nicht geleugnet werden, daß das Verschwinden dieses wesentlichen Unterschieds zwischen der Landwirtschaft und der Industrie für uns erstrangige Bedeutung haben muß.“ (ebd., S. 279)

Stalin vertrat ganz richtig die Ansicht, daß der Markt ein Erbe des Kapitalismus darstellt; daß es eine der Aufgaben des Sozialismus ist, ihn zu beseitigen, denn „Warenzirkulation [ist] mit der Perspektive des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus unvereinbar.“ (Antwort an die Genossen A.W. Sanina und W.G. Wensher, Werke, Bd. XV, S. 340) Mit dem weiteren Wachstum des Sozialismus muß die Warenzirkulation durch ein System des Produktenaustauschs ersetzt werden. „Wir haben noch kein entwickeltes System des Produktenaustauschs“, sagt Stalin, „aber wir haben Keime des Produktenaustauschs ... Die Aufgabe besteht darin, diese Keime des Produktenaustauschs in allen Zweigen der Landwirtschaft zu fördern, sie zu einem weitverzweigten System des Produktenaustauschs zu entwickeln, damit die Kollektivwirtschaften für ihre Erzeugnisse nicht nur Geld, sondern vor allem die notwendigen Erzeugnisse erhalten. Ein solches System erfordert eine gewaltige Steigerung der von der Stadt an das Dorf gelieferten Produktion, deshalb sollte man es ohne Überstürzung, entsprechend der Anhäufung der von der Stadt hergestellten Erzeugnisse, einführen. *Einführen muß man es jedoch unentwegt, ohne zu schwanken, indem man Schritt für Schritt den Wirkungsbereich der Warenzirkulation einengt und den*

Wirkungsbereich des Produktenaustauschs erweitert.“ (ebd., S. 342-43, Herv. d. H.B.)

Warum war Stalin gegen den Verkauf der grundlegenden Produktionsinstrumente an die Kolchosen?

Im folgenden beantworten wir die Frage, warum Stalin sich gegen den Vorschlag von Sanina und Wensher (zwei versteckt revisionistische Ökonomen, die nach 1956 offen Farbe bekannten) sträubte, die in den Maschinen-Traktoren-Stationen zusammengefaßten grundlegenden Produktionsinstrumente an die Kolchosen zu verkaufen und sie damit in deren Eigentum übergehen zu lassen, den Staat so von notwendigen Kapitalinvestitionen in die Landwirtschaft zu entlasten und die Verantwortung für den Unterhalt und die Entwicklung der Maschinen-Traktoren-Stationen den Kolchosen selbst zu übertragen. Dies, so die Argumentation Saninas und Wenshers, sei nötig gewesen:

- um den Staat von gewaltigen Investitionslasten zu befreien, zumal zu einer Zeit, da - nach ihrer Meinung - die Kolchosen reich genug gewesen seien, diese Lasten zu tragen;

- um den Staat in die Lage zu versetzen, die so eingesparten Fonds für Investitionen in die Industrie umzulenken und auf diese Weise „im Land einen Überfluß an Konsumgütern“ zu schaffen (zit. n. Stalin, ebd., S. 337);

- um die Hebung des Kollektiveigentums auf die Ebene des Gemeineigentums zu erleichtern!!

Stalins Argumente gegen den Vorschlag, die Maschinen-Traktoren-Stationen staatlicherseits an die Kolchosen zu verkaufen, sollte man sich angesichts ihrer Tragweite ins Gedächtnis rufen, denn erstens erlebte die sowjetische Landwirtschaft nach Stalins Tod eine erhebliche Schwächung und zweitens eine Rückentwicklung, die Degenerierung zum Kapitalismus - und nicht etwa die Anhebung der niederen Stufe des Kommunismus auf seine zweite, höhere Stufe.

Stalin betonte mit Nachdruck, daß - angesichts der Kollektivbewegung und der Aufbauentwicklung der Kolchosen - der einzige Weg zur Sicherstellung einer höheren Expansionsrate der Kolchosproduktion über die Konzentration

der Produktionsinstrumente in den Händen des Staates führt. So äußerte er sich zu diesem Punkt:

„Wir alle freuen uns über das kolossale Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion unseres Landes, über das Wachstum der Getreideproduktion, der Produktion von Baumwolle, Flachs, Zuckerüben usw. Wo ist die Quelle dieses Wachstums? Die Quelle dieses Wachstums ist die moderne Technik, sind die zahlreichen modernen Maschinen, die für alle diese Produktionszweige arbeiten. Es handelt sich hier nicht nur um die Technik schlechthin, sondern darum, daß die Technik nicht auf der Stelle treten darf - sie muß sich ständig vervollkommnen -, daß die veraltete Technik ausrangiert und durch eine moderne und die moderne wiederum durch die modernste ersetzt werden muß. Anders ist das Vorwärtsschreiten unserer sozialistischen Landwirtschaft undenkbar, sind weder die hohen Erträge noch der Überfluß an landwirtschaftlichen Produkten denkbar. Aber was bedeutet es, hunderttausende von Rädertraktoren auszurangieren und durch Raupentraktoren zu ersetzen, neue Maschinen für, sagen wir, technische Nutzpflanzen zu schaffen? Das bedeutet Milliardenausgaben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Können etwa unsere Kollektivwirtschaften diese Summen aufbringen, selbst wenn sie Millionäre sind? Nein, das können sie nicht, weil sie nicht in der Lage sind, Milliarden auszugeben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Diese Ausgaben kann nur der Staat übernehmen, denn er - und nur er - ist in der Lage, die Verluste auf sich zu nehmen, die entstehen, wenn man die alten Maschinen ausrangiert und durch neue ersetzt, denn er - und nur er - ist in der Lage, diese Verluste sechs bis acht Jahre lang zu ertragen, um erst nach Ablauf dieser Zeit für die von ihm verausgabten Summen entschädigt zu werden.

Was bedeutet es nach alledem, wenn man fordert, daß die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf übereignet werden? Das bedeutet den Kollektivwirtschaften große Verluste zufügen und sie ruinieren, die Mechanisierung der Landwirtschaft gefährden und das Tempo der kollektivwirtschaftlichen Produktion herabsetzen.

Daraus folgt: Mit ihrem Vorschlag, die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf zu übereignen, machen die Genossen Sanina und Wensher einen

Schritt zurück zur Rückständigkeit und versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.“ (ebd., Seiten 338-39)

Wenn die Annahme von Saninas und Wenshers Vorschlag den „Ruin“ der Landwirtschaft, die Untergrabung ihrer Mechanisierung und die Entwicklungsverlangsamung der Kolchosproduktion bedeuten würde, einen „Schritt zurück zur Rückständigkeit“, was würde sie für den Übergang von der niederen Stufe des Kommunismus zur höheren Stufe bedeuten, welche die Aufhebung des Marktes einschließt, die Eliminierung der Warenzirkulation und ihre Ersetzung durch ein System des Produktenaustauschs? Hier Stalins Antwort:

„Nehmen wir einen Augenblick lang an, daß wir den Vorschlag der Genossen Sanina und Wensher akzeptiert und damit begonnen hätten, den Kollektivwirtschaften durch Verkauf die Hauptproduktionsinstrumente, die Maschinen- und Traktorenstationen, zu übereignen. Was würde sich daraus ergeben?

Daraus würde sich ergeben, daß erstens die Kollektivwirtschaften Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente würden, das heißt, sie würden eine Sonderstellung einnehmen, wie sie kein einziger Betrieb in unserem Lande einnimmt, denn bekanntlich sind nicht einmal unsere nationalisierten Betriebe Eigentümer von Produktionsinstrumenten. Womit ließe sich diese Sonderstellung der Kollektivwirtschaften begründen, mit welchen Argumenten des Fortschritts und der Weiterentwicklung? Kann man etwa sagen, daß eine solche Stellung dazu beitragen würde, das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, daß sie den Übergang unserer Gesellschaft vom Sozialismus zum Kommunismus beschleunigen würde? Wäre es nicht richtiger zu sagen, daß eine solche Stellung den Abstand zwischen kollektivwirtschaftlichem Eigentum und allgemeinem Volkseigentum nur vergrößern und nicht zur Annäherung an den Kommunismus, sondern im Gegenteil dazu führen würde, daß man sich von ihm entfernt?

Daraus würde sich zweitens eine Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation ergeben, denn ungeheure Mengen von Produktionsinstrumenten der Landwirtschaft würden in die Bahn der Warenzirkulation geraten. Was denken die Genossen Sanina und Wensher:

Kann die Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation unsere Entwicklung zum Kommunismus fördern? Wäre es nicht richtiger zu sagen, daß sie unsere Entwicklung zum Kommunismus nur hemmen kann?

Der Hauptfehler der Genossen Sanina und Wensher besteht darin, daß sie die Rolle und die Bedeutung der Warenzirkulation im Sozialismus nicht begreifen, nicht begreifen, daß die Warenzirkulation mit der Perspektive des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus unvereinbar ist. Sie glauben anscheinend, daß man auch bei der Warenzirkulation vom Sozialismus zum Kommunismus übergehen könne, daß die Warenzirkulation das nicht verhindern könne. Das ist ein großer Irrtum, der dadurch entstanden ist, daß man den Marxismus nicht verstanden hat.

In der Kritik an der 'Wirtschaftskommune' Dührings, die unter den Bedingungen der Warenzirkulation wirkt, wies Engels in seinem 'Anti-Dühring' überzeugend nach, daß das Vorhandensein der Warenzirkulation die sogenannten 'Wirtschaftskommunen' Dührings unweigerlich zur Wiedergeburt des Kapitalismus führen müsse. Die Genossen Sanina und Wensher sind damit anscheinend nicht einverstanden. Umso schlimmer für sie. *Wir Marxisten aber gehen von dem bekannten marxistischen Leitsatz aus, daß der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus und das kommunistische Prinzip der Verteilung der Produkte nach den Bedürfnissen jeden Warenaustausch ausschließen, folglich auch die Verwandlung der Produkte in Ware und damit ihre Verwandlung in Wert*." (ebd., Seiten 339 ff, Herv. d. H.B.)

Und hier Stalins marxistisch-leninistischer Plan für die Hebung des Kollektiveigentums auf die Gemeineigentumsstufe, die ihrerseits die Grundlagen für die Eliminierung des Marktes schafft (für das Absterben der Warenproduktion und Warenzirkulation, des Wertes und seiner Formen sowie des Wertgesetzes):

„Was muß nun letzten Endes unternommen werden, um das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben?

Die Kollektivwirtschaft ist kein gewöhnlicher Betrieb. Die Kollektivwirtschaft arbeitet auf Boden und bearbeitet Boden, der schon längst allgemeines Volkseigentum und nicht kollektivwirtschaftliches Eigentum ist.

Folglich ist die Kollektivwirtschaft nicht Eigentümer des von ihr bearbeiteten Bodens.

Weiter: Die Kollektivwirtschaft arbeitet mit Hauptproduktionsinstrumenten, die nicht kollektivwirtschaftliches Eigentum, sondern allgemeines Volkseigentum sind. Folglich ist die Kollektivwirtschaft nicht Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente.

Weiter: Die Kollektivwirtschaft ist ein genossenschaftlicher Betrieb, bedient sich der Arbeit ihrer Mitglieder und verteilt die Einkünfte unter die Mitglieder nach Tagewerken, wobei die Kollektivwirtschaft über eigenes Saatgut verfügt, das jährlich erneuert und für die Produktion verwendet wird.

Es fragt sich: Was besitzt die Kollektivwirtschaft eigentlich, welches ist das kollektivwirtschaftliche Eigentum, über das sie völlig frei, nach eigenem Ermessen verfügen kann? Ein solches Eigentum sind die Erzeugnisse der Kollektivwirtschaft, die Erzeugnisse der kollektivwirtschaftlichen Produktion: Getreide, Fleisch, Fett, Gemüse, Baumwolle, Rüben, Flachs usw., nicht gerechnet die Gebäude und die persönliche Wirtschaft der Kollektivbauern auf dem Hofland. *Es ist so, daß ein erheblicher Teil dieser Erzeugnisse, die Überschüsse der kollektivwirtschaftlichen Produktion, auf den Markt gelangen und auf diese Weise in das System der Warenzirkulation einbezogen werden. Eben dieser Umstand ist es jetzt auch, der der Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums hinderlich im Wege steht. Deshalb muß man gerade von dieser Seite her die Arbeit zur Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums entfalten*.

Um das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, muß man die Überschüsse der kollektivwirtschaftlichen Produktion aus dem System der Warenzirkulation herausziehen und in das System des Produktenaustauschs zwischen der staatlichen Industrie und den Kollektivwirtschaften einbeziehen. Das ist das Wesentliche.“ (ebd., Seiten 341-42, Herv. d. H.B.)

Die revisionistische Sicht: Sozialismus und Kommunismus sind unmöglich ohne Warenproduktion und den Markt

Nach dem Tode Stalins übergaben die Chruschtschow-Revisionisten die Maschinen-Traktoren-Stationen aufgrund der Vorschläge Wenshers den Kolchosen, was mit einem Schlag die sowjetische Landwirtschaft durch die verlangsamte Produktionsentwicklung der Kolchosen, wie Stalin voraussagte, untergrub und die Sphäre der Warenzirkulation in riesigem Umfange ausdehnte. Dabei wurde „eine gigantische Masse landwirtschaftlicher Produktionsinstrumente“ in Umlauf gebracht, eben wie Stalin im voraus warnte. Diese revisionistische Maßnahme drehte das Rad der Geschichte wahrhaftig zurück; die imperialistische Bourgeoisie war vollauf befriedigt (so auch die käuflichen Trotzkisten, ihres Zeichens „Markt-Sozialisten“) - und sie äußerte ihre Befriedigung mit hämischer Schadenfreude.

Während Stalin die orthodoxe marxistische Position behauptete, die Unvereinbarkeit der Warenproduktion und Warenzirkulation sowie des Marktes mit dem Kommunismus und daher die Abschaffung des Marktes als eine der wesentlichen Aufgaben des Sozialismus vertrat, glaubte der Revisionismus - im Kielwasser solcher bürgerlicher Ökonomen wie von Mises und Brutzkus - ganz im Gegenteil an einen „Markt-Sozialismus“. Nach der revisionistischen Theorie ist die fortdauernde Existenz der Warenbeziehungen unter dem Sozialismus nicht bloß ein Erbe des Kapitalismus, das die unvollkommene Kapitalismusentwicklung in einer der Arbeiterklasse überkommenen Ökonomie darstellt, sondern eine der sozialistischen Ökonomie innewohnende Notwendigkeit, welche nicht bloß das Weiterbestehen des Marktes erfordert, sondern auch dessen Expansion. Während der orthodoxe Marxismus die Auffassung vertritt, daß der Kapitalismus die höchste Form der Warenproduktion ist, tragen die revisionistischen Ökonomen die Ansicht vor, daß der Kapitalismus lediglich die Warenproduktion vererbe und es die Aufgabe des Sozialismus sei, die Warenproduktion auf den höchsten Entwicklungsstand anzuheben, um den Markt von den Verzerrungen, die ihm unter dem Kapitalismus widerfahren seien, zu „reinigen“ und zu „befreien“.

Bürgerliche Ansichten zur politischen Ökonomie wurden hauptsächlich in sowjetischen Fachzeitschriften für Ökonomie geäußert, überdies in einer gleichzeitig weitschweifigen und schwerfälligen Sprache - jedenfalls bis mit dem Erscheinen Gorbatschows die Quantität der Zeit ihren qualitativen Umschlag erfuhr, bürgerliche Ideen nunmehr in allen Sphären des Lebens offener, freimütiger, häufiger und massenhaft zum Ausdruck kamen (das Feld der politischen Ökonomie eingeschlossen). In der Zeit vor Gorbatschow bildeten tschechische revisionistische Theoretiker, hier besonders Ota Sik, eine Ausnahme von dieser Regel. Ohne Umschweife und offen verbreiteten sie ihre bürgerlichen Ideen. Ihr Eintreten für einen „Markt-Sozialismus“ unterscheidet sich aufgrund der (zu jener Zeit) größeren Ausdehnung des Marktes in der Tschechoslowakei durch seine Ausdrucksklarheit von demjenigen ihrer sowjetischen Ebenbilder, die mit ganz besonderer Vorsicht und zitternder Hand zu Werke gehen mußten, weil die damalige offizielle Ideologie noch der Marxismus war. Deshalb die obskure Sprache der revisionistischen Wirtschaftstheoretiker in der Sowjetunion der späten 50er und 60er Jahre - eine Sprache, die nur von ihren Schöpfern verstanden werden kann.

Revisionistische Theoretiker und der „sozialistische Markt“

Von revisionistischen Wirtschaftstheoretikern, diesen ‚Markt-Sozialisten’, kann man schwerlich erwarten, daß sie einen Marxisten-Leninisten vom Kaliber eines Stalin mögen, seine Entschlossenheit, seine Zielstrebigkeit und auch nicht die Festigkeit, mit der er den marxistischen Standpunkt vertrat, daß .Markt’ und Kommunismus nicht miteinander vereinbar sind.' In diesem Falle beginnen wir mit einem Zitat von Öta Sik, dem man es schließlich lassen muß, von all diesen Wirtschaftstheoretikern des Revisionismus die wohl gründlichste Auslegung des „Markt-Sozialismus“ gegeben zu haben. Sik sagt, daß Stalin „schwerwiegende theoretische Fehler... begangen hat, die in hohem Maße dem damaligen Zustand der Ökonomie entsprangen ... Er stellte die Theorie auf, daß Ware-Geld-Beziehungen ihrem Wesen nach ein fremdes Element in einer sozialistischen Ökonomie darstellten, welche sie nur deswegen erdulden müsse, weil ihre Existenz ihr durch die kooperativen Formen des sozialistischen Eigentums [d.h. durch die kollektiven

Landwirtschaften] aufgezwungen sei; und welche er als niedere Formen betrachtete, in denen sozialistische Prinzipien unzulänglich verkörpert seien.

Er glaubte, daß es für das Rechnen mit und Registrieren von Werten im sozialistischen Staatssektor nur hinsichtlich äußerer Beziehungen Raum geben könne (mit Kooperativen und anderen Ländern) und daß zwischen sozialistischen Staatsbetrieben keine wirklichen Ware-Geld-Beziehungen existieren könnten ... Diese Theorie Stalins, an der zu seinen Lebzeiten strikt festgehalten wurde und die immer noch weitestgehend praktiziert wird, wurde zu einem tief verwurzelten Dogma mit schweren Konsequenzen für das sozialistische Wirtschaftswachstum.“ (Ota Sik, Socialist Market Relations and Planning included in: Socialism, Capitalism and Economic Growth: Essays Presented to M. Daub [Sozialistische Marktbeziehungen und Planung, aus: Sozialismus, Kapitalismus und Wirtschaftswachstum], Cambridge University Press, 1967)

Gemäß diesem Gelehrten des Revisionismus wäre also der Markt *nicht* nur eine Hinterlassenschaft des Kapitalismus und es sei auch *nicht* die Aufgabe des Sozialismus, ihn zu beseitigen. Im Gegenteil, so sagt er, gäbe es „in einer sozialistischen Ökonomie“ eine „objektive Notwendigkeit für die Existenz von Ware-Geld-Beziehungen und den Markt“, und zwar wegen der „Unmöglichkeit, ökonomische Konflikte zu lösen, wenn diese Beziehungen durch die alte Methode der administrativen Planung beschränkt oder unterdrückt werden. Marktverhältnisse erklären sich durch ... die inneren Widersprüche sozialistischer Arbeit auf einer gegebenen Stufe der Produktivkraftentwicklung - und deshalb“ sei „im Rahmen der sozialistischen Planung der Markt eine notwendige ökonomische Form zur Lösung dieser Widersprüche.“ (ebd., S. 148)

Ein weiterer Kommentar zu dieser wirklich erhellenden und sich selbst erklärenden Stellungnahme erübrigt sich.

Siks Ebenbilder in der Sowjetunion hatten ähnliche Ansichten in den 50er und 60er Jahren geäußert. Der dem verehrten Leser bereits wohlbekannte Wensher schrieb 1958:

„Sozialistische Warenproduktion ist eine Warenproduktion besonderer Art, deren Entwicklung direkt mit der Stärkung und Ausdehnung der Ware-Geld-Beziehungen und mit dem allmählichen Absterben der natürlichen

ökonomischen Verhältnisse verbunden ist. Wegen der gesellschaftlichen Vielgestaltigkeit behält die Arbeit unter dem Sozialismus ihren Doppelcharakter, und die durch die Arbeit erschaffenen Güter werden gemäß der in ihnen vergegenständlichten Summe abstrakter Arbeit ausgetauscht. Deswegen besitzen alle Produkte eine Warenform.

Sozialistische Produktion ist im Maßstab der gesamten Volkswirtschaft geplante Warenproduktion auf hoher Stufenleiter.

Sozialistischer Austausch wird auf der Basis des Wertgesetzes realisiert.“ (Warenproduktion im Sozialismus und die Kollektivwirtschaften, Woprosy Ekonomiki, August 1958)

„Unter dem Sozialismus werden Produkte und Dienstleistungen ebenfalls als Waren hervorgebracht und gleichfalls für Geld verkauft.“ (B.G. Liberman, Flirten wir mit dem Kapitalismus? Nutzen und „Profite“, Sowjetisches Leben, Juli 1965)

Die Schriften dieser revisionistischen Ökonomen - Wenshers, Libermans, Siks und etlicher mehr - sind nichts anderes, als die in ‚Marxscher’ Ausdrucksweise wiederholten Behauptungen bürgerlicher politischer Ökonomie (einschließlich derjenigen der Trotzkisten), daß effiziente ökonomische Rechnungsführung ohne Markt undenkbar sei. Da wir wissen, daß der Marxsche Sozialismus - und es gibt keinen anderen Sozialismus - die Aufhebung des Marktes, die Aufhebung der Warenproduktion und Warenzirkulation anstrebt, ist dies nur ein anderer Weg zu sagen, der Marxsche Sozialismus sei eine utopische Unmöglichkeit, der Kapitalismus hingegen die höchste Stufe menschlicher Gesellschaftsentwicklung und unmöglich nur eine vorübergehende Gesellschaftsform. Gerade dies behaupteten somit die Wirtschaftstheoretiker des Revisionismus - die Befürworter eines „Markt-Sozialismus“ in den 50er und 60er Jahren - in ihrer halb verschleierten Sprache jener Zeit. Ihre Schriften jedoch, und mehr noch die Einführung der von ihnen vertretenen bürgerlichen Reformen, düngten den Boden, auf dem die Gorbatschows und Jelzyns, natürlich auch die Makarows, Schatalins und Jawlinskis von heute gedeihen konnten.

Drei Jahrzehnte üppigen Wachstums revisionistischer Politik und Ökonomie gipfelten in der offenen Konversion des Generalsekretärs und schließlich der KPdSU - zunächst zur „regulierten Marktwirtschaft“ - und nach dem

versuchten Coup durch angeblich stalinistische Hardliner (die wohl größte Beleidigung Stalins, die Urheber dieses miserablen Versuchs als „Stalinisten“ zu bezeichnen) darin, die KPdSU aufzulösen, ihr Eigentum zu konfiszieren und sie für illegal zu erklären. Das ist in der Tat das Wesen und das Endresultat des „Markt-Sozialismus“. In diesem Lichte betrachtet, versteht sich von selbst, daß jenes unappetitliche Pack tiefste Haßgefühle gegenüber Josef Stalin hegte, gegen seine marxistisch-leninistische Lehre von der Unvereinbarkeit des Marktes und der Ware-Geld-Beziehungen mit dem eben auf ihre Abschaffung ausgerichteten Sozialismus („an der zu seinen Lebzeiten strikt festgehalten wurde“), tiefsten Haß gegen diesen Menschen, der mit seiner ganzen Kraft - und zwar erfolgreich - all jene bekämpfte, die mit der Theorie eines „Markt-Sozialismus“ hausieren gingen. Kann daher auch die Behauptung dieser bourgeoisen Meute erstaunen, Stalin habe durch seine Treue und sein Festhalten an der Lehre des Marxismus-Leninismus der Ökonomie großen Schaden zugefügt? Vom bürgerlichen Standpunkt eines „Markt-Sozialismus“ aus betrachtet wurde die russische Ökonomie während der Periode des sozialistischen Aufbaus unter der Leitung Stalins allerdings unbestreitbar „geschädigt“ - und zwar in einem solchen Ausmaß, daß es die Revisionisten mehr als drei Jahrzehnte kostete, bevor sie ihre ruchlosen Pläne zur Restauration des Kapitalismus in der UdSSR in die Tat umsetzen konnten.

Revisionistische Theoretiker und die „sozialistische Ware“

Um ihre Theorie von einem „Markt-Sozialismus“ unter die Leute bringen zu können, mußten sich revisionistische Wirtschaftstheoretiker einer vollständigen Entstellung und Revision der Marxschen politischen Ökonomie widmen, insbesondere der Marxschen Lehre vom Charakter der Waren und der Warenproduktion; die Angriffe auf Stalin dienten nur als eine Ablenkung von dieser Verfälschung. Der Markt-Sozialismus mußte ganz neue Kategorien der Ware erfinden, die sich - unter völliger Mißachtung marxistischer Erkenntnisse - von der „kapitalistischen Ware“ unterscheiden sollten. Gemäß der marxistischen Lehre findet sich Ware in verschiedenen Gesellschaftsformen, der Warencharakter bleibt jedoch erhalten, wenngleich er unter der kapitalistischen Produktionsweise seinen umfassendsten Ausdruck erreicht. Im Sozialismus besteht die Warenproduktion als ein Erbe

des Kapitalismus für gewisse Zeit fort und wird schließlich überwunden. Mit anderen Worten erhält die Warenproduktion, die als untergeordnete Produktionsform in vorkapitalistischen Gesellschaften begann, die allgemeine Produktionsform unter dem Kapitalismus und existiert für einige Zeit weiter als eine untergeordnete Form im Sozialismus, bevor sie endgültig verschwindet. Demnach gibt es die Entstehung, das Wachstum, die Vorherrschaft, den Rückgang und schließlich das Verschwinden der Warenproduktion.

Engels definiert Waren als Gegenstände, „die innerhalb einer aus Privatproduzenten bestehenden Gesellschaft, von diesen Privatproduzenten für Privatrechnung produziert und gegeneinander ausgetauscht werden.“ (Anti-Dühring, BML, S. 183)

Und weiter sagt Engels, indem er den privaten Charakter der Warenproduktion hervorhebt:

„Was sind Waren? Produkte, erzeugt in einer *Gesellschaft mehr oder weniger vereinzelter Privatproduzenten, also zunächst Privatprodukte*. Aber diese Privatprodukte werden erst Waren, sobald sie nicht für den Selbstverbrauch, sondern für den Verbrauch durch andre, also für den gesellschaftlichen Verbrauch produziert werden; sie treten ein in den gesellschaftlichen Verbrauch durch den Austausch.“ (ebd., S. 285 - Herv. d. H.B.)

So werden nach Marx Gebrauchsgegenstände zu Waren:

„Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebner Privatarbeiten sind.“ (MEW, Bd. XXIII, S. 87)

Ganz im Gegensatz zu den revisionistischen Theoretikern des „Markt-Sozialismus“ ahnte Marx weder etwas von der „sozialistischen Ware“ noch eigentlich der „kapitalistischen“, sondern kannte nur die Ware als solche:

„*Auf Basis welcher Produktionsweise auch immer* die Produkte produziert wurden, die als Waren in die Zirkulation eingehn - ob auf Basis des urwüchsigen Gemeinwesens oder der Sklavenproduktion oder der kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen oder der kapitalistischen -, *es ändert dies nichts an ihrem Charakter als Waren*, und als Waren haben sie den

Austauschprozeß und die ihn begleitenden Formveränderungen durchzumachen.“ (MEW, Bd. XXV., S. 337, Herv. d. H.B.)

„Der Umfang, worin die Produktion in den Handel eingeht ... “, sagt Marx, „ ... hängt ab von der Produktionsweise und erreicht sein Maximum in der vollen Entwicklung der kapitalistischen Produktion, wo das Produkt nur noch als Ware ... produziert wird.“ (ebd., Seiten 337-338)

In Band I des *Kapital* wird derselbe Punkt bereits so ausgedrückt:

„Im Dasein des Produkts als Ware sind bestimmte historische Bedingungen eingehüllt. Um Ware zu werden, darf das Produkt nicht als unmittelbares Subsistenzmittel für den Produzenten selbst produziert werden. Hätten wir weiter geforscht: *Unter welchen Umständen nehmen alle oder nimmt auch nur die Mehrzahl der Produkte die Form der Ware an, so hätte sich gefunden, daß dies nur auf Grundlage einer ganz spezifischen, der kapitalistischen Produktionsweise, geschieht*.“ (MEW, Bd. XXIII, S. 183-184, Herv. d. H.B.)

Mit Blick auf die obigen Zitate wird völlig klar, daß nach der marxistischen Lehre die Produkte sich nur dann in Waren verwandeln, wenn sie von Privatproduzenten hergestellt werden, und zwar „nicht für den Selbstverbrauch, sondern für den Verbrauch durch andre, also für den gesellschaftlichen Verbrauch. Sie treten ein in den gesellschaftlichen Verbrauch durch den Austausch“. Zweitens, daß sich der Charakter der Produkte als Waren nicht ändert, gleichgültig unter welcher Gesellschaftsordnung sie erzeugt werden. Da es nach Marx und Engels die Aufgabe des Sozialismus ist, die Warenproduktion zu beseitigen, leuchtet es ein, daß sie nicht etwa die Theorie eines „Markt-Sozialismus“ stützten - also eines Sozialismus, der auf der Warenproduktion basieren soll. Sie wandten sich vehement gegen die Vertreter dieser Theorie, namentlich gegen Proudhon und Dühring (siehe Marx, „Das Elend der Philosophie“ in Widerlegung des ersteren und Engels, „Anti-Dühring“ in Widerlegung des zweiten).

Folgendes sagte Engels zu diesem Punkt:

„Die unmittelbar gesellschaftliche Produktion wie die direkte Verteilung schließen allen Warenaustausch aus, also auch die Verwandlung der Produkte in Waren (wenigstens innerhalb der Gemeinde), und damit auch ihre Verwandlung in *Werte*.

Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der *Zeit*.“ (ebd., S. 288, Herv. wie im Original)

Die revisionistische ökonomische Literatur der späten 50er und 60er Jahre geriet häufig in völlige Verwirrung, wenn dort die Existenz der Warenproduktion im Sozialismus erklärt werden sollte, d.h. als eine allgemeine Form sozialistischer Produktion und nicht nur als ein Erbe des Kapitalismus, das der Sozialismus überwinden muß. Das folgende Beispiel für diese Verwirrung stammt aus „Politische Ökonomie des Sozialismus“ (Moskau, 1967):

„Ungeachtet ihrer gesellschaftlich-ökonomischen Natur ist die Warenproduktion erstens durch die ökonomische Isolation der Produzenten, zweitens durch ihre Spezialisierung bei der Produktion bestimmter Gebrauchswerte und drittens durch die Produktion von Waren charakterisiert, die zu ihrem gesellschaftlichen Wert verkauft werden.“ (S. 29)

„Privateigentum ist die Ursache der Warenproduktion. Gesellschaftliche Teilung der Arbeit ist nur eine unabdingbare Voraussetzung. In Abwesenheit von Privateigentum bringt die gesellschaftliche Arbeitsteilung keine Warenproduktion hervor.“

Im Unterschied zum Kapitalismus gibt es in der sozialistischen Gesellschaft kein Privateigentum ... Aber Warenproduktion bleibt auch unter dem Sozialismus bestehen.“ (S. 130)

Und dann noch folgendes:

„Die Notwendigkeit der Warenproduktion ist nicht mit der Tatsache unvereinbar, daß die Arbeit unter dem Sozialismus direkt vergesellschaftet ist.“ (ebd., S. 134)

Um Stalins passenden Ausdruck zu gebrauchen, gibt es ein besseres Beispiel für „heillosen Unsinn“? Privateigentum an Produktionsmitteln, so wird uns gesagt, ist die Ursache der Warenproduktion. In der sozialistischen Gesellschaft existiert kein Privateigentum und doch: Warenproduktion bleibt auch im Sozialismus bestehen!! Der Produktionsprozeß unter Privatproduzenten, die für den Markt produzieren (wie es im Kapitalismus der Fall ist), bricht nicht ab. Stattdessen gibt es nur einen Eigentümer an Produktionsmitteln; der Kollektivproduzent produziert in Übereinstimmung mit dem staatlichen Plan; das Produkt gehört diesem Produzenten und bleibt immer sein Eigentum, doch dies - auf wundersame Weise - „wird auch Warenproduktion“!!

In der sinnlichen Sprache der Britisch-Irischen Kommunistischen Organisation (BICO):

„Der einzelne kollektive Eigentümer des Produkts ist in der Phantasie mit dem Austausch mit sich selbst beschäftigt - in der gleichen Weise, nehmen wir an, wie die Phantasie des Geschlechtsverkehrs bei der Masturbation Kinder produziert.“ (Marxism and ’Market Socialism’ Part Two [Marxismus und „Markt-Sozialismus“, Teil II], S. 2, 2. Ausg., Sept. 1971)

Die der Warenproduktion innewohnenden Gesetze verschaffen sich Geltung

Tatsache ist, daß seit dem Triumph des Revisionismus nach Stalins Tod eine Vielzahl „ökonomischer Reformen“ eingeführt wurde. Diese „Wirtschaftsreformen“ ebneten drei Jahrzehnte hindurch den Weg zur Wiederherstellung des Kapitalismus. Statt des unter einem einheitlichen staatswirtschaftlichen Produktionsplan produzierenden vereinten Proletariats und der direkten Distribution (Verteilung) auf die Anspruchsberechtigten, wie es zu Stalins Lebzeiten der Fall war, wurde die Produktion aufgelöst (nicht eben physisch, sondern unter einem gesellschaftlichen Gesichtspunkt),

zersplittert in etwas, das Ota Sik „einzelne und relativ unabhängig produzierende und entscheidende Gruppen“ nennt (S. 139), d.h. in vereinzelte Produktionseinheiten, die allein entscheiden, was produziert wird und diese Produkte über den Markt austauschen. Unter einem solchen System wirkt natürlich das Wertgesetz als ein Produktionsregulator, der die auf die verschiedenen Industriezweige verteilten Arbeitsproportionen „reguliert“. Unter einem solchen System können Warenpreise nur auf ihrem Wert basierende „Marktpreise“ sein, bzw. ihre gewandelte Form, die „Produktionspreise“ (welche nach Marx gleich sind dem Kostpreis plus einem Durchschnittsprofit). Unter einem solchen System erlangt die Rentabilität der individuellen Betriebe („Kostenrechnung“) enorme Bedeutung - neben materiellen Anreizen in Form höherer Löhne und Zuschläge für die Belegschaft dieser individuellen Betriebe, welche sich nach der Rentabilität jedes einzelnen Betriebes richten. Ein solches System ist im vollen Sinne des Wortes ein Privatproduktionssystem, denn wie Marx richtig feststellte, sind Waren „Produkte voneinander unabhängig betriebner Privatarbeiten ... “ Diese Definition der Warenproduktion umfaßt eben auch Produktion durch Kooperativen. Privatproduktion ist keineswegs auf individuelle oder häusliche Produktion beschränkt, obschon sie letztere einschließt. Siks „einzelne und relativ unabhängig produzierende und entscheidende Gruppen“ sind nicht mehr und nicht weniger als aus Privatproduzenten bestehende Gruppen. Daraus kann man ersehen, daß die unter dem „Markt-Sozialismus“ produzierten Waren durch dieselben Eigenschaften charakterisiert sind wie alle Waren, daß sie „zunächst Privatprodukte“ sind. Da „Warenproduktion, wie jede andre Produktionsform,... ihre eigentümlichen, inhärenten, von ihr untrennbaren Gesetze“ hat, überrascht es nicht, daß diese Gesetze sich unter dem „Markt-Sozialismus“ durchsetzen sollten - das Ausmaß ihrer Manifestation war von dem Entwicklungsgrad der Warenproduktion abhängig. Wie Engels es ausdrückte:

„ … jede auf Warenproduktion beruhende Gesellschaft hat das Eigentümliche, daß in ihr die Produzenten die Herrschaft über ihre eignen gesellschaftlichen Beziehungen verloren haben ... Aber die Warenproduktion, wie jede andre Produktionsform, hat ihre eigentümlichen, inhärenten, von ihr untrennbaren Gesetze; und diese Gesetze setzen sich durch, trotz der Anarchie, in ihr, durch sie. Sie kommen zum Vorschein in der einzigen fortbestehenden Form des gesellschaftlichen Zusammenhangs, im Austausch, und machen sich geltend

gegenüber den einzelnen Produzenten als Zwangsgesetze der Konkurrenz. Sie sind diesen Produzenten also anfangs selbst unbekannt und müssen erst durch lange Erfahrung nach und nach von ihnen entdeckt werden. Sie setzen sich also durch ohne die Produzenten und gegen die Produzenten, als blindwirkende Naturgesetze ihrer Produktionsform. Das Produkt beherrscht die Produzenten.“ (Anti-Dühring, S. 253)

Laut der revisionistischen politischen Ökonomie jedoch kennt die Warenproduktion keine eigenen, ihr innewohnenden und von ihr untrennbaren Gesetze. Im Gegenteil; nach ihr kann die Entwicklung der Warenproduktion ganz ohne weiteres zum Kommunismus führen, wie sie zum Kapitalismus führt. Um es mit den Worten Ota Siks zu sagen:

„ ... die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, konnten sich zu ihrer Zeit nur mit dem privaten Typ der Warenproduktion vertraut machen. Sie verbanden diese Verhältnisse mit der Privatproduktion und gingen daher davon aus, daß mit der Beseitigung der kapitalistischen Ökonomie auch die Warenproduktion verschwinden würde. Heute sollten wir klar erkennen, daß Marx und Engels zu ihrer Zeit nicht in der Lage waren, die Komplexität einer sozialistischen Ökonomie vorherzusagen - und tatsächlich stellten sie sich niemals die Aufgabe ... Nur eine hoffnungslos dogmatische Interpretation der marxistisch-leninistischen Theorie ist dazu fähig, die Existenz neuer Wirklichkeiten zu leugnen, eben weil sie niemals von den Klassikern des Marxismus-Leninismus festgestellt und erklärt wurden ... Wahre Verfechter dieser Lehre sind nicht diejenigen, welche die Existenz sozialistischer Warenbeziehungen leugnen, weil sie dem Buchstaben der Klassiker widersprechen, sondern jene, die in Übereinstimmung mit den Realitäten dieser Verhältnisse zu ihrer theoretischen Aufhellung beitragen und darüber hinaus mitwirken, sie zu verbreiten und in der Praxis anzuwenden.“ (S. 145)

Wenn Siks Theorie eines „Markt-Sozialismus“ richtig wäre, wenn die Ware tatsächlich gleichermaßen ein Produkt der privaten oder kollektiven Produktion sein könnte, dann müßte die Marxsche Warenanalyse, welche die Grundlage für die gesamte Marxsche Analyse der Ökonomie bildet, als belangloser Quatsch abgetan werden.

Revisionistische Theoretiker und das Konzept eines „sozialistischen Werts“

Wie der „Markt-Sozialismus“ das Konzept der „sozialistischen Werts“ als grundlegende Komponente benötigt, so braucht er das Konzept des „sozialistischen Werts“ und des „sozialistischen Wertgesetzes“, das in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft durch die Kategorien der „sozialistischen“ Rente, Zins und Profit unterstützt wird.

„‘Ware’, ‘Geld’, ‘Preis’, ‘Profit’ und andere Kategorien der sozialistischen Ökonomie ... sind sozialistischen Produktionsverhältnissen inhärent, sind unveräußerlich mit ihnen verbunden.“ Jedoch: „Unter dem Sozialismus sprechen wir von einem Gesetz der Ware-Geld-Beziehungen und von einem Wertgesetz - mit einem gesellschaftlichen Inhalt und einer gesellschaftlichen Rolle, die sich gänzlich von denen unter dem Kapitalismus unterscheiden, von einem Wertgesetz und Ware-Geld-Beziehungen, derengleichen niemals zuvor in der Geschichte existierten.“ (Sowjetskije Nowosti, Nr. 9, April 1964, Nachdruck aus der Prawda)

Liberman schrieb:

„Die Bedeutung des Profits in der Sowjetunion wurde aufgrund einer gewissen Mißachtung des Wertgesetzes unterschätzt. Manche sowjetischen Ökonomen hielten das Gesetz fälschlicherweise für eine unangenehme Hinterlassenschaft des Kapitalismus und meinten, wir müßten es so schnell wie möglich loswerden.“ Aber das „Wertgesetz ist nicht ein Gesetz des Kapitalismus, sondern das Gesetz jeglicher Warenproduktion, einschließlich der geplanten Warenproduktion im Sozialismus.“

Der einzige Unterschied zwischen diesem „sozialistischen Wertgesetz“ und demjenigen, welches unter dem Kapitalismus wirkte, bestünde darin, so wird uns erklärt, daß das erstere frei von den Verzerrungen des „kapitalistischen Wertgesetzes“ sei. Dieses gereinigte „sozialistische Wertgesetz“ sei Marx und Engels völlig bekannt gewesen. Hier nun das, was Engels zu diesem Punkte im „Anti-Dühring“ zu sagen hatte:

„Die kapitalistische Produktionsform abschaffen wollen durch Herstellung des ‘wahren Werts’, heißt daher den Katholizismus abschaffen wollen durch die Herstellung des ‘wahren’ Papstes oder eine Gesellschaft, in der die

Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie, die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eigenes Produkt ist.“ (ebd., S. 289)

Die revisionistischen Theoretiker erklärten sogar, daß das Wertgesetz eines Tages unwirksam werden würde. Und wie? In dem weiter oben zitierten Prawda-Artikel wird uns erzählt:

„ ... das Wertgesetz wird überflüssig aufgrund ... seiner bewußten Anwendung auf die Planwirtschaft.“

Wir antworten auf diese echt Dühringsche Behauptung mit den folgenden Worten Engels’ im „Anti-Dühring“:

„ ... das Wertgesetz, ist das Grundgesetz grade der Warenproduktion, also auch der höchsten Form derselben, der kapitalistischen Produktion. Es setzt sich in der heutigen Gesellschaft durch in derselben Weise, in der allein ökonomische Gesetze in einer Gesellschaft von Privatproduzenten sich durchsetzen können: als in den Dingen und Verhältnissen liegendes, vom Wollen oder Laufen der Produzenten unabhängiges .... Indem Herr Dühring dies Gesetz zum Grundgesetz seiner Wirtschaftskommune erhebt und verlangt, daß diese es mit vollem Bewußtsein durchführen soll, macht er das Grundgesetz der bestehenden Gesellschaft zum Grundgesetz seiner Phantasiegesellschaft. Er will die bestehende Gesellschaft, aber ohne ihre Mißstände. Er bewegt sich dabei ganz auf demselben Boden wie Proudhon. Wie dieser will er die Mißstände, die aus der Entwicklung der Warenproduktion zur kapitalistischen Produktion entstanden sind, beseitigen, indem er ihnen gegenüber das Grundgesetz der Warenproduktion geltend macht, dessen Betätigung grade diese Mißstände erzeugt hat. Wie Proudhon will er die wirklichen Konsequenzen des Wertgesetzes aufheben durch phantastische.“ (ebd., S. 291)

All dessen ungeachtet, lesen wir bei einem anderen revisionistischen Theoretiker:

„ ... die Hauptaufgabe der Untersuchung besteht nicht in der Erörterung darüber, ob das Wertgesetz existiert oder nicht, da die Erfahrung seit langem und überzeugend gezeigt hat, daß das Wertgesetz und die Wertkategorien

durchaus existieren, sondern die spezifischen Formen zu studieren, in denen das Wertgesetz auf den verschiedenen Aufbaustufen des Sozialismus erscheint.... Wir wissen, daß der Einstieg unseres Landes in die Periode des umfassenden Aufbaus des Kommunismus eher durch die Erweiterung des Wirkungsbereichs der Wertkategorien als durch deren Einschränkung innerhalb des Landes und in den Beziehungen zwischen den Ländern gekennzeichnet ist.“ (S. Perwuschkin, Planowoje Chosjajstwo [Planwirtschaft], Nr. 7, 1961)

Aber wir wissen jetzt, daß es der letztendliche Zweck der bewußten Anwendung dieses gereinigten Gesetzes des „sozialistischen Werts“ ist, die Gesellschaft noch fester vor den Karren zu spannen, der zum Markt fährt. Die Entwicklungen in Osteuropa und der UdSSR sind ein eloquenter Beweis der unwiderlegbaren Wahrheiten des Marxismus und eine ebenso vielsagende Widerlegung der Behauptungen des auf den „Markt-Sozialismus schöpferisch angewandten Marxismus“. Die bewußte Anwendung dieses „befreiten“, dieses „umgewandelten“ Wertgesetzes führte lediglich zu einer Expansion der Wirkungssphäre des Wertgesetzes, damit zur Privatproduktion und zur Restauration des Kapitalismus, lediglich begleitet von einer sozialistisch verbrämten Phraseologie.

Stalin und das Wertgesetz

Stalin vertrat die Marxsche Position des Wertgesetzes und sagte:

„Der Wert ist, wie auch das Wertgesetz, eine historische Kategorie, die mit der Existenz der Warenproduktion verbunden ist. Mit dem Verschwinden der Warenproduktion verschwinden auch der Wert mit seinen Formen und das Wertgesetz.“ (Die Frage des Wertgesetzes im Sozialismus, Ökonomische Probleme ..., Werke, Bd. XV, S. 274)

„Dort, wo es Waren und Warenproduktion gibt, muß es auch das Wertgesetz geben.“ (ebd., S. 271)

Jenen, die auf die Umformung der Gesetze der Naturwissenschaft oder der Gesetze der politischen Ökonomie spekulierten, antwortete er mit folgenden energischen Worten:

„Der Marxismus faßt die Gesetze der Wissenschaft - ganz gleich, ob es sich um Gesetze der Naturwissenschaft oder um Gesetze der politischen Ökonomie handelt - als die Widerspiegelung objektiver, unabhängig vom Willen der Menschen vor sich gehender Prozesse auf. Die Menschen können diese Gesetze entdecken, sie erkennen, sie erforschen, sie in ihrem Handeln berücksichtigen, sie im Interesse der Gesellschaft ausnutzen, aber sie können diese Gesetze nicht verändern oder aufheben.“ (ebd., S. 256)

„Man sagt, einige bei uns im Sozialismus wirksame ökonomische Gesetze, darunter auch das Wertgesetz, seien auf der Grundlage der Planwirtschaft ‘umgewandelte’ oder sogar ‘grundlegend umgewandelte’ Gesetze. Das stimmt ebenfalls nicht. Man kann Gesetze nicht ‘umwandeln’, geschweige denn ‘grundlegend umwandeln’. Wenn man Gesetze umwandeln kann, so kann man sie auch umstoßen und durch andere ersetzen. Die These von der ‘Umwandlung’ der Gesetze ist ein Überbleibsel der falschen Formel von der ‘Annullierung’ und ‘Aufstellung’ von Gesetzen. Obgleich die Formel von der Umwandlung der ökonomischen Gesetze bei uns schon seit langem in Gebrauch ist, wird man sich im Interesse der Genauigkeit von ihr lossagen müssen. Man kann den Wirkungsbereich dieser oder jener ökonomischen Gesetze einschränken, man kann ihre zerstörenden Wirkungen - natürlich, falls solche vorhanden sind - abwenden, aber man kann sie nicht ‘umwandeln’ oder ‘umstoßen’.“ (ebd., S. 261)

Er fügt hinzu: „Eine der Besonderheiten der politischen Ökonomie besteht darin, daß ihre Gesetze, zum Unterschied von den Gesetzen der Naturwissenschaft, nicht von langer Dauer sind, daß sie, wenigstens die meisten von ihnen, im Verlauf einer bestimmten historischen Periode wirksam sind, worauf sie neuen Gesetzen Platz machen. Aber diese Gesetze werden nicht umgestoßen, sondern verlieren ihre Kraft infolge neuer ökonomischer Bedingungen und treten vom Schauplatz ab, um neuen Gesetzen Platz zu machen, die nicht durch den Willen der Menschen geschaffen werden, sondern auf der Grundlage neuer ökonomischer Bedingungen entstehen.“ (ebd., Seiten 257-58)

Mit anderen Worten, was die in der UdSSR existierende Warenproduktion betrifft, die - wie bereits festgestellt wurde - der Existenz der Produktion in den Kollektivwirtschaften (bei gleichzeitiger Produktion unter dem Gemeineigentum) geschuldet ist, so war es das Ziel, die Sphäre dieser

Warenproduktion und damit diejenige des Wertgesetzes zu beschränken und schließlich die Warenproduktion durch ein System des Produktenaustauschs zu ersetzen. Die Idee einer Transformation der Gesetze der Warenproduktion wurde von Stalin ganz richtig für absurd erklärt.

„Ökonomische Reformen“, welche die Revisionisten nach Stalins Tod in Kraft setzten, wurden in ähnlicher Art auch zu Lebzeiten Stalins vertreten und man suchte sie auch zu verwirklichen. Der Staranwalt dieser Reformen - obwohl nicht der einzige - war Nikolaj Wosnessenski, der 1947 ein Buch unter dem Titel „Die Kriegsökonomie der UdSSR während der Periode des Großen Vaterländischen Krieges“ veröffentlichte. In diesem Buch behauptete er, daß das Wertgesetz als ein Regulator der Produktion in der UdSSR funktioniere (er meinte zumindest, es müsse funktionieren), soll heißen, daß es die Verteilungsverhältnisse der Arbeit zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen bestimme - je rentabler ein Betrieb, desto mehr Arbeit und Investitionen würde angezogen werden. Er trat deshalb dafür ein, daß die Warenpreise ihren Wert widerspiegeln sollten (die Produktionspreise), und bei der Organisation der Produktion legte er großen Wert auf „Kostenrechnung“, die auf der Rentabilität individueller Betriebe und Industrien beruhen sollte, desgleichen auf materiellen Anreizen wie Zuschläge und höhere Löhne für die Belegschaften in einzelnen Betrieben.

Wosnessenskis Thesen waren durchaus nicht nur von akademischem Interesse. Er nutzte seine Position als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und erfreute sich beträchtlicher Rückendeckung seitens höchster Ränge in Partei und Staat sowie einer erklecklichen Zahl hoher Ökonomen wie Gatowski und Leontjew, die öffentlich seine Behauptungen stützten (und die gleichfalls durch die energische Unterstützung der Thesen Libermans an der Durchführung ähnlicher „ökonomischer Reformen“ während der Breshnew-Jahre mitwirkten). Wosnessenski ging daran, eine „ökonomische Reform“ einzuführen, um seinen Thesen Taten folgen zu lassen. Unter dieser „Reform“, die am 1. Januar 1949 in Kraft trat, wurden die Großhandelspreise zwecks Anpassung an ihre Werte (oder Produktionspreise - Kostpreis plus einer Durchschnittsprofitrate) neu festgesetzt - mit dem Resultat, daß sich die Preise vieler grundlegender Produkte über Nacht verdoppelten oder verdreifachten. Innerhalb weniger Wochen nach Einführung der „ökonomischen Reformen“ von Wosnessenski schlugen seine

Opponenten unter der Führung Stalins zurück. Anfang März 1949 wurde Wosnessenski seines Amtes als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission enthoben und im Juli 1949 auch aus der Partei ausgeschlossen. Ende 1949 wurde Wosnessenski übrigens zusammen mit ein paar anderen verhaftet und 1950 in seinem Fall unter anderem angeklagt, geheime Papiere der Staatlichen Plankommission an einen fremden Staat weitergegeben zu haben. Einige der Angeklagten im Zusammenhang mit dieser später als „Leningrader Affaire“ bekannt gewordenen Sache, darunter Wosnessenski, wurden zum Tode verurteilt und am 30. September 1950 hingerichtet. Wosnessenskis „ökonomische Reform“ aus dem Jahre 1949 wurde in zwei Stufen zurückgenommen - am 1. Januar und am 1. Juli 1950.

Stalin widerlegte die Behauptungen Wosnessenskis öffentlich, ohne ihn namentlich zu erwähnen; in seinem letzten, unsterblichen Werk tat er dies mit folgenden Worten:

„Mitunter wird die Frage gestellt: Besteht und wirkt bei uns, in unserer sozialistischen Ordnung, das Wertgesetz?

Ja, es besteht und wirkt. Dort, wo es Waren und Warenproduktion gibt, muß es auch das Wertgesetz geben.“ (ebd., S. 271)

„Bedeutet dies alles jedoch, daß die Wirkungen des Wertgesetzes bei uns den gleichen Spielraum haben wie im Kapitalismus, daß das Wertgesetz bei uns der Regulator der Produktion ist? Nein, das bedeutet es nicht. In der Tat ist der Wirkungsbereich des Wertgesetzes in unserer ökonomischen Ordnung streng begrenzt, sind diesem Wirkungsbereich Schranken gesetzt. Es wurde bereits gesagt, daß der Wirkungsbereich der Warenproduktion in unserer Ordnung begrenzt ist und ihm Schranken gesetzt sind. Das gleiche muß über den Wirkungsbereich des Wertgesetzes gesagt werden. Ohne Zweifel muß das Fehlen des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande den Wirkungsbereich des Wertgesetzes und seine Einwirkung auf die Produktion einschränken.“ (ebd., S. 273)

„Völlig falsch ist auch die Behauptung, daß in unserer gegenwärtigen Ordnung ... das Wertgesetz angeblich die ‘Proportionen’ der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen reguliere.

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns nicht die Leichtindustrie als die rentabelste mit aller Macht entwickelt wird, warum ihr nicht der Vorrang gegeben wird vor der Schwerindustrie, die oftmals weniger rentabel und bisweilen überhaupt nicht rentabel ist.

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns eine Reihe vorläufig noch unrentabler Betriebe der Schwerindustrie ... nicht geschlossen wird und nicht neue Betriebe der zweifellos rentablen Leichtindustrie eröffnet werden ...

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns die Arbeiter aus den wenig rentablen, aber für die Volkswirtschaft sehr notwendigen Betrieben nicht in rentablere Betriebe übergeführt werden im Einklang mit dem Wertgesetz, das angeblich die 'Proportion' der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen reguliert. (...)

(D)as Wertgesetz [kann] nur im Kapitalismus ... Regulator der Produktion sein. (...)

Wenn man die Rentabilität nicht vom Standpunkt einzelner Betriebe oder Produktionszweige betrachtet und nicht den Maßstab eines Jahres anlegt, sondern sie vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft betrachtet und den Maßstab von etwa 10 bis 15 Jahren anlegt, was die einzig richtige Fragestellung wäre, dann steht die zeitweilige und labile Rentabilität einzelner Betriebe oder Produktionszweige in gar keinem Vergleich zu der höheren Form der sicheren und ständigen Rentabilität, die uns die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft gewährleisten, indem sie uns vor den periodischen Wirtschaftskrisen, die die Volkswirtschaft zerrütten und der Gesellschaft gewaltigen materiellen Schaden zufügen, bewahren und uns das ununterbrochene außerordentlich schnelle Wachstum der Volkswirtschaft sichern." (ebd., Seiten 275-76)

Bald nach der Veröffentlichung von Stalins Schrift „Ökonomische Probleme ..." erschien ein von Michail Suslow verfaßter Artikel in der Prawda. Die Zeitung zitierte zum erstenmal aus einem Beschluß des Zentralkomitees, der drei Jahre zuvor im Zusammenhang mit der „Leningrader Affaire" gefaßt wurde - und in dem (wiederum zum erstenmal) bei namentlicher Erwähnung Wosnessenskis Thesen als revisionistisch gebrandmarkt wurden:

„Diese Broschüre von Wosnessenski [„Die Kriegsökonomie der UdSSR ...“] verfehlte völlig die Lösung der Probleme der politischen Ökonomie des Sozialismus und stellte ein Durcheinander voluntaristischer Anschauungen bezüglich der Rolle dar, welche die Pläne und der Staat in der sowjetischen Gesellschaft zu spielen hätten, sowie einen Wertgesetz-Fetischismus, nach dem das Wertgesetz angeblich die Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft der UdSSR beherrsche.“ (M. Suslow in der Prawda vom 24. Dezember 1952)

Der Artikelveröffentlichung von Suslow folgte eine intensive ideologische Kampagne, die gegen die Thesen Wosnessenskis gerichtet war. Vom 9. - 11. Januar kamen annähernd 1000 Ökonomen zu einer Konferenz zusammen, auf der die Irrtümer jener Berufskollegen verurteilt wurden, welche die Behauptungen Wosnessenskis unterstützt hatten. Ein Leitartikel in der Prawda verglich den Kampf gegen die Wosnessenski-Thesen mit jenem, der gegen „ ... die trotzkistischen Abenteurer und die rechten Kapitulanten“ geführt wurde. (Prawda, 12. Januar 1953)

Am 28. Januar benannte die Zeitschrift „Kommunist“ eine Reihe von Ökonomen und Philosophen und rügte sie öffentlich, da sie die Wosnessenski-Thesen unterstützt hatten.

Nach dem Tode Stalins am 5. März 1953 kam die Kampagne gegen die Thesen Wosnessenskis zu einem abrupten Stillstand. Auf dem XX. Parteitag, vier Jahre nach Stalins Tod, fühlten sich Chruschtschow-Revisionisten stark genug, Stalin der „Ermordung“ vieler „guter Kommunisten“ zu beschuldigen, charakterisierten Wosnessenski und Kusnezow als „ ... talentierte und bedeutende Führer“ und rehabilitierten die Verurteilten der „Leningrader Affaire“, welche selbst wiederum als Fälschung dargestellt wurde (siehe Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag).

Revisionistische Propaganda für „Ökonomische Reformen“

Einmal fest im Sattel, unternahmen die Chruschtschow-Revisionisten systematische Schritte, die Errungenschaften des Sozialismus zu negieren und „Ökonomische Reformen“ zu initiieren, die schließlich und endlich zur Restauration des Kapitalismus in der einst ruhmreichen und mächtigen

sozialistischen UdSSR führten. Auf politischem Gebiet starteten sie eine fein abgestimmte Verleumdungskampagne gegen Stalin, die es ihnen ermöglichte, bürgerliche Normen im Namen eines „schöpferischen Marxismus-Leninismus“ einzuführen und den Kampf gegen den „Personenkult“ Stalins aufzunehmen. Da Stalin nach dem Tode Lenins, wie wir bereits ausführlich auf den vorangegangenen Seiten darlegten, standhaft die Sache des Marxismus-Leninismus vertrat und sie dreißig Jahre lang gegen jedermann verteidigte - dreißig Jahre ganz besonderer Erschwernisse, aber auch ganz besonderer Errungenschaften für die Diktatur des Proletariats in der UdSSR - konnte kein einziger Schritt in Richtung bürgerlicher Restauration unternommen werden, ohne den „Stalinismus“, d.h. den Leninismus zu denunzieren. Abgesehen von der Tatsache, daß ihre offizielle Ideologie der Marxismus-Leninismus blieb, waren die Revisionisten auch noch nicht stark genug, um den Knüppel offen und direkt gegen den Leninismus zu schwingen. (Dies wurde erst mit dem Auftauchen Gorbatschows möglich). So ergriffen sie alle ihre anti-marxistischen und anti-leninistischen Maßnahmen unter der Flagge des Anti-Stalinismus. Wir sagten dies alles bereits. Jetzt können selbst Idioten erkennen, daß die Attacken auf die „Stalinsche Diktatur“ lediglich ein Deckmantel für die Angriffe auf die Diktatur des Proletariats waren.

Hand in Hand mit den Verleumdungen gegen Stalin ging die Absetzung zuverlässiger Marxisten-Leninisten (wie Molotow, Kaganowitsch und Beria) von Machtpositionen. Ökonomen wie Evsei Liberman wurden darauf angesetzt, eine Kampagne für „Wirtschaftsreformen“ zu betreiben, die in wachsendem Maße Beifall von offizieller Seite bekamen. Abgesehen von der oben bereits erwähnten Übergabe der Maschinen-Traktoren-Stationen an die Kollektivwirtschaften und dem damit verbundenen breiten Anwachsen der Warenzirkulationssphäre durch das Einbringen riesiger Mengen landwirtschaftlicher Produktionsinstrumente in den Umlauf, führte die Chruschtschow-Administration 1964 ein Pilotprojekt ein, durch welches man die „ökonomischen Reformen“ auf experimenteller Basis auf zwei Bekleidungsfabriken anwandte.

Obwohl Chruschtschow im Oktober 1964 gestürzt wurde und seine Nachfolger - Breshnew und Kossygin - ihn auf eine Null reduzierten, warfen sie dennoch nicht die „ökonomischen Reformen“ über Bord, die während der

Chruschtschow-Jahre eingeleitet wurden. Sie wurden im Gegenteil in großem Umfange intensiviert und untergruben zu gegebener Zeit die sozialistische Grundlage der sowjetischen Gesellschaft durch die systematische Anwendung bürgerlicher Normen: Profit als Produktionsregulator, die Preisreform, durch welche die Preise in erhöhtem Maße die Werte (Produktionspreise) widerspiegeln sollten, die verstärkte Betonung materieller Anreize und die Rentabilität und „Unabhängigkeit“ individueller Betriebe, die für den Markt produzierten und deren Produkte sich im Markt als Waren gegenüberstanden. Dies untergrub die Zentralplanung und machte sie mit der Zeit bedeutungslos. Sobald in der Produktion der Warenform die Vorherrschaft überlassen wird, sind die einzigen ökonomischen Gesetze und Kategorien, die noch irgendeinen ökonomischen Sinn machen, diejenigen der Gesetze und Kategorien des Kapitalismus. Jedes Produktionssystem hat seine eigenen, von ihm untrennbaren Gesetze. Wenn man davon ausgeht, daß der Sozialismus ein System der Warenproduktion ist, wie es die Revisionisten tun, bekommen die Advokaten der „Reformen“ Recht und einen vernünftigen Grund für die Realisierung eines funktionierenden Marktes. In der UdSSR jedoch, mit ihrer fünfundzwanzigjährigen Geschichte der Wirtschaftsplanung, konnte 1956 ein voll funktionsfähiger Markt nicht plötzlich entstehen. Das wäre nicht nur ein politisches Ding der Unmöglichkeit gewesen, sondern auch eine ökonomische Unmöglichkeit. Wäre die umfassend zentralisierte Planwirtschaft über Nacht abgeschafft und wären alle Beschränkungen für den Markt aufgehoben worden, wäre das Ergebnis der ökonomische Kollaps gewesen - und nicht ein funktionierender Markt. Um also einen funktionierenden Markt hervorzubringen, mußte der Markt umsichtig wiederaufgebaut werden:

„In einem derart umfangreichen und komplizierten Organismus wie der sowjetischen Volkswirtschaft wäre es ausgeschlossen, ... radikale Änderungen im Preisbildungssystem einzuführen, bis nicht ein neues System in allen Einzelheiten ausgearbeitet und getestet worden ist. Und vielleicht sollte der gesamte Übergang allmählich vollzogen werden, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen und die Bedingungen dafür reif sind.“ (S. Perwuschkin, Das Wertgesetz und die Preise, Planwirtschaft, 1961, Nr. 7)

Mit diesem Ziel im Hinterkopf machten sich die Revisionisten an die Arbeit, um stufenweise die Bedingungen für einen funktionierenden Markt zu schaffen. Während sie vorgaben, ihre „Wirtschaftsreformen“ zielten auf die

Konsolidierung der Zentralplanung ab, eröffneten die Revisionisten ein wahres propagandistisches Sperrfeuer und denunzierten die zentrale Wirtschaftsplanung als „bürokratisch“, „restriktiv“, „veraltet“ und - natürlich - als Resultat der „Stalinschen Verzerrung des Sozialismus“:

„Diese Unzulänglichkeiten in der Wirtschaftsleitung sollten nicht dadurch beseitigt werden, daß die Planung weiter verkompliziert, detaillierter und noch zentralistischer wird, sondern durch Entwicklung der ökonomischen Initiative und Unabhängigkeit der Betriebe ... Den Betrieben muß eine breitere Initiative ermöglicht werden; sie dürfen nicht durch kleinliche Gängelei und bürokratische Planungsmethoden durch das Zentrum gefesselt werden.“ (E.G. Liberman, Kostenrechnung und materieller Anreiz für Industriebelegschaften, Woprosy Ekonomiki, Nr. 6, 1955)

„Stalin ... der ökonomische Instrumente der Wirtschaftsleitung durch nackte Befehlsverwaltung ersetzte ...

Die Vorschriften für die finanzielle Ressourcenverwendung der Betriebe sollten dort aufgehoben werden, wo sie ausufern und ins einzelne gehen, und den Betrieben sollte mehr Gelegenheit gegeben werden, mit diesen Ressourcen zu manövrieren.“ (L. Gatowski, Die Rolle des Profits in einer sozialistischen Ökonomie, Kommunist, Nr. 18, 1962)

Die „Wirtschaftsreform“ von 1965 und die Unterminierung der Zentralplanung

Nach diesem Propagandafeuer gegen die Zentralplanung beschloß das Zentralkomitee offiziell die „Wirtschaftsreform“ vom September 1969:

„Ein ernster Mangel der industriellen Leitung ist die Tatsache, daß an die Stelle ökonomischer Notwendigkeiten administrative Methoden getreten sind ... Die Befugnisse der Betriebe hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit sind begrenzt.

Die Arbeit der Betriebe ist durch zahlreiche Vorgaben reglementiert, die die Selbständigkeit und Initiative der Betriebsbelegschaften einschränken und ihr Verantwortungsgefühl für die Verbesserung der Produktionsorganisation verringern...

Es wurde für zweckmäßig erachtet, den Überregulierungen der Betriebsaktivitäten ein Ende zu setzen und die Zahl der den Betrieben von oben auferlegten Planvorgaben zu reduzieren.“ (Zentralkomitee der KPdSU, Beschluß „Zur Leitungsverbesserung der Industrie, Vervollkommnung der Planung und Erhöhung ökonomischer Anreize in der Industrieproduktion“)

Es handelte sich jedoch nicht nur um die Erweiterung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit und Initiative der Betriebe - sowie um die Reduzierung der „den Betrieben von oben auferlegten Planvorgaben“, sondern um die Verkürzung der noch verbliebenen Vorgaben auf simple „Richtlinien“. Es gab also keine für die Betriebe verbindlichen Anweisungen mehr, sondern ausschließlich „Richtlinien“, welche die Betriebe befolgen oder allesamt ignorieren konnten:

„Planziffern werden ... in allgemeiner, geschätzter Form aufgestellt und an die Wirtschaftssektoren vergeben. In derselben Form werden sie an die Betriebe weitergegeben, nicht als genaue Direktiven, sondern mehr als Richtlinien für ihre Planaufstellung.“ (E.G. Liberman, Plan, Direktbindungen und Rentabilität, Prawda, 21. November 1965)

Nachdem die Betriebe unter das Regime des so „reformierten“ Systems gebracht wurden, begannen diese ihre eigene Produktion zu planen; dabei bestimmten sie sogar die Art und die Qualität der zu produzierenden Güter. Das Ganze wurde dann von den revisionistischen Ökonomen „Planung von unten“ genannt, und unter den vorherrschenden Bedingungen dieser Art „Planung“ nahm die „zentrale“ Wirtschaftsplanung nun vollständig die Form der Gesamtheit der Wirtschaftspläne all dieser individuellen Betriebe an; und weil die einzelnen Betriebe im Verlauf einer „Planungsperiode“ häufig ihre Pläne änderten, daher der zentrale Wirtschaftsplan von vornherein nicht die geringste Ähnlichkeit mit den Endresultaten aufwies, überrascht es wenig, daß führende Köpfe unter den revisionistischen Ökonomen selbst sagen mußten: „Es ist schier unmöglich, einen Fünfjahrplan zusammenzustellen.“ (A. Komin, Probleme in der Methodologie und Praxis der Preisgestaltungsplanung, Planowoje Chosjajstwo, Nr. 9, 1972)

Gleichfalls kann es wenig überraschen, daß dieselben Revisionisten schon 1972 zugaben, die sowjetische Ökonomie sei aufgrund der „Wirtschaftsreformen“ von Anarchie gekennzeichnet („Unbestimmtheit“ war

ihr Wort dafür, um geflissentlich den für alle anderen verständlichen Ausdruck zu vermeiden):

„Die zentralisierte Planung unter den Bedingungen einer weitreichenden Unabhängigkeit der Betriebe ist auch mit der Notwendigkeit konfrontiert, die durch wachsende Unbestimmtheit gekennzeichnete Ökonomie durch sorgsam ausgearbeitete Methoden zu lenken, durch die statistische Analyse ihrer wahrscheinlichen Abläufe (Stochastik). (A.M. Rumjanzew, Management of the Soviet Economy Today: Basic Principles' in: Soviet Economic Reform: Progress and Problems [Sowjetische Wirtschaftsleitung heute, Grundlegende Prinzipien, aus: Sowjetische Wirtschaftsreform, Fortschritt und Probleme], Moskau, 1972, S. 23)

Da die umfassende zentrale Wirtschaftsplanung demontiert und durch die „Planung von unten" ersetzt wurde, reduzierte sich die Rolle des Staates ausschließlich auf die Aufstellung von Richtlinien und auf Versuche, durch verschiedene ökonomische Hebel wie Kreditvergabe, Zinsrate usw. auf die einzelnen Betriebe einzuwirken. An die Stelle der vom vereinten Proletariat übernommenen Produktion, an die Stelle der gesellschaftlichen Verteilung von Arbeitskraft und Produktionsmitteln in den verschiedenen Produktionszweigen - so wie es früher der Fall war - trat die im Anschluß an die „Wirtschaftsreformen" eingerichtete Produktion, die (gesellschaftlich) aufgebrochen und zersplittert, in wachsendem Maße Privatproduktion wurde, d.h. Warenproduktion. Und wenn Warenproduktion einmal die allgemeine Form der Produktion angenommen hat, kann dies nur kapitalistische Produktion bedeuten. Dies „sozialistische Warenproduktion" zu nennen, ändert die Sache keinen Deut. Wie Stalin nochmals die allgemein bekannte Wahrheit richtig konstatierte: „Die kapitalistische Produktion ist die höchste Form der Warenproduktion." (Ökonomische Probleme ..., Werke, Bd. XV, S. 266)

In seiner Kontroverse mit Jaroschenko kritisierte Stalin diesen, nicht erkannt zu haben, „welches *Ziel* die Gesellschaft der gesellschaftlichen Produktion setzt, welcher *Aufgabe* sie die gesellschaftliche Produktion, sagen wir, im Sozialismus, unterordnet", und er fügt hinzu, „Genosse Jaroschenko vergißt, daß die Menschen nicht um der Produktion willen produzieren, sondern um ihre Bedürfnisse zu befriedigen." (ebd., S. 325, Herv. d. Stalin)

Und weiter: „Das Ziel der kapitalistischen Produktion ist folglich, Profit zu erzielen ... Der Mensch mit seinen Bedürfnissen verschwindet aus dem Gesichtsfeld.“ Andererseits ist das Ziel der sozialistischen Produktion „(d)ie Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft.“ (ebd., S. 326)

Profit als Regulator der Produktion

Wenn der Mensch und seine Bedürfnisse ignoriert werden, wenn Produktion nicht mehr auf der Basis gesellschaftlicher Bedürfnisse zentral geplant wird, wenn eine solche Produktion durch eine Gruppenproduktion mit ihrer „Planung von unten“ ersetzt wird (was zweifellos eine Form privater Produktion ist), dann kann es unter der letzteren nur einen Produktionsregulator geben, nämlich Profit und Rentabilität der Einzelbetriebe (mit anderen Worten: Das Wertgesetz).

„Wir müssen dem Profit und der Rentabilität mehr Bedeutung verleihen“, sagte Nikita Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag. Die „Wirtschaftsreform“ Breshnews und Kossygins erhöhte die Bedeutung des Profits noch weiter als „eines der ökonomischen Instrumente des Sozialismus. Eine beträchtliche Erhöhung seiner Rolle in der sozialistischen Ökonomie ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Kostenrechnungssystem.“ (Leitartikel „Ökonomische Politik und Arbeit für den Kommunismus“, Prawda, 14. Januar 1966)

Und Kostenrechnung (Chosrastschot) wird als Leitungsmethode definiert, um die Rentabilität jedes einzelnen Betriebes zu erreichen. Tatsächlich wird der Profit unter diesem System der ‚Kostenrechnung’ zu einem „Kriterium, das den höchsten Wirkungsgrad des Betriebes darstellt.“ (Trapesnikow, Zur flexiblen ökonomischen Leitung der Betriebe, Prawda, 17. August 1964)

Ein anderer revisionistischer Ökonom fügt noch hinzu: „Das Kostenrechnungssystem veranlaßt jeden Betrieb, einen größeren Profit zu erlangen.“ (Gatowski)

Das Effektivitätskriterium unter dem „Kostenrechnungssystem“ fand seinen Ausdruck in dem, was sowjetische Ökonomen euphemistisch „Rentabilitätsindex“ nannten, d.h. die in einem Prozentsatz auf die gesamten Vermögenswerte berechneten jährlichen Profite eines Betriebes. In

gewöhnlicher Sprache nennt sich das „Profitrate“ - ein Ausdruck, der von revisionistischen Ökonomen zu jener Zeit wegen seiner offensichtlich kapitalistischen Assoziationen und Begriffsinhalte vermieden wurde - und mit denen sie als Erbauer des „Kommunismus“ natürlich nichts zu tun haben konnten! Doch die „sozialistische Profitrate“ der einzelnen Betriebe - in „Rentabilitätsindex“ umgetauft - das war eine ganz andere Sache!

Revisionistische Ökonomen der späten 50er Jahre erhoben bei jeder Gelegenheit die Anschuldigung, Stalin habe nicht nur die Rolle des Profits herabgesetzt, sondern auch die „unveränderlichen“ ökonomischen Gesetze gänzlich mißachtet. Leontjew machte folgenden Ausfall in der *Prawda* vom 10. Juli 1964:

„Das Problem, mit dem wir bei der Entscheidung konfrontiert sind, ob der Profit der Grundmaßstab für die Arbeit eines Betriebes sein soll, kann in nicht geringem Maße der mangelnden Beachtung des unveränderlichen Gesetzes vom sozialistischen Aufbau während der Stalin-Ära zugeschrieben werden. Dieses unveränderliche Gesetz, ungeachtet des Systems, unter welchem es wirkt, ist universell; eine Ökonomie muß mehr produzieren, als in der Produktion verausgabt wird; und es ist dieses Prinzip, wenn es auch in der Vergangenheit unbeachtet blieb, das theoretisch die Akzeptanzgrundlage für Profite in der Sowjetunion heute bildet.“

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Stalin war weit davon entfernt, die objektiven ökonomischen Gesetze (wie oben behauptet) zu mißachten und ging gegen jene auf die Barrikaden, welche die Existenz solcher Gesetze leugneten, auch gegen jene, die dem Sowjetsystem derart wunderbare Kräfte zuschrieben, daß sie das Verschwinden oder die Umformung dieser Gesetze erlauben würden. Ebensowenig betrachtete er die Gesetze der politischen Ökonomie „oder wenigstens die meisten von ihnen“ als permanent und unveränderlich. Wir zitierten ihn schon diesbezüglich - ein nochmaliges Zitieren ist daher nicht notwendig. Wenn Stalin wirklich die „unveränderlichen Gesetze“ ignoriert hätte, nach denen „eine Ökonomie ... mehr produzieren [muß], als in der Produktion verausgabt wird“, wie erklärt sich das gigantische Produktionswachstum in der UdSSR während der Periode des sozialistischen Aufbaus? Die Anerkennung des Prinzips, daß „eine Ökonomie ... mehr produzieren [muß], als in der Produktion verausgabt wird“, führt jedoch keineswegs zwangsläufig zum Rentabilitätsprinzip

einzelner Betriebe, wie von den Weisen der politischen Ökonomie des Revisionismus behauptet wurde. Was tatsächlich auf Stalin zurückzuführen wäre, ist die Tatsache, daß er sich gegen das vom Revisionismus erfundene Gesetz wandte, nämlich gegen die regulierende Funktion des Wertgesetzes in der sozialistischen Produktion. Völlig zu Recht bekämpfte er jene, nach deren Willen das Wertgesetz in der Produktion unter dem Sozialismus als Regulator fungieren sollte - und wir zitierten bereits seine Antwort auf die Vorstellungen jener Leute.

Mit der Durchsetzung der „Wirtschaftsreformen“ sollte - langsam aber sicher - die umfassend zentralisiert geplante Produktion durch die Privatproduktion einzelner Betriebe, die für den Markt produzierten und deren Produkte sich im Markt gegenüberstanden, ersetzt werden. Der Profit (das Wertgesetz, welches ein Gesetz der Warenproduktion darstellt und unter dem Kapitalismus als ein Produktionsregulator fungiert) wurde zu einem Regulator der Produktion in der UdSSR.

Revisionismus und der „sozialistische Markt“

Um den Profit zu realisieren, muß der Produzent einer Ware diese verkaufen. Die Betriebe müssen deshalb ihre Produktion dem Markt für ihre Waren anpassen; denn die Produktionsregulierung durch den Profit (Wertgesetz) ist nichts anderes, als die Regulierung durch den Markt. Ein funktionierender Markt wiederum setzt aber nicht nur die Existenz des Wettbewerbs zwischen den Verkäufern voraus, sondern genauso das Wirken von Angebot und Nachfrage, durch welches das Wertgesetz zur Geltung kommt. Hier nun einige Zitate von maßgeblichen revisionistischen Ökonomen:

„Im Sozialismus ist der Markt... eine Sphäre für den Absatz der Produkte - Produktionsmittel und Konsumgüter, die vom Staat und den Kooperationsbetrieben hergestellt werden.“ (L. Gatowski, Einheit von Plan und Kostenrechnung, aus: Kommunist, Nr. 15, 1965)

„Ohne die Anwendung der Mechanismen eines sozialistischen Marktes ... ist es unmöglich, die Arbeitsweise der Betriebe auf Grundlage der vollständigen Kostenrechnung [Chosrastschot] sicherzustellen.“ (B. Rakizki, Die bürgerliche Interpretation der sowjetischen Wirtschaftsreformen, Woprosy Ekonomiki, Nr. 10, 1965)

„Der Betrieb wird sich um Aufträge bewerben“, schrieb E. Liberman in der Prawda vom 21. November 1965.

„Die Marktnachfrage ... ist der die Größenverhältnisse in der Volkswirtschaft bestimmende Hauptfaktor ...

Da die Warenproduktion unter dem Sozialismus existiert,... wirkt... das objektive Gesetz von Nachfrage und Angebot ... .“ (Gatowski)

„Wir müssen anerkennen, daß ... der Marktmechanismus ... eine regulierende Rolle in der sozialistischen Produktion spielt.“ (L. Konnik, Planung und der Markt, Woprosy Ekonomiki, Nr. 5, 1966)

Und weiter: „Heute ist allgemein anerkannt, daß das Absatzproblem und das der Marktfluktuationen sogar in der geplanten sozialistischen Ökonomie weiterbesteht.“ (ebd.)

Und wir sind uns ganz sicher, daß dieses unaufhörliche Verlangen der Betriebe nach mehr und mehr Profit nur im allerbesten Interesse der Gesellschaft ist:

„Wovon die ganze Gesellschaft profitiert, davon wird auch jedes Produktionskollektiv profitieren.“ (E.G. Liberman, Planning Production and Standards of Long-Term Operation, Woprosy Ekonomiki, Nr. 8, 1962)

Doch im Markt bedeutet „Nachfrage“ eben „effektive Nachfrage“, d.h. die durch Geld gedeckte Nachfrage. In einer Gesellschaft mit einer ungleichen Einkommensverteilung findet die „effektive Nachfrage“ keine Entsprechung zur gesellschaftlichen Nachfrage, hat keinen Bezug zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Mit der Durchführung der „Wirtschaftsreformen“ tauchte dieses Phänomen in der UdSSR auf, und seine Existenz wurde anerkannt:

„Aus der ungleichen Verteilung der Einkommen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen ergibt sich, daß die unteren Einkommensgruppen ihre grundlegenden Bedürfnisse nicht vollständig decken können, während höhere Einkommensgruppen in der Lage sind, die weniger wesentlichen Bedürfnisse zu befriedigen.“ (A.M. Rumjanzew, Management of the Soviet Economy Today: Basic Principles in: Soviet Economic Reform: Progress and Problems [Sowjetische Wirtschaftsleitung heute, Grundlegende Prinzipien, aus:

Sowjetische Wirtschaftsreform, Fortschritt und Probleme], Moskau, 1972, S. 28)

Wenn der Profit zum höchsten Kriterium der Produktion wird, verschwinden die Menschen und ihre Bedürfnisse:

„In seinem Streben nach höheren Profiten für seine Betriebe senkte das Ministerium für die Fleisch- und Milchindustrie der Tadshikischen SSR in den Jahren 1970 und 1971 die Produktion preiswerter Güter, nach denen unverändert Nachfrage in der Bevölkerung bestand, und erhöhte die durch nichts zu rechtfertigende Produktion teurerer Produkte. Im Ergebnis erhielten die Betriebe dieses Ministeriums mehrere Millionen Rubel Profit über den Plan hinaus.“ (S. Starostin und G. Emdin, Der Fünfjahrplan und die sowjetische Lebensweise, Planowoje Chosjajstwo [Planwirtschaft], Nr. 6, 1972)

„Die Ausdehnung des Marktes und wachsender Wettbewerb zwischen den Betrieben in ihrer Jagd nach immer größeren Profiten brachten in ihrem Fahrwasser solche Erscheinungen wie Marktforschung, Geschäftstüchtigkeit und Werbung hervor, wie sie in kapitalistischen Ländern begegnen.

Unter dem neuen System der Planung und der ökonomischen Anreize ... fördert auch die gut plazierte Werbung den Erfolg der Unternehmen ...

Plakate, Aushängeschilder und Schaufenster machen, wie wir wissen, eine Stadt und ihre Straßen attraktiv.“ (W. Russakowa und G. Sudez, Probleme und Ansichten, Vergessen wir nicht die Werbung, Prawda, 19. Februar 1969)

Der arme alte Lenin und der arme alte Stalin wußten nicht, wie man sowjetische Städte und Straßen attraktiv macht. Statt die Städte mit wundervoller kommerzieller Reklame zu schmücken, verstreuten sie wahllos Revolutionsplakate, Gemälde, Statuen und andere Kultur- und Architekturgegenstände in den sowjetischen Städten.

Produktionsbetriebe wurden unter den „Wirtschaftsreformen“ ermutigt, Direktverträge mit Handelseinrichtungen abzuschließen:

„Wir planen, die Umstellung der mit der Massen- und Großproduktion befaßten Genossenschaften und Betriebe auf direkte und langfristige Verbindungen zu vervollkommnen und ihre Beziehungen auf die Grundlage

langfristiger ökonomischer Verträge zu stellen.“ (A.N. Kossygin, Richtlinien zur volkwirtschaftlichen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1976-1980, XXV. Parteitag der KPdSU, Moskau, 1976, Seiten 40-41)

Ein Betrieb, bei dem ein Vertragsbruch festgestellt wurde, war unter dem sowjetischen Vertragsgesetz jetzt genauso wie sein Pendant in einem westlichen Land verpflichtet, Schadenersatzzahlungen zu leisten.

Im Zuge der Wirtschaftsreformen sollten die meisten Betriebe nun ihre Produkte untereinander statt an den Staat verkaufen:

„Die Mehrheit der Industriebetriebe verkaufen ihre Produkte nicht an den Staat, sondern an andere Industriebetriebe oder Handelsorganisationen. Dies repräsentiert den Hauptteil des Binnenmarktes in der Industrie.“ (B. Sucharewski, Der Betrieb und materieller Anreiz, Ekonomitscheskaja Gaseta, Nr. 49, 1965)

„ ... das Kapital“, sagt Marx, ist „nicht eine Sache ..., sondern ein durch Sachen vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen.“ (MEW, Bd. XXIII, S. 793)

In einer Fußnote zu dem obigen Satz gibt Marx eine erhellende Beobachtung aus seinem bereits 1849 geschriebenen Artikel wieder:

„Ein Neger ist ein Neger. In bestimmten Verhältnissen wird er erst zum Sklaven. Eine Baumwollspinnmaschine ist eine Maschine zum Baumwollspinnen. Nur in bestimmten Verhältnissen wird sie zu Kapital. Aus diesen Verhältnissen herausgerissen, ist sie so wenig Kapital, wie Gold an und für sich Geld oder der Zucker der Zuckerpreis ist ... Das Kapital ist ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis. Es ist ein historisches Produktionsverhältnis.“ (ebd., Seiten 793-794)

Und weiter: „Man weiß: Produktions- und Lebensmittel, als Eigentum des unmittelbaren Produzenten, sind kein Kapital. Sie werden Kapital nur unter Bedingungen, worin sie zugleich als Exploitations- und Beherrschungsmittel des Arbeiters dienen. Diese ihre kapitalistische Seele ist aber im Kopfe des politischen Ökonomen so innig mit ihrer stofflichen Substanz vermählt, daß er sie unter allen Umständen Kapital tauft, auch wo sie das grade Gegenteil sind.“ (ebd., S. 794)

Und noch einmal: „Aber das Kapital ist kein Ding, sondern ein bestimmtes, gesellschaftliches, einer bestimmten historischen Gesellschaftsformation angehöriges Produktionsverhältnis, das sich an einem Ding darstellt und diesem Ding einen spezifischen gesellschaftlichen Charakter gibt.

Das Kapital ist nicht die Summe der materiellen und produzierten Produktionsmittel. Das Kapital, das sind die in Kapital verwandelten Produktionsmittel, die an sich so wenig Kapital sind, wie Gold oder Silber an sich Geld ist. Es sind die von einem bestimmten Teil der Gesellschaft monopolisierten Produktionsmittel, die der lebendigen Arbeitskraft gegenüber verselbständigten Produkte und Betätigungsbedingungen eben dieser Arbeitskraft, die durch diesen Gegensatz im Kapital personifiziert werden.“ (ebd., Seiten 822-823)

Produktionsmittel treten unter der revisionistischen „Wirtschaftsreform“ in die Warensphäre ein

Bis in die 50er Jahre wurden den Betrieben die Produktionsmittel zugeteilt, die sie in Übereinstimmung mit den vom Staat erstellten Plänen verwendeten. Entsprechend gingen die Produktionsmittel nicht in die Warenkategorie ein. Darüber hinaus gehörten die Produkte (abgesehen von den Kolchosprodukten) ebenfalls dem Staat. Somit hatten die Betriebe kein Verfügungsrecht über das Produkt:

„Eine Ware ist ein Produkt, das jedem Käufer veräußert werden kann; wenn ein Besitzer es verkauft, verliert er das Eigentumsrecht daran und der Käufer wird zum Eigentümer der Ware, die er verkaufen, verpfänden oder verrotten lassen mag. Fallen die Produktionsmittel in diese Kategorie? Offensichtlich nicht. Erstens werden Produktionsmittel nicht an jeden Käufer ‚verkauft’;... sie werden vom Staat dessen Betrieben nur zur Verfügung gestellt. Zweitens verliert ihr Besitzer - der Staat - keineswegs das Eigentumsrecht an ihnen, wenn er die Produktionsmittel an einen Betrieb übergibt; im Gegenteil, er behält es voll und ganz. Drittens werden Betriebsdirektoren durchaus nicht zu Eigentümern an den Produktionsmitteln, die sie vom sowjetischen Staat erhalten, sondern werden in bezug auf den Gebrauch der Produktionsmittel nach den vom Staat aufgestellten Plänen als Vertreter des Staates betrachtet.

Man wird also sehen, daß die Produktionsmittel in unserem System gewiß nicht in die Kategorie von Waren eingeordnet werden können.“ (op. cit. Stalin, Zit. übersetzt)

In einem solchen von Stalin oben beschriebenen System, welches das vorherrschende System zu jener Zeit in der UdSSR war, konnte die Profitrate eines Betriebes sich kaum verwirklichen. Um sie Wirklichkeit werden zu lassen, fuhren die Wirtschaftstheoretiker des Revisionismus eine Kampagne, deren Forderung darin bestand, daß die Betriebe für ihre Vermögenswerte, d.h. die Produktionsmittel, zahlen sollten:

„Die Zeit ist reif für die Beseitigung einer Situation, in der allen möglichen Produktionseinheiten zur Verfügung gestellte fixe Vermögenswerte überhaupt nicht in Rechnung gestellt werden.“ (W.S. Nemtschikow, Das Planziel und der materielle Anreiz, Prawda, 21.September 1962)

Das Zentralkomitee der KPdSU billigte die Grundsatzentscheidung, daß die Betriebe für die Produktionsmittel zu zahlen hätten.

„Es ist notwendig, zugunsten des Staatsbudgets Abzüge von den Profiten der Betriebe einzuführen, die dem Wert der ihnen überlassenen fixen und zirkulierenden Vermögenswerte entsprechen; mit diesen Abzügen, die als Abgaben aus Produktionsguthaben betrachtet werden ...

In Zukunft stellen Vermögensabgaben den wichtigsten Teil des Staatseinkommens, während andere Zahlungen, einschließlich die Umsatzsteuer, entsprechend an Bedeutung verlieren werden.“ (A.N. Kossygin, Zur Leitungsverbesserung der Industrie, Vervollkommnung der Planung und Erhöhung ökonomischer Anreize in der Industrieproduktion, Iswestija, 28. September 1965)

Anfangs zahlten die Betriebe für ihr Produktionsvermögen durch jährliche Abgaben in die Staatskasse. Nachträglich wurde den Betrieben mit einer alternativen Zahlungsweise erlaubt, die Summe pauschal zu entrichten, mochte diese aus ihrem eigenen Guthaben stammen oder durch Bankanleihen finanziert worden sein. Unter einem System mit Profit als oberstem Maßstab haben die Betriebe auch schließlich jeden Anreiz, für ihr Produktionsvermögen mit einer Pauschalsumme zu zahlen und solange wie möglich veraltete Ausrüstungen zu benutzen, für die sie bereits gezahlt haben.

Die Notwendigkeit der Kreditaufnahme für die Betriebe zur Begleichung ihrer Produktionskosten ergab einen mächtigen Stimulus für ein gewaltiges Aufblähen der Bankkredite und damit die steigende Bedeutung der Zinsrate.

Sogar schon 1965 wurden 40% der zirkulierenden Masse der Betriebsvermögen durch Bankkredite finanziert und dieser Anteil wuchs auf 50% im Jahre 1976.

„Derzeit stammt jeder zweite Rubel des zirkulierenden Industrievermögens aus Krediten, zusammen mit dem Kreditanteil der Landwirtschaft, des Handels und anderer Zweige ist dieser Betrag sogar noch höher.“ (A.N. Kossygin, Richtlinien zurvolkwirtschaftlichen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1976 - 1980, XXV. Parteitag der KPdSU, Moskau, 1976, Seiten 42-43)

So wurde Schritt für Schritt das frühere System, im dem der Staat Eigentümer der Produktionsmittel war und den verschiedenen Betrieben als staatliche Vertretungen (und nicht als Eigentümer) unentgeltlich diese Produktionsmittel zur Nutzung überließ, durch ein System ersetzt, in dem die Betriebe für ihr Produktionsvermögen zahlen mußten und schließlich zu Eigentümern dieser Werte wurden.

Obgleich alle Kredite in der UdSSR durch staatseigene Banken gedeckt waren (durch die Staatsbank der UdSSR - Gosbank SSSR - auf kurzfristige Darlehen spezialisiert, und die Bank für Bauwesen - Strojbank - auf langfristige Baudarlehen spezialisiert), war deren Wirtschaftspolitik kaum von derjenigen zu unterscheiden, die auch von ihren Pendants in der westlichen Welt betrieben wird.

Unter den „Wirtschaftsreformen“ wurden die Produktionsmittel in die Warensphäre erhoben. Nachdem ihre Käufer - die individuellen Betriebe - für sie gezahlt hatten, erwarben sie sich damit die Verfügungsgewalt über diese Produktionsmittel. Bereits im September 1965 versprühte Premier Kossygin sein Lob auf fünf Transportorganisationen, die überzählige Lastkraftwagen und überflüssiges Zubehör verkauft hatten. Er fügte hinzu:

„Durch die Verwendung ... des aus dem Verkauf überschüssiger Ausrüstungen und anderer materieller Werte erworbenen Geldes werden sich die Betriebe breiterer Machtbefugnisse erfreuen können.“ (A.N. Kossygin,

Zur Leitungsverbesserung der Industrie, Vervollkommnung der Planung und Erhöhung ökonomischer Anreize in der Industrieproduktion, op. cit.)

„Der sozialistische Markt für Produktionsmittel ist die Sphäre ..., wo die ökonomischen Beziehungen direkt als Beziehungen zwischen Angebot und Nachfrage wirken und im Akt des Kaufs und Verkaufs von Produktionsmitteln aufgehen.“ (W. Budaragin, The Price Mechanism and Circulating of the Means of Production in: Scientific Reports of Higher Schools: Economic Science [Preismechanismus und Zirkulation der Produktionsmittel, in: Wissenschaftsbericht der Hochschulen: Ökonomische Wissenschaft], Nr. 11, 1971, aus: Probleme der Ökonomie, Bd. XV, Nr. 3, Juli 1972, S. 74)

In der Folge der „Wirtschaftsreformen“ wurde der Ankauf und Verkauf von Produktionsmitteln über Jahre hinweg Großhandelsorganisationen übertragen - und 1971 repräsentierten zwei Drittel des durch den Markt vermittelten Gesamthandelsumsatzes der UdSSR Produktionsmittel (siehe Budaragin, op. cit.)

Laut „Satzung über den Sozialistischen Staatlichen Produktionsbetrieb“ wurden die Eigentumsrechte am Betrieb nun auch seinem Direktor übertragen, der „ ... ohne Vollmacht im eigenen Namen handeln und über das Eigentum sowie das Vermögen des Betriebes verfügen darf.“

Marxismus und Revisionismus über das Verhältnis der Werktätigen zur Arbeit

Das Resultat der „Wirtschaftsreform“ war statt einer Steigerung der Arbeitsproduktivität - das erklärte Ziel dieser Reform - gerade das Gegenteil. Zwischen 1955 und 1965 produzierten die Betriebe bei erhöhter Zufuhr von Produktionsmitteln proportional weniger. Offensichtlich zeitigte die „Wirtschaftsreform“ mit ihren sich leise einschleichenden kapitalistischen Normen den Effekt, die arbeitenden Menschen in der UdSSR von ihrer Tätigkeit zu entfremden. In diesem Zusammenhang kommt man nicht umhin, die zutreffende Beobachtung von Marx besonders hervorzuheben, welcher bezüglich der Haltung der Arbeiter zur Produktion unter dem System der auf ihrer höchsten Stufe betriebenen Warenproduktion unter anderem ausführte, daß der Arbeiter unter dieser Produktionsweise die Produktionsinstrumente

unabhängig von ihm, als fremdes Eigentum, als das Eigentum eines anderen vorfindet, und ihm deswegen die Ökonomie in der Anwendung dieser Produktionsmittel ... als eine gesonderte Operation erscheint, als etwas, das ihn nichts angeht.

Vor der Einführung der „Wirtschaftsreform“ war die diesbezügliche Einstellung der sowjetischen Arbeiter eine gänzlich andere. Sie betrachteten die Produktionsmittel als ihr Eigentum und gingen sorgfältig mit ihnen um; sie waren stolz darauf, Produktionsziele zu erreichen oder sie noch zu übertreffen, denn sie wußten, daß sie für sich selbst, für ihre Kinder und ihre Enkel ein neues Leben erbauen würden; sie wußten, daß sie durch ihre Anstrengungen die Diktatur des Proletariats stärken und zur gleichen Zeit brüderlich und selbstlos die proletarisch-revolutionären sowie nationalen Befreiungskämpfe gegen den Imperialismus im Ausland unterstützen würden. Anders gesagt, sie wurden in ihrer Arbeit von proletarisch-freundschaftlicher Solidarität geleitet, anstatt von gewerblicher Konkurrenz. Durch ihre Produktionsrekorde während der Zeit des sozialistischen Aufbaus bestätigte das Proletariat der UdSSR in der Praxis die Richtigkeit der Marxschen These, daß die Abschaffung des Marktes im Sozialismus nicht etwa Ineffektivität und Verschwendung verursachen würde, sondern gerade durch die Befreiung von der mit dem Marktsystem untrennbar verbundenen Verschwendung - im Gegenteil - nur zu größerer Effektivität führen könne. Während unter dem Kapitalismus nur ein winziger Teil der Bevölkerung, nämlich die kapitalistischen Räuberbarone Interesse an der Produktionseffektivität zeigen (für die Masse der Werktätigen heißt eine solche Effektivität nur intensivierte Ausbeutung der Arbeitskraft), vermittelt der Sozialismus dadurch, daß er die Produktionsverhältnisse grundlegend ändert, sie in Einklang mit den Produktivkräften bringt und die klassenmäßige Ausbeutung beseitigt, den Arbeitern ein fortgesetztes Interesse hinsichtlich der Arbeitsproduktivität - ein dauerhaftes Interesse an wachsender Produktionseffektivität. Genau darin liegt die Bedeutung der wissenschaftlich begründeten Schlußfolgerung von Marx, daß der Sozialismus das Resultat der miteinander in Widerspruch geratenen Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte ist, die ersteren zu einem Hemmschuh für die letzteren werden. Der Sozialismus als ein System, das für den Gebrauch - und nicht für den Markt und für den Profit - produziert, ist von Verwerfungen durch periodisch auftretende Krisen befreit,

die unter dem Kapitalismus unvermeidlich sind. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktion, schreibt Marx:

„ ... Soweit diese Produktionsmittel im kapitalistischen Produktionsprozeß zugleich Exploitationsmittel der Arbeit sind, kümmert die relative Wohlfeilheit oder Kostspieligkeit dieser Exploitationsmittel den Arbeiter ebensowenig, wie es ein Pferd kümmert, ob es mit einem teuere oder wohlfeilen Gebiß und Zaum regiert wird.

... verhält sich... der Arbeiter in der Tat zu dem gesellschaftlichen Charakter seiner Arbeit, zu ihrer Kombination mit der Arbeit andrer für einen gemeinsamen Zweck, als zu einer ihm fremden Macht; die Verwirklichungsbedingungen dieser Kombination sind ihm fremdes Eigentum, dessen Verschleuderung ihm völlig gleichgültig wäre, würde er nicht zur Ökonomisierung desselben gezwungen. Ganz anders ist dies in den den Arbeitern selbst gehörigen Fabriken ... “ (MEW, Bd. XXIII, Seiten 95-96)

Kalinin, der ehemalige sowjetische Präsident, drückte diese bestätigte Marxsche These 1940 in folgenden Worten aus:

„Hat der Mensch früher, vor der sowjetischen Gesellschaftsordnung, gut gearbeitet, so hat er damit objektiv dem Kapitalismus geholfen, hat er sich selber und die Arbeiterklasse als Ganzes noch fester an die Sklavenketten geschmiedet. Arbeitet ein Mensch heute, in der sozialistischen Gesellschaft, gut, so stellt er sich damit auf die Seite des Sozialismus und ebnet durch seine Leistungen nicht nur den Weg zum Kommunismus, sondern zerbricht auch die Sklavenketten des Weltproletariats. Er wird zu einem aktiven Kämpfer für den Kommunismus.“ (M.I. Kalinin, Über Erziehung zu kommunistischem Bewußtsein, Über kommunistische Erziehung, Referat auf einer Tagung des Moskauer Parteiaktivs, 2. Oktober 1940, Seiten 156-157)

In der Zeit vor der Entstehung des modernen (Chruschtschow-)Revisionismus war der obige Lehrsatz des Marxismus in bezug auf die Haltung der Arbeiterklasse zur Produktion in Arbeiterkreisen allgemein anerkannt, und Marxisten kümmerten sich herzlich wenig um solche bürgerlichen Argumente à la von Mises, effektive Wirtschaftskalkulation sei ohne den „Markt“ nicht möglich. Nur Renegaten des Marxismus (wie Kautsky, Trotzki, etc.) wiederholten in ihren Kampagnen gegen den sozialistischen Aufbau der UdSSR von Mises‘ Behauptung. Mit dem Erscheinen des modernen

Revisionismus allerdings wurde die von-Mises-These übernommen und in allen revisionistischen Ländern weiter ausgebaut; währenddessen wurde die marxistische Position stets als dogmatischer „Stalinismus“ hingestellt.

Die revisionistische Position hinsichtlich der Haltung der Arbeiterklasse zur Produktion unter dem Sozialismus stellt das genaue Gegenteil der marxistischen Position dar. Die eindeutigste revisionistische Aussage zu dieser Frage findet sich in Ota Siks Schrift „Sozialistische Marktbeziehungen und Planung“, auf die wir uns oben bezogen haben - (Seiten 139-142).

Der Marxismus erklärt, daß die Gesellschaft am Tage nach der proletarischen Revolution „ ... in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.“ (BML, Kritik des Gothaer Programms, S. 23)

Deswegen ist es die Aufgabe des Sozialismus (eine Übergangsstufe zwischen Kapitalismus und Kommunismus), die Transformation der bürgerlichen Gesellschaft zur kommunistischen Gesellschaft zu vollenden. Es war schon immer der marxistische Standpunkt, daß die unmittelbar nach der Revolution noch relativ schwachen kommunistischen Kräfte mit jedem Sieg beim sozialistischen Aufbau erstarken und mit den Fortschritten und Triumphen des Sozialismus die kommunistische Einstellung zur Arbeit sich fest verankert und verbreitert.

Nach den Behauptungen revisionistischer Theoretiker der politischen Ökonomie - den Siks - erweise sich die kommunistische Einstellung zur Arbeit als kurzlebig, das Verhältnis der Werktätigen zur Produktion unter dem Sozialismus sei nicht wesentlich von dem zu unterscheiden, welches im Kapitalismus vorherrsche. Der anfängliche Enthusiasmus der Arbeiter sei nur auf die allgemeine Begeisterung in revolutionären Zeiten zurückzuführen und würde sehr schnell versiegen. Dieser Enthusiasmus seitens ungebildeter, unwissender Massen könne nicht als echtes sozialistisches Bewußtsein bezeichnet werden, weswegen diese Massen eine „gründliche theoretische Schulung“ benötigten. So sei solch ein Bewußtsein lediglich auf einen „verhältnismäßig kleinen Kreis der Gemeinschaft“ beschränkt - auf die Intelligenz und die Leitung. Aber selbst dieses „sozialistische Bewußtsein“ würde diesen erlesenen Kreis nicht zur Arbeit für die Gesellschaft bewegen,

ohne dabei an eine persönliche Belohnung zu denken, denn diese Elite verstünde es, ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Sozialismus, sagt Sik, ist „ ... *Produktion spezifischer Güter in einzelnen, relativ unabhängig produzierenden und entscheidenden Gruppen*, in denen Menschen assoziiert sind, um für einander zu produzieren und gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen ... *Dennoch kann die Arbeit noch nicht das erste Bedürfnis des Menschen sein*.

„ ... in einer allgemeinen Gesetzmäßigkeit verausgaben die Menschen ihre Arbeitskraft für andere in erster Linie deswegen, *weil Arbeit die Bedingung dafür ist, die von ihnen selbst benötigten Gebrauchswerte von anderen zu bekommen*.

„ ... In den auf die Revolution unmittelbar folgenden Jahren arbeiteten die Menschen ohne Zweifel mit Enthusiasmus ... Danach, im Laufe der Zeit... wurde die Arbeit Routinesache. Die jüngere Generation, die keine Erfahrung mit dem Übergang [vom Kapitalismus zum Sozialismus] gemacht hatte und nun bestrebt war, ihre Arbeit und deren Resultate ... mit der Situation in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu vergleichen, ist nicht in der Lage, den postrevolutionären Enthusiasmus heraufzubeschwören und sich mit Dingen zu beschäftigen, die sie nicht befriedigen können.“

Und weiter: „Für ein gründliches *Verständnis* des veränderten Charakters der Arbeit im Sozialismus im Vergleich zum Kapitalismus brauchen wir eine gründliche theoretische Schulung; das schließt das Begreifen des Inhalts der marxistischen politischen Ökonomie ein, ganz zu schweigen von anderen Sozialwissenschaften. Ein solches Verständnis ist naturgemäß weiterhin nur für einen verhältnismäßig kleinen Kreis der Gemeinschaft erreichbar...

... Selbst ein tiefes Verständnis der Veränderung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit im Sozialismus bedeutet aber nicht die optimale Umsetzung zugunsten der Gesellschaft ... Die Arbeit selbst ändert sich jedoch nicht in dem Sinne, daß monotone und uninteressante oder sehr angestrengte Arbeit auch für gesellschaftsbewußte Menschen deren erstes Bedürfnis oder Interesse werden würde ...

... sie werden bei ihrer täglichen Arbeit nicht durch andere Überlegungen motiviert sein als durch diejenigen, von denen sich die Mehrzahl ihrer Kollegen leiten läßt...

Enthusiasmus, in manchen Fällen ohne höheres Verständnis, schlägt sich ... in Arbeit nieder, für die keine persönliche Entschädigung erwartet wird. Doch eine solche Arbeit ... kann nur eine kurzlebige Ausnahmeerscheinung auf der sozialistischen Entwicklungsstufe sein und kann die lebenswichtige Rolle der Konsumtion nicht ausschließen, die durch materiellen Lohn vermittelt wirkt und den generellen Anreiz unter dem Sozialismus darstellt."

In Anbetracht der obigen Auslassungen überrascht es nicht, daß der Arbeitsenthusiasmus der Massen gefesselt und von selbstsüchtigen, gierigen und heuchlerischen bürgerlichen Intellektuellen und Kapitalismusrestauratoren ausgebeutet wurde, die sich ihren Weg auf einflußreiche Positionen und Regierungsstellen erschlichen hatten. Wenn diese Parasiten nach jahrelanger Sabotage der sozialistischen Ökonomie, nach Jahren „ökonomischer Reformen", die in ihrem Schlepptau bürgerliche Produktionsmaßstäbe führten, mit dem Profit (Wertgesetz) als Hauptkriterium und Produktionsregulator, einer enorm ausgedehnten Warenproduktions- und Warenzirkulationssphäre, es fertigbrachten, die Revolution zu einem qualvollen Stillstand zu bringen, wich ganz selbstverständlich dieser Arbeitsenthusiasmus, den die werktätigen Massen während der sozialistischen Aufbauperiode, auch während des Krieges und nach dem Krieg an den Tag legten, einer Apathie. Es bedurfte allerdings noch geraumer Zeit, bis dieser für den Sozialismus so charakteristische Arbeitsenthusiasmus, jener Apathie Platz machte. Trotz all der von revisionistischen „Wirtschaftsreformern" eingebrachten Fäulnis, trotz aller politischen Verzerrungen, ließen dennoch die sowjetischen Arbeiter von Zeit zu Zeit einen solchen Arbeitsenthusiasmus aufblitzen, wie beim Bau der sibirischen Gaspipeline [oder bei Baubeginn der Bajkal-Amur-Magistrale - d. Hrsg.].

Es wäre auch erstaunlich, wenn es anders wäre, denn die Arbeit, die ja an sich keineswegs etwas Bedrückendes ist, wird gelegentlich durch die physischen, aber immer durch die gesellschaftlichen Bedingungen bestimmt, unter denen sie ausgeführt werden muß. Unter dem Kapitalismus, sogar dort, wo die physische Seite der Arbeit nicht erdrückend wirkt, macht das Bewußtsein des Arbeiters, die fast instinktive Erkenntnis, daß er für eine fremde Macht

arbeitet, für die Profite der Ausbeuterklasse, daß er im Arbeitsprozeß durch harte Arbeit seine Arbeitskollegen und sich selbst aus dem Job werfen kann, die Arbeit zur Tyrannei.

Sind die gesellschaftlichen Bedingungen für die Ausbeutung einmal beseitigt, was mit dem Sieg der proletarischen Revolution der Fall ist, muß die Erkenntnis des Arbeiters, daß er nicht mehr für die Profiterhöhung einer feindlichen Ausbeuterklasse arbeitet, neben dem natürlichen Reiz der Arbeit, zwangsläufig zu einer Revolution in seinem Verhältnis zur Arbeit führen. Die Geschichte des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR, bei dem die Arbeiterklasse durch ihren Arbeitsheroismus wahre Wunder vollbrachte, liefert den Beweis dafür.

Sik und andere Revisionisten, die diese Wahrheit leugnen, beweisen damit nur ihre bürgerliche Betrachtungsweise des Lebens, denn wie Proudhon - und nach den Worten von Marx - kann er sich keine Gesellschaft vorstellen, in welcher der Mensch aufgehört hat, Bourgeois zu sein.

Daß die revisionistischen Theoretiker vollständig mit dem Leninismus gebrochen hatten, sowohl in Bezug auf die Frage zum Verhältnis der Werktätigen zur Arbeit als auch bei unzähligen anderen Punkten, wird durch die folgenden Äußerungen Lenins klar:

„Kommunistische Arbeit im engeren und genauen Sinne des Wortes ist unbezahlte Arbeit zum Nutzen der Gesellschaft, die man leistet, nicht um eine bestimmte Dienstpflicht zu erfüllen, nicht um Anspruch auf bestimmte Produkte zu erhalten, Arbeit, die nicht nach vorher festgelegten, gesetzlichen Normen geleistet wird, sondern freiwillige Arbeit, Arbeit ohne Norm, Arbeit, die geleistet wird, ohne auf Entlohnung zu rechnen, ohne die Bedingung der Entlohnung, aus der Gewohnheit, für das Gemeinwohl zu arbeiten, und aus der (zur Gewohnheit gewordenen) Erkenntnis von der Notwendigkeit der Arbeit für das Gemeinwohl, Arbeit als Bedürfnis eines gesunden Organismus.“ (Von der Zerstörung einer jahrhundertealten Ordnung zur Schaffung einer neuen, Ges. Werke, Bd. XXX, S. 510)

Nach der oben beschriebenen kommunistischen Arbeitsauffassung erklärt Lenin, daß die Entwicklung einer solchen Auffassung „eine überaus wichtige Frage des sozialistischen Aufbaus“ (ebd., S. 509) sei.

Ohne die Entfaltung der kommunistischen Arbeit kann die sozialistische Gesellschaft ihr Ziel des Kommunismus nicht erreichen. Als sich 1919, mitten in Hunger, Elend und Ruin, verursacht vom imperialistischem Krieg und imperialistischer Intervention gegen die junge Sowjetrepublik, die Subbotnik-Bewegung entfaltete (die Samstag-Bewegung erhielt ihren Namen durch die unentgeltliche Samstagsarbeit der Werktätigen), begrüßte Lenin freudig die spontane Entwicklung der kommunistischen Arbeiterbewegung als einen „Anfang von ungewöhnlich großer Tragweite“ (Die große Initiative, Ges. Werke, Bd. XXIX, S. 399).

„Die Herren Bourgeois und ihre Schleppenträger... lachen über die geringe Zahl der Subbotniks im Vergleich zu den massenhaften Fällen von Unterschlagung und Müßiggang, sinkender Produktivität, des Verderbens von Rohstoffen und Produkten usw.“ (ebd., S. 414), aber „ ... diese hungernden Arbeiter, umgeben von einer Atmosphäre böswilliger konterrevolutionärer Agitation der Bourgeoisie, der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, ‘kommunistische Subbotniks’, leisten *ohne jede Bezahlung* Überstundenarbeit und erreichen eine *ungeheure Erhöhung der Arbeitsproduktivität*, obwohl sie müde, abgerackert, durch Unterernährung erschöpft sind. Ist das etwa nicht das größte Heldentum? Ist das etwa nicht der Anfang einer Wendung, der weltgeschichtliche Bedeutung zukommt?“ (ebd., S. 416, Herv. d. Lenin)

Er rief dann zur Mobilisierung gemeinsamer Anstrengungen auf, die Entwicklung dieser „Keime des Neuen“ des Kommunismus zu fördern:

„Wir müssen die Keime des Neuen sorgfältig untersuchen, ihnen die größte Aufmerksamkeit entgegenbringen, mit allen Mitteln ihr Wachstum fördern und diese schwachen Keime ‘hegen und pflegen’. Es ist unvermeidlich, daß einige von ihnen zugrunde gehen werden. ... Nicht darauf kommt es an. Worauf es ankommt, das ist die Unterstützung aller und jeder Keime des Neuen, von denen das Leben die lebensfähigsten auslesen wird.“ (ebd., S. 415)

Er fährt fort: Sozialismus „ist eine Sache der Umformung der ureigenen Gewohnheiten des Menschen, Gewohnheiten, die sehr lange Zeit durch das verfluchte Privateigentum an Produktionsmitteln besudelt und entweiht wurden, ebenso wie durch die Atmosphäre des kleinlichen Gezänks, des Mißtrauens, der Feindseligkeit, der Uneinigkeit und gegenseitiger Intrigen,

die von der kleinen individuellen Privatwirtschaft unvermeidlich - und ständig - hervorgebracht wird.

Wir werden daran arbeiten, diese verfluchte Regel ‚Jeder für sich und Gott allein für uns alle' mit der Wurzel auszureißen, die Gewohnheit auszurotten, die Arbeit nur als eine Pflicht zu betrachten und nur eine Arbeit als legitim zu betrachten, für die mit einem bestimmten Betrag gezahlt wird. Wir werden daran arbeiten ... stufenweise aber beharrlich, kommunistische Disziplin und kommunistische Arbeit einzuführen." (Zit. übersetzt)

Jedoch den Siks der revisionistischen Welt erschienen solche Dinge wie die Subbotnik-Bewegung nicht als junge Triebe der neu entstehenden sozialistischen Gesellschaft - Schößlinge, die mit jedem Sieg des Sozialismus stärker werden sollten -, sondern als vorübergehende Phänomene, die durch die oberflächlichen Nebeneffekte der Revolution bei den ignoranten Arbeitermassen Enthusiasmus erzeugten. Nach diesen Gelehrten wird das Wachstum des Sozialismus diese Triebe zerstören statt stärken und an ihrer Stelle ein anständiges System der materiellen Belohnung setzen.

Produktionspreise unter dem Kapitalismus und dem „Markt-Sozialismus"

Im Kapitalismus verkaufen sich die Waren nicht einfach zu ihrem Wert - wäre dies der Fall, würden die Industrien mit der meisten lebendigen Arbeitskraft (den größten variablen Kapitalanteilen) ständig höhere Profite erlangen (da allein die Arbeitskraft Wert schafft) als Industrien, die weniger Arbeitskraft anwenden. Doch kein Kapitalist ist mit weniger als dem Durchschnittsprofit zufrieden. Kapitalinvestition ist beständig auf Profitratenjagd. Je höher die Profitrate in einer Industrie, desto höher die Investition in sie - und umgekehrt. Diese ständige Bewegung, die Konkurrenz unzähliger Kapitale, bewirkt die Ausgleichungstendenz des Profits auf investiertes Kapital in allen Produktionszweigen, ungeachtet ihrer „organischen Zusammensetzung" (das Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital). Dies findet durch „Produktionspreise" statt (d.h. der Kostpreis plus einem Durchschnittsprofit).

„Die ganze Schwierigkeit kommt dadurch hinein, daß die Waren nicht einfach als Waren ausgetauscht werden, sondern als Produkt von Kapitalen, die im Verhältnis zu ihrer Größe, oder bei gleicher Größe, gleiche Teilnahme an der

Gesamtmasse des Mehrwerts beanspruchen.“ (MEW, Bd. XXIII, Seiten 184-185)

„Die verschiednen Kapitalisten verhalten sich hier, soweit der Profit in Betracht kommt, als bloße Aktionäre einer Aktiengesellschaft, worin die Anteile am Profit gleichmäßig pro 100 verteilt werden und daher für die verschiednen Kapitalisten sich nur unterscheiden nach der Größe des von jedem in das Gesamtunternehmen gesteckten Kapitals, nach seiner verhältnismäßigen Beteiligung am Gesamtunternehmen, nach der Zahl seiner Aktien ... Seine Kostpreise sind spezifisch. Der Profitzuschlag auf diesen Kostpreis ist unabhängig von seiner besondren Produktionssphäre, ist einfacher Durchschnitt pro 100 des vorgeschoßnen Kapitals.“ (ebd., Seiten 168/ 169)

Zum Gesetz des Durchschnittsprofits jedoch sagt Marx, „Es ist überhaupt bei der ganzen kapitalistischen Produktion immer nur in einer sehr verwickelten und annähernden Weise, als nie festzustellender Durchschnitt ewiger Schwankungen, daß sich das allgemeine Gesetz als die beherrschende Tendenz durchsetzt, (ebd., S. 171)

Bis zum Triumph des Chruschtschow-Revisionismus wurde der Marxsche Lehrsatz, nach welchem die Produktionspreise und das Gesetz des Durchschnittsprofits charakteristisch für die kapitalistische Produktionsweise sind, nicht angetastet. Gleichfalls unwidersprochen blieb die Auffassung, daß das Gesetz der Produktionspreise im Sozialismus unwirksam ist. Im „Markt-Sozialismus“ jedoch müssen diese Kategorien (die Produktionspreise und das Gesetz des Durchschnittsprofits) ebenfalls in Erscheinung treten, andernfalls müßten Betriebe mit überdurchschnittlich hoher organischer Zusammensetzung (ein höherer Anteil der Maschinerie in Relation zur Arbeitskraft) letztlich unterdurchschnittliche Profite erzielen.

Vor der „Wirtschaftsreform“ war es nicht von Belang, ob ein einzelner Betrieb in dieser Hinsicht einen Verlust machte oder weniger als die Durchschnittsprofitrate erreichte, da jeder Betrieb als Teil des staatlichen Produktionsplans mit der gesellschaftlich notwendigen Produktion befaßt war. Kein Betrieb mußte die Verantwortung für seine Kapitalinvestitionen aus den eigenen Verkaufsumsätzen tragen. Auch war die Entlohnung seiner Belegschaft nicht vom Profit abhängig. Nach der „Wirtschaftsreform“ ergab

sich jedoch die absolut unsinnige Situation, daß ein Betrieb gezwungen worden wäre, aufgrund der organischen Zusammensetzung seines Betriebskapitals einen unterdurchschnittlichen Profit zu erzielen. Und Profite können nur über die Produktionspreise ausgeglichen werden. Nicht nur Sik, sondern auch die sowjetischen Revisionisten waren hier zur Wahrheit gezwungen und gaben zu:

„Wenn wir den Warencharakter der Produktion als eines der allgemeinen Merkmale einer sozialistischen Ökonomie anerkennen, erhebt sich logischerweise ein neuer Standpunkt hinsichtlich der Preise als eine Grundkategorie der Warenproduktion ... Die ursprüngliche Preisbildung muß danach streben, die Einzelinteressen der produzierenden Gruppen in einem bestimmten Betrieb mit den Interessen der Konsumenten und durch sie mit den Interessen der gesamten Gesellschaft in Einklang zu bringen. Das ist ein Produktionspreis, der die tatsächlichen Produktionskosten und den Durchschnittsprofit abdeckt.“ (The Problems of Commodity Relations in a Socialist Economy [Die Probleme der Warenbeziehungen in einer sozialistischen Ökonomie], 1964, S. 365)

Libermans Vorschlag von 1956, daß der Maßstab der Produktionseffektivität „nur ein einziger Index - Rentabilität sein solle, „statt verschiedener Indizes der Produktionskosten“ (Kommunist, 1956, Nr. 1), hieß nur, daß er sich auf den Produktionspreis festlegte.

Wir wissen, daß nur die Arbeitskraft Wert schafft. Es gibt allerdings zwei Wege, den durch die Arbeit produzierten Überschuß zu messen. Wenn 100 £ in Arbeitslohn verausgabt 100 £ Mehrwert ergibt, erhält man - das letztere direkt auf den ersteren bezogen - eine „Surplusrate“ von 100 % - von Marx Rate des Mehrwerts [oder Mehrwertrate] genannt. Kein Kapitalist wird jedoch seine Profitrate auf diese Weise ermitteln. Er wird den Mehrwert aufgrund seines angewandten Gesamtkapitals errechnen (d.h. des variablen Kapitals - welches für den Kauf der allein Wert schaffenden Arbeitskraft verausgabt wird - plus des konstanten Kapitals - das für Maschinen, Rohstoffe, etc. ausgelegt wird und welches absolut keinen Wert produziert). Wenn also der Kapitalist im obigen Beispiel 900 £ für konstantes Kapital ausgeben muß, um Arbeitskraft anzuwenden, die er für 100 £ gekauft hat, wird die „Surplusrate“ auf 10% fallen; und letztere bildet eben die Profitrate, welche im Marktsystem den einzig vernünftigen Effektivitätsmaßstab darstellt.

Libermans Kritiker in der UdSSR brachten gegen seine obige Anregung vor:

„Gen. Liberman betrachtet diesen Index (Profit) als das Verhältnis des Nettoprofits zur Summe der beweglichen und fixen Vermögenswerte ... Dieser Index, der in kapitalistischen Ländern breite Anwendung findet ... ist nichts mehr und nichts weniger als die auf das investierte Kapital berechnete Profitrate ...“ (I. Kasizki, Die Hauptfrage, Woprosy Ekonomiki, 1962, Nr. 11)

Ein anderer Kritiker, Swerjew, stellte fest, daß Libermans „Verständnis von Rentabilität und Profit allgemein anerkannten theoretischen Auffassungen widerspricht, nach denen der Profit den Hauptteil des Mehrprodukts bildet, welches durch die Mehrarbeit der Arbeiter erschaffen wird. Nach der Auffassung E. Libermans scheint es so, als ob der Profit nicht nur durch die Arbeit der Werktätigen, sondern auch durch fixe und zirkulierende Vermögenswerte geschaffen werden würde. Es ist wohl kaum notwendig, eine solche ‘Theorie’ als falsch nachzuweisen ... die Vorstellung des Autors führt zu dem Schluß, daß die ... Grundlage für die Preisbildung in einer sozialistischen Planwirtschaft der Produktionspreis sein sollte, welcher für das kapitalistische Wirtschaftssystem charakteristisch ist.“ (Gegen die Übersimplifizierung)

Obgleich die Kritiker Libermans ganz richtig hervorhoben, daß seine These den Profit auf kapitalistische Weise bestimmt und die Produktionspreise einschließt, war die Basis ihrer Kritik nur gefühlsmäßiger Natur, da sie - wie Liberman - den „Markt-Sozialismus“ mit seiner Warenproduktion insgesamt akzeptierten. Der einzige Weg solcherlei unangebrachte Sentimentalität zu vermeiden, wäre die Kampfansage gegen die gesamte Grundlage des „Markt-Sozialismus“ gewesen.

Nur wenig später schrieb Leontjew:

„Eine Analyse der Waren als Produkte der sozialistischen Produktion zwingt dazu, daß *ihre Preise bei angemessener Betrachtung der Produkte am Kapital-Ertrag-Verhältnis* festgemacht werden müssen oder, wie - vielleicht nicht ganz passend - Ökonomen sagen, durch ihre ‘Produktionspreisformer. *Die Berücksichtigung des Kapital-Ertrag-Verhältnisses bei der Preisbildung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Produktionsauslagen*. Die Notwendigkeit für Produktionsauslagen anerkennen und die notwendige Berücksichtigung des Kapital-Ertrag-Verhältnisses in den Preisen ablehnen,

das kommt, gelinde gesagt, der Festschreibung einer Inkonsequenz gleich.“ (Der Plan und Methoden der Wirtschaftsleitung, Prawda, 7. September 1964)

Und weiter: „Marx gab eine Analyse der Ware als ein Produkt der kapitalistischen Produktion und er zeigte auf, daß der Preis einer solchen Ware nicht direkt durch ihren Wert bestimmt ist, sondern durch seine abgewandelte Form - den Produktionspreis. Eine Analyse der Waren als Produkte einer sozialistischen Produktion ergibt unzweifelhaft, daß ihre Preise ... durch die ‚Produktionspreisformel’ fixiert werden müssen, (ebd.)

Nowoshilow, ein weiterer prominenter revisionistischer Theoretiker jener Zeit, setzte sich ebenfalls für den Produktionspreis ein, wenngleich in einem Stil, der von der BICO [Britisch-Irische Kommunistische Organisation - d. Hrsg.] ganz richtig als „schwerfälliger Obskurantismus“ beschrieben wurde. In Kosten-Nutzen-Vergleiche in der sozialistischen Ökonomie (1959, englische Übersetzung nach W. Nemtschinow und A. Nove (Hrsg.) Die Anwendung der Mathematik in der Ökonomie, 1964) hob er zuerst die Zwiespältigkeit zwischen Theorie und Praxis in der russischen Ökonomie hervor und erklärte, daß zwar die Theorie vertreten werde, die Arbeit sei die einzige Quelle des Werts, in der Praxis jedoch das konstante Kapital (oder sein Mangel) als Quelle des Werts angesehen werde. „ ... in der Praxis wird bedenkenlos der Mangel als ein Faktor angesehen, der die Kosten erhöht.“ (S. 134) Ausgehend davon, daß dieser Mangel in der gleichen Weise berechnet wird wie die Arbeitsauslagen und daß diese Berechnung sich auf die Effektivitätserhöhung des „sozialistischen“ Marktes auswirkt, werden diese nicht auf eine bestimmte *gesellschaftliche* Organisation der Produktion zurückgeführt, nicht etwa auf die Produktionsverhältnisse, sondern auf einen bestimmten Entwicklungsgrad der Produktivkräfte selbst - es wird sogar angedeutet, daß sie von „Gesetzen der Mathematik“ hergeleitet sind.

„Es folgt daher, daß der Produktionspreis nicht nur in der kapitalistischen Konkurrenz wurzelt; er hat noch eine andere, solidere Basis“ [d.h., daß die Waren nicht nur durch Arbeit, sondern durch das angewandte Gesamtkapital produziert werden],

„Dies enthüllt den tiefen Ursprung des Produktionspreises, eine Grundlage, die nicht nur in einer kapitalistischen Ökonomie, sondern gleichfalls in einer kommunistischen existiert. Dann nämlich geht beides, sowohl die

Produktionsinstrumente als auch die Arbeit, materiell in den eigentlichen Arbeitsprozeß ein ...

Der Produktionspreis ist ein Resultat der Konkurrenz. Konkurrenz wird jedoch durch die objektiven Bedingungen der gesellschaftlichen Ökonomie erzeugt und führt deshalb zu gesellschaftlich bedeutenden Konsequenzen ...

... aus der Sicht des Kapitalisten muß jeder in Kapital investierte Rubel den gleichen Profit abwerfen. Vom gesellschaftlichen Standpunkt aus betrachtet ist jeder einzelne investierte Rubel gleichermaßen an rückführende Auslagen bis zur Höhe der Minimal Wirkung der geltenden Investitionsvariante gekoppelt. (ebd., Seiten 157-158)

Der letzte Satz ist die „sozialistische“ Marktsprache und drückt das gleiche aus, was im vorherigen Satz kapitalistisch ausgedrückt wird. Kurz gesagt - es ist dasselbe.

Es wird uns nochmals mit beruhigenden Worten versichert, daß der „Markt-Sozialismus“ die Produktionspreise von ihren Entstellungen befreit, die sie unter dem Kapitalismus erleiden, daß der Sozialismus durch die Befreiung vom Monopol und die Wiederherstellung eines freien Marktwettbewerbs die Produktionspreise auf eine neue, höhere Stufe hebt:

„Der Produktionspreis ist der erste und noch sehr unvollständige Ausdruck einer differenzierten Investitionsauslage ... In einer kapitalistischen Ökonomie ... gestaltet sich die Anwendung einer differenzierten Investitionsauslage rückläufig: das Wachstum kapitalistischer Monopole verzerrt die Wirkung des Wettbewerbs, der die Kraft ist, welche den Wert in den Produktionspreis verwandelt und die Ökonomie zu Auslagen verpflichtet.“ (S. 159)

1959, als die russische Ökonomie noch kein System konkurrierender Betriebe war, obgleich sie systematisch dahingehend verändert wurde, konnte sich der bekannte revisionistische Theoretiker Strumulin so ausdrücken:

„Unter kapitalistischen Bedingungen ... werden die Preise im Ergebnis eines harten Konkurrenzkampfs zwischen Privatkapitalisten auf dem Markt spontan zu den sogenannten Produktionspreisen ausgeglichen, in welchen der Profit, abhängig vom ausgelegten Kapital, zur allgemeinen Profitrate tendiert, ... in allen Geschäftszweigen gleichermaßen. In einer Planwirtschaft ist aufgrund der Nichtexistenz des Wettbewerbs das Gesetz der Durchschnittsprofitrate

unwirksam und die Preise werden auf Grundlage der Produktionskosten festgesetzt.“ (Zur Wertbestimmung, Woprosy Ekonomiki, Nr. 8, 1959, Herv. d. H.B.)

Was jedoch in einem System, das durch die „Nichtexistenz des Wettbewerbs“ genauso gekennzeichnet ist wie durch die Nichtexistenz der Notwendigkeit für die Betriebe, ihr Produktionsvermögen aus Verkäufen sicherzustellen, verwirklicht ist, würde in einem System konkurrierender Unternehmen auf keinen Fall geduldet werden - nämlich die Preisfestsetzung „auf Grundlage der Produktionskosten“. Nur ein paar Jahre später gab S. Perwuschkin, ein weiterer Revisionisten-Ökonom, eine ganz andere Erklärung der Produktionspreise, in welcher er nicht nur den Zusammenhang zwischen Konkurrenz einerseits und Produktionspreisen und Durchschnittsprofitgesetz andererseits verschleierte, sondern den Marxismus vollkommen verdrehte, indem er behauptete, daß das kapitalistische „Streben nach Maximalprofit“ die Wirksamkeit des Durchschnittsprofitgesetzes *behindere*. Marx zeigte hingegen, daß dieses Gesetz gerade aus dem Streben eines jeden Kapitalisten nach Maximalprofit resultiert. Hier aber Perwuschkin:

„Derartige ökonomische Kategorien wie die allgemeine (Durchschnitts-) Profitrate und der Produktionspreis entstehen nicht aufgrund der subjektiven Wünsche der Kapitalisten, sondern als Resultat der Entwicklung der Produktivkräfte und zur gleichen Zeit als notwendige Bedingung für die erfolgreiche Entwicklung der auf der Teilung der Arbeit beruhenden maschinellen Produktion großen Stils. Solche die Entwicklung der Produktivkräfte beherrschenden Gesetze können in einer sozialistischen Gesellschaft nicht ignoriert werden. Man muß bedenken, daß ein solches Gesetz unter dem Kapitalismus nicht voll in Erscheinung treten kann, da die Schranken des Privateigentums und das Streben nach Maximalprofit die Durchsetzung dieser Prozesse behindern ...“. (S. Perwuschkin, Das Wertgesetz und die Preise, Planwirtschaft, 1961, Nr. 7)

Der Leser mag dabei an die Tatsache erinnert werden, daß der Monopolkapitalismus durch die Einschränkung der Konkurrenz die Wirksamkeit dieser Gesetze hemmt - und daher erweckt die obige Darstellung sogar den Eindruck, es sei die Bestimmung des Sozialismus, den freien Konkurrenzkapitalismus des XIX. Jahrhunderts wiederherzustellen.

Nebenbei muß betont werden, daß die Produktionspreise keineswegs einer bestimmten Stufe der technologischen Entwicklung entspringen, wie dies von Nowoshilow und Perwuschkin behauptet wird. Sie entstehen unter einem System, in dem die Warenproduktion ihre höchste, vollständige Entwicklung erreicht hat, nämlich unter dem Kapitalismus. Wenn dieses Produktionssystem den Charakter einer Schranke für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte annimmt, wird es (wie 1917 in Rußland) durch das revolutionäre Proletariat beseitigt und durch den Sozialismus ersetzt. Und dort stellt sich die Frage einfach nicht, ob Produktionspreise ihre ökonomische Gültigkeit behalten. Daher bedeutet der Versuch revisionistischer Theoretiker, die Existenz von Produktionspreisen im Sozialismus (d.h. kapitalistische Marktpreise) zu rechtfertigen, und dies unter Bezugnahme auf eine technologische Entwicklungsstufe, lediglich eine weitere trickreiche Luftnummer.

Wenn wir aber jetzt noch Kondraschew Glauben schenken, so werden die Produktionspreise (also kapitalistische Marktpreise) ihre höchste Entwicklungsstufe im voll entfalteten Kommunismus erleben! Nachdem er konstatiert hat, „das Parteiprogramm fordert, daß die Preise in immer höherem Grade die gesellschaftlich notwendige Verausgabung der Arbeitskraft reflektieren soll ... Die Gegner des Prinzips der Angleichung der Preise an den Wert sagen uns oft, daß es bei der Preisfestsetzung notwendig sei, alle Faktoren in die ‚Waagschale der Vernunft' zu legen, die eine Festsetzung über oder unter dem Wert erforderten ... Das ist eine falsche Auffassung, weil sie die Preise von ihrer ökonomischen Grundlage scheidet - die Verausgabung von Arbeitskraft" (D. Kondraschew, Preise, ein wichtiges Werkzeug zur Schaffung der kommunistischen Ökonomie, Finansy SSSR, 1963, Nr. 4), fügt er hinzu, daß Preis und Wert „im Laufe der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zunehmend übereinstimmen werden. Daher ... wird die höchstmögliche Übereinstimmung zwischen Preisen und Wert erst dann erreicht sein, wenn der Kommunismus im großen und ganzen aufgebaut sein wird. Preise werden dann durch Summierung der durchschnittlichen Produktionsauslagen mit dem Durchschnitt der Rentabilitätsrate bestimmt ... Der frühere Grundsatz, daß die Preise sich den Produktionskosten nähern sollten, wird durch den Grundsatz der Rentabilitätspreise ersetzt, so daß die Profite für die Reproduktion auf einer höheren Stufe der Schwerindustrie groß genug sein werden." (ebd.)

Wir wissen jetzt nur zu gut, was Kondraschew mit der Phrase „wenn der Kommunismus im großen und ganzen aufgebaut sein wird“ tatsächlich meinte. Ihrer schwerfälligen revisionistischen Weitschweifigkeit entledigt - und angesichts der Entwicklungen der letzten drei Jahrzehnte, die in den dramatischen Ereignissen des August 1991 gipfelten - konnte diese Phrase bloß bedeuten, daß das unvermeidliche Resultat der revisionistischen ökonomischen Reformen’ nur der Kapitalismus sein wird, denn der Revisionisten „voll entfaltete Kommunismus“ ist vom Kapitalismus schließlich nicht mehr unterscheidbar.

Schluß

Zunächst mußten die revisionistischen Wirtschaftstheoretiker für ihre Sache (die „Wirtschaftsreform“) streiten, sie mußten die ideologischen und politischen Grundlagen dafür schaffen. Dies taten sie mittels einer vollständigen Revision des Marxismus und verzerrten ihn gerade in sein Gegenteil - bei diesem Unterfangen wandten sie alle ihnen zur Verfügung stehenden verschlagenen Winkelzüge, Täuschungen, Gaunereien und Spitzfindigkeiten an. Sobald sie dies geschafft hatten, war es an der Zeit, mit Hilfe eines „gut ausgeklügelten Systems von Maßnahmen“ den Markt und die Marktkategorien auferstehen zu lassen, die im Zuge der zentralen Wirtschaftsplanung während der Stalin-Jahre eine so schwere Niederlage erlitten hatten. Lassen wir Kondraschew sprechen:

„In der kürzlichen Diskussion in der Prawda schlug E. Liberman vor, daß die Effizienz eines Betriebes aufgrund eines einzigen ökonomischen Kriteriums bewertet werden solle - des Profits. Dies wäre jedoch nur dann möglich, wenn Profite bereits ein Wertausdruck des in jedem Betrieb geschaffenen Mehrprodukts wären. Tatsächlich weicht aber derzeit die Profitgröße in den Betrieben, Branchen, Sektoren und Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion beträchtlich von dem in ihnen geschaffenen Mehrprodukt ab. Dieses Problem muß stufenweise gelöst werden. Dazu bedarf es eines gut ausgeklügelten Systems von Maßnahmen ...“

Wenn der Profit der effektivste Maßstab für die Produktionseffektivität sein soll, so hat Kondraschew recht, wenn er sagt, daß es dafür einen wirklich funktionierenden Markt geben muß. Profit und Wert als wirkliche ökonomische Kategorien, im Unterschied zu der bloßen Vorstellung von

Profit und Wert, müßten durch die Entwicklung eines einheitlichen zentralen Marktes wiederhergestellt werden. Damals schrieb Kondraschew, ein solcher funktionierender Markt sei weit von seiner Realisierung entfernt, es gäbe nur eine Reihe lokaler Märkte. Doch mit den „ökonomischen Reformen“ machten sich die Revisionisten an die Rekonstruktion des Marktes, der so völlig ausgetrocknet war - und zwar, wie wir ja wissen, durch „Stalins Personenkult“. Es ist deshalb nicht weiter bemerkenswert, wenn Kondraschew damals richtig äußerte, daß in dem seinerzeit unvollständig entwickelten Markt der Wert eine Art lokalen Charakter habe und nicht nur an verschiedenen Orten wechsle, sondern sogar von einem Betrieb zum andern. Aber allmählich wurde in den letzten Jahrzehnten hindurch ein funktionierender Markt neu aufgebaut — wenngleich noch nicht so effektiv wie derjenige in den herkömmlichen kapitalistischen Ländern; der Wert hat allgemeinen Charakter in der UdSSR angenommen (oder in dem, was früher einmal die UdSSR war); das Wertgesetz wirkt als Regulator der Produktion; und der Profit ist tatsächlich zum obersten Kriterium der Produktionseffektivität geworden. Damit haben wir schließlich den voll entfalteten „Kommunismus“ erreicht, auf den der Revisionismus so fleißig und beharrlich hingearbeitet hat. In diesem „Kommunismus“ haben die Produktionspreise die Macht zurückerobert und ihren Glanz, der unter dem Kapitalismus erstrahlt.

Anhang

Trotzki, der Markt-Sozialist

Obgleich Trotzkis politische Hetztiraden gegen das sowjetische System hinreichend bekannt sind, ist sein Beitrag zum ökonomischen Gedanken im großen und ganzen unbestätigt geblieben - insbesondere von den unzähligen trotzkistischen Vereinen, die über die ganze Welt verstreut sind. Und das aus gutem Grunde; denn in dem einzigen Werk, das Trotzki jemals zu diesem Thema schrieb, äußert er sich klar und eindeutig als Befürworter eines „Markt-Sozialismus“. Wir denken dabei an Trotzkis Schrift *Sowjetische Ökonomie in Gefahr*, die er 1933 herausbrachte und in der er in schärfsten

Tönen jeden revolutionären Schritt seitens der Sowjetregierung in Richtung auf den sozialistischen Aufbau denunzierte; er übte sich hier im Nachplappern bürgerlicher ökonomischer Vorstellungen à la von Mises und Brutzkus, was ihn zum Liebling der imperialistischen Gegner des Sozialismus machte.

Nachdem die sowjetische Regierung 1929 die Neue Ökonomische Politik (NEP) beendet hatte, entfaltete sie ihren zweiten Sturm auf den Kapitalismus mit der sozialistischen Industrialisierung und der Kollektivierung - beides Maßnahmen von welthistorisch revolutionärer Bedeutung. Trotzki sprach sich aber gegen diese Maßnahmen aus und erklärte, daß die „richtige und ökonomisch gesunde Kollektivierung auf einer bestimmten Stufe nicht *zur Eliminierung der NEP* führen sollte, sondern zur allmählichen Reorganisation ihrer Methoden.“ (S. 32)

Mit anderen Worten sollten keinerlei Versuche unternommen werden, den Kapitalismus überhaupt - und insbesondere den Kapitalismus auf dem Lande zu beseitigen.

Indem er zum Schein für eine Art Kontrolle des Marktes eintritt, besteht Trotzkis Methode zur Kontrolle des Marktes darin, daß der Markt sich selbst kontrollieren soll! „Die Regulierung des Marktes selbst muß auf den Tendenzen beruhen, die durch ihr Medium hervorgebracht werden.“ (S. 30) Anders gesagt: Die Kräfte des Marktes müssen den Markt kontrollieren!

Jeder revolutionäre Fortschritt der Sowjetökonomie zu jener Zeit wird - weil außerhalb des Marktes - von diesem Hohepriester des „Markt-Sozialismus“ als ein Durcheinander und als „Wirtschaftschaos“ porträtiert. Er sagt:

„Durch die Beseitigung des Marktes und der Einrichtung von asiatischen Basaren statt dessen hat die Bürokratie ... die Bedingungen für die wildesten Preiswirbel geschaffen und demzufolge kaufmännischer Kalkulation eine Mine untergeschoben. Im Ergebnis hat sich das ökonomische Chaos verdoppelt.“ (S. 34)

Trotzki, der im Dezember 1925 auf dem XIV. Parteitag der KPdSU versuchte, der Partei die Politik der sofortigen Kollektivierung der Bauernschaft aufzuzwingen - zu einem Zeitpunkt, als die notwendigen Voraussetzungen für eine solche Kollektivierung absolut nicht gegeben waren - derselbe Trotzki stellte sich 1933, als die Kollektivierung kurz vor ihrer Vollendung stand, in

Opposition zur Politik der Beseitigung des Kulakentums und forderte statt dessen die Verfolgung „einer Politik der strikten Begrenzung der Ausbeutertendenzen der Kulaken“. (S. 47)

Wiederum anders ausgedrückt, der Kapitalismus durfte nicht beseitigt werden.

Und dieser Marktschreier, der etwa zwölf Jahre *nach* der sozialistischen Revolution in Rußland die sowjetische Regierung wegen ihrer Politik der Eliminierung der Kulaken beschimpfte, besaß die Unverfrorenheit, die 1936 (d.h. lange vor der sozialistischen Revolution in China) von Mao Tse-Tung betriebene Politik der Mäßigung des Klassenkampfes in den ländlichen Gebieten Chinas im Interesse des Erhalts der nationalen Einheit für den revolutionären nationalen Befreiungskampf gegen den japanischen Imperialismus als totale Kapitulation vor der Bourgeoisie zu verunglimpfen.

Der um Wunder flehende [und offenbar Götzen anbetende - d. Hrsg.] Trotzki verkündet: „Waren müssen den menschlichen Bedürfnissen angepaßt werden ... .“ (S.44) Trotzkis Position läuft darauf hinaus: „Ökonomische Rechnungsführung ist ohne Marktverhältnisse undenkbar.“

Das sagte schon Professor von Mises 1920. Brutzkus wurde 1922 für einen in der gleichen Art geschriebenen Artikel ins Exil geschickt. Damals beschrieb Trotzki die Haltung der sowjetischen Regierung gegenüber Leuten wie Brutzkus als „Bewahrung der Menschheit“. „Berufsideologen“, schrieb er in der Prawda, „stellen zur Zeit für die Republik keine Gefahr dar, es könnten jedoch äußere oder innere Komplikationen auftreten, die uns dazu zwingen würden, diese Ideologen zu erschießen. Lassen wir sie besser ins Ausland gehen ... .“ (zit. n. B. Brutzkus, Wirtschaftsplanung in Sowjetrußland, englische Übersetzung, 1935)

Elf Jahre später jedoch meinte derselbe Trotzki, und er plapperte dabei von Mises und Brutzkus buchstäblich nach, daß sich die Gesellschaft niemals des Marktes entledigen könne, denn: „Ökonomische Rechnungsführung ist ohne Marktverhältnisse undenkbar.“ [!]

Trotzki kam so zu der Schlußfolgerung: „Es ist notwendig, den zweiten Fünfjahresplan beiseite zu legen. Fort mit dem schrillen Enthusiasmus!“ (S. 41)

Obwohl bürgerliche Ökonomen nichts dem Werk Trotzkis „Sowjetische Ökonomie in Gefahr“ entnahmen (angesichts der Tatsache, daß er nur in unbeholfener Weise das wiederholte, was von Mises und Brutzkus zehn Jahre früher schon behauptet hatten), zitierten ihn dennoch bürgerliche Kritiker des sozialistischen Aufbaus ausführlich in der imperialistischen Presse; wurden sie doch so in die glückliche Lage versetzt zu betonen, daß ihre ‘objektive’ und ‘unparteiische’ Kritik des Sozialismus völlig von diesem ‘alten Bolschewiken’ akzeptiert wurde - einschließlich ihr Dogma, daß es einer Gesellschaft unmöglich sei, sich vom Markte zu befreien.

Nebenbei erklärt Trotzkis Festhalten am „Markt-Sozialismus“, warum sich so viele Trotzkisten in der Labour Party Großbritanniens und ähnlichen sozialdemokratischen Kreisen in anderen Ländern zusammenfinden und mit der Entwicklung des bürgerlichen Reformismus beschäftigt sind. Wenn „Markt-Sozialismus“ tatsächlich Sozialismus wäre, wie diese Leute - gleich den Revisionisten - glauben, so ist dies nur eine andere Art zu sagen, daß die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiterklasse nur durch den Markt ausgedrückt und über ihn verwirklicht werden können, d.h. durch den Konflikt der Privatinteressen in der Produktion für den Markt. Wenn dies der Fall wäre, warum in aller Welt sollte der Kapitalismus sich nicht selbst zum Sozialismus entwickeln - ganz ohne revolutionäre Überwindung des Kapitalismus? Sollte dies das Leben offenbaren, dann müßte man zugeben, daß Marx, Engels, Lenin und Stalin falsch, Dühring, Proudhon, Bernstein, Kautsky, Trotzki und Tito richtig lagen.

Das Leben jedoch denkt einfach nicht daran, dies zu bestätigen. Es liefert stattdessen eine überzeugende Widerlegung des „Markt-Sozialismus“. Jugoslawien, das bereits zehn Jahre früher als die UdSSR oder andere osteuropäische Staaten den Weg des „Markt-Sozialismus“ beschritt, ist ein ausgezeichnetes Beispiel. Seine Ökonomie ist von hoher Arbeitslosigkeit, Massenabwanderung sowie Unterordnung unter ausländisches Monopolkapital gekennzeichnet; in sozialer Hinsicht ist es zutiefst zerrissen. Es war das Festhalten der Titoisten am „Markt-Sozialismus“, das zum Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform führte und nicht, wie von einigen Renegaten behauptet (von den Imperialisten ganz zu schweigen), Stalins angeblich erfolgloser Versuch, sowjetische Hegemonie über Jugoslawien auszuüben. Dies wurde vollkommen klar, als die Befürworter

eines „Markt-Sozialismus“ in der UdSSR (die auf dem XX. Parteitag der KPdSU triumphierenden Chruschtschow-Revisionisten) dazu übergingen, sich mit den Tito-Revisionisten zu verbrüdern. Chruschtschow sah in Tito ganz richtig einen echten Pionier dieser neuen Variante von „Sozialismus“.

Das Buch

Harpal Brar analysiert im vorliegenden Buch die Gründe für die Niederlage des sozialistischen Gesellschaftssystems in der Sowjetunion. Ausgehend von der Ära Gorbatschow betrachtet Brar vor allem die wirtschaftliche Entwicklung in der Zeit nach Lenins Tod bis zum Ende der Sowjetunion und gelangt dabei zu der Schlußfolgerung, daß es im wesentlichen falsche ökonomische Weichenstellungen waren, die im Gefolge des XX. Parteitags zum schließlichen politischen wie wirtschaftlichen Bankrott der Sowjetunion geführt haben. Akribisch arbeitet Brar den Zusammenhang des politischen

und ökonomischen Revisionismus anhand zahlreicher Originaltexte heraus und erreicht damit eine bestechend klare Analyse, die ohne verschwörungstheoretische Prämissen auskommt.

Der Autor

Geboren im indischen Muktsar, Punjab, lebt und arbeitet Harpal Brar seit 1962 in Großbritannien. Seit 1979 ist er Herausgeber der zweimonatlich erscheinenden politischen Fachzeitschrift Lalkar. Zu seinen Buchveröffentlichungen zählen Social Democracy? The Enemy Within (Sozialdemokratie? Der innere Feind), Trotskyism or Leninism? (Trotzkismus oder Leninismus?), Imperialism - Decadent, Parasitic, Moribund Capitalism (2001 erschienen im Pahl-Rugenstein Verlag unter dem Titel „Imperialismus im 21. Jahrhundert - Sozialismus oder Barbarei“) sowie sein neuestes Buch (Mai 2002) Imperialism in the Middle East - with specific reference to the struggle of the Palestinian people for national self-determination (Imperialismus im Nahen Osten - unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes des palästinensischen Volkes um nationale Selbstbestimmung“). Im Sommer 1996 gab Harpal Brar seine Arbeit als Rechtsgelehrter an der Universität von Westminster in London auf, um sich ganz seiner politischen und publizistischen Arbeit zu widmen.